GEWERKSCHAFTEN IM KLASSENKAMPF

DAS ARGUMENT AS 2

Georg Haug

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:
Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:
Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Peter Furth (Berlin-West), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn (Frankfurt/Main), Dieter Hirschfeld (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Kurt Steinhaus (Marburg), Rolf Tiedemann (Frankfurt/Main), K. H. Tjaden (Marburg), Erich Wulff (Gießen)

Verlagsleitung und Anzeigen:
Dr. Christof Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730,
Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:
Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Dieter Krause, Prof. Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Redaktionssekretär:
Rolf Nemitz
Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a
Telefon: 030 / 8 31 49 15

Dieser Ausgabe liegt eine Bestellkarte und das Gesamtverzeichnis des Argument-Verlages, sowie ein Prospekt des „Instituts für Marxistische Studien", Frankfurt, bei.

Georg Hauß

G. Hauß

Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschafts-bewegung in Westeuropa

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS 2

ISBN 3—920037—10—3

Copyright © Argument-Verlag GmbH Berlin 1974. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122. Gestaltung: Hans Förtsch und Sigrid von Baumgarten. — Vierfachheft. 1. bis 5. Tausend: Juli 1974.

Aufsätze

Werner Goldschmidt
Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein historischer Abriß 1

Paul Oehlke
Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung 65

Detlev Albers
Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972 120

Johannes Rohbeck
Rationalisierung und Arbeitskampf bei FIAT 175

Ernst Piehl
Multinationale Konzerne und die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung 230

Besprechungen

Mitbestimmung als Kampfaufgabe *(H. May)* 256

Thommssen, Wilke: Wirtschaftliche Mitbestimmung und sozialer Konflikt *(H. May)* 256

Klenner, Fritz: Chance oder Illusion? Zum Problem der betrieblichen Mitbestimmung *(H. May)* 256

Jacobi, Otto, u. a. (Hrsg.): Gewerkschaften und Klassenkampf *(R. Lison)* 259

Ohm, Wolfgang: Mitwirkungsbefugnisse in der DDR — Mitbestimmung in der Bundesrepublik *(Ch. Seegert)* 262

Böhm, Franz, u. Goetz Briefs (Hrsg.): Mitbestimmung — Ordnungselement oder politischer Kompromiß *(Löffler)* 263

Fäßler, Klaus: Betriebliche Mitbestimmung. Verhaltenswissenschaftliche Projektionsmodelle *(W. Gukelberger)* 265

Wehrli, Max: Mitbeteiligung der Arbeitnehmer durch Belegschaftsaktien *(W. Gukelberger)* 267

Hörning, Karl H. (Hrsg.): Der „neue" Arbeiter. Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen *(N. Steinborn)* 269

Koppel, Helga: Klassenkämpfe in Italien heute *(J. Rohbeck)* . . 271

Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um die gewerkschaftliche Einheit in Italien *(J. Rohbeck)* 271

Schneider, Peter (Hrsg.): Die Klassenkämpfe in Italien *(J. Rohbeck)* 272

Dreßen, Wolfgang (Hrsg.): Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung *(J. Rohbeck)* 272

Rieland, Wolfgang (Hrsg.): Fiat-Streiks *(J. Rohbeck)* 272
Sofri, Adriano, u. Luciano Della Mea: Zur Strategie und Organisation von „Lotta continua" *(J. Rohbeck)* 272
Quaderni Rossi: Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion *(J. Rohbeck)* 280
Meldolesi, Luca: Disoccupazione ed esercito industriale di riserva in Italia *(W. Roth)* 284
Ferraris, Pino: Die 100 Tage von Reggio *(W. Roth)* 286
Beyme, Klaus von: Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur. Machtelite und Opposition in Spanien *(W. Fischer)* 287
Vilar, Sergio: Die spanische Opposition *(W. Fischer)* 288

Stieg, Gerald, u. Bernd Witte: Abriß einer Geschichte der deutschen Arbeiterliteratur *(E. H. Schütz)* 289
Arbeiterdichtung. Hrsgg. von der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik *(U. Naumann)* 292
Knilli, Friedrich, u. Ursula Münchow (Hrsg.): Frühes deutsches Arbeitertheater 1847 bis 1918 *(M. Buselmeier)* 294
Bromme, Moritz Th. W.: Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters *(E. H. Schütz)* 297
Kühne, Peter: Arbeiterklasse und Literatur *(U. Naumann)* . . . 299
Ihr aber tragt das Risiko. Reportagen aus der Arbeitswelt. Hrsgg. vom Werkkreis *(U. Naumann)* 301
Lauter Arbeitgeber. Lohnabhängige sehen ihre Chefs. Hrsgg. vom Werkkreis *(U. Naumann)* 301
Creutz, Helmut: Gehen oder kaputtgehen *(U. Naumann)* 304
Liebe Kollegin. Hrsgg. von einem Werkkreis-Kollektiv *(U. Naumann)* 304
Stories für uns. Hrsgg. von einem Werkkreis-Kollektiv *(U. Naumann)* 304
Klee, Ernst: Die im Dunkeln . . . Sozialreportagen *(G. Ziob)* . . 306

Kritzer, Peter: Kurze Programmgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung *(H. Krause)* 307
Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921 bis 1923 *(K. Dörschel)* 308
Kocka, Jürgen: Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847 bis 1914 *(I. Steinfeldt)* 312
Gruner, Erich: Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert *(A. Lüdtke)* 315

Werner Goldschmidt

Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg

Ein historischer Abriß

Im folgenden Beitrag zur Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung wird versucht, die spezifische Rolle der Gewerkschaften in den verschiedenen Entwicklungsetappen des Klassenkampfes der letzten drei Jahrzehnte in Frankreich darzustellen. Dabei wurde bewußt auf eine Gesamtanalyse verzichtet [1] zugunsten der Erörterung einiger zentraler Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in diesem Zeitraum.

Angesichts der heftigen politischen Erschütterungen, die die französische Gesellschaft seit dem 2. Weltkrieg erlebt hat, steht die Untersuchung des Zusammenhangs von Ökonomie und Politik und damit des ökonomischen und politischen Kampfes der Gewerkschaften im Vordergrund der Arbeit.

1 „Nur die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Wechselbeziehungen ausnahmslos aller Klassen einer gegebenen Gesellschaft, und folglich die Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft, wie auch der Wechselbeziehungen zwischen ihr und anderen Gesellschaften, kann als Grundlage für eine richtige Taktik der fortgeschrittenen Klassen dienen. Dabei werden alle Klassen und alle Länder nicht in ihrer Statik, sondern in ihrer Dynamik betrachtet, d. h. nicht in starrem Zustand, sondern in der Bewegung (deren Gesetze den ökonomischen Existenzbedingungen jeder Klasse entspringen). Die Bewegung wiederum nicht nur vom Standpunkt der Vergangenheit betrachtet, sondern auch vom Standpunkt der Zukunft, und zwar nicht nach der platten Auffassung der Evolutionisten, die nur die langsamen Veränderungen sehen, sondern dialektisch". W. I. Lenin, Karl Marx, in: Lenin-Werke, Bd. 21, Berlin (DDR) 1970, S. 64.

Diese eindrucksvolle Skizze der Methode dialektischer Totalitätsanalyse ist in ihrem Anspruch berechtigt, realisiert worden ist sie nur selten und wenn, dann wohl nur im *Gesamtwerk* der marxistischen Klassiker. Bei den Problemen, die heute von besonderer Dringlichkeit wären, handelt es sich ganz allgemein gesprochen um den Zusammenhang von nationalem und internationalem Klassenkampf, eine Frage, die nicht nur das Problem des Imperialismus und des Weltmarkts im engeren ökonomischen Sinne umfaßt, sondern auch den welthistorischen und weltpolitischen Gegensatz von Imperialismus und Sozialismus und zwar im Innern der beiden Systeme wie zwischen ihnen und in ihrem Kampf um die „Dritte Welt".

Schon 1877 hatte Friedrich Engels das hohe politische Niveau der französischen Arbeiterklasse hervorgehoben: „Die Arbeiter von Paris, unterstützt von denen der großen Provinzialstädte, sind immer seit der großen Revolution eine Macht im Staate gewesen. Sie haben seit beinahe neunzig Jahren das kämpfende Heer des Fortschritts gebildet; bei jeder großen Krisis der französischen Geschichte gingen sie auf die Straßen, bewaffneten sich so gut sie konnten, errichteten Barrikaden und forderten zum Kampf heraus, und ihr Sieg oder ihre Niederlage entschied über Frankreichs Zukunft auf Jahre hinaus... Eine nationale Arbeiterklasse, die so seit fast einem Jahrhundert nicht nur bei jeder Krisis in der Geschichte des eigenen Landes eine entscheidende Rolle gespielt, sondern gleichzeitig immer die Vorhut der europäischen Revolution gebildet hat, solch eine Arbeiterklasse kann nicht das verhältnismäßig abgeschiedene Leben führen, das noch das eigentliche Aktionsgebiet der übrigen Arbeiter auf dem Kontinent ausmacht. Eine Arbeiterklasse wie die französische, ist an und durch die Geschichte gebunden. Ihre Geschichte, nicht weniger als ihre bewährte entscheidende Kampfkraft hat sie in unlöslicher Weise mit der allgemeinen politischen Entwicklung des Landes verknüpft.“ [2]

Diese Feststellung trifft im großen und ganzen auch auf die Entwicklung im 20. Jahrhundert zu und gilt, insbesondere seit dem 1. Weltkrieg, sowohl für die politischen Arbeiterparteien als auch für die Gewerkschaften. Dies drückt sich nicht nur in der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung nach politischen Richtungsgewerkschaften aus, sondern vor allem in der aktiven Rolle, die die Gewerkschaften in den zahlreichen politischen Krisen dieses Jahrhunderts gespielt haben. Diese Tatsache hat zwar einerseits die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der organisatorischen Einheit der Gewerkschaftsbewegung erschwert, andererseits aber das allgemeine Niveau der Klassenauseinandersetzungen immer wieder auf die für die Emanzipation der Arbeiterklasse letztlich entscheidende politische Ebene gehoben.

Bevor wir mit der Darstellung des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg beginnen, sollen wenigstens einige Grundzüge der Gewerkschaftsentwicklung bis zu diesem Zeitraum skizziert werden, soweit sie zum Verständnis der späteren Ereignisse notwendig erscheinen.

Die Ursprünge der französischen Gewerkschaftsbewegung sind unmittelbar verbunden mit der Entstehung der modernen Lohnarbeiterklasse selbst. Sie reichen daher zurück bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, vereinzelt sogar bis in die Zeit vor der Französischen Revolution. Obwohl seit 1791 offiziell verboten (Loi le Chapelier), bestanden die Gesellenvereine (Compagnonnages) zumeist im geheimen weiter fort und verwandelten sich mit der beginnenden Industrialisierung und der damit verbundenen Verschlechterung der

2 F. Engels, Die europäischen Arbeiter im Jahre 1877, in: Marx-Engels-Werke, Berlin (DDR) 1956—1971, Bd. 19, S. 129 (im folgenden zitiert MEW).

gesamten Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen zunächst in „Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe" (Sociétés mutualistes) und seit den 40er und 50er Jahren immer häufiger in Widerstandsorganisationen (Sociétés de résistance) gegen die Willkür des Kapitals. Am Ende der Streikbewegungen in den frühen 60er Jahren stand die gesetzliche Anerkennung des Streikrechts (1864). Zur gleichen Zeit wurden an vielen Orten sogenannte „Gewerkschaftskammern" (Chambres syndicales) gegründet, deren Klassencharakter jedoch anfangs noch äußerst heterogen war und die von dem bonapartistischen Regime teils toleriert, teils sogar gefördert wurden. Echte Gewerkschaften, in denen nur abhängig Beschäftigte organisiert waren, entstanden erst Ende der 60er Jahre vor allem in Paris, aber auch in einigen Großstädten der Provinz. Während der Pariser Commune waren viele dieser zumeist noch kleinen Gewerkschaften aktiv an der Organisation des Wirtschaftslebens beteiligt; führende Gewerkschafter waren z. B. in der Kommission für Arbeit, Industrie und Handel tätig. Die blutige Niederschlagung der Commune traf die noch wenig entwickelte Gewerkschaftsbewegung besonders hart. Tausende von Arbeitern wurde ermordet, Zehntausende verbannt oder ins Zuchthaus geworfen, ebenso viele waren auf der Flucht. Es dauerte Jahre, bis sich die Gewerkschaften von diesem Schlag wieder zu erholen vermochten. Ähnlich wie zu Beginn der 60er Jahre das bonapartistische Regime das Streikrecht, so mußte die republikanische Regierung 1884 das Koalitionsrecht gewähren, um die Ausdehnung weiterer Streiks einzudämmen. Nunmehr entstanden an vielen Orten auch überberufliche Zusammenschlüsse von einzelnen Berufsgewerkschaften zu sogenannten „Arbeitsbörsen" (Bourse du Travail), die neben den Berufsgewerkschaften bestanden[3]. Die Gesamtheit dieser gewerkschaftlichen bzw. gewerkschaftsähnlichen Organisationen konnte zu Beginn der 90er Jahre ihre Mitgliederzahl von annähernd 140 000 (1890) auf rund 400 000 (1893) erhöhen. Nach zahlreichen Kongressen und heftigen Diskussionen zwischen den einzelnen regionalen bzw. nationalen Berufsgewerkschaften und den zumeist lokalen „Arbeitsbörsen" gelang es 1895, einen „Allgemeinen Bund der Arbeit" (Confédération Générale du Travail — CGT) zu gründen, dem sich zunächst nur ein Teil, bis 1906 aber dann nahezu alle gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs anschlossen. Die organisatorische Struktur des neuen Gewerkschaftsbundes, die zahlreichen Gewerkschaftsbünden der ganzen Welt zum Vorbild diente, wurde nach anfänglichen Wirren 1902 einheitlich geregelt und ist im Prinzip heute

3 Das Hauptwerk zur Geschichte der „Arbeitsbörsen" stammt nach wie vor von deren Gründer und wichtigsten Theoretiker Fernand Pelloutier. Histoire des Bourses du Travail, Préface par G. Sorel, Paris 1921, vgl. hierzu auch: E. Naef, Zur Geschichte des französischen Syndikalismus — Geistige Kräfte der freien französischen Gewerkschaftsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Zürich 1953, S. 37 und 51 ff., vgl. auch: G. Lefranc, Le Mouvement syndical sous la Troisième République, Paris 1967 [im folgenden zit.: G. Lefranc (1)], S. 53 ff., und J. Bruhat, M. Piolot, Esquisse d'une histoire de la CGT (1895—1965), Paris 1966, S. 40 f.

noch gültig. Die CGT ist eine Dachorganisation aus den verschiedenen nationalen Berufs-(heute Industrie-)Gewerkschaften (Fédérations) und den überberuflichen „Arbeitsbörsen" (die heute ausschließlich regional organisiert sind und den Namen „Union" tragen). Beide Organisationseinheiten bilden innerhalb der CGT gleichberechtigte Sektionen; das „Bundeskomitee", als oberstes Organ zwischen den zweijährig (heute dreijährig) einzuberufenden Kongressen, besteht aus der gemeinsamen Versammlung der Föderations- und Unionsvorsitzenden. Der Sekretär der Föderationssektion ist zugleich Generalsekretär der CGT.

Ideologisch geriet die junge CGT zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer stärker unter den Einfluß des in den „Arbeitsbörsen" weitgehend vorherrschenden Anarcho-Syndikalismus. Eine Tendenz, die in Frankreich infolge der relativen industriellen Rückständigkeit und der wenig fortgeschrittenen Kapitalkonzentration seit den Tagen Proudhons fortgelebt hatte. Nach der Zerschlagung der politischen Kader der Blanquisten und marxistischen Internationalisten durch den weißen Terror der Anti-Commune-Allianz, hatte der Anarcho-Syndikalismus, begünstigt durch die Zerstrittenheit und das Sektierertum der verschiedenen sozialistischen und marxistischen Gruppierungen [4], auch in den Gewerkschaften Fuß fassen können. Die Leitideen des Anarcho-Syndikalismus spiegelten sich daher bis zu einem gewissen Grade (s. 3. u. 4.) auch in der berühmten „Charta von Amiens" aus dem Jahre 1906, in der die CGT erstmals ihre allgemeinen Prinzipien und Ziele festlegte:

1. Anerkennung der Notwendigkeit des Klassenkampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung;
2. Die Emanzipation der Arbeiterklasse hat die Enteignung der Kapitalisten zur Voraussetzung;
3. Die zukünftige sozialistische Produktion und Verteilung soll durch die Arbeitergewerkschaften organisiert werden;
4. Die Gewerkschaft ist unabhängig von allen politischen Parteien und weltanschaulichen Strömungen.

Trotz der stellenweise radikalen Sprache der „Charta" war sie ein Kompromiß zwischen Anarchisten und Reformisten gegen die aus der marxistischen Tradition kommenden „Guesdisten", die sich weder in der Gewerkschaftsbewegung noch in der 1905 gegründeten einheitlichen Sozialistischen Partei hatten durchsetzen können.

Nachdem die z. T. utopischen Hoffnungen der „Anarchos" in die Wirkungen des Mythos vom Generalstreik in den Jahren 1906—1908

4 Über die Auseinandersetzungen dieser rivalisierenden Gruppierungen (Guesdisten, Blanquisten, Broussisten, Allemanisten, Jaurèssisten) vgl. C. Willard, Socialisme et Communisme français, Paris 1967, S. 47 ff. Zur Geschichte des Guesdismus und der gemeinsam von J. Guesde und P. Lafargue gegründeten „Parti ouvrier français" vgl. das Standardwerk zur Entstehung der französischen sozialistischen Partei von C. Willard, Les Guesdistes, Le mouvement socialiste en France (1893—1905), Paris 1965.

mehrmals gescheitert waren, hatten sich noch vor dem Ersten Weltkrieg die Mehrzahl der einst revolutionären „Anarchos" dem stärker werdenden reformistischen Flügel der CGT angeschlossen (so z. B. der CGT-Generalsekretär Léon Jouhaux). Diese Entwicklung führte in Frankreich, wie in den meisten großen Ländern Europas, bei Beginn des 1. Weltkrieges zunächst in die Bürgerfriedenspolitik (Union sacrée) und schließlich zum Eintritt führender Gewerkschaftsvertreter in das Kriegskabinett.

In der Opposition gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik der rechten Gewerkschaftsführung bildete sich, verstärkt durch den Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland, auch innerhalb der CGT wiederum ein revolutionärer Flügel aus. Vor dem 1. Weltkrieg war die Mitgliederzahl der CGT stets unter der Millionengrenze geblieben. Erst mit der revolutionären Welle der Jahre 1917—1923 konnte sich die CGT zu einer wirklichen Massengewerkschaft entwickeln. Schon 1920 zählte sie rund 2,4 Millionen Mitglieder. Mit dem Mitgliederzuwachs einher ging eine Radikalisierung der Basis, während die Gewerkschaftsführung weitgehend reformistisch blieb. Ein großer Teil der revolutionären Gewerkschafter, überwiegend Anhänger der 1920 gegründeten Kommunistischen Partei, aber auch revolutionäre Anarcho-Syndikalisten, schloß sich innerhalb der CGT Anfang 1921 zu „revolutionären Gewerkschaftskomitees" zusammen. Diese Komitees erreichten bald großen Einfluß in der CGT-Regional-Union von Paris sowie in den Föderationen der Metallarbeiter, der Eisenbahner und der Bauarbeiter. Die reformistische Bundesmehrheit schloß nach heftigen Auseinandersetzungen zahlreiche Einzelmitglieder und selbst ganze regionale bzw. lokale Organisationen aus dem Gesamtverband aus. Die Ausgeschlossenen gründeten daraufhin im Juni 1922 einen eigenen Verband, die „Confédération Générale du Travail unitaire" (CGTU), dem sich rund 500 000 ehemalige „Cégétistes" anschlossen.

Die Spaltung der CGT in reformistische, zumeist den Sozialisten nahestehende „Confédérés" und revolutionäre, später fast ausschließlich zu den Kommunisten tendierende „Unitaires", verschärfte die Folgen der politischen Spaltung der Arbeiterklasse. Sie war eine der Ursachen für den Rückgang des Einflusses der Arbeiterbewegung im Laufe der 20er Jahre. Der Rechtsopportunismus der Alt-CGT wie die linkssektiererischen Tendenzen der CGTU bedingten sich gegenseitig und begünstigten in der ökonomischen Krise zu Beginn der 30er Jahre den Aufstieg des Faschismus. Erst unter dem unmittelbaren Eindruck der faschistischen Bedrohung und der sich daraus ergebenden Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, konnte vor allem die CGTU wieder an Masseneinfluß gewinnen. Obwohl der Mitgliederzahl nach noch immer kleiner als die CGT, spielte sie in der Organisation des Abwehrkampfes gegen den faschistischen Putschversuch vom Februar 1934 die entscheidende Rolle. Ausgehend von der in diesem Kampf faktisch realisierten Aktionseinheit der Arbeiterklasse an der Basis, forderte sie von nun an entschlossen die Wiedervereinigung der beiden Gewerkschaftsverbände.

Als sich im Laufe des Jahres 1935 die Politik der Einheitsfront von Sozialisten und Kommunisten bei den Gemeinderatswahlen und in vielen Einzelaktionen als notwendig und erfolgreich gegen die zunehmende Rechtsentwicklung erwiesen hatte und im Juli 1935 um die Radikale Partei zur „Volksfront" erweitert worden war, erklärten sich die „Confédérés" zur organisatorischen Vereinigung mit den „Unitaires" bereit. Der Vereinigungskongreß im März 1936 verabschiedete ein neues Statut, in dem die Parteiunabhängigkeit der vereinten CGT bekräftigt, zugleich aber ihre politische Verantwortung und die Möglichkeit zur Aktionsgemeinschaft mit anderen Organisationen ausdrücklich hervorgehoben wurde. Das sechsköpfige Präsidium setzte sich nunmehr aus vier Alt-Cégétistes und zwei ehemaligen „Unitaires" zusammen.

Der erste Erfolg wurde wenige Monate später mit dem Wahlsieg der Volksfront und den erheblichen materiellen Verbesserungen für die Arbeiterklasse durch die Streiks und Fabrikbesetzung im Mai und Juni 1936 erzielt. Gleichzeitig stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sprunghaft an. Während die CGT 1932 rund 900 000 und die CGTU etwa 350 000 Mitglieder zählte, erreichte die Mitgliederzahl der vereinten CGT in den Jahren 1936/37 nahezu die 5-Millionen-Grenze.

Allerdings zeichneten sich schon bald erneut die Differenzen von Sozialisten und Kommunisten in innen- wie in außenpolitischen Fragen ab[5]. Nach der offiziellen Auflösung der Volksfront im Jahre 1938 traten sie dann auch in der CGT offen zutage. Die durch das Versagen der Volksfront verursachte Demoralisierung der Arbeiterklasse zeigte sich im rapiden Absinken der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Anfang 1939 waren nicht einmal mehr 3 Millionen Mitglieder organisiert.

Als die Regierung des Ministerpräsidenten Daladier (Radikale Partei) nach dem deutsch-sowjetischen Nicht-Angriffspakt von 1939 die Kommunistische Partei und alle mit ihr sympathisierenden Gruppen als „unpatriotische Organisationen" verbot, wurden auch die kommunistischen „Ex-Unitaires", die sich geweigert hatten, den Pakt öffentlich zu verurteilen, erneut und unter eindeutigem Bruch der Satzung von den Ex-Confédérés aus der CGT ausgeschlossen.

Nach der militärischen Niederlage Frankreichs im Frühsommer 1940 und der Installierung des Kollaborationsregimes in Vichy unter Marschall Pétain, wurden auch die verbliebenen Gewerkschaften im November 1940 durch Regierungsdekret aufgelöst. An ihre Stelle traten 1941 faschistische Zwangsorganisationen mit korporativistischem Charakter.

Ziel der von dem Vichy-Regime erlassenen „Charta der Arbeit" war angeblich die „endgültige Überwindung des Klassenkampfes" durch eine institutionalisierte Zusammenarbeit von Lohnarbeit und

5 Vgl. hierzu C. Gindin, Le Front populaire, la guerre d'Espagne, la sécurité collective, in: C. Willard u. a., Le Front Populaire, La France de 1934 à 1939, Paris 1972.

Kapital. Tatsächlich setzte diese „neue Ordnung" jedoch lediglich die wichtigsten sozialen Grundrechte der Arbeiterklasse, darunter das Streik- und Koalitionsrecht außer Kraft, um die lebendige Arbeitskraft um so intensiver ausbeuten zu können. Gestützt auf den militärischen Machtapparat der deutschen Besatzung, nahm die herrschende Klasse nunmehr unter der demagogischen Parole einer „nationalen Revolution" unverhüllt „Revanche für die Volksfront". In dieser historischen Situation wurde der Widerstand der Arbeiterklasse gegen materielle Verelendung und politische Rechtlosigkeit zum Ausgangspunkt der nationalen Befreiungsbewegung des französischen Volkes gegen Besatzung und Faschismus. Die Résistance war also zugleich eine patriotische und eine soziale Bewegung. Infolgedessen kam den verbotenen Gewerkschaften in der Organisation zahlreicher Widerstandsaktionen eine wichtige Rolle zu.

Dies zeigte sich erstmals im Frühjahr 1941 bei dem von kommunistischen Gewerkschaften und den von ihnen beeinflußten „Volkskomitees" organisierten Streik von rund 120 000 Bergarbeitern der Nordregion, bei dem es gelang, eine geplante Verlängerung der Arbeitszeit zu verhindern sowie höhere Löhne und eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln zu erreichen. Während des Streiks wehten erstmals die rote Fahne und die Tricolore gemeinsam auf den Fördertürmen und den Dächern der Bergarbeitersiedlungen; Symbol der Verschmelzung des sozialen Kampfes mit der nationalen Befreiungsbewegung [6]. Der Erfolg dieser Aktion der Bergarbeiter beflügelte im ganzen Land die Aktivität der verschiedenen Widerstandsgruppen und führte zu ersten Kontaktgesprächen zwischen den sich bis dahin immer noch überwiegend feindlich gegenüberstehenden ehemaligen CGT-Fraktionen. Es bedurfte freilich noch zahlreicher weiterer Aktionen, bis die „Ex-Confédérés" sich zu einer Wiedervereinigung mit den „Ex-Unitaires" bereit erklärten. In dem „Abkommen von Perreux" vom April 1943 wurde die Wiederherstellung der organisatorischen Struktur der CGT von 1936 beschlossen.

Die nun zum zweitenmal vereinigte CGT spielte sofort in den etwa gleichzeitig gegründeten zentralen Organisationen der Résistance eine wesentliche Rolle. Im Mai 1943 entsandte sie 5 Delegierte in die „Konsultativversammlung von Algier" und einen Vertreter in den „Nationalrat der Widerstandsbewegung" (Conseil National de la Résistance — CNR), dem darüber hinaus ein weiterer Gewerkschaftsvertreter des christlichen Gewerkschaftsbundes „Confédération Française des Travailleurs Chrétiens" (CFTC) angehörte. Dieser 1919 gegründete Bund christlicher Gewerkschaften war bis in die 30er Jahre mit rund 150 000 Mitgliedern innerhalb der Industriearbeiterschaft weitgehend einflußlos geblieben. Einen gewissen Einfluß konnte die CFTC lediglich bei verschiedenen Angestelltenschichten und in Industrie-

6 V. Joannès, La collaboration et les origines de la résistance, in: G. Willard, u. a., De la Guerre à la Libération, La France de 1939 à 1945, Paris 1972, S. 60 ff. Eine umfassende Darstellung des Bergarbeiterstreiks von einer Augenzeugin: A. Copin, L'Aurore se lève au pays noir, Paris 1966.

zweigen mit relativ hohem Frauenanteil (z. B. Textil- und Bekleidungsindustrie) oder in Regionen mit ausgeprägter religiöser Tradition (Elsaß) bzw. mit partikularistischen Tendenzen (Bretagne) gewinnen. In ihrer Programmatik, die sich ausdrücklich auf die päpstliche Enzyklika „Rerum Novarum" berief, sprach sie sich gegen jede Form des Klassenkampfes und für die Erhaltung des „sozialen Friedens" aus, so daß Aktionsbündnisse mit der CGT oder gar der CGTU weitgehend ausgeschlossen waren. Auch während der Volksfront-Periode spielte sie nur eine untergeordnete Rolle. Erst als auch die CFTC von dem Vichy-Regime 1941 aufgelöst worden war, kam es zu ernsthaften Kontakten zwischen den christlichen und den „freien" Gewerkschaften der CGT. Ergebnis dieser geheimen Verhandlungen war das Ende 1941 illegal verbreitete „Manifest der Zwölf", in dem führende Gewerkschafter beider Richtungen sich für den Bestand autonomer und antikapitalistischer Gewerkschaften einsetzten. In der Folgezeit beteiligte sich die CFTC mehrfach an Streiks und anderen Widerstandshandlungen, wodurch sie zu einem anerkannten Bestandteil der Widerstandsbewegung wurde.

Mit der wachsenden Zahl von Streiks und industriellen Sabotageaktionen wurde der Einfluß der Gewerkschaften in der Résistance immer bedeutender, eine Tatsache, die sich dann auch im Programm des „Nationalrats der Widerstandsbewegung" für die Neuordnung Frankreichs nach der Befreiung deutlich widerspiegelt. Das Programm sah die „Errichtung einer echten wirtschaftlichen und sozialen Demokratie" vor, die auf einem breiten nationalisierten Wirtschaftssektor und einem demokratisch ausgearbeiteten Wirtschaftsplan beruhen sollte. Während die Gewerkschaften hierzu ihre „traditionellen Freiheiten" zurückerhalten und über „weitreichenden Einfluß in der Organisation des wirtschaftlichen und sozialen Lebens verfügen" sollten, betonte das Programm gleichzeitig die Notwendigkeit einer „Entfernung der großen Wirtschafts- und Finanzmagnaten von der Leitung der Wirtschaft".

Damit hatte auch der überwiegend aus republikanischen oder christlichen Traditionen hervorgehende bürgerliche Flügel der Résistance die Verantwortung der herrschenden Finanzoligarchie („der 200 Familien") für das faschistische Herrschaftssystem und die nationale Unterdrückung ausdrücklich anerkannt.

Ende 1943 und Anfang 1944 erreichten die gewerkschaftlichen Widerstandsaktionen einen ersten Höhepunkt. Die mit den militärischen Operationen der Partisanentruppen immer enger koordinierten Sabotagehandlungen trugen zur Desorganisation des deutschen Militärapparates bei und unterstützten somit wesentlich die Landung der Alliierten in der Normandie [7].

7 Die militärische Bedeutung des inneren Widerstandes und vor allem der Aktionen von Mai bis August 1944 mußte auch von den französischen und alliierten Militärs zugegeben werden. Vgl. hierzu die Zeugnisse in: Institut Maurice Thorez, Parti communiste français dans la Résistance, Paris 1967, S. 328 ff.

Die erneute Streikwelle im Mai 1944 stellte die unmittelbare Vorbereitung für den von der CGT und der CFTC gemeinsam und gegen den Willen de Gaulles, der den Anteil der Arbeiterklasse an den unmittelbaren Befreiungsaktionen so gering wie möglich erscheinen lassen wollte, ausgerufenen „Generalstreik für die Befreiung" dar, der am 18. und 19. August das Signal für den allgemeinen Volksaufstand gab. Eine Woche später war Paris befreit. Kurz zuvor hatte die provisorische Widerstandsregierung unter dem Vorsitz de Gaulles von Algier aus die „Charta der Arbeit" annulliert und die Gewerkschaften wieder in ihre alten Rechte eingesetzt.

I. Der Kampf der Gewerkschaften um die gesellschaftliche Neuordnung Frankreichs nach der Befreiung (1944—1947)

In den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg war die französische Gewerkschaftsbewegung zahlenmäßig stärker als je zuvor. Nimmt man alle damals bestehenden Organisationen zusammen, so waren in den Jahren 1945/46 zwischen 6 und 7 Millionen Lohnabhängige gewerkschaftlich organisiert[8], davon etwa 5—6 Millionen in der CGT, etwa 6—7 Hunderttausend in der CFTC und rund Einhunderttausend in der Gewerkschaft der leitenden Angestellten (Confédération Générale des Cadres — CGC) bzw. ähnlichen Angestelltenorganisationen[9].

Damit war nahezu jeder zweite Lohnabhängige Mitglied einer Gewerkschaft, ein Organisationsgrad, der selbst in den Jahren der Volksfront nicht erreicht worden war.

Freilich läßt sich die Stärke einer Gewerkschaftsbewegung nicht allein aus ihren Mitgliederzahlen ablesen. Ihr realer gesellschaftlicher Einfluß ist vielmehr das Ergebnis eines relativ komplizierten Bedingungszusammenhanges von ökonomischen, politischen und ideologischen Faktoren in einer bestimmten historischen Situation.

1. Zur ökonomischen und politischen Lage nach der Befreiung

Bei Kriegsende war die ökonomische Situation des Landes katastrophal. Zahlreiche Fabriken waren zerstört, die Verkehrswege unterbrochen, der Handel und das Finanzwesen desorganisiert. Ein großer Teil der Arbeitskräfte und der Produktionsanlagen war nach

8 Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist in Frankreich seit jeher umstritten. Je nach der Definition des Begriffs „Mitglied" (ausgegebene Mitgliedskarten, gezahlte Beiträge usw.) ergeben sich erheblich unterschiedliche Angaben in der Literatur. Die von uns verwendeten Zahlen sind stets, wenn nicht anders vermerkt, die offiziellen Angaben der Gewerkschaften.

9 Zur Entstehungsgeschichte, Ideologie und Praxis der CGC vgl. insbesondere H. Lange, Wissenschaftlich-technische Intelligenz — Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse?, Köln 1972, S. 113. Zum gegenwärtigen Selbstverständnis der CGC vgl. A. Malterre, CGC — La révolte des mal aimés, Paris 1972.

Deutschland deportiert worden und der verbliebene Rest in hohem Maße auf den Bedarf der faschistischen Kriegswirtschaft ausgerichtet. Die direkten materiellen Verluste (d. h. ohne Berücksichtigung des erzwungenen Produktionsausfalls) an Gebäuden, Anlagen und Transportwegen wurden 1945 auf rund 800 Milliarden Francs geschätzt [10]. Als Folge der jahrzehntelangen Stagnation und der in Frankreich besonders lang anhaltenden Krise der 30er Jahre war die materielle Infrastruktur vernachlässigt und die verbliebenen Produktionsanlagen hoffnungslos veraltet [11].

Ende 1944 erreichte die Industrieproduktion nur noch knapp 40 % des Niveaus von 1938, das selbst wiederum um rund ein Viertel unter dem bisherigen Höchststand im Jahre 1929 gelegen hatte, und war damit auf den tiefsten Stand in diesem Jahrhundert gesunken. Selbst die landwirtschaftliche Produktion war 1945 auf kaum 60 % des Vorkriegsstandes gesunken.

Die materiellen Voraussetzungen des ökonomischen Wiederaufbaus waren also denkbar schlecht, hinzu kam, daß die Bevölkerungszahl seit Beginn des Jahrhunderts stagnierte, nicht zuletzt durch die Verluste in den beiden Weltkriegen, und die Zahl der Erwerbsfähigen durch Überalterung und zahllose Kriegsversehrte noch zusätzlich dezimiert war.

Unmittelbar nach der Befreiung war das traditionelle Großbürgertum und vor allem die dünne Schicht der Konzernherren und der Finanzoligarchie, die sich seit Jahrzehnten auf Spekulationen, Schutzzölle, Kriegsgewinne und zuletzt sogar vielfach auf offene Kollaboration mit dem Feind eingelassen hatte, weitgehend diskreditiert. Die Mehrheit der französischen Bevölkerung und ganz besonders der Arbeiterklasse war eindeutig antikapitalistisch eingestellt. Bei den ersten Parlamentswahlen nach der Befreiung im Dezember 1945 erreichten Kommunisten (26,1 %) und Sozialisten (23,8 %) zusammen fast die absolute Mehrheit der Stimmen und eine knappe Mehrheit der Parlamentssitze. Dennoch hatte auch der Widerstand spezifische Illusionen und Mythen erzeugt. Die aus dem christlich-bürgerlichen Flügel der Réstistance hervorgehende „Bewegung der Volksrepublikaner" (Mouvement républicain populaire — MRP) hatte sich wenigstens verbal für das Programm der Widerstandsbewegung eingesetzt und damit große Teile des katholisch beeinflußten Kleinbürgertums und der Bauernschaft für sich gewonnen. Mit knapp 25 % der Stimmen wurden die Volksrepublikaner hinter den Kommunisten die zweitgrößte Partei Frankreichs. Zu diesem Erfolg hatte nicht zuletzt

10 Dies entspricht etwa einem Wert von 125 Mrd. Francs des Jahres 1965. J. Guyard, Le miracle français, De la Libération à l'horizon 1970, Paris 1965, S. 8.

11 „Das Durchschnittsalter des nicht zerstörten Produktionsapparates in Frankreich wurde 1946 auf weit über 20 (!) Jahre geschätzt. Vgl. Commissariat général au plan: Rapport général sur le premier plan de modernisation et d'équipement, Paris 1946, S. 148 f., zit. nach G. Freitag, Konzentrationspolitik in Frankreich, Tübingen 1972, S. 6 (Fußn. 1).

auch die unbestreitbare Autorität des Generals de Gaulle beigetragen, der in weiten Kreisen des Bürgertums und Kleinbürgertums und zum Teil selbst in der Arbeiterklasse gewissermaßen als Personifikation der nationalen Ehre und der militärischen Befreiung angesehen wurde und als dessen Hausmacht sich die Volksrepublikaner darzustellen vermocht hatten. Angesichts dieser komplizierten politischen und ideologischen Situation war die Chance für eine unmittelbar sozialistische Umwälzung der französischen Gesellschaft gering, zumal die Anwendung von Gewalt zum Sturz des kapitalistischen Systems, wie sie von Minderheiten in und vor allem außerhalb der kommunistischen Partei diskutiert wurde, schon allein durch die Übermacht der alliierten Truppen auf französischem Gebiet ausgeschlossen war.

2. *Die Hauptaufgaben der Arbeiterbewegung in der Nachkriegsetappe*

Für die Arbeiterbewegung galt es daher, sich unverzüglich für die Realisierung des Programms der Widerstandsbewegung einzusetzen und mit dem fortschrittlichen Flügel der Volksrepublikaner die Elemente einer neuen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Demokratie als Vorstufe zum Sozialismus soweit wie möglich voranzutreiben. Aus dieser ökonomischen und politischen Gesamtsituation ergab sich für die Gewerkschaften wie für die beiden Arbeiterparteien zunächst die doppelte Aufgabe:

— den zerstörten Produktionsapparat so schnell wie möglich wieder in Gang zu setzen und die Produktion entsprechend den Notwendigkeiten des Wiederaufbaus und der Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung rasch zu steigern;

— die im Widerstandsprogramm vorgesehenen gesellschaftlichen Strukturreformen durchzusetzen.

a) Die „Produktionsschlacht"

Zu den Sofortmaßnahmen des Widerstandsprogrammes gehörte „die Intensivierung der nationalen Produktion gemäß den Richtlinien eines Planes, der vom Staat nach Konsultation der Vertreter aller an der Produktion Beteiligten ausgearbeitet wird". Als 1945 das allgemeine Plankommissariat gegründet wurde, arbeiteten daher die Gewerkschaften an der Ausarbeitung der allgemeinen Planziele und in den einzelnen Industriekommissonen entscheidend mit. Ziel der von den Arbeiterorganisationen, insbesondere von den Kommunisten und der CGT, propagierten „Produktionsschlacht" (Bataille de la production) war es, in einem möglichst kurzen Zeitraum das Produktionsniveau des Jahres 1938 und anschließend mittelfristig bis etwa 1950 mindestens den Stand von 1929 zu erreichen und dabei vor allem die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung entscheidend zu verbessern. Die politische Bedeutung dieser Zielsetzung wurde 1945 von dem Ex-Unitaire Benoît Frachon für die CGT wie folgt charakterisiert: „Der ökonomische Wiederaufbau ist eng verbunden mit allen anderen Problemen, die wir zu lösen haben. Er ist die unumgängliche Bedingung für jeden Neubeginn Frankreichs. Die Produktionsschlacht

zu gewinnen heißt, die Schlacht um die Demokratie zu gewinnen.“ [12] Dahinter stand die Überzeugung, daß allein auf einer soliden ökonomischen Basis sich die politische Unabhängigkeit und eine autonome gesellschaftliche Entwicklung Frankreichs verwirklichen lasse. Tatsächlich erwies es sich in den folgenden Jahren als die Strategie des US-Imperialismus, eine solche Unabhängigkeit mit allen wirtschaftlichen und politischen Mitteln zu verhindern und damit jede sozialistische Perspektive in Westeuropa zu ersticken. In den Jahren 1945 und 1946 zeichnete sich daher immer deutlicher die Alternative ab, entweder die „Produktionsschlacht“ zu gewinnen und die demokratischen und sozialen Zielsetzungen der Widerstandsbewegung konsequent weiterzuverfolgen, um die Bedingungen für einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ zu schaffen, wie ihn beispielsweise der kommunistische Generalsekretär Maurice Thorez aufgrund der „glorreichen demokratischen Traditionen des französischen Volkes“ für möglich hielt [13], oder aber die amerikanische „Hilfe“ in Anspruch zu nehmen und damit die allmähliche Restauration der überkommenen kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse zuzulassen.

b) Die gesellschaftlichen Strukturformen

Voraussetzung jeder wirklichen Demokratisierung der Gesellschaft war die Ausschaltung jener Kräfte, die die Basis für Kollaboration und Faschismus in Frankreich gewesen waren. Neben der Bestrafung der politischen Kollaborateure und der Enteignung der Kriegsgewinnler handelte es sich hierbei vor allem um die im Programm vorgesehene „Entfernung der großen Wirtschafts- und Finanzmagnaten von der Leitung der Wirtschaft“, was nicht zuletzt durch die „Nationalisierung aller großen monopolisierten Produktionsmittel“ erreicht werden sollte. Naturgemäß versuchten die Vertreter des bürgerlichen Flügels in den verschiedenen Nachkriegsregierungen das Ausmaß dieser Nationalisierungen so gering wie möglich zu halten. Dennoch war der Druck der Arbeiterklasse in diesem Punkt zunächst noch so groß, daß die im Programm ausdrücklich genannten Bereiche wie Energiequellen, Bodenschätze, Versicherungsgesellschaften und Großbanken wenigstens überwiegend nationalisiert werden konnten. Die Maßnahmen begannen schon im Dezember 1944, als Referenz an die Widerstandsaktionen der Bergarbeiter des Nordens, mit der vollständigen Nationalisierung aller Kohlenbergwerke der Region „Nord et Pas de Calais“. Sie wurden in den folgenden Jahren fortgesetzt und erfaßten bis 1946 im Grundstoff- und Energiesektor den gesamten Kohlebergbau sowie die Gas- und Elektrizitätsversorgung, im Transportwesen (neben der in der Volksfront-Periode nationalisierten Eisenbahn) die Luftfahrtgesellschaft „Air France“ und die Pariser Verkehrsbetriebe RATP; im Finanzwesen die „Banque de France“ und die vier größten

12 Rede vor der nationalen Bundeskonferenz der CGT am 4. September 1945, B. Frachon, Au rythme des jours, Paris 1965, S. 104.

13 In einem Interview mit der Londoner „Times“ am 17. November 1946 zit. nach G. Cogniot, V. Joannès, Maurice Thorez, l'homme le militant, préface de G. Marchais, Paris 1970, S. 114.

Depotbanken sowie 35 Versicherungsgesellschaften unterschiedlicher Größenordnung. In der weiterverarbeitenden Industrie wurden die Automobilfirma Renault, der Kraftfahrzeug- und Flugzeugmotorenhersteller Gnôme et Rhône (heute SNECMA) und einige kleinere Unternehmen nationalisiert, weil ihre privaten Eigentümer allzu eng mit der faschistischen Besatzung kollaboriert hatten.

Um zu vermeiden, daß die nationalisierten Unternehmen lediglich den Charakter von staatskapitalistischen Betrieben annahmen, erhielten sie ein besonderes Statut, das die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Leitung dieser Unternehmen sowie gewisse soziale und rechtliche Verbesserungen für die Beschäftigten vorsah.

Mit den Nationalisierungen sollte nach der Konzeption der Arbeiterorganisationen ein Instrument geschaffen werden, mit dem die wesentlichen Zielsetzungen des demokratisch ausgearbeiteten Wirtschaftsplanes zu verwirklichen seien. Hierzu hatten Kommunisten und Sozialisten 1946 in einem gemeinsamen Manifest gefordert, weitere Nationalisierungen strategisch wichtiger Schlüsselindustrien, z. B. des Erzbergbaus, der Stahlindustrie, der Chemieindustrie, der Handelsmarine und der großen Geschäftsbanken, vorzunehmen und deren effektive Kontrolle durch die Gewerkschaften und die demokratische Regierung zu sichern. Dieses Projekt scheiterte jedoch in den Jahren 1946/47 sowohl am erstarkenden Widerstand der bürgerlichen Mitte und Rechten als vor allem auch an den immer deutlicher hervortretenden Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung selbst.

In den Jahren nach 1947, mit dem endgültigen Bruch zwischen Kommunisten und Sozialisten, wurden dann auch die nationalisierten Unternehmen immer mehr den Interessen der monopolisierten Privatindustrie untergeordnet und ihr urspünglich demokratisch konzipiertes Organisationsstatut durch das Herausdrängen der Arbeitervertreter aus den Leitungsorganen weitgehend ausgehöhlt.

Ähnlich verhielt es sich mit den in der Nachkriegsperiode neu geschaffenen Organen der Betriebsverfassung in den Privatunternehmen [14]. Nach dem Willen der Arbeiterorganisationen sollten die „Unternehmenskomitees" (Comités d'Entreprise) und „Belegschaftsdelegierten" (Délégués du Personnel) Instrumente einer echten Interessenvertretung der Lohnabhängigen und der Kontrolle der Unternehmenstätigkeit werden. Schon der in den Jahren 1945 und 1946 als Kompromiß mit den Volksrepublikanern ausgehandelte Gesetzestext erschwerte die Realisierung dieser Zielsetzung durch die Verpflichtung der Unternehmenskomitees zur „Kooperation" mit der Unternehmensleitung und die weitgehende Begrenzung der Kontroll-

14 A.a.O. und Paul Durand, Die Vertretung der Arbeitnehmer auf Betriebsebene nach französischem Recht, in: G. Boldt u. a., Die Vertretung der Arbeitnehmer auf Betriebsebene nach dem Recht der EGKS, Luxemburg 1959, S. 187 ff.

Vom Gewerkschaftsstandpunkt: Le Comité d'entreprise, Guide pratique des membres des comités d'entreprise, Ed. CGT, Paris 1963, Les délégués du personnel, Ed. CFDT, Paris 1970.

und Mitbestimmungsmöglichkeiten auf bloße Beratungs- und Informationsrechte. Immerhin erhielten die Gewerkschaften wenigstens faktisch allein das Recht, Kandidaten für beide Organe aufzustellen [15], so daß diese bei entsprechender gewerkschaftlicher Stärke durchaus als Moment der betrieblichen Gewerkschaftsstrategie genutzt werden konnten. Ein Aspekt, der sich allerdings mit der erneuten Spaltung der CGT und der daraus hervorgehenden Konkurrenz der Gewerkschaften vor allem in den 50er Jahren sogar als hinderlich für die Interessenvertretung der Lohnabhängigen erwies.

Mit Hilfe der nationalisierten Versicherungsunternehmen wurde 1946 das ebenfalls im Réstistance-Programm vorgesehene System einer umfassenden Sozialversicherung aller Lohnabhängigen geschaffen, das wenigstens bis 1958 ausschließlich von deren gewählten Vertretern verwaltet wurde. Damit konnten die schlimmsten Folgen des Lohnarbeiterdaseins im Falle von Krankheit, bei Unfällen und im Alter gemildert werden. Im gleichen Sinne half ein System von Familienbeihilfen, die Not kinderreicher Arbeiterfamilien zu lindern.

So bedeutsam verschiedene dieser Errungenschaften im Vergleich zur vorangegangenen Zeit und selbst zur Volksfront-Periode zunächst erscheinen mochten, so blieben sie doch in der Realität weit hinter den keineswegs utopischen Erwartungen der Arbeiterklasse und selbst deutlich hinter den erklärten Zielen des Widerstandsprogramms zurück.

3. *Die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung*

a) Das Scheitern der Einheitsgewerkschaft

Durch die aktive Beteiligung am Widerstand war es der christlichen Gewerkschaft CFTC gelungen, ihre jahrzehntelange Isolation zu überwinden und sich vom Odium einer „gelben" Gewerkschaft zu befreien [16]. Im Frühjahr 1943 hatten die gerade vereinigte CGT und die CFTC ein gemeinsames „Gewerkschaftskartell" (Cartel interconfédéral) gegründet, das sich sowohl in der Zusammenarbeit der beiden Gewerkschaftsvertreter im Nationalrat der Widerstandsbewegung als auch in der Organisation des „Generalstreiks für die Befreiung" im August 1944 bewährt hatte. Wenige Wochen nach der Befreiung richtete die CGT einen „feierlichen" Appell an die CFTC, Verhandlungen mit dem Ziel der Vereinigung beider Organisationen aufzunehmen. Der Kongreß der CFTC lehnte im September 1945 die Fusion jedoch kategorisch ab. Er bezeichnete die Aufrechterhaltung des Gewerkschaftspluralismus als „höchsten Ausdruck der Freiheit und der De-

15 H. Lesire Ogrel, Le syndicat dans l'entreprise, Paris 1967. Im ersten Wahlgang dürfen allein die „repräsentativen" Gewerkschaften Kandidaten für die beiden Institutionen aufstellen. Zum Begriff der „Repräsentativität" vgl. J. Neuville, La „représentativité" des syndicats, Paris 1960.

16 Eine eingehende Untersuchung der klerikalen Ideologie der CFTC vor dem 2. Weltkrieg und ihrer Nachwirkungen bis zur Mitte der 60er Jahre findet sich in P. Delon, Le syndicalisme chrétien en France, Paris 1965.

mokratie". Nachdrücklich sprach er sich gegen jede Form des Sozialismus aus und bekräftigte die traditionelle Linie des christlichen Gewerkschaftsbundes: „Die CFTC macht sich die Doktrin von der gesellschaftlichen Organisation zu eigen, die aus dem Geist des Evangeliums lebt und deren allgemeinen Grundsätze in den Enzykliken Rerum novarum und Quadragesimo Anno niedergelegt sind." [17] Damit war der Versuch zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft in dieser Phase gescheitert.

b) Das neue Kräfteverhältnis in der CGT

Wichtiger jedoch als das Scheitern der Einheitsgewerkschaft sollte sich in der Folgezeit das Wiederaufleben von Richtungskämpfen innerhalb der CGT selbst erweisen. Die CGT der unmittelbaren Nachkriegszeit unterschied sich in charakteristischer Weise von der Vorkriegs-CGT. War bis dahin stets die reformistisch-sozialistische Fraktion in der Mehrheit und die revolutionär-kommunistische Fraktion in der Minderheit, so hatte sich dieses Verhältnis während der Résistance allmählich umgekehrt. Die Masse der neuen Mitglieder, die nach der Befreiung der CGT beitraten, unterstützte vorwiegend den aktiveren und radikaleren kommunistischen Flügel.

Das Kräfteverhältnis beider Fraktionen an der gewerkschaftlichen Basis zeigte sich erstmals auf dem 26. Kongreß der CGT im April 1946, als die Delegierten von etwa 5,6 Mio. Mitgliedern zu rund 80 % für die von den Ex-Unitaires eingebrachte Modifikation der CGT-Statuten stimmten. Das bis dahin bestehende Verbot, gleichzeitig führende Positionen in der CGT und in einer politischen Partei einzunehmen, wurde aufgehoben; die Zahl der jeweiligen Kongreßdelegierten sollte sich künftig direkter aus der proportionellen Stärke der einzelnen Gewerkschaften ergeben. Die seit Anfang 1945 geltende paritätische Besetzung des Bundesbüros blieb jedoch erhalten. Durch diese Beschlüsse wurde der kommunistische Einfluß in der CGT im allgemeinen weiter verstärkt.

Der reformistische Confédérés-Flügel hatte sich nach der Befreiung um die ehemalige Widerstandszeitschrift „Résistance-Ouvrière" (Arbeiterwiderstand) organisiert und sie seit Ende 1945 unter Leitung des jahrzehntelangen CGT-Generalsekretärs Léon Jouhaux mit dem neuen Titel „Force Ouvrière" (Arbeitermacht) nach und nach in ein Organ gegen die „kommunistische Kolonialisierung der CGT" [18] verwandelt. Jouhaux warf der CGT-Mehrheit vor, sie wolle die CGT zu einem „Transmissionsriemen der kommunistischen Partei" machen.

Die CGT hatte sich seit der Befreiung nicht lediglich auf die Vertretung der „beruflichen Interessen ihrer Mitglieder" beschränkt, wie es de Gaulle und die Volksrepublikaner von ihr verlangt hatten [19].

17 G. Lefranc, Le Mouvement syndical de la Libération aux Evénements de Mai-Juin 1968, Paris 1969, im folgenden zit. G. Lefranc, (2), S. 18.
18 M. Branciard, Société française et luttes de classe, Tome II (1914 bis 1967), S. 141 f. und G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 23 f. u. S. 42 f.
19 G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 22.

Vielmehr hatte sie sich, unter Berufung auf das Programm der Widerstandsbewegung und mit Zustimmung beider Arbeiterparteien, als aktives Element im Kampf um die gesellschaftliche Neuordnung Frankreichs begriffen und zu allen Grundproblemen der gesellschaftlichen Entwicklung Stellung genommen. Deshalb mußten sich die zwischen den politischen Organisationen der Arbeiterklasse auftauchenden strategischen Differenzen auch innerhalb der CGT widerspiegeln. Die innere Entwicklung der CGT war damit unmittelbar an das Verhältnis von Kommunisten und Sozialisten geknüpft.

c) Kommunisten und Sozialisten nach der Befreiung

Die Beziehungen zwischen den beiden Arbeiterparteien hatten sich im Widerstand erheblich verbessert. Unmittelbar nach der Befreiung gab es von beiden Seiten aus sogar Versuche zu einer organisatorischen Vereinigung. Im Dezember 1944 war ein paritätisch besetztes „Comité permanent d'entente" geschaffen worden mit dem Auftrag, „die Wege einer Vereinigung beider Parteien zu erforschen". Die Gründung einer einheitlichen „französischen Arbeiterpartei" (Parti ouvrier français)[20] scheiterte jedoch im Laufe des ersten Halbjahres 1945 an tiefgreifenden ideologischen und politischen Meinungsverschiedenheiten. Vor allem Léon Blum, der seit der Parteispaltung 1920, spätestens aber seit dem Scheitern der Volksfront, „geradezu leidenschaftlicher Antikommunist"[21] geworden war, setzte seinen ganzen Einfluß in der Sozialistischen Partei gegen die Vereinigung mit den Kommunisten ein. Nachdem der Blum-Flügel schon bei den Kommunalwahlen im April/Mai 1945 die Aufstellung einer einheitlichen „Arbeiterliste" verhindern konnte, mußte das Vereinigungsvorhaben auf dem Kongreß der Sozialisten im August 1945 endgültig aufgegeben werden[22].

Grundlegende Meinungsverschiedenheiten zeigten sich immer deutlicher selbst in den elementaren Strategien für den materiellen Wiederaufbau, die freilich eng mit der weltpolitischen Situation und dem Beginn des „Kalten Krieges" verknüpft waren. Während sich die Kommunisten, unterstützt von der CGT-Mehrheit, für einen möglichst selbständigen Wiederaufbau einsetzten und dazu die Kampagne für die „Produktionsschlacht" organisierten, entschieden sich die Sozialisten, nach anfänglichem Zögern, für die Bemühungen um verstärkte amerikanische Wirtschaftshilfe, wie sie schon die britische Labour-Regierung erhalten hatte.

20 Parti ouvrier français (POF) war der Name der ersten marxistischen Arbeiterpartei Frankreichs gewesen (Guesdisten). Zum Scheitern des Versuchs vgl. Histoire du Parti Communiste Français, Manuel, Ed. Commission d'Histoire auprès du Comité Central du PCF, Paris 1964, S. 460 ff. und J. Fauvet, Histoire du Parti Communiste Français, Tome II, Paris 1965, S. 148 ff.

21 A. Werth, Der zögernde Nachbar — Frankreich seit dem letzten Weltkrieg, Düsseldorf 1957.

22 J. Fauvet, Histoire du PCF, a.a.O., S. 163, G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 43.

Im Mai 1946 reiste Léon Blum mit dem Vorsitzenden der Planungskommission Jean Monnet nach Washington, um US-Außenminister Byrnes und Finanzminister Vinson die Ziele des Fünfjahresplans 1946—1950 zu erläutern. Voraussetzungen zum Erreichen dieser Ziele seien: „bedeutend mehr Kohle aus Deutschland oder anderswoher (Frankreich erhielt damals aus den USA monatlich 500 000 Tonnen und aus Deutschland 300 000 Tonnen — weniger als die Hälfte seines tatsächlichen Bedarfs), etwa 1,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte und ausländische Kredite in der Höhe von mehreren Milliarden Dollar für den Zeitraum von 1946—1950" [23]. Die US-Politiker erklärten, daß sie die gewünschte Hilfe erst nach Entfernung der Kommunisten aus der Regierung, der endgültigen Abkehr Frankreichs von der „Autarkie" zugunsten des „Freihandels" und nach Wiedereinführung „marktwirtschaftlicher Prinzipien" gewähren würden, was im Klartext die vollständige Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse und Öffnung des französischen Marktes für den Waren- und Kapitalexport des amerikanischen Monopolkapitals bedeutete. Obwohl Blum keine offiziellen Zusagen gab, sollte sein Besuch in Washington den endgültigen „Wendepunkt in Frankreichs Nachkriegspolitik einleiten" [24].

4. *Der Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung und die Spaltung der CGT*

Aufgrund von Verfassungsproblemen [25] waren im Jahre 1946 zwei weitere Parlamentswahlen notwendig, bei denen es sich erwies, daß die Sozialisten aufgrund ihres Taktierens immer mehr an Vertrauen in der Arbeiterklasse verloren hatten, während die Kommunisten deutliche Gewinne verzeichneten. Ihr Stimmenanteil stieg von 26,1 % (Dezember 1945) auf 26,2 % (Juni 1946) und erreichte schließlich 28,6 % (November 1946), während die Sozialisten von 23,8 % über 21,1 % zuletzt sogar auf 17,9 % zurückfielen.

Diese Entwicklung alarmierte die Strategen des US-Imperialismus, die nunmehr entschlossen waren, die sich überall abzeichnenden Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung zum Vehikel ihrer Weltmachtspläne zu machen.

Zur Verhinderung des Übergreifens der sozialistischen Umwälzung in Osteuropa auf die Länder Westeuropas bot die amerikanische Regierung nunmehr umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung (Marshall-Plan) denjenigen „freien Völkern (an), die ihre Unabhängigkeit,

23 A. Werth, a.a.O.; zum französischen Energieproblem vgl. auch H. P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied und Berlin 1966, S. 188 ff.

24 A. Werth, ebenda und H. Claude, Der Marshall-Plan, S. 50.

25 J. Fauvet, Von de Gaulle bis de Gaulle, Frankreichs IV. Republik, Tübingen 1960, S. 71 ff., F. Goguel, G. Ziebura, Das französische Regierungssystem, Köln 1956, S. 25 ff.

ihre demokratischen Institutionen und die Menschenrechte gegen totalitäre Pressionen von innen und außen zu wahren suchen" [26].

Sozialisten und Volksrepublikaner waren entschlossen, die angebotene amerikanische Wirtschaftshilfe anzunehmen und die daran geknüpften außen- wie innenpolitischen Bedingungen zu akzeptieren. Wie in Belgien (10. März) und Italien (13. Mai) wurden in Frankreich (5. Mai) die kommunistischen Minister von ihren Koalitionspartnern aus der Regierung ausgeschlossen. Dabei war der unmittelbare Anlaß des Ausschlusses für die Sozialisten äußerst heikel. Am 25. April war in der nationalisierten Automobilfirma Renault ein spontaner Streik ausgebrochen. Die CGT unterstützte die Forderung der Streikenden und kritisierte die Lohnpolitik der Regierung. Die kommunistischen Minister und Parlamentarier solidarisierten sich mit den Gewerkschaftsforderungen und sprachen sich für eine grundlegende Umorientierung der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. Die Regierung hielt jedoch mit der Mehrheit der Volksrepublikaner und Sozialisten am bisherigen Kurs mit starren Löhnen und zwangsweisen Preisherabsetzungen fest, die schon Léon Blum wenige Monate zuvor vergeblich hatte durchsetzen wollen. Der inzwischen zum Ministerpräsidenten ernannte Sozialist Paul Ramadier schloß unmittelbar darauf die fünf kommunistischen Minister und zwei sozialistische Kabinettskollegen, die ebenfalls die Lohnpolitik der Regierungsmehrheit kritisiert hatten [27], aus der Regierung aus.

Die CGT war jetzt nicht länger bereit, die Arbeiter zu weiteren materiellen Anstrengungen aufzurufen, die nunmehr überwiegend dem Interesse der privaten Kapitalakkumulation und zur Schaffung allgemeiner Produktions-, Investitions- und Absatzbedingungen für den amerikanischen Kapital- und Warenexport dienen würden. Ohnehin hatte sie die „Produktionsschlacht" nur unterstützt, soweit sie zur Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung notwendig war. Schon 1946 hatte Benoît Frachon auf dem 26. Kongreß der CGT erklärt: „Wenn wir für die Arbeiterklasse mehr Nahrungsmittel, mehr Kleidung, Schuhe, Haushaltsgegenstände und Wohnungen fordern, dann kann das Problem nicht allein durch die Erhöhung der Löhne gelöst werden. Es hängt in erster Linie von der Menge der Waren, die für den Konsum hergestellt werden, und vom Tempo des Wiederaufbaus ab. Heißt das, daß wir glauben, es genüge, die Produktion zu erhöhen, damit die Arbeiterklasse ihren Anteil erhält? Wir sind nicht so naiv, wir wissen sehr wohl, daß wir noch im Kapitalismus und nicht im Sozialismus sind. In dem Maße, wie die Produktion von Konsumgütern erhöht wird, müssen wir eingreifen, damit sich die Lage der Arbeiterklasse verbessert und das werden wir tun, wie wir es immer getan haben. Die Gewerkschaften sind da, um diese Aufgabe zu erfül-

26 Unterstaatssekretär im State Department Dean Acheson vor dem amerikanischen Kongreß am 8. Mai 1947, zit. nach D. Tartakowsky, Guerre froide et Troisième Force, in: H. Claude u. a., La IV République, La France de 1945 à 1958, Paris 1972, S. 53.

27 A. Philipp, Les Socialistes, Paris 1967, S. 133.

len." [28] Trotz des anhaltenden Energiemangels waren die Erfolge der „Produktionsschlacht" bemerkenswert. Schon 1947 wurde in den meisten Industriezweigen das Produktionsvolumen von 1938 erreicht. Allerdings war hierzu, infolge der Zerstörung der Produktionsanlagen, ein weitaus höherer Arbeitseinsatz erforderlich. Seit 1945 galt zwar offiziell die 40-Stundenwoche, eine der größten Errungenschaften der Volksfront, als „Normalarbeitszeit", tatsächlich wurde aber in der Industrie durchschnittlich über 48 Stunden gearbeitet. Ab 1946 wurde deshalb für die 41.—48. Wochenstunde ein Zuschlag von 25 %, darüber hinaus von 50 % gewährt.

Die Lohnhöhe wurde nach Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Staat vom Arbeitsminister Ambroise Croizat (zuvor CGT) auf dem Verordnungswege festgesetzt, wobei das Streikrecht verfassungsmäßig garantiert, jede Form der Aussperrung jedoch verboten war. Durch dieses zentralisierte Verfahren, das sich aus der unmittelbaren Notsituation des Wiederaufbaus ergab, ist es immerhin gelungen, eine einheitliche Lohnskala für alle Berufe zu schaffen und damit zahlreiche willkürliche Lohndifferenzierungen zwischen den verschiedenen Gewerbezweigen, den einzelnen Regionen und den unterschiedlichen Qualifikationsstufen, vor allem aber in der Bezahlung von Männer- und Frauenarbeit abzubauen. Trotz der z. T. drastischen Lohnerhöhungen blieb die Entwicklung der Reallöhne jedoch infolge der schwer kontrollierbaren Einzelhandelspreise und des noch immer blühenden „schwarzen Marktes" hinter der allgemeinen Produktionsentwicklung zurück. Einschließlich der Familienzulagen erreichte die Kaufkraft eines durchschnittlichen Arbeitermonatslohnes in der Industrie Ende 1946 rund 80 % des Niveaus von 1938.

Als im Herbst 1947 die Preise wiederum sprungartig angestiegen und sogar die tägliche Brotration pro Kopf von 300 Gramm auf 200 Gramm herabgesetzt wurde, entlud sich die Enttäuschung der Arbeiterklasse über die gesamte ökonomische und politische Entwicklung der Nachkriegszeit in der ersten und zugleich größten Streikwelle der IV. Republik, die sich zu einer ernsten politischen Krise zuspitzen sollte. Nachdem die Regierungskoalition aus Sozialisten, Volksrepublikanern und Radikalen die Forderung der CGT nach einer allgemeinen Lohnerhöhung von 20 % bis 25 % und einer periodischen Anpassung der Löhne entsprechend dem Einzelhandelspreisindex (gleitende Lohnskala) abgelehnt hatte, kam es im November 1947 innerhalb des Bundeskomitees der CGT zu heftigen Auseinandersetzungen. Die kommunistischen „Unitaires" hatten, um dem Vorwurf der permanenten Majorisierung der „Confédérés" in den offiziellen Organen der CGT zu entgehen, vorgeschlagen, eine Befragung der Basis in den Betrieben, und zwar nicht nur der Gewerkschaftsmitglieder, sondern aller Arbeiter der wichtigsten Wirtschaftszweige vorzunehmen. Dabei sollte über die konkreten Forderungen der Arbeiter und die spezifi-

28 B. Frachon, Bericht auf dem 26. Bundeskongreß der CGT 1946, zit. nach J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 188.

schen Kampfmaßnahmen des jeweiligen Bereiches entschieden werden. Dahinter stand die Absicht, in den Betrieben eine umfassende Diskussion der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung, den Marshall-Plan und die gesamte politische Entwicklung des Landes einzuleiten.

Die seit Anfang 1947 als „Freunde von Force Ouvrière" zusammengeschlossene Fraktion der „Confédérés" widersetzte sich dem geplanten Vorhaben mit dem Argument, die Befragung von Nichtmitgliedern laufe allen gewerkschaftlichen Traditionen zuwider. Das Bundeskomitee entschied sich mit 857 gegen 101 Stimmen für den Vorschlag der „Unitaires". Ähnlich eindeutig endete die Abstimmung über den Marshall-Plan. Die FO-Fraktion war der Auffassung, daß die ausländische Wirtschaftshilfe nicht in jedem Fall die nationale Souveränität einschränke, und „begrüßte in diesem Sinne als nützlich insbesondere die amerikanische Hilfe an Frankreich" [29]. Die CGT-Mehrheit erklärte in ihrem Resolutionsentwurf dagegen: „Der wichtigste Faktor unseres Wiederaufstiegs besteht in der Steigerung der Produktion unseres Landes, in der Nutzung unserer nationalen Ressourcen, in der Verwirklichung derjenigen ökonomischen und politischen Bedingungen, die geeignet sind, die Begeisterung der Volksmassen und insbesondere der Arbeiter für die Realisierung erstrebenswerter Ziele hervorzurufen. Das nationale Bundeskomitee beschließt daher, den Plan der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft, den Marshall-Plan, zu bekämpfen ... und protestiert energisch gegen die Entscheidung der Regierung, die Verträge am 15. November zu unterzeichnen." [30] Dieser Entwurf wurde mit 857 gegen 127 Stimmen angenommen.

Trotz der eindeutigen Niederlage weigerten sich die FO-Anhänger, die Beschlüsse zu akzeptieren, und es gelang ihnen, die Befragungen in einigen kleineren Einzelgewerkschaften und Regional-Unionen zu verhindern.

In den wichtigsten Sektoren blieben sie jedoch deutlich in der Minderheit, so daß die Befragungen unverzüglich durchgeführt werden konnten. Zunächst legten die Bergarbeiter der Nordregion, die Metaller der Pariser Region, die Volksschullehrer, die Postbediensteten und die Eisenbahner die Arbeit nieder; binnen einer Woche schlossen sich ihnen zahlreiche weitere Einzelgewerkschaften an. Am 22. November zählte man etwa 700 000 Streikende, am 27. November rund 2 Millionen, nur in wenigen der befragten Großbetriebe, so z. B. bei Citroën wurde der Streik mit Mehrheit abgelehnt. Am 27. November konstituierte sich ein „nationales Streikkomitee", an dem sich 20 Einzelgewerkschaften beteiligten (darunter die Metaller, die Bergarbeiter, die Bauarbeiter, die Post, die Eisenbahner, die Chemiearbeiter, die Textilarbeiter, die Docker usw.). Das Streikkomitee stellte folgende Forderungen: 25 Prozent Lohnerhöhung, Mindestlohn F 10 000.—, gleitende Lohnskala.

29 G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 55.
30 Ebenda.

Die schon während der ersten Streikwoche nach rechts erweiterte Regierungskoalition unter dem neuen volksrepublikanischen Ministerpräsidenten Robert Schumann lehnte in ihrer Mehrheit die Forderungen des Streikkomitees pauschal ab. Gleichzeitig versuchte jedoch der sozialistische Arbeitsminister Daniel Meyer, mit dem Force-Ouvrière-Flügel der CGT einen Kompromiß auszuhandeln. Während die Regierung an zahlreichen Orten Polizei und Militär gegen Streikende einsetzte und verschiedene Verordnungen zur Einschränkung des Streikrechts erließ, Reservisten einberief und dabei der Gegensatz von Regierung und Streikkomitee seinen Höhepunkt erreichte, verhandelte Jouhaux mit dem Arbeitsminister und Vertretern des Unternehmerverbandes (CNPF). Gleichzeitig begann die Streikfront an verschiedenen Stellen zu brechen (zuerst bei der Pariser Métro, den Verwaltungsangestellten und den Volksschullehrern). Der Kern der Streikbewegung in den Großbetrieben in der Metallindustrie und im Bergbau hielt jedoch unverändert durch, obwohl sich bei den Arbeitern der Verdienstausfall und das Fehlen von Streikkassen besonders hart bemerkbar machte. Am 8. Dezember bot die Regierung eine lineare Inflationsausgleichszulage von monatlich 1500 F und statt der gleitenden Lohnskala die Bildung einer Kommission zur Überwachung der weiteren Lohn- und Preisentwicklung an. Das Streikkomitee wies den Kompromißvorschlag zurück. Jouhaux rief dagegen im Namen der Anhänger von Force Ouvrière im Rundfunk zur Annahme des Vorschlags und zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. In den Betrieben wuchs die Unsicherheit über den weiteren Fortgang des Streiks sichtlich, zumal in der bürgerlichen Presse zahlreiche Gerüchte über einen bevorstehenden Umsturzversuch von links oder auch von rechts verbreitet wurden. Nach einem weitergehenden Angebot der Regierung fanden sich in den meisten Betrieben zwar immer noch Mehrheiten für die Fortführung des Streiks, die Zahl der Streikunwilligen stieg jedoch deutlich an. Nach heftigen Debatten sprach sich das nationale Streikkomitee am späten Abend des 9. Dezember für den Abbruch des Streiks aus.

Die erzielten Lohnerhöhungen von 22 %—24 % reichten keineswegs aus, um den Kaufkraftverlust der Reallöhne, der schon im Herbst bei über 25 % gelegen hatte, auch nur annähernd auszugleichen.

Die Bewegung endete damit in einer Niederlage, die um so schwerwiegender war, als sie die endgültige Spaltung der CGT mit sich brachte. Während die CGT-Mehrheit von „Verrätern" sprach, bezeichnete die FO-Fraktion die Führer des Streikkomitees als „Abenteurer" oder gar als „sowjetische Agenten". Die am 18. Dezember einberufene nationale Konferenz der „Freunde von Force-Ouvrière" vollzog nun auch formal die faktisch bestehende Spaltung der CGT. Am folgenden Tag schieden Jouhaux und seine „Freunde" im Bundesbüro offiziell aus der CGT aus. Sie beschlossen, einen selbständigen Gewerkschaftsbund zu gründen und riefen ihre Anhänger in den Einzelgewerkschaften und den Regional-Unionen ebenfalls zum Austritt aus der CGT auf.

II. Die Gewerkschaften in der Phase der kapitalistischen Restauration (1948—1958)

Mit dem Ausschluß der Kommunisten aus der Nachkriegskoalition und der erneuten Spaltung der Gewerkschaftsbewegung endete im Jahre 1947 die Periode des labilen Klassengleichgewichts, die sich unmittelbar nach der Befreiung aus der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Widerstand und beim gesellschaftlichen Neuaufbau ergeben hatte. Zwar stieß die mit US-amerikanischen Finanzmitteln vorangetriebene Restauration der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse auch im folgenden Jahrzehnt noch auf den z. T. heftigen Widerstand großer Teile der Arbeiterbewegung, insgesamt befand sich diese jedoch eindeutig in der Defensive. Innerhalb des neuen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses waren die Gewerkschaften gezwungen, sich nunmehr weitgehend auf den Kampf gegen die unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen spontan stets wirkende Tendenz zur Verschlechterung der materiellen und „moralischen" Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu konzentrieren, ohne daß sie auch in dieser Phase insgesamt auf ihr Emanzipationsziel, die Überwindung des Kapitalismus, verzichtet hätten.

Die Phase der Restauration (im engeren Sinne) reicht in Frankreich von etwa 1948 bis 1958; sie war durch folgende Hauptmerkmale gekennzeichnet:

— rasches Wachstum der Produktion, bei weitgehender Restauration der aus der ersten Jahrhunderthälfte überkommenen Kapitalstrukturen mit ihrem relativ niedrigen Konzentrationsgrad auf der Basis einer überwiegend konventionellen Produktionstechnik;
— Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten des Kapitals, wobei aber die ökonomische und politische Macht der Arbeiterbewegung noch keineswegs gebrochen war;
— Beibehaltung der klassischen, liberal-demokratischen Herrschaftsform des Bürgertums, der parlamentarischen Demokratie;
— Zusammenbruch des überkommenen Kolonialreichs und weitere Unterordnung Frankreichs im System des amerikanisch dominierten Imperialismus.

Ähnlich wie in der BRD war auch in Frankreich das niedrige Reallohnniveau eine der entscheidenden Ursachen für die als „Wirtschaftswunder" bezeichnete Phase ungewöhnlich starken ökonomischen Wachstums in den 50er Jahren. Hierzu nur einige charakteristische globale Daten: Schon 1949 erreichte das reale gesellschaftliche Gesamtprodukt fast genau das Volumen des Jahres 1938, während die reale Kaufkraft des durchschnittlichen Arbeiterstundenlohnes in der Industrie das Niveau von 1938 erst in den Jahren 1956—1958 erlangen konnte, als das Gesamtprodukt schon um weit mehr als 50 % gestiegen war. Entsprechend war in den 50er Jahren der Akkumulationsfonds gegenüber den 30er Jahren sprunghaft angestiegen. Die „Bruttoinvestitionsrate", die 1938 mit etwa 12 % kaum zur einfachen

Reproduktion des Produktionsvolumens ausgereicht hatte, war in den 50er Jahren auf durchschnittlich fast 20 % gesteigert worden. Allerdings belasteten die durch den Beitritt zur NATO und durch die Kolonialkriege in Indochina und Nordafrika gigantisch gestiegenen Militärausgaben, trotz erheblicher amerikanischer „Unterstützung", in wachsendem Maße die reale Kapitalakkumulation, so daß Frankreich schon ein Jahrzehnt nach dem 2. Weltkrieg erneut ökonomisch hinter den nunmehr auf die Bundesrepublik beschränkten deutschen Imperialismus zurückzufallen drohte.

Die ökonomisch-finanzielle und militärische Krise des französischen Imperialismus in der zweiten Hälfte der 50er Jahre fiel zeitlich zusammen mit dem Beginn einer neuen Etappe der Kapitalentwicklung auf nationaler und vor allem auf internationaler Ebene. Der weltweite Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus, der im „Kalten Krieg" (und in verschiedenen, wenngleich regional begrenzten „Heißen Kriegen") einen Höhepunkt erreicht hatte, drängte die innerimperialistischen Widersprüche vorübergehend in den Hintergrund. Gegen die Ausbreitung des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen wurden überall in der Welt imperialistische Militärbündnisse geschlossen, die vor allem seit dem Koreakrieg Anfang der 50er Jahre zu einem Katalysator der ökonomischen Integration und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, insbesondere in den mit der Rüstungsproduktion eng verknüpften Sektoren der Industrie und der Energiewirtschaft wurden. In Westeuropa drängten diese Tendenzen immer stärker zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes, in dessen Rahmen die westeuropäischen Großkonzerne hofften, die Vorherrschaft des US-Kapitals langfristig brechen zu können.

Für die französischen Monopole, die in diesem neuen größeren Markt offen die Hegemonie anstrebten, ergab sich daraus die Notwendigkeit einer raschen Umwälzung der materiell-technischen Produktionsbasis und einer beschleunigten Konzentration und Zentralisation des Kapitals, was eine weitere Steigerung der Akkumulationsrate und eine verstärkte Zentralisation der politischen Macht zur Voraussetzung hatte.

So führte die durch den Algerien-Krieg verursachte tiefe Finanzkrise im Jahre 1958 sehr rasch zu einer Krise des gesamten liberaldemokratischen Systems der IV. Republik und endete in der Errichtung des autoritären „Regimes der persönlichen Macht" de Gaulles im allgemeinen Interesse des Monopolkapitals. Gegen diese, vom Standpunkt des Kapitals notwendige Entwicklung vermochte die durch Spaltung und Antikommunismus geschwächte Arbeiterklasse letztlich keinen hinreichenden Widerstand zu leisten, so daß der Mai 1958 als folgerichtige Fortsetzung der Niederlage von 1947 erscheint.

In der gesamten Restaurationsphase lassen sich deutlich zwei Etappen des Klassenkampfes unterscheiden, die im großen und ganzen mit zwei Zyklen der Kapitalakkumulation (1949—53/1954—58) zusammenfallen. In der ersten Etappe, die noch völlig im Zeichen des „Kalten Krieges" stand, spiegeln sich die internationalen Widersprüche in allen Formen und allen Ebenen der Klassenauseinandersetzungen.

Auch für die Gewerkschaftsbewegung erwiesen sich ökonomische und soziale Probleme als unmittelbar verknüpft mit den Problemen der internationalen Politik. Erst in der zweiten Etappe begannen nationale Besonderheiten der ökonomischen und politischen Entwicklung Frankreichs stärker in den Vordergrund zu treten. Insofern kann die erste Etappe bis 1953 noch als unmittelbare Fortsetzung der sich seit 1946 abzeichnenden Tendenzen in der Ökonomie (materieller Wiederaufbau) und Politik (Eingliederung in das von den USA dominierte westliche Bündnis) angesehen werden. Daraus ergibt sich auch, daß die Probleme der Arbeiterbewegung in dieser Etappe im wesentlichen die gleichen sind wie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wenn sich auch die Bedingungen zu ihrer Lösung seit der Spaltung 1947 erheblich verschlechtert hatten.

1. Die Etablierung des Gewerkschaftspluralismus

a) Die Gründung der Gewerkschaft Force-Ouvrière (FO)

Im April 1948 fand in Paris der Gründungskongreß des neuen Gewerkschaftsbundes CGT-Force-Ouvrière (FO) statt [31]. In den meisten Einzelgewerkschaften war es den FO-Anhängern nur gelungen, Minderheiten zu einem Austritt aus der CGT zu bewegen. Bemerkenswert war vor allem, daß die traditionell reformistisch orientierte Gewerkschaft der Buchdrucker (Livre) insgesamt und selbst die Beamtengewerkschaft in ihrer Mehrheit innerhalb der CGT verblieb. Die zahlenmäßig starke Lehrergewerkschaft entschloß sich dagegen, autonom zu werden; unter dem Namen Fédération d'Education Nationale (FEN) spielt sie seither eine wichtige Rolle in der französischen Gewerkschaftsbewegung [32]. Auch die Versuche der FO-Führung, alle auf irgendeine Art anti-kommunistischen gewerkschaftlichen Splittergruppen (Anarchosyndikalisten, Trotzkisten und selbst gaullistische Gruppen) zu sammeln, scheiterten weitgehend in den ersten Monaten des Jahres 1948 an der ideologischen und sozialen Heterogenität dieser Gruppen. So kam es, daß trotz außerordentlich starker Propaganda der sozialistischen und auch der bürgerlichen Presse, der neue Gewerkschaftsbund mit 800 000 bis 1 Mio. Mitgliedern nur etwa ein Drittel der Stärke der CGT erreichen konnte [33]. Dieser gemessen an den Erwartungen der FO-Führer relativ bescheidene Erfolg veranlaßte die FO-Spitze, zunächst eine eher radikale Sprache zu gebrauchen. Um die strategische Parole von Jouhaux („Wir setzen die CGT fort") glaubwürdig zu machen, nahm die FO sogar gewisse Ele-

31 G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 67 ff., M. Branciard, a.a.O., S. 164 ff. Über FO insgesamt: G. Adam, Force ouvrière, Paris 1965, A. Bergeron, Confédération Force Ouvrière, Paris 1971.

32 Einen kurzen Überblick über Entstehungsgeschichte und vor allem über die aktuellen Tendenzen in der Lehrergewerkschaft FEN gibt J. C. Guérin, Critique du syndicalisme enseignant, in: Les Temps Modernes, No. 301—302 v. August/September 1971, deutsch: Die französische Lehrergewerkschaft (FEN), Analyse und Kritik, Berlin 1972.

33 M. Branciard, a.a.O., S. 168, G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 79 ff.

mente der „Charta von Amiens" in ihre Satzung auf, so beispielsweise die Betonung der „absoluten Unabhängigkeit" von allen politischen Parteien und die Formel vom „Kampf für die Aufhebung von Lohnarbeit und Kapital". Ein Leitartikel der programmatischen Zeitschrift „Force Ouvrière" umriß kurz nach dem Gründungskongreß die strategischen Grundlinien des neuen Gewerkschaftsbundes. Danach setzt sich die FO für die Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter und eine Demokratisierung der Wirtschaft ein, was über ein Tarifrecht, die Unternehmenskomitees, die bestehenden Nationalisierungen und den nationalen Wirtschaftsrat erreicht werden sollte [34]. Damit akzeptierte die FO weitgehend die bestehenden sozialen und politischen Institutionen und versuchte innerhalb dieses Rahmens, parallel zur sozialistischen Partei, einen dritten Weg „zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu definieren".

Die Illusion eines solchen „dritten Weges" mußten FO und Sozialisten in der Folgezeit mit einem fortschreitenden Verfall ihres gewerkschaftlichen bzw. politischen Einflusses in der Arbeiterklasse bezahlen. Seit den 50er Jahren fiel der sozialdemokratische (FO-)Flügel der französischen Gewerkschaftsbewegung sowohl zahlenmäßig als auch praktisch-politisch und ideologisch nach und nach selbst hinter den christlichen Gewerkschaftsbund CFTC zurück. Dies war freilich nicht zuletzt das Ergebnis eines zwar langsamen, aber stetigen Wandels der CFTC seit der Résistance.

b) Entkonfessionalisierungstendenzen in der CFTC

Während die Mehrheit der älteren CFTC-Funktionäre auch in der Nachkriegszeit an der 1945 noch einmal bestätigten Doktrin der päpstlichen Sozialenzykliken festhielt und auf der obersten Funktionärsebene regelmäßige Kontakte zum hohen Klerus bestanden, entwickelte sich an der Basis eine Opposition junger Gewerkschafter aus der christlichen Arbeiterjugendbewegung, deren Kampferfahrung vor allem vom Ergebnis der solidarischen Aktionen des Widerstandes geprägt war. Dieser Gruppe, die sich um die Zeitschrift „Reconstruction" organisiert hatte, gelang es schon 1946 die engen Verbindungen der CFTC zu den Volksrepublikanern (MRP) zu lockern und auf dem Kongreß 1947 eine Statutenänderung durchzusetzen, in der jeder direkte Bezug auf die päpstlichen Sozialenzykliken fehlt. 1948 konnte die „Reconstruction"-Gruppe drei Vertreter in das Bundesbüro (Vorstand) der CFTC entsenden, darunter den Vorsitzenden des christlichen Lehrerverbandes Paul Vignaux, der als Vorkämpfer der neuen Richtung innerhalb der CFTC anzusehen ist und der jüngere Gewerkschafter wie Descamp, Bonéty, Maire, Detraz u. a., die Führer der späteren CFDT, entscheidend beeinflußt hat. Die Entkonfessionalisierungstendenz in der CFTC war begleitet von einer Hinwendung zur Vertretung der unmittelbaren und konkreten Interessen der Arbeiter und einer positiven Einstellung zum Streik als dem entscheidenden Kampfinstrument der Gewerkschaftsbewegung. Damit hatten sich

34 G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 70.

innerhalb der CFTC die Voraussetzungen für künftige Aktionseinheiten mit den anderen Gewerkschaften gegenüber der Vorkriegsphase deutlich verbessert. Hinzu kam, daß die CFTC aufgrund ihrer eigenständigen Entwicklung nicht im gleichen Maße von einem militanten Antikommunismus geprägt war wie zumindest die Führung der FO, so daß sie sich in der Folgezeit, wenn auch bei grundsätzlicher Bevorzugung der FO, durchaus zu gemeinsamen Aktionen mit der CGT bereitfand und verschiedentlich sogar als vermittelndes Element zwischen den beiden „freien" Gewerkschaften fungierte.

c) Die Position der CGT unmittelbar nach der Spaltung und die Streiks 1948

Nach dem Austritt der FO-Anhänger bemühte sich die CGT, ihre seit 1946 eingeschlagene Linie der unmittelbaren Einheit von ökonomischem und politischem Kampf fortzusetzen, die sich aus der direkten Verantwortung der Regierung für das gesamte Lohnniveau ergeben hatte. Der Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung und die volle Unterstützung des Marshallplans durch die Sozialisten brachte die CGT in eine prinzipielle Opposition zur Regierung, eine Position, die auch von den verbliebenen nicht-kommunistischen Mitgliedern des Bundesbüros und ihren Anhängern in den Einzelgewerkschaften (Saillant, Ehni, Le Léap, Le Brun usw.) voll unterstützt wurde. Diese Gruppe hatte ebenso heftig wie ihre kommunistischen Kollegen gegen die Spaltung der CGT gekämpft [35], und sie setzte sich nun auch besonders stark für die Aktionseinheit aller Arbeiter an der Basis ein.

Nach dem partiellen Scheitern der November-Streiks 1947 hatte sich die soziale Lage der Arbeiter infolge der unvermindert hohen Inflationsrate (1948 insgesamt 60 %) weiter verschlechtert, so daß auch das Jahr 1948 durch umfangreiche Streikaktionen gekennzeichnet war. Schon im Februar 1948 forderte die CGT allgemeine Lohnerhöhungen von mindestens 20 % und erneut die Einführung der „gleitenden Lohnskala" zur Sicherung des Reallohnniveaus sowie eine Revision der Lohnzonen. Die Regierung versuchte zunächst die Forderungen der CGT zu ignorieren und versprach eine Politik der Preissenkung. Dabei stützte sie sich auf die beiden Gewerkschaften FO und CFTC, die sich zu einem „Kartell für die Preissenkung" zusammengeschlossen hatten und diese Politik durch den Verzicht auf Lohnforderungen zu verwirklichen hofften. Nach wenigen Monaten war das Scheitern dieser Strategie offenkundig geworden. Daraufhin entwickelten sich die Lohnkämpfe zunächst in fast allen Sektoren mit starkem CGT-Einfluß. Von April bis September riß die Kette von Streiks kaum noch ab, in zahlreichen Fällen schlossen sich CFTC-Basisorganisationen, trotz des heftigen Protestes der FO, die der CFTC „doppeltes Spiel" vorwarf, den von der CGT ausgerufenen Streik-

35 Zur Position der CGT nach der Spaltung vgl. J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 211 ff. Zur Position Ehni, Le Léap, Saillant, a.a.O., S. 207 f. Zur Position Le Brun vgl. A. Barjonet, La CGT, a.a.O., S. 112 f. und P. Lebrun, Questions actuelles du syndicalisme. Paris 1965.

aktionen an. Ihren Höhepunkt erreichte die Streikwelle im Oktober und November 1948, als zu den Einzelaktionen in zahlreichen Betrieben nationale Streiks der Docker, der Postbediensteten, der Eisenbahner und der Bergarbeiter hinzukamen. Im allgemeinen führten diese Streiks infolge der Gewerkschaftsspaltung unmittelbar nur zu Teilerfolgen. Die strategische Nebenabsicht der CGT war es jedoch gewesen, durch massive Aktionen in einzelnen Sektoren und Regionen die immer noch weit verbreitete Unzufriedenheit der Arbeitermassen mit ihrer sozialen Lage zu gemeinsamen Aktionen über die Gewerkschaftsgrenzen hinweg zu nutzen. In stärkerem Maße gelang dies zwar nur dort, wo die CFTC über einen gewissen Einfluß verfügte, weniger in den Zentren des FO-Einflusses, im öffentlichen Dienst, und bei den Beamten. Der Erfolg dieser Strategie war aber immerhin so groß, daß auch die beiden Zentralen der FO und CFTC im September 1948 ihre Preissenkungsstrategie aufgeben mußten und ebenfalls Lohnforderungen anmeldeten. Wenig später schieden sie auch aus dem nationalen Preiskomitee aus.

2. *Der Kampf um die Tariffreiheit*

Die Rückkehr zur kapitalistischen „Normalität", die im Rahmen des ersten Wirtschaftsplanes mit Hilfe der Marshall-Kredite in den Jahren 1948—53 durch die schrittweise Wiedereinführung „marktwirtschaftlicher Prinzipien" erfolgte, mußte auch eine Veränderung in der Strategie der Gewerkschaften nach sich ziehen. Vor allem galt es nun, die sozialpolitischen Errungenschaften der unmittelbaren Nachkriegsperiode (Nationalisierungsstatut, Sozialversicherung, Familienbeihilfen usw.) gegen die „Liberalisierung" der Wirtschaft zu verteidigen und angesichts des völlig unkontrollierten Preisanstiegs endlich wieder die volle Tariffreiheit durchzusetzen. Die Streikbewegungen der Jahre 1947 und 48 hatten bewiesen, daß die Regierung entschlossen war, die ökonomischen Forderungen der Arbeiter zugunsten des kapitalistischen Profits und der Akkumulation zurückzuweisen, und daß die gespaltene Gewerkschaftsbewegung nicht in der Lage war, diesen Willen auf der globalen Ebene zu brechen. Seit 1948 forderten daher alle Gewerkschaftszentralen die Tariffreiheit für Lohnvereinbarungen mit den Unternehmerverbänden, in der strategischen Absicht, wenigstens in Sektoren mit relativ hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad materielle Verbesserungen für die Arbeiterklasse zu erreichen und diese dann schrittweise auf die übrigen Sektoren zu übertragen. Am 12. April 1949 wurde von den Gewerkschaften CGT, CFTC und CGC gemeinsam ein „Aktionstag für die Tariffreiheit" mit Arbeitsniederlegungen, Betriebsversammlungen und Protestdemonstrationen organisiert, an dem trotz der Weigerung der FO-Führung, sich an gemeinsamen Aktionen mit der CGT zu beteiligen, auch zahlreiche Basisorganisationen und Symphatisanten der FO teilnahmen. Die Regierung war ihrerseits bestrebt, den Lohnauseinandersetzungen durch eine gewisse „Entglobalisierung" den unmittelbar politischen Charakter zu nehmen, den sie in der Vergangenheit notwendig annehmen mußte. In dieser Zielsetzung wurde sie auch von der CFTC

und vor allem von der FO unterstützt, die darin eine wesentliche Voraussetzung sahen, für die Trennung von ökonomischem Kampf, den sie als Gewerkschaften akzeptierten, und politischem Kampf, den sie ablehnten. Im Februar 1950 wurde daher ein neues Tarifgesetz verabschiedet, als dessen wichtigste Momente die Verhandlungsfreiheit für Lohnvereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, die Freigabe der Verhandlungsebenen (lokal, regional, national und, obgleich nicht ausdrücklich erwähnt, auch der Unternehmensebene) sowie die Ausdehnung der Tariffreiheit auf alle Bereiche des Wirtschaftslebens (einschließlich Landwirtschaft und öffentlicher Dienst) zu nennen sind. (Für die nationalisierten Unternehmen gelten aufgrund ihrer jeweiligen Personalstatuten Sonderbedingungen [36].) In Lohnfragen behielt die Regierung jedoch das Recht zur Festsetzung eines „garantierten überberuflichen Mindestlohnes (Salaire minimum interprofessionnel garanti = SMIG). Trotz dieses Gesetzes konnte sich das Tarifvertragswesen in Frankreich nur sehr zögernd durchsetzen [37]. Unmittelbar nach seiner Verabschiedung begann in vielen Wirtschaftssektoren eine Welle von Verhandlungen und Streiks um den Abschluß neuer Lohntarife. Insbesondere im Metallbereich führten die Streiks nach wochenlangen Auseinandersetzungen in vielen Betrieben zu effektiven Lohnerhöhungen bis zu 20 %, aber das von allen Gewerkschaften gemeinsam angestrebte Ziel eines nationalen oder auch nur regionalen Tarifvertrages für die Metallarbeiter scheiterte am Widerstand des Unternehmerverbandes der Metallindustrie [38]. Die erkämpften Lohnerhöhungen waren in der Regel einseitige Zugeständnisse der Unternehmer, die nicht den Kriterien des eben erst beschlossenen Tarifgesetzes entsprachen. Dieser Tatbestand blieb charakteristisch für die sozialökonomische Gesamtsituation der Arbeiterklasse in dieser Periode. Es gelang nur in wenigen Sektoren, wirklich verbindliche Tarifverträge auf nationaler oder auch nur regionaler Ebene durchzusetzen. In der Regel konnten die erkämpften materiellen Verbesserungen nicht tariflich fixiert werden, so daß der Effektivlohn der Arbeiter nur selten durch ein branchenspezifisches Minimum abgesichert war. Diese letzte Absicherungsfunktion gegen eine Lohnsenkung blieb damit dem Mindestlohn SMIG vorbehalten.

36 B. Chenot, Les entreprises nationalisées, Paris 1967, S. 96 f., G. Leminsky, Der Arbeitnehmereinfluß in englischen und französischen Unternehmen. Ein Vergleich mit der deutschen Mitbestimmung, Köln 1965, S. 117.

37 Vgl. hierzu J. D. Reynaud, Les Syndicats en France, 2e Ed. Paris 1967. Zur jüngeren Entwicklung: Yves Delamotte, Les tendances récentes de la négociation collective en France, Revue internationale du Travail, 1971, vol. 103, No. 4, S. 392 ff. und G. Adam, J. D. Reynaud, J. M. Verdier, La negociation collective en France, Paris 1972.

38 J. D. Reynaud, Les Syndicats en France, a.a.O. Zur Strategie des Unternehmertums bis zur Mitte der 50er Jahre, vgl. H. W. Ehrmann, La politique du patronat français (1936—1955), Paris 1960. Zur Gewerkschaftsstrategie in dieser Hinsicht: F. Sellier, Stratégie de la lutte sociale, Paris 1961.

Der Kampf um die Festsetzung des SMIG war daher von wesentlicher Bedeutung, und zwar nicht nur allein für die immer noch zahlreichen Mindestlohnempfänger [39], sondern auch für die übrigen angelernten und gelernten Arbeiter, deren Entlohnung sich bei tariflosem Zustand zumeist nach der noch aus der Zeit vor 1950 stammenden einheitlichen Lohnskala richtete, die für die verschiedenen Qualifikationsstufen bestimmte Koeffizienten enthielt (z. B. angelernte Arbeiter, zweite Stufe = 150), mit denen der Mindestlohn (SMIG = 100) multipliziert wurde. Der Kampf um den SMIG und seine reale Kaufkraft war also von Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse, obwohl sich viele Arbeiter aufgrund der manchmal komplizierten Vermittlung ihres effektiven Lohnniveaus mit dem gesetzlichen Mindestlohn darüber nicht hinreichend im klaren waren. Deshalb konnte sich bei der Festsetzung des SMIG die Unternehmerkonzeption eines physischen Minimums gegen die gewerkschaftliche Konzeption eines sozialen Minimums weitgehend durchsetzen. Andererseits gelang es den Gewerkschaften 1952, den SMIG mit dem offiziellen Lebenshaltungskostenindex zu verknüpfen, so daß wenigstens das Prinzip einer Sicherung des realen Mindestlohnes durch die „gleitende Lohnskala" von der Regierung akzeptiert worden war.

3. *Die politischen Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes im ersten Abschnitt der Restaurationsphase (1949—1953)*

Die Herausbildung und Festigung der Gewerkschaftsspaltung seit 1947/48 erschwerte auf politischem mehr noch als auf ökonomischem Gebiet jede Form gewerkschaftlicher Aktionseinheit. FO und CFTC befürworteten im Prinzip die Politik der militärischen und ökonomischen Integration der kapitalistischen Länder (NATO, Montan-Union, später EWG), und sie akzeptierten, zumeist stillschweigend, den imperialistischen Krieg Frankreichs gegen die Völker Indochinas. Sie weigerten sich daher auch, den unmittelbaren Zusammenhang von fortschreitender Militarisierung der Wirtschaft, wachsender Staatsschuld und Inflation mit der ständigen Gefährdung des Reallohnniveaus der Arbeiterklasse und der Aushöhlung der demokratischen Rechte des Volkes anzuerkennen [40]. Dies änderte sich, wenn auch nur in bescheidenem Maße, nach den Parlamentswahlen von 1951, die den bisherigen Regierungsparteien, vor allem Sozialisten und Volksrepublikanern, eine verheerende Niederlage gebracht hatten [41]. Auch die

39 In diese Gruppe fielen vor allem die zahlreichen Landarbeiter, deren Zahl jedoch im Laufe der 50er Jahre rasch sank, aber auch die Arbeiter in der Kleinindustrie der Provinz.

40 Zur Position von FO und CFTC in den allgemein-politischen Fragen in diesem Zeitraum vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 107 ff.

41 Die Sozialisten fielen weiter zurück auf 14,7 % (gegenüber 17,9 % bis 1946), die Volksrepublikaner sogar auf 12,9 % (26,0 %) und die Radikalsozialisten erhielten 10,4 % (11,1 %). Eindeutige Sieger der Wahlen waren die Gaullisten, die auf Anhieb 22,5 % erhielten. Die Kommunisten blieben, trotz Verlusten, mit 26,0 % (28,3 %) die stärkste Partei. Vgl. W. Wagner, Europa zwischen Aufbruch und Restauration, München 1968, S. 146.

Regierungskoalitionen verschoben sich damit zunächst noch einmal weiter nach rechts; bis kurz vor Ende der Legislaturperiode 1956 blieben die Sozialisten von der Regierung ausgeschlossen, was es vor allem der FO erleichterte, wenigstens die offen reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik der konservativen Ministerpräsidenten Pinay und Laniel und des Radikalen R. Mayer, die von der gaullistischen Rechten unterstützt worden waren, zu kritisieren.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges und der antikommunistischen Hetze während der Amtszeit von A. Pinay 1952/53 waren mehrere führende CGT-Vertreter, darunter die beiden Generalsekretäre B. Frachon und A. Le Léap, wegen verschiedener Artikel in CGT-Organen, die sich gegen Militarisierung und Kolonialismus gerichtet hatten, verhaftet worden, ohne daß die beiden anderen Zentralen nennenswerten Protest erhoben hätten [42]. Erst das sogenannte Sparprogramm und die offene Rezessionspolitik Pinays stieß auf eindeutige Ablehnung aller Gewerkschaften. Die zaghafte Politisierung von CFTC und FO wurde fortgesetzt, als unter dem radikalsozialistischen Ministerpräsidenten R. Mayer eine Reihe von Dekreten erlassen worden waren, die darauf abzielten, das Statut der nationalisierten Unternehmen zuungunsten der Arbeitervertreter in den Leitungs- und Aufsichtsgremien zu verändern [43], und sie erreichte einen gewissen Höhepunkt und zugleich Wendepunkt im August 1953, als der konservative Ministerpräsident J. Laniel nach einer längeren Regierungskrise vom Parlament Sondervollmachten zur Überwindung der von Pinay und Mayer geförderten „Rezession" erhielt, die er dazu nutzte, die Rentenansprüche der Beamten und der Beschäftigten des nationalisierten Sektors zu beschränken und „Personaleinsparungen" im öffentlichen Dienst vorzunehmen [44].

Gegen diese „Logik" des Profitsystems, die in allen Phasen des industriellen Zyklus das Heil in der Kürzung von Sozialausgaben, Senkung der Reallöhne, Erhöhung der Massensteuern oder Steigerung der Arbeitslosigkeit sieht, richtete sich der Anfang August 1953 von den drei Gewerkschaften gleichzeitig, wenn auch nicht gemeinsam, ausgerufene Streik im öffentlichen Dienst und im nationalisierten Wirtschaftssektor, der rasch auch auf andere Sektoren übergriff und immer mehr den Charakter eines ökonomisch-politischen Generalstreiks annahm. Mitte August waren rund 4 Millionen Lohnabhängige im Ausstand. Zu den wichtigsten Forderungen gehörten: Zurücknahme der unsozialen „Spar"maßnahmen; höhere Löhne; eine neue Sozial- und Wirtschaftspolitik; Beendigung des Indochina-Krieges; Ablehnung der Wiederaufrüstung Westdeutschlands durch die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

42 Zur wachsenden antikommunistischen Hetze und ihren praktischen Folgen für die Gewerkschaftsbewegung vgl. J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 235 ff., insbesondere S. 239 ff. Zur genannten Haltung von FO und CFTC vgl. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 116 f.

43 G. Leminsky, a.a.O., S. 105, J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 236 f.

44 G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 118, M. Branciard, a.a.O., S. 184.

Rund 200 Abgeordnete verlangten die Einberufung einer Sondersitzung des Parlaments, Kommunisten und ein Teil der Sozialisten forderten den sofortigen Rücktritt der Regierung. Als die Zahl der Streikenden weiter anstieg, befürchtete die FO, die zu Beginn des Streiks, infolge ihrer relativ starken Position im öffentlichen Dienst, eine wichtige Rolle gespielt hatte, eine weitere Politisierung der Streikbewegung und die Entstehung eines „Volksfrontklimas". Sie bemühte sich nunmehr, gemeinsam mit Vertretern der Mehrheitsrichtung in der CFTC, in geheimen Verhandlungen mit der Regierung um einen Kompromiß zum Abbruch des Streiks. Am 21. August verkündete die Regierung weitgehende Zugeständnisse hinsichtlich der ursprünglich vorgesehenen Dekrete, lehnte aber die inzwischen überwiegend von der CGT getragenen weitergehenden Forderungen rundweg ab. Noch am gleichen Tage riefen FO- und CFTC-Führung zur Beendigung des Streiks auf. Lediglich die CGT führte den Streik in einzelnen Sektoren noch bis Anfang September fort und konnte nicht unerhebliche Lohnerhöhungen erreichen. Wie in den Jahren 1947 und 1948 war jedoch auch diesmal der Elan einer Massenstreikbewegung durch geheime Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und Regierung gebrochen worden. Anders als damals hatte diese Kollaborations-Taktik 1953 jedoch die Entstehung bzw. Stärkung einer Opposition gegen die Führungsspitzen in den beiden reformistischen Gewerkschaften zur Folge. Innerhalb der CFTC zeichnete sich von nun an immer deutlicher eine Tendenz zur Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse zugunsten der „Reconstruction-Gruppe" ab, und selbst in der FO regte sich Widerstand gegen den militanten Antikommunismus und die CGT-Feindlichkeit der Führungsgremien [45].

4. *Zum Verhältnis von Ökonomie und Politik im zweiten Abschnitt der Restaurationsphase (1954—1958)*

Der folgende Abschnitt des Klassenkampfes in der Restaurationsphase hat den Akkumulationszyklus von Mitte 1953 bis Mitte 1958 zur realen Grundlage. Im Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegsperiode und zum ersten Abschnitt der Restaurationsphase stehen nun nicht mehr die Probleme des materiellen Wiederaufbaus und der Kampf um seine sozial-ökonomischen und politischen Formen im Vordergrund der Auseinandersetzungen, sondern vielmehr die spezifischen Schwierigkeiten und Widersprüche der erweiterten Reproduktion des Kapitals auf gesellschaftlicher Stufenleiter, wie sie aus den historisch-konkreten Bedingungen der französischen Gesellschaft hervorgegangen sind. Besondere politische Ereignisse, die nicht unmittelbar aus den ökonomischen Verhältnissen abzuleiten sind, wie die militärische Niederlage des französischen Imperialismus in Indochina und der daran anknüpfende Befreiungskampf des algerischen Volkes, haben

45 Zur Position des „Reconstruction"-Flügels in der CFTC vgl. R. Bonéty u. a., La CFDT, Paris 1971, S. 45 f. und des Minderheits-Flügels in der FO vgl. M. Branciard, a.a.O., S. 182 und 208. Aus der Sicht der CGT: J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 247 ff.

den konkreten Verlauf der Klassenauseinandersetzungen in diesem Abschnitt stark beeinflußt, die Bewegung des kapitalistischen Krisenzyklus modifiziert und im Zusammenwirken mit den bereits angedeuteten neuen Bedingungen der monopolkapitalistischen Konkurrenz auf internationaler Ebene in den Jahren 1956 bis 1958 die ökonomisch-finanzielle Krise und schließlich den politischen Zusammenbruch der IV. Republik hervorgebracht.

Während in den beiden Stagnationsjahren (1952/53) des ersten Zyklus die konservativen Republikaner mit Unterstützung der gesamten Rechten zur unverhüllten ökonomischen und politischen Repression gegen die Arbeiterklasse übergegangen waren, vollzog sich im nun beginnenden Aufschwung des zweiten Akkumulationszyklus eine Wende zu liberaleren Herrschaftsformen der Bourgeoisie. Unter dem doppelten Druck der Massenstreikbewegung vom August 1953 und der militärischen Niederlage in Dien-Bien-Phu im Mai 1954 mußte der offen reaktionäre Flügel des Bürgertums die politische Macht an die liberale Mitte abgeben. Die Liquidierung des ohnehin verlorenen Indochinakrieges, der Rückzug aus Tunesien und die Ablehnung des EVG-Vertrages weckte in großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung die Hoffnung, daß die Radikale Partei von Mendès-France im Bündnis mit den Sozialisten auch das Algerienproblem zu lösen vermöchte. Die aus Radikalen, Sozialisten und einigen verwandten kleineren Gruppen gebildete „republikanische Front" hatte den Wahlkampf Ende 1955 unter der Parole „Der Frieden in Nordafrika, eine Frage auf Leben und Tod für Tausende junger Franzosen" geführt und eine rasche Beendigung des Krieges versprochen. In dieser Zielsetzung war sie von allen Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei unterstützt worden, die eine „Volksfront für den Frieden" proklamiert hatte. Die Wahlen Anfang 1956 brachten der Linken insgesamt einen deutlichen Sieg: Mit 5,5 Mio. Stimmen (25,9 %/150 Sitze) waren die Kommunisten eindeutig die stärkste Partei Frankreichs geblieben, gefolgt von der Radikalen Partei mit 3,2 Mio. Stimmen (15,3 %/94 Sitze) und der Sozialistischen Partei mit ebenfalls 3,2 Mio. Stimmen (15,2 %/94 Sitze); erst danach folgten die Rechtsparteien (Konservative, Volksrepublikaner, Poujadisten, Gaullisten usw.). Die klassische Linke verfügte damit sowohl im Volk als auch im Parlament über eine klare Mehrheit. Diese Mehrheit war zustande gekommen aus einem gewiß nicht illusionslosen, aber unverkennbaren Bedürfnis nach gesellschaftlichem Fortschritt und Frieden, wie es sich schon im August 1953 angedeutet hatte.

Die CGT und die Minderheitsfraktion innerhalb der CFTC hatten durch Aktions- und Aufklärungstage sowie durch zahlreiche Demonstrationen für den Frieden zur Entwicklung des Bewußtseins von der Notwendigkeit des politischen Kampfes gegen die Vertreter der imperialistischen Politik und deren ökonomische Basis, das Finanzkapital, beigetragen. Vor allem die CGT unterstützte die Forderung der Kommunisten nach Bildung einer Volksfront, die aber nach der Wahl von Sozialisten und Radikalen entschieden abgelehnt wurde. Statt dessen stützten sich Sozialisten und Radikale erneut auf die bei der Wahl ge-

schlagenen Volksrepublikaner (nur noch 11 % der abgegebenen Stimmen) und waren dazu sogar zu erheblichen Konzessionen an die Rechte bereit. Die Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet führte zwar einige soziale Reformen durch, unter dem Druck der algerischen Ultras verschärfte sie aber dann sogar noch, im offenen Gegensatz zu allen Wahlversprechen, die Unterdrückung des algerischen Volkes. Bei Mollets Amtsantritt 1956 befanden sich etwa 100 000 französische Soldaten in Algerien, bei seinem Rücktritt 18 Monate später waren es 500 000. Die Kriegskosten beliefen sich 1956 auf 485 Milliarden Francs, in den beiden folgenden Jahren auf jeweils 900 Milliarden Francs. In der Phase des stärksten ökonomischen Wachstums kündigte sich 1957 mit dem Zusammenbruch der Staatsfinanzen und der internationalen Zahlungsfähigkeit sowie einer massiven Abwertung des Franc um 20 %, die notwendig folgende Krise an, die sich dann zur allgemein-politischen Krise und zum Zusammenbruch des liberal-demokratischen Regimes der IV. Republik ausweiten sollte.

Ökonomisch war dieser Abschnitt des Klassenkampfes insgesamt eine Periode raschen Wachstums. Die reale Gesamtproduktion nahm im Jahresdurchschnitt um mehr als 6 % zu, wobei sich die Industrieproduktion mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 10 % besonders stürmisch entwickelte, während die landwirtschaftliche Produktion dem Volumen nach etwa stagnierte. Beide Phänomene waren eng miteinander verknüpft: das industrielle Wachstum setzte sich nur etwa zur Hälfte aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Anwendung neuer Produktionsverfahren und einer verbesserten Arbeitsorganisation, die häufig mit einer Beschleunigung des Arbeitstempos verbunden war, zur anderen Hälfte aber aus der bloßen Ausweitung der vor allem in der Konsumgüterindustrie bis dahin zu engen industriellen Kapazitäten zusammen[46]. Dies hatte insbesondere in der Aufschwungphase der Jahre 1954/55 eine rasch wachsende Nachfrage nach Arbeitskraft zur Folge, die überwiegend aus der Landwirtschaft gedeckt wurde, die ihrerseits infolge verstärkter Mechanisierung der mittleren und großen Produktionseinheiten eine überdurchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität aufzuweisen hatte, wodurch zahlreiche Landarbeiter „freigesetzt" und Kleinbauern ruiniert wurden und in die Industrie abwanderten. Auch innerhalb des industriellen Bereichs verlief die Entwicklung sehr ungleichmäßig. Nachdem sich im ersten Zyklus die Produktion des Grundlagensektors (Bodenschätze, Eisen und Stahl, Energie, Transport, Bauwirtschaft, landwirtschaftliche Maschinen) stark ausgedehnt hatte, zogen nun andere Sektoren der Produktionsmittelindustrie und Teile der Konsumtionsmittelindustrie nach. Das überproportionale Wachstum der elektrotechnischen, der chemischen, der metallverarbeitenden und Automobil-Industrie war das Resultat der fortschreitenden Militarisierung der Wirtschaft und eines deutlichen Anstiegs

46 Tatsächlich mußten bis in die Mitte der 50er Jahre ein erheblicher Teil selbst der alltäglichen Konsumgüter importiert werden.

der Massenkaufkraft. Traditionelle Industrien, wie Schiffsbau, gerieten in dieser Phase aber in eine ebenso anhaltende Strukturkrise wie zuvor schon die Textilindustrie.

Vergleicht man allein die Zahl der offiziell registrierten Streiktage in den beiden Zyklen der Restaurationsetappe, so scheint der zweite Zyklus (1954—1958) mit einem Jahresdurchschnitt von 2 Millionen Streiktagen gegenüber knapp 8 Millionen im vorangegangenen Zyklus (1948—1953) insgesamt eine Periode relativer Ruhe gewesen zu sein; vergleicht man dagegen die Zahl der registrierten Streiks, so ergibt sich eine Steigerung von durchschnittlich 1800 im ersten Zyklus auf 2050 im zweiten Zyklus (pro Jahr). Die Streiks des zweiten Zyklus waren im allgemeinen von kürzerer Dauer, weil die Unternehmer infolge des ökonomischen Wachstums und des veränderten politischen Klimas wenigstens bis 1957 eher bereit waren, den Lohnforderungen der Gewerkschaften nachzugeben. Unter Berücksichtigung des offiziellen Preisindexes stieg die Kaufkraft des durchschnittlichen Arbeiterstundenlohns in der Industrie von 1953 bis 1957 um fast 30 %, fiel aber im darauffolgenden Jahr wieder um knapp 5 %, so daß der Vergleich der beiden Rezessionsjahre 1953 und 1958 eine Steigerung von rund 25 % ergibt. Damit erreichte der reale Stundenlohn 1958 dennoch nur knapp das Niveau des Jahres 1938. Wenn das effektive Einkommen der Arbeiter 1958 trotzdem höher lag als 1938, so war dies auf die 1946 eingeführten Familienzulagen und auf die erheblich verlängerte Arbeitszeit zurückzuführen, die 1958 45,6 Stunden betrug gegenüber 38,7 Stunden im Jahre 1938 [47]. Freilich ist die Aussagekraft dieser Durchschnittszahlen relativ begrenzt; im einzelnen haben sich die Reallöhne nach Arbeiterkategorien, Industriezweigen und geographischen Regionen sehr unterschiedlich entwickelt, so daß bei weitem nicht alle Arbeiter an der vergleichsweise deutlichen Verbesserung in dieser Periode teilhatten [48]. Die ungleichmäßige Entwicklung der sozial-ökonomischen Lage der Arbeiterklasse war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften wegen des niedrigen Organisationsgrades der Arbeiter und vor allem wegen ihrer politischen Zersplitterung auch in dieser Teiletappe kaum in der Lage waren, die Unternehmer zu einer globalen Angleichung der allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen zu zwingen. Trotz zahlreicher lokaler oder regionaler Tarifabschlüsse ist es nur in seltenen Fällen zu nationalen Tarifabschlüssen gekommen. Darüber hinaus spielten die tariflich fixierten Mindestbedingungen im Aufschwung der Jahre 1954 bis 1957 eine immer geringere Rolle; die Effektivlöhne entwickelten sich gewissermaßen naturwüchsig aus dem jeweiligen Kräfteverhältnis in den Betrieben, häufig ohne förmliche Fixierung, auf der Basis einer Vielzahl von räumlich und zeitlich zumeist sehr begrenzten Aktionen [49].

47 H. Nolleau, L'évolution du pouvoir d'achat des ouvriers depuis 1938, in: Économie et Politique, No. 153—155, April—Juni 1967, S. 79 ff.

48 M. Branciard, a.a.O., S. 199.

49 Von daher die hohe Zahl der Streiks bei der relativ niedrigen Zahl der Streiktage. J. D. Reynaud, a.a.O., S. 160 ff.

5. *Zu einigen neuen Aspekten der Gewerkschaftsstrategie in der Mitte der 50er Jahre*

Von besonderer Bedeutung für die Strategie und Taktik des Klassenkampfes in dieser Phase erwies sich die Streikbewegung der Schiffbauer und Metallarbeiter von Saint-Nazaire und Nantes im Sommer 1955 und die sich daran anschließende soziale Gegenoffensive (le contre-feu) von Unternehmer und Staat, die mit einer Betriebsvereinbarung bei Renault begann und sich auf zahlreiche prosperierende Großbetriebe ausdehnte. Der Streik in der Metallindustrie der Region um Nantes (Loire-Atlantique) um höhere Löhne und sichere Arbeitsplätze war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert [50]:

1. Durch die Aktionseinheit der drei Gewerkschaften;
2. durch die spezifische Form der „direkten Aktion" mit Besetzung der Betriebe, der Verwaltungsbüros und selbst der Räume des lokalen Unternehmerverbandes, aber auch mit brutalem Polizeieinsatz, bei dem zahlreiche Arbeiter verletzt, einer sogar erschossen wurde;
3. durch die Höhe des unmittelbar erzielten ökonomischen Erfolges (22 % Erhöhung des Effektivlohnes in Saint-Nazaire, 15 % in Nantes und Umgebung) und
4. durch den von drei regionalen Gewerkschaftszentralen vorgelegten Plan zur Reorganisation der Industriestruktur in Loire-Atlantique [51].
   Dieser Plan, der die Ansiedlung neuer Industriezweige, vor allem der in Frankreich wenig entwickelten Werkzeugmaschinenindustrie, in Form nationalisierter Unternehmen vorsah, um die Folgen der Strukturkrise des Schiffsbaus für die Metallarbeiter der Region abzuwenden, wurde zum Ausgangspunkt der später vorwiegend in der CFTC, aber auch in der CGT diskutierten Forderung nach demokratischer Planung des gesamten Wirtschaftsprozesses.

Der Erfolg der Metaller in Loire-Atlantique löste weitere Streiks in den übrigen Schiffsbauzentren (Dünkirchen, Le Havre, Rouen, Bordeaux) aus und stärkte sichtlich die Position der Metallgewerkschaften in der Pariser Region, die seit 1950 den Abschluß eines regionalen Tarifvertrages gefordert hatten. Um die Ausdehnung des Streiks auf Paris zu verhindern, eröffnete die Direktion des nationalisierten Automobil-Unternehmens Renault eine soziale Gegenoffensive, die sich als folgenreich erweisen sollte. Sie legte den Gewerkschaften den Entwurf einer Betriebsvereinbarung (Accord d'entreprise) vor, der eine ganze Anzahl materieller Verbesserungen für die Belegschaft

50 M. Branciard, a.a.O., S. 209 f. G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 122, G. Lefranc, Grèves d'hier et d'aujourd'hui, Paris 1970, S. 129 ff. (bringt eine Gesamtdarstellung).

51 Vgl. S. Mallet, Die neue Arbeiterklasse, Neuwied und Berlin 1972, S. 104 ff. und weiter unten über die Konzeption der „demokratischen Planung" der CFTC.

enthielt (3. Urlaubswoche, Zusatzrente, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), zugleich aber in einer umfangreichen Präambel die Ideologie der Betriebsgemeinschaft vertraglich von den Gewerkschaften besiegeln lassen wollte. Kernstück der vorgeschlagenen Vereinbarung war die Verknüpfung des Lohnniveaus mit der Produktivitätsentwicklung des Betriebes [52]. Dafür sollten die Gewerkschaften ausdrücklich die Verantwortung für technische Veränderungen des Produktionsprozesses allein der Unternehmensleitung überlassen und auf die Ausübung des Streikrechts so lange verzichten, „bis alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind". Nach einer gewissen Modifikation der Präambel erklärten sich die Gewerkschaften FO, CGC, eine „unabhängige" Gewerkschaft und kurz darauf auch die CFTC bereit, den Vertrag zu unterschreiben, was ihnen das Recht gab, in gemeinsamen Kommissionen mit der Unternehmensleitung die Produktivitätsentwicklung zu überprüfen. Die CGT weigerte sich zunächst aus prinzipiellen Gründen, an diesem „Versuch der Klassenkollaboration" teilzunehmen. Erst als sich über 70 % der Belegschaft für die Annahme des Vertrages entschieden hatten, trat auch die CGT dem Vertrag bei, erklärte jedoch gleichzeitig, daß sie die Präambel für sich nicht als verbindlich betrachte, so daß der seit Jahren anhaltende „Guerilla-Kampf" zwischen der Unternehmensleitung und der CGT-Betriebssektion weiter anhielt [53]. Dem Abschluß des Renault-Vertrages folgten, zumeist auf Initiative der Unternehmen, bis Mitte 1956 rund 50 weitere Betriebsvereinbarungen, vorwiegend in der Metallindustrie (Automobil, Luftfahrt, Elektro, Schiffbau) und der chemischen Industrie [54]. Die Taktik der Unternehmer und des Staates war es, in dieser Phase durch relativ weitgehende materielle Zugeständnisse in einigen Großbetrieben mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad die drohende Globalisierung des ökonomischen Kampfes abzuwenden und damit eine mögliche Verknüpfung mit der politischen Anti-Kriegsbewegung zu vermeiden, die zur Schaffung eines Volksfrontklimas beigetragen hätten. Neben diesem kurzfristigen taktisch-politischen Aspekt, der vor allem den konkreten Zeitpunkt dieser ersten Welle von Betriebsvereinbarungen betrifft, hatten diese aber auch einen langfristigen, strategischen Aspekt, der eng mit den neuen ökonomisch-technischen Bedingungen der industriellen Großkonzerne in der nun beginnenden Phase verschärfter ökonomischer Konkurrenz auf den nationalen und internationalen Märkten zusammenhängt.

52 Die Löhne sollten entsprechend der Produktivität unter Berücksichtigung des Preisanstiegs, jährlich jedoch mindestens um 4 % erhöht werden.

53 Vgl. hierzu und zur Konkurrenz der Gewerkschaften G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 100 ff. Zur Tradition der Betriebskämpfe bei Renault: R. Durand, La lutte des travailleurs de chez Renault, Paris 1971 und D. Mothé, Militant chez Renault, Paris 1965.

54 J. D. Reynaud, a.a.O., S. 183 ff. (La diffusion des accords).

Zur Produktivitäts-Kampagne in den Jahren 1952/53 und zu den Abwehraktionen der Arbeiter vgl. J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 231 ff.

Der zweite Wirtschaftsplan, der im großen und ganzen mit dem hier untersuchten Zyklus zusammenfällt, hatte „einige grundlegende Operationen für die volkswirtschaftliche Gesamtstruktur zwecks Kostensenkung, Produktivitätssteigerung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie" vorgesehen. Hierzu waren den Unternehmen umfangreiche staatliche Finanzhilfen, Subventionen, Steuererleichterungen usw. gewährt worden. Die Kampagne zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität hatte in den beiden Stagnationsjahren 1952/53 in großen Teilen der Industrie zunächst mit einer bloßen Intensivierung der Arbeit begonnen („Rationalisierung ohne Investitionen"), der sich die Arbeiter nur dort zu entziehen vermochten, wo sie gewerkschaftlich genügend organisiert waren und daher auch die Unternehmenskomitees und Belegschaftsdelegierten effektiv zur Verteidigung ihrer Arbeitsbedingungen einsetzen konnten. In den folgenden Jahren setzte sich dann aber vor allem in den mittleren und größeren Betrieben eine verstärkte Mechanisierungswelle durch, die jedoch überwiegend im Rahmen der Produktionstechnologie der 40er Jahre verblieb. Allein in einigen Großunternehmen der Chemie- und Metallindustrie, darunter auch bei Renault, wurde schon Mitte der 50er Jahre mit der Teilautomatisierung wesentlicher Produktionsbereiche begonnen, die sowohl die Kostenstruktur der Unternehmen als auch die konkreten Arbeitsbedingungen in der Produktion umzuwälzen begann[55]. Das sich damit abzeichnende sprunghafte Anwachsen des fixen Kapitals in Verbindung mit der Notwendigkeit einer beständigen Verkürzung der Umschlagszeit infolge des „moralischen" Verschleißes durch beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritt, erfordert eine langfristige Planung aller Bestandteile des Kapitalvorschusses und damit auch des in Form von Löhnen ausgezahlten variablen Kapitalteils. Darüber hinaus wächst mit fortschreitender Kapitalfixierung und höherer technischer Komplexität des Arbeitsprozesses die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Produktionsablaufes und damit auch das ökonomische Risiko bei Arbeitsausfall, vor allem ungeplantem in Form von Streiks. Daher die Neigung der Unternehmer, „freiwillig" auf Aussperrungen zu verzichten, wenn die Gewerkschaften ihrerseits spontane Streiks vermeiden.

Diese hier nur kurz anzudeutenden Tendenzen spielten in dieser Etappe jedoch nur für eine relativ geringe Zahl von Großkonzernen eine größere Rolle. Als der erwähnte politische Aspekt der Betriebsvereinbarungen im Verlauf des Jahres 1957, angesichts des wegen des Suez-Überfalls und des Ungarn-Aufstandes anhaltenden Bruchs zwischen den Arbeiterorganisationen, weitgehend funktionslos geworden war, setzte sich die Masse der mittleren und kleineren Unternehmer mit ihrer prinzipiellen Ablehnung von Betriebsvereinbarungen durch und verhinderte weitere Abkommen dieser Art.

Die Gewerkschaften ihrerseits standen den Betriebsvereinbarungen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, eher kritisch gegenüber. Die CGT hatte im Gegensatz zu FO und CFTC schon in den Jahren

55 Vgl. hierzu A. Touraine, L'évolution du travail ouvrier aux usines Renault. CNRS, Paris 1955.

1952/53 und später wieder auf dem Kongreß 1955 jede Form produktivitätsorientierter Lohnpolitik prinzipiell abgelehnt, wobei es aber in dieser Frage wie zum Problem eines ökonomischen Gesamtprogramms wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen dem Mehrheitsflügel um Benoît Frachon und einer kleinen Minderheit um Pierre Lebrun kam [56]. Angesichts des tarifvertragslosen Zustands in vielen Sektoren und Regionen war es zunächst das oberste Ziel der gewerkschaftlichen Tarifpolitik gewesen, nationale bzw. regionale Verträge auszuhandeln, die ein Minimum an Sicherheit für alle Arbeiter des Industriezweiges garantieren sollten, wobei betriebliche Sonderregelungen, die über die regional oder national garantierten Mindestbedingungen hinausgingen, nach dem seit 1950 geltenden Tarifrecht jederzeit zulässig waren.

III. Der Sieg des Gaullismus — Niederlage und allmähliches Wiedererstarken der Arbeiterbewegung (1958—1967)

Die Machtübernahme de Gaulles in der Folge des Militärputsches in Algerien vom Mai 1958 und deren nachträgliche Legalisierung durch die schrittweise Institutionalisierung des autoritären politischen Systems der V. Republik in den folgenden Jahren bis 1962 leitete den Übergang zu einer neuen Stufe der Kapitalherrschaft in Frankreich ein. Vom Standpunkt des Großkapitals war die Etablierung der V. Republik die folgerichtige Fortsetzung des Ausschlusses der Kommunisten aus der Nachkriegskoalition, denn die IV. Republik hatte trotz aller Rechtsentwicklung stets etwas von dem radikaldemokratischen Charakter ihrer Gründungsphase bewahrt und war daher immer wieder dem Druck einer zahlenmäßig relativ starken, wenn auch politisch gespaltenen Arbeiterbewegung ausgesetzt gewesen. Unter den konkreten historischen Bedingungen der Auflösung des alten Kolonialreiches erwies sich die IV. Republik als immer weniger geeignet, den sich seit Mitte der 50er Jahre abzeichnenden neuen Anforderungen an die staatliche Finanzierung der monopolistischen Kapitalakkumulation (Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz, wissenschaftlich-technische Revolution) zu entsprechen. Während in der IV. Republik die Interessen des Großkapitals überwiegend indirekt über die Institutionen eines, wenigstens der Form nach, demokratischen Parlaments vermittelt werden mußten, was mit nicht geringen „Reibungsverlusten" und zahlreichen Kompromissen verbunden war, zeigt sich seit Beginn der V. Republik ein bis dahin ungekanntes Maß an institutioneller und personeller Verflechtung von ökonomischer und politischer Macht [57] und entsprechend eine fortschreitende Selektierung aller politisch-ökonomischen Maßnahmen im Interesse der monopolistischen Fraktion des Kapitals.

Die Entwicklung der Klassenkämpfe in der V. Republik bis heute vollzog sich in zwei großen Etappen. In der ersten Etappe von 1958

56 M. Branciard, a.a.O., S. 203 f.

57 H. Claude, La concentration capitaliste. Paris 1966, S. 241 ff. (L'oligarchie financière et le contrôle de l'Etat).

bis 1967 schien die Hegemonie der Großbourgeoisie durch die Institutionen der V. Republik und die anhaltende Prosperität auf lange Zeit gesichert zu sein. „Akkumuliert, akkumuliert" war zur offenen Parole der 60er Jahre geworden, vergleichbar dem „Enrichissez-vous" aus der Zeit der Juli-Monarchie vor der 48er Revolution. Tatsächlich hatte sich die rasche Kapitalakkumulation auf der Basis einer sprunghaft gesteigerten Mehrwertrate infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bei gleichzeitig fortgesetzter Intensivierung der Arbeit, anhaltend langer Arbeitszeit und nur langsam steigenden Reallöhnen vollzogen. Dies war möglich gewesen, weil die Arbeiterklasse durch die Machtübernahme de Gaulles zunächst politisch und ideologisch noch tiefer gespalten und demoralisiert war als nach 1947 und damit ein effektiver Widerstand gegen die konzentrierte Macht des Großkapitals und die mit ihm weitgehend verschmolzene Macht des Staatsapparates erheblich erschwert, wenn nicht aussichtslos war.

Zwar hatte sich die Arbeiterklasse seit etwa 1963 schrittweise von den unmittelbaren Folgen der Niederlage von 1958 zu erholen vermocht, und ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erreichten seit etwa Mitte der 60er Jahre allmählich wieder die zahlenmäßige Größe, wenn auch noch nicht die politische Kraft der 50er Jahre, aber sie schien insgesamt mehr denn je in das ökonomische, politische und teilweise auch in das ideologische System des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich integriert zu sein.

Dieser falsche Schein wurde schlagartig zerstört durch die Ereignisse des Mai—Juni 1968, die den Beginn der zweiten Etappe des Klassenkampfes in der V. Republik markieren, in der sich erstmals seit der unmittelbaren Nachkriegsperiode die konkrete Möglichkeit einer Überwindung des kapitalistischen Systems in Frankreich eröffnet.

In diesem Abschnitt kommt es daher darauf an, die anfängliche Desorientierung und das allmähliche Wiedererstarken der Arbeiterklasse in der Etappe von 1958—1967 nachzuzeichnen und dabei insbesondere die widersprüchlichen Tendenzen innerhalb der französischen Gewerkschaftsbewegung zu analysieren, die neben den sich seit etwa Mitte der 60er Jahre erneut abzeichnenden sozial-ökonomischen und ideologischen Krisenphänomenen die Voraussetzungen der jüngsten Entwicklung des Klassenkampfes in Frankreich darstellen.

1. *Die Desorientierung der Arbeiterklasse und die Haltung der Gewerkschaften zur V. Republik und zur Algerienpolitik*

Entscheidend für den Sieg des neuen Regimes war es, daß es dem Großkapital gelungen war, den seit Anfang der 50er Jahre in der Masse des französischen Volkes wachsenden Unmut über die politische, militärische und finanzielle Instabilität der IV. Republik und die Unfähigkeit der „Berufspolitiker" wie der „Systemparteien" (de Gaulle) mit der Person de Gaulles einen „Retter des Vaterlandes" anzudienen, der mit seiner Widerstandslegende und seiner beschwö-

renden Redeweise dem politisch und ideologisch schwankenden Kleinbürgertum in seinem Bedürfnis nach Sicherheit, Frieden und nationaler Unabhängigkeit entgegenzukommen schien. Ähnlich unsicher reagierten selbst Teile der organisierten Arbeiterklasse; so entschloß sich, nach anfänglichem Schwanken, die große Mehrheit der Sozialisten[58] im Herbst 1958 zu einer Befürwortung des von de Gaulle konzipierten autoritären Verfassungsentwurfes für die V. Republik, und die Gewerkschaften FO und CFTC betonten angesichts dieser entscheidenden Frage ihre politische Neutralität, sofern nur die Rechte der Gewerkschaftsbewegung unangetastet blieben[59]. Damit waren die Kommunistische Partei und die CGT die einzigen politischen bzw. gesellschaftlichen Massenorganisationen, die sich entschlossen und von Anfang an gegen das autoritäre „Regime der persönlichen Macht" eingesetzt hatten[60]. Obwohl sie in dieser prinzipiellen Ablehnung des neuen Regimes zunächst Rückschläge hinnehmen mußten — so verloren die Kommunisten bei den ersten Parlamentswahlen der V. Republik im November 1958 rund 1/5 ihres bisherigen Stimmenanteils — wurde diese Position in den folgenden Jahren, vor allem durch den Austritt des Sozialisten Guy Mollet aus dem Kabinett de Gaulles (1959) und die gemeinsame Opposition gegen das Referendum über die Direktwahl des Präsidenten (1962) auch von den übrigen Organisationen der Arbeiterklasse nachträglich gerechtfertigt. Noch komplexer erscheint die Haltung der verschiedenen Arbeiterorganisationen gegenüber der Algerien-Politik de Gaulles[61]. De Gaulle hatte zunächst allen alles versprochen; den algeri-

58 Der Sozialisten-Kongreß im September 1958 sprach sich mit 2687 Mandaten gegen 1176 Mandaten bei 22 Enthaltungen für die autoritäre Verfassung der V. Republik aus. A. Philipp, a.a.O., S. 167. Eine kleine Minderheit, die sich seit Anfang 1958 um die Zeitschrift „Tribune Socialiste" gesammelt hatte, darunter E. Depreux, R. Verdier und A. Savary, verließ die Partei und gründete eine „autonome sozialistische Partei" (PSA), der sich später auch der „Radikale" Mendès-France anschloß, die zu den Vorläufern der späteren „Parti socialiste unifié" (PSU) wurde. Vgl. M. Rocard, Le PSU et l'avenir socialiste de la France, Paris 1969, S. 15 f.

59 Tatsächlich bestätigte die Verfassung der V. Republik ausdrücklich die Gültigkeit der in der Präambel der Verfassung der IV. Republik formulierten Grundwerte und -rechte, darunter das Streikrecht. Vgl. G. Ziebura, Die V. Republik, Frankreichs neues Regierungssystem, Köln 1960, S. 115 f.

60 Der Begriff „Regime der persönlichen Macht" (Pouvoir personnel) wurde auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei im Juni 1959 geprägt. Vgl. M. Thorez, a.a.O., S. 683 ff. Vgl. hierzu auch H. Claude, Gaullisme et grand capital, Paris 1960, er ist später aber in den allgemeinen Sprachgebrauch der Linken eingegangen.

61 Die damalige Haltung der Parteien zur Algerien-Politik de Gaulles ist kurz dokumentiert in G. Ziebura, Die V. Republik, a.a.O., S. 284, 291, 293, 295. Kritisch zur Algerienpolitik der kommunistischen Partei: J. Moneta, Die Kolonialpolitik der französischen KP, Hannover 1968, S. 185. Allerdings verstellt der militante Anti-Kommunismus des Verfassers ihm den Blick für die Realität; dennoch sind vor allem die zahlreichen Dokumente äußerst lesenswert.

schen Ultras, denen er seine Machtübernahme unmittelbar zu verdanken hatte, rief er im Juni 1958 auf ihren Ruf nach einem „französischen Algerien" (Algérie française) zu, „ich habe Euch verstanden", schon wenige Monate später, kurz vor den Parlamentswahlen, verkündete er: „Die Zeit der Kämpfe ist nun vorüber". Tatsächlich war es eine der wichtigsten Aufgaben de Gaulles, dem Krieg in Algerien, so oder so, ein Ende zu setzen, um die nunmehr selbst dem Großkapital unerträglich gewordenen ökonomischen Lasten abzuwerfen; von daher erklärt sich sein Schwanken zwischen der „Französisierung", der „Assoziierung" und der „Selbstbestimmung" Algeriens, je nach der militärischen Lage. Aber erst Anfang 1962, als er die Aussichtslosigkeit eines militärischen Sieges einsehen mußte und die „Bewegung für den Frieden" im Mutterland immer stärker geworden war, stimmte er endgültig der Forderung der algerischen Befreiungsbewegung (FNL) nach Unabhängigkeit zu.

Die Gewerkschaften hatten auch in der Algerienfrage seit Jahren unterschiedliche Auffassungen vertreten. Die CGT unterstützte von Beginn an den Kampf der Befreiungsbewegung um die vollständige nationale Unabhängigkeit, während FO und CFTC noch 1958, wenn auch zurückhaltend, von einem „französischen Algerien" sprachen. In den folgenden Jahren näherten sich ihre Positionen jedoch immer mehr an. Als de Gaulle 1959 erstmals die Möglichkeit der „Selbstbestimmung" (Autodétermination) Algeriens angedeutet hatte, stimmten ihm CFTC und FO ausdrücklich zu. Angesichts der zunehmenden Gewalttaten der sogenannten „geheimen Armee-Organisation" (OAS) gegen die Anhänger des Friedens und der algerischen Unabhängigkeit, darunter zahlreiche Attentate auf Gewerkschaftsbüros, kommunistisch geführte Rathäuser usw., kam es in über 40 Départements zu einer gemeinsamen „Gewerkschaftsfront" aus CGT, CFTC und FEN, der sich in einigen Fällen auch die FO anschloß, gegen die faschistischen Umtriebe der algerischen Ultras. Während aber die CGT nach dem Barrikadenaufstand der Ultras in Algier im Januar 1960 die Schaffung antifaschistischer Komitees, denen auch die politischen Parteien der Linken angehören sollten, und beim Putschversuch der Algerien-Generäle im April 1961 die Bewaffnung von Arbeitermilizen forderte, begnügten sich die beiden anderen Gewerkschaftszentralen zumeist mit demonstrativen Einzelaktionen. Als der Kampf für den Frieden am Abend des 8. Februar 1962 mit einer gemeinsamen Demonstration nahezu aller linken Organisationen in Paris für den sofortigen Waffenstillstand einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, und sich nunmehr auch die reformistischen Organisationen offen gegen die Hinhaltetaktik de Gaulles wandten, ging die Polizei mit unerhörter Härte gegen die Demonstranten vor. Die blutige Bilanz des Polizeieinsatzes lautete 250 Verletzte und 9 Tote, letztere alles Mitglieder der CGT. In den folgenden Tagen fanden überall im ganzen Land zumeist spontane Demonstrationen, Streiks und Sympathiekundgebungen für die Opfer des gaullistischen Polizeiterrors statt. Nach dem Aufruf aller Gewerkschaften und 36 weiterer demokratischer Organisationen, darunter PCF, SFIO, PSU, UNEF

und selbst die Volksrepublikaner MRP, folgten am 13. Februar mehrere hunderttausend Menschen dem Trauerzug zum traditionsreichen Pariser Friedhof Père-Lachaise, auf dem für die Opfer des „weißen Terrors" bei der Zerschlagung der Commune und die ermordeten Widerstandskämpfer gegen den Faschismus eine Gedenkstätte errichtet ist.

Unter dem Druck der allgemeinen Volksstimmung mußte de Gaulle nun die immer wieder von ihm verzögerten Verhandlungen mit den Vertretern der algerischen Befreiungsbewegung in Evian intensivieren, die dann im März 1962 mit der Anerkennung der algerischen Unabhängigkeit und dem sofortigen Waffenstillstand endeten; ein Ergebnis, das schon einen Monat später durch ein Referendum von der französischen Bevölkerung mit über 90 % der Stimmen bestätigt wurde.

2. *Der „Dezember-Coup" und die Lage der Arbeiterklasse Anfang der 60er Jahre*

Während in den allgemein-politischen Fragen über das Wesen der gaullistischen Herrschaft in der Masse des französischen Kleinbürgertums und in der reformistischen Fraktion der Arbeiterbewegung anfangs noch zahlreiche und zum Teil tief verwurzelte Illusionen, überwiegend aus der Mystifikation der Rolle de Gaulles im Widerstand, fortbestanden, lag der Klassencharakter des neuen Regimes in den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen schon bald nach de Gaulles Machtübernahme unübersehbar zutage. Allein die Ernennung des seit seiner berüchtigten Rezessionspolitik von 1952/53 als arbeiterfeindlich bekannten Antoine Pinay zum Finanzminister und des im Sinne des Manchestertums liberalen Jacques Rueff zum wirtschaftspolitischen Berater de Gaulles bedeuteten ein Programm, das allerdings wohlweislich erst nach den Wahlen vom November 1958 vorgelegt wurde. Dieser „Plan Pinay-Rueff", als „Dezember-Coup" in die französische Wirtschaftsgeschichte eingegangen[62], erwies sich als der massivste Angriff auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung seit dem Ende des Krieges. Unter dem Vorwand eines Kampfes gegen die Inflation wurden die staatlichen Sozialausgaben um insgesamt 20 % gekürzt, wobei die demagogische Losung „Aktion für die Preiswahrheit" dazu herhalten mußte, um die Aufhebung der aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammenden Subventionierung von Massenkonsumtionsmitteln zu legitimieren. Als unmittelbares Ergebnis dieses „Anti-Inflationsprogrammes" ergab sich daher eine Verteuerung von Brot und Wein um 3 %, von Teigwaren, Schokolade und anderen Lebensmitteln um 10 %. Die Eisenbahn SNCF und die übrigen öffentlichen Verkehrsmittel erhöhten die Personentarife um 20 %, entsprechende Erhöhungen ergaben sich bei den Haushaltstarifen für Kohle, Gas und Elektrizität, während gleichzeitig die Tarife für den Massengüterverkehr bzw. für

62 Vgl. hierzu J. Guyard, Le miracle français, a.a.O., S. 62 ff., insbesondere den Abschnitt „Le coup de décembre", S. 64 ff.

industrielle Großabnehmer erhalten blieben. Jede Preisindexverknüpfung von Löhnen, mit Ausnahme des Mindestlohnes SMIG, und landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden verboten. Nach der 20 %-igen Franc-Abwertung von 1957 wurde die Währung nunmehr erneut um 17,55 % abgewertet, was einerseits die Importe entsprechend verteuerte und die Wirkung der vom 1. 1. 1959 an geltenden 10 %igen Zollsenkung für Waren aus den EWG-Ländern aufhob, andererseits aber die spekulative Kapitalflucht vom Frühjahr 1958 prämiierte und die Position der Exportwirtschaft auf den Außenmärkten noch einmal erheblich verbesserte.

Das Ergebnis der ganzen Operation war ein sprunghaftes Absinken der Massenkaufkraft. Der Reallohn der Industriearbeiter sank bis Ende 1959 gegenüber Ende 1957 um mehr als 5 % und zugleich stieg die Arbeitslosenziffer um rund 30 % an[63]. Das dadurch eröffnete Profitpotential wurde in der Folgezeit durch die Ausweitung der Exporte und des Militärhaushaltes, vor allem aber durch das Programm der atomaren Aufrüstung (Force de Frappe) und die damit verbundene Stimulierung der Elektronik und Elektrotechnik, der Flugzeugindustrie und der übrigen Rüstungsindustrie realisiert, und gleichzeitig wurde die Konzentration und Kooperation des Großkapitals vorangetrieben.

Vom Standpunkt des Kapitals erwies sich der „Dezember-Coup" als überaus erfolgreich. Nach den beiden Rezessionsjahren 1958/1959, in denen das reale Bruttosozialprodukt insgesamt nur um knapp 5 % angestiegen war, begann im Jahre 1960 ein neuer Boom, der zunächst bis 1963 anhielt und eine Steigerung des realen Bruttosozialproduktes von rund 26 % brachte, so daß die Gesamtproduktion 1963 um fast 1/3 über dem Niveau von 1957 lag. Entscheidend war hierbei, daß sich gleichzeitig die Bedingungen der Kapitalakkumulation gegenüber der Mitte der 50er Jahre erheblich verbessert hatten; als Indiz hierfür kann der Anstieg der Bruttoinvestitionsrate von 18 % im Jahre 1957 auf 22,2 % im Jahre 1963 gelten[64]. Zwar waren in dieser Periode des raschen Wachstums auch die Löhne erstmals wieder stärker gestiegen als die Preise, so daß sich die Kaufkraft der Arbeiter allmählich wieder erhöhte, sie blieb aber dennoch deutlich hinter dem Wachstum der Produktion zurück. So erreichte der durchschnittliche Reallohn der Industriearbeiter erst gegen Ende des Jahres 1961 wieder das Niveau des Jahres 1957, und erst in den beiden folgenden Jahren ergab sich eine leichte Steigerung gegenüber der Zeit vor dem Gaullismus. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß inzwischen die staatlichen Sozialleistungen gekürzt und die Kaufkraft der Familienzulagen erheblich zurückgegangen war.

Während etwa zur gleichen Zeit die bürgerlichen Ideologen in der „wissenschaftlichen" Literatur und den Massenmedien eine umfangreiche Propaganda für die angebliche Überwindung der Klassen-

63 M. Branciard, a.a.O., S. 219.

64 Comptes Nationaux des pays de l'OCDE (1950—1968), Paris o. J., S. 350.

gesellschaft durch die „Konsumgesellschaft" begannen, ergab eine offizielle Untersuchung des staatlichen statistischen Amtes INSEE über die langfristige Entwicklung der *Kaufkraft der monatlichen Nettoeinnahmen* männlicher Arbeiter für die Lohnzone 0 (Region Paris) folgendes Resultat:

	1938—1949	1949—1963	1938—1963
Ledige	— 36 %	+ 83 %	+ 16 %
Väter mit 2 Kindern	— 14 %	+ 55 %	+ 33 %
Väter mit 5 Kindern	+ 3 %	+ 39 %	+ 43 %

(Quelle: J. Boissonnat, La politique des revenues, Paris 1966 S. 61).

Dieses an sich schon bescheidene Ergebnis berücksichtigt dabei noch nicht einmal, daß die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit 1963 rund 18 % länger war als 1938, so daß sich die Kaufkraft-Steigerung der ledigen Arbeiter allein aus der längeren Arbeitszeit erklärt, während die Familienväter immer noch von dem 1946 eingeführten System der Familienzulagen profitierten, deren Bedeutung aber, wie die Entwicklung 1949—1963 beweist, im Schwinden war.

Die mit der Errichtung des gaullistischen Regimes noch weiter vertiefte politische und ideologische Spaltung der Arbeiterklasse hatte in diesem Zeitraum fast jeden effektiven Widerstand gegen die zumeist staatlich organisierten „Gewalttaten des Kapitals" verhindert. Immerhin war es den Gewerkschaften wenigstens gelungen, die mit dem „Dezember-Coup" eingeführte Eigenbeteiligung der Sozialversicherten an den Krankheitskosten von 30 (neuen) Francs und die Streichung der Rente für die ehemaligen Kriegsteilnehmer wieder rückgängig zu machen. Das allgemeine Absinken der Kampfkraft der Arbeiterklasse läßt sich jedoch deutlich schon an der Zahl der offiziell registrierten Streiks in dieser Periode nachweisen. In den Jahren 1958—1960 erreichte die Streikaktivität mit jährlich durchschnittlich 1300 Streiks, weniger als 1 Mio. Streikenden und etwa 1,3 Mio. Streiktagen den bisher niedrigsten Stand seit 1947. In den beiden folgenden Jahren stieg sie dann aber wieder auf durchschnittlich etwa 1900 Streiks, 2 Mio. Streikende und über 2 Mio. Streiktage an, um dann im folgenden Jahr mit dem Bergarbeiterstreik sogar einen Höhepunkt zu erreichen [65]. Die Schwächung der Arbeiterklasse nach dem Sieg des Gaullismus zeigt sich auch am Rückgang der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Anfang der 60er Jahre meldeten die CGT nur noch 1,7 Mio., die CFTC 750 000 und FO 500 000 Mitglieder. Allerdings erwies sich der Einfluß der einzelnen Zentralen innerhalb der Arbeiterklasse, wie er sich aus der Stimmenabgabe für die Gewerkschaftslisten bei der Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung abschätzen läßt, immer noch als relativ konstant. Die CGT, die zwischen 1950 und 1955 knapp 0,5 % verloren hatte,

65 Vgl. Punkt III. 4. der vorl. Arbeit.

gewann 1962 etwa 1,3 % hinzu und erreichte damit 44,3 % aller abgegebenen Stimmen; die CFTC hatte zunächst 0,4 % verloren und blieb 1962 mit 20,9 % konstant, während FO zwischen 1950 und 1955 rund 1 % gewonnen hatte, dann aber 1962 um 1,5 % auf 14,7 % zurückfiel [66].

3. *Integrationsversuche des Staatsapparates und die Strategie der Gewerkschaften*

a) De Gaulles Sozialkonzept: „Assoziation von Kapital und Arbeit" durch Beteiligung („Participation") der Arbeiter am Unternehmensprofit

Trotz der allgemeinen Schwächung der Gewerkschaftsbewegung und der weitgehenden politischen und ideologischen Desorientierung unmittelbar nach de Gaulles Machtübernahme gelang es dem Großkapital aber selbst zu diesem Zeitpunkt nicht, auch nur die reformistischen Gewerkschaften CFTC und FO vollständig in das System der monopolistischen Kapitalakkumulation zu integrieren. Die von de Gaulle schon nach der Befreiung in den Jahren 1945—1946 erstmals propagierte „Assoziation von Kapital und Arbeit" wurde auch jetzt wieder von allen Arbeitergewerkschaften (d. h. mit Ausnahme der Kadergewerkschaft CGC und der offen gaullistischen „Unabhängigen") eindeutig abgelehnt, so daß die am 7. 1. 1959 im unmittelbaren Zusammenhang mit dem „Dezember-Coup" erlassene Ordonnance zur Beteiligung („Participation") der Arbeiter am Profit der Unternehmen ohne die erhoffte ideologische und vor allem „leistungsanreizende" Wirkung blieb [67]. Dennoch wurden die Versuche zur Integration der

66 Die restlichen Stimmen verteilen sich auf nicht-gewerkschaftliche Listen. Nähere Angaben nach Industriezweigen, Betriebsgrößen und Regionen, vgl. M. Branciard, a.a.O., S. 227.

67 Die Konzeption einer „Assoziation Kapital-Arbeit" gehörte seit 1951 zu den ideologischen Kernpunkten des Gaullismus. Damit sollte eine Sozialordnung „zwischen Kapitalismus und Kommunismus" geschaffen werden, ohne daß „die Autorität des Unternehmers zur Leitung und Verwaltung" eingeschränkt werden müßte. Die Konzeption war in ihren Grundlagen anti-gewerkschaftlich und selbst gegen die bestehenden Institutionen wie Unternehmenskomitees und Belegschaftsdelegierte gerichtet. Vgl. M. Branciard, a.a.O., S. 226. Zur Konzeption „Assoziation Kapital-Arbeit" von 1951 vgl. P. Durand, Sur l'association capital-travail, Revue du Droit Social, 1951, S. 604 ff.

Über die Ordonnance von 1959: ders. in Revue du Droit Social, 1959, S. 78 ff. Zur Kritik der Konzeption und ihrer Verwandtschaft zum faschistischen Korporativismus. Vgl. J. Kahn, La participation, ce que de Gaulle cache, Paris 1969. Zum ökonomischen Effekt der Gewinnbeteiligung, insbesondere der späteren Ergänzung durch die Ordonnance vom 17. 8. 1967, vgl. C. Föhl, Obligatorische Gewinnbeteiligung in Frankreich ein nachahmenswertes Vorbild? Gutachten erstellt im Auftrage des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Berlin 1969. Föhls Schlußfolgerungen: „Das bedeutet, daß Unternehmen, die mindestens in Höhe des Gewinnanteils ihrer Belegschaft investieren, diesen Gewinnanteil bei der

Gewerkschaften in den folgenden Jahren auf den verschiedensten Ebenen fortgesetzt, wobei der Staat mit einer Vielzahl von Initiativen die allgemeine Strategie des Monopolkapitals gegenüber der Arbeiterklasse im Interesse einer langfristigen Systemsicherung, bisweilen selbst gegen die kurzfristigen Interessen bestimmter Einzelkapitale oder ganzer Kapitalfraktionen, zu formulieren und durchzusetzen versuchte. Aus dieser Konstellation ergaben sich zeitweise Widersprüche zwischen dem Staat einerseits und den verschiedenen Unternehmerverbänden andererseits, deren traditioneller Paternalismus und unverhüllte Gewerkschaftsfeindlichkeit den ideologisch geschickteren Technokraten des Staatsapparates nicht selten im Wege stand [68].

b) Die Politik der Betriebsvereinbarungen

So blieb beispielsweise die 1962 erneut mit einem Abkommen bei Renault (4. Urlaubswoche) staatlich propagierte Politik der Betriebsvereinbarungen ohne größere Resonanz [69]. Obwohl die Betriebsvereinbarungen ursprünglich als Bestandteil einer spezifischen Management-Strategie (human relations) zur Integration der Arbeiter in den Betrieb konzipiert waren, scheute die Mehrzahl der französischen Unternehmer nach wie vor die mit dem Abschluß solcher Vereinbarungen notwendige Anerkennung der betrieblichen Gewerkschaftssektionen und der damit verbundenen innerbetrieblichen Gewerkschaftsrechte. Tatsächlich hatten sich in den Jahren 1959—1961 in

Berechnung des steuerpflichtigen Gewinnes zweimal vom Bruttogewinn absetzen können, und dies wiederum bedeutet, da die Körperschaftssteuer in Frankreich 50 % beträgt, daß der Staat die gesamte Höhe des den Arbeitnehmern zufallenden Gewinnanteils zu Lasten der Staatskasse beziehungsweise des Steuerzahlers übernimmt. Den Unternehmer kostet die Gewinnbeteiligung seiner Belegschaft keinen Pfennig", S. 37 (gesperrt von W. G.), vgl. auch S. 59 f.

68 Vgl. hierzu die heftigen Diskussionen, die beispielsweise das Buch von Fr. Bloch-Lainé, Pour une réforme de l'entreprise, Paris 1963, auslöste, das eine neue Form „industrieller Demokratie" vorschlug, die letzten Endes auf eine ökonomische Integration der Arbeiter in das Reproduktionssystem des Unternehmenskapitals hinauslief, vgl. hierzu auch: „Réforme de l'entreprise ou contrôle ouvrier", Débat public sous la présidence de J. M. Vincent entre F. Bloch-Lainé, E. Mandel, et G. Mathieu, Les cahiers du Centre d'Etudes Socialistes, No. 70—71, Mai—Juni 1967.

Zum Verhältnis von Unternehmerverbänden, Monopolgruppen und Staat bei der Definition der wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele vgl. P. Herzog, Politique économique et planification en régime capitaliste, Paris 1971, S. 123 ff.

69 J. D. Reynaud, a.a.O. Erst nach den Mai-Juni-Streiks 1968 gewinnen die Betriebsvereinbarungen wiederum an Gewicht, nun allerdings auf der Grundlage erheblich veränderter Machtverhältnisse in den Betrieben. Vgl. Kapitel 3 im Abschnitt: Die betrieblichen Gewerkschaftssektionen. Zu den neuen Entwicklungstendenzen im System der kollektiven Verhandlungen vgl. G. Adam, J. D. Reynaud, J. M. Verdier, La négociation collective en France, a.a.O., und Y. Delamotte, Les tendances récentes ..., a.a.O.

mehreren Großunternehmen der technologisch fortgeschrittenen Sektoren Elektronik (Bull, Thomson-Houston), Erdölverarbeitung (SNPA, Caltex), Chemie (Péchiney, Rhône-Poulenc), Flugzeugindustrie (Sud-Aviation, Dassault) und in der Automobil-Industrie (Peugeot, Chausson) entgegen den in den meisten Abkommen enthaltenen Sozialpartnerschaftsklauseln betriebliche Streiks entwickelt, bei denen die betrieblichen Gewerkschaftssektionen über sogenannte „intersyndikale Komitees" sowohl bei der technischen Organisation als auch vor allem bei der Formulierung der konkreten Streikziele aufgrund ihrer spezifischen Betriebskenntnisse eine hervorragende Rolle spielten [70].

Damit zeichneten sich die Züge einer neuen Gewerkschaftsstrategie ab, die der ungleichmäßigen Entwicklung der Industrie in Frankreich eher zu entsprechen schien als die spezifischen Kampfformen, wie sie aus dem traditionellen Industriegewerkschafts-Prinzip mit seinen notwendig zentralistischen Tendenzen hervorgegangen sind [71]. Wenn diese Tendenzen von Serge Mallet und anderen sozialistischen Gewerkschaftstheoretikern auch eindeutig überschätzt worden sind, reichten die materiellen Erfolge einiger dieser Streiks dazu aus, die Skepsis der Unternehmer gegen die Politik der Betriebsvereinbarungen wachzuhalten.

Auf der anderen Seite bildeten die bereits erwähnte geringe Kampfkraft, die ideologische Unsicherheit und der niedrige Organisationsgrad der französischen Arbeiterklasse in dieser Periode ein Hindernis für die Formulierung einer offensiven Gewerkschaftsstrategie, so daß die Gewerkschaften zumeist an ihren in langen Jahren des Kampfes bewährten Strukturen und Kampfformen festhielten, wodurch sie tatsächlich nicht immer optimale Ergebnisse zu erzielen vermochten und in mancher Hinsicht hinter der Kapitalentwicklung zurückblieben.

c) Planification und Einkommenspolitik

Der wichtigste Versuch zur Integration der Gewerkschaften auf gesamtgesellschaftlicher Ebene erfolgte 1961 bei der Vorbereitung des IV. Planes. Gemäß dem Titel „Plan der ökonomischen und sozialen Entwicklung" sollten nicht nur, wie in den vorangegangenen „Modernisierungs- und Ausrüstungsplänen", globale Produktionsziele und Wachstumsraten definiert und entsprechende Finanzierungsprogramme entwickelt werden, die Planungsgremien sollten zugleich auch ein Modell der Verteilung des zukünftigen Sozialprodukts ausarbeiten. Die Einkommenspolitik wurde damit zum zentralen Instrument des IV. Planes. Deshalb wurde erstmals seit 1947 wieder eine größere Zahl von Gewerkschaftern in die verschiedenen Planungs-

70 S. Mallet, Les luttes ouvrières dans les secteurs industriels avancés, in: Les Cahiers du Centre d'Etudes Socialistes, No. 7—8, September 1961, S. 3 ff. und ders., Die neue Arbeiterklasse, a.a.O.

71 Ebenda.

gremien berufen[72]. Freilich offenbarte sich schon auf der ersten Sitzung der sogenannten „Gleichgewichtskommission" das Wesen der staatlich anvisierten Einkommenspolitik. In einer inzwischen „klassisch" gewordenen Fehlleistung sprach Claude Gruson, ein hoher Beamter des Finanzministeriums, der die Projektionen der Planbürokratie erläuterte, statt von „Lohnpolitik" (politique des salaires) von einer geplanten „Lohnpolizei" (police des salaires)[73]. Tatsächlich sollte nach den Vorstellungen der staatlichen Planer das jährliche nominelle Wachstum der Löhne zwischen 1 % und 2 % hinter dem allgemeinen Produktionswachstum zurückbleiben, der „disponible Rest" sollte, wie der damalige Premierminister M. Debré in einem Brief an den Unternehmerverband schrieb, „teils zur Senkung der Preise, teils für Investitionen" genutzt werden[74]. Eine Sicherung gegen eventuelle Preiserhöhungen sah der staatliche Planentwurf nicht vor. Die Vertreter der drei Arbeitergewerkschaften wiesen diese Einzelprojektionen ebenso zurück wie die Gesamtorientierung des Planes, dessen Hauptziel es war, „die französische Wirtschaft in den europäischen Markt und in den Weltmarkt einzugliedern"[75], d. h. die Wettbewerbsposition des französischen Monopolkapitals gegenüber der wachsenden internationalen Konkurrenz durch öffentliche Finanzierung und staatliche Lohnkontrolle zu stärken. Ihre Ablehnung begründeten die drei Gewerkschaften jedoch unterschiedlich: Die CGT sprach sich prinzipiell gegen eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Planung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses aus. Zwar hatte die CGT selbst erstmals 1948 ein „Programm des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus" und dann in den Jahren 1950 und 1953 jeweils ein „Programm für eine Wirtschaft des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts" ausgearbeitet, diese Pläne verstanden sich aber ausdrücklich als Gegenpläne gegen den durch die

72 Während an der Ausarbeitung des 1. Planes noch alle Gewerkschaften beteiligt waren (vor der Spaltung der CGT!), wurde die CGT bei der Ausarbeitung des 2. und 3. Planes nicht mehr in die Planungskommission berufen. Der Anteil der Gewerkschafter in den Kommissionen sank von 15,6 % (1. Plan) auf 5,6 % (2. Plan) und 7,4 % (3. Plan), bei der Ausarbeitung des IV. Plans erreichte er nunmehr 10,8 %, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Vertreter der Verbände persönlich von der Regierung berufen werden und keine proportionelle Verteilung nach der Stärke der Organisationen erfolgt, so daß die Zahl der Repräsentanten von FO, CGC und CFTC (CFDT) in der Regel erheblich überproportioniert ist gegenüber der CGT. (Zahlenangaben aus: P. Bauchet, La planification française, vingt ans d'expérience, Paris 1966, S. 54). Zur Gewerkschaftsbeteiligung an der Planung vgl. „La participation des syndicats aux organismes officiels menace-t-elle leur indépendance?", Les Cahiers du Centre d'Etudes Socialistes No. 54—55, März 1965.

73 J. Boissanat, La politique des revenues, Paris 1966, S. 82 und M. Branciard, a.a.O., S. 263. Claude Gruson ist der Verfasser des Buches „Origine et Espoirs de la Planification Française".

74 J. Boissanat, a.a.O., S. 84.

75 F. Perroux, Frankreichs Wirtschaftsprojektion, Der vierte französische Plan, Berlin 1964, S. 73.

Marshall-„Hilfe" und NATO-Aufrüstung verfälschten „Monnet-Plan"; ihre Realisierung hätte eine grundsätzliche Veränderung der politisch-ökonomischen Machtverhältnisse in Frankreich zur Voraussetzung gehabt [76]. Unter den Bedingungen der gaullistischen Herrschaft erweise sich die „Planification" immer offenkundiger als Instrument zur Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals, jede Form der Einkommenspolitik laufe notwendigerweise auf eine Einschränkung der Löhne im Interesse der monopolkapitalistischen Akkumulation hinaus und sei daher vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Dennoch sei die Anwesenheit von Gewerkschaftsvertretern in den Planungsgremien nützlich, denn sie diene dem doppelten Zweck, detaillierte Informationen zu sammeln über die ökonomische Entwicklung sowie über die Taktik von Unternehmertum und Staat und deren mögliche Widersprüche, aber auch um die konkreten Gegenvorstellungen der Gewerkschaften auf allen Ebenen vorzubringen und öffentlich zu propagieren [77].

Weniger prinzipiell äußerte sich die CFTC. Sie lehnte zwar auch die von der Planbürokratie vorgelegten Lohnprojektionen ab, akzeptierte aber durchaus die Möglichkeit einer „demokratischen Planung" unter weitgehender Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ohne die grundsätzliche Voraussetzung einer politischen Machtergreifung durch die Arbeiterklasse.

Auf dem 30. Kongreß der CFTC 1959 hatte Gilbert Declerq einen umfangreichen Bericht über die „demokratische Planung" vorgelegt [78], der von der großen Mehrheit der Delegierten verabschiedet worden war. In seiner Schlußresolution hatte der Kongreß die Notwendigkeit einer Orientierung der Wirtschaft auf die „Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Volksmassen" betont und die Absicht bestätigt, „eine echte Planung" zu verwirklichen, die es ermöglichte, zugleich die Vollbeschäftigung der Arbeitskraft und die beschleunigte Erhöhung des Lebensstandards zu garantieren. Der Kongreß forderte, daß die Bestimmung der allgemeinen Zielsetzungen, die Wahl der Mittel, die Festsetzung der Einzelziele und die Durchführung des Plans unter Beteiligung und Kontrolle der Gewerkschaften im Rahmen der Gesamtpolitik durch die Vertretung der Nation ausgearbeitet wird [79]. Hierzu befürwortete der Kongreß die Nationalisierung des Banken- und Kreditsystems und gegebenenfalls weiterer Schlüsselsektoren der Wirtschaft. Zugleich sprach er sich für eine „Teilung der ökonomischen Macht" auf allen Entscheidungsebenen aus. Auf Unternehmensebene sollten die Gewerkschaftssektionen anerkannt werden und die Möglichkeit haben, gemeinsam mit den Unternehmenskomitees „eine wirkliche Kontrolle auszuüben und an der

76 A. Barjonet, La CGT, a.a.O., S. 81 ff.

77 A. Barjonet in einem Brief an die Veranstalter der Debatte „La participation des syndicats aux organismes officiels ...", a.a.O., S. 11.

78 Abgedruckt in: R. Bonéty u. a., a.a.O., S. 64 ff.

79 A.a.O., S. 93.

Leitung teilzunehmen." Auf regionaler und industrieweiter Ebene sollten entsprechende Organe eingerichtet werden [80].

Der 1961 einberufene 31. Kongreß befaßte sich dann ausführlich mit den Problemen der Lohn- und Einkommenspolitik [81]. Nach den Erfahrungen mit der Senkung des Reallohns und der Sozialausgaben in den Jahren 1958—1960 forderte der Berichterstatter René Bonéty eine „Politik der Reallöhne", in die nicht nur der individuelle Lohn, sondern auch der „Soziallohn" (Familienzulagen, Sozialversicherung, Renten usw.) miteingeschlossen werden müsse. Während aber die CGT zur Sicherung des in den Lohnkämpfen errungenen Reallohnniveaus die Preisindexverknüpfung der Löhne gefordert hatte, sprach sich die CFTC für Verhandlungen über alle Formen des Einkommens aus. Damit hatte sich die CFTC mit dem Prinzip der Einkommenspolitik im Rahmen einer „demokratischen Planung" einverstanden erklärt. Sie verlangte für die Werktätigen einen „gerechten Anteil am Volkseinkommen" [82], wobei sie dann aber in Ermangelung eines konkreten Gerechtigkeitskriteriums für die Verteilung des Gesamtprodukts die Forderung nach dem „gerechten Lohn" (agir pour que le salaire soit un juste salaire) unversehens mit der Forderung nach einer gerechten und d. h. gleicheren Verteilung des Lohnfonds (masse salariale) unter die Lohnabhängigen vermischte. So blieb die an sich gerechtfertigte Forderung nach Abbau der vielfach willkürlichen Lohnhierarchie, der Lohnzonen sowie nach Überwindung der Lohndrift (Kluft zwischen den Tarif- und Effektivlöhnen) ohne die klare Stoßrichtung einer aktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik, wie sie die CGT mit ihrer Forderung nach Erhöhung der Lohnquote bei gleichzeitiger Nivellierung der Lohndifferenzen formuliert hatte. Das Schwanken zwischen einer klassenbewußten, antikapitalistischen und einer integrationistischen Gewerkschaftskonzeption blieb damit auch Anfang der 60er Jahre selbst noch für die Vertreter des linken CFTC-Flügels (Declercq und Bonéty) charakteristisch.

Noch offener trat der Widerspruch zwischen gewerkschaftlichem Anspruch und integrationistischer Praxis in der Lohnstrategie der FO zutage. Einerseits sprach sich die FO stets für die Aufrechterhaltung der vollen Tariffreiheit aus, „ein Aspekt, der in den totalitären Staaten, kommunistisch oder faschistisch, nicht existiert ...", sie wendet sich daher auch gegen jede Form der Einkommenspolitik, „die dem normalen Spiel des Gewerkschaftswesens keinen Raum läßt, die sozialen Beziehungen politisiert (!) und direkt zum Mißbrauch der Autorität führt. ... Die FO widersetzt sich jeder Konstruktion, die die Gewerkschaften auf die Rolle der Registratur oder der Exekution reduziert. Sie akzeptiert es nicht ... ein einfacher Transmissionsriemen zwischen Staat und Arbeiter zu werden." [83]

Freilich droht sie aber mit ihrer Konzeption der produktivitätsorientierten Lohnpolitik genau in die Gefahr zu geraten, die sie bei

80 A.a.O., S. 94 f.
81 Bericht von R. Bonéty teilweise abgedruckt a.a.O., S. 97 ff.
82 A.a.O., S. 119.
83 A. Bergeron, FO, a.a.O., S. 66 und 71.

ihrer Ablehnung der Einkommenspolitik 1964 vermeiden wollte. Ihre Strategie, „die Lohnabhängigen am Fortschritt der Produktivität und des Wohlstandes zu beteiligen" in dem sie die „doppelt-gleitende Lohnskala fordert, die die Löhne gleichzeitig mit den Preisen und der Produktivität verknüpft" [84], führt geradewegs in die Position einer solchen, bestenfalls klassenneutralen Registraturstelle für Preisentwicklung und Produktivitätsmessung.

4. Der Bergarbeiterstreik von 1963

In dem bereits erwähnten Brief des Premierministers M. Debré an den Unternehmerverband hatte Debré eine jährliche Nominallohnsteigerung von 4 % vorgeschlagen und sich dabei gegenüber dem Verbandspräsidenten Villiers verpflichtet, diese Rate im öffentlichen und nationalisierten Sektor einzuhalten. Dennoch sind die Nominallöhne, aufgrund der ansteigenden Streikaktivität und des hohen nominellen Wachstums zwischen 10 % und 12 % bei einer jährlichen Inflationsrate von etwa 6 %, im privaten Sektor in den Jahren 1961 bis 1963 jeweils um rund 8 % gestiegen, wodurch sich in diesem Bereich eine leichte Reallohnsteigerung ergeben hatte.

Trotz der wieder ansteigenden Inflationsrate versuchte die Regierung jedoch ihre inzwischen in den Planungsgremien auf 6 % korrigierten Lohnprojektionen im öffentlichen und nationalisierten Sektor durchzusetzen. Von dieser Politik wurden die Bergarbeiter besonders hart betroffen. Seit mehreren Jahren hatte ihnen der Staat als Unternehmer, unter Berufung auf die Strukturkrise des Bergbaus, Lohnerhöhungen verweigert, vorübergehend „Kurzarbeit" eingeführt und dabei die Bergarbeiter mit wachsender Arbeitslosigkeit durch langsame aber regelmäßige Schließung von Zechen bedroht.

Zu Beginn des Jahres 1963 errechneten die Gewerkschaften einen Lohnrückstand der Bergarbeiter von 11 % gegenüber dem privaten Sektor, die Regierung wollte dagegen nur eine Erhöhung von 5,77 % für den Zeitraum vom 1. Januar 1963 bis 31. März 1964 zugestehen. Daraufhin kam es vom 1. März bis Anfang April zu einem fünfwöchigen nationalen Bergarbeiterstreik. Trotz der auftretenden Versorgungsschwierigkeiten gelang es den Bergarbeitern, eine breite Sympathie für ihre Forderungen in der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen. Die entscheidende Niederlage mußte die Regierung in Lothringen hinnehmen, als sie in den ersten Streiktagen versuchte, die in den vergangenen Jahren überwiegend für de Gaulle stimmenden Bergarbeiter der Region zur Wiederaufnahme der Arbeit „im nationalen Interesse" zwangszuverpflichten. Die wenigen Kumpels, die gekommen waren, um zu sehen, ob die Arbeit wieder aufgenommen wird, konnten ohne Zwischenfälle von den Streikposten überzeugt werden. Der Streik wurde nahezu hundertprozentig befolgt. Besonders spektakulär war das Verhalten der Ingenieure und der leitenden Angestellten, die zunächst einen Tag gestreikt hatten und anschließend die Hälfte ihres März-Gehalts an die Gewerkschaften überwiesen. Nach

84 A.a.O., S. 75.

diesem Vorbild wurden im ganzen Land Unterstützungsfonds gebildet und selbst ein Teil der bürgerlichen Presse konnte nicht umhin, die Berechtigung der Forderung der Bergarbeiter anzuerkennen. Daraufhin setzte die Regierung einen aus drei Mitgliedern bestehenden Sachverständigenrat ein, der die Lohnsituation prüfen sollte. Die „drei Weisen" sprachen sich für 8 %ige Lohnerhöhungen aus. Weder Regierung noch Gewerkschaften waren hiermit einverstanden, der Streik dauerte noch mehr als 2 Wochen an. Erst Anfang April kam es zu einer Regelung, wonach die Löhne vom 1. April an um zunächst 6,5 % und anschließend stufenweise bis zum 1. Januar 1964 um 11 % und ab 1. April 1964 um 12,5 % erhöht wurden. Darüber hinaus wurde der Jahresurlaub um eine Woche auf 4 Wochen verlängert [85].

Die Einkommenspolitik der Regierung war damit auch praktisch gescheitert. Die Bedeutung des Bergarbeiterstreiks reicht aber darüber noch hinaus. Erstmals war es bei einem nationalen Streik zu einer mehrwöchigen Aktionseinheit aller drei Gewerkschaften gekommen, die bis zu einem erfolgreichen Ende durchgehalten hatte, und erstmals seit Errichtung des gaullistischen Regimes war es einem traditionsreichen Teil der Arbeiterklasse gelungen, durch seine Kampfentschlossenheit und die Solidarität der übrigen Arbeiter, einschließlich der früher zumeist auf Seiten der Unternehmer bzw. des Unternehmer-Staates stehenden Angestellten-Schichten, in direkter Konfrontation mit der im gaullistischen Staat konzentrierten Kapitalmacht einen ökonomisch wichtigen Erfolg zu erzielen, dessen psychologische Wirkung unverkennbar war. In der Folge des Bergarbeiterstreiks stieg die Streikaktivität in fast allen Sektoren und zahlreichen Regionen sprunghaft an. Mit fast 2400 Streiks, über 2,6 Millionen Streikenden und knapp 6 Millionen Streiktagen erreichte das Jahr 1963 einen Höhepunkt in der Geschichte der V. Republik vor der großen Massenstreikbewegung von 1968. In diesem Sinne stellte der Bergarbeiterstreik vom März 1963 einen Wendepunkt in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses der Klassen in dieser Etappe dar und beschleunigte den Prozeß der Annäherung zwischen den Gewerkschaften und darüber hinaus auch zwischen den Parteien der Linken [86].

5. *Entkonfessionalisierung der CFTC — Gründung der CFDT*

Die schon nach der Befreiung und Anfang der 50er Jahre einsetzenden Entkonfessionalisierungstendenzen innerhalb der CFTC hatten sich in den folgenden Jahren weiter verstärkt. Das Verhalten der klerikalen CFTC-Mehrheitsvertreter beim Abbruch der Streikbewegung im August 1953 löste in der Gewerkschaft heftige Richtungskämpfe aus. Die Minderheitsfraktion (Reconstruction) verweigerte

85 Ergebnisse in: G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 176.

86 Zwar hatten erste Kontaktgespräche zwischen Sozialisten und Kommunisten schon anläßlich der Parlamentswahlen 1962 stattgefunden, der Bergarbeiterstreik hatte aber offenkundig das „Klima" solcher Gespräche verbessert. Vgl. J. A. Faucher, La gauche française sous de Gaulle, Paris 1969, S. 111 ff.

auf dem nachfolgenden Kongreß 1955 ihre Zustimmung zum Vorstandsbericht über die Vorgänge des August 1953. Sie warf der Mehrheit vor, durch die geheimen Verhandlungen mit den MRP-Ministern die Streikbewegung auf rein ökonomische Forderungen reduziert und die politische Stoßkraft gegen die konservative Regierung Laniel bewußt gebrochen zu haben. Diese Kritik wurde von immerhin rund 40 % der Delegierten unterstützt.

Die Stärkung der Opposition gegen den Klerikalismus der CFTC-Führung um Gaston Tessier war vor allem das Resultat eines Wandels in der sozialen Struktur an der Gewerkschaftsbasis. Das Wachstum der Mitgliederzahl nach dem Kriege hatte eine Stärkung der Industriearbeiterschaft gegenüber den früher dominierenden Angestelltenschichten nach sich gezogen[87]. Kennzeichnend hierfür war, daß die Metallgewerkschaft, deren Mitgliederzahl rasch gestiegen war, gemeinsam mit der Chemie- und der Baugewerkschaft immer mehr zu einem Zentrum der Opposition wurde. Der Kongreß der CFTC-Metaller sprach sich 1957 erstmals für einen „demokratischen Sozialismus" aus. Die Opposition konnte sich dann schon 1959 mit der Konzeption einer „demokratischen Planung" weitgehend durchsetzen, ohne daß damit freilich die ideologischen und praktischen Widersprüche der christlichen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung schon überwunden worden wären[88]. Auf dem Bundeskongreß 1961 wurde der Vorsitzende der Metallgewerkschaft E. Descamps zum Generalsekretär der CFTC gewählt und 1963 wurde mit einer Mehrheit von 56 % ein Sonderkongreß für die Entkonfessionalisierung des Verbandes beschlossen. Auf diesem Sonderkongreß, der im November 1964 stattfand, sprachen sich über 70 % der Delegierten für die Annahme einer neuen Satzung aus, in der der Beitrag des „christlichen Humanismus" zur Gewerkschaftsidee gleichberechtigt neben „anderen Formen des Humanismus" steht. In Artikel 1 der neuen Satzung heißt es: „Der Verband vereinigt Gewerkschaften, die für alle Arbeiter offen sind, die entschlossen sind, in gegenseitiger Achtung ihrer persönlichen philosophischen, moralischen oder religiösen Überzeugungen, ihre gemeinsamen Interessen zu verteidigen und für die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft freier und verantwortungsbewußter Menschen zu kämpfen." [89]

Dieser Text war insofern ein Kompromiß, als sich die Metaller mit ihrer Zielvorstellung eines „demokratischen Sozialismus" nicht hatten durchsetzen können. Darüber hinaus blieben vor allem in der Präambel noch verschiedene Elemente der katholischen Soziallehre und des philosophischen Personalismus erhalten, die allerdings weitgehend von der klerikalen Terminologie befreit waren. Der Name des Verbandes wurde in „Confédération Française Démocratique du

87 Vgl. G. Lefranc, Le syndicalisme en France, 6e Ed., Paris 1968, S. 109.
88 Zur ideologischen Entwicklung der CFDT unmittelbar nach der offiziellen Entkonfessionalisierung vgl. J. C. Poulain, La transformation de la CFTC en CFDT, in: Economie et Politique, No 128, Sonderdruck, Paris 1969.
89 R. Bonéty, a.a.O., S. 60; M. Branciard, a.a.O., S. 260.

Travail" (CFDT) geändert. Die überwiegende Mehrheit der Delegierten, die nicht für die Satzungsänderung gestimmt hatten, blieben dennoch in der neuen CFDT. Nur eine Minderheit, die etwa 8 % bis 10 % der ehemaligen CFTC-Mitglieder vertraten, entschlossen sich, einen eigenen Verband zu gründen, der den Namen „CFTC-Maintenue" trägt. In den folgenden Jahren blieb dieser Verband aber faktisch einflußlos.

6. *Das Verhältnis der Gewerkschaften zueinander um die Mitte der 60er Jahre und das Abkommen zwischen CGT und CFDT (1966)*

Obwohl der Gewerkschaftspluralismus, d. h. das Nebeneinanderbestehen mehrerer Gewerkschaftsverbände, in Frankreich seit den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg eine historische Tatsache ist und seither sogar eine gewisse Tradition entwickelt hat, die nur in politisch außergewöhnlichen Situationen wie Volksfront und Résistance weitgehend überwunden werden konnte, ist das Bedürfnis nach Gewerkschaftseinheit, noch unmittelbarer als das nach politischer Einheit, innnerhalb der Arbeiterklasse stets lebendig geblieben. In einem strengen Sinne gehört das Moment der Einheit zum Wesen der Gewerkschaftsbewegung selbst, eine Tatsache, die sich in jeder gewerkschaftlichen Kampfaktion als praktische Notwendigkeit erweist, von der Erfolg oder Mißerfolg in starkem Maße abhängig ist. In der gesellschaftlichen Realität kann das Prinzip der Gewerkschaftseinheit allerdings verschiedene Formen annehmen, die von punktuellen Aktionseinheiten über längerfristige Bündnisse auf der Grundlage gemeinsamer Plattformen bis zur organisatorischen Einheit reichen [90].

Aufgrund der geschilderten historischen Bedingungen ist das Einheitsprinzip in Frankreich von 1947 bis zur Mitte der 60er Jahre kaum über die niedrigste Stufe punktueller Aktionseinheiten hinausgekommen, und häufig wurde nicht einmal diese erreicht. Immerhin hatten sich in einzelnen Phasen gewisse Annäherungen zwischen den verschiedenen Zentralen ergeben, in denen immer wieder die Hoffnung auf eine längerfristige, schrittweise Überwindung des Pluralismus aufkam.

Die CGT hat stets die Konzeption vertreten, daß sich die organisatorische Einheit (unité organique) nur als Resultat einer stetigen und systematisch betriebenen Politik der Aktionseinheit (unité d'action) ergeben könne, die sich im Verlauf längerer Kampfperioden, von punktuellen Aktionseinheiten an der Basis ausgehend, auf die verschiedenen Ebenen der Organisationsstrukturen ausdehnen würde, um sich dann zunächst bis zu formellen Aktionsbündnissen zwischen den Zentralen zu entwickeln. Erst danach könne man adäquate organisatorische Übergangsformen finden, deren Ziel die Einheitsgewerkschaft sein solle („Une seule classe ouvrière, une seule organisation

90 P. Lebrun, Questions actuelles du syndicalisme, Paris 1965, A. Barjonet, La CGT, a.a.O., S. 105 ff.

syndicale"). Diese Konzeption hatte allerdings lange Zeit kaum eine Realisierungschance, zumal die CGT sich in den 50er Jahren, auch als die CFTC sich immer deutlicher zur zweitstärksten Gewerkschaft entwickelte, stets noch in erster Linie um die Wiedervereinigung mit der FO bemühte, deren Führungsspitze jedoch nach wie vor von einem militanten „Anti-Cégétismus" geprägt war [91].

Erst Anfang der 60er Jahre zeichnet sich im Kampf gegen die faschistischen Tendenzen der algerischen Ultras und für den Frieden in Nordafrika eine stärkere Hinwendung der CGT zur CFTC ab, die in vielen Fällen zu konkreten Aktionsbündnissen führte; aber auch in dieser Phase blieb das „Klima" zwischen den drei Gewerkschaftszentralen eher gespannt. Erst der Bergarbeiter-Streik von 1963 brachte hierin eine fühlbare Verbesserung, die sich in den zahlreichen Streiks des Jahres 1963 zugunsten der Arbeiterklasse bemerkbar machte. Dennoch kam der Vorschlag des Sekretärs der FO-Chemie-Gewerkschaft Maurice Labi [92] zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit in dieser Branche „als mächtiges Beispiel für die anderen Sektoren und darüber hinaus für die Gewerkschaftsbünde" im September 1963 völlig überraschend. Die Chemie-Gewerkschaft der CGT erklärte sich sofort zu Verhandlungen bereit, während die CFTC-Chemie, bei gleichzeitiger Betonung ihrer Bereitschaft zur Aktionseinheit, die organisatorische Einheit „zum gegenwärtigen Zeitpunkt" ablehnte [93]. Die FO-Führungsspitze reagierte dagegen besonders heftig auf den Vorstoß ihrer eigenen Chemie-Föderation. Der Generalsekretär Botherau sprach auf dem kurz darauf folgenden FO-Bundeskongreß von „Einfaltspinseln der Gewerkschaftsbewegung" (gribouilles du syndicalisme), die sofort die Gewerkschaftseinheit herstellen wollten. Der „Immobilismus" der FO in dieser Beziehung sei „gewollt und freiwillig" und ein „Mittel zur Verteidigung der Freiheit"; der Kongreß sprach sich mit großer Mehrheit gegen den Vorschlag Labis aus [94]. Wenn dieser Vorstoß, ähnlich wie ein Versuch bei den Beamten, auch scheiterte, hatte die Diskussion um die Gewerkschaftseinheit dennoch neue Impulse bekommen.

In dieser Situation richtete die CGT, anläßlich ihrer 70-Jahr-Feier im Mai 1965, einen Appell an alle Gewerkschaften zur Intensivierung der Aktionseinheit und zur Aufnahme von Verhandlungen über die Bedingungen einer zukünftigen Gewerkschaftseinheit [95]. Während die FO überhaupt nicht reagierte, erklärte sich die CFDT nach einigen vorbereitenden Gesprächen zu Verhandlungen über ein Aktionsbündnis bereit. Am 10. Januar 1966 veröffentlichten die beiden Gewerkschaftszentralen erstmals in der französischen Gewerkschafts-

91 A. Barjonet, a.a.O., S. 108 ff.

92 Labi gehörte seit 1953 zur Opposition innerhalb der FO, die eine realistischere Haltung gegenüber der CGT gefordert hatte. Seit Sommer 1972 ist die Chemie-Gewerkschaft FO mit der Chemie CFDT vereinigt.

93 M. Branciard, a.a.O., S. 261.

94 Ebenda.

95 J. Bruhat, M. Piolot, a.a.O., S. 367 ff.

geschichte ein gemeinsames Aktionsprogramm, das als Grundlage für ein längerfristiges Bündnis beider Organisationen dienen sollte.

Die wichtigsten Ziele des Programms waren [96]:

1. Verbesserung der Kaufkraft sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen durch:
   — Verhandlungen über die effektiven Reallöhne und über konkrete Arbeitsbedingungen, vor allem über die Verkürzung der Arbeitszeit;
   — Abschaffung der Lohnzonen und Aktionen gegen die regionalen Lohnunterschiede;
   — Verbesserung der Kaufkraft besonders benachteiligter Gruppen (Mindestlohnempfänger, große Familien, Rentner usw.);
   — Ausgleichszahlungen für Kurzarbeit;
   — Verbesserung des Sozialversicherungswesens
2. Verteidigung und Ausdehnung der betrieblichen Gewerkschaftsrechte;
3. Kürzung der unproduktiven Staatsausgaben zugunsten öffentlicher Investitionen im Wohnungsbau, im nationalen Bildungs- und Gesundheitswesen;
4. Sicherung der Arbeitsplätze durch Schaffung neuer Industrien mit öffentlichen Finanzmitteln unter öffentlicher Kontrolle;
5. Umverteilung der Steuerlast durch Steuerbefreiung der niedrigen Einkommen und Schaffung einer Progressivsteuer, die sowohl die Höhe als auch die Art des Einkommens berücksichtigt; Kampf gegen die Steuerhinterziehung;
6. Kampf gegen die staatliche Einkommenspolitik im öffentlichen und nationalisierten Sektor.

Beide Organisationen vereinbarten, jede dieser Grundforderungen weiter zu diskutieren und im einzelnen durch präzise Programme zu konkretisieren und dabei die jeweils angemessenen Aktionsmethoden zu bestimmen. Die FO und die Lehrergewerkschaft FEN wurden aufgefordert, sich dem Abkommen anzuschließen; beide lehnten, allerdings aus sehr unterschiedlichen Gründen, ab. FO erklärte: „Solange die CGT sein wird, was sie ist, d. h. ein Instrument der kommunistischen Partei, wird die Gewerkschaftseinheit unmöglich sein." [97] FEN warf dagegen der CFDT vor, selbst nach der offiziellen Entkonfessionalisierung noch von der klerikalen Hierarchie abhängig zu sein und die volle Laizisierung der Schule abzulehnen [98]. Trotz dieser Ablehnung entwickelte sich in der Folge des Programms eine breite Streikwelle, weil weder Unternehmer noch Staat bereit waren, auf die Forderungen der beiden Gewerkschaften einzugehen. Die Zuspitzung der Klassenkämpfe in den Jahren 1966/67 und die Folgen der sich in diesem Zeitraum auch in Frankreich auswirkenden westdeutschen Rezession waren die unmittelbaren Voraussetzungen für die Entwick-

96 G. Lefranc, (2), a.a.O., S. 193.
97 A.a.O., S. 194.
98 Ebenda.

lung eines Klimas, in dem der Polizeiterror gegen eine rasch anschwellende Studentenbewegung die bisher größte Streikbewegung in der französischen Geschichte auszulösen vermochte.

IV. Schlußbemerkung: Zur allgemeinen Charakteristik der jüngsten Entwicklungsetappe des Klassenkampfes in Frankreich (1968 bis 1973)

Die jüngste Entwicklungsetappe des Klassenkampfes in Frankreich reicht von den Massenstreiks im Mai—Juni 1968 bis zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 1973. Eine eingehende Darstellung dieser Etappe bis Mitte 1971 findet sich in dem Buch „Klassenkämpfe in Westeuropa" [99], die wichtigsten Aspekte der neueren Entwicklung sind kurz dargestellt in zwei Artikeln zu den Parlamentswahlen 1973 [100] und in der Einleitung zu einer deutschen Ausgabe des „Gemeinsamen Regierungsprogramms" von Sozialisten und Kommunisten in Frankreich [101]. Wir verzichten deshalb hier auf eine weitere historische Einzeldarstellung und fassen lediglich die allgemeinen Merkmale der jüngsten Entwicklungsetappe und ihre Resultate zusammen.

Das wichtigste Resultat dieser Kämpfe ist die Tatsache, daß der Übergang zum Sozialismus in Frankreich heute keine ferne Utopie mehr darstellt, sondern konkrete Politik der unmittelbaren Zukunft sein kann. Hierzu haben mehrere Momente beigetragen:

1. Das Vorhandensein einer starken sozialistisch-kommunistischen Tradition innerhalb der Arbeiterbewegung;
2. Die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre konkreten Erscheinungsformen in Frankreich;
3. Der reale Verlauf der Klassenauseinandersetzungen seit 1968;
4. Der politische Reifeprozeß, den die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in dieser Etappe durchlaufen haben.

Zu 1: Wir haben im vorangegangenen Beitrag darzustellen versucht, daß trotz zahlreicher Rückschläge und Erschütterungen das Klassenbewußtsein der französischen Arbeiter, ihre sozialistisch-kommunistische Tradition nicht verschüttet werden konnte und daß „ihre Geschichte nicht weniger als ihre bewährte Kampfkraft (...) sie in unlöslicher Weise mit der allgemeinen politischen Entwicklung des Landes verknüpft" hat (Engels).

Naturgemäß hat die seit der Spaltung von 1947 anhaltende ökonomische Rekonstruktionskonjunktur die Entwicklung des Klassen-

99 D. Albers, W. Goldschmidt, P. Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Frankreich-Teil, Hamburg 1971.

100 Blätter für deutsche und internationale Politik, August 1972 und Februar 1973.

101 „Das gemeinsame Regierungsprogramm" von Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, hrsgg. und eingeleitet von W. Goldschmidt, Köln 1972.

bewußtseins nicht begünstigt, sondern in vielfältiger Weise erschwert und nicht wenige Illusionen erzeugt. Dennoch hat die reale Lage der französischen Arbeiterklasse stets verhindert, daß diese Illusionen an die Stelle des Klassenbewußtseins treten konnten. Das „empirische Bewußtsein" der französischen Arbeiter ist vielmehr im wesentlichen durch die Klassenlage bestimmt geblieben und von den Illusionen bzw. Mythen der „Wohlstandsgesellschaft" nur mehr oder weniger stark durchsetzt worden.

Zu 2: Mit der beginnenden Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und der damit drohenden Verschlechterung der gesamten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der wachsenden Existenzunsicherheit entsteht nunmehr verstärkt die Möglichkeit, die in der Periode des ökonomischen Aufschwungs innerhalb der Arbeiterklasse entstandenen Illusionen zu zerstören und an ihre Stelle reales Wissen zu setzen, um damit die Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus voranzutreiben. Diese Möglichkeit hängt unmittelbar mit dem Wesen der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus und ihren mannigfaltigen Erscheinungsformen an der Oberfläche der französischen Gesellschaft selbst zusammen. Die Krise hat, wenigstens bisher, keine katastrophenartigen Formen angenommen, und es ist auch nicht zu erwarten, daß sie in absehbarer Zeit in ein solch akutes Stadium geraten wird; es handelt sich vielmehr um eine chronische Krise, die nichtsdestoweniger an die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise heranreicht. In der von Paul Boccara und anderen so genannten „strukturellen Überakkumulationskrise" machen sich die der kapitalistischen Produktionsweise immanenten Widersprüche nicht mehr lediglich in einer einseitigen, vorübergehenden Form geltend, wie dies beispielsweise für die Krisenphase des „industriellen Zyklus" charakteristisch ist, in der sich die Einheit der gegeneinander verselbständigten Momente des kapitalistischen Reproduktionsprozesses (Produktion, Konsumtion usw.) durch massenhafte Vernichtung von Kapital (in Form von Pleiten und dadurch ausgelösten Kettenreaktionen mit massenhafter Arbeitslosigkeit usw.) gewaltsam wiederherstellt, sondern sie treten nunmehr allseitig auf, als Krise und Schranke der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und zwingen das Kapital, zu Formen Zuflucht zu nehmen, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind [102].

Es tritt dies ganz offen zutage in allen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, in denen schon heute die Entwicklung der Produktivkräfte und der Grad der Vergesellschaftung so weit fortgeschritten sind (und vor allem der materiell-technisch bedingte Umfang der Arbeitsmittel ein solches Ausmaß erreicht hat),

102 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 544 f.

daß ihre kapitalistische Anwendung (als fixes Kapital) infolge des damit drohenden Falls der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate immer weniger möglich wird.

In dem Maße aber, wie solche Bereiche der Produktion, nicht nur als allgemeine Produktionsvoraussetzungen („Infrastrukturen"), sondern auch als besondere Produktionszweige (Schlüsselsektoren wie Energie, Elektronik usw.) selbst, sich unmittelbar kapitalistischer Anwendung entziehen, im Interesse der Kapitalverwertung in anderen Produktionszweigen aber notwendigerweise vorhanden sein müssen (also gewissermaßen selbst wiederum zu allgemeinen Produktionsbedingungen werden), und daher als gesellschaftlich bzw. staatlich entwertetes Kapital weiter fungieren, wird die Basis der gesamten kapitalistischen Produktionsweise immer weiter unterhöhlt. Entwertung des Kapitals zur Verwertung des Kapitals, darin liegt der Widerspruch, wie er sich heute in der „strukturellen Überakkumulationskrise" äußert, oder, wie Marx es sagt: „Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung, ist die schlagendste Form, worin ihm advice gegeben wird to be gone and to give room to a higher state of social production." [103]

In einer solchen Periode der kapitalistischen Entwicklung vermögen sich die Klassenkämpfe von den nach wie vor noch vorhandenen Phasen des industriellen Zyklus weitgehend zu emanzipieren und sowohl in allen Phasen des Zyklus anzuhalten als auch nach und nach oder sprunghaft alle Sphären der gesellschaftlichen Reproduktion zu durchdringen; es entsteht die objektive Möglichkeit des Übergangs zu einer höheren, der sozialistischen Produktionsweise. Allerdings ist diese „objektive Möglichkeit" alles andere als eine „Notwendigkeit" im Sinne eines naturwüchsigen Übergangs. Zwar sind die objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution „naturwüchsig", d. h. aus der Entfaltung der kapitalistischen Widersprüche, herangereift, aber weder bricht die alte Gesellschaft gewissermaßen von selbst zusammen und läßt die neue wie ein Phönix aus der Asche auferstehen, noch wächst die „alte Sauerei", wie Friedrich Engels sich einmal ausdrückte, frisch-fromm-fröhlich-frei in die sozialistische Gesellschaft hinein. Die Geschichte wird von Menschen gemacht, in den bisherigen Stadien der Entwicklung aber weitgehend unabhängig von deren Willen und Bewußtsein und manchmal sogar gegen diese. Die sozialistische Revolution stellt in dieser Hinsicht einen Knotenpunkt dar, denn sie ist beides zugleich, der erste bewußte und der letzte naturwüchsige Akt der gesellschaftlichen Entwicklung. In der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus kommt daher dem bewußten Handeln der gesellschaftlichen Klassen eine entscheidende Bedeutung zu. Nicht in dem Sinne, daß alle Akteure sich bis ins letzte Detail der gesellschaftlichen Konsequenzen ihres Handelns stets bewußt sein müßten, sondern in dem Sinne, daß die fortgeschrittenste, weil sowohl die materielle Basis als auch ihren

103 A.a.O., S. 544.

lebendigen Widerspruch bildende Klasse der kapitalistischen Gesellschaft, die Arbeiterklasse, im Auf und Ab der Tageskämpfe stets die Richtung kennen muß, in der allein der gesellschaftliche Fortschritt möglich ist.

Immer notwendiger wird damit auch die Fähigkeit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Entwicklung nicht mehr nur „im allgemeinen" zu begreifen, sondern auch die an der Oberfläche der jeweiligen Gesellschaft real erscheinenden Verhältnisse, die „empirischen Umstände" zu analysieren, ihr inneres Band mit den allgemeinen Bewegungsgesetzen aufzuspüren und damit die Ausweglosigkeit des Kapitalismus als Produktionsweise nachzuweisen, um daraus konkrete, die Masse der arbeitenden Bevölkerung überzeugende Alternativen zu entwickeln.

In dieser Phase genügt es dann auf einmal nicht mehr, wenn sich „die Wirklichkeit zum Gedanken drängt", der Gedanke muß sich auch wieder zur Wirklichkeit drängen und in dem Maße, wie ihm das gelingt, vermag er auch die Massen zu ergreifen. Dies ist eine Notwendigkeit, die um so dringender wird, als auch in länger andauernden Krisenphasen der kapitalistischen Entwicklung die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge sich dem normalen Bewußtsein nicht spontan aufzwingt, vielmehr auch in den Krisen spezifische Verkehrungen des Bewußtseins entstehen können, die in letzter Instanz mit der Ungleichzeitigkeit von realer gesellschaftlicher und bewußtseinsmäßiger Entwicklung zusammenhängen. Die Blindheit gegenüber der Möglichkeit solcher Verkehrungen auch in Perioden, in denen dem wissenschaftlichen Bewußtsein die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise offen zutage liegen, hat der Arbeiterbewegung in der Vergangenheit großen Schaden zugefügt; aber auch weniger dramatische Mißverständnisse, wie sie in der jetzigen Krisenphase in Form der verschiedensten Utopien auftauchen, vermögen die reale gesellschaftliche Entwicklung zu hemmen und den Übergang zum Sozialismus zu erschweren. Insofern gewinnt auch die Kritik des falschen Bewußtseins unmittelbar praktische Bedeutung.

Aus alledem folgt für die Arbeiterbewegung in Frankreich dreierlei:

— Intensivierung des Widerstands der arbeitenden Bevölkerung gegen die „Gewalttaten" des Monopolkapitals in allen gesellschaftlichen Bereichen und Aufstellung spezieller Forderungskataloge von der betrieblichen Ebene bis hin zu Gesundheitswesen, Altersversorgung, gegen die Bildungsmisere usw.;
— Ausarbeitung eines umfassenden Programms, das sowohl an den Bewußtseinsstand und die aktuellen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung anknüpft als auch die konkreten Maßnahmen angibt, durch die der Übergang zum Sozialismus unter den gegenwärtigen Bedingungen eingeleitet werden muß;
— verstärkte theoretische Auseinandersetzung mit den gerade in Krisenzeiten in immer neuen Varianten und Verhüllungen auftretenden bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologien.

Zu 3: Im Verlauf der Klassenauseinandersetzungen seit 1968 haben sich diese drei Hauptaufgaben immer deutlicher abgezeichnet. Ihre Lösung ist jedoch nur zum Teil gelungen. Eine genauere Analyse der Mai-Juni-Streikbewegung von 1968 ergibt, daß die Bewegung letzten Endes an diesen drei Aufgaben gescheitert ist, die an sich schon während dieser weitgehend spontanen Bewegung entstanden sind, von einem wichtigen Teil der Arbeiterbewegung aber noch nicht begriffen worden waren. Hierzu bedurfte es weiterer historischer Erfahrungen. In den kommenden Jahren hatte jeweils eine der drei Hauptaufgaben im Vordergrund gestanden, ihre gemeinsame Lösung ist jedoch die Voraussetzung für einen entscheidenden gesellschaftlichen Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus. Dies ist ganz allgemein gesprochen das Fazit der Auseinandersetzungen nach dem knappen Scheitern der Linken bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 1973.

Wir wollen hier in Stichworten die einzelnen Phasen seit 1968 andeuten:

Nach dem politischen Scheitern der Mai-Bewegung, die in der Wahlniederlage vom Juni 1968 einen deutlichen Ausdruck fand, konzentrierten sich die Klassenauseinandersetzungen zunächst auf die betriebliche Ebene, die die spektakulärste und erfolgreichste der Mai-Juni-Bewegung gewesen war. Ihren Höhepunkt erreichte diese Phase im Frühjahr und vor allem im Herbst 1969 mit einer Welle betrieblicher und zum Teil auch industrieweiter Streiks, bei denen aufgrund der Kampfentschlossenheit der Arbeiter und präziser Zielsetzungen nicht selten wichtige ökonomische Forderungen, vereinzelt auch eine verstärkte Kontrolle der Arbeiter über ihre konkreten Arbeitsbedingungen im Betrieb durchgesetzt werden konnten. Diese Erfolge wurden jedoch dadurch praktisch kritisiert, daß sie einhergingen mit einer offenen Manifestation der politischen Ohnmacht der Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt. Tatsächlich war die politische Nachwirkung der Mai-Bewegung so stark gewesen, daß schon knapp ein Jahr später die Symbolfigur des seit 1958 existierenden autoritären Regimes, de Gaulle, von der politischen Bühne abtreten mußte. Dennoch gelang es der Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal, eine gemeinsame Kanditatur gegen die beiden Kandidaten des Bürgertums zustande zu bringen. Erst die verheerende Niederlage des Sozialisten Deferre löste in der sozialistischen Partei eine Wendung nach links aus und leitete allmählich über zu einer Phase, in der Verhandlungen mit den Kommunisten über ein gemeinsames Alternativprogramm aufgenommen werden konnten.

Hierzu war jedoch weiterhin notwendig, daß die unmittelbaren und alltäglichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital die Schranken einer notwendig isolierten betrieblichen Bewegung sprengten und auf deren Basis sich auf gesellschaftliche Teilbereiche ausweiteten, in denen die Arbeiter nicht mehr lediglich für ihre besonderen, betriebs- oder industriezweig-spezifischen Interessen kämpften, sondern sich als Klasse gegenüber dem Kapital auch „für sich" konstituierten, indem sie Forderungen stellten und Aktionen durch-

führten, die im kollektiven Interesse der ganzen Klasse waren. Diese Ebene des Kampfes stand vor allem im Jahre 1971 im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, und sie bewies auch endgültig, welche Funktionen und Aktionsformen der modernen Gewerkschaftsbewegung durch die wachsende Verschränkung von Ökonomie und Politik hinzugewachsen sind. Mit den gemeinsamen Massenaktionen von CGT und CFDT um die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes und die Rentenreform im Frühjahr 1971 und Winter 1971/72 wurde der Klassenkampf auf eine höhere gesellschaftliche Stufe gehoben, in der die Notwendigkeit zur Überschreitung der Grenze spezifischer gesellschaftlicher Teilbereiche an sich schon enthalten war und von der aus sich tatsächlich ein verstärkter Druck auf die politisch-programmatischen Verhandlungen von Kommunisten und Sozialisten abzeichnete.

Zu 4: Die Kommunistische Partei hatte mit ihrem Manifest von Champigny vom Dezember 1968 als erste der großen Organisationen der Arbeiterklasse die Konsequenzen aus den Erfahrungen der Mai-Juni-Bewegung zu ziehen versucht, und sie hat dabei auch als erste die drei zuvor genannten Hauptaufgaben implizit ausgedrückt. Die Kommunisten waren sich dabei bewußt, daß deren Lösung nicht von einem Teil der Arbeiterklasse, und sei es deren fortschrittlichster, allein geschafft werden könnte, sondern ein politisches Bündnis aller Fraktionen der Arbeiterklasse und darüber hinaus eines großen Teils der städtischen und ländlichen Mittelschichten (Intelligenz, Kleinbürgertum) gegen die ökonomische und politische Vorherrschaft des Großkapitals erforderlich macht. Dies verwies sie auf die übrigen Organisationen, die Gewerkschaften und vor allem die sozialistische Partei.

Der starke kommunistische Einfluß in der CGT erleichterte es der größten französischen Gewerkschaft auf ihrem Kongreß im Spätherbst 1969 auf dem Hintergrund des Debakels der Linken bei der Präsidentschaftswahl und der begrenzten gesellschaftlichen Konsequenzen der betrieblichen Kampfaktion vom Herbst 1969, ein Programm anzunehmen, daß die gleiche antimonopolistische Zielsetzung und ähnliche strategische Schlußfolgerungen wie das Manifest der Kommunisten enthielt, in einzelnen Teilen sogar schon konkrete Maßnahmen vorsah, z. B. was den Umfang der geplanten Nationalisierungen und die Form der Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der nationalisierten Betriebe betraf.

In dieser Situation mußte sich auch die CFDT verstärkt den Fragen der politischen Programmatik zuwenden. Sie tat dies auf ihrem Kongreß im Mai 1970, indem sie ihre erstmals im Mai 1968 vorgebrachte Konzeption der Selbstverwaltung zu konkretisieren und vor allem hinsichtlich ihrer gesellschaftlich-politischen Voraussetzungen zu fundieren suchte, ohne daß sie freilich ihre schwankende Haltung in den Fragen der politischen Machtergreifung und des Bündnisses mit den Kommunisten endgültig überwinden konnte und daher weiterhin in vieler Beziehung zwischen linkssektiererischen und offen reformistischen Positionen hin und her pendelt.

Ein deutlicher, wenn auch gewiß noch nicht endgültig gefestigter Wandel vollzog sich seit 1969 in der Sozialistischen Partei. Die Mai-Juni-Bewegung von 1968 hatte radikal die Illusion zerstört, daß der Klassenkampf in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern in einem beständigen Rückgang begriffen sei und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung im Prinzip innerhalb der bestehenden Gesellschaft durchgesetzt werden könnten. Damit war der sich nach dem 2. Weltkrieg noch stärker als schon seit dem 1. Weltkrieg abzeichnenden ideologisch-politischen Tendenz der Sozialdemokratie durch die Wirklichkeit eine deutliche Grenze gesetzt worden, die sich im Schwinden des Einflusses der Sozialisten innerhalb der französischen Arbeiterklasse zeigte. Dieser Prozeß hatte mit dem Stimmenanteil von 5 % des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Deferre im Frühjahr 1969 seinen Höhepunkt erreicht. Nunmehr konnte sich der in dieser Partei stets vorhandene, in der Vergangenheit zumeist in die Defensive gedrängte linke Flügel allmählich wieder stärken. Er wurde dabei um eine neue Fraktion der sich seit Anfang der 60er Jahre in politischen Zirkeln und Clubs zusammenfindenden linksliberalen und sozialistischen Intelligenz erweitert. Zugleich machten sich verstärkt auch die ideologischen Strömungen bemerkbar, die durch die allmählich wachsenden Kontakte zwischen der CFDT und der sozialistischen Partei entstanden waren. Entscheidend für das Tempo des Wandels in der Sozialistischen Partei war aber der unverkennbar ansteigende Einfluß der Kommunisten, die nicht zuletzt aufgrund ihrer verstärkten theoretischen Anstrengungen immer deutlicher die strategischen Schlüsselfragen zu formulieren wußten und sie in massenwirksame Losungen umsetzten. In dieser Hinsicht spielte das von den Kommunisten im Herbst 1971 entworfene und mit der CGT abgestimmte Regierungsprogramm eine entscheidende Rolle. Nunmehr waren auch die Sozialisten gezwungen, ein ähnlich konkretes Programm vorzulegen, das zugleich auch die Grundprobleme der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Systems im Sinne einer sozialistischen Transformation zu lösen hatte. Das von den Sozialisten im März 1972 verabschiedete Programm stellte in vieler Hinsicht einen Kompromiß zwischen den Positionen der CFDT einerseits und den Kommunisten andererseits dar; so daß die Voraussetzungen für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Regierungsprogramms der Linken gegeben waren.

Dieses Programm ist dann Ende Juni 1972 zustande gekommen und hat das politische Kräfteverhältnis in Frankreich eindeutig zugunsten der arbeitenden Bevölkerung verändert. Mit rund 47 % der Stimmen erhielt die Linke bei den Parlamentswahlen im März 1973 ihr bestes Ergebnis seit 1956 und stellte aufgrund des gemeinsamen Programmes erstmals seit der unmittelbaren Nachkriegsperiode die Existenz des kapitalistischen Systems in Frankreich in Frage. Das knappe Scheitern bei den Parlamentswahlen ist jedoch, mehr als das zahlenmäßige Resultat vermuten läßt, symptomatisch für die weiterhin bestehenden Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung, die der

Entfaltung eines konsequenten Kampfes gegen das Großkapital immer noch Hindernisse bereitet.

Zweifellos ist die Voraussetzung eines solchen Kampfes nicht das Verschwinden jeglicher Differenzen, was ja die Unnötigkeit eines Bündnisses selbst bedeuten würde, sondern die weitere Klärung einiger Grundprinzipien des Übergangs zum Sozialismus aus der wissenschaftlichen Analyse der Krise des gegenwärtigen Kapitalismus. Dies verweist darauf, daß vor allem die dritte Hauptaufgabe noch nicht hinreichend gelöst ist, was praktisch bedeutet, daß die Diskussion um die dem gegenwärtigen Vergesellschaftungsgrad der Produktion angemessene Form der sozialistischen Demokratie, die vor allem zwischen der CFDT und der Kommunistischen Partei ausgetragen wird, im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus und das heißt in jedem Fall gegen eine isolierte Selbstverwaltungskonzeption für den Sieg der französischen Arbeiterklasse und des Sozialismus entschieden werden muß. Diese dritte Aufgabe ist, ohne Vernachlässigung der beiden anderen, der notwendige Schwerpunkt in der nun beginnenden Phase des Klassenkampfes in Frankreich.

Paul Oehlke

Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung

Seit Mitte der sechziger Jahre begann sich in Großbritannien wie in anderen westeuropäischen Ländern die soziale Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern. Die britischen Arbeiter und Angestellten begegneten der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Senkung des Reallohnniveaus und dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen mit einer massiven Streikbewegung, die bisher auch nicht durch die Antigewerkschaftsgesetze der konservativen Regierung gebrochen werden konnte. Mit der Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen läßt sich eine Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung erkennen, in deren Zentrum nach wie vor die Trade Unions stehen. Um die Bedeutung der britischen Gewerkschaftsbewegung vor allem hinsichtlich einer sozialistischen Transformation abschätzen zu können, müssen die wesentlichen Momente ihrer historischen Tradition untersucht werden, die nach der Generalstreikniederlage 1926 die weitgehende Integration der Arbeiterbewegung in das monopolkapitalistische Herrschaftssystem und nach dem Zweiten Weltkrieg die Entwicklung der Labour Party zu einem Rationalisierungsinstrument der herrschenden Klasse erleichtert hat.

Die historische Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung ist im Gegensatz zur kontinentalen weder durch Kriege im eigenen Land noch durch revolutionäre Ereignisse oder gar durch bonapartistische bzw. faschistische Diktaturen unterbrochen worden. Statt dessen konnte sich auf der Grundlage des Industrie-, Weltmarkt- und Kolonialmonopols eine parlamentarische Demokratie herausbilden, in der die Gewerkschaften nach der Niederlage in den owenistisch-chartistisch geprägten Klassenkämpfen nicht zur organisatorischen Straffung und politischen Führung gezwungen worden waren. So konnte die Institutionalisierung der Klassenauseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital weiter voranschreiten, als die in einem Dachverband zusammengefaßten Gewerkschaften nach jahrzehntelangem Zögern mit einigen sozialistischen Gruppierungen die Labour Party gründeten, um die sozialen Interessen der Arbeiter im Parlament effektiver als durch die Liberalen zu vertreten. Geradezu umgekehrt hatten in Deutschland und Rußland die marxistisch orientierten Arbeiterparteien die Gründung von Gewerkschaften vorangetrieben, die wie die parlamentarische Vertretung nur eine untergeordnete, wenn auch unerläßliche Rolle im Emanzipationskampf des Proletariats spielten. Diese Differenz macht bereits die besondere historische Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung offenbar, die selbst

in gesellschaftlichen Krisensituationen wie um den Ersten Weltkrieg den Rahmen von ökonomischem Tageskampf und politischer Reformarbeit nur in syndikalistischen Aktionen sprengen konnte.

Die Bildung eines revolutionären Klassenbewußtseins wurde zudem durch eine auf dem Kontinent längst überwundene gewerkschaftliche Zersplitterung in eine Vielfalt von Berufs-, Industrie- und Allgemeinen Gewerkschaften gehemmt, die auf die Anfänge der Trade Unions und ihre vergleichbar ungestörte Entwicklung verweist. Während sich in Frankreich und Italien jeweils drei politische Richtungsgewerkschaften mit christlich-sozialer, sozialdemokratischer und kommunistisch-sozialistischer Orientierung herausgebildet haben und die westdeutschen Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig nach dem Industrieprinzip organisiert worden sind, gibt es in Großbritannien weit über 500 Gewerkschaften unterschiedlicher Größe und politischer Ausrichtung. Das hat zur Folge, daß Veränderungen in der Industriezweigstruktur, Produktionstechnik und den Qualifikationsmerkmalen sowie in der Zusammensetzung, Struktur und regionalen Verteilung der Arbeiterklasse weitaus unmittelbarer die Entwicklung der einzelnen Gewerkschaften bestimmen als in anderen westeuropäischen Ländern. Die strukturelle Zersplitterung hat ebenso eine einheitliche organisatorische und politische Ausrichtung verhindert, wie sie den Reformismus der zentralen Arbeiterorganisationen und den industriellen Syndikalismus einzelner Arbeiterkollektive begünstigte. Daher sollen zunächst einige Momente der historischen Tradition skizziert werden, ehe die von monopolkapitalistischen Interessen bestimmte Integration der Gewerkschaftsbewegung verfolgt wird, die in der sich verschärfenden Krise des britischen Kapitalismus seit den Kämpfen der sechziger Jahre schrittweise sozialistische Positionen entwickelt.

I. Die Entstehung des Reformismus in der britischen Gewerkschaftsbewegung

Seit dem 14. Jahrhundert hatten strikte Koalitionsverbote und Arbeitsstatuten zur Begrenzung des Lohns und Verlängerung des Arbeitstages die von Grund und Boden vertriebene Landbevölkerung für die manufakturkapitalistische Produktionsweise diszipliniert. Die fortschreitende Teilung der Arbeit in der Manufaktur produzierte schließlich die Maschinerie, speziell die Werkzeugmaschine als Ausgangspunkt der Industriellen Revolution, die zunächst ihren Mittelpunkt in der Baumwollindustrie, später dann im Kohlenbergbau, in der Eisenindustrie und dem Transportmittel Eisenbahn hatte. Mit der industriekapitalistischen Umwälzung begann sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts das Lohnarbeitsverhältnis in den Fabriken und Bergwerken der noch schneller als die Metropole London wachsenden Städte Nordenglands wie Manchester, Liverpool, Birmingham und Leeds durchzusetzen, zu dem zwischen 1780 und 1820 die ersten Arbeitergenerationen aus vertriebenen Landarbeitern und Bauern, bankrotten Handwerkern und entlassenen Soldaten, Saison- und Ge-

legenheitsarbeitern, Bettlern, Armen und Gefangenen faktisch gezwungen wurden[1]. Daneben blieben allerdings die vielfältigen Formen abhängiger Arbeit vom formell selbständigen Handwerk bis zur verlagsabhängigen Heimarbeit bestehen.

Die soziale Lage der arbeitenden Klasse verschlechterte sich in dem Maße, wie die beschleunigte Kapitalakkumulation mit der beruflichen Umschichtung und Dequalifizierung im Fabriksystem alle gesetzlichen, traditionellen und moralischen Schranken bei der Ausbeutung der Arbeitskraft fortfegte, was später Engels und Marx detailliert an der schrankenlosen Verlängerung des Arbeitstages und Anwendung von Frauen- und Kinderarbeit, an der gleichzeitig wachsenden Arbeitslosigkeit und den sinkenden Reallöhnen, beides verstärkt durch die unbeschränkte Zufuhr irischer Arbeiter, an dem berüchtigten Truck- und Cottage-System, überhaupt an den Arbeits-, Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungsverhältnissen untersucht haben[2]. Auf das soziale Elend, verstärkte Arbeitsqual, moralische Degradation und den Zusammenbruch der alten auf individueller Autonomie und kommunaler Solidarität beruhenden Lebensformen begann die sich formierende Arbeiterklasse mit kollektivem Widerstand zu reagieren, zu dessen Sammelbecken die gewerkschaftlichen Organisationen wurden.

Schon mit dem weiteren Vordringen der Manufaktur und dem Zerfall der überlieferten Zunftordnung und gesetzlichen Lohnregulierung organisierten sich die Handwerksgesellen, um die hergebrachten Arbeits- und Lebensbedingungen zu schützen[3]. Die im 18. Jahrhundert entstehenden „Friendly Societies" der Buchdrucker, Kutschen- und Schiffbauer, Schneider, Hufschmiede und sonstiger Handwerksberufe mit ihren solidarischen Ausgleichskassen für Krankheit, Alter und Tod entwickelten eine unabhängige, selbstdisziplinierte und kollektive Unterklassenkultur, aus der die Trade Unions hervorgingen. Indem diese die freie Konkurrenz unter den abhängig Arbeitenden einschränkten, hemmten sie deren ungezügelte Ausbeutung durch das entstehende Industriekapital. Dabei wurde der vor allem in Streiks vorangetriebene Kampf der Gewerkschaften gegen die vom Staat gestützten Kapitalisten um die Wahrung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zur Grundlage der sich

1 G. D. H. Cole, Studies in Class Structure, London 1955, S. 31; T. S. Ashton, An Economic History of England: The 18th Century, London 1955, S. 129.

2 Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx/Engels/Werke (MEW), Band 2, Berlin 1972, S. 225 ff.; Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW 23. Vgl. auch Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 23, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832, Berlin 1964. Band 24, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1832 bis 1900, Berlin 1965. Band 25, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1900 bis zur Gegenwart, Berlin 1965.

3 Henry Pelling, A History of British Trade Unionism, Harmondsworth 1971, S. 24.

entfaltenden proletarischen Solidarität, so sehr die arbeitenden Klassen auch nach sozialer Herkunft und sozialem Status, lokaler Zugehörigkeit, Industriezweig, Produktionsform und Betriebsgröße differenziert waren. Dieser historische Konstitutionsprozeß des britischen Industrieproletariats zur bewußt handelnden Klasse ist anhand der Klassenkämpfe vom Luddismus über die erstarkende Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung bis zum Chartismus von Michael Vester[4] auf der Basis der Arbeiten von Cole, Hobsbawn und vor allem Thompson im einzelnen aufgewiesen worden.

1. Zur Niederlage in der owenistisch-chartistischen Kampfperiode

Erst nachdem sich die Produktion auf Grundlage der großen Industrie mit der in Fabriken konzentrierten Lohnarbeit durchgesetzt hatte — deutlich an der ersten zyklischen Überproduktionskrise im Jahre 1825[5] —, zeichnete sich schon vor der Aufhebung des Koalitionsverbotes 1824 eine stärkere gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktivität der städtischen Handwerker und industriellen Facharbeiter mit regionalen Organisationsansätzen ab, die zu einem allgemeinen Aufschwung der Arbeiterbewegung führte. Unter dem Einfluß der zunächst philanthropisch-fabrikreformerischen Ideen Robert Owens kam es in lokalen Arbeiterbildungsvereinen, Genossenschaftsläden und Produzentengenossenschaften sowie in Tauschbasaren und Arbeitsbörsen zu einer weitverzweigten Genossenschaftsbewegung und nach Mißerfolgen bei Tarifauseinandersetzungen zur Gründung überregionaler Gewerkschaften. Dabei verband sich der Kampf um politische Demokratisierung nicht mehr mit den restaurativ-utopischen Vorstellungen einer individualistischen Gesellschaft von Kleineigentümern der naturrechtlichen Sozialkritik von Spence bis Hodgskin[6], sondern mit dem konkreten Ziel einer genossenschaftlich-sozialistischen Transformation der bestehenden Gesellschaft. Während die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Bewegung ihren proletarischen Charakter bewahrte, beruhte die wieder auflebende Wahlrechtsbewegung gegen die herrschende Grundbesitzeroligarchie auf einem Bündnis mit dem ökonomischen Gegner: der aufsteigenden Mittelklasse der Industriestädte. Unter dem Druck der anwachsenden vorrevolutionären Massenbewegung wurde die industrielle Mittelklasse mit der Erweiterung des Wahlrechts in die Klassenkoalition aus Boden- und Handelskapital integriert, der arbeitenden Klasse das Stimmrecht aber faktisch verweigert. Damit waren zugleich die Klassenfronten geklärt und mit der ideologisch-politischen Trennung von der Bourgeoisie die Arbeiterklasse als eigenständiges historisches Subjekt im nationalen Maßstab konstituiert.

4 Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792—1848, Frankfurt/M. 1970.

5 Kuczynski, Band 23, S. 9.

6 Eine knappe Einordnung gibt Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1970, S. 23 ff.

Nach der Niederlage im Kampf um das allgemeine Männerwahlrecht machte der militante Jakobinismus einem ebenso militanten Owenismus der großen Gewerkschaftsverbände Platz, in denen direkte industrielle Massenaktionen wie der von W. Benbow propagierte einmonatige Generalstreik („Grand National Holiday") zur Veränderung der Gesellschaft befürwortet wurden. Dabei sollten Industriegewerkschaften wie die 1832 gegründete Operative Builder's Union oder Einheitsverbände wie die von Owen 1833 initiierte Grand National Consolidated Trades Union in selbstverwalteten Arbeitergilden und Produktionsgenossenschaften der kapitalistischen Industrie nach und nach die Arbeitskräfte entziehen. Als diese Gewerkschaftsverbände am entschlossenen Widerstand der Unternehmer (in Aussperrungen), der bürgerlichen Öffentlichkeit (in Pressekampagnen) und des Staatsapparates (in Justizexempeln: Märtyrer von Tolpuddle) zerbrachen, mußten die Arbeiter die Schranken einer vorwiegend syndikalistischen Orientierung erkennen. So kehrten die nordenglischen Industrie- und Heimarbeiter nach der Revision der Armengesetze 1834 in einer Periode der Massenarbeitslosigkeit unter der publizistischen Führung von Feargus O'Connors „Northern Star" ebenso wie die Londoner Arbeiterintelligenz und die Wahlrechtsvereinigung von Birmingham zu politischen Kampfmitteln zurück, um auf gesetzlichem Wege die erforderlichen Sozialreformen durchzusetzen. Die Lösung der sozialen Frage durch ein Arbeiterparlament stand letztlich hinter der chartistischen Wahlrechtsagitation, deren unmittelbare Ziele in den sechs Forderungen der „People's Charter" (1838) zusammengefaßt wurden: allgemeines Wahlrecht für Männer, geheime Abstimmung, jährliche Legislaturperioden, gleiche Wahlkreise, Abschaffung des Besitzzensus für Kandidaten, Diäten für Parlamentsmitglieder.

In der chartistischen Wahlrechtsagitation kulminierte die Anfangsperiode der britischen Arbeiterbewegung, die in den verschiedenen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationsformen, in den Massenversammlungen und Wahlrechtsvereinen wie in ihren Zeitungen und Bildungsinstitutionen ein breites, wenn auch ständig bedrohtes Kommunikationssystem aufbaute. Abgesehen von der städtischen Arbeiterintelligenz vor allem in London gelang es in den verschiedenen Aktionsformen wie Petitionen, Massendemonstrationen und Generalstreikversuchen jedoch nicht, eine stabil organisierte und ideologisch gefestigte Klassenbewegung zu entwickeln — ein Problem der britischen Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag. Während die syndikalistisch geprägten Massenorganisationen der frühen 30er Jahre keine politische Perspektive eröffneten, fehlte den chartistischen Bewegungen in den von der Massenarbeitslosigkeit geschwächten und sich zurückhaltenden Gewerkschaften die notwendige organisatorische Basis. Das trug dazu bei, daß sich keine politisch-ökonomischen Massenaktionen entwickeln konnten, wie sie für die russische Revolutionsperiode von 1905 typisch waren. Da nach dem Verfall der syndikalistischen und chartistischen Massenbewegungen allein die unpolitischen und partikularistischen Berufs-

verbände der gelernten Arbeiter und Handwerker als organisatorische Basis der Arbeiterbewegung übriggeblieben waren, mußte das gerade in den Kämpfen erworbene Klassenbewußtsein ohne Vermittlung einer politischen Arbeiterorganisation wieder zerfallen. Daß die zudem nach einer Niederlage unvermeidliche politische Apathie sich aber über mehrere Jahrzehnte erstreckte, wurde im wesentlichen durch zwei Faktoren begünstigt: die historisch-politische Tradition parlamentarischer Konfliktregulierung und das lange Zeit unangefochtene Weltmarktmonopol als Angelpunkt des britischen Gesellschaftssystems.

Das frühe Bündnis zwischen kommerzialisiertem Grundbesitz und städtischem Handelskapital gegen die Krone verhinderte in der bürgerlichen Revolution des 17. Jahrhunderts die Entstehung einer zentralistischen Bürokratie und eines mächtigen Landheeres. Statt eines starken absolutistischen Staatsapparates begann sich ein parlamentarisches System mit bürgerlichen Parteien und individuellen Freiheitsrechten (Habeas-Corpus-Akte 1679, Declaration of Rights 1689, usw.) zu entwickeln, in dem die grundbesitzende Oberklasse faktisch ihre auf die Vernichtung der Bauernschaft hinauslaufenden Interessen auf dem Wege legaler Gewaltsamkeit durchsetzte[7]. Dabei stellte das Parlament einen flexiblen institutionellen Mechanismus zur relativ friedlichen Austragung von Interessenkonflikten zwischen der kapitalisierten Feudalaristokratie und der Handelsbourgeoisie dar, in den mit der Wahlrechtsreform von 1832 die Industriebourgeoisie eingegliedert werden mußte, die von nun an mit den vorwiegend liberalen Mehrheiten im Parlament ihre ökonomischen Ziele auf dem Arbeits-, Waren- und Kapitalmarkt vor allem durch Reduzierung der Armenfürsorge, Kornimportzölle und Krediterleichterungen durchsetzte. Während mit der industriellen Prosperität nach 1848 in Kontinentaleuropa die Reaktion wieder erstarkte, konnte die britische Mittelklasse auf der Grundlage ihres sich entfaltenden Weltmarktmonopols[8] trotz voll entwickeltem Klassengegensatz wohldosierte soziale und politische Zugeständnisse wie langsam steigende Reallöhne, rechtliche Anerkennung der Gewerkschaften und Wahlrechtsreformen machen.

Die Konzessionsbereitschaft der Bourgeoisie begünstigte eine reformistische Arbeiterpolitik, die sich auf die in Berufsverbänden zusammenschließenden gelernten Arbeiter wie die Maschinenschlos-

7 Vgl. hierzu Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt/M. 1969, S. 21 ff.

8 Das britische Industrie-, Handels- und Kolonialmonopol konnte sich bei dem industriellen Entwicklungsvorsprung gerade auf der Grundlage freier Konkurrenz entfalten. So produzierte die „Werkstatt der Welt" zwischen 1850 und 1870 ebenso viel Roheisen und Kohle wie der Rest der Welt, der Anteil am Außenhandel lag bei 21—22 % und an der Welthandelsflotte 1870 bei 36 %. Die Industrialisierung war insofern abgeschlossen, als der Prozentsatz der Beschäftigten in der Fabrikindustrie („manufacturing") Mitte des 19. Jahrhunderts bereits abzunehmen begann. Kuczynski, Band 24, S. 112.

ser, Bauarbeiter und Zimmerleute stützte, aus denen sich einst die Avantgarde des Proletariats rekrutiert hatte und im Ersten Weltkrieg wieder rekrutieren sollte. Jetzt profitierte diese arbeiteraristokratische Schicht von der traditionell gefestigten Verhandlungsposition ihrer Fachverbände, die sich mit der steigenden Nachfrage nach gelernten Eisen- und Stahlarbeitern, Maschinenbau- und Schiffbauarbeitern in den dynamisch wachsenden Metallindustrien noch verstärkt hatte. Daher konnten die neuen Trade Unions in ihrer Funktion als mitbestimmender Faktor bei Lohnregelungen, wie Engels ausgeführt hat[9], mindestens das Lohngesetz durchsetzen, d. h. den vollen Wert ihrer Arbeitskraft erzwingen, während die große Masse der ungelernten und unorganisierten Arbeiter am Rande des Existenzminimums in sozialem Elend lebte. Zum Modell der exklusiven Facharbeitervereinigungen wurde die auf die Old Mechanics von 1826 zurückgehende Amalgamated Society of Engineers (1851), nach deren Vorbild sich die Arbeiter in den bestbezahlten Berufen wie die Drucker und Schriftsetzer, Tischler und Bauhandwerker und mit einem gewissen Abstand in der Lohnskala die Spinner und Weber, Schuhmacher und Schneider organisierten[10].

Die neuen Modellgewerkschaften entwickelten in zahlreichen Streiks um Lohnforderungen, den neunstündigen Arbeitstag und gewerkschaftliche Anerkennung einen streitbaren Ökonomismus, dem in den 60er Jahren eine begrenzte internationale Solidarität entsprach. Während sie an Massendemonstrationen für den Norden im amerikanischen Bürgerkrieg und für die nationalen Befreiungsbewegungen der Italiener und Polen teilnahmen, mochten sich die noch um parlamentarische Anerkennung ringenden Gewerkschaftsführer nicht mit der Pariser Kommune und ihrer revolutionären Zertrümmerung der Staatsgewalt identifizieren. Um die rechtliche Emanzipation der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft voranzutreiben, waren als allgemeinere Gewerkschaftsorganisationen der nach dem Bauarbeiterstreik von 1860 gegründete „London Trades Council" und der 1868 im Zusammenhang der Untersuchungen einer Königlichen Kommission über Gewerkschaftsaktivitäten von den Gewerkschaftsräten in Salford und Manchester einberufene „Trades Union Congress" (T. U. C.) entstanden, der künftig in allen die Arbeiterklasse betreffenden parlamentarischen Fragen tätig werden sollte. Die reformistische Politik der Gewerkschaften fand sich durch die ökonomischen, rechtlichen und politischen Erfolge bestätigt, die sie verständlicherweise weniger dem Manövrierspielraum des konkurrenzlos prosperierenden britischen Kapitalismus als vielmehr ihrer eigenen Respektabilität zuschrieben[11].

9 Die Trade Unions, in: MEW 19, S. 254 ff.

10 Vgl. allgemein Sidney und Beatrice Webb, History of Trade Unionism, London 1920.

11 Wie tief diese Respektabilität auch einem revolutionären Kämpfer wie Tom Mann in Fleisch und Blut übergegangen war, davon berichtet Engels in einem Brief vom 7. Dezember 1889 an Sorge. MEW 37, S. 320 f.

Mit den steigenden Reallöhnen und der verkürzten Arbeitszeit der Fabrikarbeiter insbesondere in der Textilindustrie, der Metallindustrie und im Baugewerbe waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert worden. Der „Employers and Workmen Act" von 1875 brachte die rechtliche Gleichheit im Arbeitsverhältnis. Die Tätigkeit der Gewerkschaften selbst wurde im „Trade Union Act" von 1871 zwar legalisiert, zugleich jedoch in den strafrechtlichen Bestimmungen des „Criminal Law Amendment Act" das Streikrecht eingeschränkt, das erst im „Conspiracy and Protection of Property Act" von 1875 endgültig zugestanden wurde[12]. Der gesetzlichen Anerkennung der Gewerkschaften war die Wahlrechtsreform Disraelis 1867 vorausgegangen, der später die Wahlrechtsreform Gladstones 1884 folgte, ohne daß die nun weitgehend stimmberechtigte Arbeiterklasse um die direkte Vertretung ihrer Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften kämpfte. Zu dem insgesamt unpolitischen Verhalten mochte auch die von der „Rochdale Pioneers Society" (1844) ausgehende Konsumgenossenschaftsbewegung beigetragen haben, in der zwar Tausende von Arbeitern ihre organisatorischen Fähigkeiten entfalteten, aber unter den damaligen Rahmenbedingungen vom Feld des Klassenkampfes abgelenkt wurden[13].

Der Verzicht der britischen Arbeiterklasse auf den politischen Kampf um eine sozialistische Transformation resultierte also aus historischen Konstellationen des Klassenkampfes, die von der im sozialen Sinne zwar erstarkenden Arbeiterbewegung aber auf der Grundlage des Industrie-, Handels- und Kolonialmonopols des sich herausbildenden britischen Imperialismus — weder organisatorisch noch politisch — überwunden werden konnten: einmal die Tradition der parlamentarischen Konfliktregulierung durch die herrschenden Klassen, zum anderen die mit der Niederlage des Chartismus fortbestehende Zersplitterung der Arbeiterklasse in den Berufsgewerkschaften der gelernten Arbeiter[14]. Damit war faktisch der Grundstein für jenen die britische Arbeiterbewegung charakterisierenden Reformismus gelegt, der auch die Entwicklung der folgenden Klassenkämpfe mitbestimmen sollte.

2. *Die Gründung der Labour Party als parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften*

Schon Ende der 50er Jahre hatte Engels für die bürgerlichste aller Nationen konstatiert, daß sie neben der Bourgeoisie eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat zu besitzen scheine, das auch Anfang der 80er Jahre auf politischer Ebene ein bloßes Anhäng-

12 Vgl. N. A. Citrine, Trade Union Law, London 1960; Kurt M. Walter, Die Emanzipation der Arbeiterschaft in Großbritannien. Eine Untersuchung ihrer arbeits- und wahlrechtlichen Aspekte bis zum Ausgang des Ersten Weltkrieges, Inaugural-Dissertation Köln 1965.

13 A. L. Morton, G. Tate, Die britische Arbeiterbewegung 1770—1920, Berlin 1960, S. 116 f.

14 Vgl. zum ökonomischen Aspekt: Lenin, Werke 23, S. 102 ff.

sel der liberalen Partei war. Wenn diese politische Apathie davon abhing, daß die britischen Arbeiter vom Weltmarkt- und Kolonialmonopol mitzehrten, dann konnte es tatsächlich erst mit dem Verlust des Industriemonopols in England wieder erfolgreiche sozialistische Bestrebungen geben[15]. Als die britische Industrieproduktion 1880 bereits von der amerikanischen und kurz nach 1900 von der deutschen eingeholt wurde, vollzog sich folgerichtig der Übergang von der Freihandels- zur Schutzzollpolitik unter Joseph Chamberlain als Reorganisator des britischen Liberalismus, der mittlerweile zu einer ungezügelten kolonialen Expansion und beschleunigter Flottenaufrüstung übergegangen war. Der imperialistischen Machtpolitik entsprach eine in die Arbeiterklasse hineingetragene sozialimperialistische Ideologie, mit der die wieder ins öffentliche Bewußtsein gedrungene soziale Frage gelöst werden sollte[16]. Denn die Große Depression der 70er und 80er Jahre hatte nicht nur für die Masse der unorganisierten Arbeiter wie z. B. den Land-, Hafen- und Gasarbeitern steigende Existenzunsicherheit gebracht, sondern in den Krisenjahren 1879 und 1886 auch mehr als 13 % der gelernten Arbeiter in der Metallindustrie arbeitslos gemacht. So stellte Charles Booth in seiner Studie „Life and Labour of the People in London" fest, daß bis zu einem Drittel der Londoner Bevölkerung in sozialem Elend lebte, was Seebohm Rowntree in seiner Analyse von York bestätigte.

Damit waren die Bedingungen für eine Erneuerung der britischen Gewerkschaftsbewegung herangereift, die in dem 1887 wieder einsetzenden Aufschwung unter dem Einfluß der neu entstandenen sozialistischen Organisationsansätze und verschärfter Repressionsmaßnahmen der Regierung eine klassenkämpferische Aktivität entfaltete. Nach den Massendemonstrationen der Arbeitslosen 1886 und 1887 und nach dem erfolgreichen Streik der Arbeiterinnen einer Londoner Streichholzfabrik kam es im verarmten Londoner East End zum wachsenden Widerstand der Gasarbeiter und vor allem der Dockarbeiter gegen ihre katastrophalen Arbeitsbedingungen. Von dem erfolgreichen Massenstreik der Hafenarbeiter ging der „New Unionism" der ungelernten Arbeiter aus, von denen sich in den folgenden Jahren etwa 200 000 in den Häfen und Gaswerken, in Schifffahrt, Eisenbahnindustrie und Bergbau organisierten[17]. Die neuen Trade Unions der ungelernten Arbeiter hatten mit ihrer Öffnung für alle Arbeitergruppen, ihrer offensiven Streikführung und sozialistischen Einfärbung die von Gladstones Liberalismus durchdrungenen Gewerkschaften wieder in Bewegung gebracht, deren Mitgliederzahl sich ebenso wie die lokalen Gewerkschaftsräte im folgenden Jahre verdoppelte. Dazu trugen wesentlich die vom praktischen Beispiel der deutschen Sozialdemokratie und theoretisch von Marx und Engels beeinflußten sozialistischen Gruppierungen bei wie die Anfang der

15 MEW 29, S. 358; MEW 35, S. 357; MEW 21, S. 191 ff.
16 Lenin, Werke 22, S. 261; Kuczynski, Band 25, S. 15 ff.
17 H. A. Clegg, Alan Fox, A. F. Thompson, A History of British Trade Unions Since 1889, Oxford 1964, S. 155 ff.

80er Jahre entstandene Social Democratic Federation (S.D.F.), die von ihr abgespaltene Socialist League und der Intellektuellenzirkel der Fabian Society, denen die führenden Mitglieder des New Unionismus selbst angehörten oder nahestanden[18]. Unter ihrem organisatorischen und agitatorischen Einfluß wurde die schon 1886 begonnene Kampagne für die gesetzliche Einführung des Achtstundentages vorangetrieben.

In der Losung des Achtstundentages waren die gemeinsamen Interessen des Proletariats zusammengefaßt, politische Aktionen vorbereitet und die internationale Solidarität mit der 1889 in Paris gegründeten II. Internationale eingeleitet worden — eine Mobilisierung der Gewerkschaftsbewegung, die in der Maidemonstration 1890 von etwa 300 000 Arbeitern in London für den gesetzlichen Achtstundentag gipfelte. In der Annahme von Resolutionen zur Vergesellschaftung der Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsmittel auf den folgenden Gewerkschaftskongressen schlug sich der wachsende sozialistische Einfluß nieder, der allerdings durch die Wahlniederlage der von Keir Hardie gegründeten Independent Labour Party (I. L. P.) eingeschränkt wurde, zumal in den folgenden Jahren die zwischen den Konservativen und Liberalen schwankenden Gewerkschaften der Baumwollarbeiter und der Bergarbeiter auf dem T. U. C. dominierten. Dadurch wurde eine unabhängige Arbeitervertretung im Parlament verhindert, die erst Ende der 90er Jahre von der Mehrheit der Gewerkschaften, dank der unermüdlichen Agitation der I. L. P. ins Auge gefaßt wurde.

Der Hintergrund für den organisatorischen Erfolg des 1900 von einigen Gewerkschaften und den sozialistischen Gruppen I.L.P., S.D.F. und Fabian Society gegründeten Labour Representation Committee (L.R.C.) lag an der verstärkt einsetzenden Gegenoffensive der sich selbst organisierenden Unternehmer, der damit einhergehenden Aushöhlung der rechtlichen Stellung der Gewerkschaften in verschiedenen Gerichtsurteilen („Lyon v. Wilkins", „Taff-Vale-Entscheidung") und dem imperialistischen Krieg gegen die südafrikanische Burenrepublik. So begannen sich zahlreiche Gewerkschaften dem L.R.C. anzuschließen, das mit 29 gewählten Kandidaten bei der Unterhauswahl 1905 eine eigene Unterhausfraktion, die Parliamentary Labour Party, bildete, während noch immer 25 Arbeitervertreter als „Lib-Lab"-Gruppe dem linken Flügel der liberalen Partei angehörten. Als mit dem überragenden Wahlsieg der Liberalen die rechtliche Stellung der Gewerkschaften im „Trades Disputes Act" von 1906 wiederhergestellt worden war, hatte der T.U.C. sein unmittelbares parlamentarisches Ziel erreicht, auch wenn um weitere soziale Reformen gerungen wurde wie: den Achtstundentag im Bergbau und Verkürzung des gesetzlichen Arbeitstages in allen Industrie-

18 Zur Entwicklung der sozialistischen Gruppierungen liegen zwei detaillierte Studien vor: Henry Pelling, The Origins of the Labour Party 1880—1900, Oxford 1965; Siegfried Bünger, Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung von 1881—1895, Berlin 1962.

zweigen, Altersrenten, Arbeitslosengeld, Sozialversicherung, Verbesserung der Armengesetze und der Wohnungsbedingungen für die arbeitende Klasse[19].

Als organisatorische Plattform der Gewerkschaften stellte die Labour Party nur einen ersten Schritt der proletarischen Organisationen Englands zur bewußten Klassenpolitik und sozialistischen Arbeiterpartei dar, wie Lenin präzise ihre politischen Schranken auf der Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros aufzeigte[20]. Denn Keir Hardies zum Teil aus Finanzierungsgründen motivierter Kampf um den Eintritt der Gewerkschaften in das L.R.C. entsprach einmal der spezifischen von den Trade Unions geprägten Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung, die sich auf politischer Ebene jahrzehntelang allenfalls um die Beeinflussung einzelner konservativer Abgeordneter und der liberalen Partei kümmerte. Zum anderen bedeutete die gewerkschaftliche Dominanz von Anfang an den Verzicht auf eine explizite sozialistische Zielsetzung und auf die Anerkennung des Klassenkampfes, wie es von der doktrinären S.D.F. vergeblich gefordert wurde. Diese verfiel darauf immer wieder in sektiererische Positionen mit den zwangsläufig folgenden Spaltungen in die kleinere Socialist Labour Party und die 1911 gebildete British Socialist Party (B.S.P.) als Vorläuferin der Kommunistischen Partei. Dadurch geriet aber die strikt konstitutionalistische I.L.P. unter den ideologischen Einfluß zunächst der reformistischen Fabier und dann mit der Bekennung zum Freihandel auch der Liberalen. Mit der gegenseitigen Neutralisierung der sozialistischen Parteien wurde in der entstehenden Labour Party angesichts der verschiedenen gewerkschaftlichen Strömungen einem prinzipienlosen Opportunismus der Weg geebnet. Da die erkämpften Reformen wie die Demokratisierung des Wahlrechts, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Sicherung der Lage der Arbeiter bei Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit nicht mit einem proletarischen Klasseninhalt gefüllt wurden, mußte die soziale Reformpolitik unter Lloyd George vor dem Ersten Weltkrieg mit den lukrativen Stellungen für etwa 4000—5000 Gewerkschaftsfunktionären in der staatlichen Bürokratie wie der Sozialversicherung, den Arbeitsämtern und den institutionellen Lohnausschüssen in den Trade Boards integrierend wirken[21]. Es verwundert nicht, daß sich unter diesen Rahmenbedingungen die bürokratisierenden Tendenzen in den Arbeiterorganisationen selbst verstärkten — in den Gewerkschaftsapparaten und Konsumgenossenschaften, in der parlamentarischen Vertretung und auf dem Gewerkschaftskongreß.

19 B. C. Roberts, The Trades Union Congress 1868—1921, London 1958, S. 200 f.

20 Lenin, Werke 15, S. 230 f.

21 Allen Hutt, British Trade Unionism, London 1962, S. 55 f.; vgl. zur Analyse der deutschen Sozialdemokratie u. a. Georg Fülberth, Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument 63, S. 1 ff.

Wie weit die soziale, ideologische und politische Anpassung der Gewerkschaftsführungen und ihres politischen Apparates in das bürgerliche Gesellschaftssystem bereits vorangeschritten war, kam bei der Zustimmung zur imperialistischen Kriegspolitik der Regierung ans Tageslicht. Das parlamentarische Komitee des T.U.C. und die Labour Party stimmten kurz nach Kriegsausbruch einer allgemeinen Rekrutierungskampagne zu, um das freie und unabhängige demokratische Regierungssystem zu retten, wie es in einem Aufruf an alle Gewerkschafter hieß. Nachdem die Gewerkschaften in einer Vereinbarung mit dem Schatzkanzler im Sinne loyaler Zusammenarbeit das Streikrecht zugunsten von Schiedssprüchen und die erkämpften Arbeitspraktiken zur Erhöhung des Produktionsausstoßes freiwillig aufgegeben hatten, führte die Regierung durch die „Munitions of War Acts" (1915—17) in den kriegswichtigen Industrien den Arbeitszwang ein. Ohne erkennbaren Widerstand des T.U.C. oder der an der Regierung beteiligten Labour Party wurden die britischen Arbeiterorganisationen zu einem unerläßlichen „Teil der sozialen Maschinerie des Staates"[22].

3. *Die industriellen Massenaktionen vor dem Ersten Weltkrieg und die Entwicklung bis zum Generalstreik 1926*

Der mit der Burgfriedenspolitik auf die Spitze getriebene Widerspruch zwischen der britischen Arbeiterklasse und ihren in das imperialistische System eingefügten Organisationen hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg den syndikalistischen Charakter der „Labourunrest" zwischen 1910 und 1914 bestimmt, die von den steigenden Lebenshaltungskosten und den damit gegenüber den 90er Jahren beträchtlich sinkenden Reallöhnen hervorgerufen wurde. Unter dem Einfluß neuerer sozialistischer Strömungen wie der Industrial Workers of the World, der Socialist Labour Party, der Marxist Labour College Movement und des Syndikalismus begann die Streikaktivität an Härte und Dauer bei den irischen Dockarbeitern, den Schiff- und Maschinenbauern an der Nordostküste und vor allem bei den Eisenbahnern und Baumwollarbeitern zuzunehmen, ehe sie in den sich gegenseitig verstärkenden Massenstreiks der Transport-, Eisenbahn- und Bergarbeiter vorrevolutionäre Ausmaße annahm. Als die Grubenbesitzer die Forderung der Bergarbeiter nach einem Minimallohn ablehnten, entstand der erste nationale, sechs Wochen dauernde Streik von einer Million Bergarbeiter im März 1912, mit dem Lenin eine neue Epoche der britischen Arbeiterbewegung anbrechen sah. Denn in den Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Organen des Staates wie Polizei, Regierung und Parlament bekamen die spektakulären Massenaktionen eine politische Qualität, die sich im folgenden Jahr wiederum in einer nahezu verdoppelten Zahl kleinerer Streiks in sämtlichen Industriezweigen, insbesondere im Baugewerbe, Schiffs- und Maschinenbau sowie in der Textilindustrie, umsetzte. Der anwachsende „Geist der Revolte" brachte eine Organisations-

22 Webb, S. 635.

welle mit sich, in deren Verlauf die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von 2,5 auf 4 Millionen stieg. Zugleich deutete sich mit dem Widerstand der Konservativen, des protestantischen Ulster, des Oberhauses und der Armee gegen das „Home-Rule-Gesetz" eine dem Bürgerkrieg nahe Krise innerhalb der herrschenden Klasse an, die vor der eigenen Spaltung und der mobilisierten Arbeiterklasse nur durch den Ersten Weltkrieg gerettet wurde. Die Konzentration der zentrifugalen Kräfte auf den imperialistischen Krieg gelang nur deshalb so bruchlos, weil in der schon zur Tradition gewordenen Spannung zwischen parlamentarischem Reformismus und militantem Syndikalismus der strukturell zersplitterten Gewerkschaftsbewegung noch immer keine revolutionäre Massenpartei entstanden war.

Der historische Rückblick zeigt, daß die von einem klassenkämpferischen Owenismus geprägten syndikalistischen Massenaktionen unmittelbar auf die für die Arbeiterklasse enttäuschende bürgerliche Wahlrechtsreform von 1832 folgten. Ebenso setzte die vom französischen Syndikalismus der direkten Aktion und vom amerikanischen Industrieunionismus beeinflußte syndikalistische Kritik am politischen Reformismus der Gewerkschaften an. Daher wurde die Trennung von parlamentarischem und industriellem Mandat und die Kontrolle der parlamentarischen Arbeit von den südwalisischen Bergarbeitern in ihrer programmatischen Schrift „The Miners' Next Step" gefordert, Verstaatlichungen innerhalb des kapitalistischen Systems aber wegen ihrer stabilisierenden Funktion abgelehnt[23]. Statt dessen sollte der antikapitalistische Kampf in direkten Aktionen im unmittelbaren Produktionsbereich und die gesellschaftliche Neuordnung durch das industriegewerkschaftliche Organisationsprinzip vorangetrieben werden. Dabei war es unerläßlich, die große Masse der nicht gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter zu organisieren, die organisatorische Zersplitterung in 1100 verschiedene Gewerkschaften zu Beginn des Jahrhunderts und die strukturelle Kluft zwischen Facharbeitergewerkschaften der gelernten Arbeiter und den Massengewerkschaften der ungelernten Arbeiter zu überwinden. Denn der gewerkschaftliche Partikularismus hemmte ebenso einheitliche Klassenaktionen, wie er den politischen Reformismus und einen entsprechenden „Sozialismus aller Schattierungen" (Engels) begünstigte, bei dem allerdings wie in der gildensozialistischen Strategie die Frage der Eroberung der politischen Macht im Grunde ausgespart blieb — das grundsätzliche Dilemma der Shop-Stewards-Bewegung im Ersten Weltkrieg.

Die in der Massenstreikperiode vor dem Ersten Weltkrieg vor allem von James Connolly und Tom Mann popularisierten gildensozialistischen, industrieunionistischen und vor allem syndikalistischen Strömungen sollten mit ihrer Akzentuierung demokratischer

23 The Miners' Next Step, in: Industrial Democracy in Great Britain, hrsgg. von Ken Coates und Anthony Topham, London 1968, S. 14 ff.; Rudolf Kuda, Arbeiterkontrolle in Großbritannien. Theorie und Praxis, Frankfurt/M. 1970.

Basisaktivität und gewerkschaftlicher Aktionseinheit im Ersten Weltkrieg eine unmittelbar aktuelle Relevanz gewinnen — aus zwei verschiedenen Gründen: einmal durch den Einbau der Gewerkschaftsapparate in die Kriegsmaschinerie, zum anderen durch die mit der Rüstungsproduktion beschleunigte Veränderungen der Produktionsbedingungen. Die schon vor Kriegsausbruch forcierte Aufrüstung hatte mit dem folgenden Mechanisierungsschub eine Krise der beruflichen Klassifizierungssysteme ausgelöst, der die lokal organisierten Berufsgewerkschaften bei der raschen Ersetzung gelernter Arbeiter durch angelernte („dilution") nicht gewachsen waren[24]. Da die Gewerkschaften zudem handlungsunfähig waren — abgesehen von der Bergarbeitergewerkschaft (M.F.G.B.), insbesondere ihrer südwalisischen Sektion, die im Juli 1915 erfolgreiche Streiks durchführte —, entwickelten sich aus den schon um 1890 entstandenen Werkstattausschüssen radikal-demokratische Arbeiterkomitees nach dem Vorbild des „Clyde Workers' Committee" von 1915, in dem alle Betriebe dieser Region durch ihre Vertreter, die Shop Stewards, repräsentiert waren.

Die betrieblichen Shop Stewards' Committees and Workers' Committees mit ihren überregionalen Organisationsansätzen und ihren eigenen Publikationsorganen kämpften kurzfristig um die verlorengegangenen Kontrollrechte über die unmittelbaren Produktionsbedingungen und gegen die steigenden Lebenshaltungskosten, konnten aber die langfristig revolutionäre Zielsetzung der Zerstörung des Lohnsystems und der Errichtung der industriellen Demokratie schon aus organisatorischen Gründen nicht einlösen. Aus der Enttäuschung über den politischen Reformismus der Arbeiterorganisationen lehnten die Shop Stewards eine politische Führung schlechthin ab. Statt in der entstehenden Massenbewegung den allgemeinen gesellschaftlichen Klassenkampf zu vertiefen, reduzierten sie diesen auf spontane ökonomische Aktionen, in denen die überregionalen Komitees bereits nach ihrem Organisationsstatut nur administrative Aufgaben wahrnehmen durften. Während die Massen auf die Initiative der Führer warteten, warteten die Führer auf die Bewegung der Massen, die sich ohne politische Exekutive zwangsläufig zersplittern mußte[25].

Die strikte Orientierung in allen politischen Fragen auf die gewerkschaftliche Basis wurde unter dem Eindruck der Sowjets im russischen Revolutionsprozeß zunächst noch verstärkt, der auf die gesamte britische Arbeiterklasse mobilisierend wirkte. Dies offenbarte sich auf der von 1150 Delegierten besuchten Arbeiterkonferenz von Leeds im Juni 1917, die zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten aufrief, den revolutionären Kampf gegen den Krieg propa-

24 Branco Pribićević, The Shop Stewards' Movement and Workers' Control 1910—1922, Oxford 1959, S. 35. Auf analoge Strukturzüge zur deutschen Rätebewegung verweist Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, S. 310 ff.

25 Walter Kendall, The Revolutionary Movement in Britain 1900—21, London 1971, S. 142—69.

gierte und sich als Teil der internationalen Bewegung für die Befreiung der arbeitenden Klasse von allen Formen der Ausbeutung verstand. Die historische Erfahrung der britischen Arbeiterbewegung und das praktische Beispiel der Bolschewiki in der Oktoberrevolution machten zwar die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei deutlich, doch konnte der Widerstand der militanten Shop Stewards gegen den Anschluß an die aus sozialistischen Sekten und der B.S.P. als Nachfolgerin der S.D.F. hervorgegangenen Kommunistischen Partei (C.P.G.B.) erst auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale überwunden werden, auf dem sich Lenin ausführlich wie schon im „Linken Radikalismus" mit der britischen Situation beschäftigte[26]. Dort wurde zugleich gegen den Widerstand der britischen Vertreter der Anschluß an die Labour Party propagiert, da diese im Unterschied zu den kontinentalen „bürgerlichen Arbeiterparteien" nur eine organisatorische Plattform der Gewerkschaften als den entscheidenden Massenorganisationen der britischen Arbeiterklasse darstellte und mit ihrer lockeren Struktur eigenständige Fraktionen und volle Freiheit der Kritik ermöglichte. Führte die revolutionäre Taktik auf dem Kontinent zur Spaltung der revisionistischen Arbeiterparteien, so machten die besonderen britischen Bedingungen umgekehrt den Eintritt in die Labour Party erforderlich, der allerdings trotz Unterstützung des Glasgower und Londoner Gewerkschaftsrates wie der Miners' Federation von den Gewerkschaftszentralen und der Labour Party verhindert wurde.

Unter dem Druck der gegen Ende des Krieges anwachsenden Massenbewegung hatte der T.U.C. 1918 mit den Blockstimmen der Bergleute, Eisenbahner und Maschinenbauer für einen Verhandlungsfrieden votiert und die Labour Party unmittelbar nach dem Waffenstillstand die Koalitionsregierung verlassen. Die Labour Party hatte schon Anfang 1918 ein maßgeblich von S. Webb entworfenes Programm unter dem Titel „Labour and the New Social Order" angenommen, in dem zum erstenmal eine evolutionäre Transformation „auf der Basis des allgemeinen Eigentums an den Mitteln von Produktion, Verteilung und Austausch" verlangt wurde[27]. In den Nationalisierungsforderungen zeichnete sich eine Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen ab, die in den nach Kriegsende folgenden Unterhauswahlen zu beträchtlichen Stimmengewinnen der Labour Party führten. Der sich bei den folgenden Wahlen fortsetzende Stimmenzuwachs der Labour Party spiegelte indirekt die steigende Mitgliederzahl in den Gewerkschaften — von über 4 Millionen 1914 auf 6,5 Millionen 1918 und fast 8,5 Millionen im Jahre 1920. Diese organisatorische Festigung erlangte mit dem mittlerweile konsolidierten Dreierbund der Bergarbeiter-, Transportarbeiter- und Eisenbahnergewerkschaften eine politische Qualität, die in den Klassenkämpfen der folgenden Jahre 1919—1921 zu einer revolutionären Gärung führte.

26 Lenin, Werke 31, S. 63—76, S. 246—52.

27 G. D. H. Cole, A History of the Labour Party from 1914, London 1948.

Trotz zahlreicher Ablenkungsmanöver wie die Einberufung einer Nationalen Industriekonferenz der Unternehmerverbände und Gewerkschaften mußte die herrschende Klasse durch die in Bewegung geratene Arbeiterklasse eine Reihe von Niederlagen hinnehmen: in regionalen Streiks der Bergarbeiter, im Textilarbeiterstreik von Lancashire um die 48-Stundenwoche und eine 30 %ige Lohnerhöhung und vor allem im Eisenbahnerstreik, vor dessen Niederschlagung durch Streikbrecherorganisationen und militärische Provokationen die Regierung angesichts der zunehmenden Unterstützung in der Arbeiterklasse zurückschreckte. In den im Jahre 1919 auf 35 Millionen Streiktage anwachsenden Massenaktionen wirkte als politisierendes Ferment der sich verstärkende Widerstand der Arbeiter, Matrosen und Soldaten gegen den brutalen Kolonialkrieg der britischen Truppen und Terrorbanden („Black and Tans") gegen die irische Republik, die von der britischen Arbeiterklasse ebenso unterstützt wurde wie der von den militärischen Interventionen des britischen Imperialismus bedrohte Sowjetstaat. In Massendemonstrationen, Versammlungen und Aktionsausschüssen organisierte sich von 1918—1920 eine breite Protestbewegung, zu derem Symbol die Weigerung der Londoner Dockarbeiter wurde, die „Jolly George" mit Waffen für Polen zu beladen. Als das Kabinett Lloyd George-Churchill die Sowjetunion mit einem Ultimatum zum Abbruch der Offensive der Roten Armee gegen Polen zwingen wollte, bereiteten die Arbeiterorganisationen unter der Führung eines zentralen Aktionsrates den Generalstreik vor, der den offenen Kriegsausbruch verhinderte[28]. Die britische Arbeiterklasse hatte in der sich gerade bildenden Kommunistischen Partei, den überall gegen die militärische Intervention entstehenden Aktionsausschüssen, der enorm gewachsenen Gewerkschaftsbewegung mit einer Serie von Zusammenschlüssen, dem Dreierbund und dem 1921 geschaffenen Generalrat des T.U.C. als koordinierendes Organ sowie der regierungsfähigen Labour Party eine in ihrer bisherigen Geschichte unvergleichliche organisatorische Kraft entwickelt. Dadurch wurde der seit dem Ersten Weltkrieg gegenüber den USA geschwächte britische Kapitalismus zu sozialen und politischen Konzessionen gezwungen, die von vermehrten sozialstaatlichen Leistungen wie der auf alle Arbeiter erweiterten Arbeitslosenversicherung und der 48-Stundenwoche bis zur Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen über 30 Jahren und zur Aufgabe der unmittelbaren militärischen Intervention in den Sowjetstaat reichten. So hatte sich mit der Verschuldung Großbritanniens an die USA und der wachsenden internationalen Konkurrenz der Manövrierspielraum der herrschenden Klasse erheblich verringert. Daher ging sie in der 1921 einsetzenden Krise — mit einem Sinken der Industrieproduktion um 30 %, der Exporte um 50 % und einer über 16 % steigenden Arbeitslosenrate — zum allgemeinen Gegenangriff auf die gerade zuvor etwas verbesserten Arbeits- und Lebensbedin-

28 W. G. Truchanowski, Neueste Geschichte Englands 1917—51, Berlin 1962, S. 58 ff.

gungen der Arbeiterklasse, vor allem in den zentralen Sektoren Kohlenbergbau, Maschinenbau, Schiffbau und Textilindustrie, über. Angesichts der seit der „Labour-unrest" vor dem Ersten Weltkrieg mobilisierten Arbeiterklasse bereitete sich die Regierung mit Notstandsgesetzen auf die anstehenden Klassenkämpfe vor, in deren Zentrum wieder die Bergarbeiter stehen sollten.

Im Unterschied zu den Auseinandersetzungen um das Prinzip des Minimallohns im Jahre 1912 wurden die Bergarbeiter mit dem Erlöschen der staatlichen Kontrolle über die Kohlenindustrie in die Defensive gedrängt. Als die Bergarbeiter den von den Grubenbesitzern geforderten Lohnkürzungen auf der Basis regionaler Tarifabschlüsse nicht zustimmten, eröffnete die Regierung mit der Aussperrung der Bergarbeiter zum 1. April 1921 den Frontalangriff gegen die fortgeschrittenste, stärkste und kämpferischste Sektion der britischen Arbeiterklasse, um eine Vorentscheidung zu erzwingen[29]. Die Verkündigung des Ausnahmezustandes, die Verlegung von Truppeneinheiten in Industriegebiete, die Einberufung von Reservisten, die Schaffung eines freiwilligen Verteidigungskorps und sonstige Einschüchterungsmaßnahmen schufen eine Bürgerkriegsatmosphäre, der die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und ihre politischen Instanzen nicht gewachsen waren. So wurde mit fadenscheinigen Gründen die schon gegebene Streikzusage der verbündeten Gewerkschaften am Freitag, dem 15. April 1921, von den verhandlungsbereiten Funktionären zurückgezogen, die Bergarbeiter im Stich gelassen und mit der folgenden Niederlage die britische Arbeiterklasse insgesamt zum Rückzug gezwungen. Der „Schwarze Freitag" leitete bei der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit von über 10 % eine Serie von Niederlagen für die vereinzelt kämpfenden Arbeitergruppen in den verschiedenen Industriezweigen ein, die sich mit beträchtlichen Lohnkürzungen und längeren Arbeitstagen abfinden mußten. Ein Jahr später gelang es den Unternehmern mit der Aussperrung der aus der A.S.E. und anderen Fachverbänden entstandenen Amalgamated Engineering Union (A.E.U.) nicht nur wie schon bei der Aussperrung von 1897 die von den Shop Stewards erkämpften Kontrollrechte über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen zurückzuerobern, sondern auch die bei der großen Arbeitslosigkeit der Maschinenbauer noch vorhandenen Arbeiterkomitees zu zerschlagen[30].

In der Gegenoffensive von Kapital und Staat wurde die britische Arbeiterklasse zwar geschwächt, ihre Demoralisierung aber durch die organisatorische Aktivität der C.P.G.B. verhindert. Diese versuchte mit der britischen Sektion der Roten Gewerkschaftsinternationale die Massenaustritte aus den Gewerkschaften zu bremsen, die vor allem von den gekündigten Shop Stewards geführte Bewegung der Arbeitslosen („National Unemployed Workers' Committee Move-

29 V. L. Allen, Trade Unions and the Government, London 1961, S. 188.
30 James B. Jefferys, The Story of the Engineers 1800—1945, London 1945, S. 223 ff.; siehe auch Emil Bandholz, Die englischen Gewerkschaften, Köln 1961, S. 245 ff.

ment") in Hungersmärschen, Demonstrationen und Mietstreiks voranzutreiben und dann im Jahre 1923 eine „Minority Movement" der militanten gewerkschaftlichen Basis mit der publizistischen Hilfe des „Worker's Weekly" aufzubauen. Die als Nachfolgerin der Shop-Stewards-Bewegung organisierte Minderheitsbewegung bot den von ihren führungslosen Gewerkschaftsapparaten enttäuschten Bergarbeiter- und Metallarbeitergruppen eine realistische Perspektive, indem sie in ihrer antikapitalistischen Zielsetzung die Prinzipien des Sozialismus und revolutionären Klassenkampfes sowie der gewerkschaftlichen Aktionseinheit mit konkreten Forderungen im ökonomischen, organisatorischen und politischen Bereich verband wie: Minimallöhne und Überstundenverbote; Neuorganisation der Gewerkschaftsbewegung durch Gründung von Betriebskomitees, Garantien gegen Versetzungen und Entlassungen von Shop Stewards, Anschluß der lokalen Gewerkschaftsräte und der Arbeitslosenbewegung an den T.U.C., Erweiterung der exekutiven Funktionen des Generalrates; Arbeiterkontrolle der Industrie und (1924 gerade amtierenden) Labour-Regierung, Ablehnung des Dawes-Planes und Kampf gegen den Krieg[31]. Der rasche organisatorische Anstieg der von den südwalisischen Kohlenrevieren ausgehenden und den Maschinenbau und die Eisenbahnindustrie erfassenden Minority Movement von 200 000 Mitgliedern 1924 auf eine Million 1926 machte eine erneute Stärkung der Arbeiterklasse offenbar.

Dagegen nahmen bei der stagnierenden Wirtschaftslage die Widersprüche in der Innen-, Außen- und Kolonialpolitik derart zu, daß sich die herrschende Klasse nach den Parlamentswahlen vom Dezember 1923 weder über eine Koalitionsregierung aus Konservativen und Liberalen noch über eine Einparteienregierung verständigen konnte, so daß es zur Gründung der ersten Labour-Regierung unter MacDonald von der I.L.P. kam. Das dabei von der herrschenden Klasse eingegangene Risiko blieb insofern gering, als diese ohnehin von den Liberalen abhängige Arbeiterregierung sich unter MacDonald als Bollwerk gegen den die Massen faszinierenden „roten Feuerschein am Horizont Europas", als beste Dienerin der Grundsätze und Tradition der Verfassung und als Hüterin der parlamentarischen Ordnung und der Gesetze betrachtete[32]. Trotz dieser Anpassung an die Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus mußte selbst die nur begrenzt reformistische Regierungspolitik mit sozialen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und Verbesserung der Sozialversicherung sowie einer außenpolitischen Entspannung mit der Anerkennung der Sowjetunion der herrschenden Klasse suspekt bleiben, da sie nicht die Stabilität der Labour-Regierung gegenüber der sich mobilisierenden Arbeiterklasse einkalkulieren konnte. Daher wurde in einer von der bürgerlichen Presse geschürten antibolschewistischen

31 Vgl. Richard Hyman, Communist Industrial Policy in the 1920s, in: International Socialism 53, S. 14 ff.; James Klugman, History of the Communist Party of Great Britain, London 1968, S. 278 ff.

32 Truchanowski, S. 127 f.

Hysterie der Rücktritt des Kabinetts MacDonald erzwungen und auch nicht auf die Fälschung eines Komintern-Briefes von Sinowjew verzichtet, um den Wahlkampf für die Konservativen zu entscheiden. Während die Regierung sich unter dem Druck der antisozialistischen Kampagne auf die Formel der Klassenneutralität und des Gemeinwohls zurückzog und gegen die anwachsende Streikbewegung der Eisenbahner, Hafenarbeiter und Transportarbeiter vorging, verstärkte sich der Widerstand der militanten Arbeitergruppen. Das manifestierte sich nicht nur in den anwachsenden Arbeitslosen- und Minderheitsbewegungen, sondern auch auf dem T.U.C. 1924, der eine Charta der Industriearbeiter annahm, die Befugnisse des Generalrates zur Verbesserung des Lebensstandards erweiterte, industrielle Aktionen bei Kriegsgefahr beschloß, demonstrativ eine sowjetische Gewerkschaftsdelegation empfing und sogar eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale anregte[33].

Mit dieser gewerkschaftlichen Aktivierung mußte sich bei den nach wie vor hohen Arbeitslosenzahlen und wirtschaftlichen Engpässen ein neuer Höhepunkt der Klassenauseinandersetzungen anbahnen, bei denen wiederum die Bergarbeiter eine Schlüsselrolle spielen sollten. Abgesehen von der spezifischen Solidarität und Tradition der in wenigen Industriegebieten konzentrierten Bergarbeiterkollektive lag dem die außerordentliche Bedeutung der Kohlenindustrie für die Entwicklung des britischen Kapitalismus zugrunde: einmal als Basis der Metall-, Schiffbau- und Maschinenindustrie sowie der Transportmittel Eisenbahn und Schiffahrt, zum anderen als Exportindustrie, die dem Umfang nach etwa vier Fünftel der Ausfuhr ausmachte und damit zugleich die Importe verbilligte. Als mit der vom britischen Finanzkapital wiederhergestellten Goldparität des Pfundes Sterling die Exportpreise um 12 % stiegen, wurde von der sinkenden Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie der Kohlenbergbau besonders schwer getroffen, da gleichzeitig mit dem Ende der französischen Ruhrbesetzung die deutschen Kohlenlieferungen (nach dem Dawes-Plan) die britischen Kohlenexporte auf den europäischen Markt, besonders nach Italien, wieder verdrängten. Mit diesen Exportverlusten war in der zynischen Sprache eines J.M. Keynes eine „günstige Atmosphäre für Lohnkürzungen" gegeben, die zusammen mit einer Verlängerung des Arbeitstages von den Kohlenbaronen gefordert wurden[34].

Die rasche Solidarität der Eisenbahner- und Transportarbeitergewerkschaft und die Errichtung eines mit exekutiven Befugnissen ausgestatteten Sonderkomitees der T.U.C. bewirkten bei den niedrigen Kohlenvorräten einen überstürzten Rückzug der Regierung, die dem Kohlenbergbau eine neunmonatige Subvention zur Aufrecht-

33 Roderick Martin, Communism and the British Trade Unions 1924 bis 1933, Oxford 1969, S. 62 ff.

34 J. M. Keynes, The Economic Consequences of Mr. Churchill, 1925, zitiert nach R. Page Arnot, The Miners: Years of Struggle, London 1953, S. 358.

erhaltung der Löhne gewährte, um sich in dieser Atempause nach dem „Roten Freitag", wie Churchill freimütig bekannte, organisatorisch, militärisch und politisch auf die kommende Auseinandersetzung vorzubereiten. Der T.U.C. 1925 hatte zwar mit überwältigender Mehrheit Lippenbekenntnisse für eine revolutionäre Opposition gegen den britischen Imperialismus und den Sturz des Kapitalismus abgegeben, aber keine Vorbereitungen für die kommenden Auseinandersetzungen getroffen. Vielmehr wurden Hauptverantwortliche des „Schwarzen Freitag" wie Bevin von der mächtigen Transportarbeitergewerkschaft und Thomas von den Eisenbahnern in den Generalrat gewählt, die zusammen mit MacDonald auf der einen Monat später folgenden Konferenz der Labour Party für den Ausschluß der kommunistischen Gewerkschaftsdelegierten von künftigen Parteitagen sorgten. Mit diesem Schlag gegen die innergewerkschaftliche Opposition war der konservativen Regierung ein Freibrief ausgestellt worden, die aktive kommunistische Partei- und Streikführung für die anstehende Konfliktperiode ins Gefängnis zu werfen. Dennoch konnte die politische Arbeit der kommunistischen Partei, die mittlerweile von einer Million Mitglieder getragene Minority Movement und die dadurch gewährleistete Solidarität zahlreicher Gewerkschaftsgruppen einschließlich der 1,2 Millionen Bergarbeiter verhindern, daß der Generalrat angesichts der unnachgiebigen Haltung der Unternehmer seine Unterstützung aufkündigte, so sehr er auch auf Verhandlungen über den regierungsfreundlichen „Samuel-Report" drängte. Von einer kompromißlosen Regierung und der eigenen militanten Basis in den Generalstreik getrieben, fürchtete der Generalrat eine revolutionäre Entwicklung, die er nahezu um jeden Preis verhindern wollte. Während sich die Arbeiterklasse gegenüber der anlaufenden Verhaftungswelle, militärischen, polizeilichen und sonstigen Provokationen durch Schlägerbanden in lokalen Aktionsräten, Massenstreikposten und einer nicht voraussehbaren Solidarisierung der Bevölkerung ihrer eigenen Kraft bewußt zu werden begann, geriet die perspektivlose und nicht kampfbereite Führung des T.U.C. in panische Angst vor der „schrecklichen Aussicht" (Henderson) eines Zusammenbruchs der bestehenden sozialen Ordnung. Als sich die Arbeiter der „zweiten Linie" aus dem Maschinen- und Schiffbau dem Generalstreik anschlossen, willigte der T.U.C. in Geheimverhandlungen hinter dem Rücken der Bergarbeitergewerkschaft nach neun Streiktagen in die bedingungslose Kapitulation ein. Auch wenn die Bergarbeiter noch acht Monate ohne jegliche Unterstützung des T.U.C. weiterstreikten, war die britische Arbeiterklasse bereits vor der Weltwirtschaftskrise für Jahrzehnte geschlagen[35].

Die britische Arbeiterklasse hatte von den Massenstreiks vor dem Ersten Weltkrieg bis zum Generalstreik 1926 eine unvergleichliche gewerkschaftliche Stärke entwickelt, die allerdings unter den Bedin-

35 Vgl. J. Symons, The General Strike, 1957; Kingsley Martin, The British Public and the General Strike, London 1926; Allen, S. 190 ff. und passim.

gungen der jahrhundertelangen parlamentarischen Tradition und des jahrzehntelang anhaltenden Industrie-, Weltmarkt- und Kolonialmonopols nicht politisch im Sinne des selbständigen Kampfes um die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse umgesetzt werden konnte. Schon vor dem Ersten Weltkrieg war es der herrschenden Klasse nicht mehr möglich, die anwachsende Gewerkschaftsbewegung mit ihren Konsumgenossenschaften und der Labour Party in der faktischen Existenz zu bedrohen. Die Gewerkschaftsapparate mit ihren zentralen aber kompetenzlosen Organen wie dem T.U.C. und der Parlamentarischen Labour Party waren jedoch seit der Niederlage in den owenistisch-chartistischen Klassenkämpfen in die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft integriert worden, die dadurch freilich gegen autoritäre, bonapartistische und faschistische Tendenzen immunisiert wurde. In dem Maße wie sich die reformistische Ideologie den Spielregeln des politischen Herrschaftssystems anpaßte, mußten wie in der imperialistischen Krise vor dem Ersten Weltkrieg syndikalistische Massenbewegungen der gewerkschaftlichen Basis entstehen, die sich während des Ersten Weltkrieges in den Shop Stewards und Arbeiterkomitees ihre eigenen radikaldemokratischen Organe in der Produktionssphäre schufen. Diese wirkten gegen Ende des Krieges mobilisierend auf die Gewerkschaftsapparate, die zwar im Dreierbund sporadisch zur Aktionseinheit fanden, aber in den zentralen Bergarbeiterstreiks 1921 und 1926 vor den politischen Konsequenzen zurückschreckten. Während die revolutionären Arbeiterräte unter Führung der Bolschewiki in Rußland die auch von den britischen Arbeitern begrüßte revolutionäre Umwälzung einleiteten oder in Deutschland, Italien und Frankreich kommunistische Massenparteien entstanden, wenn auch um den Preis der Spaltung der Arbeiterbewegung, blieb die sich festigende Labour Party der parlamentarische Arm der dominierenden Gewerkschaftsbewegung, ohne daß sich unter den aufgezeigten historisch-strukturellen Bedingungen eine starke revolutionäre Partei entwickeln konnte[36].

II. Phasen der staatlichen monopolkapitalistischen Integration der britischen Gewerkschaften

Der verlorene Generalstreik markierte einen Wendepunkt in der — zwischen parlamentarischem Reformismus und industriellem Syndikalismus schwankenden — britischen Gewerkschaftsbewegung, die sich in den kommenden Jahrzehnten fast zu einem „Vierten Stand des Königreiches" entwickelte, wie es Winston Churchill nicht ganz zu Unrecht formulierte[37]. Der bis in die 50er Jahre anhaltende Inte-

36 Die spezifische britische Situation führte schon 1922 zu einer allgemeinen Ratlosigkeit im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. Vgl. Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Band I (Reprint), Erlangen 1972, S. 50.

37 John Lovell, B. C. Roberts, A Short History of the T.U.C., London 1968, S. 162.

grationsprozeß verlief im Unterschied zur Burgfriedenspolitik 1914 bis 1918 relativ bruchlos, da die britische Arbeiterklasse nach dem endgültigen Sieg der Regierung über die bis Ende 1926 isoliert weiterkämpfenden Bergarbeiter keine organisatorische und politische Alternative zur Anpassungspolitik der etablierten Gewerkschaftsführungen aufbauen konnte. Daß der Generalrat des T.U.C. und die Parteiführung der Labour Party sich in der Stimmung des „Never again" gegenüber klassenkämpferischen Positionen so deutlich zu behaupten vermochten, lag einmal an der Schwächung der militanten Arbeitergruppen durch die sich nach der Weltwirtschaftskrise noch verstärkende Arbeitslosigkeit, zum anderen aber auch an der von den britischen Kommunisten mitvollzogenen Wendung der Komintern von der Einheitsfrontpolitik zu linkssektiererischen Positionen. Dadurch wurde es dem Generalrat erleichtert, die innergewerkschaftliche Opposition politisch auszuschalten. Das hatte wiederum auf organisatorischer Ebene zur Folge, daß die von der Kommunistischen Partei propagierte Stärkung der lokalen Gewerkschaftsräte und des Generalrats als exekutives Organ der Gewerkschaftsbewegung, zentrale Aktionen und das industriegewerkschaftliche Prinzip diskreditiert waren. Damit wurde der status quo der strukturellen Zersplitterung in Berufs-, Industrie- und Allgemeine Gewerkschaften sanktioniert — eine organisatorische Sackgasse, die trotz einiger Zusammenschlüsse immer wieder auf den Gewerkschaftskongressen wie 1927, 1936 und 1944 bekräftigt wurde.

Die Stärkung der Gewerkschaftsapparate gegenüber der militanten Basis und die anhaltende gewerkschaftliche Zersplitterung beschleunigten den nach der Niederlage im Generalstreik einsetzenden Integrationsprozeß der britischen Arbeiterbewegung, der durch eine antigewerkschaftliche Gesetzgebung abgesichert wurde, ohne daß die Gegenoffensive von Monopolkapital und Staatsapparat wie in den zwanziger Jahren abgefangen werden konnte. Im „Trade Disputes and Trade Unions Act" von 1927 wurde der Ausgang des Generalstreiks gewissermaßen kodifiziert, indem politische Streiks ebenso wie Sympathiestreiks für illegal erklärt wurden. Die bloße Teilnahme an illegalen Aktionen brachte erhebliche Strafen bis zu zwei Jahren Gefängnis mit sich, während man die Gewerkschaften für zivile Schäden haftbar machte. Massenstreikposten wurden verboten, die sonst üblichen Streikposten durch die dehnbare Bestimmung der „Einschüchterung" weitgehend eingeschränkt, Streikbrecher dagegen vor disziplinarischen Maßnahmen der Gewerkschaften geschützt. Die Staatsangestellten durften sich weder dem T.U.C. noch der Labour Party anschließen. Beiträge der Gewerkschaften für die Labour Party durften nur noch bei ausdrücklicher Zustimmung („contracting-in") der Mitglieder erhoben werden, die zuvor selbständig austreten mußten („contracting-out"). Die Einengung des industriellen und politischen Aktionsspielraumes der Gewerkschaften spiegelte nicht nur den Sieg der herrschenden Klassen in den vorangegangenen Auseinandersetzungen, sondern war auch eine Voraussetzung für die anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen des geschwächten bri-

tischen Imperialismus, der sich in einem durch den Ersten Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise noch beschleunigten Niedergang befand, dessen Ausmaß erst nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich wurde.

1. Mondismus

Der kontinuierliche Positionsverlust des britischen Imperialismus beschleunigte die inländische Zentralisation des Kapitals und Monopolisierung in zahlreichen Industriezweigen, mit denen zunehmend staatliche Interventionen in den krisengeschwächten Konjunkturzyklus bis hin zu staatsmonopolistischen Wirtschaftsformen einhergingen, wie es angesichts der zwischen 1910 und 1938 von 13 auf 30 % steigenden Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt von J. M. Keynes in der Verbindung von „Privatkapitalismus und Staatssozialismus" gegenüber dem obsoleten Laissez-faire-Prinzip zur wirtschaftspolitischen Doktrin erhoben wurde. War der Monopolisierungsprozeß in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg aufgrund des traditionellen Absatzmonopols noch nicht so weit fortgeschritten wie bei seinen Konkurrenten, so hatte sich dieses Verhältnis bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges mit staatlicher Unterstützung gründlich verschoben. In der Metallindustrie z. B. kontrollierten 1930 etwa 20 Firmen 70 % der Eisen- und Stahlproduktion, nach der Krise nur noch 10 Firmen drei Viertel des Produktionsausstoßes [38]. In einigen Industrien begannen durch Aufkauf und Fusionen einige Großkonzerne zu dominieren: in der chemischen Industrie die aus vier Gesellschaften 1926 gegründete Imperial Chemical Industries, in der Kunstfaserindustrie die Firma Courtaulds, in der Seifenindustrie der Unilever-Konzern, der schon 1920 seine Konkurrenten: Crosfield, Cossage und John Knight geschluckt hatte. Der industriellen Zentralisation entsprach die finanzielle. Seit den 20er Jahren dominierten die „Big Five": Barclays, Lloyds, Midland, National Provincial, Westminster und die großen Versicherungs- und Bauspargesellschaften auf dem freien Kapitalmarkt. Bei den in der Krise sinkenden Profitspannen griff die Regierung vielfach in den Zentralisierungs- und Monopolisierungsprozeß ein, wie bei der Verschmelzung der Eisenbahngesellschaften, dem Bau eines einheitlichen Energieversorgungsnetzes auf Staatskosten, der Förderung eines Eisen- und Stahlmonopols sowie eines Kohlekartells — unrentabel gewordenen Industrien, die nach dem Zweiten Weltkrieg verstaatlicht wurden, um die Kosten der notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen einschließlich der erforderlichen Neuinvestitionen auf die Gesellschaft abzuwälzen.

Für die Erhöhung der Profitspannen des britischen Monopolkapitals war aber die Mitarbeit der Arbeiterorganisationen unerläßlich, die von der Generalstreikniederlage demoralisiert, von der Massenarbeitslosigkeit geschwächt und durch Staatsgesetz in ihrem

38 Vgl. Eric Hobsbawn, Industrie und Empire 2, Frankfurt/M. 1969, S. 42 ff.; Kuczynski, Band 25, S. 43 ff.

Handlungsspielraum eingeschränkt waren. So wurde den Unternehmern auf dem Edinburgher T.U.C. angeboten, „in einer gemeinsamen Anstrengung die Leistungsfähigkeit der Industrie zu verbessern und den Lebensstandard der Arbeiter zu erhöhen“[39]. Diese Zusammenarbeit stieß bei den Unternehmerverbänden zwar auf Ablehnung, nicht bei dem Vorsitzenden des chemischen Mammutkonzerns I.C.I., Alfred Mond, der sich an der Industrieorganisation des faschistischen Italiens orientierte. Dem entsprach die korporative Vorstellung eines Nationalen Industrierates, der von der Mond-Gruppe und dem Generalrat angestrebt wurde, um die wissenschaftliche Reorganisation der Industrie voranzutreiben. Damit begann die Periode des Mondismus, in der wie auf dem T.U.C. in Swansea 1928 explizit die Politik des Klassenkampfes als „nutzlos, zum Mißerfolg und schließlich zu Blutvergießen und Elend führend“ mit überwältigender Mehrheit verworfen wurde[40].

Von der schrittweisen Anpassung an die monopolkapitalistischen Verwertungsbedingungen zeugte die vage gehaltene programmatische Erklärung „Labour and the Nation“ ebenso wie das von liberaler Unterstützung abhängige zweite Kabinett MacDonald nach dem Wahlerfolg der Labour Party von 1929, der angesichts der Verschlechterung der sozialökonomischen Lage und der chronischen Arbeitslosigkeit zustande gekommen war. Die Wahlversprechen an die britische Arbeiterklasse wie die Aufhebung des Gewerkschaftsgesetzes von 1927 und die Wiedereinführung des siebenstündigen Arbeitstages im Kohlenbergbau wurden jedoch nicht erfüllt. In der sich mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zuspitzenden ökonomischen Situation wurden auch nicht die noch im Wahlmanifest von Keynes geprägten Vorschläge eines öffentlichen Arbeitsprogramms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder gar die von dem späteren Faschistenführer Oswald Mosley mit Hilfe von John Strachey und Aneurin Bevan entwickelten industriellen Kontrollmaßnahmen aufgegriffen, sondern vielmehr den Vorschlägen des Finanzkapitals und seiner politischen Repräsentanten in der konservativen und liberalen Partei gefolgt. Diese hatten in der „Gregory-Kommission“ erklärt, daß die Arbeitslosenversicherung „unmerklich die ganze soziale und finanzielle Stabilität des Landes“ untergrabe, da sie die regulierende Funktion der Arbeitslosigkeit für das Lohnniveau außer Kraft setze[41]. So schlug die von der Regierung ernannte May-Kommission drastische Sparmaßnahmen vor, um die sich verschlechternde Zahlungsbilanz auszugleichen. Der unter dem Widerstand der Gewerkschaften noch zögernden Regierung wurde daraufhin von dem amerikanischen Finanzkapital (New Yorker Federal Reserve Bank) nur unter der Bedingung der Verwirklichung der Kommissionsvorschläge die dringend benötigte Anleihe von 80 Millionen Pfund gewährt. Als daraufhin das Kabinett MacDonald in

39 Hutt, British Trade Unionism, S. 115.
40 Lovell, Roberts, S. 95 ff.
41 Hutt, Post-War History, S. 207.

eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 10 % einwilligte, die Gehälter von Staatsangestellten senkte und andere Sozialleistungen einschränkte, kam es zur Spaltung der Regierung, deren führende Vertreter MacDonald, Snowdon und Thomas mit den Liberalen und Konservativen nach einem hohen Wahlsieg über die von 287 auf 52 Mandate reduzierte Parlamentarische Labour Party eine nationale Koalitionsregierung bildeten.

In dem Konflikt zwischen der Labour-Regierung und dem Generalrat des T.U.C. zeigten sich keine wesentlichen Differenzen in der politischen Programmatik, sondern der grundlegende Tatbestand, daß die reformistischen Gewerkschaftszentralen schon aus ihrer traditionellen Schutzfunktion nicht auf ein Minimum sozialer Sicherheit für ihre Mitglieder verzichten konnten, während das Labour-Kabinett in der sozialökonomischen Krise unter der Losung des nationalen Wohles den herrschenden Kapitalinteressen folgte. Das mußte schließlich in der von den Gewerkschaften getragenen Labour Party zunächst zur Spaltung der Regierung und in geringerem Maße der parlamentarischen Fraktion führen, dann zur politischen Vorherrschaft des Generalrates, dessen Politik in den folgenden Jahren von dem Generalsekretär Citrine und vor allem von dem Transportarbeiterführer Bevin bestimmt wurde[42]. Damit war nach dem „instinktiven Bruch mit MacDonald" die Kontinuität einer integrationistischen Gewerkschaftspolitik gesichert, die am deutlichsten in der Stellung zu den verstärkten staatlichen Eingriffen zutage trat. So wurde die Gründung öffentlicher Gesellschaften wie im Londoner Transport- und Rundfunkwesen sowie bei der Elektrizitätsversorgung nahezu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Produktivitätssteigerung begrüßt. Die Eisen- und Stahlindustrie sollte nach den Vorstellungen des Generalrates nicht in der Perspektive einer sozialistischen Transformation verstaatlicht werden, sondern aus strikt ökonomischen Gründen, um die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Daher wurden die finanziellen und technischen Entscheidungsbefugnisse dem allein nach den individuellen Fähigkeiten zu ernennenden Management zugesprochen. Die Anpassung an die korporativen Führungsideologien der monopolkapitalistischen Eigentümer und die Vernachlässigung von Arbeiterkontroll- und Lohnforderungen brachten dem britischen Monopolkapital hohe Profite und den britischen Arbeitern empfindliche Lohnsenkungen — durchaus vergleichbar der Senkung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterklasse unter dem Nationalsozialismus[43].

Der Politik der Klassenkollaboration entsprach umgekehrt die strikte Kontrolle der klassenkämpferischen Kader und der kompromißlose Kampf gegen die Kommunistische Partei, der bereits vor der

42 Henry Pelling, A Short History of the Labour Party, London 1972, S. 71 ff.

43 Andrew Glynn, Bob Butcliffe, British Capitalism, Workers and the Profits Squeeze, S. 32.

Generalstreikniederlage verstärkt einzusetzen begann, ehe sich die Kommunistische Partei wie die I.L.P. selbst in die Isolierung drängen ließ. Bereits nach der ersten Labour-Regierung hatte die I.L.P. in „Socialism in Our Time" (1927) — ganz im Gegensatz zum Labour-Programm „Labour and the Nation" — sozialistische Forderungen akzentuiert. Auf der Grundlage eines verstaatlichten Finanzsektors, nationalisierter Schlüsselindustrien wie Kohle, Elektrizität und Transport sowie ausgedehnter Sozialleistungen sollte eine demokratische Planung eingeleitet werden. Als die I.L.P. nach dem bereits 1931 selbständig geführten Wahlkampf aus der Labour Party austrat, verlor diese ein wichtiges Element ihrer noch konservierten sozialistischen Substanz, während die I.L.P. nach einem katastrophalen Mitgliederschwund von 17 000 auf 4 400 bis 1935 zur bedeutungslosen Sekte herabsank. Einen der I.L.P. vergleichbaren Bedeutungsverlust mußte zeitweise die Kommunistische Partei erleben, als sie unter dem Druck der Kommuistischen Internationale zum offenen Kampf gegen die integrationistischen Arbeiterorganisationen überging. So leitete die britische Kommunistische Partei mit dem Kurs der nicht-gewerkschaftlichen Streikführung durch die Minority Movement und der Agitation gegen den sozialfaschistischen Charakter der Labour Party eine hoffnungslose Selbstisolierung ein, so sehr sie auch ihre taktische Wendung mit der antikommunistischen Haltung des T.U.C. und der Labour Party, mit der Auflösung des britisch-russischen Gewerkschaftskomitees, der Niederlage im Generalstreik und der folgenden mondistischen Klassenkollaboration begründen mochte. Denn der Tradition der britischen Arbeiterbewegung widersprach die Aufstellung von kommunistischen Gegenkandidaten zur Labour Party ebenso wie die Gründung rivalisierender revolutionärer Gewerkschaften und unabhängiger Streikführungen — eine in Großbritannien zum Scheitern verurteilte Politik, auch wenn es den Kommunisten gelang, die vom T.U.C. vernachlässigten Arbeitslosen in Massendemonstrationen und Hungermärschen zu mobilisieren[45].

Die taktischen Fehleinschätzungen der Kommunisten erleichterten es wiederum den seit Anfang an gegen eine klassenkämpferische Politik vorgehenden Führungsapparaten in den Gewerkschaften in verstärktem Maße die Kommunisten und ihre zahlreichen Organisationen zu bekämpfen. So wurden die Minority Movement, National Unemployed Workers' Committee Movement, Left Wing Movement usw. 1930 von Parteitagen der Labour Party und im Oktober 1934 in zwei T.U.C.-Zirkularen die Kommunisten von Ämtern in den Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartellen trotz starker Proteste bei den Bergleuten, Maschinenbauern und Transportarbeitern ausgeschlossen. Als die Kommunisten nach dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland wieder zur Taktik der Einheitsfront der Arbeiterorganisationen übergingen, wurde diese zunächst von der I.L.P., unter dem Eindruck des Kampfes der spanischen Volksfront

44 Carl F. Brand, The British Labour Party, Stanford 1964, S. 162 f.
45 Roderick Martin, S. 102—78.

auch von der Fabian Society, der Socialist League, der University Labour Federation, den Maschinenbauern und Bergleuten und nach dem faschistischen Aufmarsch von 1938 selbst von den Genossenschaften angenommen, von T.U.C. und Labour Party aber immer wieder erfolgreich zurückgewiesen. Der „National Council of Labour" hatte schon 1933 in seiner Schrift „Democracy versus Dictatorship" Kommunisten und Faschisten unter dem Begriff der Diktatur gleichgesetzt, um gegen diese eine vor allem von den Gewerkschaften repräsentierte demokratische Mitte zu stellen.

Außenpolitisch entstand aus der Ablehnung der Einheitsfront eine zwielichtige Haltung gegenüber den republikanischen Kräften im spanischen Bürgerkrieg. Dadurch wurde die ambivalente Haltung der britischen Regierung gegenüber den faschistischen Eingriffen wie überhaupt gegenüber der nationalsozialistischen Aggressionspolitik erleichtert. Wie die herrschende Klasse Großbritanniens diese im spanischen Bürgerkrieg unter der Losung der Nichtintervention bewußt in Kauf nahm, um die „ansteckende" Wirkung eines republikanischen Sieges zu verhindern, so sollte die militärische Aktivität der Faschisten im Zeichen der „Appeasement-Politik" auf das „bolschewistische Rußland" abgelenkt werden. Dies kam scheinbar den pazifistischen Tendenzen in der Labour Party und der Friedensstimmung in der britischen Bevölkerung entgegen, die ihr Verlangen nach kollektiver Sicherheit in einem Friedensplebiszit von 11,5 Millionen Befragten zum Ausdruck brachte. Den von der Sowjetunion geforderten Sicherheits- und Friedenspakt sabotierte die herrschende Klasse aber und ermutigte faktisch die nationalsozialistische Agressionspolitik gegen Österreich und die Tschechoslowakei, ohne daß die Führungsapparate der Arbeiterorganisationen protestierten. Die sowjetfeindliche und deutschlandfreundliche Politik der britischen Regierung mußte in eine Krise geraten, als die Sowjetunion in einem Nichtangriffspakt mit dem nationalsozialistischen Regime den drohenden deutschen Überfall verzögern konnte und die deutsche Annektion der gesamten Tschechoslowakei und die Besetzung Polens als Vorspiel zur faschistischen Hegemonie über Westeuropa erkannt wurde. Vom Expansionsdrang der faschistischen Koalition wurde der britische Imperialismus zu einem zunächst nur zurückhaltend und erst mit der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens ernsthaft geführten Krieg gezwungen, den er jahrzehntelang gegen die Sowjetunion geschürt hatte, um den ersten sozialistischen Staat und den imperialistischen Rivalen in einem verheerenden Krieg gleichermaßen zu schwächen.

2. Kriegskoalition

Mit der Dauer des antifaschistischen Krieges, den die bürgerlichen Demokratien nach dem Überfall auf die Sowjetunion gemeinsam mit dem sozialistischen Staat führen mußten, verstärkte sich die politische Bedeutung der Arbeiterorganisationen innerhalb des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, die erst nach dem Ende der doppelbödigen Appeasementpolitik des Kabinetts Chamberlain zu

einer vollständigen Mitarbeit in einer nationalen Koalitionsregierung unter Churchill und dem Arbeitsminister Bevin bereit waren. Wie der Generalrat des T.U.C. mit dem Unternehmerverband in einem gemeinsamen Beratungsausschuß unter dem Vorsitz des Arbeitsministers zusammenarbeitete, die Gewerkschaftsfunktionäre mit der Regierung in zahlreichen staatlichen Kommissionen vor allem im Versorgungsbereich kooperierten, so waren auch auf betrieblicher Ebene gemeinsame Produktionskomitees des Managements und der Gewerkschaften entstanden, die den vom T.U.C. nach den Vorschlägen der Whitley-Komitees konzipierten Werkstattausschüssen in den verstaatlichten Industrien ähnelten. Damit war die kriegsbedingte Integration der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem nahezu vollständig vollzogen, die noch durch Notstandsgesetze und eine entsprechende gesetzliche Zwangsschlichtung mit Streikverbot (Order 1305) abgestützt wurde.

Vergleichbar der Munitionsakte im Ersten Weltkrieg hatten die Gewerkschaftsapparate ihre Handlungsfähigkeit verloren, während die gewerkschaftliche Basis mit der nachlassenden Arbeitslosigkeit an betrieblicher Verhandlungsstärke gewann. Dadurch entstand 1940 erneut eine von den Kommunisten aktivierte Shop-Stewards-Bewegung, die auf mehreren überregionalen Konferenzen für die Verbesserung der seit Kriegsausbruch verschlechterten Arbeits- und Lebensbedingungen, die Erweiterung der demokratischen Rechte und nach dem Überfall auf die UdSSR für die beschleunigte Errichtung einer zweiten Front im Westen eintrat[46]. Wenn diese auch von der amerikanischen und britischen Regierung bis 1944 hinausgezögert werden konnte, so forcierten dennoch alle britischen Arbeiterorganisationen den antifaschistischen Kampf, indem die britischen und sowjetischen Gewerkschaften umfassende Unterstützungsmaßnahmen vereinbarten und den Produktionsausstoß in den Kriegsindustrien erhöhten. Dabei war die klassenkämpferische Basis in den Gewerkschaften von entscheidender Bedeutung, die z. B. im Maschinenbau unter Führung ihres Nationalen Rates der Shop Stewards und ihres publizistischen Organs „New Propellor" mit dem Motto „Arbeite und kämpfe" die Produktionsziffern hochtrieb. Mit dem wachsenden Einfluß der von 19 000 im November 1941 auf 53 000 Mitglieder im Mai 1942 angestiegenen Kommunistischen Partei mußte der Bann gegen ihre Tageszeitung „Daily Worker" vor allem mit den Stimmen der Metallarbeiter, Bergleute und Eisenbahner aufgehoben und seit 1943 die „Schwarzen Zirkulare" gegen die Kommunisten zurückgenommen werden. Mit der organisatorischen und politischen Öffnung der Gewerkschaften zugunsten ihrer militanten Basis und der im Verlaufe des Krieges erreichten Vollbeschäftigung begann wie schon während des Ersten Weltkrieges eine kontinuierliche Stärkung der Gewerkschaftsbewegung, die nach einem Tiefstand von knapp 4,4 Millionen Mitgliedern 1933 zwischen 1938 und 1945 von 6 auf 8 Millionen Mitglieder anstieg.

46 Industrial Democracy in Great Britain, S. 139 ff.

Dem T.U.C. gehörten 1944 etwa 7 Millionen Mitglieder an, die Transport and General Workers' Union (T.G.W.U.) lag bereits weit über der Millionengrenze, die Amalgamated Engineering Union (A.E.U.) knapp darunter, gefolgt von der expandierenden National Union of General and Municipal Workers (N.U.G.M.W.). Die Föderation der autonomen regionalen Gewerkschaften im Bergbau schloß sich zur National Union of Mineworkers (N.U.M.) mit etwa 600 000 Mitgliedern zusammen, und die drei Gewerkschaften im Eisenbahnwesen gründeten ein permanentes Komitee für die Abstimmung von Lohnforderungen. Im Verteilungssektor schlossen sich die kaufmännischen und Handelsangestellten in der Union of Shop, Distributive and Allied Workers (U.S.D.A.W.) zusammen. Diese Gewerkschaften bildeten mit mehr als der Hälfte der dem T.U.C. angeschlossenen Mitglieder die „großen Sechs", von denen die A.E.U., N.U.R. und U.S.D.A.W. zur gemäßigten Linken gerechnet werden konnten. Neben zahlreichen Gewerkschaften wie der Electrical Trades Union, Chemical Workers Union und der National Union of Public Employees verzeichneten auch die Gewerkschaften qualifizierter Angestelltengruppen wie die Association of Scientific Workers, Bank Officers' Guild, Guild of Insurance Officials und die Association of Engineering and Shipbuilding Draughtsmen ein rasches Wachstum. Parallel zu diesem gewerkschaftlichen Aufschwung wurde das System der institutionellen Lohnregelung ausgebaut, das in Industrien mit geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und entsprechend niedrigen Löhnen wie in der Textil- und Bekleidungsindustrie, den häuslichen Diensten und der Landwirtschaft durch gemeinsame „Wage Councils" Minimallöhne garantieren und gewerkschaftliche Verhandlungen vorbereiten sollte[47].

Mit der organisatorischen Stärkung der Gewerkschaften ging zugleich eine Politisierung einher, die sich in Forderungen nach erweiterten sozialen Leistungen, Vollbeschäftigung und demokratischer Planung niederschlug. Ein auf dem T.U.C. 1944 in Blackpool aufgestelltes Rekonstruktionsprogramm für die Nachkriegszeit sah eine weitgehende Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens vor — durch Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, öffentliche Kontrolle monopolisierter Industriezweige, einen nationalen Industrierat als zentrales Koordinationsorgan mit lokalen Produktionskomitees, Verbesserung der Konsumgüterproduktion mit Preis- und Qualitätskontrollen und eine nationale Planungsbehörde vor allem zur Förderung von Sozialinvestitionen. Den weitgehenden innenpolitischen Reformvorstellungen entsprach außenpolitisch die vom T.U.C. vorbereitete Weltgewerkschaftskonferenz vom Februar 1945 in London, deren Delegationen aus der UdSSR und den USA, aus Frankreich und anderen befreiten Ländern Europas, aus China und Indien, aus Lateinamerika, Australien und Afrika mehr als 60 Millionen organisierte Arbeiter repräsentierten. Bald darauf wurde

47 Hutt, British Trade Unionism, S. 159 ff.; Pelling, A History of British Trade Unionism, S. 217 ff.

unter maßgeblicher Beteiligung des T.U.C. im Oktober 1945 in Paris der Weltgewerkschaftsbund gegründet, dessen unmittelbare Ziele wie Kampf gegen den Faschismus und Krieg sowie für Frieden und demokratische Rechte aller Völker noch unmittelbar von den Kriegsereignissen bestimmt waren, nicht aber von dem seit Kriegsende wieder verstärkt hervortretenden Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital, d. h. aber auch zwischen Sozialismus und Imperialismus.

3. Labour-Regierungen

Der innen- und außenpolitischen Aktivierung der britischen Gewerkschaftsbewegung lag eine politische Aktionseinheit an der gewerkschaftlichen Basis einschließlich der Kommunisten zugrunde, deren von der A.E.U. auf der Parteikonferenz der Labour Party 1945 vorgebrachter Antrag auf Aufnahme nur knapp abgelehnt wurde. Der militante Wahlkampf der organisierten Arbeiter, von dem die nicht gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter und Angestellten zum großen Teil mitgerissen wurden, führte angesichts der extrem antisozialistischen und sowjetfeindlichen Haltung der Konservativen unter Churchill nach Kriegsende zu einem überlegenen Wahlsieg der Labour Party, die gegenüber 1935 über 3,5 Millionen Stimmen gewonnen hatte und nun über 390 Sitze verfügte, während sich die Tories mit 211 Sitzen zufriedengeben mußten und auf die Liberalen, Unabhängigen und Kommunisten 12 Sitze entfielen. Auf der Grundlage dieser überwältigenden Mehrheit und des traditionellen Reformismus der britischen Arbeiterbewegung konnte die dritte Labour-Regierung unter Attlee eine Reihe von innenpolitischen Reformen zugunsten derArbeiterklasse und der weiteren Demokratisierung der britischen Gesellschaft durchsetzen, die von den Konservativen in den 50er Jahren partiell wieder abgebaut, aber nicht mehr beseitigt werden konnten.

Von unmittelbarem gewerkschaftlichen Interesse waren die Aufhebung der antigewerkschaftlichen Gesetzgebung von 1927 und der dadurch wieder ermöglichte Anschluß der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wie der Civil Service Clerical Association und der Union of Post Workers an den T.U.C. Die ebenfalls wiederhergestellte gewerkschaftliche Verhandlungsfreiheit sollte eine besondere Bedeutung auf der Grundlage der Vollbeschäftigung gewinnen, die für die britische Arbeiterklasse nach zwei Jahrzehnten der Massenarbeitslosigkeit eine erstrangige wirtschaftspolitische Errungenschaft darstellte. Das gleiche traf auf sozialpolitischer Ebene für den schon 1942 unter dem Arbeitsminister Bevin von dem Liberalen Beveridge entworfenen Plan einer umfassenden Sozialversicherung und die Reform des Erziehungswesens in der „Education Bill" von 1944 zu, die von der Labour-Regierung fortgeführt wurden: einmal in der Verbesserung des Erziehungsgesetzes für Arbeiterkinder, zum anderen im öffentlichen Gesundheitsdienst ohne Versicherungscharakter und den einzelnen Maßnahmen der Sozialversicherung. Nach einer Untersuchung von Seebohm Rowntree konnte durch die Auszahlung

von Geburtenbeihilfen und Kindergeldern, die Unterstützung von Schwangeren, Kranken und Arbeitslosen, Altersbeihilfen, Witwen- und Sterbegeldern, Hilfen bei Betriebsunfällen, Berufskrankheiten und Invalidität usw. der Anteil der in Armut Lebenden beträchtlich gesenkt werden — zwischen 1936 und 1950 von 31,1 % und 2,77 %[48]. Die zum Teil vorbildlichen sozialstaatlichen Leistungen mußten jedoch weitgehend durch die zwischen 1938/39 und 1951/52 von 397 Millionen Pfund auf 1,9 Mrd. Pfund erhöhten indirekten Steuern von den Lohnabhängigen im Sinne eines „solidarischen Ausgleichs" selbst aufgebracht werden.

Noch deutlicher kamen die reformistischen Schranken der Labour-Regierung an dem schon 1918 konzipierten Nationalisierungsprogramm der Labour Party zum Ausdruck, nach dem der Kohlenbergbau, die Elektrizitäts- und Gasindustrie, die Eisen- und Stahlerzeugung, das Verkehrswesen und die Bank von England verstaatlicht wurden. Der nicht-proletarische Klasseninhalt der Verstaatlichungsmaßnahmen zeigte sich schon daran, daß die Konservativen bereits zwischen den beiden Weltkriegen mit der öffentlichen Kontrolle der später von der Labour-Regierung verstaatlichten Industriezweige begonnen hatten. Dies betraf im wesentlichen Industrien, die entweder verfielen wie Bergbau und Eisenbahn oder riesiger Neuinvestitionen bedurften wie Gas und Elektrizität. Während die gerade noch profitablen Sektoren wie Eisen- und Stahlindustrie wieder reprivatisiert oder wie das Öl im Energiesektor von vornherein nicht verstaatlicht wurden, mußte der Staat für die unrentabel gewordenen Industrien einmal überhöhte Entschädigungssummen an die früheren Eigentümer zahlen, zum anderen die finanziellen Mittel für die fällige Rationalisierung von Industrien bereitstellen, deren Leistungen wiederum zu Vorzugspreisen von den privaten Monopolen in der verarbeitenden Industrie genutzt wurden[49].

Daß mit dieser dreifachen Belastung der öffentlichen Hand durch überhöhte Entschädigungen, Rationalisierungszuschüsse bzw. Neuinvestitionen und billige Sondertarife sich die ursprünglichen Nationalisierungsvorstellungen als Etappe zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ins Gegenteil verkehren mußten, war den Arbeiterorganisationen weniger bewußt geworden als den in den betreffenden Industrien beschäftigten Arbeitern, die von niedrigen Löhnen und Freisetzungen in verstärktem Maße bedroht waren. Dem entsprach auch, daß die Mitbestimmungs- und Kontrollforderungen der Gewerkschaften wegen der angeblich „mangelnden Reife der Arbeiter" zurückgewiesen wurden, wohl aber einige Gewerkschaftsführer in die hochdotierten Posten der öffentlichen Unternehmen einrückten. Allerdings mußte der T.U.C. 1950 feststellen, daß der Anteil von

48 B. Seebohm Rowntree, G. R. Lavers, Poverty and the Welfare State, 1951, S. 40.

49 Vgl. allgemein: R. A. Brady, Crisis in Britain, Plans and Achievements of the Labour Government, London 1950; R. Kelf-Cohen, Twenty Years of Nationalisation, London 1969.

7 Gewerkschaftsfunktionären in den verstaatlichten Industriezweigen bei 43 Unternehmervertretern, 9 Regierungsbeamten, 4 Offizieren und 9 anderen Fachleuten äußerst gering geblieben war. Die sozialen und finanziellen Belastungen der „Sozialisierung der Verluste" durch die Labour-Regierung zeugten zwar von den zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des britischen Monopolkapitals und von der objektiven Notwendigkeit einer sozialistischen Transformation, stellten realiter aber nur im formellen Sinne einen Einbruch in die kapitalistische Produktionsweise dar.

So widersprüchlich wie das innenpolitische Reformprogramm der Labour-Regierung war ihre Außenpolitik. Zwar wurde die auf der Tagesordnung stehende Auflösung des Kolonialreiches beschleunigt, indem 1947 Indien, Pakistan, Ceylon und Burma die Unabhängigkeit gewährt wurde. Zugleich wurde aber von Bevin die Interventionspolitik Churchills zugunsten des königlich-faschistischen Regimes in Griechenland fortgeführt, ein jahrelanger Kolonialkrieg in Malaysia für die Besitzer der Kautschukplantagen und Zinngruben begonnen, in Indonesien und Palästina interveniert, Streiks in den Kolonien Goldküste und Nigeria blutig niedergeschlagen. Die antikommunistische Kontinuität der Außenpolitik der Labour Party legte bei der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation bereits den Grundstein für die wachsende Abhängigkeit von den USA, deren außenpolitischer Erfüllungsgehilfe die Labour-Regierung in Europa werden sollte. Das bedeutete aber, daß die weitere Politik der britischen Arbeiterorganisationen seit 1947 durch zwei voneinander abhängige Tendenzen bestimmt wurde: Der strikt konstitutionelle, im Rahmen des kapitalistischen Systems verbleibende Reformismus der britischen Arbeiterbewegung mit seiner latent antikommunistischen Ausrichtung bereitete trotz erheblicher sozialstaatlicher Reformen den Boden für die Restauration des durch den Zweiten Weltkrieg weiter geschwächten britischen Imperialismus, der angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in immer größere Abhängigkeit von den USA geriet[50].

Die strukturelle Krisensituation des britischen Imperialismus trat in dem chronischen Zahlungsbilanzdefizit und den periodischen Pfundkrisen in Erscheinung. Die für Großbritannien unerläßlichen Rohstoffe und Lebensmittelimporte konnten bei den sinkenden Kapitalinvestitionen, den kriegsbedingten Verlusten in der Schiffahrt und den eingeschränkten Finanzoperationen der Londoner City und vor allem bei den hohen überseeischen Militärausgaben nicht mehr durch Warenexporte ausgeglichen werden. Abgesehen von den sich zwischen 1946 und 1951 noch von 3,75 Mrd. Pfund auf 4,38 Mrd. Pfund vergrößernden Schulden gegenüber dem Sterling-Block, mußte die britische Regierung eine Anleihe von 4,4 Mrd. Dollar aufnehmen, als die USA unerwartet alle Lieferungen nach dem Pacht- und Leihgesetz im August 1945 einstellten. Damit war die vor einer Finanz-

50 Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1965, S. 161.

krise stehende Labour-Regierung faktisch den USA ausgeliefert — ein Tatbestand, den der Außenminister Bevin zur Anerkennung der „absoluten Führungsrolle der USA" verklären sollte. Da Großbritannen einen großen Teil seiner Handelsflotte, Devisenbestände und Auslandsguthaben an seinen wichtigsten Kriegslieferanten eingebüßt hatte und bei der Versorgung der eigenen Bevölkerung und der Besatzungsgebiete auf amerikanische Hilfe angewiesen war, mußte die britische Regierung schrittweise ihre außenpolitische Unabhängigkeit und ihr innenpolitisches Reformprogramm aufgeben. Das bedeutete für die reformistischen Arbeiterorganisationen, insbesondere für die Labour-Regierung und den sie stützenden T.U.C. aber:

— Mitwirkung an militärischen Maßnahmen gegen die Sowjetunion mit hohen Rüstungsausgaben, Eintritt in den Brüsseler Pakt und die NATO, in der gerade Portugal die Grundsätze der Demokratie verteidigen sollte;
— Zustimmung zum Marshall-Plan, der die kapitalistische Wirtschaft in Westeuropa restaurierte und den Hinauswurf der Kommunisten aus den vom Widerstand gegen den Faschismus geprägten Koalitionsregierungen in Frankreich, Italien und Belgien bedingte;
— Zustimmung zur endgültigen Spaltung Deutschlands auf der Londoner Konferenz, die unter Ausschluß der Sowjetunion tagte. Verbot der vom nordrhein-westfälischen Landtag beschlossenen Vergesellschaftung der Montanerzeugung, die in Großbritannien selbst noch verstaatlicht wurde;
— Unterstützung und Durchführung von militärischen Aktionen gegen kolonialrevolutionäre Befreiungsbewegungen in Indonesien und Indochina, im Nahen und Mittleren Osten usw.;
— Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes durch den T.U.C. auf Drängen der amerikanischen Gewerkschaften, die schon die Bestrebungen zur Einheitsgewerkschaft wie in Italien und Frankreich sabotiert hatten.

Der antisowjetischen Stoßrichtung der britischen Arbeiterführung entsprach innenpolitisch eine antikommunistische Hexenjagd gegen Kommunisten und Sympathisanten, die wie schon in den 30er Jahren von Funktionärsposten in den Gewerkschaften und lokalen Gewerkschaftsräten ausgeschlossen wurden. Diese Beschlüsse des Generalrates des T.U.C. waren vor allem von Arthur Deakin (T.G.W.U.) und Tom Williamson (N.U.G.M.W.) mit Unterstützung von dem Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft, William Lawther, und dem Generalsekretär der Eisen- und Stahlarbeitergewerkschaften, Lincoln Evans, durchgesetzt worden.

Mit der Zurückdrängung der zunehmend kommunistisch orientierten klassenkämpferischen Basis in den Gewerkschaften konnte der Generalrat auf den Kongressen der folgenden Jahre noch wirkungsvoller die Regierungspolitik sanktionieren, indem er Vorschläge zur effektiveren Einsetzung der Arbeitskräfte und Produktionseinrichtungen machte, die Aufgabe von angeblich restriktiven Arbeits-

praktiken forderte und gemeinsame Beratungsgremien mit dem Management befürwortete. In einem anglo-amerikanischen Produktivitätsausschuß orientierte sich der T.U.C. an der Rolle der amerikanischen Gewerkschaften bei der Erhöhung der industriellen Produktivität in den USA. Um der Erhöhung der Produktion und der Beschränkung des Anstiegs der Reallöhne willen verzichtete der Generalrat auch auf die Aufhebung der streikfeindlichen Verordnung 1305 und anderer restriktiver kriegsbedingter Maßnahmen in der Industrie. Entsprechend versuchte die Labour-Regierung, als im Juli 1947 die britischen Dollarreserven dahinschmolzen, die sich abzeichnende Währungskrise auf Kosten der Arbeiterklasse zu lösen, die schon Anfang des Jahres anläßlich der Energiekrise zur Kasse gebeten war. So sollten die Lohnerhöhungen verringert und die Einfuhren einschließlich der Lebensmittelimporte sowie der Bau von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern eingeschränkt werden. Trotz einer zögernden Haltung gegenüber Lohnbeschränkungen stimmte der T.U.C. schließlich auf einer Konferenz der Gewerkschaftsexekutiven für die einkommenspolitischen Maßnahmen, die bei der Verschlechterung der Zahlungsbilanz 1949 und der Abwertung des Pfund Sterling mit der Einwilligung der Gewerkschaftsführungen noch verschärft wurden[51].

Die einkommenspolitischen Maßnahmen kamen der britischen Exportindustrie zugute, die den britischen Anteil am Weltexport von 7,41 % im Jahre 1945 auf 9,58 % 1951 steigerte. Der dadurch mitbedingte Anstieg der Industrieproduktion um 45 % zwischen 1946 und 1951 fand vor allem in den durch die Kriegsproduktion technologisch fortgeschrittenen Industrien wie Maschinenbau, Schiffbau, Elektromaschinenbau und chemischer Industrie statt, die nahezu alle Produkte auf dem Weltmarkt absetzen konnten. Als Deutschland und Japan ihren unmittelbaren Wiederaufbau abgeschlossen hatten und ihre Exporte allein zwischen 1950 und 1951 verdoppelten[52], verschlechterten sich zwar die Konkurrenzbedingungen für den britischen Kapitalismus, der aber durch die Pfundaufwertung und den amerikanischen Koreakrieg eine Atempause erhielt. Dabei spielten die Rüstungsausgaben eine entscheidende Rolle, die 1950 bereits über 800 Millionen Pfund und ein Jahr später etwa 1,1 Mrd. Pfund ausmachten. Im gleichen Jahr verabschiedete die Labour-Regierung ein gigantisches Aufrüstungsprogramm mit Militärausgaben in Höhe von 4,7 Mrd. Pfund für die drei folgenden Jahre, die sich nur mit Steuererhöhungen und verringerten Sozialausgaben bezahlen ließen. So waren zum Budgetjahr 1951/52 auf ein verausgabtes Pfund Sterling immerhin noch 9 Shilling und 3 Pence für soziale Zwecke und für militärische 4 Shilling und 3 Pence entfallen, die mit den militärischen Belastungen im folgenden Budgetjahr auf 7 Shilling anstiegen[53]. Zugleich wurden die Ausgaben für Wohnungsbau, Bildungs-

51 Lovell, Roberts, S. 159 f.

52 G. D. N. Worswick, P. H. Ady (Hrsg.), The British Economy, 1945—1950, Oxford 1952, S. 493.

53 Truchanowski, S. 579 f.

zwecke und das Gesundheitswesen drastisch eingeschränkt, um weitere finanzielle Mittel für die beschleunigte Aufrüstung freizumachen, mit der wiederum die schon durch die Pfundabwertung angestiegenen Lebenshaltungskosten ebenso wie die unternehmerischen Profite hochschnellten.

Der konzertierte Angriff von Monopolkapital und Staat auf den sozialen Besitzstand der werktätigen Bevölkerung machten die Schranken der reformistischen Orientierung einer Labour Party offenbar, von deren ursprünglichem Wahlprogramm des Jahres 1945 und Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus unter der Losung des „demokratischen Sozialismus" nicht viel übrigblieb. Je mehr die monopolkapitalistischen Verwertungsbedingungen und imperialistischen Ambitionen der herrschenden Klasse die Politik der Labour-Regierung bestimmten, um so mehr mußten sich die Widersprüche in der Arbeiterbewegung vertiefen. Diese traten auf verschiedenen, miteinander verflochtenen Ebenen zutage: einmal als wachsende Kluft zwischen Labour-Regierung und Arbeiterklasse, zum anderen als verschärfte Spannungen in den Gewerkschaftsapparaten, was wiederum zur Fraktionsbildung in der parlamentarischen Labour Party und Parteiführung beitrug.

Auf die verschlechterten Lebensbedingungen antworteten die britischen Arbeiter mit einer deutlich steigenden Streikaktivität im Maschinenbau, Eisenbahnwesen und vor allem im Bergbau, auf den zum Teil mehr als die Hälfte der an Streiks Beteiligten entfielen. Der häufig spontane Widerstand kulminierte in den Kämpfen der Hafenarbeiter, die schon 1945 bei ihren Minimalforderungen nach einem Grundlohn von 25 Shilling täglich einem bezahlten Urlaub von jährlich zwei Wochen, einer 40stündigen Arbeitszeit in der Woche und verbesserten Sozialleistungen einer Einheitsfront von Hafenunternehmern, Labour-Regierung und eigener Gewerkschaftsführung gegenüberstanden. Der schließlich erfochtene Teilsieg zeugte von der traditionellen Solidarität der britischen Hafenarbeiter, die sich im Sommer 1948 mit Massenstreiks gegen disziplinarische Maßnahmen der Hafenbehörde wehrten. Dieser Streik wurde erst abgebrochen, als die Regierung Notstandsgesetze erließ, den Ausnahmezustand verkündete und Truppen zur Niederschlagung des Ausstands in die Häfen entsandte. Bereits ein Jahr darauf kam es wiederum zu Massenaktionen der Londoner und Liverpooler Dockarbeiter, die sich mit streikenden kanadischen Seeleuten solidarisierten. Ihren Höhepunkt erreichten die Kämpfe der Hafenarbeiter, als nach einigen Streiks um Lohnforderungen sieben Mitglieder der Streikleitung nach der Verordnung 1305 verhaftet wurden. Angesichts des Widerstandes der Hafenarbeiter mußte zunächst die Anklage fallengelassen und bald darauf im August 1951 die Verordnung selbst aufgehoben werden, auf Grund derer 1950 noch zehn streikende Gasarbeiter zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden waren[54].

54 Hutt, British Trade Unionism, S. 188 ff.

Die wachsende Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Basis, vor allem in der Metallindustrie und im Eisenbahnwesen, führte schließlich zur Ablehnung der Politik der Lohnbeschränkung auf dem T.U.C. in Brighton. Damit ging zugleich eine ansteigende gewerkschaftliche Opposition gegen die T.U.C.- und Labourführung einher, deren reaktionäre Innen- und Außenpolitik von dem demokratischen Alternativprogramm der Kommunistischen Partei „The British Road to Socialism" in Frage gestellt wurde, das mit den in wenigen Monaten verkauften 200 000 Exemplaren eine verhältnismäßig große Popularität erlangte[55]. So begannen die Eisenbahner-, Metallarbeiter- und Elektrikergewerkschaften für eine von den amerikanischen Kriegsvorbereitungen unabhängige Außenpolitik zu votieren — für Frieden in Korea, gegen die japanische und deutsche Wiederaufrüstung, für Chinas Eintritt in die Vereinten Nationen und eine Friedenskonferenz. Dadurch stieg auf dem T.U.C. 1951 — verglichen mit der Ablehnung der Weltfriedensbewegung ein Jahr zuvor — der Widerstand gegen die amerikanische Kriegspolitik und das britische Aufrüstungsprogramm stark an. Die Gefährdung des nach 1945 erreichten sozialpolitischen Fortschritts führte schließlich zum Rücktritt des Arbeitsministers Aneurin Bevan und des Handelsministers Harold Wilson, die allerdings die Notwendigkeit der Aufrüstung nicht prinzipiell ablehnten.

Die innerpolitische Konfliktsituation war durch die arbeiterfeindliche Politik der regierenden Labour Party hervorgerufen worden, die schon bei den im Februar 1950 anstehenden Unterhauswahlen erhebliche Verluste hatte hinnehmen müssen, während die Kommunistische Partei nur etwas über 90 000 Stimmen erhielt[56]. Bei dem rapiden Aufwärtstrend der Preise — der offizielle Preisindex stieg von 113 im Februar 1950 auf 129 im Oktober 1951[57] — mußte ein überzeugender Wahlsieg der Labour Party ausbleiben, so sehr sich auch die militante gewerkschaftliche Basis einschließlich der Kommunistischen Partei einsetzte, die nur 10 Kandidaten aufstellte und sich für eine konsequente Friedenspolitik aussprach. Trotz der auf knapp 14 Millionen Stimmen angestiegenen Wählerzahl verlor die Labour Party die Unterhauswahlen nicht nur wegen der ungünstigen Wahlkreiseinteilung, von der die selbständigen Mittelschichten und die gehobene Angestelltenschicht auf Kosten der in geschlossenen Vierteln zusammengeballten Industriearbeiterkollektive begünstigt wurden. Vielmehr zeigte der knappe Wahlsieg der Konservativen, daß sich die weitgehende Anpassung der Labour Party an monopolkapitalistische Interessen und kleinbürgerliche Mentalitäten nicht auszahlte.

Die Stimmenverluste bei den folgenden Wahlen in den 50er Jahren zeugten von den inneren Widersprüchen in den britischen Arbeiterorganisationen, in denen eine stärker werdende Minorität um die

55 Hutt, S. 190.
56 Labour Research, April 1950, S. 83.
57 Henry Pelling, A Short History of the Labour Party, S. 107.

traditionellen reformistischen Positionen kämpfte, ohne bei der eigenen Zersplitterung eine programmatische Alternative entwickeln zu können. Das wurde auch dadurch erschwert, daß die schon mit dem Beginn des Kalten Krieges aus einigen Gewerkschaften wie der T.G.W.U. verdrängte Kommunistische Partei zwei weitere Rückschläge hinnehmen mußte, die ihren politischen Handlungsspielraum beeinträchtigten. Der Ungarn-Aufstand führte zum Austritt zahlreicher Parteimitglieder, die zum Teil wie die führenden Funktionäre in der militanten E.T.U., Les Cannon und Frank Chapple, unverhohlen antikommunistische Positionen einnahmen. Diesen gelang es in einer jahrelangen Kampagne, mit Unterstützung von Presse und Fernsehen, die kommunistische Führung mit dem Vorwurf der Wahlfälschung 1961 zu stürzen[58]. Trotz der hiermit verbundenen Schwächung der klassenbewußten Teile in der britischen Gewerkschaftsbewegung war mit der Wahl Frank Cousins zum Nachfolger von Deakin in der T.G.W.U. ein entscheidender Einbruch in den reaktionären Block T.G.W.U.-N.U.G.M.W.-N.U.M. erfolgt, der bis Mitte der 50er Jahre Gewerkschaftskongreß und Parteitag mit seinen 2,3 Millionen Stimmen gegenüber den knapp 1,4 Millionen Stimmen der drei großen gemäßigten linken Gewerkschaften A.E.U., N.U.R., U.S.D.A.W. souverän beherrscht hatte, so leidenschaftlich sich auch die um die Zeitschrift „Tribune" scharende Bevan-Gruppe dagegen gewehrt hatte[59].

Die Auseinandersetzungen auf Gewerkschaftskongressen und Parteikonferenzen der 50er Jahre konzentrierten sich im wesentlichen auf zwei strittige Problemkomplexe: einmal auf die verschiedenen Varianten staatlicher Einkommenspolitik, zum anderen auf die vielfältigen Aspekte der Verteidigungspolitik, ob es sich um kolonialpolitische Eingriffe, die westdeutsche Wiederaufrüstung, die Herstellung und Verwendung von Wasserstoffbomben oder gar um die gesamte Verteidigungskonzeption handelte. Dabei konnten die oppositionellen Kräfte einige Erfolge erringen. So sicherte nur eine plötzliche Kehrtwendung der Holzarbeitergewerkschaft der Parteiführung 1954 eine geringe Mehrheit für die westdeutsche Wiederaufrüstung, während auf dem T.U.C. 1959 die Einrichtung amerikanischer Raketenstützpunkte in Großbritannien mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde. Die Beteiligung von Bevan und Wilson am Schattenkabinett Gaitskells nach der Wahlniederlage 1955 hatte die parteiinterne Opposition in der Verteidigungsproblematik nur kurzfristig desorientieren können, denn auf Gewerkschaftskongreß und Parteikonferenz 1960 wurde die offizielle Verteidigungspolitik der Parteiführung ebenso verworfen wie die im Rahmen der NATO-Strategie konzipierte nukleare Aufrüstung[60]. Da zugleich die von

58 Hutt, S. 205 ff.; Pelling, A History of British Trade Unionism, S. 250 ff.

59 Martin Harrison, Trade Unions and the Labour Party Since 1945, London 1960, S. 189, 248.

60 Hutt, S. 205, 210.

Gaitskell nach der Wahlniederlage von 1959 beabsichtigte Streichung der traditionellen Sozialisierungsklausel verhindert werden konnte, war zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der Mehrheit auf dem Parteitag eine bisher nicht gekannte Kluft entstanden, die von der heterogenen, nur sporadisch einheitlich agierenden Opposition aber nicht zum Aufbau einer alternativen Programmatik genutzt wurde. Daher gelang es der Parteiführung immer wieder, die punktuellen Niederlagen entweder zu revidieren oder den linken Flügel zu integrieren. Das zeigte der Parteitag 1961 mit der Annahme der Verteidigungskonzeption der Parteiführung ebenso wie die Wahl des „gemäßigten Linken" Harold Wilson zum Nachfolger des 1963 verstorbenen Gaitskell.

Dieser Integration der parteiinternen Opposition kamen die Spielregeln des britischen Parlamentarismus entgegen, nach denen der Premier das Kabinett, die Regierung die Parlamentsfraktion und diese die Parteiorganisation beherrschen. Wenn die Labour Party auch traditionell an die Beschlüsse des Parteitages und seine — aber von der Exekutive manipulierte — Öffentlichkeit gebunden ist, so hatte selbst der ehemalige Exponent der Parteilinken Bevan, wie zuvor schon Attlee und später Wilson, die Aufgabe der parlamentarischen Fraktion darin gesehen, die Politik des Parteitages im Rahmen des gegebenen parlamentarischen Systems zu interpretieren[61]. Diese eher formelle Verselbständigung der Parteiführung von ihrer Mitgliederbasis wurde allerdings dadurch gefördert, daß Parteitag und selbst die parlamentarische Fraktion zunehmend durch die direkten Verhandlungen des Generalrates des T.U.C. mit der staatlichen Administration und dem Kabinett überspielt wurden. Insofern sank auch das Interesse der Gewerkschaftsführung, aus den eigenen Reihen Spitzenfunktionäre in das Parlament zu schicken, die zum Teil nicht einmal mehr an den wichtigen Konferenzen ihrer Gewerkschaften teilnahmen oder deren Beschlüsse akzeptierten. Entsprechend erklärte sich der Generalrat des T.U.C. nach der Wahlniederlage der Labour Party im Jahre 1951 zu einer engen Zusammenarbeit mit der neuen konservativen Regierung bereit, die den sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen der etablierten Gewerkschaftsführungen bereitwillig entgegenkam. So wurde die Beteiligung der Gewerkschaftsspitzen an zahlreichen Regierungsausschüssen sukzessive von 12 im Jahre 1939 über 60 unter Labour 1949 auf 81 unter den Konservativen im Jahre 1954 erweitert[62]. Bezeichnend für diese stillschweigende Kooperation sollte der oft zitierte Ausspruch eines hohen Gewerkschaftsfunktionärs werden, daß er nur den Telefonhörer abzunehmen brauche, um den zuständigen Minister zu sprechen. Unterderhand übernahm der Generalrat des T.U.C. die gängigen wirtschaftspolitischen Maximen einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz, eines stabilen Wachstums und vor allem einer erforderlichen Pro-

61 Harrison, S. 198; R. T. McKenzie, British Political Parties, London 1964.

62 V. L. Allen, S. 34.

duktivitätssteigerung. So bekräftigte der Stahlarbeiterführer auf dem T.U.C. 1961 den Verantwortungswillen der Gewerkschaften: „Wenn wir die Möglichkeit haben, bei der Erhöhung der Produktivität zu kooperieren, dann wollen wir es tun. Wir werden unsere Forderungen aufstellen; aber laßt uns zuerst demonstrieren, daß wir verantwortlich sind und Verantwortung übernehmen wollen." [63] Das sollte an der Teilnahme von Vertretern des T.U.C. an dem von der konservativen Regierung eingerichteten „Economic Development Council" ebenso deutlich werden wie in dem Eintritt zahlreicher hoher Gewerkschaftsfunktionäre in den öffentlichen Dienst.

Die Zusammenarbeit mit dem monopolkapitalistischen Management in der staatlichen Administration führte zu einer entsprechenden ideologischen Anpassung, die zwangsläufig eine weitere Erosion der noch verbliebenen sozialistischen Restbestände zur Folge hatte. So versuchte der Parteiführer Hugh Gaitskell nach der Wahlniederlage von 1959 die berühmte Klausel Vier des Parteiprogramms aus dem Jahre 1918 zu streichen, die das gesellschaftliche Eigentum an Produktions-, Verteilungs- und Austauschmitteln propagierte. Die hier noch vorgesehene vollständige Nationalisierung hatte er bereits in dem 1956 veröffentlichten Aufsatz „Socialism and Nationalisation" mit dem Hinweis abgelehnt, daß Vollbeschäftigung ohnehin erreicht und die Macht der Kapitaleigentümer durch die Gewerkschaften stark begrenzt sei. Daher unterstellte er, daß Forderungen nach Nationalisierungen und Arbeiterkontrolle zum Teil mit dem Wunsch kleiner Arbeitergruppen verbunden seien, sich auf Kosten der Gemeinschaft zu bereichern [64]. Hiermit zeichnete er den Weg vor, an dessen Ende die Nationalisierung nur noch ein Mittel unter anderen sein sollte, um Vollbeschäftigung, größere Gleichheit und vor allem höhere Produktivität zu erreichen. Wenn es bei dem Protest der Majorität der Gewerkschaften und Wahlkreise auch nicht gelang, die Klausel Vier zu streichen, so konnte sie dennoch in zwölf Bestimmungen verwässert werden, in denen das Nebeneinander von öffentlichen und privaten Unternehmen bestätigt wurde. Entsprechend hatte schon der auf dem Parteitag 1957 vorgelegte Bericht „Industry und Society" die Entscheidungskompetenz des Managements von den monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnissen gelöst, um letztlich die soziale Funktion der Großunternehmen gegenüber den Beschäftigten, Konsumenten und der Allgemeinheit überhaupt zu postulieren — ein Schnittpunkt sozialdemokratischer und konservativer Ideologie unter technokratischem Vorzeichen.

Damit kündigte sich der Übergang der einst reformistischen Labour-Führung zum Rationalisierungspersonal der herrschenden Klasse an — ein nahezu die Spaltung provozierender Integrationsprozeß, der von dem ehemals linken Bevan-Anhänger Harold Wilson als Premierminister der Labour-Regierungen 1964—70 praktisch

63 Hutt, S. 212.

64 Hugh Gaitskell, Socialism and Nationalisation, Fabian Tract, No. 300, 1956.

vollzogen werden sollte. Bereits vor dem Wahlsieg der Labour Party hatte er in einem Artikel für die Enzyclopaedia Britannica die „Bedeutung des britischen Sozialismus" vor allem darin gesehen, die Probleme der wirtschaftlichen Dynamik zu lösen[65]. Durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Steueranreize und öffentliche Forschungs- und Entwicklungsausgaben sollten insbesondere die metallverarbeitenden Exportindustrien modernisiert werden. Zur zentralen Aufgabe des Sozialismus in Großbritannien wird nach Wilson daher die Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung, die Mobilisierung der wissenschaftlichen Forschung und die Anwendung der Wissenschaft in der Industrie. Die naive Identifikation von Wissenschaft und Sozialismus im Interesse der Konkurrenzfähigkeit des britischen Monopolkapitals durch den früheren Bevan-Anhänger Wilson offenbarte insgesamt einen beträchtlichen Substanzverlust der Linken in der Labour Party, in der während der Nachkriegskonjunktur auch die Elemente der marxistischen Gesellschaftstheorie verblaßt waren, die in der Zwischenkriegszeit von Intellektuellen wie Strachey und Laski, aber auch zuletzt von Cole und den Webbs fruchtbar gemacht worden waren.

Eine theoretische Begründung für die revisionistische Strömung in der Labour Party lieferte C.A.R. Crosland[66], der einen ökonomischen Machtverlust der Kapitaleigentümer an das lohnabhängige Management und die staatliche Administration postulierte. Aus der sinkenden Bedeutung des Produktionsmittelbesitzes folgerte er eine im sozialen Sinne veränderte Rolle des Profits, die eine Einkommensumverteilung zugunsten der abhängig Beschäftigten bewirkt und Armut dauerhaft beseitigt habe. Wenn aber die soziale Verelendung der Klasse der Lohnarbeiter und die ökonomische Macht der Kapitalisten, also gesellschaftliche Ausbeutung und der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital beseitigt sind, dann kann auch nicht mehr von Kapitalismus und Klassenkampf gesprochen werden. Bei einem kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstum mit Vollbeschäftigung steht die britische Arbeiterbewegung nach Crosland auch nicht mehr vor der Aufgabe gesellschaftsverändernder Eingriffe. Was einer Labour-Regierung zu tun übrigbleibt, sind daher angesichts der Überflußgesellschaft eher technisch verstandene Rationalisierungsmaßnahmen wie im ökonomischen Bereich finanz-, steuer- und einkommenspolitische Eingriffe und im sozialen Bereich die Durchsetzung größerer Wohlfahrt und Gleichheit durch Demokratisierung des Bildungswesens, Erhöhung des Konsumstandards und erweiterte soziale Leistungen. Da Crosland diese Zielsetzungen schon größtenteils verwirklicht sieht, wird zur vordringlichen Aufgabe für Sozialisten eine möglichst große Ausweitung der individuellen Privatsphäre, der sinnvollen Freizeitgestaltung und der sozialen Verantwortung für kulturelle Werte. Darunter versteht er z. B. die Ein-

65 Harold Wilson, The Relevance of British Socialism, London 1964.

66 Vgl. vor allem das immer wieder aufgelegte Buch: The Future of Socialism, London 1956.

richtung von schöneren Vergnügungsstätten, geschmackvolleren Straßenlampen, Reform der Scheidungs- und Abtreibungsgesetze, verbesserte Planung von öffentlichen Gebäuden, Städten und Parkanlagen. Daß sich Crosland in diesem Zusammenhang nicht auf Marx, sondern auf Keynes beruft, verwundert ebensowenig wie die abschließende Sentenz in seinem Buch „The Future of Socialism": „Wir wollen nicht in das Zeitalter des Überflusses eintreten, nur um herauszufinden, daß wir die Werte verloren haben, die uns lehren könnten, wie wir ihn genießen sollen." [67]

In dieser ideologischen Standortbestimmung spiegelt sich der Bewußtseinsstand einer liberalen bzw. bürgerlichen Arbeiterpartei, die nach der Generalstreikniederlage in das sich herausbildende monopolkapitalistische Herrschaftssystem integriert wurde. Die britische Arbeiterklasse hatte nach der Niederlage in den chartistischen Klassenkämpfen in gleicher Weise auf den politischen Kampf um die sozialistische Transformation verzichtet. Erst nach dem Verlust des Industriemonopols und im Verlaufe der Großen Depression konnte es wieder sozialistische Ansätze in der bürgerlichen Gesellschaft Großbritanniens geben, die noch immer von ihrem Absatz- und Kolonialmonopol bis zum Ausgang des Zweiten Weltkriegs zehrte. Die periodischen Rezessionen und Währungskrisen in der Nachkriegskonjunktur deuteten aber bereits an, daß sich der britische Imperialismus in einer Strukturkrise befand. Diese führte mit dem allgemeinen Abschwung seit Mitte der 60er Jahre zu verschärften Klassenkämpfen, in deren Verlauf sich die britische Arbeiterbewegung zu einer sozialistischen Programmatik vorzuarbeiten beginnt.

III. Etappen in der Herausbildung einer antikapitalistischen Gewerkschaftspraxis

Der nach wie vor konstitutive Klassenantagonismus konnte unmittelbar vor, während und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg unter den restriktiven Bedingungen der weltpolitischen Kräftekonstellation und des traditionellen Reformismus der britischen Arbeiterbewegung so lange institutionalisiert werden, wie die Rekonstruktionskonjunktur in den kapitalistischen Industrienationen anhielt. Das Ende der langen Aufschwungperiode deutete sich in den sechziger Jahren in verstärkten Krisenerscheinungen an, die mit den sinkenden Profiträten und der zunehmenden internationalen Konkurrenz in nahezu allen westeuropäischen Ländern zu verschärften Klassenkämpfen führten. Daß sich die ökonomischen Stagnationstendenzen und sozialen Auseinandersetzungen in Großbritannien schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre bemerkbar machten, lag an der spezifischen strukturellen Schwäche des britischen Imperialismus. Dieser hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zwar kurzfristig erholen können, mußte aber mit dem Aufkommen der westeuropäischen und japanischen Konkurrenz starke Exportverluste hinnehmen. Dadurch kam es zu einer weiteren Verschlechterung der

67 Crosland, S. 529.

Zahlungsbilanz mit permanenten Defiziten und periodisch ausbrechenden Pfundkrisen, die allerdings im wesentlichen durch den ungehemmten Abfluß von privatem Kapital und die hohen überseeischen Rüstungsausgaben verursacht wurden. Die ökonomisch-militärische Hypothek der imperialistischen Großmachtpolitik Großbritanniens trug entscheidend zu der niedrigen Investitionsquote, dem geringen Produktivitätszuwachs und der spärlichen Wachstumsrate der britischen Wirtschaft bei[68].

Mit der sinkenden Konkurrenzfähigkeit des britischen Kapitals verschärften sich wiederum die Währungskrisen, die zwar durch deflationistische Maßnahmen auf Kosten der Arbeiterklasse kurzfristig behoben werden konnten. Die alternative Dämpfung und Stärkung der Nachfrage in der Stop-Go-Politik der konservativen Regierungen brachte jedoch Wachstumsverluste mit sich, die eine Ausweitung der staatlichen Wirtschaftspolitik im Interesse einer erhöhten Akkumulationsrate erforderlich machten. Das sollte vor allem eine technokratisch orientierte Labour-Regierung besorgen, indem sie einmal die Konzentration und Zentralisation des britischen Kapitals in einem Katalog finanzieller Unterstützungsmaßnahmen beschleunigte, zum anderen auf eine Erhöhung der monopolistischen Profitrate hinarbeitete. Dazu gehörten eine gezielte Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungspolitik ebenso wie der konzertierte Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung, deren soziale Errungenschaften schrittweise abgebaut wurden.

Die weitgehende Anpassung an die Interessen des monopolkapitalistischen Managements und der staatlichen Administration war zwar von oppositionellen Strömungen teilweise in Frage gestellt worden, die den offiziellen Integrationskurs der Labour-Führung aber nicht verhindern konnten, der erst seit Ende der 60er Jahre schrittweise aufgegeben werden mußte. Dabei läßt sich die Entwicklung einer antikapitalistischen Gewerkschaftspraxis feststellen, die sich bei der organisatorischen Zersplitterung der britischen Gewerkschaftsbewegung allerdings weitaus ungleichmäßiger als in anderen kapitalistischen Industrienationen entfaltete. Dennoch schälen sich angesichts der zunehmenden Krisenerscheinungen verschiedene Etappen in der Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung heraus, die hier nur skizziert werden sollen[69]. Am Anfang stand eine zuneh-

68 Vgl. allgemein: Joachim Gruner, Großbritannien und die EWG, DWI-Forschungshefte 4, 1970.

69 Diese Phase der britischen Arbeiterbewegung ist von mir bereits unter verschiedenen Aspekten dargestellt worden. Siehe u. a.: Zur politisch-ökonomischen Bedeutung des Gewerkschafts-Gesetzes in Großbritannien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, April 1971; Großbritannien, in: Detlev Albers, Werner Goldschmidt, Paul Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek 1971, S. 193 ff.; Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien, in: Sozialistische Politik, April 1972, S. 1 ff.; Das neue Parteiprogramm der Labour Party, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juli 1973.

mende Streikaktivität der gewerkschaftlichen Basis, die in steigendem Maße die Gewerkschaftsapparate bis zum T.U.C. erfaßte und schließlich im Zusammenhang mit einheitlichen Klassenaktionen zu einer antikapitalistischen Programmatik führte.

1. Aspekte der betrieblichen Militanz

Auf die wachsende Unsicherheit in ihrer sozialen Lage begannen die britischen Arbeiter mit einer zunehmenden Kampfbereitschaft zu antworten, die von den organisatorisch zersplitterten Gewerkschaften aber nicht in einheitliche Aktionen umgesetzt werden konnte. Diese mußten daher entweder von der gewerkschaftlichen Basis ohne Unterstützung des eigenen Apparates oder von einzelnen Gewerkschaften geführt werden, ohne daß es zu solidarischen Hilfsmaßnahmen kam. So konnten die im Sommer 1958 mehr als sechs Wochen streikenden Busfahrer ihre Lohnforderungen ebensowenig durchsetzen wie die ein Jahr später um die 40-Stundenwoche kämpfenden Druckarbeitergewerkschaften[70]. Dagegen hatten die 1956 um ihre Arbeitsplätze ringenden Autoarbeiter, der „British Motor Corporation" mit der Rückendeckung von A.E.U. und T.G.W.U. die drohenden Entlassungen verhindern können. Eine Ausnahme sollte auch der von der Konföderation der Schiffbauer- und Maschinenbauergewerkschaften ausgerufene Streik der Metallarbeiter bleiben, deren hohe Beteiligung von ihrer wachsenden Militanz zeugte, die sich zunehmend in spontanen Aktionen auf betrieblicher Ebene äußerte. Deshalb soll kurz auf die strukturellen Ursachen, organisatorischen Formen und unmittelbaren Ziele der anwachsenden Kampfbereitschaft eingegangen werden.

Der Kluft zwischen der gewerkschaftlichen Basis und ihren zentralen Organisationen lag nicht nur die aufgezeigte ideologische, funktionelle und soziale Integration der Apparate in das monopolkapitalistische Herrschaftssystem zugrunde, sondern auch technisch-ökonomische Veränderungen. Mit der Konzentration der Lohnabhängigen in den Großbetrieben der Industriekonzerne und der relativen Vollbeschäftigung in der Nachkriegskonjunktur sind die zentralen Tarifverhandlungen immer mehr von betrieblichen Verhandlungen („workshop bargaining") ergänzt worden. Denn das Management war bei angespannter Arbeitsmarktlage gezwungen, um den Preis der Ware Arbeitskraft zu konkurrieren, den kampfstarke gewerkschaftliche Betriebsgruppen bei den zusätzlichen Gewinnspannen der Monopole mitbestimmen konnten. Der Trend zu dezentralisierten gewerkschaftlichen Verhandlungen ist durch das britische System des „collective bargaining" noch begünstigt worden, das nahezu vollständig auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhte und in Aussperrungen wie Streiks nur soziale Zwangsmittel kannte. So schob sich neben die von den Gewerkschaftsspitzen geführten nationalen Tarifverhandlungen das informelle, fragmentarische und autonome Verhandlungssystem der Shop Stewards, die als gewerkschaftliches Ba-

70 Allen, S. 201 ff.

sisorgan zum Organisator der zahlreichen spontanen Streiks wurden, in denen sich eine neue, aber betrieblich begrenzte Militanz entwickelte. Diese entzündete sich vor allem in der Auseinandersetzung mit dem Management um Leistungsfaktoren wie Akkordsätze und Überstunden und setzte mit den steigenden Effektivverdiensten eine Lohndrift in Gang, die sich vom Betrieb über das Unternehmen bis zum Industriezweig, vom privaten zum öffentlichen Sektor fortpflanzte, in dem in der Regel kein dualistisches Lohnsystem besteht.

Mit der Schwerpunktverlagerung des kollektiven Verhandlungssystems auf die betriebliche Ebene, wo die Shop Stewards und ihre gemeinsamen Ausschüsse, quasi unter den Augen ihrer Belegschaft direkt mit dem Management verhandeln, begannen sich Inhalt und Formen der Konflikte zu verändern. Das wird durch die Differenzierung eines teilautomatisierten Produktionsablaufs verstärkt, in dem spezialisierte Arbeiterkollektive eine Schlüsselstellung gewinnen. Kaum ersetzbar durch andere Arbeitergruppen, können sie größere Produktionseinheiten stillegen. So ist der lang andauernde, von zentralisierten Organisationsspitzen defensiv geführte Massenstreik den kurzen, überwiegend inoffiziellen (95 %) Arbeitsunterbrechungen gewichen, die häufig auch die Form von Überstundenverboten, Arbeit nach Vorschrift oder Bummelstreiks annahmen. Für den Aufwärtstrend der spontanen Streiks zeichneten vor allem Arbeitergruppen im Schiffs-, Maschinen- und Fahrzeugbau verantwortlich, in denen sich die lokalen Streiks auf die Kontrolle der unmittelbaren Arbeitsbedingungen und der innerbetrieblichen Herrschaftspyramide ausdehnten. So ist in einigen repräsentativen Industriezweigen festgestellt worden, daß fast die Hälfte aller Streiks zwischen 1964 und 1966 Lohnforderungen einschließlich Probleme der Lohnstruktur betrafen, 29 % Vorschriften und disziplinarische Maßnahmen und 15 % Freisetzungen, Entlassungen und Versetzungen[71]. An diesem Verhältnis wird deutlich, daß die Arbeiter nicht nur ihre Effektivverdienste an den Profiten der Monopole orientierten, sondern auch in steigendem Maße ihre konkreten Arbeitsbedingungen kontrollierten.

Die steigende Zahl und Intensität der Streiks wiesen auf eine Periode verschärfter Klassenauseinandersetzungen, in denen Kontrollforderungen erhoben wurden, die das kapitalistische Herrschaftssystem zunächst auf betrieblicher Ebene anzugreifen begannen. Unter den besonderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen Großbritanniens wie Vollbeschäftigung und Lohndrift, Dezentralisierung des gewerkschaftlichen Verhandlungssystems und Shop-Stewards-Bewegung, der historisch überkommenen Zersplitterung der britischen Gewerkschaften und ihrer syndikalistischen Tradition hatte sich eine beispiellose Kampfkraft der britischen Arbeiterklasse an der betrieblichen Basis entwickelt, ohne daß eine politische Dimension in der wachsenden Streikaktivität erreicht wurde.

71 Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations 1965—1968 (Donovan-Report), London 1969, Cmnd. 3623, S. 99.

Die neue Militanz verharrte weitgehend bei einem „soliden syndikalistischen Bewußtsein, unterbaut vom dichotomen Bild der Bosse oben und der Arbeiter unten und einem genuin sozial-demokratischen fair-play verpflichtet, das die Tatsache der ausbeutenden Mehrwertaneignung nicht in Frage stellt“ [72]. Dieses arbeitete sich häufig an spontanen, oft heftigen Einzelaktionen ab, ohne die gemeinsamen Kampferfahrungen in ein politisches Programm umzusetzen. So ist der Versuch militanter Arbeitergruppen, das betriebsegoistische Verhalten und die politische Apathie der Belegschaften zu überwinden, meistens gescheitert. Das lag einmal daran, daß keine revolutionäre Situation wie um den Ersten Weltkrieg bestand; zum anderen wurden die bestehenden Arbeiterorganisationen erst sporadisch mobilisiert — ein strukturelles Problem, an dem letztlich die Shop-Stewards-Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg zugrunde ging.

2. Politisierung der Streikbewegung

Die Kontrolle über verschiedene Leistungsfaktoren hatte nicht nur eine Steigerung der Arbeitsintensität verhindert, sondern auch eine unregelmäßige Lohnbewegung beschleunigt. Beides mußte bei der niedrigen Investionsquote und dem geringen Produktivitätszuwachs zur Senkung der Profitrate beitragen [73]. So begann die Labour-Regierung unter der Losung stabilen Wachstums der in der Phase relativer Vollbeschäftigung stärker und kämpferischer gewordenen Arbeiterklasse den Kampf anzusagen. Dies ist im wesentlichen auf drei sich ergänzenden Ebenen geschehen:

— auf betrieblicher bzw. unternehmerischer Ebene in langfristigen Produktivitätsvereinbarungen, die Lohndrift und Kontrollrechte abbauen und damit das betriebliche Verhandlungssyystem entmachten sollen;
— auf wirtschaftspolitischer Ebene in einkommenspolitischen Maßnahmen, die bei relativer Vollbeschäftigung faktisch in der Form der Lohnkostenkontrolle die ökonomische Funktion der industriellen Reservearmee übernehmen sollen;
— auf staatlich-hoheitlicher Ebene in einer antigewerkschaftlichen Gesetzgebung, um die neue Militanz der britischen Arbeiter auf rechtlichem Wege aufzufangen und das kapitalistische Herrschaftssystem zu stabilisieren.

Die sprunghaft um sich greifenden Produktivitätsabkommen zielten auf eine Rationalisierung der Arbeitsorganisation, mit der die auf betrieblicher Ebene erkämpften Kontrollrechte der Belegschaften hinfällig werden, vor allem durch die Überführung der Leistungslohnsysteme in Zeitlöhne mit quantifizierbaren Leistungsnormen. Eine der größten Gefahren für die Arbeiter liegt neben den langfristig sinkenden Reallöhnen in den hohen Freisetzungsraten. Von

72 Hubertus Hüppauf, Fordstreik und Mythos der Militanz, in: Sozialistische Politik, Oktober 1969, S. 18.

73 Andrew Glynn, Bob Sutcliffe, The Collapse of UK Profits, in: New Left Review, Nr. 66, März-April 1971.

wirtschaftspolitischer Seite wurde die Steigerung der betrieblichen Produktivität und unternehmerischen Profite durch einkommenspolitische Maßnahmen bis zum Lohnstopp abgesichert. Als die gewerkschaftliche Basis hierauf mit einer sich verstärkenden Streikaktivität antwortete, versuchte die Wilson-Regierung ein Streikkontrollgesetz durchzusetzen, woran sie zwar scheiterte, das dann aber von der neuen konservativen Regierung in verschärfter Form im Parlament verabschiedet wurde. Die antigewerkschaftliche Gesetzgebung soll die kampfstarken Betriebsgruppen schwächen, indem die weitgehenden informellen betrieblichen Verhandlungen formalisiert, die Shop Stewards stärker in den Gewerkschaftsapparat integriert und tarifvertragliche Vereinbarungen rechtlich bindend gemacht werden. Dabei werden die Satzungen und inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften von staatlichen Instanzen überwacht, die zugleich in Arbeitskonflikte eingreifen können. Ein System von Arbeitsgerichten soll die unbotmäßigen Arbeiter an der gewerkschaftlichen Basis und die Gewerkschaftsapparate mit harten finanziellen Strafen bis zu 100 000 Pfund zur Raison bringen[74].

Gewerkschaftsgesetzgebung, staatliche Einkommenspolitik und die unternehmerischen Produktivitätsabkommen trugen dazu bei, die zersplitterten Lohnkämpfe zu intensivieren und politische Massenaktionen der britischen Arbeiter zu entfalten. So hatte sich die Zahl der Streiks mit etwa 4000 im Jahre 1970 gegenüber 1967 fast verdoppelt, die Zahl der beteiligten Arbeiter ist mit 1,8 Millionen um das Zweieinhalbfache und die Dauer der Streiks mit 11 Millionen Streiktagen um das Vierfache gestiegen. In den länger andauernden Konflikten wurde eine angestaute Verbitterung der Arbeiter offenbar, denen sich bei den 1970 anstehenden Unterhauswahlen allerdings keine Alternative bot. Das führte bei einer beträchtlichen Wahlenthaltung zum Sieg der Konservativen, die im wesentlichen die Politik des Wilson-Kabinetts noch kompromißloser fortsetzten. Angesichts der sich vertiefenden Krisenerscheinungen, deutlich in der steigenden Inflationsrate und dem verringerten Wachstum, ging die neue konservative Regierung zum unverhohlenen Angriff auf die soziale und politische Stellung der britischen Arbeiterklasse über. So wurden die Lohnforderungen der im öffentlichen Sektor ohnehin benachteiligten Arbeitergruppen gebremst und eine noch reaktionärere Reform der industriellen Beziehungen („Industrial Relations Act") durch das Parlament gepeitscht. Dadurch verschärften sich die Klassenkonflikte erneut, wie schon ein Blick auf die Streikstatistik zeigt, die längst nicht alle Kampfformen registriert wie Arbeit nach Vorschrift, Boykott von Betrieben und sporadische Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen. War die Zahl der Streiktage zwischen 1966 und 1969 unter Labour schon von 2,4 auf 6,8 Millionen angestiegen, so wuchs sie bis 1972 auf 24 Millionen an[75].

74 Vgl. auch W. Müller-Jentsch, Gewerkschaftsgesetzgebung in England, in: Kritische Justiz, Heft 3, 1969, S. 262 ff.

75 Detaillierte Angaben zur Streikaktivität der britischen Arbeiterklasse, in: Department of Employment Gazette.

Zu den Knotenpunkten der sich verallgemeinernden Lohnbewegung wurden die politischen Massenstreiks gegen die Gewerkschaftsgesetze, an denen im Dezember 1970 Hunderttausende von Arbeitern und im März 1971 Millionen von Arbeitern in der Metallindustrie, den Häfen, Zeitungsverlagen und anderen Industriezweigen teilnahmen. Die Streikbewegung wurde vor allem von der mit ihren 30 000 Mitgliedern kleinen Kommunistischen Partei und ihrer Tageszeitung „Morning Star", früher „Daily Worker", von einigen trotzkistischen Gruppen mit lokalem Einfluß, von der Kampagne für Arbeiterkontrolle, linken Gewerkschaftsapparaten und einigen Abgeordneten des linken Labour-Flügels unterstützt. Durch den sich an der gewerkschaftlichen Basis ansammelnden Widerstand wurde auch der Gewerkschaftsbund T.U.C. mobilisiert, der zwar eine Massendemonstration von 140 000 Arbeitern in London organisierte, sich aber noch nicht zu industriellen Aktionen entschließen konnte. Wenn die parlamentarische Verabschiedung der antigewerkschaftlichen Gesetzgebung auch nicht verhindert werden konnte, so waren doch in den insbesondere von Metallarbeitergruppen im Schiffs-, Maschinen- und Fahrzeugbau getragenen politischen Massenstreiks große Teile der britischen Arbeiterklasse mobilisiert und Teile der Gewerkschaftsapparate einbezogen worden. So hatten die überall aufflackernden Warnstreiks gegen die Verabschiedung der Gewerkschaftsgesetze das Exekutivkomitee der 1,4 Millionen Mitglieder zählenden Metallarbeitergewerkschaft veranlaßt, am 1. und 18. März industrielle Massenaktionen anzusetzen, denen jeweils Millionen Arbeiter in der Metallindustrie folgten.

Dem Aufruf der Metallarbeitergewerkschaft zu politischen Streiks lag eine innergewerkschaftliche Demokratisierung zugrunde, die wie bei der Transportarbeitergewerkschaft von den militanten gewerkschaftlichen Betriebskomitees ausging und schrittweise zu einer antikapitalistischen Orientierung geführt hat. Entsprechend verstehen die führenden Funktionäre Jack Jones von der T.G.W.U. und Hugh Scanlon von der A.E.U. ihre Organisationen als Transmissionsriemen einer von den Shop Stewards getragenen Produzentendemokratie, die sich im Kampf um Arbeiterkontrolle entwickelt und auf eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel zielt[76]. Die Bildung eines neuen linken Blocks aus den beiden größten Gewerkschaften hat auch auf den letzten Gewerkschaftskongressen und Parteitagen zu einer Ablehnung einkommenspolitischer Maßnahmen geführt. Damit ist ein weitreichender Politisierungsprozeß in der britischen Gewerkschaftsbewegung sichtbar geworden, die auf die steigenden Arbeitslosenzahlen, die Massenentlassungen und Betriebsschließungen, die staatliche Lohnkostenkontrolle und die mit dem Eintritt in die EWG beschleunigt steigenden Lebenshaltungskosten mit neuen Aktionsformen und zunehmend einheitlichen Klassenaktionen antwortete.

76 Eine umfassende Darstellung zur Strategie der Arbeiterkontrolle in Großbritannien gibt Rudolf Kuda, a.a.O.

3. *Von einheitlichen Klassenaktionen zur sozialistischen Programmatik*

In dem kontinuierlichen Anstieg der Streikbewegung kommt ein qualitativer Wandel im Bewußtsein der Arbeiter zum Ausdruck, der durch die Verallgemeinerung der sozialen Konflikte auf bisher kampfunerfahrene und nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitergruppen und durch die zunehmende Beteiligung der Gewerkschaftsapparate gekennzeichnet ist, ohne deren Einwilligung noch ein paar Jahre zuvor die überwältigende Mehrheit der Streiks ausgerufen wurde. Das hat wiederum zum politischen Charakter zahlreicher Arbeitskämpfe beigetragen, die sich in der direkten Konfrontation mit der Regierung zu einheitlichen Klassenaktionen entwickelt haben — wie die erfolgreichen Betriebsbesetzungen der Schiffbauer am Clyde zur Wahrung ihrer Arbeitsplätze, die von den Bergarbeitern mit Massenstreikposten erzwungenen Lohnerhöhungen um 20 Prozent und der Kampf der Dockarbeiter um ihre Arbeitsbedingungen und die Freilassung ihrer inhaftierten Arbeitskollegen.

In der Streikbewegung 1968—71 waren große Teile der britischen Arbeiterklasse derart politisiert worden, daß die Werftarbeiter von „Upper Clyde Shipbuilders" (U.C.S.) bei der drohenden Schließung einiger Werften eine bisher ungekannte Mobilisierungskampagne in Gang setzen konnten. Bei einer Arbeitslosenrate von etwa 10 % der männlichen Beschäftigten in Glasgow begannen die schottischen Arbeiter in Demonstrationsstreiks und Massenkundgebungen die um ihre Arbeitsplätze in Clydebank kämpfenden Kollegen zu unterstützen. Diese fanden bei ihrer vor allem von der kommunistischen Tageszeitung „Morning Star" popularisierten Besetzung am 30. Juli 1971 nicht nur die Zustimmung der schottischen Gewerkschaftssektionen, sondern auch des T.U.C. und selbst der Labour Party. Sichtbarer Ausdruck dieser Massenbewegung wurden der Demonstrationszug von 80 000 Arbeitern durch Glasgow und der Solidaritätsstreik von mehr als 200 000 schottischen Arbeitern im August 1971. Die U.C.S.-Besetzung hatte Millionen Arbeitern in Großbritannien ein Bewußtsein von ihrer Stärke vermittelt, die sich auf solidarisches Handeln gründet. Denn hier war die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, also das als unantastbar geltende Eigentumsrecht, für jedermann offenbar außer Kraft gesetzt worden, ohne daß der Staat seine Sanktionsmittel einsetzen konnte. Nach monatelangem Tauziehen wurde die konservative Regierung gezwungen, wenigstens in diesem Fall das nirgendwo kodifizierte Grundrecht auf Arbeit zu akzeptieren, indem sie sich zu Subventionen von 36 Millionen Pfund Sterling an die betroffenen Werften bereiterklären mußte[77]. Seit dem populären „work-in" der U.C.S.-Arbeiter haben sich britische Arbeitergruppen auch in der Form von demonstrativen Besetzungsstreiks („sit-ins") gegen Massenentlassungen und Aussperrungen gewehrt, wie z. B. die Arbeiter bei Plessey, Fisher-Bendix oder im Maschinenbau um Manchester.

77 Bert Ramelson, Großbritanniens Werktätige in der Offensive, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Juni 1973, S. 775 ff.

Von einer neuen Stufe in der Entwicklung zu einheitlichen militanten Klassenaktionen zeugte auch der Bergarbeiterstreik. Mit ihren sich rapide verschlechternden Lebensbedingungen, bedingt durch hohe Freisetzungsraten und stagnierende Reallöhne, hatte sich bei zahlreichen Bergarbeitergruppen eine neue Kampfbereitschaft entwickelt, die von der zunehmenden Klassenaktivität der britischen Arbeiter entfacht wurde. Die Bergarbeiter waren sich wie große Teile der britischen Gewerkschaftsbewegung bewußt, daß die taktischen Fehler des Postarbeiterstreiks nicht wiederholt werden durften, der wegen mangelnder Unterstützung durch die britische Gewerkschaftsbewegung nach sieben Wochen scheiterte. Mit den politischen Massenstreiks gegen die Gewerkschaftsgesetze und der U.C.S.-Besetzung war der britischen Arbeiterklasse aber bei steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen bewußt geworden, daß der Kampf der Bergarbeiter ihr eigener war. Daher konnte deren Agitationskampagne eine beispiellose Solidarisierung an der gewerkschaftlichen Basis auslösen. Lkw-Fahrer weigerten sich, die Streikpostenketten zu durchbrechen, die Lokomotivführer Brennstoffe in die Stahl- und Elektrizitätswerke zu liefern, die Dockarbeiter Kohlenschiffe zu entladen, die Seeleute Kohle aus Rotterdam und Antwerpen zu transportieren. Zahlreiche Arbeitergruppen schlossen sich den Streikpostenketten an, die von mehr als 60 000 Bergarbeitern überall in Großbritannien vor Ölraffinerien, Elektrizitäts- und Gaswerken organisiert wurden. Als die Produktion in vielen Sektoren wegen der dahinschmelzenden Energievorräte gedrosselt werden mußte, über 2 Millionen Arbeiter in den Produktionsgüterindustrien zu Hause bleiben mußten, das wirtschaftliche Chaos drohte, lenkte die Regierung ein. Nach 48 Streiktagen errangen die Bergarbeiter einen nahezu vollständigen Sieg über die Regierung — ein Erfolg, den die britische Arbeiterklasse seit Jahrzehnten nicht verzeichnen konnte.

Im Kampf der Dockarbeiter um ihre Arbeitsplätze kamen beide Momente zusammen, von denen die Aktionen der britischen Arbeiter 1972 bestimmt waren: die anhaltende Arbeitslosigkeit um eine Million und die antigewerkschaftliche Gesetzgebung. Der Transportarbeitergewerkschaft war eine Geldstrafe in Höhe von 55 000 Pfund Sterling auferlegt worden, als Hafenarbeiter entgegen einer gerichtlichen Verfügung ein Unternehmen für Containertransport boykottierten, um ihre Arbeitsplätze zu sichern. Denn die Hafenunternehmer begannen ihre neuen Container-Depots aus den Häfen in das Inland zu verlegen, wo sie nicht die stark organisierten Dockarbeiter anzustellen brauchten. Während sich die Gewerkschaft der Entscheidung des Arbeitsgerichts beugte, setzten die Hafenarbeiter den Boykott unter aktiver Mitarbeit kommunistischer Shop Stewards fort. Als fünf gewerkschaftliche Vertrauensleute verhaftet wurden, legten sofort Tausende von Bergarbeitern und Metallarbeitern, Druckern und Stahlarbeitern, Bus- und Lkw-Fahrern die Arbeit nieder. Das Verbindungskomitee zur Verteidigung der Gewerkschaften und die Kommunistische Partei forderten einen allgemeinen Streik, der einen

Tag später schon von mehreren hunderttausend britischen Arbeitern spontan geführt wurde. In dieser sich zuspitzenden Situation beschloß der Generalrat des T.U.C. einen eintägigen allgemeinen Streik mit der deutlichen Mehrheit von 18:9, den er bei der Verabschiedung des Gewerkschaftsgesetzes noch mit dem Stimmenverhältnis von 5:4 abgelehnt hatte. Daraufhin wurden die Hafenarbeiter bereits nach viertägiger Haft entlassen[78].

Daß die konservative Regierung in diesen zentralen Klassenkonflikten nachgeben mußte, lag einmal an der Militanz der gewerkschaftlichen Basis, die in offensiven Kampfformen wie Betriebsbesetzungen, beweglichen Massenstreikposten und spontanen Solidaritätsstreiks zum Ausdruck kam; zum anderen an der Solidarität in der gesamten britischen Arbeiterklasse bis zu den zentralen Organisationen, die bei dem wochenlangen Postarbeiterstreik Anfang 1971 noch nicht vorhanden war. Der überall anwachsende Kampf für das Recht auf Arbeit, die gewerkschaftliche Tarifautonomie und die Wahrung der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit überhaupt hat die allgemeine Politisierung in der britischen Arbeiterbewegung auf ein neues Niveau gehoben, von der nicht nur der Generalrat des T.U.C., sondern auch die zentralen Organe der Labour Party erfaßt worden sind. So wurde der Generalrat des T.U.C. auf einem außerordentlichen Kongreß beauftragt, einen Tag des nationalen Protestes gegen die einkommenspolitischen Maßnahmen der konservativen Regierung zu organisieren, zu denen diese nach den Niederlagen gegen die Bergleute und Bauarbeiter gegriffen hatte. In einer gemeinsamen Erklärung vom März 1973 riefen T.U.C. und Labour Party zum allgemeinen Streik gegen die Regierungspolitik der Konservativen auf. Von der Linksschwenkung im Nationalen Exekutivkomitee und der parlamentarischen Fraktion der Labour Party zeugt auch die Abkehr von den bisherigen einkommenspolitischen Grundsätzen und die Vorschläge zu wirksamen Preiskontrollen, ohne die gewerkschaftliche Tarifautonomie zu beschränken.

Der von den Klassenkonflikten ausgelöste Linkstrend in T.U.C. und Labour Party hat in dem vorliegenden Entwurf für ein neues Parteiprogramm[79] programmatische Gestalt angenommen, in dem von folgenden grundlegenden Zielen ausgegangen wird:

— einer fundamentalen und unwiderruflichen Machtverlagerung zugunsten der werktätigen Bevölkerung und ihrer Familien;
— einer vollen Verantwortlichkeit gesellschaftlicher Macht gegenüber der Gemeinschaft, den Arbeitern und Verbrauchern;
— der Beseitigung von Armut in jeder Form;
— einer größeren ökonomischen Gleichheit in Einkommen, Wohlstand und Lebensstandard jedes einzelnen;

78 Klaus Pickshaus, Dockerstreik in Großbritannien, in: Sozialistische Politik, Oktober 1972, S. 55 ff.

79 Veröffentlicht Anfang Juni 1973 in der Zeitschrift der Labour Party: Labour Weekly.

— der Erweiterung sozialer Gleichheit durch erhöhte Ausgaben im Bildungswesen, Wohnungsbau und Sozialleistungssystem;
— Verbesserung der von der Umwelt abhängigen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Ursachen sozialer Ungleichheit können laut Programm nur an der Wurzel angegriffen werden, wenn „die ökonomische Macht von einer kleinen Elite auf die Mehrheit des Volkes übertragen" wird. Deshalb sollen 25 Großunternehmen in der verarbeitenden Industrie von einem nationalen Unternehmensamt übernommen werden, das auf dieser Grundlage die Investitions- und Preispolitik, die regionale Strukturpolitik und technologische Entwicklung, das Wachstum der Exporte und die multinationalen Firmen kontrollieren will. Die Überführung von Monopolen in gesellschaftliches Eigentum wird ergänzt durch die wenigstens teilweise Nationalisierung verschiedener Industriezweige wie Dockindustrie und Schiffbau, Flugzeug- und Arzneimittelindustrie, Banken und Versicherungen. Wenn in dem neuen Programm der Labour Party auch die entscheidenden strategischen Fragen nach dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis und dem Widerstand der herrschenden Klasse, nach dem Niveau der Klassenauseinandersetzungen und der solidarischen Aktionsbereitschaft der Arbeiterklasse einschließlich der verschiedenen Formen demokratischer Masseninitiative ausgespart bleiben, also eine revolutionäre Strategie noch nicht so deutlich wie in dem Parteiprogramm der Kommunistischen Partei formuliert ist, stellt seine faktische Existenz bereits einen großen Fortschritt in der britischen Arbeiterbewegung dar. Diese hat deutlich an sozialistischer Substanz gewonnen und rückt programmatisch in die Nähe der italienischen und insbesondere der französischen Arbeiterbewegung[80].

Das neue Parteiprogramm der Labour Party ist ein entscheidender Fixpunkt im Politisierungsprozeß der britischen Arbeiterbewegung, der zunächst von der wachsenden Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Basis ausging. Solange sich die zentralen Organisationen der herrschenden Integrationsideologie angepaßt hatten, mußte der spontane Widerstand isoliert und betrieblich begrenzt, d. h. politisch folgenlos bleiben. Dennoch gelang es der militanten gewerkschaftlichen Basis mit ihren zum Teil kommunistisch beeinflußten Shop-Stewards-Komitees eine Demokratisierung in einigen Gewerkschaftsapparaten wie der T.G.W.U. und A.E.U. durchzusetzen, die sich seit Mitte der 60er Jahre zunehmend gegen die arbeiterfeindliche Politik der Labour-Regierung wehrten. Die anwachsende Streikbewegung gegen die einkommenspolitischen Maßnahmen verschärfte sich unter der konservativen Regierung, die noch rücksichtsloser im Interesse des britischen Monopolkapitals fungierte. Damit gewann der Widerstand der britischen Arbeiterklasse zunehmend politischen und einheitlichen Charakter, ob es sich nun um die Massenstreiks gegen die

80 Vgl. das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, herausgegeben und eingeleitet von Werner Goldschmidt, Köln 1972.

Gewerkschaftsgesetze oder die einheitlichen Klassenaktionen bei der U.C.S.-Besetzung, dem Bergarbeiterstreik und dem Kampf der Dockarbeiter handelte. Aus dem Zusammenspiel von sozialistischen Gruppierungen mit einer revolutionären Strategie, insbesondere der kleinen Kommunistischen Partei mit ihrem großen Einfluß unter den Shop Stewards und in einigen Gewerkschaftsapparaten, und der militanten gewerkschaftlichen Basis war ein weitreichender Politisierungsprozeß in Gang gesetzt worden, der in den Massenbewegungen gegen die Gewerkschaftsgesetze, den Eintritt in die EWG und die Politik des Lohnstopps auch auf den T.U.C. und die Labour Party übergriff, die schließlich selbst, wenn auch zögernd, zu einem mobilisierenden Faktor in der britischen Arbeiterklasse wurden. Damit zeichnet sich eine tiefgreifende Erneuerung in der britischen Arbeiterbewegung ab, die sich in einer Periode verschärfter Klassenkämpfe zunehmend ihrer Rolle als Subjekt des historischen Prozesses bewußt wird.

In dem von der Strukturkrise des britischen Imperialismus ausgelösten Klassenkämpfen kommt es zu einem beschleunigten Abbau des traditionellen Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung, dessen Entstehung und Krise in einigen Thesen zusammengefaßt werden sollen:

In der chartistischen Wahlrechtsbewegung kulminierte die Anfangsperiode der britischen Arbeiterbewegung, die mit der Durchsetzung der industriekapitalistischen Produktionsweise zwar verschiedene gewerkschaftlich-genossenschaftliche Organisationsansätze und politische Aktionsformen wie Petitionen, Massendemonstrationen und Generalstreikversuche entwickelte, aber keine stabil organisierte und ideologisch gefestigte Klassenorganisation. Während die syndikalistisch geprägten Massenbewegungen der frühen 30er Jahre keine politische Perspektive eröffneten, fehlte der chartistischen Wahlrechtsagitation in den von der Massenarbeitslosigkeit geschwächten Gewerkschaften die notwendige organisatorische Basis, so daß sich nicht die für die russische Revolutionsperiode typischen ökonomisch-politischen Kampfbewegungen entfalten konnten.

Da nach dem Scheitern der owenistisch-chartistischen Klassenkampfperiode nur die unpolitischen und partikularistischen Berufsverbände der gelernten Arbeiter und Handwerker übrigblieben, mußte das gerade erworbene Klassenbewußtsein ohne die Vermittlung einer politischen Arbeiterorganisation wieder zerfallen. Daß sich die nach einer entscheidenden Niederlage unvermeidliche politische Apathie aber über mehrere Jahrzehnte erstreckte, wurde im wesentlichen durch zwei Faktoren begünstigt: durch das für mehrere Jahrzehnte unangefochtene Industrie-, Handels- und Kolonialmonopol als Angelpunkt des britischen Gesellschaftssystems, auf dessen Grundlage wiederum die historische Tradition der herrschenden Klasse befestigt wurde, die politischen Konflikte auf parlamentarischem Wege systemkonform zu kanalisieren. So förderten die sozialen, rechtlichen und politischen Konzessionen eine reformistische

Ausrichtung der verschiedenen Arbeiterorganisationen, die ohne einen absolutistischen Staatsapparat mit einem mächtigen Landheer und einer zentralistischen Bürokratie nicht zur organisatorischen Straffung und politischen Führung gezwungen wurden.

Die andauernde strukturelle Zersplitterung der Gewerkschaften stabilisierte einen politischen Reformismus, der auch die nach dem „New Unionism" von den Gewerkschaften mit einigen kleinen sozialistischen Gruppierungen gegründete Labour Party bestimmte. Diese sollte die sozialen und rechtlichen Interessen der Gewerkschaften effektiver im Parlament als die Liberalen vertreten, deren Schutzfunktion bei den nach der Großen Depression verstärkten Gegenangriffen der Unternehmer nicht mehr ausreichte. Geradezu umgekehrt hatten im militaristischen Deutschland und polizeistaatlichen Rußland die marxistisch geprägten Arbeiterparteien die Gründung von Gewerkschaften vorangetrieben, die wie die parlamentarische Vertretung nur eine untergeordnete, wenn auch unerläßliche Rolle im Emanzipationskampf des Proletariats spielten. Diese — in letzter Instanz von der ungleichzeitigen Industrialisierung und unterschiedlichen ökonomischen Stellung auf dem Weltmarkt bestimmte — Differenz macht bereits die besondere historische Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung offenbar, die selbst in gesellschaftlichen Krisensituationen wie um den Ersten Weltkrieg den Rahmen von ökonomischem Tageskampf und parlamentarischer Reformarbeit nur in syndikalistischen Aktionsformen sprengen konnte.

Syndikalistische Massenaktionen erwiesen sich in sozialökonomischen Krisenperioden als spezifische Reaktionsform der britischen Arbeiterklasse auf das Scheitern parlamentarischer Ambitionen: wie der „militante Owenismus" nach der Wahlrechtsreform von 1832, der „New Unionism" am Ende der Großen Depression, die „Labour-unrest" vor dem Ersten Weltkrieg, die „Shop-Stewards-Bewegung" während des Ersten Weltkriegs und selbst noch der Generalstreik von 1926. Dabei führte die Enttäuschung über den politischen Reformismus der Arbeiterorganisationen bzw. ihre Integration in das politische Herrschaftssystem zu einer strikt basisdemokratischen Orientierung, mit der wie in der Shop-Stewards-Bewegung eine politische Führung schlechthin abgelehnt wurde. Das erschwerte den Aufbau einer revolutionären Massenpartei wie der Anfang der 20er Jahre gegründeten Kommunistischen Partei, deren strukturelle Schwäche wiederum das Schwanken zwischen syndikalistischen Aktionen der gewerkschaftlichen Basis (und einiger Gewerkschaften) und dem politischen Reformismus (der Majorität) der Gewerkschaftsapparate begünstigte — eine politische Sackgasse, die auf organisatorischer Ebene durch die gewerkschaftliche Zersplitterung zementiert wurde.

Nach der Generalstreikniederlage von 1926 vollzog sich eine durch die Massenarbeitslosigkeit der 30er Jahre noch bestärkte Integration in das vom Monopolkapital bestimmte politische Herrschaftssystem, bei der allerdings die objektive Beeinflussungsmacht der Arbeiterorganisationen vom Mondismus über die Kriegskoalition bis zu den

Labour-Regierungen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zunahm. Wenn die Labour-Regierung auch wesentliche soziale Reformen durchsetzen konnte, so stabilisierte sie doch angesichts der weltpolitischen Kräftekonstellation, des latenten Antikommunismus und der ökonomischen Schwäche Großbritanniens das kapitalistische Gesellschaftssystem, unter dessen immanenten Zwängen sie schließlich zu arbeiterfeindlichen Maßnahmen greifen mußte. Der über anderen Strömungen dominierende Integrationskurs in der Labour Party führte im Zeichen der technisch-wissenschaftlichen Revolution zu einem Endpunkt, als die zum Rationalisierungsinstrument der herrschenden Klasse gewordenen Labour-Regierungen der 60er Jahre von der eigenen gewerkschaftlichen Basis und in wachsendem Maße von den Gewerkschaften selbst zum Rückzug gezwungen wurden.

Mit der sich seit den 50er Jahren vertiefenden Strukturkrise des britischen Imperialismus und der Gefährdung der sozialen Lage der Arbeiterklasse geht eine schrittweise Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung einher — von den spontanen betrieblichen Kampfstreiks um Lohn- und Kontrollforderungen über massive Lohnbewegungen auch von bisher streikunerfahrenen Arbeitergruppen bis zu politischen Massenstreiks gegen die antigewerkschaftliche Gesetzgebung, die schließlich eine Phase einheitlicher Klassenaktionen mit militanten Kampfformen wie Betriebsbesetzungen, Massenstreikposten und spontanen Solidaritätsstreiks einleiten. Bei der etappenweisen Entwicklung der Klassenkämpfe wurde die Kommunistische Partei zu einem entscheidenden Integrationsfaktor, deren konsequenter Bündnispolitik und weiterführender Strategie sich schließlich die großen Arbeiterorganisationen wie zunächst die Transport- und Metallarbeitergewerkschaften, dann selbst der Gewerkschaftskongreß und die Führungsorgane der Labour-Party wenigstens in einer antikapitalistischen Programmatik annäherten — ein Prozeß, der unter dem Einfluß der militanten gewerkschaftlichen Basis die Mobilisierung, Demokratisierung und Politisierung der Arbeiterorganisationen zur Voraussetzung hatte.

Mit der Entwicklung einer revolutionären Strategie eröffnet sich die Perspektive einer sozialistischen Transformation, die nach der revolutionären Anfangsphase der britischen Arbeiterbewegung erst wieder in der Strukturkrise des britischen Imperialismus konkrete Gestalt annimmt. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß der seit der Großen Depression währende Zerfallsprozeß des britischen Imperialismus mit den aufeinander folgenden Verlusten des Industrie-, Handels- und Kolonialmonopols — einmal abgesehen von den langfristigen Aufschwung- und Abschwungperioden mit den sich jeweils zuspitzenden und abflauenden Klassenkämpfen — in einer strukturellen Krise mündet, die sich unter den Bedingungen einer allgemeinen Krisensituation im Weltmaßstab vertieft. Dadurch ist nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Italien und Frankreich sowie anderen westeuropäischen Ländern eine Periode verschärfter Klassenkämpfe ausgelöst worden, die trotz aller historischen und nationalen

Unterschiede vergleichbare Elemente einer sozialistischen Strategie freigesetzt haben. Diese könnten über eine verstärkte Zusammenarbeit gegen multinationale Konzerne und im Rahmen der supranationalen Institutionen in der EG, vor allem aber unter den Bedingungen sich auf internationaler Ebene vertiefender ökonomischer, sozialer und politischer Widersprüche zu einer gesamteuropäischen Strategie der verschiedenen nationalen Arbeiterbewegungen führen, die sich in ihren Anfängen zumindestens theoretisch als Einheit verstanden hat, was am deutlichsten in der Losung des Kommunistischen Manifestes zum Ausdruck kommt.

Detlev Albers

Von der Einheit zum Kampf um die Einheit

Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943—1972

I. Hauptmerkmale der kapitalistischen Akkumulation im Nachkriegsitalien

Der italienische Kapitalismus hat während des hier behandelten Zeitraums, besonders vom Beginn der fünfziger bis zum Ende der sechziger Jahre, die längste Prosperitätsperiode seiner Geschichte durchgemacht. Das durchschnittliche reale Wachstum des Nationaleinkommens betrug von 1950 bis 1958 über 5 % jährlich und erreichte im folgenden Jahrzehnt (1959—1968) annähernd 7 % jährlich. Die Zunahme der Industrieproduktion lag in den fünfziger Jahren bei durchschnittlich 9 % jährlich; bis 1968 verdoppelte sich ihr Umfang gegenüber dem Stand von 1958 [1]. Eine Reihe von nationalen und internationalen Faktoren zwang die herrschende Klasse Italiens, nachdem sie ihre von der Niederlage des Faschismus erschütterte Stellung nicht zuletzt dank der Präsenz amerikanischer Truppen im Lande wieder hatte konsolidieren können, zur beschleunigten Akkumulation und zur Überwindung der in den zwei Jahrzehnten faschistischer Herrschaft überwiegenden Stagnationstendenzen. Im internationalen Maßstab galt dies für die weltweite Systemkonkurrenz zu den sozialistischen Ländern, deren kontinuierlich wachsendes ökonomisches und politisches Gewicht eine zunehmende Herausforderung für die Entwicklungsfähigkeit der kapitalistischen Staaten und ihre ungelösten Strukturprobleme bedeutete. Aber auch im Verhältnis der imperialistischen Länder untereinander ergaben sich weitreichende Veränderungen, die erhöhte Anforderungen an die Intensität und das Ausmaß der kapitalistischen Expansion stellten.

Zunächst erzwang das amerikanische Monopolkapital, das seine vom Ergebnis des 2. Weltkriegs verstärkte internationale Vormachtstellung einsetzte, eine schrittweise „Liberalisierung" des italienischen Marktes und die Öffnung des Landes für ausländische Waren und Direkt-Investitionen. Später führte die vom italienischen Großbürgertum und seinen politischen Verbündeten aktiv mitbetriebene

1 Eine vergleichbare Phase ökonomischen Aufschwungs und parallel dazu einer gegen alle Widerstände erfolgreichen Ausbreitung der Arbeiterbewegung erlebte Italien nur während der sog. Ära Giolitti im Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg. Von 1897 bis 1913 verdoppelte sich das Nationaleinkommen; die Industrieproduktion stieg im gleichen Zeitraum um 130 %; vgl. Antonio Pesenti, Tendenze attuali del capitalismo italiano, Kongreß des Istituto Gramsci, 1962, Protokolle, Bd. I, S. 20 ff.

Einbeziehung des Landes in die NATO, die Gründung der Montan-Union und der EWG zu einer verschärften internationalen Konkurrenz der monopolistischen Großkonzerne, die allen Beteiligten ständige Anstrengungen zur Steigerung ihrer Akkumulationsrate abverlangte. Die italienischen Konzerne mit Fiat und Pirelli an der Spitze konnten im widersprüchlichen Prozeß der kapitalistischen Integration Westeuropas zwar keine Hegemonieansprüche gegenüber der stärkeren westdeutschen, französischen und britischen Konkurrenz verfolgen, die auf eine breitere ökonomische Basis zurückgreifen konnte. Wohl aber bot die Ausweitung der Märkte im Rahmen der EWG und neuerdings der Europäischen Gemeinschaften auch für die italienischen Monopole die Chance, die engen Grenzen der mit allen Mitteln niedrig gehaltenen Konsumtionskraft der arbeitenden Massen im eigenen Lande als Absatzschranke partiell zu überwinden und damit die Produktion auf erweiterter Stufenleiter bei steigender Profitrate, zumindest aber vermehrter Profitmasse fortzuführen.

Im nationalen Rahmen waren die neu erkämpften Rechte der Arbeiterbewegung auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung, die in der demokratischen Verfassung von 1947 breiten Ausdruck fanden, ein weiterer Faktor, der die herrschende Klasse des Landes zu einem dynamischen, auf die Modernisierung und Ausweitung des vorhandenen Produktionsapparats gerichteten Verhaltens nötigte. Dies galt selbst dann noch, als die Ende der vierziger Jahre durchgesetzte kapitalistische Restauration und der „kalte Krieg" die in sich tief gespaltene Arbeiterbewegung für lange Zeit in die Defensive drängte und sogar den gewerkschaftlichen Kampf für den Abschluß neuer Tarifverträge über Jahre hin scheitern ließ. Auch in dieser Situation und verstärkt mit dem seit Ende der fünfziger Jahre allmählich einsetzenden „gewerkschaftlichen Wiederaufschwung" („Ripresa sindacale") hatte das Kapital den Druck der Arbeiterorganisationen in Rechnung zu stellen, der krasse Formen der Reallohnsenkung wie unter dem Faschismus ausschloß[2] und die Strategie der Konzerne in erster Linie auf den Weg der relativen Mehrwertproduktion durch eine beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte verwies.

Neben dem rasch voranschreitenden Prozeß der Konzentration und Zentralisation des privaten Kapitals erforderte dies in Italien besonders vielfältige Formen staatlicher Intervention zugunsten der großen Konzerne. Sie reichten von den im gegenwärtigen Kapitalismus überall entwickelten Instrumenten direkter oder indirekter öffentlicher

2 Gemessen am Reallohnniveau vor dem ersten Weltkrieg (1913 = 100) gingen die Löhne, die in den revolutionären Klassenkämpfen nach dem Kriegsende erheblich gestiegen waren (1921 = 127,6), zu Beginn der dreißiger Jahre stark zurück (1931 = 121,5) und wurden Ende der dreißiger Jahre bis auf den Vorkriegsstand (1938 = 100,5) gesenkt. Damit war der Stand der materiellen Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung um Jahrzehnte zurückgeworfen worden; vgl. Ruggero Spesso, Note sull'accumulazione e sui salari in Italia, in: Kongreß des Istituto Gramsci, 1962, Protokolle Bd. II, S. 712.

Finanzierung der monopolistischen Produktion (staatliche Übernahme der Forschungs- und Entwicklungskosten, regionale Entwicklungsfonds wie die Cassa del Mezzogiorno, gezielte Abschreibungsmöglichkeiten usw.) bis zur Expansion des staatlichen Wirtschaftssektors, der in Italien bereits vor dem 2. Weltkrieg die wichtigsten Bereiche der Schwerindustrie (Eisen- und Stahlproduktion, Schiffbau, Rüstungsindustrie) umfaßte und in den folgenden Jahrzehnten außer der Reorganisation und Ausweitung dieser Bereiche auf die verschiedenen Sektoren der Energieversorgung (z. B. Erdöl: ENI, Elektroenergie: ENEL), des Transport- und Kommunikationswesens ausgedehnt wurde. Langfristig bildete sich im ökonomischen System des Landes immer deutlicher eine Arbeitsteilung heraus, bei der den privaten Konzernen die unmittelbar mit dem privaten und öffentlichen Konsum verbundenen Bereiche überlassen wurden, die nach wie vor maximale Profite erwarten ließen, während sich der staatliche Wirtschaftssektor vorwiegend auf die Produktionszweige beschränkte, die einen besonders großen Anteil fixen Kapitals und damit insgesamt eine sehr hohe organische Zusammensetzung des Kapitals erforderten. Indem sich der Staat in diesen Bereichen mit einer geringen Profitrate zufriedengab oder sogar Verluste einkalkulierte, sorgte er einerseits für die Bereitstellung notwendiger Produktionsvoraussetzungen für den monopolisierten privaten Sektor und trug gleichzeitig dazu bei, durch die Entwertung von Teilen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals die Folgen der Überakkumulation für die Profitrate der privaten Konzerne einzuschränken oder sogar für längere Zeiträume aufzuheben [3].

Die unter den skizzierten Bedingungen vollzogene beschleunigte Akkumulation hat die Industrialisierung des Landes und mit ihr die Entwicklung der Produktivkräfte in den vergangenen dreißig Jahren ganz wesentlich vorangetrieben. Gegenüber der Landwirtschaft, deren Beitrag zum Bruttosozialprodukt noch bis 1950 eine ähnliche Größe wie die Industrieproduktion erreichte und deren Beschäftigtenanteil erst in den sechziger Jahren vom Industriesektor überrundet wurde, entwickelte sich die Industrie jetzt endgültig zum beherrschenden Wirtschaftszweig des Landes. Neben dem industriellen Dreieck Norditaliens (Turin-Mailand-Genua), das sein Übergewicht weiter verstärkte, entstanden neue industrielle Zentren, wie beispielsweise der Großchemie in Porto Marghera (bei Venedig) oder Ravenna, und vereinzelt auch moderne industrielle Schwerpunkte der staatlichen Konzerne in Süditalien, die jedoch bei weitem nicht ausreichten, um den wirtschaftlichen Rückstand, Landflucht und Verelendung großen Ausmaßes im Mezzogiorno zu überwinden. Die Ausweitung des industriellen Sektors und des Dienstleistungsbereichs konnte infolge der raschen Abnahme der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande

3 Zur allgemeinen Funktion des staatlichen Sektors und der öffentlichen Finanzierung privater Produktion im gegenwärtigen Kapitalismus vgl. Autorenkollektiv, Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, Übersetzung aus dem Französischen, Frankfurt/M. 1972.

Massenarbeitslosigkeit und Auswanderung als ihre traditionelle Folge erst gegen Ende der fünfziger Jahre und während des „italienischen Wirtschaftswunders" (1959—1962) erheblich einschränken. An ihre Stelle traten in den letzten fünfzehn Jahren eine verstärkte Binnenwanderung von Süd- nach Norditalien, die besonders in den Großstädten die vorhandenen Mißstände im Wohnungs-, Gesundheits- und Ausbildungswesen weiter verschärfte, und seit der Rezession 1963/65 ein kontinuierliches Absinken des allgemeinen Beschäftigungsniveaus, das inzwischen weit unter dem aller übrigen entwickelten Industrieländer Westeuropas liegt. Im Ergebnis konnte die herrschende Klasse Italiens, von kurzen Perioden zu Beginn und Ende der sechziger Jahre abgesehen, jederzeit mit dem Druck einer industriellen Reservearmee operieren, auf dessen Basis sich trotz hoher Wachstumsraten jahrelang ein Stagnieren der Reallöhne und später zumindest ein besonders großer Spielraum zur Erhöhung der Arbeitsintensität, wie allgemein zur Erhöhung der Ausbeutungsrate durchsetzen ließ. Insgesamt ist festzustellen, daß selbst in der langanhaltenden Aufschwungphase des italienischen Kapitalismus, die trotz des schon seit dem Ende der fünfziger Jahre wieder deutlicher hervortretenden Krisenzyklus (Stagnieren der Produktion 1958, schwere Rezessionen 1963/65 und 1971/73) den Grundcharakter der ökonomischen Entwicklung in den zurückliegenden Jahrzehnten überwiegend bestimmt hat, die strukturellen Widersprüche des Systems und mit ihnen die Bedrohung der elementaren Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung nichts an Schärfe verloren, sondern unter veränderten Erscheinungsformen oft eine weitere Vertiefung erfahren haben.

II. Zum politischen Kräfteverhältnis zwischen den Klassen

Im Rahmen dieser Gesamtentwicklung sind die für alle entwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas typischen drei Phasen der Klassenauseinandersetzungen seit dem 2. Weltkrieg auch in Italien deutlich unterscheidbar. In der ersten, unmittelbaren Nachkriegsphase bildete sich als Ergebnis des bewaffneten antifaschistischen Kampfes ein labiles Gleichgewicht zwischen den antagonistischen Klassen heraus, das politisch durch die gemeinsame Regierungsführung von Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten gekennzeichnet war. Ihre Ziele richteten sich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes, die Wiederherstellung uneingeschränkt parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse und die Verwirklichung von Strukturreformen, die einen erneuten Mißbrauch ökonomischer Macht durch die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und die Enteignung des Großgrundbesitzes verhindern sollten. Bei der Realisierung dieser Aufgaben mußten der Einheitsgewerkschaft CGIL (Confederazione italiana del lavoro) und den anderen demokratischen Massenorganisationen eine entscheidende Rolle zukommen. Mit dem allmählichen Wiedererstarken der alten herrschenden Klasse, zu deren politischem Hauptinstrument sich sehr bald die Christdemokraten unter De Gasperi entwickelten, vollzog sich eine Reihe von

Spaltungen der antifaschistischen Bewegung (Abspaltung des rechten Parteiflügels von den Sozialisten; Bruch der 3-Parteien-Regierung und Regierungsausschluß von Kommunisten und Sozialisten; nach der Wahlniederlage der zur „Demokratischen Volksfront" zusammengeschlossenen beiden Arbeiterparteien schließlich die Spaltung der Einheitsgewerkschaft), deren Ausgang die ursprünglich von einer breiten Mehrheit des Volkes unterstützte Perspektive eines friedlichen, d. h. ohne Bürgerkrieg durchgesetzten Übergangs zum Sozialismus für Jahrzehnte in den Hintergrund drängte.

In der folgenden Phase der Klassenkämpfe, vom Beginn der fünfziger Jahre bis zur ersten Hälfte der sechziger Jahre, ist die gesellschaftliche Machtfrage jederzeit zugunsten des Großbürgertums entschieden, das seine politische Macht lange Zeit in der reaktionärsten, nicht-faschistischen Variante, den sog. Zentrums-Koalitionen De Gasperis, ausüben läßt. Die anfangs noch mit großer Härte ausgetragenen Klassenauseinandersetzungen etwa um die Bodenreform und die Verteidigung der Arbeitsplätze verlieren bald an Intensität. In den „dunklen fünfziger Jahren" konsolidieren zwar die Kommunisten als nunmehr eindeutig größte Arbeiterpartei ihren Masseneinfluß; doch erhöht sich ihre politische Isolierung durch den von Nenni eingeleiteten Anpassungskurs der Sozialisten, der 1956 zur Kündigung des Aktionseinheits-Pakts zwischen beiden Parteien führt. Die Gewerkschaftsbewegung gelangt erst Ende der fünfziger Jahre zu einer neuen, die verhängnisvollen Folgen der Gewerkschaftsspaltung allmählich überwindenden Strategie, die jedoch nur langsam wieder in offensiv geführten Lohnkämpfen umgesetzt werden kann.

Mit der Rezession 1963/65 kommen die grundlegenden Widersprüche des ökonomischen Systems erstmals wieder mit ganzer Härte zum Ausbruch. Zunächst hat es den Anschein, als wären die neu gebildeten Mitte-Links-Regierungen (unter Einschluß der Sozialisten) in der Lage, durch verstärkte staatsmonopolistische Regulierung und systemimmanente Rationalisierungsmaßnahmen die Herrschaft der Großbourgeoisie vor größeren Erschütterungen zu bewahren. Doch dann macht der Verlauf der seit 1968 unübersehbar an Schärfe zunehmenden Klassenkämpfe deutlich, daß die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch in Italien nicht auf reformistischem Wege zu lösen ist. Das Scheitern der Mitte-Links-Regierungen als Ergebnis der Massenstreikbewegungen vor und nach dem „heißen Herbst 1969" bringt die Notwendigkeit einer politischen Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten und fortschrittlichen Teilen der katholischen Bewegung zur Durchsetzung grundlegender antimonopolistischer Reformen wieder auf die Tagesordnung — eine Alternative, die ihre Aktualität trotz der politischen Rückschläge in den vergangenen beiden Jahren in keiner Weise verloren hat.

Der folgende Abriß der italienischen Gewerkschaftsbewegung kann weder eine Geschichte der Klassenkämpfe noch auch nur eine Geschichte der Arbeiterbewegung im Nachkriegs-Italien ersetzen. Das eine hätte neben einer detaillierten Darstellung der sozialökonomischen Entwicklung auch die ausführliche Erörterung von Strategie

und Kampf der herrschenden Klasse wie der Arbeiterbewegung insgesamt erforderlich gemacht; das andere hätte außer den Gewerkschaften eine zumindest gleichgewichtige Behandlung der ideologischen Strömungen in der Arbeiterbewegung, der politischen Parteien, in denen sie Ausdruck finden, sowie der Gründe für den zu- oder abnehmenden Rückhalt bestimmter Richtungen in der Arbeiterklasse erfordert. Sowenig der gewerkschaftliche Kampf unabhängig von Veränderungen der ökonomischen Situation, den Strategien der herrschenden Klasse oder gar isoliert von den politischen Parteien mit Masseneinfluß in der arbeitenden Bevölkerung analysiert werden kann, sosehr wird sich ein Aufsatz, der die spezifisch gewerkschaftliche Entwicklung herauszuarbeiten versucht, mit der Feststellung von Querverbindungen zu den grundlegenden Tendenzen der Klassenkämpfe während des behandelten Zeitraums begnügen müssen.

Dagegen treten die besonderen Probleme gewerkschaftlicher Interessenvertretung mehr in den Vordergrund, die in allgemeinen Darstellungen gesellschaftlicher Auseinandersetzungn oft nur gestreift werden. Für die Entwicklung der italienischen Gewerkschaften wurden unter diesem Gesichtspunkt als besonders wichtig angesehen: Fragen der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben, Veränderungen des Tarifvertragssystems und ihr Zusammenhang zur innergewerkschaftlichen Strategiediskussion, Stellenwert und Bedeutung gesamtgesellschaftlicher Forderungen in der Gewerkschaftsarbeit (von den Forderungen der Einheitsgewerkschaft über den „Plan der Arbeit", die Kritik an der staatlichen Einkommenspolitik bis zu den Generalstreiks für die Strukturreformen) und schließlich das Verhältnis zwischen den Richtungsgewerkschaften sowie das Aufkommen von Einheitstendenzen im Sinne einer gemeinsamen Vertretung der unmittelbaren wie der langfristigen Klasseninteressen. Daß selbst diese Probleme schon aus Raumgründen oft nur sehr gerafft und oberflächlich dargestellt wurden, sei dabei im vorhinein eingeräumt.

III. Die Periode der Einheitsgewerkschaft, 1943 bis 1948

1. Antifaschistischer Widerstand und Einheitsgewerkschaften

Die Einheitsgewerkschaft CGIL verdankt ihre Entstehung ebenso wie die Regierungen der „Nationalen Einheit", an denen von 1944 bis 1947 alle antifaschistischen Parteien (mit unterschiedlichen Koalitionen im einzelnen) beteiligt waren, dem Befreiungskampf der Widerstandsbewegung gegen die faschistische Diktatur (zuletzt in Form der „Republik von Salò") und die deutsche Besetzung [4]. Schon im Früh-

4 Darstellungen der italienischen Gewerkschaftsbewegung bis zum Faschismus enthalten: Alfredo Gradilone, Storia del Sindacalismo, Italia, 2 Bände, Mailand 1959; aus marxistischer Sicht: Giorgio Candeloro, Il movimento sindacale in Italia, Rom, 1950. Eine kritische Aufarbeitung der Literatur über die italienischen Gewerkschaften enthalten die Aufsätze von Agosti, Andreasi, Bravo, Marucco und Nejrotti, in: Il movimento sindacale in Italia, Turin 1970.

jahr 1943 hatten die Massenstreiks in den norditalienischen Industriezentren Turin und Mailand den zunehmenden Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Regime Mussolinis unter Beweis gestellt. Während sich die Krise des Faschismus immer mehr zuspitzte, bildeten sich bereits im Laufe des Jahres 1943 und verstärkt seit Anfang 1944 geheime Fabrikkomitees, um Sabotagehandlungen in der Rüstungsindustrie, verdeckte Streiks in Form von Produktionsverminderung und dergleichen zu organisieren. Vielerorts wurden auch die „Arbeiterkammern" (Camere del Lavoro) als regionale Grundorganisation der freien Gewerkschaften im Untergrund neu eingerichtet, die sich um eine enge Zusammenarbeit mit den „nationalen Befreiungskomitees", den politischen Leitungsorganen der Widerstandsbewegung, bemühten. Alle diese Aktivitäten, die ständig von den Repressionen des faschistischen Parteiapparates und der Gestapo bedroht waren, erforderten jedoch ein Höchstmaß an Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Gruppen und Strömungen der Arbeiterbewegung.

Welche Erfolge so zu erzielen waren, zeigten erneut die Generalstreiks vom März 1944, die gründlicher vorbereitet als im Jahr zuvor selbst das Regime des „Nazi-Faschismus" zu einer Reihe von Zugeständnissen zwangen (Einschränkung der geplanten Deportationen und der Produktionsverlagerung ins Deutsche Reich). Dagegen wurden in den befreiten Gebieten Süditaliens, wo die Tradition einer freien Gewerkschaftsbewegung insgesamt weniger Rückhalt hatte, schon bald Tendenzen sichtbar, die auf eine Wiederherstellung der getrennten Richtungsgewerkschaften abzielten, wie sie vor der Herrschaft des Faschismus bestanden hatten (Spaltung in „rote" und „weiße", d. h. katholische Gewerkschaften). Das stellte die drei antifaschistischen Massenparteien, die Christdemokraten (DC), Sozialisten (PSI) und Kommunisten (PCI) bei den schon im Herbst 1943 aufgenommenen Verhandlungen über die Errichtung eines gemeinsamen Gewerkschaftsverbandes vor eine doppelte Aufgabe. Es galt, die Geschlossenheit der Widerstandsbewegung in den besetzten Gebieten auch organisatorisch zu sichern, und zugleich mußte ein Auseinanderfallen des Landes in zwei Teile mit unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Organisationsformen der Arbeiterbewegung verhindert werden. Die drei Parteien lösten diese Aufgaben durch die „Erklärung über die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit" — bekannt als „Pakt von Rom" —, die am 14. Juni 1944 von den führenden Gewerkschaftsvertretern der Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten unterzeichnet wurde.

Die Bestimmungen des „Pakts von Rom" beschränkten sich — neben der Verkündung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft — auf die Festlegung einiger grundlegender Organisationsrichtlinien:

„a) Umfassende innere Demokratie mit der Wahl für alle Gewerkschaftsämter von unten nach oben; anteilmäßige Beteiligung der Minderheiten in allen Führungsgremien von der Gewerkschaftsspitze bis zu den Grundorganisationen;

b) größtmögliche Freiheit der Meinungsäußerung für die Angehörigen jeglicher Fraktion und gegenseitige Achtung jeder politischen Meinung und religiösen Überzeugung;

c) Unabhängigkeit von allen Parteien mit der Möglichkeit für die CGIL, Aktionen der Demokratischen Parteien, die Ausdruck der arbeitenden Massen sind, zu unterstützen, sofern sie der Sicherung und der Entwicklung der Freiheit des Volkes oder der Verteidigung der Interessen der Arbeit und des Landes dienen." [5]

Anschließend wurde festgelegt, daß alle nationalen Leitungsgremien der Einheitsgewerkschaft vorläufig paritätisch aus Vertretern der drei Gewerkschaftsfraktionen Christdemokraten, Kommunisten, Sozialisten bestehen sollten, solange das genaue Kräfteverhältnis der Fraktionen untereinander nicht durch demokratische Entscheidungen der Gewerkschaftsmitglieder zu ermitteln war. Auf diese Weise vollzog sich während der folgenden Monate in ganz Italien die Neugründung der CGIL, die ihre Tätigkeit in Norditalien allerdings nach wie vor im Untergrund aufnehmen mußte. Daß die Initiative zur Gründung der ersten freien Einheitsgewerkschaft in der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung von der Masse der arbeitenden Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen wurde, zeigen schon die rapide wachsenden Mitgliederzahlen. Auf dem ersten Kongreß der Gewerkschaftsorganisationen im befreiten Italien (Neapel, Januar 1945) zählte die CGIL bereits 1,3 Millionen Mitglieder; nach der Befreiung ganz Italiens kamen bis zum Juli 1945 weitere 3 Millionen Mitglieder hinzu [6]. Doch mußten bis zum Ende des Krieges alle Fragen der organisatorischen Konsolidierung wie der praktischen Gewerkschaftspolitik den Erfordernissen des Widerstandskampfes untergeordnet werden.

Das stellte besonders die gewerkschaftlichen „Aktionskomitees" in den Fabriken Norditaliens vor äußerst schwierige Aufgaben. Einerseits galt es, die Produktion vor allem in der Rüstungsindustrie einzuschränken, um die Kriegführung der Deutschen zu erschweren. Zugleich mußte verhindert werden, daß die Besatzungstruppen zur Demontage der Betriebe und in den letzten Kriegsmonaten zur Zerstörung aller Produktionsanlagen übergingen. Schließlich waren von den Gewerkschaften und den Fabrikkommissaren der „Nationalen Befreiungskomitees" oft auch die wichtigsten Unternehmerentscheidungen zu treffen, weil sich die bisherigen Eigentümer und ihre Unternehmensleitungen durch die 20jährige Unterstützung des Faschismus und ihre spätere Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungstruppen so kompromittiert hatten, daß sie entweder vorübergehend untertauchten oder ihre Anweisungen von den Belegschaften nur noch befolgt wurden, wenn auch die Gewerkschaft

5 Zitiert nach Gradilone, a.a.O., Bd. 2, S. 261.

6 I congressi della CGIL, Band 1, Neudruck Rom 1970, S. 181 u. 247; im Juni 1947, auf dem ersten nationalen Kongreß der CGIL für ganz Italien, gehörten der Einheitsgewerkschaft 5,73 Millionen Mitglieder an; I congressi della CGIL, Bd. 2, a.a.O., S. 346.

zustimmte. Ihren Höhepunkt erreichte die weit über die traditionellen gewerkschaftlichen Aufgaben hinausgehende Verantwortung für die Sicherung des Produktionsablaufs im Frühjahr 1945, als die „Nationalen Befreiungskomitees Oberitaliens" zum bewaffneten Aufstand gegen die Deutschen aufriefen [7]. Nur dem gemeinsamen Kampf der gewerkschaftlichen Betriebsgruppen und der Partisaneneinheiten, vor denen die deutschen Truppen zum Beispiel in Genua ohne Eingreifen der Alliierten kapitulieren mußten, war es in jenen Monaten zu verdanken, daß der industrielle Produktionsapparat in seinem Grundbestand erhalten blieb [8]. Der entscheidende Beitrag der Arbeiterbewegung zum nationalen Widerstand und nach Kriegsende zum wirtschaftlichen Wiederaufbau bildete die Grundlage für die Überzeugung von Millionen Lohnabhängigen, daß die neu zu gründende italienische Republik den Weg für grundlegende Gesellschaftsveränderungen im sozialistischen Sinne freimachen müsse — eine Erwartung, deren Realisierung freilich durch die Präsenz amerikanischer und britischer Truppen, den immer stärkeren Ost-West-Gegensatz und den folgenden Bruch der antifaschistischen Zusammenarbeit schon bald auf unüberwindbare Widerstände stieß.

Nach der Befreiung Italiens mußte es der CGIL zunächst darum gehen, die unmittelbaren ökonomischen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen, die vom Krieg am meisten in Mitleidenschaft gezogen waren, im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten sicherzustellen. Darüber hinaus war es das einmütig angestrebte Ziel selbst der Christdemokraten in der CGIL, zu „einer tiefgreifenden Demokratisierung des Wirtschaftslebens der Nation", insbesondere „durch die Nationalisierung der Schlüsselindustrien mit Monopolstellungen" zu gelangen [9].

2. *Ökonomische Teilerfolge in den ersten Nachkriegsjahren*

Im Bereich der wirtschaftlichen Interessenvertretung gelang es der Einheitsgewerkschaft, den gestiegenen gesellschaftlichen Einfluß der Lohnabhängigen in eine Reihe wichtiger Erfolge umzusetzen. Als Hauptprobleme erwiesen sich die Sicherung der Reallöhne bei anfangs noch sehr begrenzter Produktionskapazität und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Der Index der Reallöhne war 1945 im Durchschnitt auf 27 Prozent des Standes von 1938 gesunken; 1946 wurden 60 Prozent und erst im Laufe des Jahres 1947 98 Prozent der unter dem Faschismus extrem niedrigen Vorkriegslöhne erreicht — ein Zeitpunkt, zu dem die Industrieproduktion schon wieder bei 80 Prozent des Vorkriegsstandes angelangt war. Alle tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen drohten jedoch der in den ersten Nachkriegsjahren be-

7 Eine ausführliche Darstellung des Kampfes der Widerstandsbewegung in jenen Monaten enthält: Luigi Longo, Sulla via dell'insurrezione nazionale, Rom, 2. Auflage 1971.

8 Die Kriegsschäden wurden auf 20 Prozent des Werts der industriellen Ausrüstung im Jahre 1939 geschätzt, obwohl das Land fast 2 Jahre lang den Kriegsschauplatz bildete. Giuseppe Mammarella, L'Italia dopo il fascismo 1943—1968, Bologna 2. Auflage 1971, S. 127.

9 I congressi della CGIL, Bd. 1, a.a.O., S. 135.

sonders starken Inflation zum Opfer zu fallen. (Von 1945 bis 1947 erhöhte sich der Geldumlauf um 130 Prozent, die Lebenshaltungskosten stiegen um annähernd 100 Prozent [10].) Um dies zu verhindern oder zumindest einzuschränken, konnte die CGIL bis 1947 in allen Industriezweigen die Einführung einer „Lohn-Gleit-Klausel" (der sogenannten Scala mobile) durchsetzen, die nach einem genau festgelegten Bemessungsverfahren Steigerungen der Lebenshaltungskosten durch entsprechende Lohnerhöhungen ausglich. Diese bis heute behauptete Regelung sollte in den fünfziger Jahren den größten Teil der überhaupt erreichten Lohnerhöhungen ausmachen. Zweifellos war die allgemeine Einführung der „Scala mobile" eine bedeutende gewerkschaftliche Errungenschaft, die zu diesem Zeitpunkt in keinem anderen kapitalistischen Land erreicht wurde. Weitergehende Maßnahmen gegen die Inflation, wie die Einsetzung von örtlichen und zentralen Preiskontroll-Kommissionen unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften und der Plan eines sofortigen Geldumtauschs, um die Kapitalflucht und die Ausbreitung des Schwarzmarktes zu stoppen, scheiterten jedoch bereits am Widerstand der Christdemokraten.

Einen Teilerfolg errangen die Gewerkschaften durch die verschiedentlich erneuerten Abkommen über einen allgemeinen Kündigungsstop. Die Umstellung der Wirtschaft auf die Produktionsbedingungen in Friedenszeiten und die Beseitigung der von den Faschisten propagierten wirtschaftlichen Autarkievorstellungen zugunsten einer zunehmenden Öffnung für den Weltmarkt mußte zu weitreichenden Umstrukturierungen des Produktionsapparats führen. Die Position der CGIL war in den ersten Nachkriegsjahren stark genug, um eine Lösung dieser Umstellungen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten über den Weg von Massenentlassungen zu verhindern. Die Abkommen über das Kündigungsverbot verpflichteten die Unternehmen, freigesetzten Beschäftigten einen gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb des betreffenden Betriebes oder Konzerns zu verschaffen. Der politische Preis für derartige Abkommen war jedoch von Anfang an sehr hoch: Er bestand in einem zeitlich befristeten Lohnstopp, der die Sicherung des Reallohnniveaus bei weiter steigenden Preisen der hierfür allein unzureichenden „Lohn-Gleit-Klausel" überließ. Nicht zufällig kam es im Sommer 1946 über die Bedingungen, unter denen die CGIL einen befristeten Lohnstopp akzeptieren könne, zu ersten öffentlich ausgetragenen Differenzen zwischen den gewerkschaftlichen Fraktionen. Während die Christdemokraten Lohnerhöhungen zu diesem Zeitpunkt für unvertretbar hielten, bestanden Sozialisten und Kommunisten darauf, daß zumindest beim Abschluß eines derartigen Abkommens neben der Lohngleitklausel zusätzliche Lohnerhöhungen verlangt und schließlich auch erreicht wurden [11].

Im gemeinsamen Interesse aller Schichten der arbeitenden Bevölke-

10 Giorgio Amendola, Lotta di classe e sviluppo economico dopo la liberazione; in: Tendenze del capitalismo italiano, Rom 1962, Bd. 1 S. 165 u. 173.

11 David L. Horrowitz, Storia del movimento sindacale in Italia, Bologna 1970, S. 333 f.; Candeloro, a.a.O., S. 156 f.

rung lagen weitere auf Gewerkschaftsforderungen zurückgehende Maßnahmen wie der unmittelbar nach Kriegsende eingeführte Mietstopp und die Einsetzung von Provinzkommissionen zur Berechnung von sozial angemessenen Kostenmieten.

Viele dieser Maßnahmen waren mit den marktwirtschaftlichen Mechanismen eines kapitalistischen Systems auf längere Sicht nicht vereinbar, aber sie enthielten andererseits auch keine Eingriffe in die Grundlage dieses Systems, die eine spätere „kapitalistische Restauration" (Togliatti) und damit die Aushöhlung oder sogar Beseitigung der gewerkschaftlichen Erfolge unmöglich gemacht hätten. Doch wird man zusammenfassend feststellen können, daß die Bilanz der Einheitsgewerkschaft in Fragen der unmittelbaren ökonomischen und sozialen Interessenvertretung überwiegend positiv ausfiel.

3. *Scheitern der wirtschaftlichen Neuordnung*

Dagegen zeichnete sich schon bald ab, daß die Chancen für die Realisierung der weitergehenden gewerkschaftlichen Zielvorstellungen zur demokratischen Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft mit wachsendem zeitlichen Abstand von der Befreiung Italiens immer geringer wurden. Ein Beispiel hierfür war der schrittweise Abbau des von der Widerstandsbewegung erkämpften Mitbestimmungsrechts an der Unternehmens- und Betriebsleitung. Den ersten Versuch zu einer einheitlichen Regelung unternahm das nationale Befreiungskomitee Oberitaliens mit einem Dekret vom April 1945, in dem zur Neubesetzung der formal schon von den Faschisten errichteten „Verwaltungsräte" (Consigli di Gestione) aufgerufen wurde, denen jetzt frei gewählte Belegschaftsvertreter und eine gleich große Zahl von Unternehmervertretern angehören sollten[12]. Obwohl die Militärverwaltung der Alliierten Einspruch gegen das Dekret erhob, kam es in den meisten Großbetrieben Norditaliens — häufig auf ausdrücklichen Wunsch der in ihrer Position geschwächten Unternehmer — zur Gründung derartiger Verwaltungsräte. Anfang 1947 gab es etwa 500 derartiger Consigli di Gestione. Ihre Aufgaben bestanden im wesentlichen in der Beratung der Investitions- und Produktionspläne, in Vorschlägen für bessere Arbeitsbedingungen bei möglichst vollständiger Auslastung der Produktionskapazität u. dergl.[13].

Zusammen mit der vorgesehenen Nationalisierung der Schlüssel-

12 Wortlaut des Dekrets abgedruckt in: Aris Accornero, Il consiglio di Gestione alla RIV, Mailand 1962, S. 313 f.

13 Der Gesetzentwurf vom Dezember 1946 nannte als Aufgaben der paritätischen Verwaltungsräte folgende Punkte: „a) die Arbeitnehmer an der allgemeinen Unternehmensführung zu beteiligen; b) zur technischen und organisatorischen Verbesserung der Unternehmen beizutragen, insbesondere zur Veränderung der Arbeitsverrichtungen und zur Verbesserung der Arbeits- und Sicherheitsbedingungen der Beschäftigten; c) in den Unternehmen geeignete Organe für die Teilnahme am Industriellen Wiederaufbau und für die Vorbereitung der Industrieplanung zu schaffen, die von den zuständigen staatlichen Organen übernommen werden können; schließlich um deren (der staatlichen Planung; Anm. d. Verf.) Ausführung tatsächlich zu gewährleisten", Accornero, a.a.O., S. 317.

industrien und dem Beginn einer gesamtgesellschaftlichen Planung unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften hätten die paritätischen Verwaltungsräte zweifellos eine wichtige Rolle für die Demokratisierung der Wirtschaft übernehmen können. Gerade hier aber zeigten sich — trotz weitgehender Übereinstimmung der Parteiprogramme — die ersten prinzipiellen Gegensätze zwischen den drei antifaschistischen Massenparteien, die in der Folge auch die Einheitsgewerkschaft an wirksamen Initiativen in diesem Bereich hinderten. Die im Dezember 1947 verabschiedete Verfassung der Republik enthielt noch zahlreiche Vorschriften — wie z. B. die Ermächtigung zur entschädigungslosen Enteignung von Monopolbetrieben, Art. 43 —, die auf eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft abzielten. Zugleich aber waren schon vorher alle Sofortmaßnahmen zur Nationalisierung der Schlüsselindustrien am Widerstand der von den Alliierten unterstützten Christdemokraten gescheitert. Nach dem Ausschluß der Sozialisten und Kommunisten aus der Regierung, der im Juni 1947 von De Gasperi erzwungen wurde, mußte es schon als Erfolg gelten, wenn die Reprivatisierung des im Faschismus entstandenen, relativ großen öffentlichen Industriesektors verhindert wurde. Ähnlich ergebnislos verliefen auch die Vorstöße der Arbeiterparteien für eine wirksame gesellschaftliche Planung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Nicht zufällig benutzte De Gasperi gerade die Gegensätze über das „Vierzehnpunkteprogramm" des sozialistischen Industrieministers Morandi, das in erster Linie Maßnahmen gegen Inflations- und Spekulationsgewinne, aber immerhin auch Ansätze zu einer staatlichen Wirtschaftsprogrammierung enthielt, um den Regierungsausschluß der beiden linken Parteien einzuleiten.

Unter diesen Umständen wurden die Consigli di Gestione immer stärker auf Einzelinitiativen im Rahmen des jeweiligen Unternehmens beschränkt. Ihre Vorschläge waren der Unternehmensleitung willkommen, wenn sie auf Produktionssteigerungen hinausliefen, aber schon sehr bald lästig, wenn sie auf alternative Produktionsprogramme und Investitionsmöglichkeiten verwiesen. Nachdem die gesetzliche Verankerung der paritätischen Verwaltungsräte, wie sie Art. 46 der Verfassung vorsah, unter den reaktionären Mitte-Rechts-Koalitionen De Gasperis politisch aussichtslos geworden war, ging der Fiat-Konzern im Sommer 1949 zum offenen Angriff auf die Verwaltungsräte über (Abberufung aller Unternehmensvertreter und einige Monate später Entlassung der wichtigsten Belegschaftsvertreter im Verwaltungsrat) [14]. Daraufhin sank die Zahl der Verwaltungs-

14 Zu den Auseinandersetzungen bei Fiat, vgl. im einzelnen Renzo Gianotti, Lotte e organizzazione di classe alla Fiat, 1948 bis 1970, Bari 1970, S. 63 ff. und Liliana Lanzardo, Classe operaia e partito communista alla Fiat; Turin 1971, S. 382 ff. / S. 529 ff.; die problematische Stellung der Verwaltungsräte, die sich um innerbetriebliche Produktionssteigerungen und zugleich um die Interessenvertretung der Lohnabhängigen bemühen mußten, hatte zu diesem Zeitpunkt den Rückhalt des Organs bereits soweit geschwächt, daß es zu keinen Protestaktionen größeren Ausmaßes gegen den Boykott der Geschäftsleitung mehr kam.

räte in kurzer Zeit auf die Hälfte des Standes von 1947. Wo sie fortbestanden, gelang dies nur durch die enge Anlehnung an die Betriebsräte (Commissioni interne), die sich als Kontrollorgan für die Anwendung der Tarifverträge zum wichtigsten Instrument der betrieblichen Interessenvertretung der Lohnabhängigen entwickelt hatten, aber ihrerseits durch die Gewerkschaftsspaltung nach 1948 stark geschwächt waren. Auch in dieser Rolle konnten die Verwaltungsräte bis in die Mitte der fünfziger Jahre wertvolle Beiträge für die Konkretisierung allgemeiner Forderungen der Gewerkschaftsbewegung, — wie Kampf um neue Arbeitsplätze und Kampagnen gegen die Wiederaufnahme der Rüstungsproduktion — leisten; aber als Ansatz für eine umfassende demokratische Neuordnung der Wirtschaft waren sie längst unbrauchbar geworden.

4. *Organisatorische Probleme der Einheitsgewerkschaft und Gewerkschaftsspaltung*

Wenn trotz Regierungsbeteiligung der Arbeiterparteien und Einheitsgewerkschaft seit 1947 eine zunehmende Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des wiedererstarkten Großbürgertums zu verzeichnen war, dann waren dafür in erheblichem Maße äußere Faktoren mitverantwortlich, die sich den Einwirkungsmöglichkeiten der italienischen Arbeiterorganisationen entzogen. Hier ist zunächst die Anwesenheit der alliierten Truppen zu nennen, die bis zum Abschluß des Friedensvertrags (Juli 1947) die verschiedensten Formen offener und verdeckter Einmischung der Militärverwaltung zugunsten der herrschenden Klasse abdeckte. An ihre Stelle traten später die mit den Marschallplankrediten verbundenen politischen Auflagen und seit April 1949 die Eingliederung des Landes in die NATO. Hinzu kam die ständige Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes, die innenpolitisch immer wieder zu Kampagnen gegen alle fortschrittlichen Kräfte benutzt werden konnte.

Unabhängig von diesen äußeren Faktoren wurde die Wirksamkeit der Einheitsgewerkschaft jedoch auch durch verschiedene innere Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen weiter geschwächt. Zum einen behielt die CGIL allzu lange eine äußerst zentralistische Struktur bei, die sich bald als Hindernis für die gewerkschaftliche Verankerung in den Betrieben und eine ständige Beteiligung der lohnabhängigen Massen an den Gewerkschaftsentscheidungen erwies. Das Übergewicht der zentralen Instanzen wurde am neu entstandenen Tarifvertragssystem besonders deutlich. Nicht nur die Abkommen über die rechtliche Stellung der Gewerkschaften in den Betrieben, die Befugnisse der Betriebsräte und dergleichen, sondern auch die Höhe der Tariflöhne und die Vereinbarungen über Lohn- und Kündigungsstopp handelte die CGIL als gewerkschaftlicher Dachverband für die Arbeiter und Angestellten aller Industriezweige zentral aus. Erst 1954 erhielten die nationalen Vorstände der Einzelgewerkschaften das Recht, die Tariflöhne für ihren Bereich in direkten Verhand-

lungen mit dem jeweiligen Unternehmerverband festzulegen [15]. Damit verbunden war die Ablehnung oder zumindest das starke Mißtrauen gegenüber allen Formen betrieblicher Tarifabkommen. So wurde den Betriebsräten das seit 1943 eingeräumte Recht, „mit Zustimmung der Gewerkschaft Tarifverträge (auf betrieblicher Ebene) abzuschließen", 1947 in einem Abkommen zwischen CGIL und dem Unternehmerverband Confindustria wieder entzogen und ihre Aufgaben auf die bloße Anwendung der gewerkschaftlich ausgehandelten Tarifverträge beschränkt [16]. Eine solche Position war in vielerlei Hinsicht verständlich, um Sonderinteressen einzelner Betriebe und Berufsgruppen oder auch der Beschäftigten gegenüber der großen Zahl von Arbeitslosen zu überwinden. Sie verhinderte aber allzuoft die Entwicklung spezifischer auf die jeweilige betriebliche Situation abgestellter Forderungen. Die zu geringe Beachtung der gewerkschaftlichen Basisorgane zeigte sich auch darin, daß kaum Versuche unternommen wurden, die „Abteilungskommissare" (Commissari di reparto), die seit der Widerstandsbewegung als Vertreter sämtlicher Beschäftigten ihrer Abteilung in allen größeren Betrieben Norditaliens ein informelles, aber höchst wirkungsvolles Kommunikationsnetz zwischen Betriebsräten und Belegschaften herstellten, durch tarifliche Vereinbarungen abzusichern und in die gewerkschaftliche Entscheidungsbildung einzubeziehen. So wurde es den Unternehmern in den fünfziger Jahren leichtgemacht, gerade diesen für die Kampfbereitschaft der Belegschaften enorm wichtigen Organisationsansatz zu unterbinden, um so die Gewerkschaften insgesamt oder zumindest die CGIL aus den Betrieben zu verdrängen [17].

Ein weiterer Umstand, der zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegung beitrug, waren die seit Anfang 1947 immer deutlicher zutage tretenden Gegensätze zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsfraktionen. Bei den Organisationswahlen der CGIL zum Kongreß von Florenz (Juni 1947), der trotz scharfer Kontroversen zwischen den Fraktionen noch einmal das Prinzip der Gewerkschaftseinheit bestätigte, hatte sich das folgende innergewerkschaftliche Kräfteverhältnis zwischen den politischen Richtungen ergeben: Kommunisten 57,8 %, Sozialisten 22,6 %, Christdemokraten 13,4 %, Sozialdemokraten (rechter Flügel der Sozialistischen Partei, der sich wenige Monate vorher abgespalten hatte) 2,2 %, Republikaner 2,0 % der abgegebenen Stimmen [18]. Schon der im „Pakt von Rom" vorgesehene Übergang von der

15 Vgl. Pietro Merli-Brandini, Evoluzione del sistema contrattuale italiano nel dopoguerra, in: Economia e lavoro, Nr. 2 (März/April) 1967, S. 67 ff.

16 Texte der beiden Abkommen abgedruckt bei: Marco Vais, Le Commissioni Interne, Rom 1958, S. 119 ff.

17 Zur Arbeitsweise der „Abteilungskommissare", über die es kaum ausführlichere Darstellungen gibt, vgl. die entsprechenden Abschnitte bei Lanzardo a.a.O., Gianotti, a.a.O., S. 36 ff., und Aris Accornero, I commissari di reparto nel secondo dopoguerra; in: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 24 (Dezember 1969), S. 128 ff.

18 Beteiligt hatten sich an den Organisationswahlen 80 % der 5,7 Millionen Mitglieder; I Congressi della CGIL, Bd. 2, a.a.O., S. 346.

paritätischen zur anteilmäßigen Besetzung der Leitungsorgane, der für Sozialisten und besonders für die Christdemokraten eine erhebliche Einbuße an Mandaten mit sich brachte, hatte zu internen Spannungen geführt. Zum Angelpunkt der Auseinandersetzungen wurde jedoch die Frage, ob die CGIL auch zu politischen oder nur zu „rein gewerkschaftlichen" Fragen Stellung nehmen und gegebenenfalls zu Aktionen auffordern dürfe. Während die christlichen Gewerkschafter die ersatzlose Streichung von Art. 9 des CGIL-Statuts forderten, der politische Stellungnahmen zur Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte zuließ, waren die Kommunisten und Sozialisten nur zu einer Einschränkung dieses Artikels (Beschlußfassung mit 3/4 Mehrheit) bereit [19]. Mit dem Bekenntnis zum „unpolitischen Charakter" der Gewerkschaft verbanden die christlichen Gewerkschafter immer schärfere Kritik an den von der CGIL geführten Arbeitskämpfen, die als Folge der jetzt offen reaktionären Politik De Gasperis überall an Härte zunahmen und von den christlichen Gewerkschaftern insgesamt als politisch motiviert verurteilt wurden.

Unter diesen Umständen ließ sich seit Anfang 1948 absehen, daß die Spaltung der Einheitsgewerkschaft nur noch eine Frage der Zeit sein konnte. Allzu deutlich entsprach dieses Ziel der allgemeinen Strategie der amerikanischen Finanzoligarchie, die sich in Gewerkschaftsfragen des Einflusses der militant antikommunistischen US-Gewerkschaften AFL/CIO bedienen konnte, und den Interessen der Christ-Demokratischen Parteiführung, die mit Hilfe klerikaler Organisationen wie der „katholischen Aktion" und den katholischen Arbeitervereinen, ACLI, immer stärkeren Druck auf die christlich orientierten Gewerkschafter ausübte, die CGIL zu verlassen. Den endgültigen Vorwand zur Spaltung bot dann der Streikaufruf der CGIL nach dem Mordanschlag auf Togliatti am 14. Juli 1948. Im ganzen Land kam es sofort zu spontanen Arbeitsniederlegungen, Protestdemonstrationen und vielerorts zu blutigen Zusammenstößen mit Polizei und Streitkräften, in denen sich neben der Empörung über den verbrecherischen Anschlag die weit verbreitete Enttäuschung der Arbeiterbewegung über die reaktionäre Entwicklung der Gesamtpolitik entlud. Die CGIL rief am Abend desselben Tages zum faktisch bereits vollzogenen Generalstreik auf und befristete ihn später bis zum Mittag des 16. Juli. Die Gewerkschaftsfraktion der Christdemokraten forderte zunächst ultimativ den sofortigen Abbruch des Generalstreiks und erklärte dann, ohne noch eine Antwort der CGIL abzuwarten, ihren Austritt aus der Einheitsgewerkschaft, weil Kommunisten und Sozialisten erneut den Streik zu politischen Zwecken mißbraucht hätten [20]. Bereits am 22. Juli kündigte der Nationalrat der ACLI die Gründung einer neuen katholisch orientierten Gewerkschaftsorganisation an, die sich im Oktober unter dem vorläufigen Namen „freie CGIL", LCGIL, konstituierte. Im

19 Gradilone, a.a.O., S. 285.

20 Einzelheiten der Ereignisse vom Juli 1948 bei Horrowitz, a.a.O., S. 349 ff., Candeloro, a.a.O., S. 168 f. und Emilio Lussu, I sindacati in Italia; Dieci anni dopo, Bari 1955, S. 484 ff.

Laufe des Jahres 1949 verließen auch die sozialdemokratischen und republikanischen Gewerkschafter, sowie kleinere Gruppen von aus der PSI ausgetretenen Gewerkschaftsfunktionären die CGIL. Ein Teil von ihnen gründete im April 1950 zusammen mit den katholischen Gewerkschaftern die CISL, nachdem sich die Mehrheit dieser Gruppen aus Furcht, von den Christdemokraten majorisiert zu werden, kurz zuvor in einem dritten Gewerkschaftsverband, der UIL, zusammengeschlossen hatte.

IV. Die Jahre des „Kalten Krieges" und die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, 1949—1956

1. Zur Position von CGIL, CISL und UIL nach der Gewerkschaftsspaltung

Die Spaltung der CGIL hatte weitreichende Konsequenzen für die italienische Gewerkschaftsbewegung. Über Jahre hinaus verschärfte sie die Gegensätze zwischen den so entstandenen Richtungsgewerkschaften derartig, daß die Auseinandersetzung mit den Unternehmern als gemeinsamen Gegnern oft genug in den Hintergrund trat. Besonders die CISL und die UIL, die sich selbst als die einzigen „demokratischen Gewerkschaften" bezeichneten, versuchten die CGIL immer wieder als willenloses Werkzeug der kommunistischen Parteiführung hinzustellen, obwohl schon das geschlossene Verbleiben der sozialistischen Gewerkschafter in der CGIL solchen Angriffen die Grundlage entzog. Doch mußten beide Gewerkschaftsverbände bald erkennen, daß sich allein mit dem Kampf gegen die CGIL und antikommunistischen Bekenntnissen keine wirksame gewerkschaftliche Arbeit betreiben ließ. So sahen sich die UIL und stärker noch die CISL gezwungen, ihren gesellschaftlichen Standort und ihre Zielsetzung als Interessenvertretung der Lohnabhängigen auch programmatisch festzulegen. Jahre später waren es gerade diese Prinzipien der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, die den fortschrittlichen Kräften innerhalb der CISL und UIL als Anknüpfungspunkt dienten, um gemeinsame Aktionen und schließlich auch die inhaltliche Wiederannäherung zwischen allen drei Gewerkschaftsverbänden durchzusetzen.

Die CISL stellte die Autonomie der Gewerkschaft von jeder parteipolitischen Einflußnahme oder sonstigen Einmischung von außen besonders heraus. Die parteipolitische Autonomie von der DC blieb allerdings über Jahre hinaus nur ein verbaler Anspruch, zumal die Gewerkschaftsführung der CISL durchweg höchste Partei- und Parlamentsämter der Christdemokraten bekleidete. Wichtiger war dagegen von Anfang an die Bekräftigung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit von allen kirchlichen Instanzen, die eine Festlegung der CISL als konfessionsgebundene katholische Organisation verhinderte und den Einfluß der katholischen Arbeitervereine, ACLI, begrenzte [21]. Bezeichnenderweise ist die CISL, im Unterschied zur französischen

21 Vgl. Giancarlo Galli, I cattolici e il sindacato, Mailand 1969, S. 223 ff.

CFDT, nie dem internationalen christlichen Gewerkschaftsverband, sondern von vornherein dem IBFG beigetreten.

Auf der Suche nach einer eigenen Gewerkschaftsstretegie lehnte sich die CISL an das Vorbild der nordamerikanischen Gewerkschaften AFL/CIO an, von denen sie jahrelang erhebliche finanzielle Zuwendungen erhielt. So kam es zu der Tendenz, die Bereiche direkter Absprachen zwischen den Tarifparteien möglichst auszudehnen und dabei auch Fragen der betrieblichen Arbeitssituation miteinzubeziehen; dies jedoch immer mit dem Ziel, „ein günstiges Arbeitsklima zur Entwicklung besserer Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern zu schaffen" [22]. Ausdrücklich wurde der Produktivitätszuwachs im jeweiligen Betrieb oder Industriezweig als Begrenzung berechtigter Lohnforderungen anerkannt. Auch die Forderungen der CISL zur staatlichen Wirtschaftspolitik, zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Lösung der wirtschaftlichen Strukturkrisen (Nord-Süd-Gegensatz usw.) standen im Zeichen der Integration der Lohnabhängigen in das bestehende System und ihrer Beteiligung an der „pluralistischen" Leitung der nationalen Gesellschaft (Staat, Unternehmer, Gewerkschaft) [23]. Bezeichnend für die gewerkschaftliche Strategie der CISL war zudem eine starke Betonung der Sonderrechte der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber den Nichtorganisierten [24].

Die UIL mußte als kleinste und zuletzt entstandene Gewerkschaftszentrale besondere Mühe darauf verwenden, die Notwendigkeit ihrer Existenz plausibel zu machen. Ihre Kritik an der CGIL unterschied sich nur geringfügig von den Angriffen der christlichen Gewerkschafter; sie war allenfalls in der Tonart noch aggressiver. Andererseits warf man der CISL vor, eine „konfessionelle und regierungshörige Gewerkschaft" zu sein [25]. Der Vorwurf der Regierungshörigkeit war überwiegend demagogisch, da die UIL selbst auf Koalitionsparteien De Gasperis (Sozialdemokraten, Republikaner) orientiert war. Die Einstufung der CISL als konfessionelle Organisation widerlegte allerdings allzu offensichtlich ihren Anspruch, als einzige „demokratische Gewerkschaftsorganisation" der CGIL gegenüberzu-

22 Beschluß des II. Kongresses der CISL, 1955, abgedruckt in: La storia del sindacato in Italia; Edizioni „Conquiste del lavoro", Rom 1966, S. 138.

23 Vgl. das Wirtschaftsprogramm der CISL von 1951 (I lavoratori difendono l'Italia; l'Italia difenda i lavoratori), in dem für bestimmte Investitionsanreize und Maßnahmen gegen die Preissteigerungen auf alle Lohnerhöhungen verzichtet wurde, „die nicht tatsächlichen Verbesserungen der Arbeitsproduktivität entsprechen"; zit. n. Horrowitz, a.a.O., S. 377.

24 Zusammenfassende Darstellungen der CISL-Konzeption geben: Bruno Manghi, La Dinamica della CISL: Dal moderatismo ad una nuova coscienza politica?; in: La DC dopo il primo ventennio, Padua, 1968, S. 103 ff. und Bruno Trentin: Le dottrine neocapitalistiche e l'idelogia delle forze dominanti nella politica economica italiana; in: Tendenze del capitalismo italiano, a.a.O., Bd. I, S. 97 ff. Vgl. im übrigen: Kongreßbeschlüsse der CISL, und Giulio Pastore, Beitrag zu: I Sindacati in Italia, Bari 1955, S. 121 ff.

25 Viglianesi, Generalsekretär der UIL, auf dem ersten Kongreß der UIL 1953; zit. n. Horrowitz, a.a.O., S. 382.

treten. Erst Mitte der fünfziger Jahre fand man sich gegenseitig mit der Existenz zweier voneinander unabhängiger Organisationen ab.

Langfristig zielte die UIL darauf ab, der nach ihren Maßstäben kommunistischen CGIL und der katholischen CISL eine Gewerkschaft aller „Demokratischen Sozialisten" gegenüberzustellen. Dieses Ziel scheiterte jedoch an der Entschlossenheit der Sozialisten, die CGIL als Einheitsgewerkschaft zumindest der an klassenbewußten Traditionen orientierten Teile der Arbeiterbewegung fortzuführen. Erst mit der Herausbildung der Centro-Sinistra-Koalition in den sechziger Jahren erlangte die Konzeption der UIL als Gewerkschaft aller Sozialisten für einige Zeit größere Bedeutung.

Mit dem schwierigen und oft künstlichen Nachweis für die Notwendigkeit der eigenen Organisation befaßt, waren von der UIL keine größeren Beiträge für die Entwicklung einer selbständigen Gewerkschaftsstrategie zu erwarten. Sie stellte die unmittelbaren ökonomischen Forderungen der Lohnabhängigen sehr in den Vordergrund und vertrat diese bisweilen auch kämpferischer als die CISL (so wurde beispielsweise die Notwendigkeit einzelner Aktionsbündnisse mit der CGIL nie prinzipiell bestritten). Dagegen finden sich kaum Analysen oder Lösungsvorschläge, um die Beseitigung der wichtigsten ökonomischen Strukturprobleme des Landes (Massenarbeitslosigkeit, Verelendung Süditaliens) und damit eine langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in Angriff zu nehmen [26].

Die CGIL verstand sich weiterhin als Einheitsgewerkschaft der Arbeiterklasse, in der Arbeiter und Angestellte aller politischen und religiösen Überzeugungen zusammenarbeiten konnten. Zwar mißlang der Versuch, außer den kommunistisch und sozialistisch orientierten Mitgliedern nennenswerte Teile der katholischen, sozialdemokratischen oder republikanischen Gewerkschafter in der CGIL zu halten. Doch blieb das Ziel, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wiederherzustellen und damit das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern, immer ein zentraler Bestandteil der CGIL-Programmatik. Im Mittelpunkt der Gewerkschaftsstrategie der CGIL stand der Versuch, den Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Massen mit dem Eintreten für die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse — Beseitigung der Ausbeutung, Vergesellschaftung der Produktionsmittel — zu verbinden. Als wichtige Zwischenziele waren hierzu noch von der Einheitsgewerkschaft die Verwirklichung der Strukturreformen — wie Nationalisierung der Schlüsselindustrien, durchgreifende Bodenreform, gesamtgesellschaftliche demokratische Planung — herausgestellt worden.

Mit der unter De Gasperi erzwungenen „kapitalistischen Restauration" wurden jedoch nicht nur die Aussichten für die Realisierung

26 Zur Selbstdarstellung der UIL vgl. Italo Viglianesi, in: I sindacati in Italia, a.a.O., S. 199 ff.; und ders., Dieci anni di sindacalismo democratico, Rom 1961.

dieser Reformen zunichte gemacht, zugleich zeigten sich mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit und dem Stagnieren der Reallöhne auch die unmittelbar negativen Folgen dieser reaktionären Politik. In dieser Situation entwickelte die CGIL zuerst auf dem Kongreß in Genua (Oktober 1949) ihren „Plan der Arbeit", der von Seiten der Gewerkschaften den ersten Versuch darstellte, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit einer konkreten Alternativplanung der Investitionen und dem Beginn der Strukturreformen in wichtigen Teilbereichen zu verknüpfen. Die wichtigsten Maßnahmen des Plans waren: Nationalisierung der Energieversorgung, Bodenreform, drastische Steigerung des sozialen Wohnungsbaus und Entwicklungsprogramme zum Ausbau der Infrastruktur [27]. Zusätzlich wurden für die Landwirtschaft und die wichtigsten Industriezweige genau spezifizierte Investitionsprogramme und andere Sofortmaßnahmen gefordert, die binnen Jahresfrist 700 000 neue Arbeitsplätze schaffen sollten. Zur Finanzierung des Planes wurden neben einer verschärften Versteuerung der Großeinkommen auch „Opfer von Seiten der Arbeiterklasse", d. h. eine Verlängerung des Lohnstopps bei gleichbleibenden Preisen, angeboten.

Auf die Grenzen und Schwächen des „Planes der Arbeit" ist später gerade auch von marxistischer Seite verschiedentlich hingewiesen worden. Man kritisierte zu Recht den „keynsianischen Charakter" des Planes, der für eine staatliche Vollbeschäftigungspolitik selbst die nur zu berechtigten Lohnforderungen der Massen zurückzustellen bereit war. Eine weitere Schwäche des Planes lag darin, daß Produktionssteigerungen schlechthin, nicht aber eine Selektion der vorhandenen Produktionsprogramme nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen als Voraussetzung für ein System umfassender demokratischer Planung gefordert wurden [28]. Dennoch erwies sich der „Plan der Arbeit" zu Beginn der fünfziger Jahre als ein höchst wirksames Mobilisierungsinstrument, um die gemeinsamen Klasseninteressen der Beschäftigten wie der Arbeitslosen an einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsstruktur des Landes deutlich zu machen [29].

2. *Stagnation der Reallöhne; Repression in den Betrieben*

Die negativen Folgen der Gewerkschaftsspaltung wie der Schwächung der Arbeiterbewegung überhaupt wurden zu Beginn der fünfziger Jahre an der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung be-

27 La CGIL dal Patto di Roma al congresso di Genova, Bd. VI, Rom 1952, S. 376 ff.

28 Vgl. Amendola, a.a.O., S. 181 und Vittorio Foa/Bruno Trentin: La CGIL di Fronte alle trasformazioni tecnologiche dell'industria italiana; in: Lavoratori e sindacati di fronte alle trasformazioni del processo produttivo, hrsg. v. Franco Momigliano, Mailand 1962, Bd. I, S. 164 ff.

29 Eine zusammenfassende Darstellung der Gewerkschaftsstrategie der CGIL und ihrer Entwicklung seit den fünfziger Jahren geben aus der Sicht des linken Flügels der CISL — gewissermaßen als katholisches Gegenstück zu der in Anm. 32 genannten Arbeit von Trentin: Gian Primo Cella, Bruno Manghi, Roberto Pasini, La Concezione sindacale della CGIL: Un sindacato per la classe, Schriftenreihe der ACLI, Nr. 9, Rom 1969.

sonders deutlich. Obwohl die Industrieproduktion bereits Ende der vierziger Jahre den Vorkriegsumfang wieder erreicht hatte und seitdem mit jährlichen Zuwachsraten von 8 bis 10 Prozent eine beschleunigte Expansion verzeichnete (allein von 1951 bis 1958 wuchs die Produktion der chemischen Industrie um 175 Prozent, die metallverarbeitende Industrie um 140 Prozent), gelang es den Unternehmern jahrelang, Lohnerhöhungen soweit zu vèrhindern, daß in vielen Industriezweigen ein faktischer Lohnstopp erreicht wurde. Von 1948 bis 1954 stiegen die Tariflöhne real um nur 0,9 Prozent jährlich, die Effektivlöhne um 2,2 Prozent jährlich. Im Zeitraum von 1954 bis 1961 betrug die reale Zunahme der Tariflöhne 1,5 Prozent jährlich, der Effektivlöhne 2,2 Prozent jährlich[30]. Auf diese Weise bildete sich in den fünfziger Jahren die Rolle Italiens als Niedriglohnland unter den hoch entwickelten kapitalistischen Staaten noch stärker heraus.

Ursächlich war hierfür auch die nach wie vor hohe Arbeitslosenquote (1951: 8,9 %; 1956 noch immer 8,3 %), die erst in den Jahren des „italienischen Wirtschaftswunders" (1959—1962) deutlich zurückging, ohne daß jemals ein der Bundesrepublik vergleichbarer Beschäftigungsstand erreicht wurde. Nachteilig wirkte sich schließlich das zentralistische Tarifvertragssystem aus, das es den Unternehmen bei dem gegebenen Kräfteverhältnis erlaubte, unter Verweis auf wirtschaftliche Schwierigkeiten einzelner Betriebe den Abschluß neuer Tarifverträge jahrelang überhaupt abzulehnen. Erst 1954 konnten die Chemiearbeiter, 1956 die Metallarbeiter und 1957 die Bauarbeiter die Erneuerung und partielle Verbesserung der noch von der Einheitsgewerkschaft abgeschlossenen nationalen Tarifverträge in ihren Industriezweigen durchsetzen. Alle diese Faktoren (Arbeitslosigkeit, Gewerkschaftsspaltung, zentralistisches Tarifvertragsystem) mußten schrittweise an Wirksamkeit verlieren, bevor die italienischen Gewerkschaften in der Lage waren, mit den großen Streikbewegungen von 1962/63 und noch stärker von 1968/70 das Stagnieren der Reallöhne nachhaltig zu durchbrechen und damit zugleich die Voraussetzungen für eine neue Offensive der Arbeiterbewegung zu schaffen.

Wenn die fünfziger Jahre und besonders ihre erste Hälfte als „dunkle Jahre" in die Geschichte der italienischen Gewerkschaftsbewegung eingingen, bezog sich das auch auf die Situation in den Betrieben. Nachdem die herrschende Klasse ihre Machtpositionen auf der politischen Ebene wiederhergestellt hatte, ging sie nun daran, den alten „Herr-im-Hause-Standpunkt" in den Fabriken und auf dem Lande voll durchzusetzen. Den größten Teil der Arbeitskämpfe, in dem sich die Lohnabhängigen hiergegen zur Wehr setzten, führte nach wie vor die CGIL als die bei weitem größte und am stärksten in den Betrieben verankerte Gewerkschaft[31]. Gegen ihre Mitglieder richteten sich

30 Vgl. Bruno Broglia/Luciano Pallagrosi, I salari in Italia dal 1951 al 1962, Rom o. J., S. 93 ff.

31 Die offiziellen Angaben über die Mitgliederzahlen lauteten für 1950: CGIL 5 Mio. Mitglieder, CISL 1,5 Mio., UIL 0,4 Mio. und für Ende 1954: CGIL 4,6 Mio., CISL annähernd 2 Mio. und UIL 0,5 Mio. Mitglieder; Horrowitz, a.a.O., S. 370.

daher auch die schärfsten Angriffe der Unternehmer. Unter den verschiedensten Vorwänden — vom Vorwurf politischer Betätigung im Betrieb bis zur bloßen Mitgliedschaft in der CGIL — wurden deshalb Hunderte von Betriebsfunktionären und zahllose Aktivisten der CGIL entlassen oder strafversetzt. An der Spitze der unternehmerischen Repressionsmaßnahmen stand erneut der Fiat-Konzern, der Hunderte von Aktivisten der FIOM (Metallgewerkschaft der CGIL) willkürlich in eine „Strafabteilung" versetzte, um sie schließlich geschlossen zu entlassen [32]. Die Proteststreiks der Belegschaften hatten nur in wenigen Fällen Erfolg, zumal es nur selten gelang, auch die CISL und UIL zu derartigen Streikaufrufen zu bewegen.

Einen Höhepunkt erreichten die Repressionen der Unternehmer regelmäßig vor den Neuwahlen der Betriebsräte, um durch die verschiedensten Einschüchterungsmanöver den Stimmenanteil der CGIL und ihrer Einzelgewerkschaften möglichst stark zu vermindern. Ansatzpunkte bot ihnen hierfür die in solchen Situationen zusätzlich verschärfte Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften, die oftmals einen regelrechten „Wahlkampf" gegeneinander führten. Auch an massiven Eingriffen von außen fehlte es nicht. 1955 drohte die US-Botschafterin in Rom, Bruce, öffentlich an, Unternehmen, in denen mehr als 50 % der Stimmen auf Betriebsratskandidaten der CGIL entfielen, amerikanische Aufträge und Lizenzen zu entziehen [33]. Im Ergebnis mußte die CGIL Mitte der fünfziger Jahre eine Reihe empfindlicher Rückschläge hinnehmen. Die FIOM erlitt 1955 eine spektakuläre Niederlage, als sie bei Fiat erstmals die absolute Mehrheit im Betriebsrat verlor; 1957 ging ihr Stimmenanteil bis auf 21,1 % zurück. Ein Großteil der verlorenen Stimmen ging zunächst auf die FIM (Metallgewerkschaft der CISL) über; dabei kam es aber zu einer so offenen Kollaboration mit der Konzernspitze, daß sich die CISL 1958 gezwungen sah, ihre bisherige Betriebsgruppe bei Fiat aus dem Gesamtverband auszuschließen und eine neue betriebliche Gewerkschaftsvertretung zu gründen [34].

Das Beispiel Fiat bewies damit besonders deutlich, daß die Diskriminierung der CGIL den „demokratischen" Gewerkschaften, CISL und UIL, ebensowenig Vorteil brachte wie die seit Mitte der fünfziger Jahre häufig nur mit ihnen abgeschlossenen Separat-Abkommen auf betrieblicher oder nationaler Ebene. Schwerer als partielle Zugeständnisse der Unternehmer wog der Nachteil, daß solche Abkommen nicht von der geschlossenen Kampfbereitschaft der Gewerk-

32 Einzelheiten über diese Phase der Klassenauseinandersetzungen bei: Giovanni Carocci, Inchiesta alla Fiat, Florenz 1961.

33 Norman Kogan, L'Italia del dopoguerra, Storia politica dal 1945 al 1966, Bari ^{3}1972, S. 113.

34 Die Mehrheit der bisherigen CISL-Anhänger bei Fiat gingen auf eine neue „gelbe" Betriebsgewerkschaft über, die sich bis zu Beginn der siebziger Jahre einen erheblichen Einfluß auf die Belegschaften des Automobilkonzerns sichern konnte. Vgl. Gian Primo Cella, Bruno Manghi, Paola Piva; Un sindacato italiano negli anni sessanta, La FIM/CISL dall'associazione alla classe, Bari 1972, S. 112.

schaftsbewegung durchgesetzt wurden und damit durch andere Maßnahmen der Unternehmer (Beschleunigung des Arbeitstempos und dergl.) leicht ins Gegenteil verkehrt werden konnten.

Zum Bild der „düsteren fünfziger Jahre" für die italienische Arbeiterbewegung gehören schließlich die zahlreichen blutigen Zusammenstöße zwischen streikenden und demonstrierenden Arbeitern und den bewaffneten Polizeitruppen. Tiefe Empörung löste das Blutbad von Modena am 9. Januar 1950 aus, als die Carabinieri das Feuer auf eine Versammlung ausgesperrter Arbeiter eröffneten und dabei sechs von ihnen töteten und mehrere Dutzend weiterer Teilnehmer zum Teil lebensgefährlich verletzten. In den folgenden Jahren war es besonders der reaktionäre Christdemokratische Innenminister Scelba (von 1947 bis 1953 und noch einmal 1954/55 im Amt), mit dessen Namen immer wieder der arbeiterfeindliche Einsatz von Polizei und Streitkräften verbunden war.

3. Kampf um die Arbeitsplätze; Land- und Betriebsbesetzungen

Unter diesen Bedingungen mußten die Arbeitskämpfe auch dort, wo sie mit außerordentlicher Härte ausgetragen wurden, einen eher defensiven Charakter annehmen. Auf dem Lande stand von 1949 bis 1952 der „Kampf um Grund und Boden" im Mittelpunkt, der besonders in der Poebene und in Süditalien durch die Bewegung der Landbesetzungen vorangetrieben wurde. Die wichtigste Forderung lautete: Enteignung des Großgrundbesitzes über 100 ha und insbesondere aller brachliegenden Böden. Danach fielen nicht weniger als 5 Millionen ha oder mehr als ein Viertel der verfügbaren Flächen unter die Enteignung [35]. Die Regierung De Gasperi sah sich schließlich unter dem Druck der Streiks und Landbesetzungen gezwungen, wenigstens die gröbsten Auswüchse des Latifundiensystems durch eine Reihe von Gesetzen zur Bodenreform zu beseitigen. Enteignet wurden insgesamt 750 000 ha; als Höchstgrenze zulässigen Grundbesitzes ging man entweder von 300 ha aus, oder es wurden die sogenannten „Modell-Betriebe" mit hoher landwirtschaftlicher Produktivität überhaupt von den Enteignungsmaßnahmen ausgenommen. Die enteigneten Böden wurden parzelliert und an insgesamt etwa 110 000 Familien von Kleinbauern, Halb-Pächtern und Landarbeitern verteilt [36]. Die Begrenztheit dieser Maßnahmen (jede gezielte Förderung der besonders in Mittelitalien hoch entwickelten landwirtschaftlichen Genossenschaften scheiterte am Widerstand der reaktionären Agrarier in der DC) konnte jedoch weder die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer brechen noch die Arbeitslosigkeit auf dem Lande in größerem Umfang abbauen.

In den folgenden Jahren trat der Kampf um Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage in den Vordergrund. Hier wurden verschiedentlich wichtige Erfolge erzielt: An-

35 Renzo Stefanelli, Storia sociale delle lotte bracciantili 1948—1967; in: Quaderni di Rassegna sindacale Nr. 18 (Februar 1968), S. 26.

36 Angaben nach Mammarella, a.a.O., S. 209/210.

wendung der „Lohngleitklausel" und Festlegung eines tariflichen Mindestlohns für Landarbeiter (1952), Erhöhung der Familienzulagen für Landarbeiter und Halb-Pächter (1956). In anderen Fragen, wie der Abschaffung oder zumindest der Verbesserung der feudalistischen Pachtverträge, konnten gegen den erbitterten Widerstand der Großagrarier und ihrer Verbündeten in der DC, jeweils nur kurzfristige Zwischenlösungen erreicht werden. So war nicht zu verhindern, daß die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande in den fünfziger Jahren selbst hinter denen der Lohnabhängigen in der Industrie zurückblieben und daß Landflucht und Auswanderung in diesen Jahren weiter anstiegen.

Den Landbesetzungen entsprach als spezifische industrielle Kampfform dieser Phase der Klassenkämpfe der „Umgekehrte Streik" (Sciopero a rovescio), d. h. die Besetzung und vorübergehende Fortführung jener Betriebe, die von den Unternehmern wegen angeblich fehlender Rentabilität stillgelegt oder ausschließlich nach Profitgesichtspunkten umorganisiert werden sollten. Der Kampf um die Erhaltung und Modernisierung von zum Abbruch bestimmten Produktionsanlagen zog sich oft über Jahre hin. In vielen Fällen beließen es die Arbeiter nicht bei Protestaktionen gegen die Stillegung, sondern entwickelten eigene Vorschläge für neue Fertigungsmethoden, bessere Ausnutzung bestimmter Bodenschätze, samt dazugehörigen Investitionsprogrammen. Den Bezugspunkt für ihre Realisierbarkeit im nationalen Rahmen bildete jeweils der „Plan der Arbeit" der CGIL, der gerade im Verlauf dieser Auseinandersetzungen seine Bedeutung als gemeinsamer Orientierungsrahmen aller klassenbewußten Kräfte der italienischen Arbeiterbewegung unter Beweis stellte.

Teilweise gelang es, mit dem Kampf gegen die Stillegungen das Kalkül der Unternehmer wirksam zu durchbrechen. So erreichten die Arbeiter und Angestellten des metallverarbeitenden Großbetriebs „Pignone" in Florenz, daß ein Stillegungsbeschluß des privaten Großkonzerns Snia Viscosa aufgehoben werden mußte. Unter dem Druck monatelanger Protestaktionen, denen sich sogar die örtlichen Vertreter der Christdemokraten anschlossen, wurde schließlich die Überführung der „Pignone" an den staatlichen ENI-Konzern erzwungen, der den Betrieb als Zentrum des Gerätebaus für Erdölbohrungen fortführte. In Valdarno (Toskana) waren die Braunkohlevorkommen Grundlage für den einzigen industriellen Großbetrieb der ganzen Region. 1948 verfügte der Konzern La Centrale die etappenweise Einstellung des industriell betriebenen Braunkohleabbaus. Daraufhin führten die Belegschaften die Arbeiten in einem Teil der stillgelegten Gruben in eigener Regie weiter und legten zusammen mit den Kommunalvertretungen des Gebiets einen Investitionsplan vor, der den Übergang zur Braunkohleförderung im Tagebau (was die Förderkosten auf ein Viertel des ursprünglichen Betrags zurückgehen ließ) und die Errichtung eines Elektrizitätswerks zur Verwertung der Braunkohle an Ort und Stelle vorsah. Erst nach mehrjährigen Auseinandersetzungen war der Konzern bereit, mit staatlicher Hilfe die erforderlichen Investitionen für die kostensparende Förderung im

Tagebau vorzunehmen. Da weitergehende Vorschläge der Gewerkschaften für eine planmäßige Industrialisierung des Gebiets abgelehnt wurden, kam es allerdings nur während der Übergangszeit zu der neuen Produktionsmethode zu einem spürbaren Rückgang der örtlichen Arbeitslosigkeit.

Ähnliche Teilerfolge konnten im Kampf um die industrielle Nutzung der Erdgasvorkommen im Gebiet von Ravenna und der Steinkohle auf Sardinien, deren Verwertung hier von vornherein in der Hand staatlicher Unternehmen lag (ENI, Carbosarda), erzielt werden [37].

Aber selbst wenn solche Aktionen die Unternehmer im Einzelfall zu einer Korrektur ihrer Pläne zwangen, war man dem Ziel einer demokratischen Planung zur umfassenden Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, wie sie der „Plan der Arbeit" anstrebte, noch nicht wesentlich näher gekommen. Zwar konnte die Notwendigkeit verstärkter ökonomischer Eingriffe des Staates, um gegen die Arbeitslosigkeit und die Verelendung Süditaliens vorzugehen, auch von den konservativen Regierungen unter De Gasperi nicht mehr bestritten werden. Ausdruck zunehmender Schwierigkeiten des kapitalistischen Akkumulationsprozesses in Italien waren die Einrichtung der „Cassa del Mezzogiorno" (1950), deren Kompetenzen 1952 auch auf die Förderung von Industrieansiedlungen in Süditalien ausgedehnt wurden, und der 1954 vorgelegte „Piano Vanoni", der bei einer jährlichen Zunahme des Bruttosozialprodukts um 5 Prozent innerhalb von zehn Jahren den ökonomischen Abstand zwischen Nord- und Süditalien zu beseitigen und 4 Millionen neuer Arbeitsplätze zu schaffen versprach. Während dem „Piano Vanoni" jedes konkrete Planungsinstrumentarium und vor allem eine dahinterstehende politische Macht fehlte, um derartige Ziele gegen den Widerstand der Großkonzerne durchzusetzen, konnten die Finanzmittel der Cassa del Mezzogiorno unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nur auf eine Begünstigung eben jener monopolistischen Akkumulationsmechanismen hinauslaufen, die eine Überwindung der Unterentwicklung Süditaliens seit Jahrzehnten verhindert hatten. Um aber die Lösung der strukturellen Widersprüche des italienischen Kapitalismus unter dem Druck einer demokratischen Massenbewegung zu erzwingen oder wenigstens schrittweise voranzutreiben, fehlte es der Arbeiterbewegung und besonders ihren Gewerkschaften in den fünfziger Jahren mehr denn je an der notwendigen inneren Geschlossenheit, ebenso wie an einer hinreichend konkreten Strategie.

37 Einzelheiten über diese Auseinandersetzungen und weitere ähnlich gelagerte Beispiele für den Kampf um die Arbeitsplätze bei Luca Pavolini, Come la classe operaia, all'opposizione, ha esercitato la sua funzione nazionale; in: Rinascita, XIV, 1957, S. 593 ff.; Umberto Cardia, Gli operai di Carbonia per lo sviluppo industriale della Sardegna; in: Rinascita XIV, 1957, S. 436 ff. und Gianmario Vianello, Ricostruzione, lotte economiche e lotte politiche nella zona industriale di Marghera; in: Rinascita XIV, 1957, S. 512 ff.

V. Ansätze für eine neue Gewerkschaftsstrategie und die ersten Ergebnisse ihrer Anwendung, 1955 bis 1963

1. Bedingungen und Inhalte der neuen Gewerkschaftsstrategie

Mitte der fünfziger Jahre wurde immer deutlicher, daß die bisherigen Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretung nicht ausreichten, um einen wirksamen Schutz der Lohnabhängigen gegen die Übermacht der Unternehmer durchzusetzen oder gar den langfristigen antimonopolistischen Zielen der Arbeiterbewegung näherzukommen. Nach wie vor konnten nur minimale Verbesserungen der Löhne und Gehälter erreicht werden. Von 1953 bis 1957 stiegen die Reallöhne der Landarbeiter insgesamt nur um 4 Prozent, der Industriearbeiter um 6 Prozent. Der jährliche Zuwachs der Reallöhne lag damit in beiden Bereichen im Durchschnitt noch unter 1 Prozent[38]. Dies, obwohl sich gleichzeitig ein spürbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit feststellen ließ. Ende der fünfziger Jahre trat im „industriellen Dreieck" Norditaliens erstmals ein Zustand der Vollbeschäftigung ein, der zwar durch die verstärkt einsetzende Binnenwanderung nach Norditalien teilweise wieder aufgehoben wurde, aber dennoch die Verhandlungsposition der Gewerkschaften tendenziell verbessern mußte. Zudem erreichte die Zunahme der Industrieproduktion nach einer kurzen Verlangsamung 1958 anschließend wieder Rekordhöhen (1959: 10,9 Prozent; 1960: 15,3 Prozent).

Hinter diesen Durchschnittszahlen aber standen tiefgreifende Veränderungen des kapitalistischen Produktionsapparats. Der Beitritt Italiens zur EWG (1956) löste in den folgenden Jahren eine erste Welle von Fusionierungen in den wichtigsten Industriezweigen aus. Während die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals im Inland das ökonomische und politische Gewicht der großen Konzerne weiter verstärkte, bildete sich im internationalen Zusammenhang jene Arbeitsteilung heraus, bei der sich die italienischen Monopole überwiegend auf die Produktion bestimmter Konsumgüter dauerhafter Art (Autos, Fernsehgeräte, Haushaltsmaschinen usw.) spezialisierten. Das führte in diesen Bereichen zur Anwendung modernster Produktionsmethoden mit einer rapiden Steigerung der Arbeitsproduktivität, die angesichts der schwachen gewerkschaftlichen Position in den Betrieben regelmäßig mit einer enormen Verschärfung der Arbeitsintensität und der Ausbeutung überhaupt verbunden waren. Zugleich bedeutete diese Arbeitsteilung als Ergebnis der internationalen Konkurrenz die Entwicklung anderer Industriezweige, sofern sie nicht als Zulieferer, Hersteller von Halbfabrikaten oder zur Energieversorgung in Betracht kamen, zurückzustellen oder, wie im Bereich der sogenannten Zukunftsindustrien (Elektronik, Computerindustrie), gar nicht erst aufzunehmen. Es war offensichtlich, daß die Expansion der Industrie mit einer derartigen Ausrichtung zwar die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Monopole im Rahmen

38 Vgl. Reddito, occupazione, produttività e salari in italia dal 1953 al 1958; Bericht zum 3. Kongreß der CISL, Rom 1959, S. 60/61.

der ökonomischen Integration Westeuropas und auf dem Weltmarkt erhöhen mochte, aber keinesfalls ausreichte, um die strukturelle Krise des italienischen Kapitalismus, wie sie nach wie vor im Nord-Süd-Gegensatz ihren deutlichsten Ausdruck fand, zu beheben. Das „italienische Wirtschaftswunder", wie es sich Ende der fünfziger Jahre abzeichnete, ging damit auf betrieblicher wie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene auf Kosten der Lohnabhängigen und machte auf beiden Ebenen eine neue Strategie der Gewerkschaften erforderlich.

Galt dies für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen, so erlangte das Problem einer Weiterentwicklung und Neuorientierung der eigenen Strategie für die CGIL eine besondere Dringlichkeit. Ihre Rückschläge[39] ließen sich nicht allein mit den verschärften Repressionen von Unternehmerseite erklären. Sie verwiesen auch darauf, daß die CGIL bisher den Auseinandersetzungen auf betrieblicher Ebene zuwenig Aufmerksamkeit entgegengebracht und damit selbst einen Grund für ihre zunehmende innerbetriebliche Isolierung geschaffen hatte. Deshalb mußte es bei der Weiterentwicklung der CGIL-Strategie vorrangig darum gehen, die Wirklichkeit der betrieblichen Produktionsbedingungen mit ihren von Betrieb zu Betrieb wechselnden Besonderheiten zu erfassen, zum Gegenstand gewerkschaftlicher Gegenforderungen zu machen und wirksame Instrumente für die Durchsetzung dieser Forderungen zu schaffen.

Die vorbereitenden Thesen für den Kongreß von Rom (Februar 1956) beschrieben diese Aufgabe: „Um zu erreichen, daß alle Aspekte des Arbeitsverhältnisses ... (wie) der Lohn in allen seinen Formen, die Dauer der Arbeitszeit, die Bemessung der Zeiten (für bestimmte Arbeitsverrichtungen, Anm. des Verf.) und die Intensität der Arbeitsrhythmen, die Modalitäten der Arbeitsorganisation, die gesundheitlichen Bedingungen und die Sicherheit am Arbeitsplatz, die Arbeitsdisziplin, die Leistungen für die Sozialversicherung, die korrekte Anwendung der Gesetze und Verträge, Gegenstand von tariflichen Vereinbarungen der Gewerkschaften werden, ist es erforderlich ... Vereinbarungen oder Tarifverträge für einzelne Sektoren desselben Industriezweigs, Firmengruppen oder einzelne Firmen abzuschließen, die immer auf die wirklichen Arbeitsbedingungen und Bedürfnisse der Lohnabhängigen abgestellt sein müssen. (...) Die nationalen Abkommen und Tarifverträge bleiben eine unantastbare Errungenschaft der italienischen Arbeiter, ein entscheidender Beitrag für ihre Einheit. Die Verbesserung der Mindestbedingungen, die sie (die nationalen Tarifverträge, Anm. des Verf.) garantieren, wird erleichtert, indem in bestimmten Firmen und Sektoren schrittweise günstigere Positionen durchgesetzt werden."[40]

Die CGIL hatte mit diesen Thesen ihre ablehnende Haltung gegenüber den bisher nur von der CISL geforderten Firmentarifverträgen

39 Nach eigenen Angaben war die Mitgliederzahl der CGIL 1958 auf 3,7 Mio. gesunken, die der CISL auf 2,3 Mio. und der UIL auf 1,2 Mio. gestiegen; Horrowitz a.a.O., S. 489.

40 Zit. n.: Foa/Trentin, a.a.O., S. 168.

grundsätzlich korrigiert. Zugleich hatte sie einen inhaltlichen Rahmen für die möglichen Gegenstände solcher Firmentarifverträge abgesteckt, die aus heutiger Sicht wie die Vorwegnahme der Streikziele in den großen Fabrikkämpfen seit Ende der sechziger Jahre erscheint. Grundsätzlich ging man davon aus, weder den betrieblichen noch den nationalen Abkommen eine prinzipielle Überlegenheit einzuräumen oder bestimmte Fragen nur auf der einen oder der anderen Tarifebene zu behandeln. Erst die Möglichkeit, auf beiden Ebenen sowohl (quantitative) Lohnforderungen wie (qualitative) Forderungen zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen aufzustellen, erlaubte es nach Ansicht der CGIL, die von besonders kampfstarken Belegschaften erreichbaren Verbesserungen anschließend in den nationalen Tarifverträgen für alle Betriebe durchzusetzen [41].

Wenig geklärt blieb die Frage, welche Veränderungen der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation erforderlich waren, um die Einbeziehung betrieblicher Auseinandersetzungen in die allgemeine Gewerkschaftsstrategie tatsächlich zu verwirklichen. Entscheidende Bedeutung mußte dabei den betrieblichen Gewerkschaftssektionen (Sezione Sindacale aziendale) zukommen, deren Leitung von sämtlichen CGIL-Mitgliedern eines Betriebes zu wählen war und die sich auch in allen Abteilungen, Büros und sonstigen selbständigen Untereinheiten eines Unternehmens konstituieren sollten. Die Verbreitung der Gewerkschaftssektionen machte jedoch auf Jahre hinaus nur geringe Fortschritte.

Deutlicher wurde dagegen auf die Konsequenzen der neuen, von den betrieblichen Konflikten ausgehenden Gewerkschaftsstrategie für den Kampf um die Verwirklichung der Strukturreformen hingewiesen: „Man muß sich ganz klarmachen, daß der Übergang von der einfachen und reinen Lohnforderung (wieviel Geld für jede Arbeitsstunde zu erreichen ist) zur umfassenden Lohnforderung, die die Arbeitsintensität, Zahl der Beschäftigten, Arbeitszeit mit einschließt, logischerweise zur Forderung nach Kontrolle über die betriebliche Arbeitsorganisation und damit über die betriebliche Organisation der Produktion überhaupt führt. Und in der Perspektive führt sie notwendig zu einem Eingriff in die gesamte Unternehmenspolitik und besonders in die Investitionspolitik innerhalb und außerhalb des Betriebes." [42] Aus der „umfassenden Lohnforderung", deren Bestandteile unmittelbar an die betrieblichen Erfordernisse anknüpften und deren Erfolg daher für jeden einzelnen Arbeiter oder Angestellten überprüfbar blieb, sollte sich der bewußte „Eingriff in die Unternehmenspolitik" entwickeln, der seine überbetriebliche Orientierung wiederum in den regionalen und nationalen Wirtschaftsplänen der Gewerkschaften zur umfassenden Entwicklung der Produktivkräfte bei gleichzeitiger Verbesserung der Infrastruktur, des sozialen Woh-

41 Vgl. Gastone Sclavi, Sulla contrattazione a livello di grande impresa, in: Quaderni di Rassegna sindacale, Nr. 20 (Oktober 1968), S. 26 ff.

42 Vittorio Foa, damals Sekretär der FIOM, in: Rassegna sindacale vom 31. 12. 1955; zit. n. Sclavi, a.a.O., S. 40.

nungsbaus, des Gesundheits- und Bildungswesens fand. Damit war zumindest programmatisch ein direkter Zusammenhang zwischen betriebsbezogenen Lohn- und Kontrollforderungen und antimonopolistischen Wirtschaftsreformen hergestellt.

Sehr viel grundsätzlicher als bisher wurde auch die Autonomie der CGIL von den politischen Parteien und insbesondere von der kommunistischen Partei herausgestellt. In seinem Beitrag auf dem VIII. Kongreß der PCI (Dezember 1956) rief Di Vittorio zum „definitiven Bruch mit der berühmten Theorie des Transmissionsriemens" auf, weil „jeder Eingriff der Partei in die Angelegenheiten der Gewerkschaft" — angesichts der Existenz verschiedener politischer Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung — „ein Attentat auf ihre Einheit bedeutet" [43]. Obwohl damit zunächst nur eine Ablehnung falscher Konzeptionen zum Verhältnis Partei-Gewerkschaft formuliert war, bot die Bekräftigung dieser Position doch eine Grundlage, um in den sechziger Jahren auch von seiten der CGIL aktiv in den Dialog mit den anderen Gewerkschaftsverbänden um die Autonomie einer künftigen neuen Einheitsgewerkschaft einzutreten.

Die Weiterentwicklung der CGIL-Strategie führte zu einer Reihe von äußerlichen Konvergenzen mit den von der CISL vertretenen Positionen. Das galt vor allem für die Einbeziehung der Firmentarifverträge, zu deren Aufgaben der Generalrat der CISL schon im Februar 1953 einen Grundsatzbeschluß verabschiedet hatte. Dort hieß es: Um „ein Gleichgewicht zwischen der Entlohnung und der Produktivitätssteigerung auf gesamtgesellschaftlicher wie auf Industriezweigebene zu erreichen, (ist) die Einführung und Entwicklung integrierter Firmentarifverträge notwendig. Sie sollen in die Entlohnung das Element einbeziehen, das den unverzichtbaren Beitrag der Arbeitnehmer zur Steigerung der betrieblichen Produktivität ausdrückt. Davon unberührt bleibt die volle Gültigkeit der nationalen Tarifverträge" [44]. Trotz seiner eindeutig integrationistischen Ausrichtung hatte dieses Konzept eine besondere Aufgeschlosenheit für die Probleme innerbetrieblicher Interessenvertretung durch die Gewerkschaften bewirkt. Das führte in der CISL ebenfalls zur verstärkten Propagierung der Gewerkschaftssektionen in den Betrieben, ohne daß man in diesem Bereich bis in die sechziger Jahre größere Erfolge als die CGIL erzielte [45]. Auf längere Sicht war abzusehen, daß die parallele Hervorhebung betrieblicher Arbeitskämpfe durch CGIL und CISL angesichts des Widerstands der Unternehmer auch die CISL zu einer Revision

43 Zit. n. Horrowitz, a.a.O., S. 478 f.

44 Beschluß der Konferenz von Ladispoli; zit. n. Sclavi, a.a.O., S. 34.

45 Der Anteil der nur zwischen Betriebsrat und Unternehmen vereinbarten Abkommen an der Gesamtzahl der betrieblichen Abkommen sank bis 1960 auf 31,7 Prozent und ging später weiter zurück. Diese Tendenz war Ausdruck des steigenden Interesses aller Gewerkschaften am Abschluß derartiger Abkommen; vgl. Tiziano Treu, Sindacato e rappresentanze aziendali, Modelli e esperienze di un sindacato industriale (FIM/CISL, 1954 bis 1970), Bologna 1971, S. 64 ff.

ihrer prinzipiellen Ablehnung jeder Aktionseinheit mit der CGIL zwingen würde.

2. Das Einsetzen des gewerkschaftlichen Wiederaufschwungs

Die ersten Anzeichen für eine verstärkte Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsbewegung zeigten sich bei den Auseinandersetzungen um die Erneuerung der nationalen Tarifverträge in den Jahren 1958/59. Der Verband der privaten Großunternehmen Confindustria vertrat mit großem propagandistischem Aufwand die These, daß angesichts des Stagnierens der Industrieproduktion (erste Jahreshälfte 1958) an nennenswerte Lohnerhöhungen nicht zu denken sei. Demgegenüber entschlossen sich alle drei Gewerkschaftsverbände zur Kündigung der Tarifverträge. Die Hauptforderungen bestanden in der Anhebung der Tariflöhne um 15 bis 20 Prozent für einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren sowie in der Verbesserung von Nebenvorschriften wie Urlaubs- und Überstundenregelung, Lehrlingsausbildung usw. Erreicht wurden 1958/59 Tarifabschlüsse für mehr als 4 Millionen Beschäftigte in den wichtigsten Industriezweigen. Ihr Inhalt bestand im wesentlichen aus Verbesserungen der Tariflöhne um 5,5 bis 8 % und in günstigeren Regelungen der genannten Nebenvorschriften. Die Bedeutung der Tarifabschlüsse wurde noch durch das im Juni 1959 verabschiedete Gesetz „erga omnes" erhöht, das die Bindungswirkung der Tarifverträge für alle Lohnabhängigen und Unternehmer des betreffenden Industriezweigs unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in Gewerkschaft oder Unternehmerverband festlegte und damit den Gewerkschaften ein besseres Vorgehen gegen Vertragsverletzungen ermöglichte.

Insgesamt erforderte die Tarifbewegung 1958/59 mehr als 100 Millionen Streikstunden. Ihre Ergebnisse blieben weitgehend im traditionellen Rahmen quantitativer Verbesserungen [46], deren Umfang zudem noch sehr erheblich hinter den gewerkschaftlichen Forderungen zurückblieb. Dennoch hatten die Arbeitskämpfe dieser beiden Jahre erstmals wieder das Lohndiktat der Unternehmer erschüttert und zugleich die Notwendigkeit weitergehender Forderungen deutlicher bewußt gemacht als alle Diskussionen über neue gewerkschaftliche Strategien in den Jahren vorher [47].

46 Die Confindustria hatte die Möglichkeit zusätzlicher Firmen- oder Sektorentarifverträge immer wieder strikt abgelehnt. „Die Industriedelegation hat ... in der förmlichsten Art und Weise festgestellt, daß die (nationalen) Verträge für ihre gesamte Geltungsdauer die Arbeitsbeziehungen zwischen den Unternehmen und ihren Beschäftigten auch in Zukunft vollständig regeln. Sie hat die Unzulässigkeit jedes Vorwandes bekräftigt, der dazu dienen könnte, auf Unternehmensebene Modifikationen oder Zusätze zu den nationalen Verträgen zu erreichen". Notiziario della Confederazione dell'Industria Italiana, Nr. 20 (Januar) 1958, S. 111; zit. n. FOA/Trentin, a.a.O., S. 170.

47 Vgl. zum Ganzen: Eugenio Guidi, u. a,. Movimento sindacale e contrattazione collettiva 1945—1970, Mailand ² 1971, S. 168 ff.

Der seit 1958 bemerkbare „gewerkschaftliche Wiederaufschwung" wurde durch eine allmähliche, wenn auch sehr widersprüchliche Verbesserung des „politischen Klimas" zugunsten der fortschrittlichen Kräfte erleichtert, die er seinerseits begünstigte. Die Christdemokraten hatten schon bei den Wahlen von 1953 ihre 1948 auf dem Höhepunkt der „kapitalistischen Restauration" gewonnene absolute Mehrheit im Parlament verloren. Zudem ging der Stimmenanteil der Koalitionsparteien für De Gasperis „Zentrumsregierungen" (Liberale, Republikaner, Sozialdemokraten) so stark zurück, daß eine Fortsetzung dieser Koalition nicht mehr ohne die offene oder verdeckte parlamentarische Unterstützung „von außen" durch Monarchisten und Neofaschisten möglich war. Um eine solche politische Abhängigkeit von der äußersten Rechten, die allen demokratischen Traditionen Italiens ins Gesicht schlug, zu vermeiden, mußte sich die Aufmerksamkeit der Christdemokraten zunehmend darauf richten, die Regierung durch eine möglichst begrenzte „Öffnung nach links" abzusichern. Hierzu bot sich die vom linken Flügel der DC und gerade auch von parteipolitisch aktiven Repräsentanten der CISL verfochtene Zusammenarbeit mit den Sozialisten an, die dann als „Mitte-Links-Koalition" (Centro-sinistra) die Regierungen Italiens in den 60er Jahren bestimmen sollte. Das erforderte zumindest die Beendigung der offen arbeiterfeindlichen Polizeiaktionen eines Innenministers Scelba und der staatlichen Tolerierung krasser Eingriffe in die gewerkschaftlichen Rechte, wie sie beispielsweise das Regime des Fiat-Generaldirektors Valetta in den 50er Jahren kennzeichneten. Wenn jedoch die reaktionärsten Kräfte in der DC mit der Einsetzung der Kabinette Segni und Tambroni (Februar 1959 bis Juli 1960) versuchten, derartige Ansätze schon im Keim zu ersticken, stießen sie im Unterschied zu den Vorjahren auf einen politischen Widerstand, der weit über die traditionelle Linke hinausreichte und fast die gesamte Gewerkschaftsbewegung erfaßte.

Seinen Höhepunkt erreichte der Kampf gegen die von den Stimmen der Neofaschisten abhängige Regierung Tambroni im Sommer 1960. Gewissermaßen als Gegenleistung für ihre Regierungsunterstützung erhielten die Neofaschisten (MSI) erstmals die Erlaubnis, ihren Nationalkongreß Anfang Juli in Genua, einer der Hochburgen der antifaschistischen Widerstandsbewegung, abzuhalten. Dagegen rief die örtliche Arbeiterkammer der CGIL am 30. Juni zu einem Generalstreik in der Stadt und Provinz Genua auf. Obwohl die CISL die Teilnahme am Generalstreik nur „freistellte" und die UIL aufforderte, allen Demonstrationen fernzubleiben, gelang der Proteststreik vollständig. Am Abend des 30. Juni kam es zu blutigen Straßenkämpfen zwischen mehr als hunderttausend antifaschistischen Demonstranten und den Ordnungsstreitkräften, die in Genua mit der unbefristeten Fortsetzung des Generalstreiks und in fast allen Städten des Landes mit zahllosen Protestdemonstrationen beantwortet wurden. Während der MSI-Kongreß im letzten Moment abgesagt werden mußte, kam es in den folgenden Wochen überall zu antifaschistischen Massenkundgebungen, die den sofortigen Rücktritt der Regierung verlangten und

Ende Juli schließlich auch durchsetzten. Die folgenden Regierungen unter Fanfani mußten beschleunigt Kurs auf das Mitte-Links-Bündnis mit den Sozialisten nehmen. CISL und UIL hatten es zwar abgelehnt, gemeinsam mit der CGIL zum Generalstreik aufzurufen; aber die Teilnahme vieler ihrer Anhänger an den Massenkundgebungen bewies eine zunehmende Bereitschaft, sich gegen unverhüllt reaktionäre Regierungsentwicklungen gemeinsam und notfalls auch mit den Mitteln des politischen Streiks zur Wehr zu setzen [48].

Die Zuspitzung der Klassenkämpfe, die zum Sturz der Regierung Tambroni führte, gab den Forderungen, über die im Vorjahr erreichten Verbesserungen der nationalen Tarifverträge hinauszugehen, neuen Auftrieb. Eine Vorreiterrolle übernahmen die Elektromaschinenbauer, die im Juli 1960 für ihren Sektor (gegenüber dem Metalltarifvertrag) vier gemeinsame Forderungen aufstellten: Verminderung der Arbeitszeit, Lohngleichstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen, Zahlung einer Produktionsprämie, Verhandlungen über das Akkordsystem auf betrieblicher Ebene. Besondere Bedeutung kam der vierten Forderung zu, weil sie erstmals die Sanktionierung von Firmentarifverträgen zumindest für einzelne Verhandlungsgegenstände zur Konsequenz hatte. Die Streiks für diese Forderungen, die nach dem damals üblichen Verfahren jeweils für die Dauer der Verhandlungen unterbrochen wurden, zogen sich im Herbst 1960 monatelang hin. Mehrfach kam es zu Sympathiekundgebungen aller Metallarbeiter, so besonders in Mailand, wo das Stadtzentrum am 23. November und erneut am 1. Dezember von streikenden Arbeitern und Studenten besetzt wurde. Im Unterschied zur Confindustria erkannte die Intersind (Verband der staatlichen Unternehmen) auf Anweisung des damaligen, der CISL nahestehenden Arbeitsministers schließlich an, daß „erhebliche Produktivitätssteigerungen ein berechtigter Grund für Revisionen des Tarifvertrags" sein könnten. So kam es am 11. Dezember zur Unterzeichnung eines Abkommens für die 15 000 Beschäftigten der zum staatlichen IRI-Konzern gehörenden Elektromaschinenbetriebe, in denen die gewerkschaftlichen Forderungen im wesentlichen erfüllt wurden. Bis zum Sommer 1961 hatten alle größeren Privatunternehmen der Branche ähnliche Abkommen unterzeichnen müssen. Im gleichen Jahr gelang es auch den Stahlarbeitern, deren Unternehmen ebenfalls überwiegend zum öffentlichen Sektor gehörten, das zentralistische Tarifvertragsystem zu durchbrechen.

Mit einigem Recht hat man das Jahr 1960 als einen „Wendepunkt" im Kampf um die Anerkennung der Gewerkschaften als tarifliche Verhandlungspartner auf Betriebsebene bezeichnet. Waren von 1953 bis 1957 insgesamt nur etwa 700 Unternehmensabkommen für wenig mehr als 500 Betriebe mit annähernd 400 000 Beschäftigten abgeschlossen worden, so wurden allein 1960 591 derartige Abkommen für eine annähernd gleichgroße Zahl von Betrieben mit mehr als 700 000

48 Mammarella, a.a.O., S. 322 ff. Vergl. auch Detlev Albers, Zur Analyse der italienischen Parlamentswahlen, In: Sozialistische Politik Nr. 18, Juli 1972, S. 63 ff.

Beschäftigten unterzeichnet. Im Jahre 1961 hatte sich die Zahl dieser Abkommen bereits auf 2033 für insgesamt 1,03 Millionen Arbeiter und Angestellte vorwiegend der Metall-, Chemie-, Textil- und der Bauindustrie erhöht. Der Inhalt der Abkommen bestand überwiegend in der Vereinbarung einer Produktionsprämie (51,4 % der Abkommen von 1960) und/oder anderen Zuschlägen zum Tariflohn (31,8 % der Abkommen). Nur eine geringe Rolle spielten zunächst Absprachen über veränderte Lohneinstufung, Verbesserung des Akkordsystems, Arbeitszeitverkürzungen und andere Maßnahmen, die unmittelbar in die betriebliche Arbeitsorganisation eingriffen [49].

Welche Opfer schon die Verwirklichung dieser begrenzten Forderungen den Belegschaften abverlangte, zeigte in aller Schärfe der Kampf von 10 000 Arbeitern und Angestellten in den Baumwollspinnereien des Susa-Tals (CVS, Piemont), der bis zum Abschluß des Firmenabkommens im Februar 1961 insgesamt 145 Tage dauerte. Erstmals erlangten dabei die Streikversammlungen in den 11 Fabriken eine entscheidende Bedeutung als vorwärtstreibendes und die Gewerkschaften, besonders CISL und UIL, kontrollierendes Element. Auch die Streik-Technik bei CVS, mit einer möglichst geringen Anzahl von Streikstunden einen möglichst großen Produktionsausfall zu erzielen, nahm Methoden des Arbeitskampfes vorweg, die erst in der Streikbewegung am Ende der 60er Jahre zu allgemeiner Anwendung kamen [50]. Insgesamt lag die Bedeutung der Firmentarifverträge in den Jahren 1960/61 vor allem darin, den Weg für den Aufbau gewerkschaftlicher Gegenmacht in den Betrieben zu öffnen und damit konkrete Beispiele für die Überwindbarkeit des erbitterten Widerstands der Unternehmer gegen die Anwendung der neuen Gewerkschaftsstrategie zu schaffen.

Für die Gesamtheit der Gewerkschaftsbewegung stand 1961 die Erneuerung der 1958/59 abgeschlossenen nationalen Tarifverträge im Vordergrund. Die drei Gewerkschaften präsentierten ihre Tarifforderungen nach wie vor getrennt, wodurch neben vielen Übereinstimmungen auch erhebliche Abweichungen in Einzelfragen zustande kamen, die von der Unternehmerseite gegeneinander ausgespielt werden konnten. Erzielt wurden Erhöhungen der Tariflöhne um 7—12 % (gegenüber Forderungen zwischen 20 und 29 %) und die Herabsetzung der tariflichen Arbeitszeit um durchschnittlich 1½ Stunden wöchentlich, die jedoch häufig von den Unternehmen durch eine Urlaubsverlängerung oder durch einen besonderen Lohnzuschlag abgegolten werden konnte.

Im Ergebnis war man der allgemeinen Durchsetzung des „Systems der integrierten Tarifauseinandersetzungen" nicht nennenswert näher gekommen. Erst die Tarifbewegung der Metallarbeiter, die sich vom Frühsommer 1962 bis zum Frühjahr 1963 mit einer vorher nicht erreichten Schärfe der Auseinandersetzungen hinzog, brachte in dieser Beziehung einen grundsätzlichen Erfolg.

49 Guidi u. a., a.a.O., S. 216—225.

50 Vgl. Giovanni Mottura, Cronaca delle lotte ai Cottonifici Valle di Susa; In: Quaderni Rossi, Nr. I Herbst 1961, S. 18—53.

3. *Der Kampf um die Anerkennung der betrieblichen Abkommen 1962/63*

Im Februar 1962 hatte Fanfani die erste „Mitte-Links-Regierung" zustande gebracht und die bei dieser Gelegenheit angekündigten zaghaften Reformen sogleich mit einem Maßhalteappell an die Gewerkschaften verbunden. Folgerichtig ging das Kalkül der Unternehmer dahin, mit den Metallgewerkschaften, bei denen sie von der UIL über die CISL bis zu den Sozialisten in der CGIL eine größere Bereitschaft zur Rücksichtnahme auf die neue Regierung vermuteten, zu einem schnellen Abschluß mit geringen Kosten zu gelangen. Die Gewerkschaften ließen sich zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht auf Einzelforderungen ein, sondern stellten die prinzipielle Anerkennung von integrierten Firmen- und Sektorenabkommen durch die Unternehmerseite in den Vordergrund. Gegen die Ablehnung dieser Forderung richteten sich im Juni und Juli die ersten, jeweils auf 24 bis 72 Stunden begrenzten Streiks der 1,2 Millionen Lohnabhängigen im Metallbereich. Erstmals seit Beginn der 50er Jahre kam es dabei wieder zur aktiven Teilnahme der Fiat-Arbeiter an einer Tarifbewegung; zahlreiche andere Belegschaften sogenannter „schwieriger Betriebe", in denen Einschüchterungsmaßnahmen der Unternehmer und Anti-Streik-Prämien Arbeitskämpfe seit Jahren verhindert hatten, schlossen sich an. Anfang Juli versuchte Fiat durch ein separates Abkommen mit der UIL und der „gelben Betriebsgewerkschaft" SIDA, die Streikfront aufzuspalten. Die Antwort der Fiat-Arbeiter bestand in der geschlossenen Fortführung des Arbeitskampfes und in Massendemonstrationen vor dem Sitz der UIL in Turin, wo es auf dem Piazza Statuto mehrere Tage nacheinander zu erbitterten Straßenschlachten mit der Polizei kam.

Kurz zuvor hatte sich die Intersind für die staatlichen Unternehmen zu Verhandlungen über ein neues Tarifvertragsystem bereit erklärt und verhältnismäßig schnell ein gemeinsames „Protokoll" mit den Gewerkschaften unterzeichnet, das Fragen des Akkordsystems, der Lohneinstufung und der Produktionsprämie als Verhandlungsgegenstände für Firmenverträge anerkannte und detaillierte Verfahrensregelungen für den Abschluß solcher Abkommen aufstellte. Als Gegenleistung bestand der staatliche Unternehmensverband auf einer besonderen „Friedensklausel" während der Laufzeit der Verträge, die sonst im italienischen Arbeitsrecht nicht üblich ist oder zumindest von den Gewerkschaften nicht anerkannt wird.

Trotz dieser Einschränkung, die in den folgenden Jahren zu heftigen innergewerkschaftlichen Diskussionen und zu weiteren Auseinandersetzungen mit den Unternehmerverbänden führen sollte, enthielt das „Protokoll" mit der Intersind den endgültigen Bruch mit dem alten und zugleich den Ausgangspunkt für ein neues Tarifvertragssystem. Im Herbst 1962 gelang es den Metallgewerkschaften, parallel zur Wiederaufnahme der Streiks, mehr als hundert private Unternehmen des Industriezweigs, darunter Fiat und Olivetti, zur Unterzeichnung ähnlicher „Protokolle" zu bewegen.

Während damit die starre Position der Confindustria selbst in den eigenen Reihen zunehmend isoliert wurde[51], erreichte der Kampf der Metallarbeiter mit einem mehrstündigen „Schweigemarsch", durch Mailand, zu dem Zehntausende aus den benachbarten Provinzen gekommen waren, und mit weiteren Generalstreiks in allen Metallbetrieben Italiens einen neuen Höhepunkt. Ende Dezember sah sich die Intersind gezwungen, auch die übrigen Tarifforderungen von FIOM, FIM und UILM weitgehend zu akzeptieren. Unter dem Druck eines industrieweiten Generalstreiks, zu dem am 8. Februar 1963 erstmals alle drei Gewerkschaftsbünde aufriefen, mußte die Confindustria Mitte Februar ebenfalls einen entsprechenden Tarifvertrag unterzeichnen. Erreicht wurden neben den Änderungen des Tarifvertragssystems sofortige Lohnerhöhungen zwischen 10 und 13 %, die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit um 2 Wochenstunden (ohne Zulässigkeit der Abgeltung durch Geldbeträge wie in den Vorjahren), Lohnfortzahlung im Krankheitsfall schon in den ersten drei Tagen und eine Reihe weiterer Verbesserungen von Nebenvorschriften.

Nach dem Erfolg der Metaller gelang es 1963 auch in zahlreichen anderen Industriezweigen, das Recht auf betriebsnahe Tarifabschlüsse (mit den erwähnten Einschränkungen) und für italienische Verhältnisse sehr erhebliche materielle Verbesserungen durchzusetzen. Hervorzuheben war besonders die Tarifbewegung der Bauarbeiter, in deren Verlauf zunehmend allgemeine gesellschaftliche Forderungen wie Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus mit einbezogen wurden. Parallel zu den Tarifbewegungen auf nationaler Ebene verlief die weitere Ausbreitung der Streiks für den Abschluß der Firmentarifabkommen, wobei aber noch immer verschiedene Großbetriebe wie z. B. Fiat ausgespart blieben. Insgesamt wurden 1962/63 jeweils mehr als 3000 betrieblicher oder sektoraler Abkommen für 2,7 bzw. 2,5 Millionen Arbeiter und Angestellte durchgesetzt. Unter den Inhalten dieser Abkommen standen Lohnerhöhungen weiter im Vordergrund, doch wurden zunehmend auch Fragen der Arbeitszeitverkürzung, der Lohngruppenzuordnung (jeweils 18 % der Abkommen von 1963) und der Gewerkschaftsrechte im Betrieb (in 31 % der Abkommen von 1963) in die Verträge aufgenommen. Für den Abschluß zeichneten 1963 bereits in 80 % der Fälle die Gewerkschaften und nicht wie früher die Betriebsräte verantwortlich[52].

Auch in der Landwirtschaft konnten die Gewerkschaften zu Beginn der 60er Jahre das Stagnieren der Reallöhne erstmals wieder durchbrechen. Zwar wirkte sich erschwerend für die Kampfkraft der Landarbeiter aus, daß die zunehmende Mechanisierung der agrarischen

51 Über die Meinungsverschiedenheiten im Unternehmer-Lager, wo sich die privaten Großkonzerne immer deutlicher auf die Seite des flexibler taktierenden Verbandes der öffentlichen Unternehmen schlugen, vgl. den Beitrag von Lucio De Carlini über die Entwicklung der Confindustria In: Ada Collidà u. a., „La Politica del Padronato italiano dalla ricostruzione all'autunno caldo", Bari 1972, S. 55 ff.; deutsch in: Marxismus Digest Nr. 4, 1972, S. 67 ff.

52 Angaben nach Guidi, u. a., a.a.O., S. 237/238.

Großbetriebe den Anteil der gewerkschaftlich gut organisierten Landarbeiter in der Po-Ebene stark zurückgehen ließ und die Schwerpunkte gewerkschaftlicher Aktionen auf dem Lande nach Süditalien verlagerte. Als zusätzliches Hemmnis erwies sich der noch 1960 separat von der FISBA/CISL unterzeichnete Tarifvertrag, der einen schweren Rückschlag für die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften bedeutete. Dagegen ergab sich aus dem vorübergehenden Rückgang der Arbeitslosigkeit auf dem Lande (Höchststand 1956: 570 000; 1961: 340 000) bei einer im nationalen Durchschnitt annähernd gleichbleibenden Zahl von Lohnabhängigen in diesem Bereich (1956: 1,715 Millionen; 1963: 1,702 Millionen) eine Erleichterung der objektiven Kampfbedingungen. So gelang es den Landarbeitern und ihren Gewerkschaften in den Jahren 1961/62 durch eine ausgedehnte Tarifbewegung, deren Höhepunkte 1962 in drei ganztägigen Generalstreiks bestanden, eine Erhöhung der Tariflöhne um bis zu 30 % gegenüber dem Stand von 1959 und den Übergang zu einem stärker dezentralisierten Tarifvertragssystem zu erzwingen [53].

Im Ergebnis ließ sich feststellen, daß sich die italienische Gewerkschaftsbewegung in den Jahren von 1958 bis 1963 erstmals aus der Defensivposition, die ihr die „kapitalistische Restauration" im Nachkriegsitalien aufgenötigt hatte, befreien und im Kampf um die Erneuerung des Tarifvertragsystems zumindest partiell zur Anwendung einer offensiven Gewerkschaftsstrategie übergehen konnte. Die Rekordhöhe der bis dahin erreichten Streikzahlen (1962: 180 Millionen Streikstunden, 1963 noch einmal 91 Millionen Streikstunden) belegte zudem, daß es sich bei diesem Vorgang um eine von Millionen Lohnabhängigen mitgetragene, im eigentlichen Sinne demokratische Massenbewegung handelte.

VI. Ökonomische Rezession und Stagnieren der Gewerkschaftsbewegung, 1963—1967

1. Verschärfter Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen; Differenzen zwischen den Gewerkschaften

Die ökonomische und politische Gegenoffensive der herrschenden Klasse ließ schon 1964 die Grenzen der in den Vorjahren erreichten Erfolge der Gewerkschaftsbewegung deutlich werden. Der Hauptstoß der Konzerne richtete sich gegen die erheblichen materiellen Verbesserungen der Löhne und Gehälter, die mit dem Abbau des traditionellen Lohn-Rückstands Italiens gegenüber den führenden kapitalistischen Ländern einen „natürlichen" Standort-Vorteil der italienischen Monopole in der internationalen Konkurrenz zunichte zu machen drohten. Bewährtes Instrument, um die Verhandlungsposition der Gewerkschaften zu schwächen, war ein verschärfter Druck auf die Arbeitsplätze. Von 1963 bis 1966 gingen über 750 000 Arbeitsplätze

53 Vgl. Stefanelli, a.a.O., S. 37/43.

verloren. Selbst in der Industrie wurde erst 1969 wieder der Stand von 1964 erreicht.

Parallel dazu vollzog man auf breiter Front einen Abbau übertariflicher Leistungen und die Einstellung von Überstunden bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsintensität, die auch in den Jahren der Rezession nur die Zuwachsraten, nicht aber den absoluten Umfang der Industrieproduktion zurückgehen ließ. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen zeigte die Entwicklung der durchschnittlichen Effektivverdienste. Der reale Zuwachs der Monatslöhne in der Industrie betrug von 1961 bis 1966 im Durchschnitt nur 2,9 % jährlich und lag damit nur geringfügig über den Zuwachsraten der 50er Jahre [54]. Auf diese Weise gelang es den Unternehmern, die schnelle Steigerung des Reallohnniveaus, die von den Tarifbewegungen zu Beginn der 60er Jahre erzwungen wurde, durch die anschließende Rezession weitgehend wieder aufzuheben.

Auf zunehmende Schwierigkeiten stießen die Gewerkschaften auch im Kampf um die Anwendung und Ausweitung der in den nationalen Tarifverträgen von 1963 durchgesetzten Öffnungsklauseln für integrierte Firmenabkommen. In gewisser Hinsicht bedeutete die offizielle Übernahme der betriebsnahen Abkommen in das Tarifvertragssystem, die zweifellos die wichtigste „qualitative" Errungenschaft der Tarifbewegungen von 1962/63 darstellte, zugleich schon den vorläufigen Höhepunkt in den Auseinandersetzungen um die Entfaltung der neuen Gewerkschaftsstrategie. Äußerlich wurde das an einem empfindlichen Rückgang der jährlich abgeschlossenen Firmentarifverträge sichtbar. Zugleich setzte sich erneut die Tendenz durch, in diesen Abkommen fast ausschließlich die Höhe, Berechnung und Auszahlung der Produktionsprämie zu regeln. Dies war nicht zuletzt der noch immer unzureichenden gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben zuzuschreiben; so verfügte selbst die FIOM bis 1968 nur in 60 % der Großbetriebe ihres Industriezweigs über kontinuierlich arbeitende Fabriksektionen [55]. Eine wesentliche Ursache für deren geringe Verbreitung lag in der Vorschrift der 1963 erkämpften Öffnungsklauseln, die alle Kompetenzen für den Abschluß betriebsnaher Abkommen den Ortverwaltungen der Einzelgewerkschaften, nicht aber den Betriebssektionen zuwiesen. Obwohl diese Regelung offenkundig ungenügend war, wenn es beispielsweise um tarifliche Absprachen über innerbetriebliche Organisationsfragen ging, setzte sich in den Gewerkschaften nur langsam die Erkenntnis durch, daß man die Sektionen ohne eigene Rechte, auch in Tariffragen, und Selb-

54 Luciano Pallagrosi, La contrattazione dal dopoguerra a oggi — Gli effetti economici; in: Quaderni di Rassegna sindacale Nr. 35 (März/April 1972), S. 59 ff.

55 Die Zahl der Betriebssektionen von FIM und UILM in den 118 Großbetrieben wurde mit 45 bzw. 21 angegeben; vgl. Danilo Soffientini, La sindacalizzazione nelle grandi fabbriche metallurgiche; in: Quaderni di Rassegna sindacale, Nr. 20, Oktober 1968, S. 43 ff.

ständigkeit gegenüber den höheren Gewerkschaftsinstanzen nicht mit Leben erfüllen konnte [56].

Stellte die Aufgabe einer stärkeren Verankerung in den Betrieben alle drei Gewerkschaftsverbände vor überwiegend innergewerkschaftlich diskutierte Probleme, so traten nach dem Durchbruch in den Tarifbewegungen von 1962/63 auch die nach wie vor grundlegenden Differenzen zwischen den Richtungsgewerkschaften wieder deutlicher in Erscheinung. Dies lag nicht zuletzt an der unterschiedlichen Interpretierbarkeit der Ergebnisse von 1963. Sie konnten als ein erster und entscheidender Schritt in Richtung auf eine wirksame gewerkschaftliche Kontrolle der betrieblichen Arbeitsbedingungen und damit zur generellen Stärkung der Arbeit der Gewerkschaftsbewegung verstanden werden. Dann waren die Einschränkungen für die integrierten Betriebsabkommen, wie Begrenzung auf wenige Bereiche, vorherige Festlegung des Umfangs, den betriebsbezogene Forderungen annehmen durften, und die Friedenspflicht-Klauseln, notwendige Zugeständnisse, die man in einer gegebenen Situation akzeptieren mußte, die man aber mit der Weiterentwicklung der Arbeitskämpfe unter günstigeren Kräfteverhältnissen möglichst bald zu überwinden suchte. Dieser im wesentlichen von der CGIL und besonders ihrer Metallgewerkschaft FIOM eingenommenen Position stand die Konzeption der CISL gegenüber, die betriebliche Abkommen vor allem als ein Mittel zur Beteiligung der Belegschaften an den jeweils erzielten Produktivitätssteigerungen betrachtete, die sie nach wie vor als oberste Grenze jeder berechtigten Gewerkschaftsforderung anerkannte.

Eine solche Einschränkung mußte den Interessen der großen Konzerne durchaus entgegenkommen. Sie entsprach weitgehend den Bedingungen, unter denen der stärksten Fraktion des italienischen Monopolkapitals das neue Tarifvertragssystem integrierbar erschien (nicht zufällig hatten sich Fiat und Olivetti 1962 noch vor der Confindustria mit den Gewerkschaften auf dieser Linie arrangiert) [57].

Daß die CISL selbst die Zusammenarbeit mit dem „fortschrittlichen Unternehmerflügel" aktiv anstrebte, zeigte ihr jahrelang verfolgter Plan, mit den Unternehmerverbänden zu einem umfassenden Ab-

56 Besonders nachdrücklich wurden die Aufgaben der Gewerkschaftssektionen auf dem 14. Kongreß der FIOM, Rom 1964, herausgearbeitet: „Die betriebliche Gewerkschaftssektion ist die Massenorganisation, die in der unmittelbarsten Weise das gewerkschaftliche Bewußtsein der Arbeiter über die speziellen Probleme der Arbeitsbeziehungen und die Forderungen ausdrückt, die im täglichen Produktionsprozeß entstehen. Sie muß deshalb das wichtigste Organ für die Ausarbeitung der Forderungen und ihre Durchsetzung, sowie für die selbständige Leitung der gewerkschaftlichen Aktionen im Betrieb werden", Protokoll, S. 428.

57 Den engen Zusammenhang zwischen der Integrationsstrategie der Intersind, den systemimmanenten Reformansätzen des beginnenden centro-sinistra und der Konzeption der CISL belegt die Darstellung der Intersind in: Collidà u. a., a.a.O., abgedruckt schon in Quaderni di Rassegna Sindacale Nr. 27, Dezember 1970, S. 51 ff.

kommen über die Modalitäten betrieblicher und nationaler Tarifverträge, die Einrichtung besonderer Schlichtungsstellen und die Festlegung bestimmter Verhandlungsprozeduren für sämtliche Tarifauseinandersetzungen zu gelangen. Ein solcher Vertrag, der sog. Accordo-quadro, hätte für die Unternehmer sicherlich die zentrale Kalkulierbarkeit der Betriebsabkommen erleichtert, für die Gewerkschaften aber bedeutete er den grundsätzlichen Verzicht, auf einseitige Veränderungen der Produktions- und Arbeitsbedingungen zu Lasten der Belegschaften sofort mit den Mitteln des Arbeitskampfes zu antworten. Der „Accordo-quadro" stieß deshalb von Anfang an auf die entschiedene Ablehnung der CGIL. Mitte der sechziger Jahre wuchs auch innerhalb der CISL selbst der Widerstand gegen die disziplinierenden Wirkungen des Accordo-quadro[58]. Dadurch wurde das Vorhaben, das schon gegen die Ablehnung der CGIL undurchführbar war, endgültig aussichtslos, zumal die Praxis der seit 1967/68 wieder an Härte zunehmenden betrieblichen Arbeitskämpfe zeigte, daß sich die Belegschaften derartige Regelungen von keiner Gewerkschaft aufzwingen ließen. Doch trug das Herausstellen des Accordo-quadro von seiten der CISL erheblich dazu bei, die in den Tarifbewegungen 1962/63 erstmals praktizierten Formen weitgehender Aktionseinheit zwischen den Gewerkschaften in den Jahren danach durch inhaltliche Auflagen im Sinne der integrationistischen Programmatik der CISL zu erschweren.

2. *Gewerkschaften und staatliche Wirtschaftsplanung*

Schwerwiegende Differenzen zwischen den Gewerkschaften wurden außerdem in den gegensätzlichen Stellungnahmen von CGIL, CISL und UIL zur staatlichen Wirtschaftsprogrammierung sichtbar, die zu den wichtigsten Reformprojekten der Mitte-Links-Regierungen zählte und zu deren Realisierung mit der 1962 vorgenommenen Verstaatlichung der Elektrizitätswerke tatsächlich erste Schritte unternommen wurden. Schon bald stellte sich jedoch heraus, daß den großen Reformversprechen zum Abbau des Nord-Süd-Gegensatzes und zur Verwirklichung der Vollbeschäftigung, die nicht ohne systematische antimonopolistische Eingriffe von seiten des Staates zu erreichen waren, keine Taten folgten, da die prokapitalistischen Kräfte auch in der neuen Regierungskoalition jederzeit über eine Mehrheit verfügten. So brauchte es schließlich mehr als 5 Jahre, bis nach verschiedenen vergeblichen Anläufen, die aus „Konjunkturgründen" immer wieder zurückgestellt wurden, im Juli 1967 der erste 5-Jahres-Plan, das sog. „nationale Wirtschaftsprogramm für die Jahre 1966—1970" verabschiedet wurde.

In seiner endgültigen Fassung enthielt der sog. Piano Pieraccini eine erweiterte Neuauflage der schon im Piano Vanoni formulierten, abstrakten Planziele (jährliche Steigerung des Bruttosozialprodukts um 5 %, Vollbeschäftigung, Ausgleich der regionalen und sektoralen

58 Vgl. Giuseppe Morelli, L'accordo quadro nasce vecchio, in: Dibattito, sindacale, Nr. 2, März/April 1968, S. 17 ff.

Widersprüche), ergänzt um eine ausführliche Aufzählung der üblichen Instrumente staatsmonopolistischer Wirtschaftsregulierung (Kreditvergabe, Investitionsanreize durch Steuervergünstigungen u. dgl.) und um einen langen Katalog von unvermittelt nebeneinandergestellten Reformen zum Gesundheits- und Bildungswesen, zum Städtebau, zur Regionalplanung usw. Kennzeichnend für die ganze Anlage des 5-Jahres-Plans war, daß er die entscheidende Frage der Durchsetzung der Planziele gegenüber den Großkonzernen einem regelmäßigen „Informationsaustausch" und zweiseitigen Gesprächen über die jeweiligen Investitionsprogramme von Staat und Konzernen, der sog. Planungsverhandlung, überließ. Dagegen wurde als eigentliche Neuigkeit gegenüber vorangegangenen Planungsversuchen die staatliche Einkommenspolitik (Verzicht der Gewerkschaften auf Lohnerhöhungen, die über den durchschnittlichen Produktivitätszuwachs hinausgingen) zu einer „essentiellen Bedingung" für die Verwirklichung des Planes erklärt [59].

Eine so starre und einseitige Form der Reglementierung gewerkschaftlicher Lohnforderungen war für jede der Gewerkschaften unannehmbar. Allerdings lehnte die CISL die entsprechenden Vorschriften des Planes nur ab, weil sie die Bindung der Löhne an die jeweils unterschiedlichen Produktivitätssteigerungen in den einzelnen Industriezweigen und Wirtschaftsbereichen statt der Bindung an die allgemeine Durchschnittsrate befürwortete. Außerdem kritisierte die CISL, daß ihr seit Jahren wiederholter Vorschlag auf Einführung eines tariflich auszuhandelnden „Investiv-Lohnes" keine Berücksichtigung im Wirtschaftsplan gefunden hatte [60]. Der UIL-Generalsekretär Viglianesi wandte sich bei den Parlamentsberatungen über den 5-Jahres-Plan als sozialdemokratischer Abgeordneter ebenfalls gegen „jeden Automatismus" zwischen durchschnittlicher Produktivitätssteigerung und Lohnerhöhungen. Doch hinderte das weder die Abgeordneten aus den Reihen der UIL noch die Parlamentarier der CISL-Führung, dem Piano Pieraccini als Ganzem zuzustimmen.

Demgegenüber hatte die CGIL nicht nur jede Form der „Unterordnung der Lohnentwicklung unter eine abstrakte Verbesserung der Arbeitsproduktivität" abgelehnt, sondern in zahlreichen Stellungnahmen immer wieder auch auf „die Notwendigkeit (hingewiesen), die Art der sich vollziehenden Expansion zu ändern und nicht nur die Widersprüche, die daraus folgen" [61].

59 Vittorio Valli, Programmazione e sindacati in Italia, Mailand 1970, S. 158.

60 Die „stillgelegten" Lohnanteile sollten einem Nationalen Investitionsfonds unter mehrheitlich gewerkschaftlicher Verwaltung überführt werden, an dem jeder Arbeiter unveräußerliche Zertifikate in Höhe seines Anteils erhalten sollte; vgl. Gesetzentwurf der Christdemokratischen Abgeordneten der CISL vom 23. Oktober 1963; abgedruckt in: La CISL e la Programmazione dello sviluppo, Rom 1964, S. 443 ff.

61 Vgl. CGIL e Programmazione economica, Rom 1964/1966; dort Bd. I, S. 58 ff.

Im Ergebnis hatte die unterschiedliche Bewertung staatlicher Einkommenspolitik verhältnismäßig geringe praktische Auswirkungen, weil der Piano Pieraccini als Ganzes weitgehend auf dem Papier stehen blieb. Zudem war das Interesse der Monopole an direkten lohnpolitischen Eingriffen des Staates offensichtlich geringer geworden, seitdem die Rezession die Arbeitslosigkeit als „klassisches" Mittel zur Disziplinierung der Lohnabhängigen wieder voll zum Tragen gebracht hatte [62]. Dennoch war die oft polemisch geführte Diskussion über die gewerkschaftliche Haltung zur staatlichen Wirtschaftsplanung des Centro-sinistra mit dafür verantwortlich, daß bis 1967 kaum ernsthafte Versuche unternommen wurden, durch gemeinsame gewerkschaftliche Aktionen die Einleitung zumindest der von allen drei Gewerkschaften gemeinsam für notwendig erachteten Reformen durchzusetzen.

3. *Gewerkschaftliche Aktionseinheit; erste Diskussionen über die Gewerkschaftseinheit*

Trotz dieser Differenzen hatten die Tarifbewegungen zu Beginn der 60er Jahre die Beziehungen zwischen CGIL, CISL und UIL auf eine neue Grundlage gestellt. Der offene Kampf gegeneinander, der in den 50er Jahren alle Fragen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung überlagert hatte, war in vielen Fällen durch gemeinsame Aktionen und Tarifforderungen abgelöst worden. Zwar waren das Ausmaß der gemeinsamen Aktionen und die Inhalte, worauf sie sich bezogen, in den Einzelgewerkschaften höchst unterschiedlich, aber ein generelles Verbot der Aktionseinheit konnte es ebensowenig mehr geben wie ein widerstandslos hingenommenes Hineinregieren von seiten der Gewerkschaftsbünde, wenn sich Einzelgewerkschaften der UIL und CISL in Einzelfällen für mehr oder weniger weitgehende Formen gemeinsamer Aktionen mit den entsprechenden Gewerkschaften der CGIL entschieden. Bezeichnend für die neue Situation war, daß sich die katholischen Arbeitervereine, ACLI, auf ihrem 9. Kongreß (Rom, Dezember 1963) als erste Organisation außerhalb der CGIL dafür aussprachen, „alle Anstrengungen ... für das Ziel und die Perspektive der größtmöglichen Einheit aller italienischen Arbeitnehmer in einer einzigen erneuerten und modernen Gewerkschaft" zu unternehmen [63].

Im Mittelpunkt der Einheitskonzeption der ACLI und später der CISL stand die Forderung nach einer umfassenden Autonomie der Gewerkschaft von allen politischen Parteien, als deren äußerlicher

62 Im sog. Progetto' 80, dem 1969 vorgelegten Anschlußplan für den 5-Jahres-Plan, beschränkte man sich bezeichnenderweise auf die milde Aussage, daß „selbstverständlich die Notwendigkeit besteht, zwischen der Aufteilung der Ressourcen, wie sie im Plan vorgesehen ist, und der Einkommensverteilung eine Beziehung der Vereinbarkeit (Kompatibilität) zu gewährleisten"; zit. n. Valli, a.a.O., S. 257.

63 Abgedruckt in: Idee e documenti per l'unità sindacale, ACLI-Collana Ricerche Nr. 10, Rom 1969, S. 65.

Maßstab, die Bereitschaft zur Einführung von Unvereinbarkeitsregelungen (Incompatibilität) zwischen Partei und Gewerkschaftsämtern angesehen wurde. Dabei spielte oft der taktische Gesichtspunkt eine Rolle, den Einfluß der kommunistischen Partei in der CGIL zurückzudrängen. Zugleich aber entwickelte sich die Autonomie- und Incompatibilitätsforderung in den Reihen der CISL selbst zu einem wichtigen Argument des fortschrittlichen Flügels, besonders in den Industriegewerkschaften, um mit einer größeren Unabhängigkeit von den Christdemokraten auch die überkommenen integrationistischen Dogmen der CISL (Accordo-quadro, Bindung an Produktivitätssteigerungen usw.) in Frage zu stellen und schrittweise zu überwinden.

Als Unterstützung der einheitsorientierten Kräfte in der UIL und CISL wirkte sich daher die Entscheidung der FIOM vom September 1966 aus, die Incompatibilität von leitenden Partei- und Gewerkschaftsfunktionen einseitig für ihren Bereich einzuführen und damit in der CGIL die Überwindung von zunächst starken Widerständen gegen dieses Prinzip einzuleiten [64].

Wieweit man jedoch Mitte der 60er Jahre noch von wirklichen Realisierungschancen für eine neue Einheitsgewerkschaft entfernt war, zeigten die mit neuer Heftigkeit geführten Diskussionen über eine neue „sozialistische Gewerkschaft" und der Verlauf der „Gipfelgespräche" zwischen den Führungen von CGIL, CISL und UIL 1966/67. Als sich Anfang 1966 immer deutlicher die Vereinigung der seit 1962 in den Mitte-Links-Koalitionen zusammenarbeitenden Sozialisten (PSI) und Sozialdemokraten (PSDI) abzeichnete, hielt die mehrheitlich auf die Sozialdemokraten orientierte UIL-Führung den Zeitpunkt für günstig, dem seit langem angestrebten Ziel der „Einheit aller demokratischen Sozialisten in einer Gewerkschaft", d. h. dem Übertritt der sozialistischen Gewerkschafter von der CGIL in UIL näherzukommen [65]. Ihre Erwartungen stützten sich darauf, daß die Stellung der Sozialisten in der CGIL durch den Parteiwechsel zahlreicher sozialistischer Gewerkschafter zur PSIUP, die sich 1964 aus Protest gegen die zunehmende Integrationspolitik der PSI-Führung von den Sozialisten abgespalten hatte, geschwächt war. Überdies hatten sich bei der Einschätzung der staatlichen Wirtschaftsplanung, bei der Einführung von Incompatibilitätsregeln und der Frage der Mitgliedschaft im WGB (wo die Sozialisten unter dem Eindruck der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen für einen Austritt eintraten, während sich die kommunistischen Gewerkschafter für eine stärkere Regionalisierung und andere Reformen des WGB einsetzten) eine Reihe von Differenzen zwischen Sozialisten und Kommunisten in der CGIL gezeigt. Dennoch hätte der Austritt der Sozialisten nicht nur eine erneute Spaltung der CGIL, sondern auch einen schweren Rückschlag für alle Einheitsbestrebungen bedeutet, weil er als eine

64 Zu den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der CGIL vgl. Vittorio Foa, la CGIL e il processo di unità sindacale, in: Idee ..., a.a.O., S. 161 ff.

65 Vgl. Italo Viglianssi, L'unita dei socialisti, in: Il lavoro metallurgico, 4. Jg., Nr. 1, Januar 1966.

weitere Absage an den Grundsatz der Zusammenarbeit von Gewerkschaftern unterschiedlicher politischer Orientierung in einer Gewerkschaftsorganisation aufgefaßt werden mußte. Aus diesem Grund stießen die Aufforderungen der UIL auf die geschlossene Ablehnung der ganzen CGIL und nach einigem Zögern selbst der neuen „Vereinigten Sozialistischen Partei" (PSU) [66]. Doch hatten schon die Diskussionen über diesen Plan erkennen lassen, daß in weiten Teilen der Gewerkschaftsbewegung noch das Verständnis für die elementaren Voraussetzungen jeder Einheitsgewerkschaft fehlte.

Schwierigkeiten anderer Art beherrschten die im April 1966 nach monatelangen Vorankündigungen aufgenommenen Diskussionen zwischen den Sekretariaten von CGIL, CISL und UIL. Die CISL bestand darauf, in diesen Gesprächen zuallererst die Grundsatzfragen „über die Ursprünge und die Basis des gewerkschaftlichen Pluralismus in Italien" zu klären, und stellte selbst einen Katalog von „Wertentscheidungen" auf, an denen sich jede Gewerkschaft zu orientieren habe [67]. Unter diesen Umständen konnte es nicht überraschen, wenn man im Juni 1967 zu der Feststellung gelangte, daß „es unter den gegenwärtigen Umständen ... (unmöglich sei), zu Formen der organischen Einheit überzugehen" [68]. Zwar ließ sich die gleichzeitig angekündigte „Reflektions-Pause" vor der Aufnahme neuer Gespräche nicht lange durchhalten, weil Fragen der Rentenreform, des Abbaus der Lohnzonen, der Strukturreformen usw. eine einheitliche gewerkschaftliche Position dringend erforderlich machten, doch hatte schon diese erste Gesprächsrunde der drei Gewerkschaftsbünde bewiesen, daß jede über partielle Aktionsbündnisse hinausgehende Annäherung zwischen den Richtungsgewerkschaften nur im Rahmen verschärfter Klassenkämpfe unter dem Druck der organisierten wie der nichtorganisierten Lohnabhängigen zu erreichen war.

VII. Der Kampf um die Entfaltung der neuen Gewerkschaftsstrategie und um die Wiederherstellung der Einheitsgewerkschaft, 1968—1972

1. Verschärfung der Fabrikkämpfe; erste Aktionen auf nationaler Ebene

In den Zeitraum der letzten fünf Jahre, 1968—1972, fällt mit dem „heißen Herbst 1969" und den folgenden Kämpfen um die Verwirklichung der Strukturreformen die bisher größte Streikbewegung Italiens, die sich in wesentlichen Aspekten als die Entfaltung und — wenn auch nicht krisenfreie — Weiterentwicklung der seit Mitte der fünfziger Jahre in den Grundzügen ausgearbeiteten Gewerk-

66 Vgl. Aldo Forbice/Paolo Favero, I socialisti e il sindacato, Mailand 1968, S. 92.

67 Beschluß des Generalrats der CISL vom 9. 3. 1966, abgedruckt in: Idee ..., a.a.O., S. 238—242.

68 Gemeinsames Kommuniqué von CGIL, CISL, UIL; abgedruckt in: Rassegna Sindacale, Nr. 114, 15. Juni 1967.

schaftsstrategie verstehen läßt. Die teilweise dramatische Zuspitzung der Klassenkämpfe, während deren die selbst im Umbruch begriffene Gewerkschaftsbewegung in bisher unbekanntem Ausmaß allgemeinpolitische Forderungen aufgriff und in demokratischen Massenbewegungen umsetzte, kann an dieser Stelle nur unter Bezug auf die bisher herausgestellten Gesichtspunkte kurz skizziert und in den wichtigsten Konsequenzen für die Gewerkschaften dargestellt werden [69].

Die seit 1968 unübersehbare Verschärfung der Arbeitskämpfe war aus dem Zusammentreffen verschiedener Ursachen zu erklären. In den 1966 erneuerten nationalen Tarifverträgen hatte man zwar alle Angriffe auf die Zulässigkeit betrieblicher Abkommen abgewehrt, doch enthielten die Tarifverträge noch unter dem Eindruck der bereits überwundenen Rezession nur unzureichende materielle Verbesserungen. Das ließ die Zuwachsrate der Profite den Reallohnsteigerungen um ein Vielfaches davoneilen (der industrielle Produktivitätszuwachs betrug von 1965 bis 1967 19,5 % durchschnittlich, die Reallöhne stiegen im gleichen Zeitraum nur um insgesamt 3,1 %) [70]. Die parallelgehende, nur zu oft drastische Erhöhung der Arbeitsintensität stieß in dieser Situation auf den wachsenden Widerstand der Belegschaften. Als zusätzlicher Faktor der Unzufriedenheit erwies sich die unhaltbare Lage der seit Anfang der 60er Jahre verstärkt im „industriellen Dreieck" arbeitsuchenden Zuwanderer aus Süditalien, die als ungelernte und gewerkschaftlich kaum organisierte Arbeiter beispielsweise in den Fabrikstreiks bei Fiat (Frühsommer 1969) ein wesentliches Konfliktpotential bildeten. Ein weiteres Moment, das indirekt mit zur Verschärfung der Arbeitskämpfe beitrug, war die Protestbewegung der Studenten, Berufsschüler und Gymnasiasten, die sich 1967/68 mit bis dahin unbekannter Heftigkeit ausbreitete, und deren militante Formen der Auseinandersetzung gerade für jüngere Arbeiter und die große Zahl der „Arbeiter-Studenten" partiell die Funktion eines Vorbilds für die eigenen Kämpfe ausübten.

Kennzeichnend für die erste Phase der verschärften Arbeitskämpfe bis zum „heißen Herbst 1969" waren weniger die Inhalte der Streikforderungen — hier stand nach wie vor die Aushandlung der Produktionsprämie im Vordergrund, allerdings zunehmend auch die Einsetzung von Akkordkontrollkomitees, um eine weitere Steigerung des Arbeitstempos zu verhindern. Das Neue dieser Auseinandersetzungen lag vor allem in den veränderten Kampfformen, die allesamt auf eine stärkere Mobilisierung und direkte Streikbeteiligung der Lohnabhängigen, ob organisiert oder nicht, abzielten oder bereits deren Ergebnis waren. Erst jetzt erprobte man überall die Wirkung

69 Anders als zu den vorhergehenden Abschnitten liegen für diesen Zeitraum bereits verschiedene leicht zugängliche Darstellungen in deutscher Sprache vor; Vgl. Detlev Albers, Werner Goldschmidt, Paul Oehlke „Klassenkämpfe in Westeuropa", Reinbek bei Hamburg 1971; Helga Koppel, Klassenkämpfe in Italien heute, Frankfurt 1972, und Kursbuch Nr. 26, Die Klassenkämpfe in Italien, Berlin (West), 1972.

70 Vgl. Rassegna sindacale, Nr. 134/135 v. 14. 4. 1968.

von Schwerpunkt-Streiks und „rollenden Streiks" oder von „Streiks nach dem Schachbrett-Muster", bei denen die Arbeit nach einem genau abgesprochenen „Fahrplan" jeweils nur in einigen Abteilungen kurzfristig niedergelegt, der Produktionsablauf aber einschneidend gestört wurde. Häufig antworteten die Unternehmer auf diese Streik-Taktik der „Nadelstiche" mit grundsätzlich verfassungswidrigen Aussperrungsmaßnahmen, die aber in dieser Phase der Auseinandersetzungen meist nur einen zusätzlichen Solidarisierungseffekt auslösten. Ausdruck der zunehmenden Militanz der Belegschaften waren auch die zahllosen Streikversammlungen, die sich in den betrieblichen Arbeitskämpfen nicht mehr als bloßes Ratifizierungsorgan gewerkschaftlicher Entscheidungen einsetzen ließen, sondern sich oft genug über mühsam ausgehandelte „Einheits-Kompromisse" zwischen den Gewerkschaften hinwegsetzten und für ein härteres Vorgehen gegenüber den Unternehmern aussprachen. Vielfach gingen die Belegschaften im Verlauf der Arbeitskämpfe dazu über, direkt oder auf Vorschlag der Gewerkschaften Delegierte für jede betriebliche Abteilung oder „homogene Gruppe" zur Kontrolle der ausgehandelten Abkommen zu wählen. Teilweise erlangten linksradikale, aus der Studentenbewegung hervorgegangene Gruppen trotz ihrer offen antigewerkschaftlichen Grundposition vorübergehend nicht unerheblichen Einfluß auf den Ablauf der Streikkämpfe, beispielsweise bei Fiat und in Porto Marghera. Sehr bald zeigte sich, daß die Gewerkschaften, besonders UIL und CISL, ohne eine inhaltliche Radikalisierung ihrer Forderungen und ein sehr viel größeres Maß an innergewerkschaftlicher Einflußnahme durch die Basisorgane nicht in der Lage waren, die steigende Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen in vollem Umfang gegen die Unternehmer einzusetzen.

In vielen der 1968/69 ausgehandelten betrieblichen Abkommen — ihre Gesamtzahl verdreifachte sich 1968 gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 3870, 1969 betrug sie 2494 — wurde bereits das Recht zur Durchführung von Belegschaftsversammlungen bei freiem Zutritt für Gewerkschaftsfunktionäre durchgesetzt. Eine begrenzte Zahl von Abkommen (für etwa 300 000 Beschäftigte) enthielt die Anerkennung von ständigen gewerkschaftlichen Abteilungsdelegierten, deren Aufgaben allerdings sehr unterschiedlich, teils als Hilfsorgane der Betriebsräte, teils als Beauftragte der Gewerkschaften beschrieben wurden. Insgesamt sprengte die „Explosion der Betriebsabkommen" seit 1968 den Rahmen und die genau festgelegten Prozeduren der 1963 vereinbarten Öffnungsklauseln und schuf damit die Voraussetzungen, um bei der Erneuerung der nationalen Tarifverträge im „heißen Herbst 1969" zumindest faktisch die inhaltlich unbeschränkte Zulässigkeit von integrierten Firmenabkommen zu erreichen. Dabei verstand es sich in dieser Situation fast von selbst, daß die neuen Betriebsabkommen in aller Regel gemeinsam von den Einzelgewerkschaften der CGIL, UIL und CISL unterzeichnet und immer häufiger schon die Streikziele einheitlich aufgestellt wurden.

Auf nationaler Ebene führte der Kampf um die Rentenreform (Heraufsetzung der weit unter dem Existenzminimum liegenden Min-

destrenten, jährliche Angleichung aller Renten an die steigenden Lebenshaltungskosten, stärkere gewerkschaftliche Beteiligung an den Leitungsorganen der Rentenanstalt) und um die Beseitigung der Lohnzonen, wonach die Tariflöhne in Süditalien um bis zu 20 % unter denen der Null-Zone im industriellen Dreieck Norditaliens lagen, bereits vor dem „heißen Herbst" zu einer Vereinheitlichung der Streikbewegung und zu erhöhter Politisierung. Als die schleppenden Verhandlungen mit der Regierung im Frühjahr 1968 zu völlig ungenügenden Ergebnissen führten, rief die CGIL Anfang März zunächst allein zu einem Generalstreik gegen die Regierungsvorlage auf. Der Streikaufruf fand weit über die Anhänger der CGIL hinaus Unterstützung, so daß sich auch CISL und UIL zur Teilnahme an weiteren Protestaktionen entschlossen. Daraufhin kam es am 11. November 1968 zum ersten Mal seit der Gewerkschaftsspaltung vor zwanzig Jahren zu einem einheitlichen Generalstreik der ganzen Gewerkschaftsbewegung, an dem sich nach gewerkschaftlichen Angaben über 14 Mio. Werktätige beteiligten. Mitte Februar 1969 verabschiedete die Regierung unter dem Druck erneuter Proteststreiks eine Gesetzesvorlage, die weitgehend den gewerkschaftlichen Forderungen entsprach und erhebliche Verbesserungen für die mehr als 8 Mio. Rentner enthielt.

Parallel dazu entwickelten sich die Streiks für die Abschaffung der Lohnzonen oder „Lohnkäfige", wie sie die Arbeiter nannten. Hier bestand die Schwierigkeit vor allem darin, daß die Arbeiter in den Hochburgen der Gewerkschaftsbewegung in Norditalien von den Auswirkungen dieser Regelung kaum betroffen waren, so daß die Hauptlast der Aktionen von den diskriminierten Lohnabhängigen Süditaliens getragen werden mußte. Die Gewerkschaften verfolgten daher die Taktik, zunächst in möglichst vielen betrieblichen Auseinandersetzungen die Gleichstellung mit der Null-Zone durchzusetzen. Erst als das Lohnzonen-System auf diese Weise an zahlreichen Stellen durchbrochen war, gingen sie zu dezentralisierten Generalstreiks in einzelnen Provinzen und Regionen Süditaliens über. Im Dezember 1968 mußte sich die Intersind zu einem Abkommen bereiterklären, das bis zum Sommer 1971 die vollständige Beseitigung der Lohnzonen vorsah. Ende März 1969 zwang ein industrieweiter Generalstreik, der auch in Norditalien geschlossen befolgt wurde, die Confindustria ebenfalls zum Nachgeben und zur Hinnahme eines stufenweisen Abbaus der Lohnzonen (bis zum Juli 1972).

2. *Der „heiße Herbst 1969"; Generalstreiks für die Strukturreformen*

Damit gingen die Gewerkschaften durch die betrieblichen Auseinandersetzungen wie durch die Erfolge ihrer Aktionen auf nationaler Ebene gestärkt in die Tarifbewegungen des „heißen Herbstes 1969", in deren Mittelpunkt die Tarifabschlüsse für über 5 Mio. Lohnabhängige standen. Die Forderungen der Einzelgewerkschaften, die vorher auf Hunderten von Belegschaftsversammlungen diskutiert und vereinheitlicht waren, ließen sich im wesentlichen in vier Punkten zusammenfassen:

Lineare Lohnerhöhungen, in der Regel zwischen 15 und 17 % der Tariflöhne,

Einführung der 40-Stunden-Woche auf 5 Arbeitstage verteilt,

Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei Krankheit und Berufsunfällen,

Recht auf Belegschaftsversammlungen und Anerkennung „betrieblicher Gewerkschaftsvertreter".

Die Konzerne setzten dagegen als ihre Hauptforderung die Wiederherstellung und gewerkschaftliche Respektierung der Öffnungsklauseln im Sinne der Tarifverträge von 1963, das heißt eine drastische Einschränkung des faktisch stark ausgeweiteten Anwendungsbereichs betrieblicher Abkommen. So kam es zu einer der erbittertsten Kraftproben in der Geschichte der italienischen Klassenkämpfe, die erst nach insgesamt 195 Mio. Streikstunden von der Gewerkschaftsbewegung, deren Forderungen die bis zum Jahresende erneuerten Tarifverträge in allen wesentlichen Punkten entsprachen, für sich entschieden werden konnte.

Schon während der Tarifbewegungen des „heißen Herbstes" aber hatten die Gewerkschaften verstärkt den Kampf um die Verwirklichung der Strukturreformen aufgenommen. Als besonders vordringlich stellten sie die Wohnungs- und Bodenreform (Mietstopp und Reduzierung überhöhter Mieten, umfassende Maßnahmen zur Steigerung des Sozialen Wohnungsbaus, Enteignung von Grund und Boden in den städtischen Ballungszentren zum Wert bei landwirtschaftlicher Nutzung), die Reform des Gesundheitswesens (Errichtung eines nationalen Gesundheitsdienstes, der auf örtlicher und überregionaler Ebene sämtliche Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge und der medizinischen Forschung zusammenfaßt, Verstaatlichung der pharmazeutischen Industrie) und eine durchgreifende Steuerreform (Erhöhung der Lohnsteuerfreibeträge, stärkere Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen, Freistellung der Grundnahrungsmittel von allen Konsumsteuern, wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung) heraus.

Nach ersten regionalen Generalstreiks im September und Oktober kam es am 19. November 1969 „für die Wohnung" zum größten nationalen Generalstreik, den Italien seit Jahrzehnten erlebt hatte (die Gewerkschaften schätzten eine Teilnahme von 20 Mio. Lohnabhängigen und Angehörigen aller übrigen Schichten der arbeitenden Bevölkerung). Da sich die Mitte-Links-Regierungen unter dem Vorwand immer neuer Kabinettskrisen monatelang weigerten, ernsthafte Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu beginnen, riefen CGIL, CISL und UIL im Frühjahr 1970 zur Wiederaufnahme der Massenstreiks für die Strukturreformen auf, wobei sie jetzt auch gewerkschaftliche Aktionsprogramme zur Bildungsreform, zum Transportwesen und zur Entwicklung Süditaliens vorlegten. Im Herbst 1970 erklärte sich die neugebildete Regierung Colombo schließlich zu direkten Verhandlungen über die Wohnungs- und Gesundheitsreform bereit, nicht ohne vorher durch gezielte Erhöhungen der Konsum-

steuern weitere Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Monopole einzuleiten und die Kosten eventueller Reformzusagen auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Anfang 1971 konnten die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Regierung mit einer Übereinkunft abgeschlossen werden, die den gewerkschaftlichen Forderungen zur Wohnungs- und Gesundheitsreform trotz zahlreicher Verbesserungen in Einzelfragen noch in wesentlichen Punkten entsprach [71].

Dennoch wurden am Ausführungsgesetz zur Wohnungs- und Bodenreform während der parlamentarischen Beratungen immer neue Abstriche gegenüber den Regierungszusagen vorgenommen; seine endgültige Verabschiedung im Herbst 1971 war nur durch die Stimmenthaltung der PCI möglich, da der rechte DC-Flügel offen gegen das Gesetz votierte. Das Gesetz zur Gesundheitsreform brachte die Regierung Colombo trotz der Übereinkunft mit den Gewerkschaften und der besonders im Herbst 1971 wieder verstärkten Aktionen für die Strukturreformen gar nicht erst im Parlament ein; ebenso weigerte sie sich unter dem Eindruck der seit 1971 immer heftigeren Gegenoffensive der reaktionären Kräfte, in direkte Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu den übrigen Reformbereichen einzutreten. Die im Sommer 1972 installierte Mitte-Rechts-Regierung unter Ausschluß der Sozialisten lehnte es schließlich auch programmatisch ab, die Gewerkschaften als Verhandlungspartner für verbindliche Zusagen im Bereich der Strukturreformen anzuerkennen.

Insgesamt bedeuteten die Massenstreiks für die Strukturreformen eine neue Qualität im Kampf der italienischen Gewerkschaftsbewegung um die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung; zweifellos erreichte die Politisierung der Streikbewegung in diesen Aktionen ihren Höhepunkt und erschloß damit auch den Gewerkschaften anderer kapitalistischer Länder neue Aktionsformen und Möglichkeiten der Auseinandersetzung, die weit über deklaratorische Beschlüsse auf Gewerkschaftskongressen oder noch so gut ausgearbeitete Forderungen von Gewerkschaftsführungen an die jeweilige Regierung hinausgingen. Aber so sehr der zunehmend politische Charakter gewerkschaftlicher Forderungen in der gegenwärtigen Phase immer stärkerer Verflechtung von Staat und Monopolen gerade in den Generalstreiks für die Strukturreformen hervortrat, so deutlich wurde im Verlauf dieses jüngsten Abschnitts der italienischen Klassenkämpfe die Notwendigkeit einer politischen Alternative zum bestehenden System, die in Italien nur aus der politischen Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten und den fortschrittlichen Teilen der katholischen Bewegung hervorgehen kann. Mit den Aktionen für die Strukturreformen stellte sich die Gewerkschaftsbewegung Kampfziele, deren vollständige Verwirklichung nicht ohne das Zustandekommen eines solchen politischen Bündnisses möglich war. Als dies trotz einiger Ansätze scheiterte, die sich etwa aus der Ende 1970/Anfang 1971 diskutierten Zwei-Parteien-Regierung von

71 Vgl. die Zusammenstellung der Verhandlungsergebnisse in: Politica ed economica, II, Nr. 1, Februar 1971, S. 173 ff.

Christdemokraten und Sozialisten (nach deren 1969 nicht zuletzt unter dem Druck der Streikbewegung erfolgten Trennung von den Sozialdemokraten) unter indirekter Beteiligung der Kommunisten hätte ergeben können, war ein Rückschlag des gewerkschaftlichen Kampfes für die Reformen kaum vermeidbar.

Hinzu kamen allerdings Schwächen der gewerkschaftlichen Reformstrategie selbst, die eine kritische Überprüfung der bisherigen Erfahrungen erforderlich machen werden [72]. Wenn die verschiedenen Mitte-Links-Regierungen mit ihrer Hinhaltetaktik relativ großen Erfolg hatten, dann lag dies mit an der übergroßen Zentralisierung der Verhandlungen zwischen Regierung und den Gewerkschaften. Das führte zu einem nachlassenden Interesse der arbeitenden Massen, die sich dann nicht mehr in dem notwendigen Ausmaß gegen die immer neuen Ablenkungsmanöver reformfeindlicher Kräfte außerhalb und teilweise auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung mobilisieren ließen. Zudem gelang es nur in Ansätzen, eine hinreichend konkrete Vermittlung zwischen den allgemeinen Reformzielen etwa zum Bereich der Ausbildungs- oder der Gesundheitsreform und den am Arbeitsplatz und in den Betrieben erfahrbaren Widersprüchen herzustellen.

3. *Erfolge der betrieblichen und nationalen Tarifbewegungen*

Grundlage und Voraussetzung der Aktionen für die Strukturreformen waren nach wie vor die Tarifkämpfe, wobei nach dem erfolgreichen Abschluß der wichtigsten nationalen Tarifverträge die betrieblichen Abkommen wieder in den Vordergrund der Streikbewegung traten. Sie erlebten in den Jahren 1970/71 eine enorme quantitative und qualitative Ausweitung, an deren Ergebnisse dann die Tarifbewegung auf nationaler Ebene vom Herbst 1972/Frühjahr 1973 trotz der erneuten ökonomischen Rezession [73] und der verschlechterten politischen Gesamtsituation (Regierungsausschluß der Sozialisten und Bildung des offen reaktionären Mitte-Rechts-Kabinetts im Sommer 1972) anknüpfen konnten. Die Gesamtzahl der betrieblichen Abkommen stieg 1970 auf 4337, 1971 auf die Rekordhöhe von 6900 und schloß jetzt erstmals auch einen großen Teil der Klein- und Mittelbetriebe in allen wichtigen Industriezweigen mit ein. Das Zusammenwirken betriebsbezogener und nationaler Tarifverträge führte in diesen Jahren zu sehr erheblichen Reallohnsteigerungen, die noch wesentlich über den 1961—1963 erreichten Verbesserungen lagen. Die Tariflöhne erhöhten sich in den drei Jahren von 1969—1971 real um

72 Zahlreiche Hinweise dazu in den Beiträgen zu: Sindacati e riforme, Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 36, Herbst 1972.

73 Bei stagnierender Entwicklung des Bruttosozialprodukts ging 1971 die Industrieproduktion um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr zurück; die Gesamtzahl der Beschäftigten sank um 550 000; im April 1972 hatte sich auch die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie um 200 000 gegenüber dem Vorjahresstand vermindert; vgl. Politica ed economica, III, Nr. 5, Oktober 1972, S. 100/101.

27,8 %; anders als noch in der ersten Hälfte der 60er Jahre nahmen jetzt auch die monatlichen Effektivlöhne um real 5,8 % jährlich (im Zeitraum von 1966—1970) zu. Hier wirkten sich vermutlich die gleichzeitig durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen aus, die die Unternehmer zumindest partiell daran hinderten, erhöhte Tariflöhne durch den Abbau von Überstunden wieder aufzufangen [74]. Innerhalb dieser Gesamtentwicklung waren zwei Tendenzen für die Beurteilung der ökonomischen Auswirkungen der von den italienischen Gewerkschaften praktizierten betriebsnahen Tarifpolitik bemerkenswert. Einmal erhöhte sich der Abstand zwischen Tariflöhnen (im Sinne der nationalen Tarifverträge) und den Effektivlöhnen; jedoch könnte dieser Abstand, die sog. wage-drift, gerade als Ergebnis der stärkeren gewerkschaftlichen Verhandlungsposition in den Betrieben nicht mehr einseitig von den Unternehmern bestimmt werden. Zum anderen ergab sich eine starke Verminderung der in Italien traditionell sehr ausgeprägten Lohndifferenzen zwischen den Großbetrieben (über 1000 Beschäftigte) und den kleinen Betrieben (10 bis 50 Beschäftigte). In der Metallindustrie verminderte sich diese Differenz von durchschnittlich 111 % im Jahre 1968 auf 51 % 1971, in der chemischen Industrie von 58 % (1968) auf 11 % (1971) [75]. Damit haben die betrieblichen Abkommen vielen verbreiteten Einwänden zum Trotz im Zuge einer so intensiven Streikbewegung wie in Italien nicht zu einem Auseinanderfallen, sondern im Gegenteil zu einer erheblichen Angleichung der Lohnbedingungen in den jeweiligen Industriezweigen geführt.

Für die inhaltliche Seite der 1970/71 abgeschlossenen Firmentarifverträge ist kennzeichnend, daß sie erstmals in großem Umfang direkt in die betriebliche Arbeitsorganisation eingriffen und damit zum Teil weitreichende Korrekturen der Unternehmensentscheidungen bis hin zu den Investitionsplanungen erzwangen. Neben den Produktionsprämien und anderen betrieblichen Lohnzuschlägen enthielten mehr als ein Drittel (35,2 %) der 1970 unterzeichneten Betriebsabkommen eine Neuregelung der Lohneinstufungen; ähnlich hoch (37,1 %) war der Anteil der Verträge, die Verkürzungen der Arbeitszeit und günstigere Überstundenregelungen vorsahen. Jeder sechste Vertrag (16,2 %) enthielt Verlängerungen der bezahlten Arbeitspausen und Auflagen zur Gesundheit am Arbeitsplatz; jeder achte (12,5 %) modifizierte das Akkord- oder Leistungslohnsystem oder setzte sogar seine Abschaffung durch. Ein weiteres Drittel (35,9 %)

74 Angaben bei: Pallagrosi, a.a.O., S. 55—63.

75 Außerdem verminderte sich beispielsweise in der Metallindustrie der Abstand zwischen der obersten und der untersten Lohngruppe von 38 % (1968) auf 28 % (1971/72). Die faktischen Lohnangleichungen, die durch den in vielen Betriebsabkommen vereinbarten kollektiven Übergang von einer Lohngruppe zur nächst höheren erzielt wurden, sind dabei noch unberücksichtigt; alle vorstehenden Angaben bei: Guidi/ Valcavi, Le sperequazioni salariali fra il 1967 e il 1972, in: Quaderni di Rassegna sindacale, Nr. 35, 1972.

verbesserte die gewerkschaftlichen Rechte in den Betrieben (stundenweise Freistellung der Abteilungsdelegierten u. dgl.) [76].

Als eine der wichtigsten Fragen erwies sich die Neuregelung der Lohngruppen und, eng damit verbunden, der beruflichen Qualifikation des Lohnabhängigen und der betrieblichen Arbeitsplatzbewertung. Zunächst hatte man in zahlreichen betrieblichen Abkommen nur den kollektiven Übergang von den untersten in die höheren Lohngruppen oder auch den völligen Wegfall der untersten Lohngruppen in den betreffenden Unternehmen erreicht. Das führte zwar zu einer stärkeren Lohnangleichung, konnte aber den Prozeß der beruflichen Dequalifizierung, besonders nach der Einführung neuer Produktionsmethoden, nicht aufhalten. Gegenüber den verschiedenen Systemen analytischer Arbeitsbewertung, bei denen die Lohneinstufung statisch von der jeweils ausgeübten Tätigkeit abhängig war, stellten die Gewerkschaften deshalb zunehmend das Kriterium der potentiellen beruflichen Qualifikation heraus, wobei es darum ging, den Arbeitern einen Anspruch auf die Ausübung differenzierter Tätigkeiten sowie den Erwerb höherer Qualifikationen einzuräumen und die Unternehmen zu entsprechenden Änderungen der Arbeitsorganisation zu zwingen. Ein wichtiges Beispiel für die Umsetzung dieser Forderungen war der monatelange Streik von 40 000 Arbeitern und Angestellten des staatlichen Stahlkonzerns Italsider, der im Dezember 1970 mit einem Abkommen über eine gänzlich neue Lohngruppeneinteilung beendet wurde. Anstelle der mehr als 50 bisherigen einigte man sich auf insgesamt 8 neue Lohn- und Gehaltsgruppen für alle Arbeiter und Angestellten. Die Übergänge zwischen den Lohngruppen wurden so geregelt, daß jeder Arbeiter oder Angestellte die Möglichkeit erhielt, bei Nachweis entsprechender Fähigkeiten, zu deren Erwerb ihm das Unternehmen Gelegenheit geben mußte, nach einer Reihe von Jahren in die obersten Lohngruppen zu gelangen. In Zusatzverhandlungen war anschließend für die einzelnen Werke des Konzerns zu klären, welche Tätigkeiten den neuen Lohngruppen zugeordnet werden sollten und welche Veränderungen am Arbeitsablauf vorzunehmen waren, um eine hinreichend große Zahl von Arbeitsplätzen für die in den jeweiligen Lohngruppen beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu schaffen [77].

Nach dem Vorbild des Italsider-Abkommens wurden 1971/72 ähnliche Regelungen in zahlreichen anderen Betrieben der Metallbranche, so bei Alfa Romeo im Februar 1972 [78] oder auch in der Chemie und

76 Vgl. Guidi, a.a.O., S. 281.

77 Vgl. Antonio Lettieri, Inquadramento unico e strategia delle qualifiche: una discussione; in: Quaderni di Rassegna Sindacale Nr. 35, März/April 1972, S. 113 ff. und die Beiträge in: Dibattito sindacale, VIII, Nr. 3/4, Mai/August 1971.

78 Das Abkommen ist auszugsweise übersetzt in: Express International, IX, Nr. 144 vom 24. April 1972. Vgl. auch Detlev Albers, Streik für humanere Arbeitsbedingungen bei Alfa Romeo, in: Fritz Vilmar (Hrsg.), Menschenwürde im Betrieb, Reinbek b. Hamburg 1973.

Textilindustrie durchgesetzt. Darüber hinaus stellten die Gewerkschaften die Forderung nach einheitlicher Lohn- und Gehaltseinstufung aller Arbeiter und Angestellten in den Mittelpunkt der nationalen Tarifbewegungen seit dem Herbst 1972. Während in den nationalen Tarifverträgen die Zahl der Lohngruppen erheblich reduziert werden soll (der im Oktober 1972 unterzeichnete Chemietarifvertrag enthält nur noch insgesamt 8 Lohn- und Gehaltsgruppen, die Metaller fordern in der Anfang 1973 noch offenen Tarifauseinandersetzung die Verminderung auf 5 Lohn- und Gehaltsgruppen), bleibt es den betrieblichen Abkommen überlassen, den Übergang zwischen den Lohngruppen nach „Kriterien der Professionalisierung (zu regeln), die auf den Prinzipien der Rotation, der Neuzusammensetzung und Anreicherung der Arbeitsverrichtungen und der beruflichen Fortbildung beruhen" [79]. Damit hat sich in den Jahren der verschärften Klassenkämpfe seit 1968 bis hin zu den jüngsten Tarifbewegungen ein neues Verhältnis zwischen den verschiedenen Ebenen des Tarifvertragssystems herausgebildet: Konnten die Betriebsabkommen zu Beginn der 60er Jahre nur als Anhang und Ergänzung der nationalen Tarifverträge durchgesetzt werden, so haben sich die in ihnen erkämpften Inhalte — von den ökonomischen Verbesserungen über die Kontrolle der Arbeitsorganisation bis zur Ausweitung der Gewerkschaftsrechte im Betrieb — in den letzten Jahren zunehmend als dynamisches, vorwärtstreibendes Element für die Ziele der nationalen Tarifbewegungen erwiesen, deren ausschlaggebende Bedeutung für die Generalisierung von Einzelerfolgen wie für die Vereinheitlichung der Arbeitskämpfe nach wie vor erhalten blieb.

4. *Von den Abteilungsdelegierten zu den Fabrikräten*

Die tarifpolitischen Erfolge der Gewerkschaften waren nicht ohne die entscheidenden Fortschritte denkbar, die bei der Klärung eines seit den Tagen der Einheitsgewerkschaft ungelösten Problems erzielt werden konnten: der Frage der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben. Schon während des „heißen Herbstes" und noch stärker im Laufe des Jahres 1970 hatten sich die Abteilungsdelegierten zu einem in allen wichtigen Industriezweigen und mit einigen Besonderheiten auch bei den Landarbeitern verbreiteten gewerkschaftlichen Basisorgan entwickelt. Aus dem Zusammenschluß der Delegierten entstanden jetzt überall die sog. Fabrikräte (Consigli di fabbrica), die bald zum wichtigsten Entscheidungszentrum für den Ablauf der betrieblichen Auseinandersetzungen wurden. Je mehr die Fabrikräte aber in den Streikkämpfen an Zahl und Gewicht zunahmen, desto dringlicher wurde die Aufgabe, die Beziehungen zwischen den neuen Basisorganen und den nach wie vor gespaltenen Gewerkschaftsorgani-

79 Unità operaia III, Nr. 6, Juli 1972. Die im April/Mai 1973 unterzeichneten Metall-Tarifverträge brachten nach monatelangen Massenstreiks, die eine ähnliche Intensität wie im „heißen Herbst 1969" erreichten, ebenfalls die Realisierung der einheitlichen Lohn- und Gehaltseinstufung in höchstens acht Bezahlungsgruppen; vgl. FLM-Notizie Nr. 15 vom 8. Mai 1973.

sationen umfassend zu regeln. Die 1969 erneuerten nationalen Tarifverträge enthielten nur die Anerkennung „gewerkschaftlicher Betriebsvertreter", von denen jede der drei Gewerkschaften eine gleich große Anzahl (ein Vertreter für jeweils 300 bis 500 Beschäftigte) nominieren konnte. Eine ähnliche Regelung sah das im Mai 1970 in Kraft getretene „Statut der Arbeitnehmerrechte" vor (Art. 19), das als Ausführungsgesetz eines über zwei Jahrzehnte verschleppten Verfassungsauftrags die individuellen und kollektiven Grundrechte der Arbeitnehmer im Betrieb garantierte[80]. Dagegen gingen die Belegschaften immer mehr dazu über, die Abteilungsdelegierten direkt durch alle (auch die nichtorganisierten) Lohnabhängigen einer „homogenen Gruppe" (von nicht mehr als 15 bis 30 Beschäftigten) zu wählen und dabei das Prinzip der „weißen Stimmkarte" (Scheda bianca) anzuwenden, daß jedes offizielle Vorschlagsrecht der Gewerkschaften und damit auch die paritätische Aufteilung der Delegierten nach ihrer Zugehörigkeit zu CGIL, CISL oder UIL ausschloß. Dieses Verfahren ließ zwar viele Nichtorganisierte in die Fabrikräte einrücken (zumeist traten sie dann sehr bald einer der Gewerkschaften bei), aber es sicherte den Delegiertenräten ein gerade in Arbeitskämpfen nur zu notwendiges Höchstmaß an Vertrauen und Beteiligung der ganzen Belegschaft (formell wurde dies noch durch die ständige Abwählbarkeit der Delegierten verstärkt), das allen bisherigen betrieblichen Gewerkschaftsorganen, den Betriebsräten (Commissioni interne) wie den Gewerkschaftssektionen weit überlegen war.

Seit 1970 vollzog sich nun ein Prozeß der Eingliederung dieser herkömmlichen Organe in die Fabrikräte, der zu einer weitreichenden Erneuerung der gewerkschaftlichen Organisationsstruktur wie zu ersten Ansätzen einer praktizierten neuen Gewerkschaftseinheit führte. Schon im Herbst 1970 beschlossen die drei Metallgewerkschaften, die Tätigkeit der bisherigen Betriebsräte „einzufrieren", und deren Aufgaben schrittweise den Delegiertenräten zu übertragen. Die CGIL machte sich diese Entscheidung im Dezember 1970 nicht ohne heftige innergewerkschaftliche Diskussionen zu eigen und sprach sich für die „Übernahme der Delegiertenräte als Basisstruktur der neuen Einheitsgewerkschaft" aus. Zugleich bekräftigte sie, daß „die Delegiertenräte Verhandlungsmacht in betrieblichen Fragen gegenüber der Gegenseite erhalten" sollten[81]. In der CISL und UIL kam es — aus Sorge, bei der Delegiertenwahl „mit weißer Stimmkarte" allzusehr gegenüber der CGIL ins Hintertreffen zu geraten — nicht zu einheitlichen Stellungnahmen der Gewerkschaftsbünde; faktisch nahmen jedoch ihre Einzelgewerkschaften in den wichtigsten Industrie-

80 Deutsche Übersetzung in: Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien, Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt 1972, S. 265 ff. Zur arbeitsrechtlichen Bedeutung des „Arbeitnehmerstatuts" vgl. Wolfgang Däubler, Fortschritte im italienischen Arbeitsrecht, in: Arbeit und Recht 1971, S. 189 ff.

81 Vgl. Rassegna Sindacale Nr. 202 vom 10. Januar 1971.

zweigen eine ähnliche Haltung wie die CGIL ein[82]. So konnten sich die Delegierten und die Fabrikräte in den letzten Jahren zur tragenden Basisstruktur der Gewerkschaft entwickeln: 1972 gab es im Bereich der verarbeitenden Industrie mehr als 60 000 Delegierte und annähernd 6000 Fabrikräte (die Hälfte davon in der Metallindustrie); unter Einschluß der Bauarbeiter, der Landarbeiter und des Dienstleistungsbereichs erhöhte sich ihre Zahl auf 83 000 Delegierte und 8100 Delegiertenräte in etwas mehr als 18 000 Betrieben[83]. Zugleich bildeten die Fabrikräte aufgrund ihrer einheitlichen Wahl wie ihrer täglichen Arbeit, bei der die Vertretung der gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen im Vordergrund stand, eine Art von Klammer für den gewerkschaftlichen Einheitsprozeß — eine Funktion, die ihnen immer wieder offene und verdeckte Angriffe von Seiten der einheitsfeindlichen Kräfte in den Reihen der UIL und CISL eintrug.

5. *Auseinandersetzungen um die neue Einheitsfront*

Die verschärften Klassenkämpfe vor und nach dem „heißen Herbst 1969" hatten breite Kreise der Mitglieder aller drei Gewerkschaftsverbände überzeugt, daß eine rasche Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit notwendig war, um der Gegenoffensive der herrschenden Klasse zu begegnen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis insgesamt zugunsten der Lohnabhängigen zu verändern. Im Herbst 1970 kamen die Generalräte von CGIL, CISL und UIL zu einer ersten gemeinsamen Konferenz in Florenz zusammen, um als Konsequenz der immer stärker gemeinsam geführten Tarifkämpfe und Aktionen für die Strukturreformen über die Realisierung der „organischen Gewerkschaftseinheit" zu beraten. Die daraufhin offiziell eingeleitete „konstituierende Phase der Gewerkschaftseinheit" führte auf allen Ebenen der Gewerkschaftsbewegung zu Einheits-Initiativen und -Experimenten, wie die Zusammenlegung von Gewerkschaftszeitungen, Gründung gemeinsamer Studien- und Informationszentren u. dgl. Unter den Einzelgewerkschaften übernahmen die FIOM, FIM und UILM mit dem Beschluß ihrer zweiten Einheitskonferenz (Frühjahr 1971), bis Ende 1971 den Vereinigungskongreß der Metallgewerkschaften einzuberufen, eine wichtige, den Einheitsprozeß vorantreibende Funktion. Sie formulierten auch am eindeutigsten die Konzeption einer Einheitsgewerkschaft als Organisation der Arbeiterklasse, die auf der Grundlage der neuen, direkt demokratischen Basisorgane

82 Programmatisch erklärten die FIOM, FIM und UILM gemeinsam auf ihrer zweiten Einheitskonferenz (Rom, März 1971): „Der Fabrikrat besteht aus allen (mit weißer Stimmkarte) gewählten Delegierten. In enger Verbindung mit der Belegschaftsversammlung übernimmt er die politische Verantwortung für die Ausarbeitung der Forderungsplattformen, für die Durchführung der Streiks und den Abschluß der Betriebsabkommen"; abgedruckt in: Unità operaia, II, Nr. 3, März 1971.

83 Angaben bei Albanese, Liuzzi, Perella, Origini, struttura e funzioni dei delegati e dei consigli di fabbrica, in: Rinascita XXIX, Nr. 46 vom 24. November 1972. Vgl. auch G. Censi, Delegati e consigli di fabbrica in Italia, Mailand 1973.

mehr sein müsse als die bloße Vereinigung von drei Gewerkschaftsapparaten. Aber gerade diese Konzeption einer Klassengewerkschaft, deren Autonomie sich nicht in formalen Inkompatibilitätsvorschriften erschöpfte, sondern die im Kampf für die Interessen der Lohnabhängigen jeden vorher festgelegten Proporz zwischen parteipolitisch festgelegten Gewerkschaftsfraktionen und daraus folgende politische Rücksichten überwand, stieß auf den zunehmenden Widerstand der gemäßigten, mit den prokapitalistischen Regierungsparteien verbundenen Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung. Das galt in besonderem Maße für die UIL, wo sich annähernd die Hälfte der führenden Gewerkschafter nach der Spaltung von Sozialisten und Sozialdemokraten für die PSI entschieden hatte und den gewerkschaftlichen Einheitsprozeß aktiv unterstützte, während eine knappe Mehrheit von sozialdemokratisch und republikanisch orientierten Gewerkschaftsfunktionären immer deutlicher gegen die Gewerkschaftseinheit Stellung bezog. Da die Gewerkschaftsbasis aller drei Organisationen nach wie vor auf ein Zustandekommen der Einheit drängte, konnten sich die Generalräte von CGIL, CISL und UIL nach einer erneuten gemeinsamen Tagung in Florenz (November 1971) auf die Festlegung eines Termins für den Konstituierenden Kongreß der neuen Einheitsgewerkschaft (Anfang 1973) und auf die bis dahin erforderlichen organisatorischen Maßnahmen, wie Auflösungskongresse der jeweiligen Einzelgewerkschaften und Gewerkschaftsbünde, einigen. Vorher hatte man eine Reihe grundsätzlicher Streitpunkte zwischen den drei Gewerkschaftsverbänden ausräumen können: z. B. Einigung über sehr weitgehende Inkompatibilitätsregeln, Ausscheiden von CISL und UIL aus dem IBFG, der CGIL aus dem WGB zum Zeitpunkt der Vereinigung und gemeinsame Initiativen für eine engere Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften [84].

Dennoch verschärfte sich im ersten Halbjahr 1972 der Widerstand gegen die Anwendung der Vereinigungsbeschlüsse; dabei wirkten sich die vorgezogenen Neuwahlen vom 7./8. Mai besonders negativ aus, da sie ganz im Zeichen einer verstärkten Rechtswendung der Christdemokraten und der Sozialdemokraten standen. Während die FIM und UILM noch die Auflösungskongresse durchführten, kündigte die UIL gegen die Stimmen der sozialistischen Gewerkschafter die Vereinbarungen von Florenz auf. Parallel dazu nahm die Zahl der Einheitsgegner in der CISL ständig zu; Ende Mai erreichten sie den Abbruch der gerade anlaufenden Auflösungskongresse von Seiten der CISL. Sollte in dieser Situation ein vollständiges Scheitern der Einheitsbewegung vermieden werden, war eine Zwischenlösung unvermeidlich, auch wenn sie empfindliche Abstriche gegenüber der angestrebten Gewerkschaftseinheit enthielt. Eine solche „Brücke zur Einheitsgewerkschaft" wurde in dem Anfang Juli unterzeichneten „Föderationspakt von CGIL, CISL und UIL" gefunden [85]. Der Föderations-

84 Wortlaut der gemeinsamen Resolution von CGIL, CISL und UIL in: Rassegna Sindacale, XVIII, Nr. 224/225 vom 5. Dezember 1971.

85 Text abgedruckt in: Rassegna Sindacale, XVII, Nr. 240/241, vom 16. Juli 1972.

pakt garantierte auf unbestimmte Zeit den vollständigen Fortbestand der drei Gewerkschaftsverbände (untersagte damit beispielsweise die Errichtung einer Einheitsgewerkschaft der Metaller) und schrieb für alle neu zu bildenden Föderations-Organe die strikte Einhaltung einer paritätischen Zusammensetzung aus CGIL, CISL und UIL vor. Andererseits übertrug man der Föderation, die auch zwischen den Einzelgewerkschaften herzustellen war, Entscheidungsbefugnisse in allen Fragen der Tarif-, Reform- und der Wirtschafts- und Sozialpolitik und schuf so gewissermaßen eine Art von „institutionalisierter Aktionseinheit" zwischen den nach wie vor souveränen Gewerkschaftsverbänden.

Selbst diese Form der Zusammenarbeit, die mit dem Ziel der Einheitsgewerkschaft als Klassengewerkschaft noch wenig zu tun hatte, ging den konservativen auf die Mehrheitsfraktionen der Christdemokraten orientierten Kreisen in der CISL schon zu weit. Unter der Parole „Rückkehr der CISL zu ihren Ursprüngen" verlangten sie nicht nur den vollständigen Abbruch des Einheitsprozesses, sondern auch die Wiederaufnahme der unter dem Druck verschärfter Klassenkämpfe mehr und mehr überwundenen Positionen der Klassenkollaboration. Im Herbst 1972 gelang es diesen Gruppen mehrfach, dem langjährigen Generalsekretär der CISL, Storti, und den einheitsorientierten Teilen der Organisation, vorwiegend aus den Industriegewerkschaften, Abstimmungsniederlagen beizubringen. Nach wochenlangen Auseinandersetzungen setzte sich Storti erneut durch.

So führte der Einheitsprozeß — Ergebnis und zugleich vorwärtstreibendes Element der verschärften Klassenkämpfe seit 1968 — bis dicht an die Verwirklichung einer neuen Einheitsgewerkschaft heran, ohne dabei Rückschläge vermeiden zu können, deren Auswirkungen beispielsweise auf die neuen gewerkschaftlichen Einheitsorgane in den Betrieben noch nicht im einzelnen abzusehen sind. Dennoch ist es der italienischen Gewerkschaftsbewegung in den vergangenen Jahren immer wieder gelungen, im Kampf für die ökonomischen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen von den tarifpolitischen Erfolgen über die Massenbewegungen für die Strukturreformen bis zur innergewerkschaftlichen Erneuerung und zur „institutionalisierten Aktionseinheit" des Föderationspakts zu neuen Lösungen zu gelangen, die insgesamt den gesellschaftlichen Einfluß der Arbeiterklasse wesentlich verstärkten.

Johannes Rohbeck

Rationalisierung und Arbeitskampf bei FIAT

I. Einleitung

Seit dem Zweiten Weltkrieg erreichten die italienischen Klassenkämpfe in der Massenstreikbewegung des Jahres 1969 mit über 400 Millionen Streikstunden ihren Höhepunkt. Die Streiks in den Großbetrieben Norditaliens zeigten die für spätere Arbeitskämpfe charakteristische Tendenz, daß sich die Forderungen der Industriearbeiter nicht wie oft zuvor auf Lohnerhöhungen beschränkten, sondern in erster Linie auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zielten.

Mit der Anfang der fünfziger Jahre beginnenden und während der sechziger Jahre forcierten technologischen und organisatorischen Transformation der industriellen Produktion hatten sich für die Mehrheit der Arbeiter die Arbeitsverhältnisse verschlechtert. Die Einführung neuer Produktionsmethoden und Rationalisierungsmaßnahmen, die infolge der veränderten ökonomischen Bedingungen des italienischen Kapitalismus notwendig wurden, brachte in der Hauptsache zwei Tendenzen hervor: erstens eine generelle Dequalifizierung der Arbeiter und zweitens eine Intensivierung der Arbeit.

In den anschließenden Arbeitskämpfen rückten diese für die Arbeiter nachteiligen Folgen der Rationalisierung in den Mittelpunkt. Allerdings verschob sich der Gegenstandsbereich der Streikziele nicht unvermittelt von Lohnfragen auf Probleme der Arbeitsverhältnisse. Denn die Entstehung konkreter Lohnformen hing mit der Struktur des Arbeitsprozesses eng zusammen; so wurde mit Hilfe bestimmter Lohngruppen versucht, die Qualifikation der Arbeiter zu bewerten, andere Lohnstufen sollten der Arbeitsleistung entsprechen. Wie bestimmte Lohnformen die veränderten Arbeitsbedingungen zum Ausdruck brachten, so wurden die aus den neuen Produktionsmethoden resultierenden Konflikte zunächst innerhalb der Lohnkämpfe ausgetragen, deren Charakter sich mit den neuen Kampfinhalten veränderte.

Die Auseinandersetzungen um den Arbeitslohn gingen von der im Zuge der Rationalisierung zunehmenden Divergenz zwischen konkreten Lohnformen und den sich ständig verändernden Arbeitsverhältnissen aus. Es konnte den italienischen Unternehmen kaum mehr gelingen, die traditionellen Lohnsysteme früherer Entwicklungsphasen der industriellen Produktion den fortgeschrittenen Arbeitsverhältnissen anzupassen. Versuche, spezifische Lohnformen einzuführen, die den neuen Ausbeutungsmethoden angemessen schienen, schlugen in der Regel fehl. Wo die konkreten Lohnformen und die Funktion der Arbeiter im Arbeitsprozeß augenfällig auseinander-

klafften, boten sich für den Arbeitskampf entscheidende Angriffspunkte.

Das soll an zwei zentralen Konflikten demonstriert werden: einmal an den Auseinandersetzungen um Arbeiterqualifikation und Lohnkategorien und zum anderen am Kampf gegen Arbeitsintensivierung und Akkordlohn.

Das weitgefächerte System der Lohnkategorien, das die unterschiedliche Qualifikation der Arbeiter bewerten sollte, entsprach nach der Rationalisierung und der daraus resultierenden Veränderung der Arbeitsplätze nicht mehr der tatsächlichen, für die Arbeiter erfahrbaren Nivellierung der Arbeitsfunktionen und der allgemeinen Dequalifizierung der Arbeiterschaft.

Ebenso stand der Akkordlohn im Widerspruch zu seinem ursprünglichen Zweck. Der Leistungslohn büßte seine Funktion eines Stimulans der individuellen Arbeitsleistung ein, als die technologische Entwicklung so weit fortgeschritten war, daß Arbeitstempo und -rhythmus determiniert wurden. Diese Widersprüche zwischen Lohnsystem und Betriebsorganisation bildeten den Hauptgegenstand der italienischen Fabrikkämpfe.

Mit den veränderten Streikzielen entwickelten sich zugleich neue Kampfformen, die nicht nur erlaubten, bei geringem Lohnverlust den Produktionsfluß möglichst effektiv zu treffen, sondern darüber hinaus die Kontrolle der Arbeitsbedingungen zum Ziel hatten. Während der Streikbewegung machten die Arbeiter außerdem die Erfahrung, daß es zur Durchführung dieser Kampfmethoden eines hohen Organisationsgrades der ganzen Belegschaft und schließlich neuer Formen der Arbeitervertretung im Betrieb bedurfte. Es wird zu verfolgen sein, wie sich aus Instrumenten des Kampfes Formen der politischen Assoziation der Arbeiterklasse entwickelten, die die Struktur der bestehenden Arbeiterorganisationen umwandelten.

Unser Untersuchungsgegenstand ist also das Verhältnis zwischen der Transformation der industriellen Produktion und den Fabrikkämpfen in Italien, insbesondere während der heftigen Streikbewegung in den Jahren 1968/69. Die vorliegende Analyse bezweckt, anhand einer Fallstudie allgemeine Merkmale der Klassenkämpfe in den italienischen Großbetrieben herauszuarbeiten. Für die Wahl des Arbeitskampfes in den FIAT-Werken sprechen mehrere Gründe.

Einmal spielten die Fiatarbeiter in der italienischen Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle; so leitete ein großer politischer Streik im FIAT-Stammwerk Mirafiori die Befreiung vom Faschismus ein, wie auch Mitte der sechziger Jahre die neue Streikphase und die gewerkschaftliche Einheitsbewegung von dort ausgingen. Zum andern kamen bei FIAT alle typischen Auswirkungen der Rationalisierung zum Vorschein, die zu den zentralen Konfliktpunkten der Fabrikkämpfe in Italien wurden. Schließlich erhoben die Fiatarbeiter die weitreichendsten Forderungen und bildeten in den Klassenauseinandersetzungen die avanciertesten Kampf- und Organisationsformen heraus. So typisch also der Verlauf der Arbeitskämpfe bei

FIAT für den allgemeinen Kampf gegen die kapitalistischen Arbeitsverhältnisse war, so wenig darf man allerdings diese Entwicklung vorschnell mit den Klassenkämpfen in ganz Italien verwechseln.

Um die Ursachen des explosivartigen und scheinbar unvermittelt-spontanen Ausbruchs der Streikbewegung bei FIAT zu erkennen, werden wir die Funktion der italienischen Gewerkschaften, die vor allem diese Arbeitskämpfe vorbereitet, organisiert und getragen haben, während dieser Ereignisse und vor der Streikphase verfolgen. Ein zentrales Ergebnis stellte dabei die während der Auseinandersetzungen bereits praktizierte und schließlich offiziell vereinbarte Aktionseinheit dar, die die vielen Jahre der Spaltung der italienischen Gewerkschaftsbewegung zu überwinden begann und an die Tradition der nach dem Kriege ins Leben gerufenen Einheitsgewerkschaft anknüpfte. Nach dem Zusammenbruch des italienischen Faschismus gründeten 1944 sozialistische, kommunistische und christliche Gewerkschafter eine vereinigte demokratische Gewerkschaft, den sog. Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbund (Confederazione Generale Italiana del Lavoro, CGIL). Wurde die Einheitsgewerkschaft anfangs noch durch den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und durch die Bemühungen um den demokratischen Aufbau des Landes verbunden, so brach sie, weil sich inzwischen die politischen Differenzen der den antifaschistischen Widerstand tragenden Parteien bemerkbar machten, im Jahre 1948 auseinander [1]. Daraufhin entstand ein Jahr später die Organisation der katholischen Arbeiter ACLI, während sich gleichzeitig die CGIL spaltete: Zuerst verließ die Christdemokratische Fraktion die CGIL und bildete den Stamm der CISL, 1949 gründeten die sozialdemokratisch und republikanisch orientierten Gewerkschafter die UIL [2].

Nach der Spaltung der Einheitsgewerkschaft hatten die Unternehmer lange Zeit Gelegenheit, die Gewerkschaftsbewegung zu unterdrücken, weil die einzelnen Verbände nicht nur nicht mehr zusammenarbeiteten, sondern darüber hinaus noch untereinander konkurrierten. Während die italienische Gewerkschaftsbewegung auf diese Weise Rückschläge erlitt, die sich auch in sinkenden Mitgliederzahlen niederschlugen, verschlechterten sich zusehends die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Anfang der sechziger Jahre gelang es der CGIL, weitreichende Forderungen aufstellend und die ersten Streiks organisierend, ihren Einfluß in den Betrieben langsam zurückzugewinnen. Die Kampfziele richteten sich dabei in erster Linie gegen

1 Helga Koppel. Klassenkämpfe in Italien heute. Frankfurt/M. 1972, S. 8. Zur Geschichte der italienischen Gewerkschaftsbewegung siehe den Beitrag von Detlev Albers in diesem Heft.

2 ACLI = Assoziazione Christiane Lavoratori Italiani (Katholischer Arbeiterverein Italiens),
CISL = Confederazione Italiana dei Sindacati Liberi (Bund der freien Gewerkschaften Italiens),
UIL = Unione Italiana Lavoratori (Italienische Arbeiter-Union).

die Auswirkungen der Rationalisierung, gegen die Dequalifizierung der Arbeiter und gegen die Intensivierung der Arbeit. Diese Themenkomplexe nahmen seit den sechziger Jahren auch in der innergewerkschaftlichen Diskussion über die Arbeitsverhältnisse sowie in der Agitation und Streikvorbereitung breiten Raum ein.

Für die folgende Untersuchung der Fiatstreiks wird es nützlich sein, zunächst die wichtigsten Rationalisierungsmaßnahmen bei FIAT seit dem Zweiten Weltkrieg darzustellen.

II. Die Rationalisierungsphasen bei FIAT

Rationalisierung der Produktion ist die Summe von Maßnahmen zur Einsparung von Produktionsmitteln sowie zur Ökonomie der Arbeit und stellt eine besondere Methode zur Steigerung der Arbeitsproduktivität dar.

Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit kann von zwei grundsätzlich verschiedenen Faktoren ausgehen: Auf der einen Seite beginnt sie mit der Organisierung der menschlichen Arbeit, indem die Arbeiter zu einem gemeinsamen Arbeitsprozeß vereinigt und ihre Arbeitsfunktionen systematisch aufgeteilt werden. Zum andern wird die Produktivkraft der Arbeit durch die Veränderung der Arbeitsmittel erweitert, d. h. durch die Anwendung von neuen Maschinen und Technologien, die die lebendige Arbeit tendenziell verdrängen.

Unter kapitalistischen Bedingungen ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität dem Zweck und dem Bewegungsgesetz des Kapitals untergeordnet. Sie dient als Mittel zur relativen Mehrwertschöpfung, als ein Mittel jedoch, das sich zu seinem ursprünglichen Zweck widersprüchlich verhält. Denn mit der Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit geht zugleich eine Abnahme des Anteils der lebendigen Arbeit im Verhältnis zu den Produktionsmitteln (Maschinen und Rohstoffe) einher. Die Veränderung dieser Proportionen hat — gemessen am Gesamtkapital — ein relatives Steigen des Wertteils der Produktionsmittel auf Kosten der Wertsumme der angewandten Arbeitskräfte zur Folge. Nach den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise fällt durch die Erhöhung der wertmäßigen Zusammensetzung (oder organischen als Ausdruck der technischen Zusammensetzung) tendenziell die Profitrate. Der tendenzielle Fall der Profitrate ist kapitalistischer Ausdruck der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, die gesetzmäßig an die Schranken ihrer eigenen Bedingungen stößt [3].

Angesichts dieser Widersprüche erhält die Rationalisierung der Produktionsmittel und die Einsparung der Arbeitskräfte ihre spezifische Funktion: Sie kann einmal durch die Einsparung von Arbeitsmitteln dazu beitragen, den Fall der Profitrate zu kompensieren. Außerdem kann eine sinkende Profitrate mittels verschärfter Ausbeutung der Arbeitskräfte teilweise ausgeglichen werden. Organisa-

3 Marx/Engels Werke (MEW), Berlin 1969, Bd. 25, S. 221 ff.

torische Maßnahmen wie Forcierung der Arbeitsteilung und Beschleunigung des Arbeitstempos gewinnen nun, da sie das Kapital nichts kosten, an Bedeutung. Schließlich versuchen die Kapitalisten in ihrem praktischen Interesse, an allen Faktoren des Produktionsprozesses „Kosten" zu sparen, die Zahl der Arbeitskräfte zu verringern. Damit schränken sie ihre Mehrwertquelle ein, was wiederum zur verstärkten Auspressung von Mehrarbeit der übrigen Arbeitskräfte zwingt.

In der konkreten Praxis, wo jeder technischen Erneuerung meist eine organisatorische Veränderung folgt, sind diese beiden Komponenten allerdings kaum zu trennen. Welche Seite der Rationalisierung in der historischen Entwicklung vorherrscht, ob der Einsatz neuer Technologien oder die Umorganisierung des Betriebs, hängt von der jeweiligen ökonomischen und politischen Situation ab.

Der widersprüchliche Charakter der kapitalistisch vorangetriebenen Rationalisierung wirkt sich zwangsläufig auf die Lage der Industriearbeiter aus. Da im kapitalistischen Produktionsprozeß Planung, Leitung und Kontrolle des Arbeitsprozesses auf seiten des Kapitals liegen, werden die Arbeiter zunehmend ihrer qualifizierenden Fähigkeiten entäußert. In der Maschinerie erhält dieses soziale Verhältnis handgreifliche Gestalt, so daß jetzt die Maschine in ihrer Kapitalfunktion die Arbeiter unter sich subsumiert und qualitative Ausführung, Reihenfolge und Kontinuität des Produktionsprozesses zu bestimmen scheint. Während die Maschine an sich die Fähigkeiten der Arbeiter erweitert, bringt sie kapitalistisch angewandt die Tendenz zur Nivellierung der Arbeiten und zur Dequalifizierung der Arbeiter hervor[4]. Kann die Rationalisierung dem Zweck dienen, die menschliche Arbeit zu erleichtern, wird sie unter kapitalistischen Bedingungen wichtigstes Instrument zur Auspressung von Mehrarbeit; Dequalifizierung und Entlassung der Arbeiter, Verlängerung des Arbeitstags und Intensivierung der Arbeit sind die auffallendsten Erscheinungen der Rationalisierung unter kapitalistischen Bedingungen[5].

Im konkreten Verlauf der Rationalisierung bei FIAT sind zwei Rationalisierungsphasen zu unterscheiden. Die erste begann nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde Anfang der fünfziger Jahre forciert und endete etwa 1955. Sie war durch umfangreiche industrielle Investitionen und eine ungeheure technologische und organisatorische Umwälzung des ganzen Betriebs gekennzeichnet. Die zweite Rationalisierungsperiode ging mit der Rezession 1963—65 einher und bedurfte kaum neuer Investitionen. In diesem Zeitraum bis zur Streikbewegung 1969 ergriff FIAT vor allem organisatorische Maßnahmen, um die Arbeitsintensität zu erhöhen.

4 MEW 23, S. 391 ff., insbes. S. 465.
5 Modest Rubinstein. Die kapitalistische Rationalisierung. In: Unter dem Banner des Marxismus, III. Jahrgang 1929, S. 550.

1. Die erste Rationalisierungsphase bis 1955

Die politischen Bedingungen der ersten Rationalisierungsphase in Italien nach dem Kriege bestimmte 1948 die Regierung des „Zentrums", die ein zuvor kaum erwartetes Wirtschaftswachstum und den Aufbau einer ausgedehnten industriellen Basis begünstigte. Während des Konsolidierungsprozesses des italienischen Kapitalismus gelang es der Schwerindustrie, sich auf Kosten kleinerer Betriebe, die teilweise stillgelegt und zusammengelegt wurden, durchzusetzen, um durch gezielt eingesetzte hohe Investitionen bald modernste Techniken und Produktionsmethoden anwenden zu können. Sie bediente sich dabei staatlicher Instrumente wie der sogenannten „harten Maßnahmen (frustrata)", die mittels Kreditrestriktionen die Monopole Norditaliens förderten und die nicht konkurrenzfähigen Unternehmen ausschalteten. Besonders die exportierenden Zweige entwickelten sich auf diese Weise mit staatlicher Beteiligung und erreichten sehr bald einen erheblichen Produktionszuwachs, während andere Sektoren kraß zurückblieben.

Diese günstigen Bedingungen wußte der FIAT-Konzern für sich zu nutzen. Die FIAT-Werke entstanden um die Jahrhundertwende, avancierten sehr schnell zum größten Autohersteller Italiens und entwickelten sich 1929 zu einer Holdinggesellschaft, die nach dem Krieg zahllose andere Industriesektoren beherrschte (z. B. die Gruppe Edison, Falk, Montecatini). Bereits in den vierziger Jahren stellte die FIAT-Gruppe mit Unterstützung der staatlichen Holdinggesellschaft IRI auch eines der mächtigsten Finanzkapitale Italiens dar [6].

Entsprechend stieg in dieser Zeit das Ausmaß der Investitionen. Im Jahre 1954, während der Hauptrationalisierungsphase, fielen auf die FIAT-Werke allein 11,28 % der Investitionen der gesamten italienischen Industrie, das sind 48 % der zwanzig größten metallverarbeitenden Industriebetriebe. Im Zeitraum von 1946 bis 1955 hat FIAT ca. 250 Milliarden Lire investiert und damit sein Volumen verdoppelt [7].

Die Veränderung der Kapitalzusammensetzung läßt sich an einem Kostenvergleich deutlich machen: Betrug der relative Anteil der „Arbeitskosten" 1946 noch 17 % des Endprodukts, so fiel dieses Verhältnis 1952 auf 11 % und 1955 auf nur noch 7 % bei gleichbleibendem Endpreis [8].

Die erste Rationalisierungsphase steigerte die Arbeitsproduktivität erheblich. Innerhalb eines Jahrzehnts (1948 bis 1958) wuchs die Autoherstellung um 760 %! Dabei nahm die zur Produktion einer Produk-

6 Quaderni CGIL. Nella più grande fabbrica d'Italia. Rom 1956, S. 15 ff.

7 Renzo Gianotti. Lotte e organizzazione di classe alla FIAT (1948 bis 1970). Bari 1970, S. 22, 42 und 147.

8 Quaderni CGIL, S. 36. Diese Zahlen können natürlich nur einen begrenzten Aussagewert haben.

teneinheit aufgewandte Arbeitszeit im selben Zeitraum um durchschnittlich 72 % ab [9].

Wirtschaftliche und technologische Überlegungen der Konzernleitung ließen den Investitionsregen auf die einzelnen Sektoren des Betriebs jedoch in sehr unterschiedlichen Proportionen fallen. So konnten montierende Arbeitsprozesse im Gegensatz zur Grundstoffherstellung sehr viel schwieriger mechanisiert werden. Inwieweit technologische Probleme allerdings ausschlaggebend waren, hing von den ökonomischen Bedingungen ab. Die massive Unterstützung des Staates und die Größe des Industriegiganten FIAT, der nicht nur das Endprodukt Kraftfahrzeug herstellte, sondern auch seine eigenen Produktionsmittel produzierte, ließen *innerhalb* des Riesenkonzerns zwischen den Abteilungen der Produktionsmittel- und der Konsumtionsmittelindustrie eine Planung der Investitionen zu, wie sie unter Konkurrenzverhältnissen zwischen einzelnen Kapitalen nicht möglich ist: Die Produktionserweiterung begann planmäßig in der Grundstoffindustrie und ging systematisch bis zur Endmontage der Wagen vor.

In der ersten Periode wurden „mehr als die Hälfte der gesamten Investitionen zur Erneuerung und Erweiterung der Eisenhütten und Gießereien konzentriert" [10]. FIAT schaffte Schmelzöfen mit höherer Kapazität an und konstruierte neue Walzwerke, die die Produktion bei fast gleicher Arbeitsleistung mehr als verdoppelten; die Gießereien zählten bald zu den modernsten Europas. Beide Abteilungen waren mit automatischen Steuersystemen versehen, so daß in diesen Sektoren die Mechanisierung bereits in die industrielle Phase der Automation übergegangn war [11].

Dagegen nahm die Mechanisierung entsprechend den nun folgenden Stadien des Produktionsprozesses sukzessiv ab: War sie in den Ausgangsphasen noch relativ intensiv, so hatte sie in den Sektoren der Endmontage und der Hilfswerkstätten sehr bescheidene Ausmaße. Dies können einige Beispiele belegen. Die Pressen wurden innerhalb von vier Jahren zu 90 % ausgewechselt, teilweise ihre Leistung verdreifacht und zu Bändern von 5 bis 7 Pressen zusammengefügt, die einen kontinuierlichen Arbeitsablauf ermöglichten. In den Mechanikerwerkstätten, die Einzelteile, vor allem Motoren, herstellten, erneuerte sich die Maschinerie durch Einführung von Transportmaschinen und Vielfachmaschinen um 60 %. An den Montagebändern in Mirafiori waren die technischen Veränderungen noch begrenzter und erlaubten mittels bloßer Werkzeugmaschinen nur eine minimale Mechanisierung. Während in anderen Produktionsbereichen der An-

9 Olinto Mario Sassi. Considerazioni sul progresso tecnologico alla FIAT nella produzione automobilistica. In: Il progresso tecnologico e la società italiana. Mailand 1963, Bd. II, S. 179.

10 Per la ripresa produttiva della FIAT a cura del comitato organizzazione della conferenza economica FIAT, Torino 1952; zit. nach Gianotti, S. 43.

11 Gianotti, a.a.O., S. 148.

teil der Arbeitsleistung vom Index 100 (1948) auf durchschnittlich ca. 25 pro kg. Endprodukt sank, so ging der Anteil der Handarbeit in den Abteilungen der Endmontage nur auf den Index 40 zurück[12]. Die Hilfswerkstätten „SPA Centro Lingotto" und Mater Fero" verkleinerten sich sogar und verringerten ihre Investitionen. Die Mechanisierung oder gar Automatisierung betraf die Fiat-Arbeiter in den einzelnen Abteilungen also in sehr unterschiedlichem Maße.

Die effizienteste Rationalisierungsmaßnahme Anfang der 50er Jahre, die die industrielle Produktion technologisch und vor allem organisatorisch veränderte, war die Einführung des Fließbandes im Stammwerk Mirafiori. Als man nach amerikanischem Vorbild zu fest tragenden Karosserien überging, wurde 1950 das erste Montageband „1400" aufgebaut[13].

Das Fließband mechanisiert den Transport von Arbeitsmaterialien und -produkten. Damit wird es zugleich zu einem mechanischen, automatischen Regulator und Organisator des Produktionsprozesses. Es bestimmt zwangsläufig sein Tempo, die Aufeinanderfolge seiner Phasen, die Schnelligkeit der Bewegungen der Arbeitenden und ihre Disziplin[14]. Die Fließbandarbeit ist insofern die typischste Erscheinungsform dieser Entwicklungsphase der Rationaliserung.

Darüber hinaus revolutioniert das Fließband die Organisation des ganzen Betriebes, da es die Arbeitsteilung unter den Werkstätten verändert. Damit wandelt sich zugleich die Funktion und die innere Organisationsstruktur der einzelnen Arbeitsbereiche. Die Abteilungen müssen sich einerseits spezialisieren, andererseits in der Lage sein, sich veränderten Produktionsbedingungen schnell anzupassen. Waren die Werkstätten bei FIAT vor dem Kriege schwerpunktmäßig nach Berufsgruppen aufgeteilt, so gliedern sie sich nach der Einführung des Fließbandes in erster Linie nach dem Produktionsablauf[15]. Mit der Umstrukturierung der Werkstätten veränderten sich zwangsläufig die Arbeitsbedingungen der einzelnen Arbeitsplätze. Erstens wurden die Teilarbeitsprozesse eines Arbeiters in kleinste Teiloperationen zerlegt und mehreren Arbeitern übertragen. In dem Maße, wie sich die Arbeitsfunktionen tendenziell auf einfache, sich ständig wiederholende Teilarbeiten reduzierten, sanken die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte. Dies galt besonders für die am geringsten mechanisierten Abteilungen. An den Montagebändern dominierte bald der Typus des in kurzer Zeit „angelernten" Arbeiters. Zweitens wurde das Fließband mit seinem „mechanischen Tempo" zum Hauptinstrument der Intensivierung der Arbeit.

12 Sassi, a.a.O., S. 181.

13 Gianotti, a.a.O., S. 43. Die Transportbänder wurden so weit mechanisiert, daß die für die Montage notwendigen Einzelteile den Arbeitern mittels Automaten übergeben wurden. Das hatte zur Folge, daß die Arbeiter sich nicht von ihren Arbeitsplätzen entfernen durften und ihre Körperhaltung kaum ändern konnten. Quaderni CGIL, S. 44.

14 Rubinstein, a.a.O., S. 556.

15 Gianotti, a.a.O., S. 150.

Beide Auswirkungen der Rationalisierung, die tendenzielle Dequalifizierung der Arbeiter und die steigende Arbeitsintensität, sollen später im einzelnen untersucht werden, nachdem die weitere wirtschaftliche und technologische Entwicklung des FIAT-Konzerns behandelt worden ist.

2. *Die zweite Rationalisierungsphase seit 1960*

Auf das „italienische Wirtschaftswunder" der Jahre 1959 bis 1962 folgte sehr bald die heftigste Rezession, die Italien seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Konnte sich das industrielle Bruttoprodukt zuvor noch innerhalb eines Jahrzehnts mehr als verdoppeln, und betrug das durchschnittliche reale Wachstum des Bruttosozialprodukts ungefähr 7 % jährlich, so senkte die Krise der Jahre 1964—65 die Zuwachsrate auf 3,3 %, die erst später wieder auf 5,6 % jährlich anstieg [16]. Als Ursachen dieser Entwicklung sind neben der zyklischen Überproduktion einmal das Ende der italienischen Rekonstruktionsperiode [17] und für die Automobilindustrie insbesondere die zunehmende internationale Konkurrenz und Abhängigkeit, namentlich von den USA (General Motors), anzusehen [18].

Die Widersprüche des italienischen Kapitalismus verschärften sich nun in doppelter Weise: Sie förderten die Konzentration und Zentralisation des Kapitals und machten Rationalisierungsmaßnahmen notwendig, die trotz geringer werdender Investitionen hohe Profite sichern sollten.

Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals hatte Mitte der 60er Jahre bereits ein derartiges Ausmaß angenommen, daß 1967 allein 0,53 % aller italienischen Aktiengesellschaften 56 % des Gesamtkapitals besaßen und die 20 größten Konzerne 22,6 % des nationalen Industrieumsatzes unter sich subsumierten. Damit hat sich seit der Konsolidierung des italienischen Kapitalismus die Tendenz zur extrem hohen Zentralisation mit Beteiligung des Staates, der nicht nur die Monopole mit Krediten begünstigte, sondern auch selbst als Industrie- und Finanzkapitalist fungierte, in den 60er Jahren verstärkt. So forcierte der italienische Staat gemeinsam mit den Monopolen Pirelli und Fiat am vordringlichsten den Bau der italienischen Autobahnen, die zugleich die grundlegenden Bedingungen für die Reifen- und Autoproduktion der beiden Konzerne schufen [19].

16 Detlev Albers/Werner Goldschmidt/Paul Oehlke. Klassenkämpfe in Westeuropa. Hamburg 1971, S. 110 f.

17 Franz Jánossy. Das Ende der Wirtschaftswunder. Frankfurt, S. 84 bis 86.

18 Gianotti, a.a.O., S. 15 f.

19 Albers, a.a.O., S. 114 f.; Koppel, a.a.O., S. 12 f. Die Hälfte der 22 italienischen Großunternehmen zählen zu den sogenannten Gesellschaften mit staatlicher Beteiligung („società partecipazione statale"), die sich ausschließlich oder jedenfalls überwiegend in staatlichem Eigentum befinden. Die beiden größten staatlichen Holdinggesellschaften IRI und ENI sind außerdem noch zu 50 % am Chemiekonzern Montedison beteiligt.

Für diese generelle Tendenz des italienischen Kapitalismus stellt die Expansion der Fiat-Werke ein hervorragendes Beispiel dar. Im Jahre 1963 errichtete Fiat mit Unterstützung der staatlichen Holdinggesellschaft IRI ein neues Werk in Triest, produzierte ein Jahr später den neuen Wagentyp „850" und kaufte große Teile von Olivetti und dem Autohersteller Ferrari in Modena bei Mailand auf. 1966 konstruierte Fiat bereits drei neue Autotypen der Mittelklasse. Als Agnelli den Konzern übernahm, folgte die Gründung des zweitgrößten Werkes nach Mirafiori in Rivalta, wohin über 10 000 Arbeiter versetzt wurden, und zusammen mit Alfa Romeo die Gründung der „Alfa-Sud". In den folgenden Jahren sog Fiat die Firma Autobianchi auf, übernahm Anteile des französischen Konzerns Citroën und hatte nach weiteren Ankäufen als drittgrößter Autohersteller der Welt die italienische Autoindustrie in der Hand. 1969 verhandelte Fiat mit der IRI über den Bau von Flugzeugen [20].

Der zunehmende Prozeß der Konzentration schlug sich in der gesamtgesellschaftlichen disproportionalen Entwicklung Italiens nieder. Während sich im Norden des Landes, im sogenannten „Industriedreieck" zwischen Mailand, Turin und Genua die Industrie zentralisierte, blieb der Süden mit einem riesigen Arbeitslosenheer verhältnismäßig unterentwickelt. Das hatte zur Folge, daß im Zeitraum zwischen 1955 und 1965 zwei Millionen Menschen von Süd- nach Norditalien zogen. Allein nach Turin immigrierten von 1952 bis 1969 insgesamt 893 000 Personen, das sind 76 % der gegenwärtig 1,17 Millionen Einwohner der Stadt.

Diese Binnenwanderung hatte katastrophale Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse in Turin. An erster Stelle ist die ungeheure Wohnungsnot zu erwähnen. In der Innenstadt berechnete sich der Preis für ein Zimmer nach vermieteten Betten [21]. Die ganze Stadt wurde vom Fiatkonzern völlig beherrscht, der außer Wohnungen noch Geschäfte und Zeitungen besaß, so daß zur Ausbeutung in der Fabrik noch die Exploitation im Reproduktionsbereich hinzukam. „Turin ist Fiat ... Turin und Fiat, die Stadt und die Industrie, wachsen zu einem gemeinsamen Geflecht zusammen" [22], hieß es bereits Ende der 50er Jahre in einer von der Gewerkschaft erstellten Analyse über die industrielle Entwicklung in Italien. Die unerträglichen Lebensverhältnisse in dieser Stadt, die Konzentration von Arbeits- und Wohnbereich und die Zusammenballung Zehntausender Arbeiter mit ihren Familien auf engstem Raum, sind als Gründe dafür anzusehen, daß jeder Konflikt in der Fabrik sich sofort auf die Stadt ausbreitete und umgekehrt; diese Situation trug sicherlich zur Verschärfung der Klassenkämpfe in den folgenden Jahren bei. Hierin lag zugleich eine

20 Gianotti, a.a.O., S. 239 ff.

21 „‚Schichtbetten', die im Verlauf von 24 Stunden dreimal — entsprechend den Betriebsschichten von Fiat — vermietet werden, stammen nicht aus der Zeit des Frühkapialismus, sondern wurden 1969 in einer Turiner Pension der Innenstadt aufgedeckt." Koppel, a.a.O., S. 73.

22 A. Minucci/S. Vertone. Il grataciclo nel deserto. Rom 1959, S. 87.

Ursache dafür, daß die ökonomischen Ziele der Fabrikkämpfe durch politische Forderungen nach gesellschaftlichen Strukturveränderungen erweitert wurden.

Zum zweiten machte sich die Rezession in einem bis 1966 auf 18 % gesunkenen Investitionsvolumen geltend; dabei gingen besonders die Industrieinvestitionen in zwei Jahren (1965) um 36,2 % zurück. Die niedrigen Investitionsraten Italiens sind jedoch nicht allein der Rezession geschuldet, sondern ein allgemeines Merkmal des italienischen Kapitalismus der 60er Jahre. Die Bruttoanlageinvestitionen betrugen selbst in den Jahren des „Wirtschaftswunder" selten mehr als 20 % des Bruttoinlandprodukts. Ein Vergleich mit den europäischen Industrieländern Frankreich und England zeigt, daß Italien 1967 nur noch die Hälfte der französischen und zwei Drittel der britischen Investitionsquote erreichte [23]. Trotz drastisch reduzierter Investitionen und erheblich verminderter Beschäftigungszahl stieg die Produktion zwischen 1963 bis 1967 um 26,7 %. Dieses Ergebnis war nur mittels der genannten Rationalisierungsmaßnahmen zu erzielen [24].

Auch bei Fiat folgte auf die Jahre ungeheurer Investitionen infolge der Rezession und nicht zuletzt als Reaktion der beginnenden Arbeitskämpfe 1962 eine zweite Rationalisierungsphase, die diesmal ohne größere Investitionen auskam. Ferner beschäftigte Fiat seit Mitte der 50er Jahre in zunehmendem Maße Immigranten aus dem Süden, um mit weiterer Dequalifizierung der bestehenden Arbeiterschaft und mit der Einstellung zusätzlicher ungelernter Arbeitskräfte die Lohnkosten zu senken.

Obwohl die Arbeiterqualifikation fiel und technologische Erneuerungen abnahmen, stieg die Autoproduktion bei FIAT 1965 innerhalb eines Jahres um 123 % [25]. Es liegt auf der Hand, daß sich derartige Zuwachsraten unter den genannten Bedingungen und bei einer Arbeitszeit, die kaum noch verlängerbar war, nur mittels einer rigorosen Verschärfung des Arbeitstempos realisieren ließen.

Hinter der in diesem Ausmaß forcierten Arbeitsintensität mußten die Arbeitslöhne notgedrungen zurückbleiben. Während des ganzen Jahrzehnts stieg der Reallohn in der Metallindustrie um kaum mehr als 33 %. Vergleicht man diese geringe Erhöhung mit der im gleichen Zeitraum erzielten Produktionssteigerung um 65 %, so zeigt sich, daß die reale Lohnzunahme in den 60er Jahren nicht einmal die Hälfte dieser Steigerung der Arbeitsproduktivität ausmachte [26]. Wenn auch die Großbetriebe in Italien bis zu 130 % der Durchschnittslöhne in Italien zahlen, so ist auch dieser Prozentsatz gemessen an der Produktivitätsrate gerade der Riesenfabriken wie FIAT vergleichsweise gering, zumal sich diese Tendenz dort inzwischen bei zunehmender Produktivität nivelliert.

23 Albers, a.a.O., S. 116.
24 Albers, a.a.O., S. 129.
25 Gianotti, a.a.O., S. 238.
26 Koppel, a.a.O., S. 13.

Um den Wert der Arbeitskraft zu senken und dabei die Arbeitsintensität noch zu steigern, schufen die italienischen Großbetriebe spezifische Lohnformen. Die Auseinandersetzungen um diese Lohnformen spielten in den Fabrikkämpfen bei FIAT eine zentrale Rolle.

III. Lohnform und Lohnkampf

Klassenkampf im Betrieb ist zuallererst Lohnkampf. Dies gilt auch für die italienischen Arbeitskämpfe, deren weitreichende Forderungen nach Veränderung der Arbeitsbedingungen und nach Arbeiterkontrolle im Betrieb aus Lohnkämpfen hervorgegangen sind und auch in avanciertester Form diesen Entstehungszusammenhang aufweisen.

Der Lohn des Arbeiters bezahlt die Arbeitskraft, die die spezifische Eigenschaft besitzt, mehr Wert zu bilden, als sie selbst wert ist. Der Arbeitslohn erscheint jedoch als Preis der Arbeit, so daß der Unterschied zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit und somit das gesellschaftliche Verhältnis der Aneignung von Mehrarbeit durch das Kapital in der Lohnform verdeckt bleibt [27].

Die Auseinandersetzungen um die Lohnhöhe befähigen die Arbeiter nicht automatisch, dieses Aneignungsverhältnis zu erkennen. Auch die avanciertesten Lohnkämpfe, die meist in Forderungen nach „gleichen" oder „gerechten" Lohn kulminieren, gehen von der mystifizierten Form des Kapitalverhältnisses aus. Um hingegen das Klassenverhältnis der kapitalistischen Produktionsweise, deren Ausdruck die Lohnform ist, zu begreifen, bedarf es des Kampfes der sich als Klasse organisierenden und bewußt werdenden Arbeiter.

Die Klassenkämpfe in den Großbetrieben Norditaliens zeigen exemplarisch, wie die organisierte Arbeiterklasse in konkreten Auseinandersetzungen zur Kenntnis des Klassenantagonismus und des in der Lohnform enthaltenen Ausbeutungsverhältnisses gelangen kann.

Die italienischen Gewerkschaften, in erster Linie die CGIL, versuchen einen Lohnkampf zu führen, der den Arbeitern klar machen soll, daß ihre Arbeitskraft und nicht ihre Arbeit bezahlt wird. Sie propagieren daher: „Es wird bezahlt, was der Arbeiter *ist*, nicht was er macht" [28]. Insofern begründet die Gewerkschaft ihre Lohnforderungen mit der Notwendigkeit der Reproduktion der Arbeiter (Lebenskosten, Mieten usw.) und fordert einen „festen" Lohn, dessen Höhe unabhängig von der konkreten Arbeitsleistung bestimmt wird und der nicht nachträglich verändert werden kann. Die Lohngruppen sollen nur die Qualifikation der Arbeitskraft bewerten.

Demgegenüber versuchen die Unternehmer in ihrem Interesse, möglichst viel Mehrarbeit sich anzueignen, die Lohnhöhe vor allem nach der konkreten Arbeitsleistung zu bemessen. Zahlreiche Prämien

27 MEW 23, S. 557 ff.

28 Eugenio Giamberba/Leopoldo Meneghelli. L'evoluzione delle classificazioni 1945—1970. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 30, Mai/Juni 1971, S. 29.

und Zuschläge, aus denen sich der Lohn schließlich zusammensetzt, dienen ihnen außerdem als Mittel zur Verlängerung des Arbeitstags und zur Intensivierung der Arbeit.

Dieser Konflikt schlägt sich in konkreten Lohnformen nieder, die den Arbeitslohn in zwei Teile spalten: in einen festen Lohnteil und in einen variablen Leistungslohn. Die Härte und Dauer dieser Auseinandersetzung zeigen, daß sich hinter den Konflikten um die konkrete Lohnform gegensätzliche Klassenstandpunkte verbergen.

Die italienischen Lohnkämpfe bewegen sich also in zwei unterschiedlichen Gegenstandsbereichen: Einmal geht es um den leistungsunabhängigen Lohnteil, dessen Gruppen oder Kategorien (qualifiche) der Qualifikation der Arbeiter entsprechen sollen. Zum andern setzt man sich mit dem Anteil sowie mit den konkreten Formen des Leistungs- oder Akkordlohns auseinander. Kann es der Gewerkschaft auch nicht gelingen, diesen Lohnteil abzuschaffen oder wesentlich einzuschränken, so trägt sie doch dafür Sorge, daß der Akkordlohn nicht zum übermächtigen zusätzlichen Ausbeutungshebel wird.

1. Die Auseinandersetzung um die Lohnkategorien

Während der explosivartigen Streikbewegungen 1968/69 in Italien bekämpften die Fiatarbeiter ein Lohnsystem, dessen Qualifikations-Kategorien dem realen Qualifikationsniveau der großen Masse der Arbeiter nicht mehr entsprach. Die Arbeiter machten die Erfahrung, daß sie bei gleichem Schwierigkeitsgrad der Arbeit verschiedenen Lohn erhielten und forderten in ihren Versammlungen „gleichen Lohn für gleiche Arbeit". Sie verlangten ihre Einstufung in gleiche und höhere Lohnstufen und die Abschaffung der untersten Lohngruppen. Die Fiatarbeiter wehrten sich gegen Lohndifferenzen, die eine künstliche Hierarchie unter ihnen schuf und die Arbeiterschaft spaltete. Ebenso mußten die Gewerkschaften einsehen, daß sich die Lohnkategorien im Zuge der technologischen und organisatorischen Transformation der industriellen Produktion in einer Krise befanden[29]. Das hatten ihr die widersprüchliche Entwicklung der Lohnkategorien selbst und die darauf folgenden Arbeitskämpfe bewiesen. Um die Auseinandersetzungen über die einzelnen Lohngruppen zu verstehen, wird es nützlich sein, zunächst die Entstehung der Lohnkategorien oder Lohnstufen zu analysieren.

Das italienische Lohnsystem der „qualifiche" besteht aus der Einheit zweier Ebenen: Auf der einen Seite bezeichnet es eine Skala von Qualifikationsstufen der Arbeiter. Hier gilt es, diverse Qualifikationsniveaus festzustellen und ihre Reihenfolge und ihr Verhältnis zueinander zu bestimmen. Auf der anderen Seite handelt es sich um Lohngruppen, die den Qualifikationsstufen entsprechen sollen und

29 Dibattiti. Una mesa a fuoco politico-contrattuale del problema, „tavola rotonda" con Emilio Giovannini, Corrado Perua, Paolo Santi e Gian Primo Cella. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 30, S. 3; ebenso: Antonio Lettieri. Qualifiche e valutazione del lavoro, a.a.O., S. 57.

die sich in unterschiedlichen Lohnhöhen niederschlagen, deren Differenzen in Tarifverhandlungen vereinbart werden müssen [30].

Der Konflikt um die Lohnkategorien kann durchaus auf jeder dieser Ebenen getrennt ausgetragen werden. Einmal steht die bloße Lohnerhöhung im Vordergrund, ein andermal kämpft eine bestimmte Arbeitergruppe um die Anerkennung einer bestimmten Qualifikationsstufe. Beide Ebenen bilden jedoch in der Lohnkategorie eine Einheit, die sowohl eine Lohn- als auch eine Qualifikationsstufe bezeichnet. Dabei stellt die Qualifikation der Arbeiter die Grundlage dar, auf die sich diese Lohnform bezieht und auf der sie aufbaut.

Die Auseinandersetzungen um die Lohnkategorien konzentrieren sich zunächst auf das Problem, inwieweit das Lohnsystem die Qualifikationsdifferenzen der Arbeiterschaft zu erfassen vermag, so daß den jeweiligen Lohngruppen verschiedene Qualifikationsgrade entsprechen. Die Bewertung eines Arbeiters mit einer höheren Lohnkategorie ist nur dann sinnvoll, wenn seine Arbeitskraft durch ihre Qualifikation wirklich einen höheren Wert besitzt. Es liegt auf der Hand, daß die Lohnskala sich nur so lange inhaltlich begründen und auch tatsächlich aufrechterhalten läßt, wie die Lohnstruktur nicht hinter dem sich ständig wandelnden Qualifikationsniveau der Arbeiter zurückbleibt oder sich gar verselbständigt. Dabei geht die Verschiebung dieses Verhältnisses von den sich verändernden Produktionsmethoden und den sich damit wandelnden Qualifikationsanforderungen aus.

Die Entstehung der Lohnkategorien

Für die Entstehung der Lohnkategorien sind zwei Phasen des industriellen Prozesses bestimmend. Einmal die „vorindustrielle" Periode, in der die Produktion noch des Handwerksgeschicks des einzelnen Arbeiters bedarf und der handwerklich qualifizierte Facharbeiter dominiert. In diesem Stadium haben die sich an der Berufsqualifikation der Arbeiter orientierenden Lohnkategorien ihre Funktion und sind in sich konsistent. Die zweite, industrielle Phase, die die handwerkliche Qualifikation an den Rand drängt, unterminiert zugleich auch die Legitimation der Lohngruppen. Dies zeigt die widersprüchliche Entwicklung vor und nach der Rationalisierung bei FIAT.

Das System der Lohnkategorien entstand in seinen Grundzügen vor dem Zweiten Weltkrieg, als die Berufsstruktur der Arbeiterschaft bei Fiat im wesentlichen noch einen „vorindustriellen" Charakter trug. Bis zur ersten Transformation herrschte in der italienischen Industrie, die technologisch ohnehin 30 Jahre hinter der europäischen Entwicklung zurückblieb, der qualifizierte Facharbeiter vor, der seine erlernten Berufsfähigkeiten im Produktionsprozeß zur Geltung bringen konnte. Diesem „vorindustriellen" Stadium entsprach das im Jahre 1945 übernommene Lohnsystem, das die Arbeiter in „spezialisierte Arbeiter" (OS), „qualifizierte Arbeiter" (OQ), „spezialisierte

30 Gian Primo Cella. Divisione del lavoro e initiativa operaia. In: Movimento operaio, Nr. 5, Bari 1972, S. 76.

Hilfsarbeiter oder normale Arbeiter" (OC) und in „Hilfsarbeiter" (OM) aufteilte[31]. Die beiden entscheidenden Lohngruppen, die die Berufsqualifikation zum Ausdruck brachten und für deren Erhaltung sich die Gewerkschaft einsetzte, waren die Kategorien OS und OQ.

Bereits in den ersten Auseinandersetzungen um die Lohnkategorien Ende der vierziger Jahre versuchte die FIAT-Leitung, die Lohnkategorien zu unterlaufen, indem sie qualifizierte Arbeiter durch Versetzung an andere Arbeitsplätze niedriger einstufte oder in einer Abteilung, die aus qualifizierten Arbeitern bestand, zunehmend ungelernte Arbeiter einsetzte, deren Lohnstufe dann allgemeiner Maßstab wurde[32]. Um den Einfluß der „qualifiche" insgesamt zugunsten des Leistungslohns zurückzudrängen, nivellierte das Unternehmen die Lohndifferenz auf Kosten der höheren Berufskategorien.

Gegen diese Tendenzen wehrten sich die italienischen Gewerkschaften und setzten sich ein für eine klare Trennung des Lohns in einen festen Teil, der für alle Arbeiter eine gleiche Lohnerhöhung gewährleisten sollte, und in einen von der Qualifikation abhängigen Lohnteil, der die qualifizierten Arbeiter entsprechend anerkannte[33]. Die folgende Tabelle zeigt die Nivellierung der Lohndifferenzen bis 1948 und die Wiederaufwertung der Qualifikation in den Jahren 1949 und 1950.

Qualifikation	1938	1946	1947	1948	Juni 49	Sept. 49	1950
spezialisierte Arbeiter	154	113	111	109	109	115	123
qualifizierte Arbeiter	123	107	106	105	105	107	112
spezialisierte Hilfsarbeiter	107	104	104	103	103	104	106
einfache Hilfsarbeiter	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: C. Vannutelli. Analisi statistiche dell'appiattimento salariale. In: Rassegna di Statistiche del Lavoro, Nr. 1, 1951, S. 45. (Zit. nach: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 30, S. 24).

Der Kampf gegen die Beseitigung der oberen Berufskategorien, der im Oktober 1948 begann, wurde naturgemäß vor allem von den spezialisierten und qualifizierten Arbeitern aus den Hilfswerkstätten in Mirafiori getragen und mit Streikformen, die die Forderungen nach Anerkennung der Qualifikation zum Ausdruck brachten, vorangetrieben. Die Gewerkschaft rief den Streik für je zwei Stunden und später mit einer jeweils einstündigen Unterbrechung, in der wieder gearbeitet wurde, aus. Da es in Italien keine Streikkassen gab, schützte diese Streikform die Arbeiter vor größeren Lohneinbußen und traf den Produktionsprozeß auf die Dauer wirksamer. Außerdem verrichteten die Arbeiter nur die Arbeitsaufgaben, die der jeweiligen

31 Giamberba/Meneghelli, a.a.O., S. 22.
32 Quaderni CGIL, a.a.O., S. 47.
33 Quaderni CGIL, a.a.O., S. 23.

Qualifikationsstufe entsprachen, nach der sie entlohnt wurden. Ein qualifizierter Arbeiter z. B., der in die dritte Kategorie eingestuft wurde, zu der es laut Arbeitsvertrag nur „elementarer Berufsfähigkeiten" und einer kurzen Anlernzeit bedurfte, führte dieser Lohnstufe gemäß nur repititive Arbeiten aus, auch wenn der Arbeitsprozeß kompliziertere Handgriffe verlangte[34]. Diese Kampfformen sollten im Verlauf der späteren Streikbewegungen noch an Bedeutung gewinnen.

Die Auseinandersetzungen zeigen, daß die Gewerkschaft die Lohnkategorien in diesem Stadium mit voller Berechtigung verteidigte und daß die Bewertung des traditionellen Arbeiterberufes zu diesem Zeitpunkt eine Errungenschaft der italienischen Arbeiterbewegung darstellte.

Die Rationalität eines sich an Qualifikationen messenden und auf einer materiellen Basis stehenden Lohnsystems ist jedoch an die Bedingung geknüpft, daß die Berufsstruktur in ihrem Wesen konstant bleibt. Verändert sich die Arbeiterqualifikation und verschwinden die alten Arbeiterberufe, spiegeln die Lohndifferenzen keine wirkliche Qualifikationsstufen mehr wider und verlieren ihren Inhalt. Betrachten wir daraufhin die historische Entwicklung der Berufsqualifikation näher.

Die Entwicklung der Arbeiterqualifikation

Während der FIAT-Konzern in der ersten Rationalisierungsphase neue Technologien einführte, ergriff er in der zweiten Phase vor allem organisatorische Maßnahmen. Insbesondere die Einrichtung des Fließbandes hatte eine fortschreitende Arbeitsteilung und damit eine Spezialisierung und Auswechselbarkeit der Arbeiter zur Folge. Zur Verrichtung repititiver Teilarbeiten, die aus elementarsten Aufgaben bestanden und die die handwerkliche Basis des Arbeitsprozesses aufhoben, bedurfte es bald keiner Berufsqualifikation mehr[35]. In der Regel besetzten die Arbeiter ihre neuen Arbeitsplätze, bevor sie die dazu erforderlichen wenigen Handgriffe erlernt hatten. An die Stelle einer fachspezifischen Ausbildung traten tendenziell kurze Anlernzeiten in der Fabrik. Der Arbeitsvertrag der Metallarbeiter definierte die „Qualifikation" der dritten Kategorie eines einfachen Serienarbeiters so: „Um sich an die jeweilige Arbeit zu gewöhnen, bedarf es einer kurzen Zeit der Arbeitspraxis und nur elementarer Fähigkeiten."[36]

34 Gianotti, a.a.O., S. 53 ff.

35 Ein Beispiel vom Band „600" in Mirafiori kann die extreme Parzellierung des Arbeitsprozesses deutlich machen. Zur Herstellung der Motorblöcke dauerte der Arbeitsvorgang vor der Rationalisierung für eine einzelne Teiloperation drei Minuten. Nach der Einführung von Maschinen und des Fließbandes reduzierte sich dieser Zeitraum auf drei Sekunden. Quaderni CGIL, a.a.O., S. 62.

36 Il contratto di lavoro del metalmeccanici. Rom 1953, parte I, art. 43 (zit. nach Gianotti).

Außerdem erlaubte die Fließbandarbeit kaum noch eine Akkumulation von neuen Kenntnissen. Allen Fähigkeiten des „halbqualifizierten" Arbeiters war gemein, daß sie keine Qualifikationen im Sinne einer fachspezifischen Ausbildung, sondern lediglich Minimalvoraussetzungen der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitskraft darstellten. Die Rationalisierung machte infolgedessen eine steigende Anzahl von nichtqualifizierten Arbeiten erforderlich.

Um ferner die Lohnkosten zu senken, sogen die FIAT-Werke, deren industrielle Entwicklung sich zudem noch auf einen Überfluß an Arbeitskräften vor allem im Süden des Landes gründen konnte, seit Mitte der 50er Jahre eine riesige Zahl von ungelernten Immigranten und jungen Arbeitern ein, was die Qualifikationsstruktur der Belegschaft grundlegend veränderte [37].

Arbeiter des Automobilsektors FIAT

Kategorie	1948		1953		1958	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1. Spezialisierte Arbeiter	2065	15,75	1980	12,37	2239	11,45
2. Qualifizierte Arbeiter	3347	25,53	3860	24,11	4632	23,68
3. Maschinenarbeiter	5725	43,65	8256	51,56	11068	56,58
4. Hilfsarbeiter	626	4,77	421	2,62	451	2,30
5. Frauen und Jugendliche	1352	10,30	1497	9,34	1173	5,99
Summe	13155	100,—	16014	100,—	19563	100,—

Quelle: Olinto Mario Sassi. Considerazioni sul progresso tecnologico alla FIAT nella produzione automobilistica. In: Il progresso tecnologico e la società italiana. Mailand 1963, Vol. II, S. 187.

Die erste Rationalisierungsphase bei Fiat brachte in der Hauptsache drei Tendenzen hervor: Erstens verringerte sich relativ die Zahl der qualifizierten Facharbeiter. Dabei veränderten Mechanisierung und Automation auch den Inhalt der höheren Qualifikationen und verdrängten die traditionelle Handwerksfähigkeit, während auf der anderen Seite sogenannte „technische Kader" entstanden, die zu Hauptträgern der fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten wurden. Zweitens nahm der Anteil der Hilfsarbeiter ab, und drittens stieg vor allem die Zahl der in der maschinellen Serienproduktion tätigen Arbeiter. Die absinkenden, früher qualifizierten und die aufgestiegenen „angelernten" Arbeiter bildeten nun zusammen die große Masse der in die dritte Kategorie Eingestuften. Nach etwas mehr als zehn Jahren waren 70 % der Fiatarbeiter in der dritten Kategorie und zählten daher zu den unqualifizierten Arbeitern [38].

37 Massimo Paci. Oualifiche e mercato di lavoro. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 30, S. 89 f.

38 Nicola Cacace. Qualifiche e organizzazione di lavoro. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 30, S. 81 f. Die sog. capi stiegen von 13 % im Jahre 1941 auf 20,8 %. Gianotti, a.a.O., S. 151 f.

Ein Vergleich mit anderen Produktions-Sektoren Italiens zeigt, daß die Automobilindustrie bei geringem durchschnittlichen Mechanisierungsgrad und hoher Kontinuität der Produktionsprozesse (d. h. zum größten Teil Fließbandarbeit) das mit Abstand niedrigste Qualifikationsniveau aufwies [39]. Diese Dequalifizierungstendenz, die in den Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre in Italien eine zentrale Rolle gespielt hat, läßt sich auch für die italienische Industriearbeiterschaft insgesamt feststellen. Im Jahrzehnt 1951 bis 1961 ging die Zahl der spezialisierten und qualifizierten Arbeiter Lombardiens von 50,7 % auf 43,3 % zurück, während der Anteil der einfachen Arbeiter im gleichen Zeitraum von 29 % auf 36 % und bis 1968 auf etwa die Hälfte stieg. Im Jahre 1967 waren in Turin 50,2 % der Arbeiter Hilfsarbeiter, davon allein 30 % Immigranten [40].

Wie schwierig es für die Masse der Arbeiter geworden war, die einmal erworbene Qualifikation zu verteidigen oder gar von einer Qualifikationsstufe in die nächsthöhere aufzusteigen, zeigt die Entwicklung der Mobilität zwischen den einzelnen Kategorien. Die Theoretiker der Gewerkschaften sprachen in diesem Zusammenhang vom „Ende der Arbeiterkarriere", da die Arbeitsplätze mit komplizierten Arbeiten vor allem in den Großbetrieben immer seltener wurden und dem einzelnen Arbeiter kaum noch die Möglichkeit boten, qualifizierende Kenntnisse zu erlangen.

Innerhalb eines Jahrzehnts gelang es nur 10 bis 20 % der Arbeiter, eine höhere Qualifikationsstufe zu erreichen; eine Ausnahme mit 20 bis 30 % bildete lediglich der Aufstieg vom qualifizierten zum hochspezialisierten Arbeiter, weil in diesem Bereich noch Arbeiterberufe existierten. Dagegen läßt sich zwischen dem qualifizierten und einfachen Arbeiter eine zirkulare Mobilität feststellen: Hier konnten nur so viele Arbeiter aufsteigen, wie qualifizierte Arbeiter dequalifiziert wurden. Zwangsläufig richtete sich das Interesse der Arbeitskämpfe in Italien hauptsächlich auf diesen zentralen Punkt der „Arbeiterkarriere", weil die Kategorie „OQ" das obligate Durchgangsstadium für den Eingang in höhere Kategorien war und eine Verringerung der Arbeitsplätze für qualifizierte Arbeiter die Möglichkeit für den Aufstieg insgesamt zunichte machte; denn kaum ein Arbeiter hatte Gelegenheit, sich jemals für mehr als eine höhere Kategorie zu qualifizieren. Die Angleichung des qualifizierten an den einfachen Arbeiter machte die Aufteilung und Polarisierung des italienischen Proletariats in einige wenige spezialisierte und die Masse der Hilfsarbeiter besonders deutlich [41]. Das Ende der Arbeiterberufe zeigte sich ferner in der Tatsache, daß Lehrlinge nur noch zu einem Teil die Chance hatten, später entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt zu werden.

39 Cacace, a.a.O., S. 73.
40 Paci, a.a.O., S. 90.
41 Marino Regini/Emilio Reyneri. Lotte operaie e organizzazione del lavoro. Padua 1971, S. 103 ff.

Nach der allgemeinen Dequalifizierung, die der Rationalisierung folgte, lassen sich in der Hauptsache vier Arbeitertypen unterscheiden:

1. Qualifizierte Arbeiter, die ihre Berufsfähigkeiten zwar nicht mehr anwenden können, jedoch in den höheren Kategorien bleiben, weil ihnen neue kompliziertere Aufgaben übertragen werden.
2. Qualifizierte Arbeiter, die im Zuge der Umstrukturierung des Betriebs einfache Arbeiten verrichten müssen und dequalifiziert wurden.
3. Unqualifizierte Arbeiter, die mit der Zeit einige elementare Kenntnisse erwarben und die große Masse der „angelernten" Arbeiter bilden.
4. Auf der untersten Stufe stehen die Hilfsarbeiter ohne jegliche Qualifikation.

Jede dieser Arbeitergruppen hat im industriellen Produktionsprozeß spezifische Erfahrungen gesammelt und macht in den Klassenauseinandersetzungen seine unterschiedlichen Interessen geltend. Betrachten wir zunächst die von Hause aus qualifizierten Facharbeiter, deren Qualifikation nach der Rationalisierung nicht mehr anerkannt zu werden droht, und die entschieden für Lohnkategorien kämpfen, die die Qualifikation der Arbeitskraft honorieren.

Der Kampf der Gewerkschaften für ein qualifikationsorientiertes Lohnsystem

Da Berufsfähigkeit und Arbeitsfunktionen infolge der Rationalisierung keine organische Einheit mehr bilden, sondern sich aufgrund der veränderten Arbeitsbedingungen und Aufgaben verschoben haben, ist es längst keine abstrakte Prinzipienfrage mehr, ob die Qualifikation des Arbeiters oder seine konkrete Arbeitsleistung bezahlt werden soll; denn der ehemals qualifizierte Arbeiter, der inzwischen nur noch einfache Arbeiten verrichtet, erhält mehr Lohn, wenn seine spezifische Berufsqualifikation bezahlt wird, und verliert bei einer Dominanz des Leistungslohns. Insofern hält die Gewerkschaft CGIL an einem Lohnsystem fest, dessen Stufenfolge die Differenzen der Qualifikation der Arbeiterschaft bewerten soll. Sie unterstützt damit in erster Linie die qualifizierten Facharbeiter.

Auf der anderen Seite versucht das Unternehmen ein Lohnsystem anzuwenden, das ihm erlaubt, die Bezahlung der Arbeiterqualifikation, die es ohnehin nicht mehr braucht, zu umgehen. So führte der Fiatkonzern Ende der fünfziger Jahre in seinen Werken die sogenannte *Arbeitsplatzbewertung* (job evaluation) ein.

Es handelt sich dabei um ein System, das nicht die Berufsausbildung und Betriebserfahrung der Arbeiter bewertet, sondern die Arbeitsplatzerfordernisse zum Ausgangspunkt der Lohnfindung macht. Die Staffelung der Grundlöhne bemißt sich einmal sachbezogen nach dem Schwierigkeitsgrad der Arbeit und zum andern nach persönlichen, sogenannten „primären Fähigkeiten", die alle dadurch

gekennzeichnet sind, daß sie nicht erlernbar sind. Darunter zählen etwa „physische Widerstandskraft", „psychische Koordinationsfähigkeit", Orientierungssinn, Anpaßbarkeit und vor allem Verantwortungsgefühl [42].

Die Arbeitsplatzbewertung hat für das Unternehmen den Vorteil, daß erstens die Lohnkosten langfristiger geplant werden können, da sich die Löhne nach einer vorgegebenen Arbeitsplatzstruktur und nicht nach der Fluktuation der Arbeitskräfte richten; daß zweitens die Arbeitskraft nicht nach ihrer eigenen Qualifikation, sondern nach der vom Betrieb benötigten Qualifikation entlohnt wird; darin liegt drittens die Möglichkeit der Dequalifizierung und Entwertung ehemals qualifizierter Arbeitskräfte. Ebenso bietet die Arbeitsplatzbewertung die Chance, Arbeitsplätze entsprechend den wirtschaftlichen Anforderungen auf- oder abzuwerten bzw. die Kriterien des Anforderungskatalogs benötigter Qualifikationen zu ändern.

Mit der Anwendung der Arbeitsplatzbewertung vollendete FIAT seine erste Rationalisierungsphase und trug der faktischen Dequalifizierung der Masse seiner Arbeiter Rechnung. Außerdem richteten sich diese Maßnahmen gezielt gegen die Gewerkschaften, und zwar zu einer Zeit, in der die Arbeiterbewegung in Italien insgesamt recht schwach war und sich nur mühsam aus ihrer Stagnation erholen konnte. Die Einführung der Bewertung des Arbeitsplatzes und der Arbeitsfunktionen stellte die Gewerkschaftsbewegung auf eine harte Probe, was schließlich zu gegensätzlichen Positionen der beiden größten Verbände CGIL und CISL führte. So erkannte die katholische Gewerkschaft CISL die neue Lohnform als „rationales, der technologischen und organisatorischen Entwicklung der industriellen Produktion adäquates System" an [43]. Demgegenüber hielt die der Kommunistischen Partei nahestehende Metallarbeitergewerkschaft FIOM (CGIL) an einem die Arbeiterqualifikation bewertenden Lohnsystem fest [44]. Es ist der Gewerkschaft CGIL bis heute im wesentlichen gelungen, das Verfahren der Arbeitsplatzbewertung abzuwehren.

Allerdings erweist sich die von der Gewerkschaft selbst gestellte Aufgabe, ein Lohnsystem zu entwickeln, das die Facharbeiter schützt und zugleich die übrigen Arbeiter erfaßt, als widersprüchlich. Lassen sich die Lohnkategorien für die Arbeiter mit einer Berufsqualifikation noch von der Sache begründen und mit den Interessen der qualifizierten Arbeiter verbinden, so stellt sich die Anwendung dieser Lohnform auf die unqualifizierten Arbeiter als problematisch heraus.

42 Regini/Reyneri ,a.a.O., S. 100 f.

43 Congresso internazionale di studio sul progresso tecnologico a la società italiana, 1960. N. Cacace. La contrattazione colletiva dei sistemi di studio dei tempi e di valutazione delle mansioni. In: Lavoratori e sindacati di fronte alle trasformazioni del progresso produttivo. Hrsg. F. Momigliano, Mailand 1962, S. 623—626.

44 Ufficio sindacale FIOM. Linee di initiativa sindacale sulla qualificazione dei lavoratori nell' industria metalmeccanica. Progetto di documento nazionale. Rom, November 1967, S. 21 f.

Wie kann die Gewerkschaft ein Lohnsystem, das ursprünglich zur Bewertung von Berufsqualifikationen konzipiert wurde, verallgemeinern, wenn bei der Masse der Fiatarbeiter eine Berufsqualifikation im strengen Sinne nicht mehr vorhanden ist? Die traditionellen Lohnkategorien sind mit ihren sich an einer Berufsqualifikation orientierenden Kriterien nicht mehr in der Lage, die veränderte Qualifikationsstruktur der seit der Rationalisierung wachsenden Zahl der sogenannten angelernten Arbeiter zu erfassen. Werden die Lohnkategorien auch zur Bestimmung der Qualifikation dieser Arbeiterschichten angewandt, dann scheinen sie Qualifikationsunterschiede zu bewerten, die in Wirklichkeit nicht existieren. Ein nach Berufsqualifikationen differenzierendes Lohnsystem vermag der tendenziellen Dequalifizierung und Nivellierung der Arbeiterqualifikation nicht gerecht zu werden.

Dennoch hielt die Gewerkschaft CGIL am traditionellen Lohnsystem der Lohnkategorie fest. Ausschlaggebend für diesen Entschluß war die Absicht, unter allen Umständen die von der Unternehmensleitung teilweise schon eingeführte und von der CISL unterstützte Arbeitsplatzbewertung zu verhindern. Denn erstens schützte die CGIL damit die qualifizierten Arbeiter, da die Bewertung der Arbeitsplätze die Qualifikation nicht berücksichtigte. Zweitens machte die „job evaluation" das Lohnsystem unüberschaubar und nicht mehr kontrollierbar. Schließlich teilte die Arbeitsplatzbewertung die Arbeiterschaft in bis zu dreißig Lohngruppen auf. „Wir haben immer behauptet", schrieb die Turiner FIOM, „daß das Konzept der Qualifikation, wie unbefriedigend es auch immer sein mag, doch immer ein besseres Mittel war, gerade in diesen Dingen keine Spaltung der Arbeiterklasse durch die Arbeitsteilung zuzulassen... Die rechtliche Anerkennung einer einzigen Lohnbewertung für so zahlreiche unterschiedliche Aufgaben ... war jedenfalls ein Mittel, die Arbeiterklasse zu vereinen." [45] Außerdem sah die Gewerkschaft in der Verteidigung ihrer Lohnform ein geeignetes Instrument, höhere Löhne durchzusetzen.

Auf der anderen Seite war sich die Gewerkschaft durchaus der Schwierigkeiten bewußt, die traditionelle Berufsqualifikationen bewertenden Lohnkategorien auf die Qualifikation der Masse der Fließbandarbeiter anzuwenden. Sie versuchte dieses Ziel mit der Forderung nach einer inhaltlichen Neubestimmung der Lohngruppen zu erreichen. Die aus den widersprüchlichen Resultaten auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung resultierenden Konflikte ließen sich jedoch erst in den Arbeitskämpfen Ende der sechziger Jahre lösen.

Da die Mehrzahl der Fiatarbeiter keine Berufsqualifikation mehr besaß, fiel bei der inhaltlichen Ausfüllung der für diese Arbeiter bestimmten Lohnkategorien das Kriterium einer Berufsqualifikation weg. Dadurch entstand in diesem Lohnsystem ein Vakuum, in das

45 FIOM Turino. Mansioni, qualifiche, professionalità, salario. Mai 1970, S. 5; zit. nach Regini, a.a.O., S. 121.

unbemerkt all jene Kriterien einfließen konnten, die nichts mit einer Qualifikation gemein hatten und die die Gewerkschaft ja gerade zu bekämpfen beabsichtigte. Einmal versuchte die CGIL, die neuen Fähigkeiten der Bandarbeiter zu definieren, um daraus eine neue Qualifikation zu konstruieren; dabei schlichen sich Elemente der Arbeitsplatzbewertung ein. Zum andern füllte die Gewerkschaft die Qualifikationsstufen mit den jeweils auszuführenden Arbeitsfunktionen aus.

Zwar erkannte die Gewerkschaft CGIL, daß die traditionellen Arbeiterberufe nicht mehr existierten, aber sie glaubte, daß der „angelernte" Arbeiter innerhalb eines gewissen Zeitraums während seiner normalen Tätigkeit im industriellen Produktionsprozeß eine Berufsqualifikation erlangen könne [46]. In den fünfziger Jahren begann die CGIL, für die qualifizierten Arbeiter traditionelle Arbeiterberufe — wie sie selbst sagte — zu „rekonstruieren"; seit Anfang der sechziger Jahre ging sie auf Grund der veränderten Arbeitsverhältnisse dazu über, sogenannte neue Arbeiterberufe zu entwerfen, die vorwiegend die ungelernten und angelernten Arbeiter erfassen sollten [47].

Die Kriterien der neuen Qualifikationsstufen, die das Bewertungssystem der Gewerkschaft inhaltlich ausfüllten, bestanden jedoch nur zu einem geringen Teil aus qualifizierenden Elementen wie „Ausbildung" oder „Lehrzeit". Die übrigen Indikatoren, die den neuen Qualifikationstypus begründen sollten, ähnelten insgesamt den Faktoren der zuvor zurückgewiesenen „job evaluation" wie „praktische Fähigkeit, Kenntnis des Arbeitszyklus oder Grad der Arbeitsautonomie" [48]. Die FIOM bemängelte zwar sehr bald die Abstraktheit dieser Kriterien, die keine Qualifikation definieren können, versuchte aber daraufhin, aus mehreren dieser Faktoren eine „Qualifikation" zusammenzusetzen. Sie bediente sich dabei derselben Bezeichnungen, die sie zuvor kritisierte, und schaffte mit der unterschiedlichen Kombination allgemeiner Voraussetzungen einen dem Schein nach vorhandenen „Beruf", der nun die Alternative zur Arbeitsplatzbewertung darstellen sollte. Sie rechtfertigte dieses Verfahren der „Konstruktion von Berufsprofilen" wie folgt: „Es existiert keine andere Linie, es gibt keine Alternative für jene einheitliche Linie der Qualifikation, nur mittels der Bestimmung der neuen und verschiedenen Berufe kann man versuchen, jenen 70 % der in die 3. Kategorie eingestuften Arbeitern ein neues Gesicht zu geben. (...) Unsere Tat wird Übereinstimmung und Erfolg in den Produktionswerkstätten haben, weil es das ist, was wir erreichen werden mittels der Analyse einer ganzen Serie von Profilen: eine bemerkenswerte Zahl neuer Berufe." [49]

46 Ufficio sindacale FIOM, S. 7.

47 Aldo Trespidi. Sulla qualità e divisione del lavoro. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 30, S. 115.

48 Regini/Reyneri, a.a.O., S. 122 ff.

49 G. Lango. Verso una classificazione unica. In: Sindacato Moderno. April/Mai 1970, S. 182.

Die Gewerkschaft sah sich gezwungen, „Berufe" zu konstruieren, die es in Wirklichkeit nicht gab. Verfolgte sie das legitime Ziel, die Qualifikation der Arbeiter zu retten, so enthielten die Bestimmungen der Qualifikationsstufen schließlich gerade jene Indikatoren, die es zu umgehen galt: Durch den versteckten Einfluß der „job evaluation" wurde zwangsläufig die Unterscheidung des Qualifikationsniveaus ausgehöhlt.

Neben einigen Elementen der Arbeitsplatzbewertung machte die Gewerkschaft darüber hinaus konkrete *Arbeitsfunktionen* zu Kriterien eines Qualifikationsniveaus.

Der Übergang vom Qualifikationskriterium zur Bewertung der Arbeitsleistung vollzog sich gemeinsam mit der Einführung von Elementen der Arbeitsplatzbewertung in den Auseinandersetzungen Anfang der sechziger Jahre. Seitdem wurden die Lohnkategorien, die ursprünglich einem bestimmten Qualifikationsgrad entsprachen, mittels zahlreicher Arbeitsfunktionen bestimmt [50]. Konkret sah das so aus: Jede Lohnstufe besaß eine sogenannte Erläuterung (declaratoria), die aus zahllosen Beispielen für unterschiedliche Arbeitsaufgaben bestand und meist aus halbhandwerklichen Fähigkeiten zusammengesetzt war. Dazu kamen die erwähnten Elemente der Arbeitsplatzbewertung. Die Lohnkategorien wurden also durch einen ziemlich willkürlichen Katalog einzelner konkreter Funktionen ausgefüllt. Das hatte schließlich zur Folge, daß in verschiedenen Abteilungen, Werkstätten und Betrieben unterschiedliche Kriterien angewandt werden konnten. Bei gleicher Arbeitsleistung variierte in den großen metallverarbeitenden Betrieben der Lohn bis zu 20—30 % im gleichen Werk [51].

Mit einer Definierung der Lohnkategorien, die statt der Qualifikation des Arbeiters die konkrete Arbeit berücksichtigte, kamen die italienischen Gewerkschaften wider Willen den Unternehmern entgegen. Sie erreichten damit das Gegenteil ihres erklärten Ziels und verzichteten faktisch auf die Qualifikations- und Lohnkategorie.

Dagegen gelang es der Unternehmensleitung gerade dadurch, das System der „qualifiche" zu unterlaufen, daß sie die nunmehr verwandelten Lohnkategorien exakt anwandte und auf die veränderten Produktionsbedingungen übertrug [52]. In dieser Phase sah es so aus, als ob gerade die Kapitalisten die Lohnkategorien auf ein neues Fundament stellen wollten, während die Gewerkschaft in ihrer Argumentation der Berufsqualifikation steckenblieb. An dieser Stelle schienen sich die Klassenpositionen zu verkehren: Während die Unternehmer das tendenzielle Ende der Qualifikation für eine große Zahl der Arbeiter berücksichtigten und Lohnformen einführten, die die tatsächliche Arbeitsteilung widerspiegelten, hielt die

50 Cella, a.a.O., S. 136. — Giamberba/Meneghelli, a.a.O., S. 28.

51 Lettieri, a.a.O., S. 58. Dazu: Regini/Reyneri, a.a.O., S. 93 f.

52 Cella, a.a.O., S. 82 und S. 140. Dabei veränderte sich auch die Arbeitsplatzbewertung, die sich bald mit der Bewertung von Arbeitsfunktionen vermischte. Lettieri, a.a.O., S. 60.

Gewerkschaft an Lohnkategorien fest, die der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse nicht mehr entsprachen. Indem sie daraufhin in die leer gewordenen Lohnstufen Parameter der konkreten Arbeitsfunktionen einsetzte, bestätigte sie, da sie auf das Qualifikationskriterium notgedrungen verzichten mußte, unfreiwillig die offensichtliche Dequalifikation.

Bald zeigte die Rationalisierung zwei entgegengesetzte Tendenzen, die eine Klassifizierung der einzelnen Arbeitsaufgaben immer schwieriger machten: Einerseits nivellierte sie die Qualifikationsstufen der Arbeiter, andererseits differenzierten sich die einzelnen Funktionen des Arbeitsprozesses. Die bisherigen Merkmale reichten nicht mehr aus, so daß es schließlich weiterer Kategorien bedurfte, um das Lohnsystem der forcierten Arbeitsteilung anzugleichen. Das hatte zur Folge, daß sich die Zahl der Lohnkategorien in den sechziger Jahren verdoppelte.

Anläßlich der nationalen Tarifverträge der Metallarbeiter forderte die Gewerkschaft mit der Begründung, man müsse die Qualifikationsgrade dem technischen Fortschritt anpassen, die Aufteilung einzelner Lohnstufen. So spaltete sich nach dem Vertrag 1963 die Kategorie des einfachen Arbeiters (oder spezialisierten Hilfsarbeiters) in die des einfachen Arbeiters erster und zweiter Klasse (OC_1 und OC_2)[53]. Die Auseinandersetzungen des Jahres 1966 hatten die „1^a super" zum Resultat, eine Lohnstufe, die einen Kompromiß zwischen der Bewertung der Qualifikation und der des Arbeitsplatzes darstellte, weil sie Elemente der Arbeitsplatzbewertung in sich aufnahm. Die Gewerkschaft glaubte, daß ihr Lohnsystem der betrieblichen Arbeitsteilung immer genauer entsprechen könne und dadurch in der Lage sei, den Einfluß des Betriebs auf die Bewertung der Arbeiterqualifikationen zurückzudrängen. Schließlich verlangte die FIOM, zwischen die Lohnkategorien OC_1 und OQ die Kategorie „3^a super" einzufügen, damit man der großen Masse der Fließbandarbeiter die Möglichkeit bieten könne, in eine höhere Kategorie aufzusteigen[54].

Die Zerlegung der Lohnstufen in mittlerweile sechs Kategorien schlug sich zwangsläufig in immer größeren Differenzen in der Lohnhöhe nieder: Je höher die Lohnkategorie, desto größer die Lohnsteigerung verglichen mit den unteren Lohnstufen[55].

Ein Gesamtvergleich der „qualifiche" zeigt, daß die Lohnkategorien in einem krassen Mißverhältnis zur Qualifikationsstruktur der Arbeiterschaft der FIAT-Werke standen. Die betriebliche Arbeitsteilung brachte in der Hauptsache drei Arbeitertypen hervor: qualifizierte Arbeiter mit erlerntem Beruf (meist Maschineneinrichter, Instandhalter usw.), in der Mitte die Masse der sogenannten qualifizierten und halbqualifizierten Arbeiter und zuletzt ungelernte Hilfsarbeiter. Dabei waren die Arbeiter der Kategorien OQ und OC

53 Giamberba/Meneghelli, a.a.O., S. 28.
54 Cella, a.a.O., S. 136 f.
55 Sindacato Moderno, Nr. 4—5, April/Mai 1970, S. 36.

im Grunde schon austauschbar. Die sich über den Qualifikationsniveaus verselbständigende Lohnform besaß hingegen viel mehr Abstufungen, die die noch verbleibenden Differenzen multiplizierten.

Die Lohnkategorien bestanden oft nur noch aus formalen Klassifikationen, die unter den Arbeitern eine Lohnhierarchie aufstellten. Das Verhältnis der einzelnen Stufen zueinander und ihre Kriterien wurden für die Arbeiter immer undurchschaubarer und irrationaler. Ebenso bedeutete der Aufstieg in eine höhere Kategorie eine bloße „Lohnkarriere", die nicht mit dem Erwerb spezifischer Fähigkeiten verbunden war oder eine Veränderung der Tätigkeit nach sich zog. Die Lohnstufen lösten sich von ihrer ursprünglichen Grundlage los und befestigten unter den Arbeitern ein abgehobenes soziales System.

Der FIAT-Konzern zeigte an der Zersplitterung der Arbeiter Interesse, da sie ein geeignetes Instrument zu sein schien, die Arbeiterklasse zu spalten. Insofern bekam der Kampf gegen die Lohnkategorien für eine einheitliche Entlohnung politische Tragweite.

Die Streikbewegung gegen die Lohnkategorien

In den Jahren 1968/69 kamen die Widersprüche zwischen der veränderten Arbeitsorganisation und den Lohnkategorien explosiv zum Vorschein. Tausende Arbeiter, welcher Qualifikationsstufe auch immer, ob qualifiziert oder unqualifiziert, paralysierten mit gezielten Streiks den Produktionsprozeß und organisierten Demonstrationszüge und Versammlungen in der Fabrik. Allein 1969 verlor FIAT durch die Arbeitskämpfe 277 000 Fahrzeuge, das sind 20 % der Gesamtproduktion. Ausgangspunkt und lange Zeit Mittelpunkt der Auseinandersetzungen war der Konflikt um die Qualifikations- und Lohnkategorien.

Obwohl die Gewerkschaft diese Streiks zusammen mit einigen Abteilungen vorbereitet hatte, wie dies bei den Arbeitsniederlegungen in den Jahren zuvor der Fall gewesen war, wurde sie durch diese Entwicklung selbst überrascht. Nach einer Zeit der Stagnation und sogar des Rückschritts in der italienischen Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren, in denen die Gewerkschaft der Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt war und in denen ihr Einfluß immer mehr zu schwinden drohte, begannen 1962 die ersten Abwehrversuche der Arbeiterklasse gegen die Folgen der Rationalisierung. Der Stein kam ins Rollen, als die FIOM eine Abstimmung für den ersten Streik gewinnen konnte, an dem sich schließlich 60 000 Arbeiter und Angestellte beteiligten. Die Kampfziele waren die 40-Stunden-Woche, die Abschaffung der Produktionsprämien und die Erneuerung der „qualifiche". Trotz anfänglicher Mißerfolge, Aussperrungen und Entlassungen durch das Unternehmen, gelang es der Gewerkschaft im Verlauf der sechziger Jahre, immer erfolgreichere Streiks zu organisieren und sich zunehmend in den Fiatwerken zu verankern [56].

56 Gianotti, a.a.O., S. 216 ff.

Allerdings ging die Zeit der „schwarzen Jahre" nicht spurlos an der Gewerkschaftsbewegung vorbei; auch 1968, als sich die ersten größeren Ergebnisse zeigten, waren die Gewerkschaften noch recht schwach und den unerwartet heftigen Klassenauseinandersetzungen mit ihren komplexen Interessengegensätzen nicht immer gewachsen. In der FIOM waren damals von insgesamt 140 000 Fiatarbeitern nur 3000 Arbeiter organisiert, die meist eine ziemlich hohe Qualifikation besaßen und in den Hilfswerkstätten in Mirafiori tätig waren [57].

Aus diesen Erfahrungen erklärt sich auch die Vorsicht der Gewerkschaften zu Beginn der neuen Streikbewegung.

Gemeinsam mit den spezialisierten Facharbeitern in Mirafiori stellt die Metallgewerkschaft FIOM Anfang 1969 einen Forderungskatalog auf, der insbesondere die Einstufung in eine höhere Lohnkategorie zum Gegenstand hat. Die qualifizierten Arbeiter halten sich für unterbewertet, entweder weil ihre Lohnstufe nicht der tatsächlichen Qualifikation entspricht oder weil sie, obwohl qualifiziert, im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen einfache Arbeiten ausführen müssen, die schlechter entlohnt werden. Einige Antworten auf eine von der Turiner Gruppe „fronte della gioventù lavoratrice" durchgeführte Umfrage unter den Fiatarbeitern nach ihren Arbeitsbedingungen bringen diese Kritik zum Ausdruck. So schreiben Arbeiter aus Mirafiori: „Ich bin Dreher und denke, daß meine Arbeit wenig geschätzt wird, weil sich die Automation beständig ausbreitet." „Nach meiner Ausbildung bin ich jetzt Hilfsarbeiter." Oder die Antwort lautet, man habe „keine Möglichkeit, die Fähigkeiten, die man hat, auch einzusetzen ... Die Arbeit macht einen zum Automaten, raubt einem seine Persönlichkeit, blockiert jede Initiative." [58]

Diese Arbeiter haben die Auswirkungen der technologischen und organisatorischen Transformation besonders hart zu spüren bekommen und erfahren nun den Widerspruch zwischen ihrer handwerklichen Qualifikation und den neuen Arbeitsfunktionen einerseits und zwischen ihren Berufsfähigkeiten und den Lohnkategorien andererseits. Sie wollen entsprechend ihrer Qualifikation in eine höhere Lohngruppe eingestuft werden. Die Gewerkschaft fordert daraufhin für die Facharbeiter die zweite, statt wie bisher die dritte Lohnkategorie und organisiert, als dieser Forderung nicht entsprochen wurde, einen Streik.

57 Im Jahre 1955 waren in Mirafiori nur 5000 Arbeiter von ca. 20 000 gewerkschaftlich Organisierten Mitglieder der FIOM. Quaderni CGIL, a.a.O., S. 174. — Nach den Streiks 1962 entließ FIAT 100 der aktivsten Gewerkschafter. Luciana Castellina. Bericht über FIAT. In: Rotbuch 23, Berlin 1970, S. 86.

58 Umfrage unter den jungen Arbeitern bei Fiat. In: FIAT-Streiks, herausgegeben von Wolfgang Rieland. Schriften zum Klassenkampf Nr. 16, München 1970, S. 9, 14 und 11. Diese Antworten können die Forderungen der Fiatarbeiter lediglich illustrieren und haben keinen repräsentativen Aussagewert.

Die Streikbewegung von 1969, die sich in zwei Phasen vollzieht — von April bis zur Sommerpause und im sog. „heißen Herbst" —, geht von den qualifizierten Arbeitern in den Hilfswerkstätten in Mirafiori aus, wo immer häufiger Arbeiterversammlungen stattfinden. Zuerst streiken die Motorprüfer, dann die Werkzeugmacher und Instandhalter. Wenig später beschließen 8000 Arbeiter der Zulieferwerke für jeweils zwei Stunden den Ausstand. Die täglich erscheinende Gewerkschaftszeitung stellt die Verbindung zwischen den einzelnen Abteilungen her.

Die darauffolgende Streikwelle des „heißen Herbst" 1969 beginnt in ähnlicher Weise: zum gleichen Zeitpunkt, als die Erneuerung der Metalltarifverträge im Mittelpunkt steht, legen die qualifizierten Arbeiter der Werkstatt 32, in der Schweißer und Lötarbeiter tätig sind, erst in einigen Abteilungen und für wenige Stunden, in den folgenden Tagen immer ausgedehnter und besser organisiert, die Arbeit nieder. Anfang September ziehen sie in einem Demonstrationszug durch die ganze Werkstatt, und am Ende streiken alle Abteilungen. Auch diesmal fordern die überwiegend spezialisierten Facharbeiter vor allem ihre Einstufung in die zweite Lohnkategorie [59].

Die Forderung der Arbeiter in Mirafiori ist eine Lohnforderung und ihr Kampf ist ein Lohnkampf; was aber dieses Streikziel von einer bloß quantitativ definierten Forderung nach mehr Lohn unterscheidet, ist die Tatsache, daß die Lohnerhöhung jetzt mit einer bestimmten Lohnform verbunden ist, deren konkrete Anwendung angefochten wird. Zwar akzeptieren die qualifizierten Arbeiter zunächst noch das System der Lohngruppen als Ganzes, da es ihnen im Augenblick Vorteile zu versprechen scheint, sie stellen jedoch die Übereinstimmung der Lohnkategorie mit ihrer eigenen Qualifikation partiell in Frage. Diese Arbeiter bilden daraufhin spontan Abteilungskomitees mit der Aufgabe, die Qualifikation jedes einzelnen Arbeiters festzustellen und mit der jeweiligen Lohnkategorie zu vergleichen [59a].

59 Gianotti, a.a.O., S. 250 ff.

59a Die Turiner FIOM unterstützte die selbständige „Bewertung der Qualifikation durch die Arbeitergruppe". Sie schrieb: „Die Qualifikationskategorie ist ein Instrument zur Teilung der Arbeiter, weil es sich in der Hand des Kapitalisten befindet; aber das Problem besteht darin, dem Kapitalisten dieses Mittel aus den Händen zu reißen, um es in die Hände der Arbeiter zu legen, um damit eine Anerkennung der wirklichen Qualifikation eines jeden zu erreichen." (La lotta alla FIAT, supplemento di Sindacato Moderno, Juli/August 1969, S. 13).

Daraus zog die FIOM die praktische Konsequenz: „Es ist unbedingt notwendig, daß sich die Arbeiter in jeder Abteilung organisieren, um ihre Arbeitsleistungen und ihre Fähigkeiten, wie sie sich in der Arbeit real ausdrücken, zu analysieren; auf diese Weise können sie gegen die Herabsetzung der Qualifikationsstufe, was der Kapitalist will, die Anerkennung der wirklichen Qualifikation verteidigen." (Sergio Garavini, Strutture dell' autonomia operaia sul luogo di lavoro. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 24, Dezember 1969, S. 23).

Insofern zielt der Kampf um diese Lohnform in zunehmendem Maße auf die Arbeitsverhältnisse, da die Inkongruenz zwischen der Klassifikation der Lohngruppen und der betrieblichen Arbeitsteilung in Erscheinung getreten ist. Die Konflikte um Arbeitsfunktionen, Qualifikation und Lohnkategorien überwinden somit die Grenzen eines traditionellen Lohnkampfes.

In dem Maße, wie die Forderungen und Kampfmaßnahmen der Arbeiter die Arbeitsbedingungen zum Gegenstand haben, beginnen auch die *Streikformen* diese neuen Kampfziele auszudrücken und den Rahmen bisheriger Strategien zu sprengen.

Anlaß der im Frühjahr 1969 beginnenden Streikbewegung bei Fiat sind die von den Gewerkschaften auszuhandelnden Tarifverträge. In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß die Arbeiter ihren Streik offensiver als bisher einsetzen wollen: sie streiken, *während* noch verhandelt wird, und versuchen, auf diese Weise auf die Gegenseite Druck auszuüben.

Mit den Streikzielen hat sich die generelle Form des Streiks gewandelt; die Arbeiter legen nicht einfach die Arbeit nieder, indem sie dem Arbeitsplatz fernbleiben, sondern sie versammeln sich innerhalb des Betriebs. Sie bringen damit zum Ausdruck, daß sie die Konflikte dort austragen wollen, wo sie auch tatsächlich entstehen: in der Fabrik. Sie nennen diese Kampfform „internen Streik". Die Fiatarbeiter begreifen ihre Arbeiterversammlungen, die seitdem regelmäßig gegen den Willen des Unternehmers in den Werkstätten und Montagehallen stattfinden, als Darstellung ihrer neu gefundenen Solidarität und Macht.

Da gewerkschaftliche Streikkassen fehlen, sind die Arbeiter gezwungen, für nur verhältnismäßig kurze Zeit die Arbeit niederzulegen. In den Werkstätten von Mirafiori streiken sie in der Regel nur jeweils zwei Stunden. Dazu kommt die lokale Begrenzung des Ausstandes. Die Facharbeiter, die ihre Qualifikation zum Ausgangspunkt des Kampfes nehmen, organisieren sich zunächst „ständisch", d. h. sie treten als Berufsgruppen in den Streik: erst die Motorprüfer, dann die Werkzeugmacher, schließlich streiken die Arbeiter in der Schlosserei und in den Schmieden; beim nächsten Mal geht die Streikbewegung von den Schweißern aus. Wenn auf diese Weise eine Werkstatt nach der anderen die Arbeit niederlegt, entsteht ganz naturwüchsig eine Art „Kettenreaktion". Die Kombination aus räumlicher und zeitlicher Einschränkung erweist sich schließlich als besonders effektiv: Allein das gezielte Bestreiken einzelner Werkstätten für einen kurzen Zeitraum vermag den ganzen Produktionsprozeß, der vom reibungslosen Funktionieren aller Zulieferbetriebe abhängt, zu blockieren und zu paralysieren. Diese Streikform heißt „Schachbrettstreik" [60].

Einzelne Kampfformen bringen ihre Inhalte ganz konkret zum Ausdruck, wie den Konflikt zwischen Lohnkategorien und Qualifi-

60 Ottaviano Del Turco. Una tipologia delle forme di lotta oggi in Italia. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 25, März 1970, S. 62 ff.

kation des Arbeiters bzw. der wirklichen Arbeitsleistung. Der Streik einer Werkstatt in Mirafiori, deren Arbeiter die Aufgabe haben, die Fahrzeuge nach ihrer Fertigstellung zu übernehmen und auf Lastwagen oder Eisenbahnwaggons zu verladen, ist dafür ein bezeichnendes Beispiel: Diese Arbeiter fahren zwar die Autos, werden vom Unternehmen jedoch nicht als Autofahrer anerkannt, sondern gelten ihrer Qualifikation nach als „Beschäftigte bei der Materialbewegung", was ihre Einstufung in die dritte statt in die zweite Lohnkategorie zur Folge hat. Die Streikform der Arbeiter besteht darin, den ihnen vom Betrieb zuerkannten Qualifikationsgrad beim Wort zu nehmen und die Autos zu schieben, statt sie zu fahren: drei oder vier Arbeiter pro Wagen, je nach Größe. Nach wenigen Stunden ist der Platz hinter den Montagebändern verstopft [61].

Bisher betrachteten wir den Kampf der relativ qualifizierten Facharbeiter, die die Anerkennung ihrer Qualifikation zum Ziel haben. Die Kampfinhalte und Streikformen müssen sich ändern, wenn der Konflikt um die Lohnkategorien auf andere Arbeiterschichten übergreift.

Bei den unqualifizierten Arbeitern steht vor allem das Verhältnis einer mit zahlreichen Qualifikationsstufen differenzierten Lohnskala einerseits und der bei diesen Arbeitern fast völlig fehlenden Qualifikation andererseits im Vordergrund. Ihre Kritik richtet sich daher unmittelbar gegen die Arbeitsbedingungen, die keine Qualifikation erfordern und die Erwerbung neuer Fähigkeiten nicht zulassen. In einigen Antworten auf die bereits zitierte Umfrage beklagen sich die Fiatarbeiter über die Monotonie und Austauschbarkeit ihrer Arbeit. „Ich denke", lautet eine Antwort, „daß wir nur ein Mechanismus in der Maschinerie der Produktion sind, die sie auf Hochtouren laufen lassen, oder auch nur ein Glied in der Kette der Produktion, das sie einfach austauschen, wenn es nicht funktioniert." „In zwei Jahren habe ich ungefähr 15mal die Arbeit gewechselt, und jede war schlimmer als die andere." [62] Ein anderer Arbeiter schreibt: „Wenn ich an meine Arbeit denke, arbeite ich nicht mehr. Ich bin eine Maschine geworden wie ein Roboter. Ich arbeite an den Pressen am Band 27, tiefer in die Hölle als so werde ich nicht gehen können." Die Fließbandarbeiter bezeichnen ihre Arbeit als „stumpfsinnig, belanglos, eintönig; ein Schwachsinniger könnte das tun." [63]

Der Kampf der unqualifizierten Arbeiter gegen die Lohnstufen hat infolgedessen eine ganz andere Stoßrichtung als der Streik der Facharbeiter. Nicht die differenzierte Einstufung nach unterschiedlichen Qualifikationsniveaus kann hier das Ziel sein, sondern die Veränderung der Arbeitsbedingungen und die Nivellierung der Lohnunterschiede. Die unqualifizierten Arbeiter wenden sich gegen das System der Lohnkategorien insgesamt.

61 Castellina, a.a.O., S. 95.
62 Umfrage, a.a.O., S. 14 und S. 8.
63 Umfrage, a.a.O., S. 11 ff.

Das führt zunächst zwangsläufig zu einem Konflikt mit der Gewerkschaft, die aus den oben erwähnten Gründen an dieser Lohnform festhält und die den Streik für höhere Lohngruppen zusammen mit den Facharbeitern vorbereitet hat.

Während der heftigen Kämpfe des Frühjahrs 1969 in den Hilfswerkstätten legen die unqualifizierten Arbeiter ohne vorherige Beratung mit der Gewerkschaftsleitung die Arbeit nieder und beginnen zuerst an den kleinen und mittleren Pressen, dann in den Gießereien und Schmieden aus eigenem Entschluß zu streiken. Mitte Mai blokkieren über 20 000 Fließbandarbeiter in den großen Montagehallen, in denen unqualifizierte und kaum gewerkschaftlich organisierte Arbeiter überwiegend aus dem Süden Italiens tätig sind, den Produktionsprozeß. Der Streik bricht explosivartig aus, so daß gleich alle Bänder für zwei Stunden stillstehen.

Die Streikwelle im darauffolgenden Herbst verläuft ähnlich, breitet sich aber nun wie ein Lauffeuer aus: Nach den Zulieferwerkstätten legen Anfang September 8000 Arbeiter der Montagehallen des Hauptwerks in Mirafiori innerhalb von vier Tagen die ganze Produktion lahm.

An den Bändern, in Abteilungen und Werkstätten, die vorwiegend aus Arbeitern der Kategorien OC_1 und OC_2 zusammengesetzt sind, fertigen die Arbeiter lange Namenslisten derjenigen an, die in eine höhere Lohnkategorie aufsteigen wollen. Dazu organisieren sie kurze und gezielte Streiks. Ihre Forderung lautet: „Die zweite Kategorie für alle, alle sind qualifiziert." [64]

Der Anspruch der nur „angelernten" Arbeiter auf Entlohnung nach der zweiten Stufe kann wohl kaum bedeuten, daß hier Arbeiter für die Anerkennung ihrer handwerklichen Berufsfähigkeit eintreten. Dieselbe Forderung, jetzt von unqualifizierten Arbeitern vorgetragen, muß in diesem Zusammenhang einen anderen Sinn haben. Sie richtet sich gegen das System der Lohnkategorien als Ganzes, deren Übereinstimmung mit Qualifikationsgrad und Arbeitsfunktionen sie in Zweifel ziehen. Da die Arbeiter die Erfahrung machen, daß sich die einzelnen Arbeitsaufgaben tendenziell angleichen, und die Mechanisierung die Qualifikationsunterschiede zwischen den Arbeitern beseitigt, verlangen sie die Abschaffung der dritten Kategorie und eine allgemeine Reduktion der Zahl der Lohnstufen [65]. Darüber hinaus fordern die Fiatarbeiter gleiche Lohnerhöhungen für alle Arbeiter, nachdem die Löhne in den vergangenen Jahren im Verhältnis zu den Lohngruppen gestiegen waren und die unteren Kategorien immer mehr benachteiligten.

Die Arbeiter erkennen, daß die Lohnkategorien eine Hierarchie aufbauen, die dazu dient, die Arbeiterklasse nach willkürlichen Kriterien aufzuteilen. Solange noch die Möglichkeit bestand, in der Stufenleiter aufzusteigen, konnte dieses System noch akzeptiert werden; in dem Augenblick jedoch, in dem der Weg nach oben versperrt

64 Regini/Reyneri, a.a.O., S. 79. Dazu: Gianotti, a.a.O., S. 250 ff.
65 Giamberla/Meneghelli, a.a.O., S. 31.

ist, wendet sich die Arbeiterschaft gemeinsam gegen die Lohnhierarchie. Sie verlangt ihren kollektiven Aufstieg und fordert „gleichen Lohn für gleiche Arbeit". Wenn die Arbeiter gegen die Lohnhierarchie und für eine einheitliche Entlohnung eintreten, dann bringen sie damit zugleich ihren gemeinsamen Willen zur Einheit zum Ausdruck. Freilich werden derartige Forderungen nicht aus reinem Solidaritätsgefühl erhoben, sondern bedürfen einer materiellen Grundlage und ihr entsprechender Interessen.

Solange der Streik gegen die Lohnkategorien von den relativ privilegierten Facharbeitern getragen wurde, bewegten sich die Kampfziele innerhalb des bestehenden Lohnsystems, da die Anerkennung und der Aufstieg in die nächste Lohngruppe auf Grund der höheren Qualifikation noch möglich zu sein schien. Erst die Masse der unqualifizierten Arbeiter, die diese Forderungen zunächst einfach aus anderen Abteilungen übernehmen und sich zu eigen machen, treibt den Lohnkampf entschieden voran. Diese Arbeiter, die die Auswirkungen der Rationalisierung am härtesten erfahren haben, greifen das System der Lohnkategorien als Ganzes an und sind in der Lage, daraus politische Konsequenzen zu ziehen, um die Einheit der Arbeiterschaft wiederherzustellen. Am Ende solidarisieren sich auch die qualifizierten Arbeiter in den Werkstätten mit diesen Zielen und schließen sich dem Kampf an.

Allerdings besteht der Interessengegensatz zwischen spezialisierten und einfachen Arbeitern noch weiterhin und kommt immer wieder zum Vorschein. So votieren die Facharbeiter zwar während der stürmischen Streikbewegung des „heißen Herbst" 1969 für die Beseitigung der unteren Lohnkategorien, wohl auch aus dem Grund, weil sie die Krise der „qualifiche" sehen, halten jedoch langfristig an der Bewertung ihrer Qualifikation und der Möglichkeit ihrer „Karriere" fest. Im Juni 1970 weigern sich einige Arbeiter der Hilfswerkstätten in Mirafiori, einer für alle gleichen Lohnerhöhung zuzustimmen. Sie fordern eine Klärung des Verhältnisses zwischen Berufsfähigkeit und Lohnkategorien [66].

Hier liegt auch die spezifische Schwierigkeit für die Gewerkschaft. Verteidigt sie die Qualifikation der Facharbeiter, besteht die Gefahr, die unqualifizierten Arbeiter zu benachteiligen und an den Rand der Lohngruppen zu drängen.

Die Ergebnisse der Arbeitskämpfe

Der Tarifvertrag des Jahres 1969, der die unmittelbaren Erfolge des Arbeitskampfes enthält, sieht bei FIAT für die Lohnkategorien folgende Regelungen vor: 1. Eine generelle Reduktion der Zahl der Lohngruppen, insbesondere die tendenzielle Abschaffung der untersten Stufen; 2. eine möglichst einheitliche Klassifikation und teilweise gleiche Lohnerhöhungen für alle Arbeitergruppen; und 3. werden die speziellen Bedingungen festgesetzt, unter denen ein großer

66 Gastone Scalvi. Esperienze e resultati di categoria — metallurgici. In: Quarderni di Rassegna Sindacale, Nr. 30, S. 141/144.

Teil der Arbeiterschaft in eine höhere Kategorie aufsteigen kann. Die Arbeiter der dritten Kategorie sollen als qualifiziert gelten, wenn sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums eine Reihe verschiedener Arbeiten ausgeübt haben: Sie müssen in zwei Jahren an mehr als einer einfachen Maschine gearbeitet haben oder in der Lage sein, an vier anderen Maschinen zu arbeiten.

Diese Verfahrensweise setzt jedoch voraus, daß die Arbeiter die Möglichkeit erhalten, ihre Arbeitsplätze zu wechseln. Die Forderung nach „Rotation" der Arbeiter ist von der Gewerkschaft lange Jahre erhoben worden, um vor allem den Bandarbeitern die monotone und einseitige Arbeit zu erleichtern, wenn auch der Wechsel keine Qualifikation hervorbringen kann. Der Tarifvertrag sieht für einen Teil der Belegschaft vor, alle zwei Jahre die Arbeitsplätze auszutauschen [67].

Während der Klassenauseinandersetzungen sahen sich die italienischen Gewerkschaften gezwungen, ihre Politik hinsichtlich der Lohnkategorien den veränderten Bedingungen anzugleichen. Beide großen Gewerkschaften mußten infolge des Drucks der Masse der Arbeiter, insbesondere der unqualifizierten, einsehen, daß die von ihnen bisher vertretenen Lohnformen der betrieblichen Arbeitsteilung nicht mehr entsprachen und daß die Aufteilung der Arbeiterklasse in zahlreiche Lohngruppen die Verteilung der Arbeiter im Produktionsprozeß nicht widergab. Sowohl in der CGIL als auch in der CISL diskutierte man seitdem intensiv über ein Lohnsystem, das den Forderungen aller Arbeiterschichten gerecht zu werden vermag.

Betrachtet man die allgemeine Tendenz der gewerkschaftsinternen Diskussionen, so ist nicht zu übersehen, daß sich die anfangs unterschiedlichen Positionen seit der Streikbewegung 1968/69 anglichen. Allgemein wurden die Vorschläge unterstützt, die Zahl der Lohnkategorien zu reduzieren, für gleiche Arbeit gleiche Besoldungsstufen zu fordern und letztendlich in großen Industriebetrieben nur noch zwei Lohngruppen gelten zu lassen: 1. OS für spezialisierte Arbeiter mit „prozeßunabhängigen" Tätigkeiten, und 2. OQ für alle übrigen Arbeiter, insbesondere für die Bandarbeiter [68].

67 Castellina, a.a.O., S. 96 f. Allerdings hat dieses Verfahren auch seine Kehrseiten. Denn erstens trägt die „Rotation" ohne begleitende Ausbildung nicht zur Qualifizierung der Arbeiter bei; und zweitens kann der häufige Wechsel der Arbeitsplätze auch als Instrument zur Intensivierung der Ausbeutung dienen, wie die Rationalisierungsmaßnahmen bei FIAT mit ihren zahlreichen Versetzungen der Belegschaft gezeigt haben. Daher ist während der Streikbewegung ein Teil der Arbeiter mit diesem System nicht einverstanden. Drittens werden wir später sehen (Teil 3 dieser Arbeit), daß die Fluktuation der Belegschaft innerhalb des Betriebs die Organisierung der Arbeiter beeinträchtigt und den bestehenden Arbeiterorganisationen schadet. Die Ambivalenz der „Rotation der Arbeiter" läßt dieses System isoliert angewandt eher als nachteilig erscheinen.

68 Sergio Garavini. Le nuove strutture democratiche in fabbrica e la politica rivendicativa. In: Problemi del socialismo, Januar/Februar 1970, S. 50; oder auch: Elementi di fondo nel problema delle qualifiche. In: Sindacato e società, Juli 1970.

Außerdem machten die Gewerkschaften die Erfahrung, daß der Kampf um das Lohnsystem einen sehr beschränkten Nutzen hat, wenn er isoliert auf der Lohnebene geführt und die andere Seite der Lohnkategorie, die konkreten Arbeitsbedingungen, nicht genügend beachtet. Die Gewerkschaften kritisierten selbst, daß man die beiden Aspekte des Lohns oft verwechselt und geglaubt habe, die Organisation der Produktion mit nur formalen Bezeichnungen ändern zu können. So sei ein Arbeiter nicht mehr damit zufriedenzustellen, von der dritten zur zweiten Kategorie aufzusteigen, wenn sich damit seine Arbeit nicht verändere. Man müsse vielmehr die reine Lohnebene verlassen und die Arbeitsbedingungen unter dem Kapitalismus unmittelbar zum Gegenstand machen. An dieser Stelle weist der Arbeitskampf über die Grenzen der einzelnen Fabrik hinaus auf die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse und führt zu Forderungen nach einer veränderten Investitionspolitik und nach einem neuen beruflichen Ausbildungssystem.

Alle drei Gewerkschaften Italiens sind aus den Klassenauseinandersetzungen dieser Jahre gestärkt hervorgegangen. Das schlug sich einerseits in steigenden Mitgliederzahlen nieder. Zum anderen haben sich die italienischen Gewerkschaften in ihrer inneren Zusammensetzung als Arbeiterorganisationen gewandelt. Früher bestand ihr Mitgliederstamm fast ausschließlich aus qualifizierten Facharbeitern, deren Interessen sie vorwiegend vertraten. Im Zuge der Rationalisierung hat sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse jedoch grundlegend verändert, viele Arbeiter haben inzwischen ihre alten Privilegien verloren, auf der anderen Seite ist eine riesige Zahl von unqualifizierten, gewerkschaftlich unerfahrenen Arbeitern meist aus Süditalien hinzugekommen, die von den traditionellen Arbeiterorganisationen kaum angesprochen wurden. Unter den neuen Verhältnissen war aus einer Tradition der Gewerkschaftsspitze, für die Qualifikation der spezialisierten Arbeiter einzutreten, eine beschränkte Interessenauswahl und die einseitige Vertretung einer besonderen Arbeitergruppe geworden. Aber gerade die von der Gewerkschaft vernachlässigten Arbeiterschichten erlangten im industriellen Produktionsprozeß wie auch politisch eine zentrale Bedeutung: Denn gerade von den „angelernten" Arbeitern ging die explosive Kraft der letzten Klassenkämpfe aus. Damit ging mit der Krise der Lohnkategorien zugleich eine Krise der Arbeitervertretung einher. Durch den Druck dieser Ereignisse und durch die Tatsache, daß nun neue Arbeiterschichten sich gewerkschaftlich organisierten, war die Gewerkschaft gezwungen, die Interessen der Masse der Arbeiter zu repräsentieren und einzusehen, daß die Einheit der Arbeiterklasse nur auf dieser homogenen Arbeiterschicht aufbauen kann[69]. Eine „ständische" Berufsgewerkschaft entwickelte sich auf dem Boden der rationalisierten Produktion zu einer Organisation der ganzen Arbeiterschaft.

69 Dibattiti, a.a.O., S. 7. Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 30, S. 49 ff.

2. Die Auseinandersetzung um den Leistungslohn

In der Streikbewegung des „heißen Herbst" 1969 bekämpften die Arbeiter neben den Lohnkategorien eine zweite konkrete Lohnform, deren innere Widersprüchlichkeit offen zutage getreten war. Der Leistungslohn hatte seine traditionelle Funktion, die individuelle Arbeitsleistung zu stimulieren, eingebüßt, da im Zuge der zunehmenden Mechanisierung des industriellen Produktionsprozesses die Einflußmöglichkeiten des Arbeiters auf das Arbeitstempo und auf den Arbeitsablauf sanken.

Die Fiatarbeiter wehrten sich gegen den Akkord- oder Leistungslohn, weil sie die Erfahrung machten, daß die Lohnerhöhungen hinter der tatsächlichen Steigerung ihrer Arbeitsleistung weit zurückblieben. Sie erkannten sehr bald, daß eine Vermehrung des Lohns nichts nützte, wenn es ihnen nicht auch gelang, die Arbeitsintensität zu kontrollieren.

Der aus zahlreichen Einzelzuschlägen zusammengesetzte Akkordlohn ist eine konkrete Form des Stücklohns, der wie der Zeitlohn die verwandelte Form des Werts oder Preises der Arbeitskraft ist. Beim Stücklohn hat es den Anschein, als ob der verkaufte Gebrauchswert nicht die Funktion der Arbeitskraft, die lebendige Arbeit, sei, sondern bereits fertige Produkte, und als ob der Preis dieser Arbeit durch die Leistungsfähigkeit des Produzenten bestimmt werde [70]. Der Stücklohn mißt das Produktenquantum, worin sich die Arbeit einer bestimmten Zeitdauer verdichtet. Außerdem besitzt er Eigentümlichkeiten, die seine Anwendung in der industriellen Produktion für das Kapital besonders profitabel machen. Der Stücklohn stellt erstens ein Maß für die Arbeitsintensität dar, die damit durch die Form des Lohns selbst kontrolliert wird. Zum zweiten weckt er das persönliche Interesse des Arbeiters, möglichst intensiv zu arbeiten, und erhöht für den Kapitalisten die Durchschnittsintensität der Arbeit. Schließlich scheint diese Lohnform dem einzelnen Arbeiter einen größeren Spielraum zu gewähren und schafft die Illusion, die Arbeit selbständig einteilen zu können.

Vor dem Zweiten Weltkrieg war in den FIAT-Werken ein dem Stücklohn ähnelndes Lohnsystem sehr verbreitet. Seine Funktion bestand darin, die individuelle Leistung des einzelnen Arbeiters anzuregen und somit die allgemeine Arbeitsintensität zu forcieren [71]. Diese Lohnform schien ein zunächst hinreichendes Mittel zu sein, den Lohn zu senken und die Arbeitsleistung zu steigern.

Die Anwendung des Leistungslohns setzt allerdings voraus, daß der einzelne Arbeiter die Möglichkeit hat, seine individuelle Arbeitsleistung selbständig zu bestimmen. Die relative Autonomie in der Wahl des Arbeitstempos hat ihrerseits zur Voraussetzung, daß sich

70 MEW 23, S. 574 ff.

71 Dieses Lohnsystem hieß „Bedeaux" und besaß ziemlich einfache Parameter wie Schnelligkeit, Arbeitsrhythmus, Stückzahl usw.; Quaderni CGIL, a.a.O., S. 82.

die Arbeitsgeschwindigkeit an einzelnen Stellen des Produktionszyklus überhaupt variieren läßt.

Diese Bedingungen sind im Großbetrieb FIAT nach der Rationalisierung nicht mehr vorhanden. Die Mechanisierung des Arbeitsprozesses macht eine individuelle Steigerung der Arbeitsleistung unmöglich, da nun Maschinen und Fließbänder den Arbeitsrhythmus vollständig determinieren. Ferner erfordern die forcierte Arbeitsteilung und die damit notwendige strenge Planung und Koordinierung der einzelnen Teilprozesse, die lückenlos und ohne Stockung ineinandergreifen müssen, einen vorherbestimmten und kontinuierlichen Produktionsfluß in allen Abteilungen und somit in erster Linie eine gleichmäßige und konstante Arbeitsleistung. Vermehrte Produktion in einzelnen Bereichen würde den Gesamtzusammenhang langfristig nur behindern.

Da der Akkordlohn an die individuelle Leistung des Arbeiters oder auch an die Arbeitsleistung einzelner Gruppen gebunden ist, erfährt seine Funktion eine erhebliche Einbuße, wenn die Arbeitsautonomie eingeschränkt wird. Die Akkordarbeit wird sinnlos, weil die technologische und organisatorische Entwicklung eine vorherige Festsetzung des Arbeitsrhythmus erfordert. Das bedeutet das Ende der Motivation des Arbeiters, seine Arbeit zu intensivieren.

Die Intensivierung der Arbeit

Nun müssen andere materielle Hebel zur Intensivierung der Arbeit eingesetzt werden. An die Stelle des alten Leistungsanreizes durch Lohnzuschläge und der Illusion von der individuellen Freiheit des Produzenten tritt jetzt der unmittelbare Zwang der Maschine, die in ihrer Kapitalfunktion das Arbeitstempo unerbittlich diktiert und beschleunigt.

Nach der ersten Rationalisierungsphase bei FIAT bestimmte vor allem das Fließband den Arbeitsrhythmus in den großen Montagehallen von Mirafiori, wo ein zentraler elektronischer Rechner laufend alle Teilprozesse koordinierte und kontrollierte. Organisatorische und technologische Veränderungen wie Einführung neuer Maschinen und Maschinensysteme gingen meist mit einer weiteren Beschleunigung des Arbeitstempos einher. Dabei beschränkte sich die Intensivierung der Arbeit nicht allein auf die Maschinenarbeit, sondern erfaßte die ganze Fabrik, da infolge der rationalisierten Betriebsorganisation alle Abteilungen voneinander abhingen. Wie sich der Arbeitsrhythmus am Fließband in der Regel nach dem Tempo der ersten Maschine richtete, so zog die Beschleunigung der Arbeit einer mechanisierten Werkstatt automatisch ein schnelleres Arbeitstempo in technologisch relativ zurückgebliebenen Abteilungen nach sich. Die Intensivierung der Arbeit ging bei FIAT fast immer von den technisch avanciertesten Bereichen aus [72].

Schon 1948, also vor der Rationalisierung, stieg die Produktion von 230 Einheiten am Tag innerhalb eines Jahres auf 380 und bis 1950

72 Quaderni CGIL, a.a.O., S. 62; Gianotti, a.a.O., S. 153.

auf 460 täglich produzierte Einheiten. Das war in zwei Jahren trotz geringer Investitionen ein Produktionszuwachs um 100 Prozent mit nur 22 % mehr Arbeitern. Nach der Rezession 1963/64 in Italien wurde für FIAT die Einsparung an Investitionen, und als diese Möglichkeit erschöpft war, die Ökonomie der Arbeitskräfte immer dringender. Der Direktor des FIAT-Zweigwerks S.P.A. schrieb in einem Beitrag zum „technologischen Fortschritt der FIAT": „Um genau zu sein, der Zuwachs einer beträchtlichen Zahl von Einheiten eines bestimmten Produktionstyps hat eine, wenn auch leichte, Reduktion der Kosten der Handarbeit zur Voraussetzung, und zwar in dem Maße, wie die größeren Erfordernisse der Produktion den Arbeiter psychologisch beeinflussen und den Arbeitsrhythmus erhöhen." [73] Im Jahr 1964 wurden in Turin 200 000 Arbeiter von einer Verkürzung der Arbeitszeit betroffen, die insgesamt 10 Milliarden Lohnverlust nach sich zog. FIAT sah sich auf Grund der ökonomischen Situation gezwungen, weitere 10 000 Arbeiter zu entlassen und den ganzen Betrieb noch einmal zu reorganisieren. Trotz Verkürzung der Arbeitszeit, Verringerung der Belegschaft und so gut wie keiner Investition gelang es dem Werk, seine Produktion in diesen Jahren noch zu steigern [74].

Infolge der Mechanisierung des Produktionsprozesses und der gesteigerten Arbeitsintensität hatte sich die Belastung des Arbeiters auch qualitativ verändert. Während die körperlich schweren Arbeiten größtenteils abnahmen, wurden die Arbeiter jetzt durch den ungeheuren Zeitstreß vor allem psychisch beansprucht, was oft zu nervösen Erkrankungen führte [75]. Bis zum Jahre 1969 hatten sich die Arbeitsbedingungen bei FIAT derart verschlechtert, daß durchschnittlich 12 % der Belegschaft aus Krankheitsgründen der Arbeit fern blieben, um — wie die Fiatarbeiter sagen — „nicht kaputt zu gehen"; in den Sommermonaten war der sogenannte „assenteismo" (Abwesenheit vom Arbeitsplatz) oft doppelt so hoch, obwohl die einzelnen Arbeiter dabei hohe Lohneinbußen in Kauf nehmen mußten [76].

Es ist offensichtlich, daß eine derartige Steigerung der Arbeitsintensität nicht mittels einer bloßen Lohnform auf „freiwilliger"

73 Sassi, a.a.O., S. 184.

74 Gianotti, a.a.O., S. 13 f. und S. 237.

75 Von 1950 bis 1953 nahm die Zahl der Krankheitsfälle um 52 % zu, fast doppelt so viele Arbeiter wurden innerhalb dieses Jahres zweimal krank. Gianotti, a.a.O., S. 164. Eine ausführliche sozialmedizinische Analyse erstellte das „Medizinische Komitee CGIL-Turin": Tempi e ritmi di lavoro, nota a cura della Commissione Medica della C.d.L. di Torino. Rom, April 1969; vgl. FIOM-CGIL. L'ambiente di lavoro. Rom 1969.

76 Albers, a.a.O., S. 147. Der Direktor des FIAT-Konzerns berichtet, daß 1970 insgesamt 33 Millionen Arbeitsstunden verlorengingen und jeden Tag 20 000 Arbeiter fehlten. Er schreibt dazu: „Es sieht so aus, als ob die Italiener die Lust zu arbeiten verlieren. Auf der einen Seite der „assenteismo" im Bereich der Arbeit, der wie eine epidemische Ansteckung um sich greift; auf der anderen Seite der Geist des work-to-rule, der die Produktivität auf einen bloßen Namen reduziert." Zit. nach Cella, a.a.O., S. 121.

Basis durchgesetzt werden konnte, sondern daß es dazu einer rigiden Organisation des Produktionsablaufs und einer strengen Betriebsdisziplin bedurfte [77]. Insofern wurde der Leistungslohn mit der organisatorischen und technologischen Transformation der industriellen Produktion desolat, da der materielle Anreiz für den einzelnen Arbeiter, mehr zu arbeiten, verschwand.

Dennoch hat FIAT die Akkordarbeit formal nicht abgeschafft. Hier wird deutlich, daß die Anwendung einer bestimmten Lohnform zwar von der technologischen Entwicklung abhängt, aber mit ihr in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen muß. Wie die Arbeitsplatzbewertung auch in weniger rationalisierten Sektoren eingeführt wurde, so wird hier umgekehrt die Akkordarbeit in den technisch fortgeschrittensten Bereichen aufrechterhalten. Die Gründe für das Festhalten an dieser Lohnform liegen im Funktionswandel des Leistungslohns. Das Unternehmen muß versuchen, diese inzwischen sinnlose Form mit neuen Funktionen, deren der mechanisierte Produktionsprozeß bedarf, auszufüllen.

Die Umwandlung des Leistungslohns

Wenn auch vom einzelnen Arbeiter keine individuelle Arbeitsleistung mehr verlangt werden kann, so macht die veränderte Organisation der Produktion doch andere Eigenschaften und Verhaltensweisen der Arbeiter nötig. Ihre Arbeit muß vor allem regelmäßig und kontinuierlich sein, und sie müssen die vorgegebenen Arbeitsrhythmen und ihre Erhöhung bedingungslos anerkennen. Der neue Akkordlohn hat unter diesen Bedingungen die Aufgabe, einen konstanten und sicheren Produktionsstandard zu gewährleisten. Er soll garantieren, daß die Arbeiter den Produktionsablauf insgesamt akzeptieren und nicht unter die mittlere antizipierte Arbeitsleistung fallen [78]. Dazu gehört, daß die Arbeiter ein gewisses Maß an eigener Initiative entwickeln, die formal nicht verlangt werden kann und nicht vorhersehbar ist, aber für einen reibungslosen Produktionsprozeß notwendig ist. Stockt beispielsweise der Produktionsfluß, sollen die Arbeiter motiviert werden — soweit möglich —, selbständig plötzlich auftretende Mängel zu beheben. Aber auch wenn die Produktion normal läuft, lassen die einzelnen Arbeitsprozesse ein Minimum an Autonomie und Entscheidung offen, die die formale Betriebsorganisation nicht zu erfassen vermag. Allgemein besteht die neue Funktion des Akkordlohns darin, die „Passivität" des Arbeiters zu überwinden, seine mögliche Resistenz zu verhindern und den „Betriebsfrieden" zu sichern. Der Funktions- und Formwandel des Akkordlohns bei FIAT läßt sich anhand der beiden konkreten Lohn-

77 Das verdeutlicht auch folgende Tatsache: Die Zahl der „Aufseher", die die Arbeitsleistung eines jeden Arbeiters kontrollieren, ist bei FIAT während der Rationalisierungsphase bemerkenswert gestiegen. Waren es 1953 noch 670, so stieg ihre Zahl in nur zwei Jahren auf 1069; das heißt ein Aufseher für 59 Arbeiter. Quaderni CGIL, a.a.O., S. 52.

78 Regini/Reyneri, a.a.O., S. 43 ff.

formen der „Produktionsprämie" und der sogenannten „Superprämie" verfolgen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg führte FIAT die „Produktionsprämie" ein, die aus einem modifizierten und teilweise bereits begrenzten Leistungslohn bestand. Die Produktionsprämie bewertete nicht mehr die individuelle Leistung eines einzelnen Arbeiters, sondern honorierte die Gruppenleistung einzelner Abteilungen oder Werkstätten. Ferner ging diese Prämie von vorgegebenen Leistungsnormen aus, auf deren Grundlage nachträglich Abweichungen kontrolliert und berechnet wurden. Im Resultat war die Produktionsprämie ein leistungsorientierter Zeitlohn. Es wurde eine festgesetzte Produktionsgeschwindigkeit dem einzelnen Arbeiter oder einer Arbeitergruppe als „Basistempo" vorgegeben, unter das das Arbeitstempo nicht mehr sinken durfte [79].

Mitte der fünfziger Jahre führte die Fiatleitung eine neue Prämie ein, die sogenannte Superprämie (superpremio) oder Betriebsprämie. Zwar stellte diese Prämie formal einen Akkordlohn dar, sie sah jedoch nicht mehr die Bewertung einer selbständigen und unkontrollierten, individuellen oder kollektiven Steigerung der Arbeitsleistung vor. Sie richtete sich nach der Produktivität des gesamten Betriebs und hatte die Aufgabe, die Einzelleistung des Arbeiters in den allgemeinen Produktionsfluß zu integrieren.

Ausgangspunkt der Kalkulation dieser Prämie war die Durchschnittsintensität aller Arbeiten, die das Leistungsminimum der Produktionsprämie erreichten, und die in einer idealen Durchschnittsgröße, der sogenannten „Grenzproduktion", zusammengefaßt wurden. Diese bildete nun die neue, abermals erhöhte untere Grenze, das „Superminimo" der Arbeitsintensität, auf deren Grundlage die Superprämie berechnet wurde [80]. Die Prämie sank, wenn sich die Belegschaft nicht an die von der Betriebsleitung neu festgesetzten Tempi des Produktionszyklus anpaßte.

Unter diesen Bedingungen war der Akkordlohn lediglich eine nachträgliche Sanktionierung einer bereits vorher determinierten Durchschnittsleistung; er kontrollierte, ob die Arbeiter die Leistungsnorm erfüllten und den Anforderungen des Produktionsprozesses genügten, und diente auf diese Weise als Disziplinierungsmittel. Der nur noch formal aufrechterhaltene Leistungslohn hatte darüber hinaus den Zweck, die Belegschaft mittels scheinbarer Residuen der alten Arbeitsautonomie am betrieblichen Produktionszuwachs zu interessieren, und schaffte die Illusion [81], daß eine vermehrte Produktion dem einzelnen Arbeiter Vorteile bringe. Mit dieser Lohnform versuchte

79 Quaderni CGIL, a.a.O., S. 82 ff.

80 Gianotti, a.a.O., S. 49. Darüber hinaus wurde die Superprämie an die Lohnkategorien gebunden und stieg mit der Höhe der Lohnstufe. Bei Olivetti hieß diese Prämie bezeichnenderweise „premio di uniformità."

81 So gab es bei FIAT zusätzlich noch eine „Freiheitsprämie" (premio di libertà). Gianotti, a.a.O., S. 79.

man, die sich wie eine Spirale ohne Ende hinaufschraubende Intensität der Arbeit zu legitimieren.

Die Entwicklung des Prämiensystems zeigt, daß es dem Akkordlohn nicht mehr gelingen kann, seine ursprüngliche Funktion, die Arbeiter zur Steigerung ihrer individuellen Arbeitsleistung zu motivieren, zu erfüllen. Die Superprämie reduziert sich eher auf ein Mittel, möglichen Ausfällen und Stockungen geschuldete Produktionsverluste auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

In dem Maße, wie der Akkordlohn nicht mehr in der Lage ist, das persönliche Interesse der Arbeiter zu wecken, und die Intensivierung der Arbeit immer rigider mit Hilfe der Maschinerie und der Betriebsorganisation durchgesetzt wird, wächst auch die Empörung der Arbeiter gegen die neuen Ausbeutungsmethoden. Zugleich verändern sich damit die Kampfinhalte der Arbeiterklasse. Fordern die Arbeiter anfangs nur mehr Lohn und richtet sich ihr Streik zunächst noch gegen die Lohnformen, so wehren sie sich schließlich unmittelbar gegen das verschärfte Arbeitstempo.

Die Streikbewegung gegen die Akkordarbeit

Freilich bedarf es bis zum organisierten Vorgehen gegen das forcierte Arbeitstempo in den Jahren 1968/69 einer langen Entwicklung. Der Prozeß beginnt mit dem hartnäckigen Kleinkrieg zwischen Zeitnehmern und einzelnen Arbeitern oder Arbeitergruppen, wird mit den ersten von der Gewerkschaft organisierten Streiks gegen das Pämiensystem bei FIAT auf eine breitere Basis gestellt und erreicht seinen vorläufigen Höhepunkt im massenhaften Angriff auf die negativen Auswirkungen der Rationalisierung.

Ihre ersten Kampferfahrungen sammeln die Akkordarbeiter in den Auseinandersetzungen mit dem Zeitnehmer, der das „Basistempo" der durchschnittlichen Arbeitsintensität mißt. Obwohl diese Konflikte zunächst noch individuell und meist verdeckt ausgetragen werden, haben sie ein für spätere Arbeitskämpfe notwendiges Resultat: Die Arbeiter erkennen, daß die von der Betriebsleitung festgesetzten Arbeitstempi keinen „neutralen" oder gar „wissenschaftlichen" Maßstab zur Bewertung der Arbeitsleistung darstellen, wie die Betriebsleitung glauben machen will.

Auf der Grundlage einer analytischen Reduktion des Arbeitsprozesses auf seine elementaren Bewegungen vergleicht der Zeitnehmer das tatsächliche Arbeitstempo mit den Vorgabezeiten. Dabei handelt es sich nicht so sehr um einen einfachen Meßvorgang, sondern um einen von Interessengegensätzen geprägten sozialen Konflikt zwischen dem Zeitnehmer auf der einen und den Arbeitern auf der anderen Seite. Die Akkordarbeiter werden versuchen, bei Kontrollen möglichst langsam zu arbeiten, und werden in der Regel das festgesetzte Arbeitstempo nicht unterschreiten, um keine weiteren Zeitverkürzungen zu riskieren. Andererseits ist der Zeitnehmer bestrebt, eine möglichst hohe „Normalleistung" zu bestimmen. Da er um den Widerstand der Arbeiter weiß, muß er einschätzen, ob die Arbeiter

„normal" arbeiten, und muß ihre potentielle Leistungsfähigkeit antizipieren. Das Meßergebnis resultiert schließlich aus dem Kräfteverhältnis der beteiligten Parteien[82]. Im Falle eines Gruppenakkords hat der Leistungslohn eine ambivalente Funktion. Einerseits kann er dazu beitragen, Konkurrenz unter den Arbeitern hervorzurufen und die Belegschaft zu spalten; andererseits bietet er die Möglichkeit, daß die Arbeitergruppe sich solidarisiert und ihre gemeinsame Arbeitsleistung verteidigt.

Hier wird deutlich, daß die täglichen Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsleistung, die im Grunde so alt sind wie die kapitalistische Produktionsweise, nicht automatisch zu avancierten Arbeitskämpfen führen müssen. Die Arbeiter nehmen in diesen Konflikten zwar Interessengegensätze und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wahr, erfahren darin jedoch nicht unmittelbar das gesellschaftliche Ausbeutungsverhältnis und den Klassenwiderspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit. Um dies zu erkennen, bedarf es des gemeinsam organisierten Kampfes der Arbeiterklasse.

Im März 1950 begann bei FIAT der Kampf der Gewerkschaft gegen die Superprämie. Die Metallarbeitergewerkschaft FIOM forderte zunächst neben einer allgemeinen Lohnerhöhung die Beseitigung der Betriebs- und Produktionsprämie und an ihrer Stelle eine einheitliche kollektive Prämie für alle Arbeiter. Es war das erklärte Ziel der Gewerkschaft, die bisher strenge Verbindung von Arbeitsproduktivität und Entlohnung aufzulösen und den Akkordlohn der verschiedenen Arbeitergruppen zu vereinheitlichen. Damit versuchte sie, den Einfluß des Leistungslohns insgesamt zu beschränken.

Andrerseits wollte die FIOM verhindern, daß die Intensivierung der Arbeit die erzwungenen Lohnerhöhungen überholte. Denn es zeigte sich, daß die Unternehmensleitung die Arbeitslöhne in zunehmendem Maße mit Hilfe von Verkürzungen der Vorgabezeiten angriff. Insofern war die Arbeiterschaft gezwungen, sich unmittelbar gegen Verschärfung des Arbeitstempos zu wehren. In den Jahren 1950 bis 1952 streikten alle Arbeiter in Mirafiori zum ersten Mal gegen die Verkürzung der Vorgabezeiten. Nachdem sie zunächst für drei Tage die Arbeit niederlegten, setzten sie den Arbeitskampf mit Schachbrettstreiks fort.

Im einzelnen verlangte die Gewerkschaft, daß die Arbeiter in die Lage versetzt werden, die tatsächliche Arbeitsgeschwindigkeit zu kontrollieren. Diese Forderung gewann an Bedeutung, da die einzelnen Arbeitszeiten nicht mehr im voraus festgesetzt wurden, sondern sich *während* des Produktionsprozesses veränderten. Den Arbeitern blieb so die Differenz zwischen vorgeschriebenem und tatsächlichem Arbeitsryhthmus unbekannt, was die Betriebsleitung dazu benutzen konnte, den Intensitätsgrad unbemerkt zu erhöhen. Die Gewerkschaft

82 G. Gugni. Il progresso tecnologico e la contrattazione collettiva dei rapporti di lavoro. In: F. Momigliano (Hrsg.). Lavoratori e sindacati di fronte alle trasformazioni del progresso produttivo. Mailand 1962, Bd. I, S. 293 ff.

forderte daher, daß Tafeln mit den jeweiligen Produktionszeiten an den Fließbändern und in den Abteilungen offen aufgestellt wurden, damit Schwankungen des Arbeitstempos sofort nachprüfbar waren. Dazu gehörte das Recht der Arbeiter, schnellere Arbeitszeiten zu reklamieren und ihre Revision zu verlangen.

Ferner forderte die Turiner Metallarbeitergewerkschaft, daß die Arbeiter an der Planung und Festsetzung der Produktionszeiten beteiligt wurden. In diesem Zusammenhang begründete die Gewerkschaft die Notwendigkeit ihrer Präsenz in der Fabrik [83]. Mit ihrer Forderung nach einem veränderten Leistungslohnsystem und nach Kontrolle der Intensität der Arbeit hat die Gewerkschaft schon zu Beginn der Rationalisierung den Themenkomplex des Akkordlohns abgesteckt und in den folgenden Arbeitskämpfen die Voraussetzungen für die heftigen Streiks Ende der sechziger Jahre geschaffen.

Der mit großer Beteiligung der Bandarbeiter geführte organisierte Kampf gegen den Akkordlohn beginnt im Frühjahr 1968. Im März und Anfang April treten die Fiatarbeiter in einen je eintägigen Streik und erzwingen Verhandlungen über die Arbeitszeit und die Akkordbedingungen. Das erste Resultat dieser Streikbewegung ist ein von den Gewerkschaften ausgehandelter Vertrag über Arbeitslöhne und Bandgeschwindigkeiten. Das Abkommen sieht neben Lohnerhöhungen vor, daß das Arbeitstempo jedem Arbeiter mitgeteilt wird. Es muß auf ein Kärtchen geschrieben und ihm ausgehändigt werden. Ferner ist an jedem Bandabschnitt eine Tafel mit folgenden Daten anzubringen: die Zahl der zu montierenden Wagen und die Anzahl der dazu vorgesehenen Arbeitskräfte und der notwendigen Ersatzleute [84]. Dieser Tarifvertrag ist die Ausgangsbasis für die im Frühjahr 1969 beginnende Streikphase.

Mitte Mai 1969 spitzen sich die Klassenauseinandersetzungen bei FIAT zusehends zu: Inzwischen sind 20 000 Arbeiter, insbesondere von den Bändern des größten Zweigwerks Mirafiori, an den Streiks beteiligt. Die Direktion droht mit Aussperrungen, während die Arbeiter fest entschlossen sind, so lange zu streiken, bis ihre Forderungen nach mehr Lohn und nach besseren Arbeitsbedingungen erfüllt werden. Die zu Beginn der neuen Streikbewegung durchgeführte und bereits zitierte Umfrage soll die Gründe für den Kampfwillen der Fiatarbeiter verdeutlichen.

> „Meine Forderungen heißen", schreibt ein Arbeiter, „zuerst Erhöhung des Lohns, der jetzt nur ausreicht, uns gerade am Leben zu erhalten; zweitens Verkürzung der Arbeitszeit; drittens Verringerung der Produktion, denn sie lassen uns schuften wie die Maulesel. ... Ich arbeite an den Fließbändern, es ist ekelhaft, weil die Arbeit ständig zunimmt und unsere Gesundheit aushöhlt, und was

83 Quaderni CGIL, a.a.O., S. 69 ff. Obwohl es der FIOM damals nicht gelungen war, die „Superprämie" abzuschaffen, sah der Tarifvertrag immerhin eine verbindliche Regelung zur Bestimmung und zur Kontrolle der Arbeitsrhythmen vor. Gianotti, a.a.O., S. 75 ff.

84 Castellina, a.a.O., S. 86 f.

noch wichtiger ist, daß der Lohn immer gleichbleibt oder auch sinkt, wenn man an die geleistete Arbeit denkt." [85] „Es ist grauenhaft", beklagt sich ein Arbeiter, „meine Lungen atmen acht Stunden lang den Dunst von Säuren ein", oder: „es reicht, wenn ich sage, daß ich jeden Tag ein paar Kilo Eisenstaub fresse ... in einem einzigen Jahr bin ich von meiner Arbeit fast schwindsüchtig geworden, wenn ich ausspucke, kommt da ein Schleim raus, der ist schwarz wie Kohle." Oder die Antwort auf die Frage nach den Arbeitsbedingungen lautet: „Es geht uns verdammt beschissen, sie denken nur an die Produktion, unter welchen Bedingungen wir arbeiten müssen, ist ihnen egal, und im Durchschnitt gibt es pro Tag einen Betriebsunfall, und viele andere sind nicht in der Lage, den ganzen Monat zu arbeiten wegen des widerlichen Gestanks der Maschinen." „Meine Arbeit ist eine Art Opfertod ... für mich bedeutet ein Tag, an dem ich nicht zur Arbeit gehe, daß ich ein Jahr länger lebe."

Viele Arbeiter verlangen eine Veränderung der Leistungsprämien und die Kontrolle des Arbeitstempos, wobei sie den Zusammenhang beider Seiten klar sehen. „Es ist zum Verrücktwerden, unmögliche Rhythmen, chronischer Mangel an Springern, Repressionen des Unternehmens ... die Arbeit müßte menschlicher sein, man dürfte nicht immer die Produktionszeit verkürzen und uns immer mehr arbeiten lassen. Ich arbeite seit acht Jahren am Fließband, es ist ein Greuel ... Wenn sich die Produktion um 10 Prozent verringerte, würde es einem gut gehen, weil man einmal angefangen hat mit 230 Fahrzeugen und wir heute bei 260 sind, was also eine zusätzliche Ausbeute von 30 Fahrzeugen bedeutet."

Die Arbeiter wehren sich daher gegen einen „Rhythmus, der vom Akkord diktiert wird und" — wie ein Arbeiter es ausdrückt — „mit den Peitschen und Stoppuhren der Gefangenenaufseher kontrolliert wird"; sie kämpfen für eine „Arbeit, die man mit dem vereinten Willen und der vereinten Kraft der Arbeiter versuchen könnte, menschlicher zu machen, mit einer strengen Kontrolle der Fließbänder; ... die Zeitmesser dürfen uns nicht auf der Pelle sitzen, sie müssen ganz abgeschafft werden."

Dazu gehört die „unbedingt notwendige Berücksichtigung der Beziehung zwischen Produktion und Anzahl der Arbeiter, und nicht Produktion unter Mißachtung aller anderen Faktoren. Dann Listen, die jeden Tag Aufschluß über die Produktion und die benötigten Arbeiter geben, und die nicht so aussehen dürfen wie im Moment, die gerade so ausgefertigt sind, daß mindestens 90 % der Arbeiter nicht das geringste verstehen." [86] Die Fiatarbeiter fordern schließlich eine Lohnform, die den Lohn unabhängig von der konkreten Arbeitsleistung bestimmt.

Allerdings setzen sich die avancierten, von der Gewerkschaft propagierten Forderungen, wie sie seit Jahren von ihr vorgetragen und 1969 schon zu einem großen Teil realisiert wurden, erst langsam in der gesamten Arbeiterschaft durch. In den ersten Streikwochen vermag die Gewerkschaft sich kaum zu behaupten, da die Interessen und Traditionen der verschiedenen Arbeiterschichten noch divergieren.

85 Umfrage, a.a.O., S. 11.
86 Umfrage, a.a.O., S. 7—14, S. 20.

Die an den Fließbändern tätigen, überwiegend unqualifizierten Arbeiter, die meist aus Süditalien kommen, sind wenig gewerkschaftlich organisiert und hatten bisher kaum Gelegenheit, Streikerfahrungen zu sammeln. Diese Arbeiter kämpfen in erster Linie für Lohnerhöhungen. Sie sehen noch nicht die Vorteile der Technik des „Schachbrettstreiks" und wollen in einen unbefristeten Streik treten [87]. Zunächst versucht die Gewerkschaft zusammen mit den erfahreneren Arbeitern, weiterreichende Kampfziele wie die Kontrolle der Akkordbedingungen durchzusetzen. Dann wird sie durch den Druck der Masse der Arbeiter gezwungen, vorerst den Lohnforderungen den Vorrang zu geben. Die Gewerkschaft muß sich entscheiden, ob sie über schrittweise Verhandlungen vor allem die Kontrolle über die Arbeitsbedingungen sichern will, oder ob sie der allgemeinen Streikbewegung nachgibt und in erster Linie mehr Lohn verlangt. Die Turiner Gewerkschaft versucht beiden Seiten dieses Interessenkonflikts gerecht zu werden, um zu verhindern, daß der Anspruch auf Arbeiterkontrolle in einer Flut von reinen Lohnforderungen untergeht. Die Flugblätter der Gewerkschaften heben daher hervor: „Wir wollen Lohnerhöhungen, die man uns nicht in einigen Monaten wieder wegnehmen kann." [88]

Tarifverhandlungen und Streiks laufen in dieser Phase mit der Unterstützung der Gewerkschaft, die die Bandarbeiter schon Ende Mai zum Streik aufrief, nebeneinander her. „Der Kampf entwickelt sich überall nach einem neuen Muster: Agitation und Vorbereitung durch die Gewerkschaft, dann werden die Forderungen auf den Versammlungen präzisiert, der Streik wird von der Basis ausgelöst, dann von der FIOM bestätigt, dann von der FIM; nach einigem Zögern von der UIL und dem SIDA." [89]

Am 16. Juni wird der Ausstand fortgesetzt. Nachdem die wichtigsten Bänder in Mirafiori stillstehen, springt der Streik zu den anderen Zweigwerken über. Bald ist die Produktion in fast allen Werkstätten unterbrochen. Im Verlauf dieser Bewegung werden alle Streikformen angewandt, die die neuen Kampfziele zum Ausdruck bringen: Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit streiken die Arbeiter, indem sie einfach früher nach Hause gehen; der Kurzarbeit, die mit erheblichen Lohnverlusten verbunden ist, begegnen die Fiatarbeiter mit einem sogenannten „verkehrten Streik", sie arbeiten über die von der Unternehmensleitung bestimmten Arbeitszeiten hinaus. Um ihrer Forderung nach längeren Pausen Nachdruck zu verleihen, bleiben die Arbeiter länger als vorgesehen in der Kantine.

87 Piero Mollo, La FIAT di Torino. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 24, Dezember 1969, S. 103.

88 Castellina, a.a.O., S. 90. Vgl. dazu: Luciano Lama. Neue Kampfformen und Forderungsplattformen in den Betrieben. Bericht an das Direktionskomitee der CGIL, Dezember 1970. In: Arbeitsmaterialien des IMSF. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Nr. 3, Frankfurt 1972, S. 157.

89 Castellina, a.a.O., S. 89.

Gegen die zu schnelle Bandgeschwindigkeit wenden sie den „Stotterstreik" an, der darin besteht, das Arbeitstempo eigenmächtig zu reduzieren: Die Arbeiter unterlaufen die Bandgeschwindigkeit, indem sie auf ein gemeinsames Zeichen hin für kurze Zeit mit ihrer Arbeit aussetzen, um nach kurzer Arbeitszeit wieder ebenso vorübergehend zu streiken. So schaffen sie sich ihren eigenen Arbeitsrhythmus. Oder sie vereinbaren etwa, jedes zweite Auto auszulassen, so daß am Ende manches Fahrzeug das Fließband mehrmals durchlaufen muß, ehe alle Einzelteile montiert sind. Die Fiatarbeiter verringern auf diese Weise ihre kollektive Arbeitsleistung, um einerseits gegen die erhöhte Bandgeschwindigkeit zu protestieren, und um andererseits vor angedrohten Entlassungen zu demonstrieren, daß alle Arbeitskräfte im Produktionsprozeß gebraucht werden [90].

Außer der Reduktion des Arbeitstempos gibt es eine wesentlich andere Art, beschleunigte Arbeitsrhythmen zu bekämpfen. Im „heißen Herbst" 1969 zeigt ein Arbeiter vor den Toren der FIAT-Werke ein Schild mit der Aufschrift: „Für Scheiß-Lohn Scheiß-Arbeit. Sie werden es bei der Abnahme (Qualitätskontrolle — J. R.) schon merken." [91] Da der Produktionsprozeß die Arbeiter bis zum äußersten zwingt, immer *mehr* zu arbeiten, bleibt ihnen meist nur die Möglichkeit, *schlechter* zu arbeiten. Während die Arbeitsintensität verhältnismäßig leicht meßbar und überprüfbar ist, können die Arbeiter die geforderte Qualität der Arbeitsleistung unterlaufen. Insofern bleibt der Kampf um die Arbeitsqualität zunächst verborgen und ist daher die ältere, heimlich und individuell praktizierte Streikform. In der Streikbewegung 1968/69 wenden die Fiatarbeiter diese Kampfform offen und kollektiv an [92].

Bei den Arbeitskämpfen um Bandgeschwindigkeit und Arbeitsrhythmen handelt es sich zweifellos um die weitestentwickelten Streikformen, weil sie ein außerordentlich hohes Maß an Kenntnis des Produktionsablaufs und an Organisierung der Arbeiter verlangen. Allerdings dürfen diese Kampfformen nicht zum Selbstzweck werden, sondern müssen im Zusammenhang ihres Ziels, der Abwehr zu schneller Arbeitsrhythmen, gesehen werden. Sonst besteht die Gefahr, sie als vermeintlich „revolutionäres" abgelöstes Ziel der Arbeiterklasse hochzustilisieren und zu verkennen, daß die Reduktion des Arbeitstempos lediglich ein *Mittel* des Kampfes ist, um den Wert der Arbeitskraft zu erhalten und die Arbeitsbedingungen insgesamt zu verbessern.

Die CGIL weist im Anschluß an die Streikerfahrungen auf diesen wichtigen Zusammenhang hin. Sie schreibt: „Verhandlungsgegenstand müssen die Voraussetzungen für eine weniger ermüdende Arbeit und für leichter ertragbare Arbeitsbedingungen sein und nicht die Selbstbestimmung der Arbeitsrhythmen und Arbeitsbedingungen.

90 Del Turco, a.a.O., S. 62 ff.

91 Renato Rozzi. Qualità del lavoro e resistenza operaia. In: Quaderni piacentini, Nr. 43, April 1971, S. 43.

92 Rozzi, a.a.O., S. 47 ff.

Die Selbstbestimmung ist nur scheinbar ein weiterreichendes Ziel, weil sie, da man das innere Produktionssystem noch nicht vergesellschaften kann, in Formen der untergeordneten Mitverwaltung und in die Übernahme der Verantwortung für die Arbeitsorganisation durch die Arbeiter und die Gewerkschaft fiele, und das in einer Welt, die noch vollkommen kapitalistisch ist." [93]

Die Gewerkschaft lehnt daher die Forderung nach Selbstbestimmung der Produktion ab und setzt sich hingegen für Arbeiterkontrolle innerhalb der Fabrik ein.

Um Bandgeschwindigkeit und Arbeitsrhythmen wirksam zu kontrollieren, bilden die Arbeiter neue Organisationsformen heraus. Der von den Gewerkschaften Ende Juni 1969 ausgehandelte Vertrag über die Arbeitsbedingungen sieht an den Fließbändern die Wahl sogenannter Arbeiterdelegierter vor, die die Aufgabe haben, zu überprüfen, ob das tatsächliche Arbeitstempo den bekanntgegebenen Vorgabezeiten entspricht. Die Fiatarbeiter in Mirafiori wählen 56 derartiger Banddelegierter (einen für 250 Bandarbeiter), die nun ihre Interessen unmittelbar vertreten. Diese Banddelegierten arbeiten mit einem sogenannten Bandkomitee zusammen, das sich aus je einem Mitglied der vier Gewerkschaften zusammensetzt. Komitee und Delegierte sind eine ständige Einrichtung und können täglich das Tempo und die anderen gültigen Regelungen kontrollieren [94].

Die Wahl von Arbeiterdelegierten stellt einen entscheidenden Fortschritt der Klassenauseinandersetzungen in Italien dar. Denn die neue Organisationsform geht weit über ihren anfänglichen Ausgangspunkt der Arbeitskämpfe um das Akkordsystem hinaus. Die Arbeiter organisieren sich am Arbeitsplatz, um gemeinsam ihre Forderungen aufzustellen und durchzusetzen. Zugleich sind die Arbeitervertreter das organisatorische Gerüst, dessen ein gezielter und erfolgreicher Streik gegen Leistungslohn und Arbeitstempo bedarf.

Den Gewerkschaften bietet die Delegiertenbewegung die Möglichkeit, sich nach langen Jahren der relativen Isolation gerade hinsichtlich der großen Masse der einfachen Arbeiter im Betrieb zu verankern. In dem Maße, wie die Gewerkschaft in den Werkstätten und Abteilungen Fuß zu fassen beginnt, gelingt es ihr, die Arbeiter besser an ihren Entscheidungen zu beteiligen und ihnen ihre Politik zu vermitteln.

IV. Kooperation und Organisation

Die neuen Organisationsformen der Banddelegierten und Abteilungskomitees, die sich während der Auseinandersetzungen um das Arbeitstempo und um die Arbeiterqualifikation gebildet haben, ver-

93 L'Unità vom 17. Juni 1970; zit. nach Regini/Reyneri, a.a.O., S. 64.

94 Wenn z. B. die Belegschaft nicht vollständig ist, muß die Tagesproduktion im Verhältnis zur Anzahl der Abwesenden herabgesetzt werden. Castellina, a.a.O., S. 97 f. Der Vertragstext nennt die Delegierten „Experten", um einen neutralistischen Schein zu bewahren.

danken ihre Existenz einerseits den Gewerkschaften, die für ihre vertragliche Absicherung gekämpft haben. Andrerseits hat die Delegiertenbewegung dazu beigetragen, die traditionelle Gewerkschaftsstruktur umzuwandeln. Im letzten Abschnitt sollen die Ursachen dieses Prozesses und die Entwicklung der Delegierten von einem bloß kurzfristigen Kampfinstrument zum politischen Ausdruck der sich bewußt organisierenden Arbeiterklasse näher untersucht werden. Insbesondere stellt sich die Frage nach dem Einfluß, den die Rationalisierung der industriellen Produktion bei FIAT auf die Ablösung der alten Arbeitervertretung und auf die Herausbildung neuer Organisationsformen ausübte.

Die organisatorische und technologische Transformation des Produktionsprozesses hatte die Voraussetzungen für den Arbeitskampf und für die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter zunächst verschlechtert. Auf die Rationalisierungsphasen der fünfziger und sechziger Jahre folgten jeweils lange Streikpausen und Jahre der Stagnation und Rückschläge für die Gewerkschaftsbewegung. Dafür gibt es neben den allgemeinen ökonomischen und politischen Bedingungen dieses Zeitraums in Italien in der Hauptsache drei Gründe.

Erstens veränderte die Rationalisierung die Zusammensetzung der Arbeiterschaft bei FIAT. Die Schicht der qualifizierten Arbeiter, die den traditionellen Stamm der Gewerkschaften bildeten, verkleinerte sich verhältnismäßig und verlor teilweise ihren früheren Einfluß. Auf der anderen Seite kam eine riesige Zahl von meist jungen, gewerkschaftlich unerfahrenen Arbeitern aus dem Süden Italiens nach Turin. Ebenso ungünstige Auswirkungen hatte die auf Grund der unerträglichen Arbeitsbedingungen ungeheure Fluktuation der Fiatarbeiter [95]. Es liegt auf der Hand, daß der ständige Wechsel innerhalb der Belegschaft eine kontinuierliche gewerkschaftliche Organisierung beeinträchtigte.

Ferner lösten sich im Zuge der Rationalisierung zahlreiche Werkstätten auf, an deren Stelle sich neue Abteilungen in veränderter Zusammensetzung bildeten. Mit zunehmender Mobilität der Belegschaft mußten Tausende Fiatarbeiter während eines Jahres mehrmals innerhalb des Betriebs ihre Arbeitsplätze wechseln. Damit wurde zugleich das alte Organisationsgerüst der Gewerkschaft zerstört [95a].

Diese Schwierigkeiten der Gewerkschaft waren natürlich nicht allein den Rationalisierungsmaßnahmen geschuldet, sondern der FIAT-Konzern wandte die ihm zur Verfügung stehenden Mittel auch bewußt aus politischen Motiven an, um die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Als z. B. nach dem Generalstreik des Jahres 1962, der eine Niederlage der italienischen Arbeiterbewegung bedeutete, bei FIAT wieder die ersten Streiks — zunächst nur in einigen Abteilun-

95 Etwa 10 % der ungefähr 120 000 Fiatarbeiter verließen jährlich das Unternehmen. Bei den Neueingestellten betrug die Fluktuation 1969 sogar 40 %; das heißt vier von zehn Neueingestellten gaben ihren Arbeitsplatz innerhalb von zwölf Monaten wieder auf. Albers, a.a.O., S. 147.

95a Quaderni CGIL, a.a.O., S. 175.

gen — begannen, benutzte die Betriebsleitung diese Gelegenheit, um gegen bestimmte Arbeitergruppen gezielt vorzugehen und die Gewerkschaften zu isolieren. FIAT entließ nach dem Streik 2000 Arbeiter; ebensoviele wurden an andere Arbeitsplätze versetzt oder in einzelnen Werkstätten isoliert[96]. Derartige Beispiele zeigen, wie ein Großbetrieb bestimmte Methoden der Rationalisierung als politisches Kampfinstrument anwenden kann. Ebenso trägt der Kampf der Arbeiter gegen solche Maßnahmen zwangsläufig politischen Charakter.

Drittens trugen die technologische Entwicklung und die Rationalisierung dazu bei, die ideologische Position der Gewerkschaften zu schwächen. Unter kapitalistischen Bedingungen erscheinen alle Produktivkräfte der Arbeit, da vom Kapital entwickelt und angeeignet, als Produktivkräfte des Kapitals und als seine Natureigenschaft. Damit verschwindet die Unterscheidung zwischen den Folgen einer kapitalistisch angewandten Produktivitätssteigerung und einer von bestimmten Gesellschaftsformationen unabhängigen und immer notwendigen Zunahme der Arbeitsproduktivität. Wenn daher bei der Beurteilung der für die Arbeiter nachteiligen Auswirkungen der Rationalisierung bei FIAT, von den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb deren sich dieser Prozeß vollzog, abstrahiert wurde, dann schien der gewaltige technologische Fortschritt, den die FIAT-Werke in diesem Zeitraum zweifellos machten, zwangsläufig die Dequalifizierung der Arbeitskräfte und die Intensivierung der Arbeit zu rechtfertigen. So versuchte die Betriebsleitung z. B. Entlassungen und Beschleunigungen des Fließbandes mit „technischen Zwängen" zu begründen.

Der objektive Schein der kapitalistischen Produktionsweise und diese falsche Legitimation übten natürlich auch auf die Gewerkschaftsbewegung in Italien ihren Einfluß aus. Bis Ende der sechziger Jahre identifizierte der überwiegende Teil der italienischen Gewerkschaften die Rationalisierungsmaßnahmen kapitalistischer Betriebe mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität überhaupt. Im Verlauf der ersten Rationalisierungsphase machte sich jedoch innerhalb der Gewerkschaften ein Differenzierungsprozeß bemerkbar. Während die Metallarbeitergewerkschaften FIM (CISL) und UILM (UIL) der Auffassung waren, daß der „technische Fortschritt" auch den Arbeitern unmittelbare Vorteile bringen werde, begann Mitte der fünfziger Jahre in der FIOM (CGIL) — vorläufig noch relativ unabhängig vom Verlauf der Arbeitskämpfe — die Diskussion über den Charakter der kapitalistisch angewandten Technologie und ihre konkreten Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse. Erst seit der Streikbewegung 1968/69 lernte die Masse der Fiatarbeiter und ein großer Teil der

96 Die bekannteste Abteilung war eine Zweigwerkstatt für Ersatzteile, die „Roter Stern" genannt wurde, die damals einen der letzten Zentren einer organisierten Arbeitergruppe darstellte. Sie wurde nach dem Streik geschlossen und ihre 130 Arbeiter wurden entlassen. (Castellina, a.a.O., S. 85).

Gewerkschaften die Maschinerie an sich von der kapitalistisch angewandten Maschine zu unterscheiden [97].

Zur Überwindung der negativen Auswirkungen der Rationalisierung bei FIAT trugen vor allem zwei Faktoren bei. Einmal waren die Arbeiter dem ökonomischen Druck der sich ständig verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Hohe Mieten und Lebenskosten zwangen die Arbeiter, Erhöhungen der nur für das Lebensnotwendigste ausreichenden Löhne durchzusetzen. „Um nicht zu krepieren", setzten sich die Fiatarbeiter gegen verschärfte Arbeitsrhythmen zur Wehr. Die Auseinandersetzungen um die Lohnkategorien und die Akkordprämien zeigten, wie diese materiellen Hebel zu Lohnkämpfen und schließlich zum Kampf für bessere Arbeitsverhältnisse führten.

Zum andern bedurfte es zur Durchsetzung dieser ökonomischen Interessen der gewerkschaftlichen Organisierung innerhalb des Betriebs. An der Entwicklung der Fabrikkämpfe bei FIAT und ihren Erfolgen hatten die Gewerkschaften, insbesondere die FIOM, auf Grund langfristiger und mühsamer organisatorischer Kleinarbeit entscheidenden Anteil. Dabei bildeten sich Kampf- und Organisationsformen heraus, die an der veränderten Betriebsorganisation anknüpften. Die Fiatarbeiter organisierten sich nicht mehr wie bisher „ständisch" nach Berufsgruppen, sondern auf der Basis ihres neuen Arbeitszusammenhangs. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise schuf also die Bedingungen für neue Formen der Arbeiterorganisation in der Fabrik.

Freilich reichte die bloße Existenz dieser sachlichen Voraussetzungen nicht aus, vielmehr mußten die Arbeiter diese Bedingungen als Instrumente zur bewußten Organisierung ihres Kampfes benutzen. Ein Mittel, das ihnen das Unternehmen in die Hand gab, war ihre Kooperation im Arbeitsprozeß.

Der Begriff Kooperation bezeichnet, bezogen auf eine einzelne Fabrik, die planmäßige Zusammenarbeit vieler zu einem gemeinsamen Produktionsprozeß vereinigter Arbeiter. Diese Arbeitsform ist eine Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit [98].

Unter kapitalistischen Bedingungen ist die Kooperation nicht das Resultat der Einsicht, Planung und des Willens der Arbeiter, sondern bloße Wirkung des Kapitals, das die Arbeiter auf Grund seines ökonomischen Zwangs zusammenführt. Obwohl die Arbeiter miteinander kooperieren und sich bei arbeitsteiliger Produktion gegenseitig ergänzen und voneinander abhängen, handelt es sich nicht um ihre eigene Kooperation, sondern um die des kapitalistischen Unterneh-

97 Vgl. die Beiträge von R. Cominotti/V. Peccoli und von L. Barca/A. Minucci in: Rinascita, Nr. 8—9, 1956. Eine ausführliche Darstellung der innergewerkschaftlichen Diskussion über den „technischen Fortschritt" findet sich in: Franco Momigliano. Sindacati, progresso tecnico, programmazione economica (darin besonders: I sindacati di fronte al progresso tecnico e alle trasformazioni del processo produttivo, S. 5 ff.), Turin 1966.

98 MEW 23, S. 344/349.

mens. Der Zusammenhang ihrer Arbeiten tritt ihnen daher gegenüber „als Macht eines fremden Willens, der ihr Tun seinem Zweck unterwirft“ [99]. Dieses soziale Verhältnis wird mit der Entwicklung der maschinellen Produktion modifiziert, da nun die Maschinen als Träger einer Kapitalfunktion den Arbeitsprozeß weitgehend bestimmen. Da die Kooperation dem Kapital gehört und die Arbeitsproduktivität erhöht, hat der Kapitalist an einer funktionierenden Zusammenarbeit der Arbeiter Interesse. Er sorgt dafür, daß jeder Arbeiter die ihm zugewiesenen Aufgaben erfüllt und daß die einzelnen Teiloperationen reibungslos ineinander greifen.

Um sich die „Mitarbeit“ der Belegschaft zu sichern, schuf die Betriebsleitung von FIAT spezielle Lohnformen. Sowohl in diesen Lohnformen als auch in der Weigerung der Arbeiter, angesichts der sich verschlechternden Arbeitsbedingungen „mitzuarbeiten“, mußte die Widersprüchlichkeit der kapitalistisch organisierten Kooperation zum Ausdruck kommen. Wie wir sahen, sollte der Leistungslohn im Zuge der Rationalisierung nur noch das „normale“ Funktionieren des Produktionsablaufs garantieren. Die Produktionsprämie bei FIAT hatte die Aufgabe, „Passivität“ und mögliche Resistenz der Arbeiter zu verhindern und die Arbeiter zu motivieren, aus eigener Initiative im Produktionsprozeß mitzuarbeiten.

Als im Jahre 1951 infolge von Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen große Streiks stattfanden und das ganze Werk lahmlegten, setzte FIAT eine zusätzliche Prämie für diejenigen Arbeiter aus, die sich nicht an den Arbeitsniederlegungen beteiligten. Neben gezielten Entlassungen von Arbeitern, die den „Geist der Zusammenarbeit“ (spirito di collaborazione) vermissen ließen, gab es seit 1952 für Streikbrecher eine Anti-Streikprämie. Diese Prämie nannte die Fiatleitung später *„premio di collaborazione“* [100]. Diese „Prämie für Zusammenarbeit“ bezweckte darüber hinaus, die Belegschaft zu veranlassen, sich für die Produktionsziele des Betriebs einzusetzen oder sie doch zumindest zu akzeptieren. Damit besaß diese Prämie auch eine integrative Funktion.

Das Ziel der „premio di collaborazione“ war jedoch widersprüchlich. „Collaborazione“ bedeutete in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit der Arbeiter mit dem Unternehmen. Eine derartige Kooperation ist jedoch im strengen Sinne nicht möglich, da es eine Kooperation der Arbeiter im Betrieb nur innerhalb des Arbeitsprozesses und auch nur zwischen den Arbeitern geben kann.

Als ebenso widersprüchlich erwiesen sich zunächst die Kampfformen der Fiatarbeiter gegen die Folgen der kapitalistisch angewandten, auf Kooperation beruhenden Arbeitsteilung. Zuerst individuell und heimlich, dann kollektiv und organisiert versuchten die Arbeiter, sich dem beschleunigten Arbeitstempo zu widersetzen und

99 MEW 23, S. 351.

100 Gianotti, a.a.O., S. 89/158. Die Bedeutung, die FIAT dieser Prämie beimaß, zeigt sich in ihrer quantitativen Zunahme: 1954 betrug sie 18 000 Lire, in der ersten Hälfte des nächsten Jahres bereits L 12 000.

die Produktion zu verlangsamen; oder sie weigerten sich einfach „mitzumachen". Die Fiatarbeiter gaben ihrem Kampf gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen die Bezeichnung „non-collaborazione" [101]. Im Grunde könnte man alle Streikformen unter diesem Namen „Nicht-Mitarbeit" zusammenfassen.

Diese allgemeine Streikform enthält die gleiche Verkehrung wie die Kooperationsprämie. Heißt die „collaborazione" in der traditionellen Wortbedeutung der italienischen Arbeiterbewegung so viel wie „die herrschende Klasse unterstützen" oder mit ihr zu „kollaborieren", so hat die „non-collaborazione" zum Ziel, die Kapitalisten zu bekämpfen. Das gelingt den Fiatarbeitern jedoch nur, wenn sie den Zusammenhang ihres Arbeitsprozesses möglichst effektiv zu treffen versuchen und damit ihre Kooperation untereinander paralysieren. Wie es mit dem Kapital keine Kooperation geben kann, so drückt sich die „non-collaborazione" in der Auflösung der Kooperation der Arbeiter aus.

Die neuen Streikformen beschränken sich jedoch nicht auf die Auflösung des Arbeitszusammenhangs; denn auf der anderen Seite benutzen die Arbeiter ihre Kooperation als Streikmittel. Um z. B. das Arbeitstempo zu reduzieren, bestimmen sie die Proportionen der einzelnen Arbeitsvorgänge auf der Grundlage der von ihnen geforderten und festgesetzten Zeiten und organisieren selbständig das lückenlose Ineinandergreifen der verschiedenen Teilprozesse. Hier setzen die Arbeiter die Kooperation planmäßig als Kampfinstrument ein. Die „non-collaborazione" der Arbeiter besteht jetzt in der Anwendung ihrer sich nun zu eigen gemachten Kooperation.

Wenn sich die Arbeiter im Arbeitskampf ihrer Kooperation, die ursprünglich nicht ihre eigene ist, sondern vom Kapital entwickelt und angeeignet wird, bedienen, dann wenden sie im Grunde ein Mittel an, das das Kapital selbst geschaffen hat. Die kapitalistische Produktionsweise bringt somit die Bedingungen ihrer eigenen Aufhebung hervor.

In welcher Weise die Arbeiter dazu übergingen, die komplizierte und weitverzweigte Betriebsorganisation als Instrument ihres Kampfes anzuwenden und ihrer Organisierung innerhalb der Fabrik zugrunde zu legen, soll exemplarisch anhand von drei unterschiedlichen Entwicklungsphasen der Streikbewegung 1969 demonstriert werden.

Das erste Beispiel beschreibt eine Streikphase, in der der Arbeitskampf bei FIAT nach langen Jahren der Vorbereitung in einzelnen Sektoren explosionsartig auf Bereiche übergriff, in denen relativ unerfahrene Arbeiter sich spontan in ihrer Empörung über die Arbeits- und Lebensbedingungen den Arbeitsniederlegungen anschlossen.

Bis 1970 konzentrierte FIAT seine Produktion hauptsächlich in Turin und Umgebung, wo 140 000 Arbeiter, allein 60 000 im Werk Mirafiori, zusammengefaßt waren. Das Zentrum der Betriebsstruk-

101 Bianchi, a.a.O., S. 29.

tur bildeten die Fließbänder für die Endmontage der Wagen; um diesen Kern gruppierten sich die zahlreichen Zulieferwerkstätten, die wiederum vom Nachschub der Materialien und halbfertiger Produkte abhingen. Die Arbeitsteilung der einzelnen Abteilungen und ihre Abhängigkeit untereinander war so weit fortgeschritten, daß bereits geringste Störungen den Produktionszusammenhang paralysieren konnten.

Im Jahre 1968, kurz vor der heftigen Streikbewegung, beendete „The Economist" eine Untersuchung über FIAT mit der Frage, wieviel Zeit Agnelli noch bliebe, bis die Arbeiter merkten, daß nur zehn von ihnen den ganzen Produktionsfluß blockieren könnten [102].

Auf diese Frage haben die Fiatarbeiter im Frühjahr 1969 sehr deutlich geantwortet: Der in einer einzigen Werkstatt ausgelöste Streik verbreitete sich in wenigen Tagen auf den ganzen Betrieb; in wenigen Wochen war die Produktion um 50 000 Fahrzeuge reduziert. Verfolgen wir unter diesem Aspekt kurz den konkreten Streikverlauf.

Der Streik beginnt als „Schachbrettaktion" der 8000 Werkzeugmacher in Mirafiori mit stundenweisen Streiks und Verlangsamung des Arbeitstempos. Die Arbeiter der Reparaturwerkstätten, deren Arbeit es mit sich bringt, daß sie häufig ihren Arbeitsplatz wechseln, tragen den Kampf in andere Werkstätten. Ihre besondere Stellung im Produktionsprozeß ist hier Ausgangspunkt ihrer agitatorischen Funktion. In den nächsten Maitagen streiken weitere Zulieferwerkstätten für die Montagebänder; die Arbeiter an den Pressen, im „Rohbau", der sich zwischen den Pressen und der Endmontage befindet, und die Transportarbeiter (Karrenfahrer und Kranführer), die die einzelnen Teile in die Montagehallen liefern. Ende Mai legt eine Abteilung nach der anderen in den Gießereien, Schlossereien und Mechanikerwerkstätten die Arbeit nieder. Der Streik zieht sehr schnell eine „Kettenreaktion" in den Montagehallen nach sich. Weil kein Material und keine Ersatzteile mehr nachkommen, stehen die Fließbänder in der Karosseriewerkstatt still. Daraufhin treten die dort beschäftigten 20 000 Arbeiter in den Ausstand [103]. Die Streikbewegung zeigt eine für diese spontane Phase typische Verlaufsform. Erst streiken bestimmte zentrale Werkstätten, dann legen die davon betroffenen im Produktionszyklus folgenden Abteilungen zwangsläufig die Arbeit nieder.

Die betriebliche Kooperation erweist sich als so empfindlich, daß fast jede auch noch so begrenzte Arbeitsniederlegung den ganzen Produktionsfluß beeinträchtigt. Daraus folgt, daß kaum ein Streik

102 Castellina, a.a.O., S. 81.

103 Als 8000 Arbeiter der Hallen 32 und 33, in denen z. B. Handbremsen hergestellt werden, die Arbeit niederlegen, versucht die Fiatleitung als „Übergangslösung" einige Wagen ohne Handbremsen und andere „sekundäre" Teile produzieren zu lassen, bis sich dieses Vorgehen bald als undurchführbar herausstellte. (Vittorio Rieser. Cronaca delle lotte alle FIAT. In: Quaderni piacentini, Nr. 38).

mehr auf nur einzelne Bereiche der Fabrik beschränkt bleibt, sondern zunächst naturwüchsig die ganze Belegschaft in die Kampfbewegung mit einbezieht.

In einer zweiten Phase gehen die Fiatarbeiter des ganzen Werks dazu über, ihren Streik auf der Grundlage des Arbeitszusammenhangs zu planen. Dazu bedarf es neben der genauen Kenntnis des gesamten Produktionszyklus eines relativ hohen Organisationsgrades der Arbeiterschaft. Um z. B. einen Schachbrettstreik durchzuführen, ist eine ständige Streikversammlung erforderlich, da eine derartig komplizierte Streikform nur planbar ist, wenn alle Arbeiter an den Entscheidungen, in welchen Abteilungen und für welche Zeiträume gestreikt werden soll, beteiligt werden. Während früher in der Regel die Gewerkschaftsleitung einen Streik ausrief und Zeitpunkt und Dauer weitgehend bestimmte, werden Beschlüsse über Forderungen und Streikformen jetzt in den regelmäßig stattfindenden Fabrikversammlungen, die institutionell abgesichert werden, von der Masse der Arbeiter zusammen mit der Gewerkschaft gefaßt. Als unmittelbare Konsequenz dieses Verfahrens und des Demokratisierungsprozesses wählt die Belegschaft auf direktem Wege ihre Abteilungsdelegierten.

Allerdings birgt eine auf einzelne Sektoren begrenzte Entscheidungspraxis auch die Gefahr, daß die Wahrnehmung unmittelbarer Gruppeninteressen der Gesamtbewegung schadet. Ebenso können aus einer während der Ausbreitung der Streiks bloß naturwüchsig verlaufende Kettenreaktion — so wirkungsvoll und erfolgreich sie unter bestimmten Umständen auch sein mag — schwerwiegende Schäden für die ganze Kampfbewegung folgen, wenn es der organisierten Arbeiterschaft nicht gelingt, die Kollegen durch die Wahl der Forderungen und Streikformen aktiv in den Arbeitskampf einzubeziehen. Aus der Notwendigkeit, die Einheit der Arbeiterschaft bereits im Arbeitskampf herzustellen, erwachsen für die neuen Arbeitervertreter weiterreichende politische Aufgaben, die über eine nur technische Organisierung eines Streiks hinausgehen. Die Delegierten müssen versuchen, möglichst viele Arbeiter von den Streikzielen zu überzeugen und für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Darüber hinaus besteht die Aufgabe der Delegierten darin, langfristig eine Form der betrieblichen Arbeitsorganisation zu schaffen, die dazu beitragen kann, Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft zu beseitigen, und die es erlaubt, die Arbeiter auf der Basis gemeinsamer Interessen am Arbeitsplatz zu organisieren.

Diese Funktionen vermochte die traditionelle Organisationsform der Arbeitervertretung im Betrieb nicht zu erfüllen. Noch bis zum Herbst 1969 stellten sogenannte Commissioni Interne (C.I.), die sich meist aus Vertretern der verschiedenen Gewerkschaftsverbände zusammensetzten und von „Fabrikräten" (consigli di fabbrica) gewählt wurden, die wichtigste Interessenvertretung der Belegschaft dar [104].

104 Garavini, Strutture dell' autonomia operaia sul luogo di lavoro, a.a.O., S. 19. Vgl. auch den Beitrag von Detlev Albers in diesem Heft.

Die mit einem Betriebsrat in der BRD vergleichbare C.I. hatte lediglich die Aufgabe, die Einhaltung der Tarifverträge zu überwachen und die allgemeinen Arbeitsverhältnisse wie z. B. Arbeitshygiene und Arbeitssicherheit zu kontrollieren. Sie beschränkte sich dabei auf eine bloß konsultative Funktion.

Die Arbeitervertreter der C.I. wurden von der Masse der Arbeiter kaum getragen. Eine Ursache dafür war das ziemlich unübersichtliche Verfahren der nur indirekten Wahl und die mangelnde Verbindung mit der Basis. Außerdem vergrößerte das ungünstige Zahlenverhältnis von Betriebsratsmitgliedern und der Masse der Arbeiter den Abstand zwischen der Belegschaft und ihrer Interessenvertretung. Seit Mitte der fünfziger Jahre steckte bei FIAT das traditionelle System der Arbeiterorganisation im Betrieb in der Krise [105].

Anfang der sechziger Jahre begannen die Fiatarbeiter auch unabhängig von der Gewerkschaftsleitung Delegierte zu wählen. Die neuen Arbeitervertreter sahen ihre Funktion zunächst darin, die unmittelbar am Arbeitsplatz auftretenden Probleme im Interesse der von den veränderten Arbeitsbedingungen betroffenen Arbeiter, soweit das in diesem begrenzten Rahmen möglich war, zu lösen. Kleine einheitliche Arbeitergruppen, die unter gleichen Arbeitsverhältnissen durch gleiche Interessen verbunden waren, organisierten sich so auf der Grundlage ihres Arbeitszusammenhangs. Diese „homogenen Arbeitergruppen“ [106] bildeten nun die Basis der neuen Form der Arbeitervertreter.

Ein Arbeiterdelegierter in Mirafiori faßt seine Erfahrungen folgendermaßen zusammen: „Am Anfang haben nur wenige die Bedeutung des Delegierten verstanden. Dann kamen die Resultate. Man hat gesehen, daß es möglich war, sich den Produktionszunahmen zu widersetzen, die, wenn man wollte, vor der Tagesorder vermieden werden konnten. Man hatte verstanden, daß eine Kontrolle über die Produktion verwirklicht werden konnte; es reichte aus, daß sich alle zusammen um den Delegierten verbündeten, um an der Ausführung der Verträge festzuhalten.“ [107]

Ein Ausdruck der wiedergewonnenen Arbeitermacht im Betrieb war das in den Tarifverträgen von 1969 verbürgte Recht auf Ver-

105 Gianotti, a.a.O., S. 33; vgl. Koppel, a.a.O., S. 29 f. Die Turiner FIOM traf diese Feststellung bereits 1956. Quaderni CGIL, a.a.O., S. 170. In den sechziger Jahren war dies die allgemeine Auffassung in der CGIL. Fernando Bianchi. Ritorno alla fabbrica come perno strategico del sindacato. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 24, S. 32.

106 Garavini, a.a.O., S. 21. Dazu im selben Heft: Roberto Tonini. Dal gruppo operaio all' unità di classe, S. 43 ff. Impiegati e tecnici: dopo la lotta. In: esperienze e orientamenti, Nr. 24/Januar 1970. Herausgegeben von der Federazione Impiegati Operai Metallurgici (FIOM) der CGIL, S. 50—62. Übersetzt in: Arbeitsmaterialien des IMSF 3, S. 123 ff. Zur Entstehung der Arbeiterdelegierten bei FIAT: Gianotti, a.a.O., S. 136.

107 Mollo, a.a.O., S. 102. Vgl. auch Piero Fortunato. Ramificazione contrattuale e rappresenza democratica. In: Quaderni di Rassegna Sindacale, Nr. 24, S. 39.

sammlungen innerhalb der Fabrik während der Arbeitszeit und die Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte, die der Gewerkschaft mit Hilfe der Delegierten die dauernde Präsenz in den einzelnen Abteilungen ermöglichten. Soweit die Delegierten gewerkschaftlich organisiert waren oder doch zumindest mit der Gewerkschaft zusammenarbeiteten, begründete ihre Assoziationsform die neue Basisorganisation der Gewerkschaften.

Die Delegiertenbewegung hatte in zweierlei Hinsicht politische Konsequenzen. Erstens wurde die innergewerkschaftliche Demokratie weiterentwickelt. Jede Arbeitergruppe konnte ihren Delegierten direkt wählen und seine Tätigkeit sehr leicht kontrollieren. Dazu trug auch die gestiegene Anzahl der Arbeitervertreter im Verhältnis zur Belegschaft bei. Die etwa 60 000 Arbeiter und Angestellten des Fiatwerks Mirafiori wurden 1969 noch von 50 Betriebsratsmitgliedern, 1971 von mehr als 7000 Delegierten vertreten [108]. Mittels des Delegiertensystems waren die Arbeiter besser in der Lage, ihre Forderungen zu artikulieren und zu ihrer Durchsetzung Druck auf die Gewerkschaften auszuüben.

Zweitens förderte die Delegiertenbewegung die Einheit der italienischen Gewerkschaften. Denn die Arbeiterdelegierten wurden nicht mehr von einzelnen rivalisierenden Gewerkschaftsverbänden, sondern von allen Arbeitern einer Abteilung relativ unabhängig von der Mitgliedschaft in einer bestimmten Gewerkschaft aufgestellt. Auch gewerkschaftlich unorganisierte Arbeiter konnten Delegierte werden. Das Delegiertensystem half die Differenzen der bisher konkurrierenden Gewerkschaften abzubauen und trug wesentlich zu Vereinheitlichung der italienischen Gewerkschaften bei. Die neue Organisationsform bietet außerdem in höherem Maße die Gewähr, daß dieser Prozeß keine „Spitzenvereinbarung wird, bei der die Masse der Arbeiter nur zuschaut" [109], sondern daß die Gesamtheit der Arbeiter an den Gewerkschaftsentscheidungen und an der Entwicklung zur Einigung zwischen den Gewerkschaften beteiligt wird.

Die Einheitsbewegung der italienischen Gewerkschaften ging nicht zufällig von den Fiatarbeitern aus, deren Gewerkschaften seit den Streiks 1969 zusammenarbeiteten. Das zeigte sich in gemeinsamen Versammlungen und in von allen drei Organisationen unterzeichneten Flugblättern. Damit stellten sich die Fiatarbeiter seit dem antifaschistischen Widerstand nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an die Spitze der italienischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Klassenkämpfe in Italien gingen zwar von den Massenstreiks der Großbetriebe im Norden aus, beschränkten sich jedoch bald nicht mehr auf den Bereich einer einzelnen Fabrik. Probleme wie die

108 Koppel, a.a.O., S. 33. Die Gewerkschaften haben mehr Delegierte wählen und fungieren lassen, als vertraglich vorgesehen war. Danach gibt es in Mirafiori offiziell 56 Delegierte, das bedeutet z. B. an den Fließbändern für 250 Arbeiter einen Delegierten; gewählt wurden insgesamt 200 Delegierte. Garavini, a.a.O., S. 25.

109 Impiegati e tecnici, a.a.O., S. 132.

Arbeiterqualifikation, Arbeitsintensität, Entlassungen usw. wurden in zunehmendem Maße im Zusammenhang der gesamtgesellschaftlichen ökonomischen und politischen Verhältnisse gesehen. So forderten die Gewerkschaften während der Fabrikkämpfe konsequent gesellschaftliche Strukturveränderungen. Sie verlangten die Erneuerung des Ausbildungs- und Gesundheitswesens und des Wohnungsbaus. Schließlich traten die Gewerkschaften für Investitionsmaßnahmen zur Industrialisierung Süditaliens ein, um die Binnenwanderung zu stoppen.

Diese Faktoren übten auf die Klassenauseinandersetzungen bei FIAT in Turin entscheidenden Einfluß aus. Indem die italienische Arbeiterklasse lernte, ihre ökonomischen Kämpfe für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit den allgemeineren sozialen Verhältnissen zu verbinden, erhielt ihr Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zwangsläufig politischen Charakter.

Ernst Piehl

Multinationale Konzerne und die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung

I. Problemstellung und historischer Überblick

1.

Der Kapitalismus organisierte sich schon lange, seit 1945 stark zunehmend, weltweit und fand vor allem in den Multinationalen Konzernen (MNK) das geeignetste Instrument, um sowohl von den Metropolen USA, Westeuropa und Japan aus alle anderen Länder als Peripherie weiterhin auszubeuten, als auch um durch die ökonomische und politische Machtakkumulation die zahlenmäßig wachsende Arbeiterklasse in den Industrieländern in Abhängigkeit zu halten.

Da die gerade erst in den bundesdeutschen Gewerkschaften beginnende Diskussion über die „Multinationalen Konzerne" nicht verwirrt werden soll, ziehen wir den Begriff „MNK" dem des „Internationalen Monopols" vor; damit soll kein Gegensatz zwischen beiden Begriffen konstruiert sein. Unsere Definition des „MNK" stützt sich auf folgende Kriterien:

— Die Produktion ist über die Grenzen des Nationalstaates ausgedehnt, in dem sich der Stammsitz und der größte Teil des Kapitals befinden.

— Der grenzüberschreitende Transfer von Waren, Kapital und / oder Arbeit ist auf Dauer organisiert.

— In einer Zentrale wird über Kernfragen der Kapitalstrategie wie Planung und Investition entschieden, trotz rechtlich-organisatorischer Selbständigkeit der Konzernteile und trotz nationaler Aneignung des größten Profitanteils.

Der Prozeß zur Bildung solcher internationaler Monopole nimmt rapide zu: Bereits 1980 sollen — nach übereinstimmenden Schätzungen — zwei Drittel der gesamten Industrieproduktion in der kapitalistischen Welt von etwa 100 MNK kontrolliert werden. Die Konzentration spitzt sich vor allem in den industriellen Wachstumsbranchen zu, wobei sich in jüngster Zeit die Tendenz zu sogenannten Konglomeraten verstärkt. Diese Mischkonzerne reichen bis in den Finanzbereich hinein, wo inzwischen auch nur noch wenige, teilweise miteinander verbundene Banken- und Versicherungsgruppen herrschen. Aus der Vielfalt der Manipulationen und Interventionen, die sich für die MNK ergeben, insbesondere über die Möglichkeiten, Produktion zu verlagern bzw. damit zu drohen, seien hier lediglich diejenigen

erwähnt, die unmittelbar gegenüber der Arbeiterschaft und ihrer Interessenorganisation angewandt werden:

— Ausnutzen des internationalen Gefälles in den Arbeits- und Lohnbedingungen.
— Ablehnung der Gewerkschaften als Organisation oder Pressionen gegen gewerkschaftliche Kader.
— Negation der erkämpften Regelungen bei Kollektivverhandlungen.
— Unterlaufen der verfassungs- und arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen.

Diese lediglich partiell skizzierte multinationale Machtkonzentration stellt für die internationale Gewerkschaftsbewegung ihre bisher größte Herausforderung dar. Um so mehr, als zum einen die Internationalisierung auf der Kapitalseite einen beträchtlichen Zeitvorsprung aufweist und zum anderen die Ziele des Kapitalismus: Profitmaximierung und Expansion überall identisch sind.

Dagegen sind die Interessenvertretungen der abhängig Beschäftigten sowohl in ihren konkreten Zielen als auch in ihren Organisationen schon objektiv schwierig zu internationalisieren. Hinzu kommt, daß die MNK und viele der mit ihnen verbundenen staatlichen Agenturen auf nationaler, regionaler und weltweiter Ebene großes Interesse an der Aufrechterhaltung bzw. Verschärfung der Gegensätze in der internationalen Gewerkschaftsbewegung haben.

Dabei stimmt bei aller — geschichtlich, ideologisch und politisch begründeten — Zersplitterung die Gewerkschaftsorganisation zunehmend darin überein, daß die Entwicklung zu MNK in der kapitalistischen Wirtschaft eine unausweichliche Tendenz ist. Die Zahl derer, die — quer durch alle Richtungen — daraus eine „international aufgebaute Gegenmacht der Gewerkschaften" fordern, wächst in jüngster Zeit ständig. Aber diese große Forderung bleibt solange lediglich eine Deklaration, wie in der Gewerkschaftspraxis nur wenige Ansätze zu einheitlicher Aktion auf internationaler Ebene festzustellen sind.

Dem Anspruch auf internationale Gegenmacht, sei er als „antikapitalistische Konfliktstrategie" oder als „antimonopolistischer Kampf" formuliert, soll in diesem Aufsatz die Wirklichkeit der bisherigen Praxis gegenübergestellt werden. Unsere Problemstellung wird daher weitgehend eine Bestandsaufnahme all der Programmatik und der Aktivitäten erfordern, die von den international wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen entwickelt wurden. Eine möglichst gegenüber allen Ansätzen kritische Deskription scheint mir gerade für die bundesdeutsche Diskussion um so notwendiger, als über die internationale Gewerkschaftsbewegung tendenziell entweder so gut wie keine Informationen bekannt sind oder vorschnell zu definitiven Bewertungen gegriffen wird. Bevor wir allerdings zu der Beschreibung der gegenwärtigen Entwicklung kommen, muß ein zumindest geraffter, historischer Überblick vorangeschickt werden.

2.

Von den ersten internationalen Zusammenschlüssen am Ausgang des 19. Jahrhunderts an vertritt die gewerkschaftliche Bewegung — zunächst im Bündnis, dann tendenziell in Trennung von den sozialistischen Parteien — den Internationalismus.[1] Kaum eine Konferenz, auf der nicht eine Absichtserklärung zur „weltweiten Solidarität" verabschiedet wurde. Aber es blieb im wesentlichen bei Deklarationen, in der Praxis traten die ersten internationalen Organisationen lediglich als „Briefkästen" in Erscheinung. Der dominierende Teil des Industrie- und Finanzkapitals war bis ins erste Drittel des 20. Jahrhunderts national organisiert. Deshalb hatten die Gewerkschaften damals allen Grund, ihren politischen Adressaten im Nationalstaat, hauptsächlich in dessen Parlament, zu sehen.

Die Zersplitterung in der Gewerkschaftsbewegung zeigte sich allerdings bereits 1914, als deren Mehrheit dazu neigte, nationalstaatliche Orientierung mit nationalistischer Exaltation zu verwechseln. Infolge der Oktoberrevolution in Rußland spitzten sich die ideologischen Divergenzen in der Gewerkschaftsbewegung zu konkurrierenden Organisationen auf der internationalen Ebene zu. Neben dem seit längerem mit Sitz in Kopenhagen bestehenden „Internationalen Gewerkschaftsbund" wurde 1921 in Moskau die „Rote Gewerkschafts-Internationale" gegründet.

Erst Faschismus und der Zweite Weltkrieg veranlaßten zwei Weltgewerkschaftskonferenzen 1945 in London und in Paris, zu einer Einheitsstruktur zu kommen. Damit wurde dem in der Arbeiterklasse vieler Länder weit verbreiteten Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Einheit entsprochen. Aber beim Gründungskongreß des „Weltgewerkschaftsbundes" (WGB) im Oktober 1945 fehlte die Christliche Gewerkschaftsinternationale, der 1920 gegründete „Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften", der sich seit 1968 „Weltverband der Arbeitnehmer" nennt. Der heutige WVA war in seiner Entwicklung starken Schwankungen unterworfen. Nach erstem Anwachsen ging er 1945 auf 8 angeschlossene Bünde zurück, um 1970 nach eigenen Angaben auf 74 Mitgliedsbünde anzusteigen[2]. Allerdings verstärken sich gegenwärtig wieder zentrifugale Tendenzen, z. B. Austritte der bedeutendsten Einzelgewerkschaften der zweitgrößten Gewerkschaft Frankreichs CFDT, so daß sich eine tatsächlich starke Mitgliederbasis fast nur noch in den Beneluxstaaten hält. In Anbetracht

1 Vgl. als weiterführende Fundierung dieses sehr gerafften Überblicks u. a. Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 8. erweiterte und korrigierte Aufl., Frankfurt 1972; ferner aus „östlicher" Sicht: G. Bischoff, H. Filipowski, G. Hans, Die internationale Gewerkschaftsbewegung in unserer Zeit. Schriftenreihe des Instituts für Internationale Gewerkschaftspolitik, Gewerkschaftshochschule Bernau 1971; dagegen aus „westlicher" Sicht: G. Lefrand, Le syndicalisme dans le monde, Paris 1969.

2 CMT (französische Abkürzung von WVA), Hrsg. La Confédération du Travail, Faltblatt zum 50jährigen Bestehen, Brüssel 1970, S. 6.

dieser Entwicklung halte ich die Ausklammerung des WVA in diesem Aufsatz für vertretbar und verweise auf die weiterführende Literatur [3]. Die Konzentration auf die beiden anderen internationalen Gewerkschaftsrichtungen scheint mir hier auch deshalb naheliegend, da der WVA einerseits wenig Aktivitäten gegenüber den Multinationalen Konzernen (MNK) entfalten konnte, andererseits wegen jüngster Bestrebungen für die Aktionseinheit nicht zum Kernproblem der Zersplitterung in der internationalen Gewerkschaftsbewegung gehört [4].

Der Einheits-WGB wurde 1945 von führenden mehrheitlich sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften getragen. 65 Organisationen aus 45 Ländern in Vertretung von insgesamt ca. 67 Mill. Mitgliedern waren beteiligt [5]. Es gelang ihm trotz der recht unterschiedlichen politischen Grundauffassungen, sich bis 1949 insbesondere durch Mehrheitsbeschlüsse als Einheit zu erhalten. In dem Maße, wie aus den Ländern Osteuropas große Massen an gewerkschaftlich Organisierten WGB-Mitglieder wurden, kam dieses Prinzip der „kommunistischen Fraktion" unter Führung der sowjetischen Gewerkschaften zugute und begründete ein Mißtrauen bei der „sozialdemokratisch-sozialistischen Fraktion". Aber vor allem der weltpolitisch entfachte „Kalte Krieg" und die gezielten antikommunistischen Interventionen seitens der USA einschließlich deren dominierender Gewerkschaft AFL [6] führten 1949 zur Gründung des „Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften". Dieser IBFG, der sich als Nachfolger des alten „Internationalen Gewerkschaftsbundes" betrachtet, wurde im Oktober 1949 in London auf Initiative führender amerikanischer und britischer Gewerkschafter offiziell ins Leben gerufen. Der „neuen" internationalen Konföderation traten sukzessive die meisten mehrheitlich nichtkommunistischen Bünde bei.

Ferner schlossen sich nahezu alle, traditionell „Internationale Berufssekretariate" (IBS) genannten Internationalen der Einzelgewerkschaften an. Die IBS hatten in der Zwischenkriegszeit — trotz aller Schwierigkeiten — ein reges Eigenleben entfaltet und verhielten sich nach 1945 gegenüber dem im Einheitsgewerkschaftsgedanken gegrün-

3 Ausführliche Beschreibung insbesondere der Europäischen Organisation der WVA bei dem Mitarbeiter des christlichen, größten belgischen Gewerkschaftsbundes CSC, Michel de Grave, Dimension Européenne du syndicalisme ouvrier, Louvain 1968.

4 Vgl. u. a. den Beschluß „Elemente für ein soziales Europa" des 2. Kongresses der FO-WVA, Luxemburg 16.—19. 5. 1972, Vervielfältiger Text (im Archiv des Verfassers).

5 Diese Angaben macht der dem WGB keineswegs wohlgesonnene spätere IBFG-Funktionär Hans Gottfurcht, in: Die internationale Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis zur Gegenwart, Köln 1966 (2. Aufl.), S. 47; vgl. auch: John P. Windmüller, International Trade Union Organisations. Structures, functions, limitations. New York 1967.

6 Vgl. Viktor Agartz, Gewerkschaften und Arbeiterklasse. Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung, München 1971 (Neuauflage (hrsgg. von L. Ziegenbalg), S. 100.

deten WGB mehrheitlich reserviert. Sie waren auf Wahrung ihrer „Autonomie" bedacht. Auf keinen Fall wollten sich vierzehn Berufssekretariate in die zentrale Organisation des Einheits-WGB eingliedern lassen. Deren Führungsorgane gehörten eindeutig zu den Kräften, die für die Gründung des IBFG eintraten.

Damit waren die drei Richtungsgewerkschafts-Internationalen geschaffen, die nach 1949 sowohl weltweit als auch westeuropäisch operieren. Dieser Aufsatz kann sich indessen auf die Weltebene konzentrieren, da die westeuropäischen Strukturen der drei Richtungen an anderer Stelle jüngst beschrieben wurden [7]. Die jeweils mit unterschiedlicher Intensität geschaffenen Organisationen sind insbesondere als Reaktion auf die 1952 einsetzende und seit 1958 verstärkte institutionelle Integration in der „Europäischen Gemeinschaft" zu verstehen. Die vergleichsweise stärkste Organisation war der 1969 geschaffene „Europäische Bund Freier Gewerkschaften" [8] im Europa der Sechs, der jüngst im Februar 1973 nach jahrelangen Kontroversen über die Nachfolgeorganisation in Brüssel aufgelöst wurde. Der neue „Europäische Gewerkschaftsbund" (EGB) umfaßt 17 Konföderationen aus 15 Ländern, die insgesamt fast 30 Mill. Mitglieder vertreten. Von der Mehrheit der Gründerverbände, die alle dem IBFG angehören, wurde das Adjektiv „freie" demonstrativ gestrichen, um sich für einen Beitritt anderer Gewerkschaftsbünde zu öffnen.

Gegenüber den Multinationalen Konzernen haben nur wenige der westeuropäischen Gewerkschaftsorgane [9] eigene Aktivitäten entfaltet. Dazu gehört vor allem der „Europäische Metallgewerkschaftsbund", der Mitte 1971 aus dem „Europäischen Ausschuß der Metallgewerkschaften in der EWG" [10] hervorging. Namentlich seine bisher vier mit der Zentralleitung des Philips-Konzerns geführten „Spitzengespräche" haben Aufsehen erregt [11].

Ohne die Problematik dieser Strategie gegenüber den MNK hier diskutieren zu können, muß doch festgehalten bleiben, daß die vom

7 Volker Jung und Ernst Piehl, Jüngere Entwicklungen in der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung, in: O. Jacobi, W. Müller-Jentsch, E. Schmidt (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1972, Frankfurt/M. 1972, S. 235 ff.

8 Vgl. Statut des EBFG, angenommen vom konstituierenden Kongreß, Den Haag, 23.—25. 4. 1969, Brüssel o. J.

9 EBFG (Hrsg.), Wirtschaftliche und industrielle Konzentrationen. Antwort der Gewerkschaften. Arbeitsdokument zur Jahresversammlung, Düsseldorf, 14.—15. 10. 1970, Brüssel o. J.

10 Europäischer Metallausschuß: Tätigkeitsbericht 1968—1971. Vorlage zur 1. Generalversammlung des EMB am 28./29. 6. 1971 in Brüssel, Brüssel o. J. und EMB: Statut des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes in der Gemeinschaft, beschlossen auf der Sitzung des Europäischen Ausschusses der Metallgewerkschaften am 10. 2. 1971 in Brüssel.

11 Vgl. u. a. EMB-Presseerklärung, 9. 6. 1972; und den EMB-Bericht, in: EBFG, Wirtschaftliche und industrielle Konzentrationen, a.a.O., S. II B 3, in dem das Ziel der Gespräche genannt wird, „... die Solidarität der Arbeitnehmer aller Betriebe zu fördern (und) die gewerkschaftliche Verhandlungsposition in den Betrieben zu stärken ..."

EMB betriebenen Aktionen bisher diejenigen sind, die relativ am stärksten auf westeuropäischer Ebene von der Deklaration zur Praxis übergegangen sind. Innerhalb des WGB konnte sich in dieser Region erst nach jahrelangen Verhandlungen Ende 1965 nur ein „Ständiger Ausschuß der CGIL-CGT" [12] mit einem kleinen Sekretariat durchsetzen, dessen praktische Tätigkeit über die Publikation immer seltener werdender Erklärungen nicht hinaus kam [13]. Hinzu kommt, daß alle Einzelgewerkschaften dieser beiden größten Bünde in Italien und in Frankreich vollkommen selbständig blieben, so daß ihre Initiativen, z. B. gegenüber FIAT-Citroën bilateralen und keinen multilateralen Charakter haben [14].

Dieser strukturelle Überblick schließt nicht die Vielfalt an international „ungebundenen" oder „nationalen" Gewerkschaften in der Dritten Welt [15] ein — auch nicht all diejenigen in den Industrieländern, die außerhalb der drei Internationalen stehen. Beide bewußt begrenzt agierenden Gewerkschaftstypen tragen allerdings zu einer transnationalen Gewerkschaftsstrategie gegenüber den MNK wenig bei und können in der folgenden Bestandsaufnahme außer Betracht bleiben.

II. „IBFG-Richtung"

1. Die internationale Konföderation

Am 1. 1. 1972 zählte der IBFG rund 49 Mill. Mitglieder aus 115 angeschlossenen Organisationen in 91 Ländern, während er am 1. 1. 1969 noch ca. 63 Mill. Mitglieder aus 123 Organisationen in 95 Ländern hatte. [16] Die Abnahme erklärt vor allem der Austritt des unter strikt antikommunistischer Führung von George Meany stehenden US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO im Februar 1969 wegen der Ostkontakte westeuropäischer Gewerkschaftsbünde. Die von der IBFG-Spitze unternommenen Anstrengungen zur „Wiedervereinigung der freien Gewerkschaften, um die 12 bis 13 Mill. organisierter Arbeitnehmer der

12 Vgl. die Selbstdarstellung „Ständiger Ausschuß CGT—CGIL", in: Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer, hrsgg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, Nr. 12/1971, S. 2, und das „Kommuniqué über die Gründung eines Büros des Ständigen Koordinationskomitees der CGT-CGIL in Brüssel", in: Heinz Seeger, EWG-Monopole — gewerkschaftliche Gegenmacht, Frankfurt 1971, S. 76 f.

13 Selbst das vierteljährliche Erscheinen eines Bulletins ist nicht aufrechterhalten worden; vgl. Texte in: Le Peuple, Zeitung der CGT, Nr. 770, die dort seit 1970 nicht mehr zu finden sind. Von der organisatorischen Schwäche des Büros konnte sich der Verfasser bei seinem Besuch im September 1970 überzeugen.

14 Bulletin des Ständigen Komitees der CGIL-CGT, Nr. 5, S. 4.

15 Vgl. den Sammelband von Dieter Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt 1972.

16 IBFG: Tätigkeitsbericht 1969—1971. Vorgelegt zum 10. Kongreß, London, 10.—14. 7. 1972, Brüssel 1972, S. 13.

USA zu gewinnen" [17], schlugen bisher fehl. — Die in der Satzung des IBFG verankerten Regional-Organisationen machten eine unterschiedliche Entwicklung durch. Während die Organisation für den amerikanischen Kontinent (ORIT des IBFG) sich zunehmend verselbständigt, in der weiterhin die AFL-CIO Mitglied ist, was ausdrücklich gegen Art. 19 der IBFG-Satzung verstößt, wurde die „Europäische „Regionalorganisation" 1969 aufgelöst. Eine afrikanische Regionalorganisation soll nach dem letzten Weltkongreß 1972 wiederbelebt werden, um zumindest die gleiche Aktivität — vor allem in multinationalen Bildungsmaßnahmen — zu entfalten wie die asiatische Regionalorganisation. Das organisatorische Hauptproblem besteht aber in der Finanzmisere seit 1969. Deshalb trat in den letzten Jahren eine Schrumpfung des hauptamtlichen Apparates auf, die sowohl die IBFG-Außenstellen als auch das Hauptbüro in Brüssel betraf. Dort waren zum Jahresende 1971 ca. 70 Mitarbeiter beschäftigt. [18]

Die bisherige Politik des IBFG gegenüber den MNK beschränkte sich im wesentlichen auf folgende Aktivitäten: Analysen, Deklarationen und Adressen an Institutionen.

Seit 1968/69 bereitete der Internationale Bund eine „weltweite Erhebung über die Tätigkeit multinationaler Gesellschaften und Mischkonzerne" [20] vor. Der an alle Mitgliedsorganisationen in 95 Ländern versandte Fragebogen kam allerdings lediglich in erheblich reduzierter Zahl zurück. Dennoch wurde auf dieser Grundlage und nach weiteren Vorarbeiten durch den Wirtschafts- und Sozialausschuß des IBFG im Juni 1971 die „Weltwirtschaftskonferenz der freien Gewerkschaften" in Genf abgehalten. Die in einer Arbeitsgruppe diskutierte Sekretariatsvorlage wurde vom Plenum dieser Arbeitskonferenz in Form eines Berichtes verabschiedet [21]. Die Entschließung des 9. Weltkongresses von 1969, die zu einem „Erfahrungs- und Meinungsaustausch über die Praktiken der multinationalen Gesellschaften" aufrief, und der Vorstandsbeschluß vom Dezember 1970, der insbesondere die freie gewerkschaftliche Betätigung in MNK fordert, wurde an alle Mitgliedsverbände verschickt. Der auf dem letzten Londoner Kongreß im Juli 1972 zusätzlich gefaßte Beschluß, eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit den Internationalen Berufssekretariaten — unter Beteiligung gegenüber MNK aktiver nationaler Bünde und Einzelgewerkschaften — ins Leben zu rufen, könnte für die Gewerkschaftspraxis größere Wichtigkeit erlangen. Eine praxisnahe Arbeit über das Anschreiben universaler Institutionen, namentlich der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, hinaus kann der IBFG nur im Verbund mit den Internationalen der Einzelgewerkschaften leisten,

17 IBFG: Tätigkeitsbericht 1969—71, a.a.O., S. 15.

18 Vgl. IBFG: Der IBFG stellt sich der Zukunft — Aufgaben und Programme des Bundes. Vorgelegt zum 10. Kongreß, London 1972.

19 IBFG: Tätigkeitsbericht 1969—71, a.a.O., S. 23.

20 Internationale Gewerkschaftsnachrichten, hrsgg. vom IBFG, 5/1970, S. 2.

21 IBFG: Die Multinationalen Gesellschaften. Bericht Nr. 2 der Weltwirtschaftskonferenz, Genf, 24.—26. 6. 1971, Brüssel 1971.

da letztere unmittelbar mit der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten in den MNK betraut sind.

Die Satzung des IBFG beauftragt dessen Vorstand, die Beziehungen zu den Internationalen der Branchen- bzw. Berufsgewerkschaften festzulegen. Aufgrund dieses Auftrags wurde 1951 das sog. „Mailänder Abkommen" ausgehandelt, das auf dem Brüsseler Weltkongreß 1969 letztmalig überarbeitet und vom IBFG ratifiziert wurde[22]. Darin ist u. a. festgestellt, daß IBFG und die von ihm als autonom anerkannten IBS „ein und dieselbe Gewerkschaftsbewegung verkörpern"; dies bedeute: „die Übernahme der allgemeinen Politik des IBFG durch die Berufssekretariate". Allerdings entspricht die Wirklichkeit nicht dieser Regelung der Beziehungen. Das „Mailänder Abkommen" ist von einer Reihe der Berufssekretariate nicht — wie zum Inkrafttreten vorgeschrieben — ratifiziert worden, z. B. nicht von der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaft (IUL). Der zur Aussprache wechselseitiger Probleme vorgesehene „Gemeinsame Rat" ist bis heute nicht einmal gebildet. Immerhin gibt es informellere Plattformen, auf denen der IBFG zu den meisten anderen Berufssekretariaten kontinuierlich Beziehungen unterhält. Zunächst nahmen IBFG-Vertreter an Kongressen und wichtigen Tagungen der IBS beratend teil, dann fanden einige ad-hoc-Sitzungen über wechselseitig wichtige Probleme statt, und schließlich hielten die Generalsekretäre des IBFG auf den letzten „Allgemeinen Konferenzen der Berufssekretariate" Grundsatzreferate. Auf beiden Konferenzen wurde eine engere Zusammenarbeit für allgemein wünschenswert erklärt und insbesondere eine „Aufteilung der Arbeit in bezug auf die multinationalen Unternehmen"[23] befürwortet. Ob dies überhaupt geschehen kann, wenn — wie jüngst auf der konstituierenden Sitzung der MNK-Arbeitsgruppe — die drei bisher aktivsten Internationalen (Metall, Chemie, Ernährung) abwesend sind, erscheint fraglich.

2. Die internationalen Föderationen

Übersicht

Die ersten Gründungen der Internationalen Sekretariate von Einzelgewerkschaften liegen vor den eingangs erwähnten Verbindungsbüros der Konföderationen und reichen bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück[24]. Nach 1949 wurde ein gemeinsamer Koordinationsausschuß geschaffen, der im wesentlichen das erwähnte „Mailänder Abkommen" vorbereitete. Bis heute bleibt die Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit das auffallende Merkmal der meisten IBS, z. B. hält sich der Generalsekretär der Internationalen Föderation von Chemie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICF) auf nahezu

22 IBFG: Bericht über den 9. Weltkongreß, Brüssel, 2.—8. 7. 1969, Brüssel o. J., S. 25.

23 IBFG: Internationale Gewerkschaftsnachrichten, 8/1972, S. 3.

24 IBFG (Hrsg.): Die Internationalen Berufssekretariate (Selbstdarstellungen), Brüssel ² 1967, S. 5.

totaler Distanz, und selbst der kooperative Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) betont in Statut und Praxis stets seine Unabhängigkeit vom IBFG [25].

Gegenwärtig führt der IBFG 16 Internationale Berufssekretariate als mit seiner politischen Richtung „assoziiert" auf, wobei er seit Oktober 1967 mit der Internationalen Grafischen Föderation keine Beziehungen mehr unterhält, da diese vorher dem Wiederaufnahmeantrag des französischen Bucharbeiter-Verbandes [26] zustimmte, der seinerseits Mitglied im kommunistisch geführten Bund Frankreichs (CGT) ist. Eine Zusammenrechnung der zu verschiedenen Zeitpunkten erhobenen jüngsten Zahlen der 16 IBS ergibt rund 50 Mill. Mitglieder. Allerdings sind diese keineswegs alle der „IBFG-Richtung" zuzuschlagen, weil — wie der IBFG selbst erklärt — „einige Berufssekretariate einen erheblichen Teil von Mitgliedern (haben), die nicht zu den Landeszentralen gehören, die dem IBFG angeschlossen sind" [27]. Eine auf unsere Fragestellung zielende Gewichtung unter den Berufssekretariaten nach ihren Aktivitäten gegenüber MNK ergibt, daß die drei noch detailliert darzustellenden Internationalen IMB, ICF und die IUL eindeutig herausragen. Unter den anderen Berufssekretariaten werden des öfteren noch der Internationale Bund der Privatangestellten, der Internationale Verband der Petroleum- und Chemiearbeiter [28], die Internationale Transportarbeiter-Föderation und die Internationale Föderation Textil, Bekleidung und Leder [29] hervorgehoben.

Die drei bedeutenden Berufssekretariate betreiben eine in auffallenden Nuancen unterschiedliche Politik mit ihren Komitees. Während IMB und IUL politische Entscheidungen über längere Zeit, mit gründlichen Analysen und oft im Verborgenen vorbereiten, liegt dem ICF an mehr spontan beschlossenen, auf die jeweilige Situation bezogenen und spektakulär durchgeführten Aktionen. Für die ersteren liegt das Ergebnis mehr in der kontinuierlich wachsenden Zahl an gefestigten Ausschüssen; dagegen hat der ICF schon mehrere fortschrittliche Präzedenzfälle geschaffen, obgleich das initiierende Komitee kaum noch Kontinuität aufweist. Diese Unterschiede wirken offensichtlich weniger trennend als wechselseitig einigend: Die alle drei in Genf — allerdings bisher nicht unter einem Dach — arbeiten-

25 Vgl.: IMB: Statuten, Genf 1971, Art. 2, S. 2, und die Beiträge der IMB-Vertreter auf dem Londoner IBFG-Kongreß.

26 Die „Fédération Française des Travailleurs des Livres" (FFTL) war schon bis 1952 Mitglied in der Internationalen Graphischen Föderation, vgl. den informativen Bericht in: Gewerkschaftsspiegel, 30/71, S. 42.

27 IBFG: Der IBFG stellt sich der Zukunft, a.a.O., Punkt 52, S. 11.

28 So wurde die „International Federation of Petroleum and Chemical Workers" (IFPCW) nach dem Beschluß, ihr Organisationsfeld auf den gesamten Chemiebereich auszudehnen, zur Konkurrenz der ICF, einer Organisation aus der „gleichen Familie".

29 Englisch: International Textile Garment and Leather Worker's Federation (ITGWF), die im Oktober 1972 drei Fallstudien über dominierende MNK in ihrer Branche erarbeitet haben.

den IBS gelten als die „Mobilisierungs"-Koalition in der IBFG-Richtung [30]. Sie haben durch ihre erfolgreiche Arbeit — gerade gegenüber den MNK — offensichtlich ihre Attraktivität für Nicht-Mitglieder erhöht, was sich am Fall der ehemals christlichen, heute demokratisch-sozialistischen CFDT Frankreichs belegen läßt. Deren Mitgliedsgewerkschaften: Metall, Chemie und Ernährung — und bisher keine andere — sind wie bereits angedeutet nacheinander 1968, 1969 und 1970 dem IMB, der ICF und der IUL beigetreten. Dies geschah trotz heftiger Widerstände seitens der kleineren IBFG-Gewerkschaft FO, — deren Chemiegewerkschaft auch 1970 und deren Lebensmittelgewerkschaft 1972 aus den Internationalen austraten.

2.2 Der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB)

Daten und Strukturen

Die Metall-Internationale — früher auch „Eiserne Internationale" genannt [31], ist das mit Abstand größte Berufssekretariat. Ende 1971 zählte der IMB nach eigenen Angaben in Organisationen aus mehr als 60 Ländern annähernd 12 Mill. Mitglieder. Für seinen weiten Organisationsbereich und seine vielfältigen Aufgaben hat er sich einen vergleichsweise ansehnlichen Apparat mit annähernd 50 Mitarbeitern aufgebaut. Eine Wirtschaftsforschungs-Abteilung fertigte in den vergangenen Jahren hauptsächlich Studien über die sektoralen Konzentrationsentwicklungen an. Zur Zeit gibt es daneben fünf Industrie-Abteilungen: Kraftfahrzeugbau, Elektrotechnik und Elektronik, Schiffbau, Maschinenbau und Stahl. Deren Hauptaufgabe besteht darin, die im mehrjährigen Turnus stattfindenden speziellen Industrie- oder Industriegruppen-Konferenzen vorzubereiten und auszuwerten. Darüber hinaus legt der IMB erstmalig in der internationalen Gewerkschaftsbewegung bereits in seiner Satzung fest, „Weltausschüsse und Arbeitsgruppen für einzelne Gesellschaften oder Gesellschaftsgruppen" [32] zu schaffen. Deren auch in der Praxis schon über mehrere Jahre effektive Arbeit wird in der einschlägigen Literatur zu Recht hervorgehoben. Allerdings schwanken die Angaben über die Zahl tatsächlich funktionierender Weltkonzernausschüsse. Mitte 1972 können wir ganz sicher von sieben in der Automobilindustrie (General Motors, Ford, Chrysler-Simca-Rootes, Volkswagen/Daimler-Benz, Fiat-Citroën-Berliet, Nissan-Toyota und BLMC-Volvo-Renault-Peugeot) sowie zwei in der Elektroindustrie (General Electric und We-

30 Vgl. Der Spiegel, 17. 7. 1972.

31 Nachdem 1893 ein Internationales Büro der Metallarbeiter insbesondere für Mitteleuropa geschaffen worden war, wurde 1904 auf dem 4. Internationalen Metallarbeiter-Kongreß in Amsterdam der Internationale Metallarbeiter-Bund (IMB) gegründet. Nach 1945 wurde dieser ständig mehr zu einer weltweiten Internationale. Auf dem 22. Kongreß im Oktober 1971 wurde der Name in „Internationaler Metallgewerkschafts-Bund" geändert, die Abkürzung IMB blieb die gleiche.

32 IMB-Statuten, Art. 16, a.a.O., S. 7.

stinghouse)[33] ausgehen. Daneben sind weitere seit Jahren im Aufbau, insbesondere in der Landmaschinen- und Traktorenindustrie (International Harvester, John Deere und Massey-Ferguson).

Aktivitäten gegenüber MNK

Den etwa alle vier Jahre zusammenkommenden MNK-Komitees werden vor allem vier Arbeitsziele zugeschrieben. Erstens: möglichst umfassender Informations- und Erfahrungsaustausch, zu dessen Vorbereitung das IMB-Sekretariat Studien verschiedener Art erstellt.[34] Zweitens: Koordination der Kollektivverhandlungen, wobei allerdings bisher weniger eine „Beseitigung der Ungleichheit der Löhne, Arbeits- und Sozialbedingungen" als eine Simultanisierung der Termine für die Tarifverträge vorgenommen wurde. Drittens stehen Solidaritätsaktionen vielfältiger Art von Sympathieresolutionen bei Streiks bis zu kontinuierlicher finanzieller Unterstützung auf dem IMB-Programm. Viertens wurde die „direkte Einwirkung auf die Konzernleitung"[35] mehrfach erprobt und soll in naher Zukunft in regelmäßigen Gesprächsrunden — beispielsweise mit Ford — fortgesetzt werden.

Seit geraumer Zeit wird auf allen Konferenzen und Tagungen des IMB das Problem der MNK diskutiert. Auf den letzten beiden Kongressen im Mai 1968 und Oktober 1971 wurden hierzu zentrale Resolutionen beschlossen. Die führenden Sekretäre bewältigen ein umfassendes Reiseprogramm, um möglichst vielen Mitgliedsorganisationen sowohl theoretische Klarheit als auch praktische Anleitung zu vermitteln. Darüber hinaus führte der IMB besondere Lehrgänge über Fragen der Kollektivverhandlungen und der gewerkschaftlichen Organisation durch. Der Schwerpunkt lag dabei in Zweigbetrieben von MNK in der Automobilindustrie Lateinamerikas.

Aus zwei Gründen vor allem scheinen die MNK-Komitees zuerst in der Autobranche geschaffen worden zu sein: objektiv wegen des hier besonders hohen Konzentrationsgrades[36], subjektiv wegen des Drängens von seiten der amerikanischen Automobilgewerkschaft U.A.W. und der bundesdeutschen IG Metall. Schon seit Mitte der

33 Angaben aus einem Gespräch mit dem Leiter der IMB-Automobilabteilung Burton Bendiner, Genf, Juni 1972.

34 Z. B. die „Erhebung über Arbeitsbedingungen und Arbeitsweise der Betriebe der Traktoren- und Landmaschinenindustrie Europas, Nordamerikas und Australiens", vorbereitet für die 2. IMB-Konferenz 15.—17. 5. 1972 in Brüssel.

35 Vgl. Otto Brenner, Rede auf der Weltwirtschaftskonferenz des IBFG, Juni 1971, in: IBFG: Die multinationalen Gesellschaften, a.a.O., S. 21.

36 Bereits 1960 teilten sich lediglich 12 Weltautomobilgesellschaften diesen Sektor zu 90 % auf, vgl. IMB-Bulletin, 9 (März 1961), S. 15. Otto Brenner wies 1971 darauf hin, daß „die gesamte Automobilproduktion Europas zu 90 % von sieben Firmen ... beherrscht wird", in: Burton Bendiner, Multinationale Gewerkschaftsaktion — die Londoner Tagung der Weltautomobilausschüsse, in: Freie Gewerkschaftswelt, 252 (Juni 1971), S. 11.

fünfziger Jahre wurde in der auch insgesamt politisch progressiven Automobilgewerkschaft der USA, die heute nicht der Konföderation AFL-CIO angeschlossen ist, erwogen, eine Gewerkschaftsstruktur parallel zu den MNK aufzubauen. Auf der 5. Weltautomobilkonferenz des IMB im November 1964 in Frankfurt kündigte der UAW-Präsident Walter Reuther „die Schaffung ... weltweiter Ausschüsse für die führenden Automobilproduzenten ... als historisch" notwendig an[37].

Anderthalb Jahre später hielten im Juni 1966 in Detroit die ersten drei für General Motors, Ford und die Gruppe Chrysler-Fiat-Simca-Rootes Eröffnungssitzungen ab — die anderen folgten nach. Die praktische Arbeit läuft seitdem kontinuierlich über den IMB, speziell über dessen Automobilabteilung. Alle Automobil-Ausschüsse trafen sich auch in speziellen Arbeitsgruppen anläßlich der beiden letzten Weltautomobil-Konferenzen 1968 in Turin und 1971 in London, die jeweils die Arbeitsziele der Komitees durch Setzung von Prioritäten konkretisierten.

Gerade der letzten Konferenz lagen umfassende Arbeitsunterlagen vor. Die Forschungsabteilung der UAW hatte die Unterlagen der Automobilwerke in Lateinamerika auf ihrer Großrechenanlage in Detroit programmiert, während die Datenverarbeitungsanlage der IG Metall alle verfügbaren Angaben über Tarifverträge in Automobilkonzernen Europas und Australiens ausgewertet hatte. Damit liegen in dieser umfassenden Form erstmalig vergleichbare Informationen[38] über Ablauffristen von Kollektivverträgen, über Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen — aufgeschlüsselt pro Konzern in 200 Datenkolonnen — aus 47 repräsentativen Betrieben von 15 MNK vor.

Wahrscheinlich um die Arbeit der Automobilausschüsse näher an die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Kontinenten anzupassen, geht der IMB in jüngster Zeit dazu über, regionale Zusammenkünfte der MNK-Komitees zu veranstalten. So fanden bereits im Dezember 1969 die erste europäische und im Februar 1970 die lateinamerikanische Automobilkonferenz des IMB statt. Im Januar und Juni 1972 trafen sich jeweils in Genf erstmalig westeuropäische Gewerkschaftsvertreter der Automobilkomitees zunächst von General Motors und zuletzt von Ford.

Obgleich die Konzentration in der gesamten *Elektro- und Elektronikindustrie* noch nicht das Ausmaß der Automobilbranche erreicht hat, sind doch bereits über 4 Mill. Arbeitnehmer in nur 32 MNK beschäftigt.[39] Auch hier versucht der IMB durch die Kombination von Branchen-Konferenzen und speziellen Komitees der Herausforderung der MNK zu begegnen. Bereits im Mai 1966 rief die Internationale Vertreter aus den beiden US-Giganten General Electric und

37 IMB-Bulletin, 27 (August 1966), S. 2.

38 IMB: Erhebung über Kollektivverträge und Arbeitsbedingungen in der Automobilindustrie Europas, Nordamerikas und Australiens, Genf 1971.

39 Vgl. IBFG: Wirtschaftliche und soziale Übersicht, Januar — Februar 1971, S. 4.

Westinghouse zu einem ersten informellen Treffen zusammen. Im April 1969 wurde dann der Weltkonzernausschuß für General Electric offiziell in Bogota/Kolumbien gegründet. An dieser ersten Tagung nahmen 37 Delegierte von 18 Gewerkschaften teil, die mehr als 400 000 GE-Beschäftigte aus 10 europäischen sowie nord- und südamerikanischen Ländern vertraten [40].

Nachdem bereits im September 1967 eine Konferenz im Elektrosektor stattgefunden hatte, rief die IMB-Abteilung der Elektro- und Elektronikarbeiter ihre erste Konferenz im Herbst 1970 nach Den Haag ein. Über 80 Delegierte aus den MNK: General Electric/AEG Westinghouse-ACEC, Philips und Siemens-Osram tagten in gesonderten Arbeitsgruppen. [41] Darüber hinaus wurden seit 1969 Besprechungen mit den Konzernleitungen von BBC und Honeywell abgehalten, die noch intensiviert werden sollen [42]. Praktische Folgen aus dieser Übereinkunft sind mir allerdings nicht bekannt.

2.3 Die Internationale Föderation von Chemie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICF)

Daten und Strukturen

Ebenfalls um die Jahrhundertwende, im Jahre 1907, wurde dieses Internationale Berufssekretariat gegründet. In den letzten Jahren wird sein Organisationsfeld von dem bereits erwähnten, vor 1963 auf die Petroleumarbeiter beschränkten IVPC beansprucht; beide Berufssekretariate liegen seitdem in heftigen Streitereien, obleich eine schriftliche Abmachung vorsieht, daß der IVPC „von Organisationskampagnen in Europa (absieht), wo die ICF ihre Basis habe" [43]. Dennoch gelang es der ICF, ihre Mitgliedschaft weltweit zu rekrutieren, und sie zählte „1970 ... effektiv über 3,2 Mill., mit den assoziierten Bruderverbänden insgesamt gut 4 Mill. Arbeitnehmer in 116 Organisationen in 45 Ländern". Ihrem Generalsekretär zufolge hat die ICF 1971 bereits die 4-Millionenschwelle überschritten [44].

Unter den Leitungsorganen ist neben Kongreß und Vorstand die Stellung eines Generalsekretärs ohne Stellvertreter — im Unterschied zum IMB — hervorzuheben. Die ICF-Zentrale erscheint gegenwärtig noch fast als „Ein-Mann-Betrieb", und auch für die technischen Arbeiten gibt es keinen großen Apparat. Die Außenarbeit unterstützen zwei Regionalbüros in Japan und in Lateinamerika, während der 1958 gegründete Chemieausschuß in der EWG vom Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik in Hannover mitverwaltet wird [45].

40 IMB-Bulletin, 33, (Dezember 1969), S. 7.
41 IMB-Nachrichten, 32/1970, S. 2.
42 IMB-Nachrichten 30/1970, S. 2.
43 IBFG (Hrsg.): Die Internationalen Berufssekretariate, a.a.O., S. 61.
44 Charles Levinson, Les syndicats face au défi multinational. Les nouvelles dimensions du syndicalisme, in: PREUVES, 1971. No. 9, S. 112.
45 Vgl. den Bericht von Werner Beck, Bereichsleiter in der IG Chemie-Papier-Keramik, in: Gwerkschaftliche Monatshefte, 7/1971, S. 410; allerdings soll der Brüsseler Ausschuß ab Ende 1972 wieder belebt worden sein.

Für die kontinuierliche Arbeit des ICF sind insbesondere noch drei Industrieabteilungen zu erwähnen, die für die Sparten: Chemie, Gummi und Kunststoff sowie Papier und Papiermasse gebildet worden sind. Diese wählten jeweils zur Geschäftsführung zwei gleichberechtigte Vorsitzende, einen aus Europa und einen aus Nordamerika. [46]

Aktivitäten gegenüber MNK

Seitdem die beiden letzten Kongresse des ICF im Mai 1967 in München und im Oktober 1970 in Kopenhagen „eine verstärkte internationale Zusammenarbeit gegenüber den auf der ganzen Welt vertretenen Konzernen" [47] gefordert hatten, beschäftigten sich alle der nachfolgenden Industriegruppen-Konferenzen mit den MNK. Dabei wurde stets die Notwendigkeit betont, über die „... Praxis kameradschaftlicher Treffen" und den „Austausch zumeist bereits überholter Informationen" hinauszugehen und konkrete Tätigkeitsprogramme gegenüber den MNK verbindlich zu beschließen, z. B. für die Koordination von Tarifverhandlungen in einem Konzern. [48] Da dabei die praktischen Schwierigkeiten — vor allem wegen der Unterschiede in der Tarifstruktur, im Tarifrecht wie in den gesellschaftspolitischen Bedingungen generell — noch sehr groß sind, wurden bisher meist nur kleine Fortschritte erreicht. Auf dem 1967er Kongreß wurden in der Diskussion lediglich zwei erfolgreiche Beispiele für ICF-Interventionen erwähnt, während jedoch allein im ersten Halbjahr 1970 bei 15 Streikunterstützungen durch die ICF-Zentrale meist günstige Ergebnisse für die abhängig Beschäftigten erzielt wurden [49].

Im Vergleich zum IMB hatte der ICF bis 1972 weniger gefestigte Ausschüsse, sondern eher gezielt gegen einzelne Konzerne gerichtete Aktionskomitees, die insbesondere im Verlauf von Streiks entstanden. Solche Aktionskomitees arbeiten seit längerem bei St. Gobain, Michelin, Rhône-Poulenc, Solvay, Shell und seit Mitte 1972 auch bei dem fusionierten Reifenkonzern Dunlop-Pirelli und bei Clark in der Papierindustrie. [50] Anfang 1974 hofft der ICF-Generalsekretär auf insgesamt 20 permanente MNK-Komitees, die sich selbst verwalten sollen; d. h. die Koordination erfolgt jeweils von der größten Mitgliedsorganisation des Landes, in dem der betroffene Konzern seinen Hauptsitz hat. Das ICF-Generalsekretariat hätte dann lediglich technische Hilfsdienste — wie die wichtige Übersetzungsarbeit — zu leisten. [51]

46 Gespräch mit dem ICF-Generalsekretär Levinson, Düsseldorf, Februar 1972.

47 Bericht über den Münchener Jubiläumskongreß zum 60jährigen Bestehen der ICF, in: Welt der Arbeit, 2. 6. 1967.

48 Vgl. ICF-Bulletin, Januar—Februar 1971, S. 13, und A. Kühlwein, Multinationale Konzerne erfordern internationale Kooperation der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Umschau, 1970, H. 9/10, S. 145.

49 ICF-Bulletin, Dezember 1969 — Januar 1970, S. 65; und dasselbe, Januar—Februar 1971, S. 24.

50 ICF-Bulletin, Mai—Juni und Herbst 1972.

51 Levinson, Les syndicats face au défi multinational, a.a.O., S. 114.

Im Ansatz glaubt die ICF-Führung bereits wichtige Erfahrungen im transnationalen Willensbildungsprozeß von beteiligten Gewerkschaften bei der St.-Gobain-Aktion 1969 gemacht zu haben. Das seinerzeit geschaffene Komitee konnte sehr konkrete Ergebnisse durchsetzen, und dessen Arbeit gilt seither als das fortgeschrittenste Beispiel im gesamten ICF-Bereich. [52]

2.4. Die Internationale Union der Lebensmittel- und Genußmittel-Gewerkschaften (IUL)

Daten und Strukturen

Eine „Internationale Union der Gewerkschaften der Lebens- und Genußmittelbranchen" wurde 1920 in Zürich aus einem Zusammenschluß von bereits bestehenden internationalen Sekretariaten für Bäcker, Brauer und verwandte Berufe gegründet. 1961 kam die Internationale Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hinzu. Diese Fusion schuf die heutige IUL. Auf internationaler Ebene gehören ihr gegenwärtig 114 Verbände aus 53 Ländern mit einer Mitgliederzahl von über 1,7 Mill. an. [53] Rund 45 Prozent der IUL-Mitgliedsorganisationen sind „unabhängig", d. h. sie sind entweder keiner Landeskonföderation angeschlossen, oder ihr nationaler Bund gehört keiner „internationalen Richtung" an.

In der Organisation, die üblicherweise einen formal omnipotenten, hier nur alle vier Jahre tagenden Kongreß, einen Vorstand und dessen kleineren Exekutivausschuß umfaßt, spielt das Sekretariat in der Praxis — wie schon bei IMB und ICF — die entscheidende Rolle. In der Personalausstattung zwischen den beiden Vergleichsinternationalen liegend, versucht es sowohl die finanziell kräftigsten Mitgliedsverbände in die Hauptarbeit einzubeziehen, [55] als auch „Branchengruppen" — wie Tabakarbeiter — ihre spezifischen Probleme auf Konferenzen selbst lösen zu lassen.

Aktivitäten gegenüber MNK

Der IUL-Organisations-Bereich ist zwar durch riesige Weltkonzerne (Unilever, Weston, Nestlé, BAT, Oetker u. a.) gekennzeichnet, aber der Konzentrationsprozeß vollzieht sich nicht so spektakulär wie etwa in der Automobilindustrie. Dennoch sind vielfältige Gewerkschaftsaktionen in diesem Bereich bereits seit 1961 im Gange. [56]

52 Vgl. u. a. Charles Levinson, International Trade Unionism. London 1972, insbesondere mit seiner detaillierten Beschreibung und Auswertung des „St.-Gobain-Modells", S. 9 ff.

53 IUL: Die IUL — was sie ist und was sie tut. Zit. als Selbstdarstellungs-Papier, Genf 1972, S. 1 (Im Archiv des Verfassers).

54 Vgl. die Rede des Generalsekretärs Dan Gallin auf dem letzten Gewerkschaftstag der CGIL-Lebensmittelgewerkschaft FILZIAT in Ariccia/Rom, 3. 4. 1971, unveröff. Manuskript, S. 2 (im Archiv des Verfassers).

55 Gespräch mit dem IUL-Sekretär Horst Stasius, Genf, 14. 6. 72.

56 Vgl. u. a. IUL-Selbstverständnis-Papier, a.a.O., S. 4.

Den größten Erfolg bei Solidaritätsaktionen erzielte die Lebensmittelinternationale im September/Oktober 1969 gegenüber der „National Biscuit Company" in den USA. Dort hatte der Verband der Bäckerei- und Konditoreiarbeiter bereits sechs Wochen gestreikt, als Sympathieschreiben von IUL-Gewerkschaften an die Nabisco-Zentrale gerichtet wurden. Vor allem aber legten die drei italienischen Lebensmittelarbeiter-Verbände gemeinsam für eine Stunde in den Filialen von Genua und Mailand die Arbeit nieder. [57] Als ein Aufruf der IUL weitere Aktionen androhte, wurde der Arbeitskampf zugunsten der Gewerkschaft zwei Wochen danach abgeschlossen.

Als Grundlage für die MNK-Aktionen erarbeitete das IUL-Sekretariat Berichte und Studien — im Rahmen seiner Möglichkeiten bei kleiner Mitarbeiterzahl. Immerhin liegen solche Analysen teilweise seit längerem für Unilever, Nestlé und BAT vor. Ähnlich den beiden bereits behandelten Internationalen Berufssekretariaten faßte auch der letzte IUL-Kongreß grundsätzliche Beschlüsse für eine Strategie gegenüber den MNK. So wurde im Juli 1970 u. a. die IUL-Exekutive ermächtigt, Gewerkschaftsvertreter aus einem bestimmten Konzern „... auf einer ad-hoc-Grundlage, wann immer es wegen eines Konfliktes, Zusammenschlusses oder einer anderen Entwicklung notwendig erscheint, zu Tagungen einzuberufen" [58].

Bis Ende 1972 gelang es der IUL, bei Nestlé, Oetker, in der „Internationalen Schlafwagen- und Touristikgesellschaft" sowie in dem Konglomerat Grace — zusammen mit der ICF — Ausschüsse ins Leben zu rufen. [59]

Mit einer Studie leitete die IUL 1970 ihre Aktivitäten gegen das Weltunternehmen Nestlé ein, das im Stammland Schweiz nur einen Bruchteil seines Umsatzes erwirtschaftet. Nach mehreren Vorbereitungstreffen kamen im Mai 1972 rund 40 Gewerkschafter aus verschiedenen Ländern zu einer ersten Konferenz zusammen. Hauptergebnisse waren die offizielle Gründung eines Weltkonzern-Ausschusses und die Aufforderung zu einem alsbaldigen Gespräch an die Schweizer Konzernleitung. Dieses Gespräch fand im Juni 1972 in der Zentrale Vevey statt. Seit der gleichen Zeit laufen intensive Vorbereitungen im Oetker-Konzern. Organisatorischer Rahmen für die Gründung des Weltkomitees war die Konferenz im Oktober 1972 am Hauptsitz in Bielefeld. An ihr nahmen u. a. auch Vertreter der jugoslawischen Land-, Lebensmittel- und Tabakarbeitergewerkschaft teil. Das wichtigste Resultat der Bielefelder Konferenz im Oktober 1972 war es, daß nun auch diesem MNK nicht mehr allein nationale Gewerkschaften gegenüberstehen, sondern „eine Koalition von Gewerkschaften", zu der auch die Lebensmittelverbände der CGT und der CGIL gehören, „wenn es den Erfordernissen entspricht" [60].

57 IBFG: Internationale Gewerkschaftsnachrichten, 21/1969, S. 3.

58 IUL-Nachrichten, 5—7/1970 (Juli—August).

59 Vgl. die unveröff. Unterlagen des IUL-Sekretariats für den 17. Kongreß der IUL, Genf, 29. 1.—1. 2. 1973.

60 So Generalsekretär Gallin in einem ppa-Interview, in: Der Gewerkschaftsspiegel, 21/1972, S. 42.

III. „WGB-Richtung"

1. Konföderation auf Weltebene: Der Welt-Gewerkschaftsbund (WGB)

Daten und Strukturen

Der nach 1949 verbliebene „Richtungs-WGB" führte auf seinem letzten Kongreß 1969 über 134 Mill. Mitglieder aus 51 nationalen Gewerkschaftszentralen, die dem WGB angeschlossen sind, und 12 Föderationen, die den WGB-Berufsvereinigungen angehören.[61] Damit ist heute der WGB zahlenmäßig die weitaus größte Gewerkschafts-Internationale; allerdings rekrutiert sich seine Mitgliedschaft nur zu 10 Prozent aus den kapitalistischen Ländern.[62] Die weitaus überwiegende Zahl kommt aus der SU, deren Riesengewerkschaftsbund WZSPS allein über 93 Mill. Mitglieder in den WGB einbringt.[63]

Zunächst ist eine strukturelle Schwäche dieser Internationale festzustellen: Der WGB hat in den Metropolen des international organisierten Kapitalismus allein in Italien und in Frankreich starke Stützpunkte. Die größte italienische Gewerkschaft CGIL hat — nach eigenen Angaben — gegenwärtig ca. 3,5 Mill. Mitglieder, während die CGT mit ca. 2,5 Mill. ebenfalls der überlegen mitgliedstärkste Bund Frankreichs ist (vgl. die Aufsätze zu Italien und Frankreich in diesem Heft). Dagegen ist die niederländische EVC, die noch 1963 rund 500 000 Mitglieder zählte, heute so gut wie verschwunden, während die luxemburgische FSL, die zur gleichen Zeit immerhin 3500 Mitglieder hatte[64], vor wenigen Jahren in der Einheitsgewerkschaft aufgegangen ist. In großen Einheitsbünden, allerdings als eine — zumindest noch versteckt — diskriminierte Minderheit wirken kommunistische Gewerkschafter — vor allem in der BRD und in Großbritannien. Von der italienischen CGIL, in der eine starke sozialistische Minderheit organisiert ist, gingen seit Beginn der sechziger Jahre Initiativen für eine Regionalisierung des WGB aus. Auf dem Kongreß 1965 scheiterten diese noch am Widerstand insbesondere der sowjetischen Gewerkschaft, für die eine „Dezentralisierung einer Schwächung gegenüber dem westlichen Imperialismus"[65] gleichkäme. Erst auf dem folgenden Kongreß, Oktober 1969, waren die inzwischen durchgesetzten Regionalorganisationen vertreten, und zwar: die „Allafrikanische Gewerkschafts-Föderation", der „Ständige Kongreß

61 Bericht über den 7. Kongreß des WGB, Budapest, 17.—26. 10. 1969 in: UZ, Wochenzeitung der DKP, 13. 11. 1969, S. 11.

62 Vgl. letzte auffindbare, schon etwas veraltete Quelle bei R. Colin Beever, European unity and the trade unions movements, Leyden 1960, S. 68 f.; die angegebene Relation hat sich allerdings bis heute in der Tendenz nicht wesentlich geändert.

63 Sowjetunion heute, 1. 3. 1972, S. 10.

64 Keine „quantité négligeable" für das kleine Großherzogtum, in dem allein der MNK „Arbed" die gesamte Wirtschaft beherrscht; Zahlen bei Laurine L. Hollen, European Labor and the European Economic Community. Swarthmore College, 1963, S. 20.

65 So die dpa — Sozialpolitische Informationen, 5. 12. 1965.

der Gewerkschaftseinheit Lateinamerikas", und die „Internationale Konföderation der arabischen Gewerkschaften"[66].

In der Liste der Teilnehmer wurde das gerade auf Druck der CGIL, aber nicht völlig ihren Wünschen entsprechend gebildete „Regionalbüro Europa" nicht aufgeführt. Diesem Büro in der Prager WGB-Zentrale stehen ein CGIL-Vertreter und ein Repräsentant der sowjetischen Gewerkschaften als gleichberechtigte Leiter vor. Ihm dürfte im Unterschied zu der auf Gewerkschaftseinheit zielenden Struktur in Lateinamerika kaum faktische Bedeutung zukommen, zumal der neuaufgenommene Art. 14 des WGB-Statuts regionale Gewerkschaftsaktivitäten ausdrücklich erlaubt, allerdings „unter Anleitung und in Übereinstimmung mit den Organen des WGB"[67].

Die WGB-Organisation ist in der Praxis ganz auf die Zentrale in Prag, dem Sitz des Sekretariats, zugeschnitten. Über dessen Größe haben wir keine Eigenangaben[68]. Höchstes Beschlußorgan ist der alle 4 Jahre vom Büro einberufene Kongreß. Zweithöchstes Organ ist formal der jährlich tagende Generalrat, während das Büro in seinen etwa vierteljährlichen Sitzungen Richtlinien für die praktische Politik festlegt.

Programmatik und Aktivitäten gegenüber MNK

Wegen der strukturell schwachen Verbreitung des WGB sowohl in den Stammländern der MNK als auch in den peripheren Regionen, die die MNK in Abhängigkeit halten, liegen für den WGB offenbar kaum eigenständige Aktionen nahe. Statt derer vertreten alle Organe und Mitgliedsbünde des WGB seit Jahren[69] zunehmend „die gewerkschaftliche Einheitsfront im Kampf gegen das internationale Monopolkapital". Dabei wird immer wieder an alle Gewerkschaften appelliert, „gemeinsame antimonopolistische Aktionen zu entwickeln"[70].

Zum einen soll im Interesse der Arbeiterklasse so „dem Vormarsch der internationalen Monopole ... wirksam entgegengetreten" werden, zum anderen enthalten „die Aktivitäten auf dem Gebiet der Einigung"[71] einen originären Wert. Im Kampf gegen die internationalen

66 UZ-Bericht, 13. 11. 1969.

67 Vgl. Art. 14 des Statuts des WGB.

68 Sicherlich erreicht das WGB-Sekretariat nicht die Größe der sowjetischen Gewerkschaftszentrale, deren „Referat West" der Internationalen Abteilung allein — nach Breichten von DGB-Delegations-Reisenden — „gut 100 Mitarbeiter" haben soll.

69 Spätestens seit dem 7. Weltkongreß 1969, als die CGIL in einer eingebrachten Resolution die bisherige Politik des WGB „angesichts der monopolistischen Konzentration ... vor allem in Westeuropa" kritisierte, vgl.: Der Gewerkschaftsspiegel, 18/1971, S. 40.

70 Alle Zitate von der 20. Generalstagung des WGB, Berlin/DDR, Dezember 1971, Bericht in: Die Arbeit, Theoretische Zeitschrift des FDGB, Berlin/DDR, 5/1971.

71 Kommuniqué über die Sitzung des WGB-Büro Moskau, 26. 3. 1972, in: Trud, Zeitung des Gewerkschaftsbundes WZSPS, 28. 3. 1972, (dt. Übersetzung von der DGB-Auslandsabteilung, 25. 4. 1972, S. 1).

Monopole kann die national bereits praktizierte gewerkschaftliche Aktionseinheit — wie beispielhaft in Italien und partiell in Frankreich versucht — ihre Entsprechung unter Einbeziehung des WGB auf internationaler Ebene finden.[72] Allerdings wird von dem zitierten CGT-Sekretär in vergleichsweise deutlicher Sprache eingestanden: „... es ist zum aktuellen Zeitpunkt schwierig zu sagen, unter welchen Bedingungen in den multinationalen Konzernen sich die gewerkschaftlichen Kräfte entwickeln werden in Richtung einer spezifischen Struktur"[73].

Wegen dieser offenen Position und wegen der spezifischen Struktur des WGB wird verständlich, warum von den WGB-Gewerkschaften bisher so gut wie keine eigenen Aktivitäten in MNK bekannt sind. Die wenigen Ausnahmen — wie beispielsweise 1971/72 bei Dunlop-Pirelli — geschehen stets in der Absicht, zu Aktionseinheiten zu kommen. Ein aus allen drei italienischen Chemiegewerkschaften und aus einem Teil der britischen „Shop stewards" gebildetes Komitee in diesem Doppelkonzern rief den 9. Juni 1972 zum „internationalen Solidaritätstag gegen die seit der Fusion anhaltenden Massenkündigungen" aus. An ihm beteiligten sich einerseits in Großbritannien knapp 20 Prozent der Dunlop-Beschäftigten, andererseits legten in Italien mehr als 80 Prozent der Pirelli-Arbeiter über mehrere Stunden die Arbeit nieder.[74]

Auf internationaler Ebene nimmt der WGB zur Zeit jede Gelegenheit wahr, um mit den anderen Gewerkschafts-Zentralen ins Gespräch zu kommen. Dies geschieht einmal auf den Plattformen, die sich insbesondere bei den Vereinten Nationen bzw. deren Sonderorganisationen bieten — insbesondere auf der der Internationalen Arbeitsorganisation.[75] Zum anderen regt der WGB immer wieder Konferenzen zu allgemeinpolitischen oder Fachfragen auf internationaler Ebene an, zu denen er weiterhin Einladungen an alle anderen „Gewerkschaftsrichtungen" schickt, auch wenn er bisher stets Absagen oder zum Teil nicht einmal Eingangsbestätigungen erhalten hat.

72 So u. a. CGT-Sekretär André Berteloot in einem Interview für die Zeitung „L'Unitá", wohl wegen seiner programmatischen Bedeutung nachgedruckt, in: Le Peuple, offizielles Organ der CGT, Nr. 892 (16.—30. 4. 1972), S. 30.

73 Berteloot, a.a.O., S. 28.

74 Die Dunlop-Pirelli-Aktion im Juni 1972 war in Großbritannien nicht von den beiden größten Gewerkschaften getragen, da diese darin eine von der WGB-Zentrale gelenkte und gegenüber der ICF konkurrierende Maßnahme vermuteten, — so zwei Vertreter in einem Interview, in: Financial Times, 10. 6. 1972. Auf jeden Fall hat sich im gleichen Monat ein Weltrat der ICF konstituiert, deren Generalsekretär den Aktionstag als „kläglich" bezeichnet hat, in: L'expansion, No 54/1972; während die WGB-Chemiegewerkschaft ihn als „großen Schritt nach vorn" hervorhebt, so in: Information, hrsgg. von der IVG Chemie, 8/1972, S. 1.

75 Um die Möglichkeiten dieser internationalen Behörde direkt wahrzunehmen, hat der WGB ein Büro bei deren Sitz in Genf eingerichtet, wie es der IBFG schon seit längerem unterhält.

Verhältnis zu den Internationalen Vereinigungen der Gewerkschaften (IVG)

Wenn früher von einer WGB-oppositionellen Seite her „die Berufsabteilungen des kommunistischen WGB (die IVG, d. Verf.) als unselbständige Sekretariatsabteilungen"[76] charakterisiert worden sind, so ist dagegen spätestens seit den Strukturbeschlüssen vom Kongreß 1969 — auch hier auf Initiative der CGIL — eine Teilautonomie für die IVG gegeben. Jede „Internationale Vereinigung" der Einzelgewerkschaften hat ihr eigenes Statut und stellt ihr eigenes Budget auf. Letzteres wird dadurch finanziert, daß ihr der WGB schätzungsweise 25 Prozent der von den nationalen Gewerkschaften gezahlten Beiträgen zur Verfügung stellt. Die Sekretariate der IVG, die nicht alle ihren Sitz in Prag haben, halten einmal pro Jahr ein Konsultativtreffen mit dem Sekretariat des WGB ab. In dessen Generalrat sind je ein Repräsentant und die Stellvertreter der IVG vertreten. Die Beziehungen zwischen WGB und IVG waren früher durch beiderseitige Statute festgelegt; heute koordiniert allein das WGB-Sekretariat die IVG-Aktivitäten mit denen der WGB-Organe. Umgekehrt waren die speziellen Forderungen der IVG bis 1969 im allgemeinen Programm des WGB integriert, während erstere jetzt ihre eigenen Programme aufstellen können — allerdings auf der Basis der Wirtschafts- und Sozialprogramme des WGB.

2. *Die internationalen Vereinigungen der Gewerkschaften (IVG)*

Übersicht

Nachdem oben die Neuerungen in den Statuten aufgeführt wurden, müßte nun die gegenwärtige Praxis der IVG dargestellt werden. Dazu haben wir aber bisher — trotz gezielter Anfragen an die zentralen Sekretariate — erheblich weniger Informationen als für die Internationalen der IBFG-Richtung zusammentragen können. Dennoch lassen sich in Umrissen die Aktivitäten dreier IVG gegen die MNK nachzeichnen. Diese IVG arbeiten in hochkonzentrierten Bereichen der kapitalistischen Wirtschaft: Metall, Chemie und Ernährung.

Auf dem 1969er Kongreß des WGB waren 11 Internationale Vereinigungen vertreten, die auch für diese Richtung fast alle wichtigen Bereiche von Industrie (Metall, Chemie, Nahrungsmittel, Bergbau, Bau, Textil) und Dienstleistung (öffentlicher Dieinst, Transport, Handel) abdecken. Daneben gibt es noch die IVG der Lehrer und die der Landarbeiter, aber z. B. keine für Druck und Papier. Deshalb stellte — wie oben angedeutet — die französische CGT-Buchdruckergewerkschaft am Ausgang der sechziger Jahre mit Erfolg einen Wiederaufnahmeantrag in die Internationale Graphische Föderation (IBFG-Mitglied), dem sie bereits bis 1952 angehörte.[78] Die IVG können nach

76 Gottfurcht, a.a.O., S. 149.
77 Leider sind mir hier keine offiziellen WGB-Quellen bekannt.
78 Gewerkschaftsspiegel, 19/1971, 30. 9., S. 42.

der Satzungsrevision von 1969 auch Branchen- oder Berufsgewerkschaften „ohne Rücksicht auf die nationale Mitgliedschaft der betreffenden Organisation" aufnehmen.

Jedem IVG stehen ein Administrativausschuß mit ehrenamtlichen Präsidenten und Vizepräsidenten vor, die nicht als Personen, sondern über Länderorganisationen gewählt werden. Die praktische Leitung obliegt zwei hauptamtlichen Sekretären, die wiederum aus verschiedenen Ländern kommen müssen: In der Regel gibt es je einen Vertreter aus der sozialistischen neben einem aus der nicht-sozialistischen Welt.

Programmatik und Aktivitäten der drei ausgewählten IVG gegenüber den MNK

Die programmatischen Aussagen unterscheiden sich in keiner Weise von denen des WGB. Beide haben das gleiche, seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder in anderen Formulierungen vorgeschlagene Ziel vor Augen: „Gewerkschaftliche Aktionseinheit gegenüber den internationalen Monopolen". Die IVG Metall, auf deren letzter internationaler Konferenz im November 1970 180 Delegierte rund 22 Mill. organisierte Beschäftigte aus 32 Ländern vertraten, ist auch bei der WGB-Richtung die aktivste Berufsinternationale. Auf ihrer 1970er Konferenz in Budapest begrüßte sie „die Treffen, die in Europa immer zahlreicher werden — insbesondere auf der Ebene der Trusts der Sektoren ...". Leider wird über diese nichts Näheres berichtet, außer daß die „auf Einheit gerichtete Arbeit" der IVG Metall „die Beziehungen zu zahlreichen Metallarbeitergewerkschaften des IBFG und des Weltverbandes der Arbeitnehmer beachtlich verstärkt hat"[79].

Uns ist auch aus anderen Kommuniqués nicht ersichtlich, was konkret unter „Beziehungen" zu verstehen ist und zu welchen praktischen Ergebnissen diese für die Gewerkschaftsarbeit geführt haben. Die Vermutung, daß über die Aktivitäten der Metallgewerkschaften der CGIL und der CGT in einigen Konzernen hinaus von der IVG Metall nicht viel unternommen wurde, bestärkt Sinno, der auf der WGB-Tagung im September 1971 eine „noch größere Tätigkeit ... im Rahmen der multinationalen Gesellschaften"[80] von seiner IVG und den einzelnen Industriegewerkschaften fordert.

Die IVG Chemie ist gleichzeitig für den Organisationsbereich der Erdölarbeiter zuständig. Gerade im letzteren Bereich gibt es riesige MNK. Allerdings haben die meisten hiervon ihre Zentralen in den

79 Bericht in der bereits zitierten, in der DDR erscheinenden Zeitung Die Arbeit 5/1971.

80 Rede von Henri Sinno auf der WGB-Tagung, Warschau, September 1971, Konferenzmaterial für die Londoner Konferenz der kommunistischen und Arbeiter-Parteien, 1971, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Internationale Konzerne und Arbeiterklasse, Bd. 2 der Arbeitsmaterialien, Frankfurt/M., 1971, S. 259.

USA oder in Großbritannien, in denen die „WGB-Richtung" nicht vertreten ist. Daher überrascht es kaum, daß die Organe der IVG Chemie bisher hauptsächlich Resolutionen gegen die Ausweitung der US-Invasion in Indochina verabschiedeten und speziell das Zustandekommen bilateraler Konferenzen unter Beteiligung von IBFG-Gewerkschaften begrüßten, wie diejenige vom Oktober 1970 im englischen Hastings für den Sektor Papier und Zellulose.[81]

Auf der letzten Konferenz der IVG Nahrung und Genuß im November 1969 nahmen nahezu 120 Delegierte und 30 Beobachter und Gäste teil[82]. Auch diese Konferenz faßte Resolutionen hauptsächlich zur allgemeinen WGB-Politik und zu einer Vielzahl aktueller politischer Ereignisse.

Diese Lebensmittel-Internationale ist außer in Italien und in Frankreich nur noch in einigen lateinamerikanischen Ländern stark vertreten. Dort geht der Einfluß des WGB auch über den unmittelbaren Organisationsbereich der IVG Nahrung und Genuß hinaus, da kommunistische Gewerkschafter führende Positionen in IUL-Mitgliedsgewerkschaften (IBFG-Richtung) innehaben. Von daher erklärt sich u. a. die bereits angedeutete große Resonanz für „Einheitsgewerkschafts-Initiativen" in diesem fast durchweg von mächtigen MNK, z. B. von der United Fruit-Company, beherrschten Kontinent.

Gerade im Lebensmittelbereich kann man aber trotz aller Bemühungen zur Gewerkschaftseinheit eine nahezu unvermindert heftige Konfrontation zwischen den Internationalen der WGB- und der IBFG-Richtung nachweisen. Mehr noch als in Westeuropa gilt dies insbesondere für Japan, wo die IUL und die entsprechende IVG des WGB seit Jahren im „Patt" sitzen, d. h. beide behindern sich gegenseitig, die Mehrheit der noch vielfältigen, stark konzernbezogenen Organisationen als Mitglieder zu erfassen. Damit sind überregional koordinierte Aktionen gegen die auch in diesem Sektor zu „Weltmächten" aufsteigenden Konzerne Japans oder gegen die dortigen US-Filialen so gut wie ausgeschlossen. Dagegen gibt es einen Konzern in der EWG, die Internationale Schlaf- und Touristikwagengesellschaft[83], wo durch Initiative namentlich der FTGB (deren Bünde einmal dem IBFG und zum anderen der CFDT, dem christlichen Weltverband der Arbeitnehmer, angehören) die jeweiligen Lebensmittelgewerkschaften der CGT und der CGIL im gewerkschaftlichen Aktionsausschuß mitarbeiten.

81 Selbst der seit 1969 amtierende Generalsekretär des WGB, Pierre Gensous, würdigt dieses offensichtlich für den WGB wichtige Ereignis, in: Le Peuple, Nr. 861 (16.—31. 1. 1971), S. 25.

82 IUL-Nachrichten, 1/1970, S. 3.

83 ISTG, meist unter „Wagon-Lits" bekannt; detaillierter Bericht des Ständigen Ausschusses, IUL (Hrsg.), Unterlagen und Protokolle, Paris/Genf 1971.

IV. Schlußfolgerungen

Dem sowohl die „Dritte Welt" als auch die Arbeiterschaft der „Metropole" ausbeutenden, international organisierten Kapitalismus kann die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Praxis nur wirksam entgegentreten, wenn sie sich den MNK in adäquater Struktur entgegenstellt. Dazu bieten die Weltkonzernausschüsse, namentlich die des IMB, der ICF und der IUL, wichtige Ansätze. Sie werden „als erste Strukturanpassung des internationalen Gewerkschaftswesens seit Jahrzehnten"[84] — kurz: als ein Schritt von historischer Bedeutung angesehen. Wenn auch bereits bisweilen allein ihre Existenz nicht ohne Wirkung sowohl auf die Kapitalstrategen in den MNK als auch auf die außerbetrieblichen Gewerkschafter bleibt, so scheinen doch ihre derzeitigen Funktionen für eine antikapitalistische Praxis nicht zureichend. Die bestehenden Formen der MNK-Komitees haben keinerlei eigenständige Entscheidungslegitimation, die Kompetenzstrukturen zu den anderen Gewerkschaftsorganen sind weitgehend ungeklärt; deshalb kamen sie im wesentlichen bisher über ein Forum zum Informationsaustausch nicht hinaus.

Die Politik gegenüber den MNK wird von allen Gewerkschaftsformationen, ob sie der IBFG- oder der WGB-Richtung angehören, noch nahezu exklusiv in den hauptamtlichen Zentralen bestimmt. Mit anderen Worten: Eine Aktivierung auf der Ebene der Betriebe und Konzerne. Informationskampagnen unter den dort abhängig Beschäftigten als Initiierung von internationalistischem Denken fanden kaum statt. Selbst die bloße Präsenz von betrieblichen Gewerkschaftsrepräsentanten ist nicht immer gewährleistet — wenn ja, dann sind letztere auf den nationalen wie internationalen Gewerkschaftskongressen stets minoritär und die „Eingeladenen".

Nicht zu bestreiten ist, daß auch die Gewerkschaften — entsprechend der Politik der Kapitalseite — auf zentraler Ebene Funktionen zu erfüllen haben. Dabei ist aber erstaunlich, daß selbst in der gleichen Gewerkschaftsrichtung offensichtlich noch keine praktisch funktionierende Arbeitsteilung z. B. zwischen IBFG und „seinen" IBS gefunden worden ist.

Lediglich gemäß unverbindlicher Erklärungen sollen sich die IBS auf die „Direktverhandlungen mit den MNK konzentrieren", während der IBFG „dieses Problem bei mehreren internationalen Stellen, vor allem bei der Internationalen Arbeitsorganisation"[85] verfolgen soll.

Das Hauptziel der zentral geführten WGB-Politik ist eindeutig: „Gewerkschaftliche Einheit", zumindest „Einheit in der Aktion". Dies

84 Daniel Benedict, Stellv. Generalsekretär des IMB, in: Christopher Tugendhat, Die Multinationalen, Wien usw. 1972, S. 233.

85 IBFG: Bericht der Weltwirtschaftskonferenz Nr. 2 „Die multinationalen Gesellschaften", a.a.O., S. 12; dafür eignet sich der IBFG mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen.

gilt sowohl für alle Ebenen (national, westeuropäisch und weltweit) als auch für alle Träger gewerkschaftlicher Politik. Den IVG ist z. B. gestattet, Einzelgewerkschaften aufzunehmen, deren Bünde nicht dem WGB angeschlossen sind. Den nationalen Mitgliedsbünden gesteht die WGB-Satzung „Autonomie" zu, aber im Verlauf der letzten Jahre nahm die interne Kritik an der WGB-Politik, namentlich von offizieller Seite der italienischen CGIL, zu. Diese richtet sich im Kern gegen den dominierenden Einfluß der sowjetischen Gewerkschaften. Der sozialistische Flügel der CGIL charakterisierte den WGB in einem Satz: „Er ist mehr und mehr eine reine und einfache Projektion von Staatsinteressen und von der Blockpolitik." [87] Dieses Thema kann in dem Aufsatz nicht vertieft werden, z. B. müßte die Problematik der zunehmenden Kapitalexporte von MNK in sozialistische Staaten miteinbezogen werden [88]. Doch liegt hier eine Ursache für die Schwäche auf internationaler Ebene der national starken WGB-Gewerkschaften in der kapitalistischen Welt. Hinzu kommen neben den externen Faktoren — wie fortdauernde, wenn auch verstecktere Diskriminierung der „Kommunisten" — auch innere Faktoren bei der CGIL und der CGT, z. B. das Dilemma dieser beiden traditionsreichen Bünde, daß ihre Aufrufe zum „einheitlichen Kampf gegen die internationalen Monopole" nicht einmal zu einheitlichen Aktionen zwischen ihnen beiden vermittelt werden. Ihre meist in regelmäßigem Abstand abgehaltenen „gemeinsamen Konferenzen" verlaufen offensichtlich mehr als diplomatisches Ritual mit Deklarationen und Pressekommuniqués als in offener Diskussion unter Kollegen von Brudergewerkschaften [89].

Hinter der Kühle in der Form stehen bis heute Divergenzen in der Strategie gegenüber den MNK: Während die französische Seite insbesondere „auf Verstaatlichungen im nationalen Rahmen" setzt, geht es „den Italienern" mehr darum, „in allen internationalen Entscheidungszentren ... antimonopolistische Interessen wahrzunehmen" [90].

86 Vgl. CGIL-Beiträge auf dem 7. WGB-Kongreß, die z. B. eine „kritische Analyse" des Verhältnisses: Gewerkschaft-Partei-Staat, auch in der sozialistischen Welt, forderten, in: Gewerkschaftsspiegel, 18/1971, S. 40.

87 CGIL-Informations, 19/1969 (März/April), S. 67; vgl. auch die offizielle CGIL-Erklärung: „Die vom WGB eingenommene Haltung gegenüber dem Gemeinsamen Markt (bindet) nicht die nationalen Zentralen, deren Autonomie anerkannt worden ist", in: CGIL-Informations, 7/1967, S. 28.

88 Das Problem „der Abkommen zwischen sozialistischen Ländern und einigen multinationalen Gesellschaften" wird schon seit längerem in der Kommunistischen Partei Italiens diskutiert, vgl. Giorgio Amendola, Rede auf der Londoner Konferenz 1971, in: L'unitá, 13. 11. 1971, und Silvio Leonardi, Beitrag auf dem Moskauer Symposium über europäische Wirtschaftsintegration, in: L'Unitá, 28. 1. 1972.

89 Vgl. u. a. das Kommuniqué, das „nach den Verhandlungen mit der CGT" von der CGIL veröffentlicht wurde, in: Rassegna sindacale, 17/1963, französische Übersetzung in: De Grave, a.a.O., S. 51.

90 Vgl. die ausführliche Diskussion in der italienischen Zeitschrift Politica ed economica, 2—3/1971 und 3/1972.

Zu den Faktoren der gewerkschaftlichen Zersplitterung innerhalb der IBFG-Richtung zählt neben den aktuellen Kontroversen zwischen den „Europäern" und den „Universalisten", neben den Streitigkeiten um die Zuständigkeit gegenüber dem MNK zwischen Konföderation, Föderation und Betriebsvertretern nicht zuletzt der „weltbeherrschende Isolationismus" der amerikanischen AFL-CIO-Führung. Letztere beeinträchtigt von 1945 bis heute jede wirklich internationalistische Gewerkschaftspolitik: Erstens durch die strikte Ablehnung von Beziehungen zu mehrheitlich kommunistischen Gewerkschaften, zweitens durch eine proimperialistische Politik in Lateinamerika, die auch nach dem Programm wachsender Teile der IBFG-Richtung fundamental zuwiderläuft [91], und drittens durch ihre zunehmend protektionistische Strategie in bezug auf die MNK, indem sie nationalen „Anti-Trust-Gesetzen" den Vorzug vor internationalen Solidaritätsaktionen gibt. Die Problematik dieser drei Strategien der AFL-CIO wird nicht nur durch deren finanzielles Potential, sondern auch durch die strukturellen Tatsachen unterstrichen, daß auf absehbare Zeit der überwiegende Teil aller MNK die Entscheidungszentrale in den USA hat.

Im folgenden können nur die wichtigsten Faktoren für die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung summarisch aufgeführt werden:

Nationaler Traditionalismus, geprägt durch die Geschichte des Landes und der eigenen Organisation.
— Konservierte Orientierung auf den jeweiligen Nationalstaat, insbesondere auf dessen Gesetzgebung.
— Fixierung auf eigene Sprache, Terminologie und Verhaltensmuster.
— Unterschiede in den gewerkschaftlichen Organisations- und Finanzstrukturen, in den Systemen der Kollektivverhandlungen und der „Rollen" in Staat und Gesellschaft.
— Gegensätzlichkeiten bzw. verschiedene Akzentuierungen in den Systemen der gewerkschaftspolitischen Interessenvertretung, z. B. zwischen der bundesdeutschen „Mitbestimmung" und der belgischen „contrôle ouvrier".

Unter dem Druck der MNK hat die internationale Gewerkschaftsbewegung möglicherweise erstmals im Kapitalismus die Chance, ihre Zersplitterung aufzuhalten und in einer praxisnahen Strategie sukzessive zu überwinde. Denn durch international koordinierte Streik- und Besetzungsaktionen — wie jüngst im AKZO-Konzern — kann bei den abhängig Beschäftigten in den MNK mehr internationales Bewußtsein geweckt und erfahrbar gemacht werden als durch jahrelang von Vorständen und Konferenzen wiederholte Apelle zur internationalen Gewerkschaftseinheit. Die organisierten Lohnabhängigen vom Glanzstoff-Betrieb in Wuppertal und vom Enka-Werk im hol-

91 Information aus meinem Gespräch mit dem IUL-Generalsekretär Dan Gallin, London, 14. 7. 1972.

ländischen Breda z. B., die beide zum AKZO-MNK gehören, haben in ihren Aktionen von Anfang April bis Ende September 1972 nach einem zunehmend aufeinander abgestimmten Aktionsplan gehandelt. Trotz aller Versuche der Kapitalstrategen, die Arbeiterschaft mit nationalen Vorzugsangeboten gegeneinander auszuspielen, die bei der herrschenden Bewußtseinslage vorübergehend auch Resonanz fanden, kämpften Mitte September doch beide Nationalitäten völlig solidarisch auf das gemeinsame Ziel hin: Rücknahme des Stillegungsbeschlusses durch die Konzernleitung. Und sie hatten „sensationellen" Erfolg, denn wohl zum erstenmal machte ein MNK eine „definitive Entscheidung" aufgrund von transnationaler Arbeitersolidarität rückgängig.

Aus den Erfahrungen der AKZO-Aktion können abschließend zumindest einige der Hauptelemente für eine antikapitalistische MNK-Strategie entwickelt werden:

— Fundamentale gewerkschafts-organisatorische Erfordernisse sind erstens wechselseitige Information und kontinuierliche Kommunikation, zweitens regelmäßige Arbeitstreffen und Austausch von Delegierten sowie drittens ein MNK-Komitee aus Betriebsdelegierten und Gewerkschaftern aus den Zentralen.
— Bei den Forderungskatalogen müssen die jeweiligen Prioritäten simultanisiert und die Termine, z. B. für die Tarifverträge oder Zusatzvereinbarungen, synchronisiert werden.
— Neben indirekten Aktionen, wie Publizitätskampagnen in allen Massenmedien, sind vor allem direkte Aktionen anzustreben: Von Sympathieresolutionen aus Belegschafts-, Vertrauensleute- und Betriebsversammlungen, über die Verweigerung von Überstunden und Sonderschichten bis hin zu Streiks und Betriebsbesetzungen, die allerdings auf die wichtigsten Teilproduktionen gezielt werden müssen.
— Schließlich müssen differenzierte Pressionen auf alle staatlichen Institutionen ausgeübt werden.

Die Erarbeitung einer differenzierten antikapitalistischen Kampfstrategie muß dazu führen, daß der Macht der MNK eine internationale Gegenmacht der Lohnabhängigen entgegensteht.

Besprechungen

Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen — Möglichkeiten — Zielrichtungen. Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik. Hrsgg. v. Inst. f. Marxist. Studien u. Forschungen. Pahl Rugenstein, Verlag, Köln 1971 (348 S., br., 17,80 DM). — zit. (I)

Thomssen, Wilke: Wirtschaftliche Mitbestimmung und sozialer Konflikt. Luchterhand Verlag, Neuwied 1970 113 S., br.). — zit. (II)

Klenner, Fritz: Chance oder Illusion? Zum Problem der betrieblichen Mitbestimmung. Europa Verlag, Wien 1970 (167 S., br., 14,— DM). — zit. (III)

Die Voraussetzungen zum Verständnis der jetzt parlamentarisch zugespitzten Debatten zur Mitbestimmung sind allein im Grundlagenwerk des IMSF gegeben. Hier wird Mitbestimmung in allen Gesellschaftsbereichen als Frage des Klassenkampfes vom Standpunkt der Arbeitenden analysiert und beurteilt. Die Autoren weisen nach, daß die Mitbestimmungsforderung aktueller „Ausdruck der allgemeineren Forderung nach demokratischer, durch die Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen getragene Kontrolle der kapitalistischen Wirtschaft, insbesondere der Produktion" (I, 18) zu werten ist und aus den Klassenkämpfen seit der Durchsetzung der „Zehnstundenbill" in England resultiert. In der BRD entwickelten sich die Kämpfe und Diskussionen seit 1945 gegen die Kräfte und ihren ideologischen Einfluß, die Klassenharmonie oder Sozialpartnerschaft propagieren. Dem wird die Aufgabe, „Positionen, die unmittelbar in die Profit- und Machtsphäre des Monopolkapitals eingreifen" (I, 20) zu erringen, entgegengestellt. Hier wird von der Analyse des Profitsystems ausgehend (I, 31 ff.) die Sprengkraft deutlich gemacht, die von Mitbestimmungsforderungen der Arbeiter und Angestellten ausgehen kann. — Wachsende Bedeutung kommt dabei der „Existenz eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden" zu (I, 31), welche die Strategie der herrschenden Klasse beeinflußt; die „Polarisierung der Sozialstruktur", wodurch die soziale Basis des Kapitalismus verringert wird, verschärft den Klassenkampf und vor allem, „ganz allgemein ausgedrückt, ist die materielle Grundlage zur Realisierung von Mitbestimmungsforderungen der hohe Grad der Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses". Sprengend wirken hier Momente wie die Vergesellschaftung von Leitungsprozessen, der wachsende Qualifikationsgrad der Werktätigen und die Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der Administrations- und Leitungskader ihrem sozialökonomischen Status nach Lohnarbeiter sind.

Dies sind Voraussetzungen dafür, „daß Möglichkeiten institutioneller Mitbestimmung gegen das Kapital genutzt werden können" (I, 34). Über die notwendigen Elemente einer Klassenorganisation verfügt die Arbeiterklasse vor allem in den Großbetrieben mit Gewerkschaftsorganisationen, Betriebsräten u. a.

In einem zweiten grundlegenden Kapitel werden die Mitbestimmungsauffassungen der Gewerkschaften, der SPD und der DKP, vor allem die verschiedenen Strömungen im DGB beurteilt nach ihrem Standpunkt und Einfluß in der Klassenauseinandersetzung. Von großem Nutzen ist die genaue Unterscheidung zwischen der integrationistischen und reformistischen Strömung in den Gewerkschaften, nicht nur weil sich diese beiden ideologischen Richtungen den breitesten Einfluß in den Köpfen vieler organisierter Kollegen teilen, sondern auch wegen der Bestimmung von Anknüpfungspunkten für eine auf politische Veränderung drängende Strategie.

Der erste Teil des Bandes schließt mit der Untersuchung der Strategie der herrschenden Klasse in der Mitbestimmungsfrage, wobei das „Biedenkopf-Gutachten" der Regierung der Großen Koalition in Inhalt und Methode ausführlich kritisiert wird. Im zweiten Abschnitt, dem empirischen Hauptteil, werden Erfahrungen mit bisher verwirklichter Mitbestimmung und Kontrolle in drei westdeutschen industriellen Großbetrieben untersucht. Material aus Statistischen Ämtern, Presse und den Betrieben wurde unter den Aspekten der Kapital- und Produktionsveränderungen in einem Zeitraum von ca. 10 Jahren, über die Beschäftigungs-, Lohn- und Gehaltsstruktur sowie der betrieblichen Konflikte seit 1966 analysiert. Die in dieser Zeit aufgetretenen Konflikte werden nach (zuvor erläuterten Methoden) durch Einzel- und Gruppenbefragungen von Betriebsräten, Vertrauensleuten, Arbeitern und Angestellten verdeutlicht. Die wichtigsten Faktoren in den drei Betrieben (A vermutlich Daimler-Benz AG, B vermutlich BASF AG und C vermutlich Hoesch AG) sind: Eigentumsstruktur, Abhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen, Fusionen und Kooperationen, die angewandte Betriebsverfassung (Montanmitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz, der gewerkschaftliche Organisationsgrad, die jeweiligen betrieblichen Kampferfahrungen seit 1945 und das Verhalten von Arbeitsdirektoren, Betriebsräten und Vertrauensleuten. Für den in betrieblichen Tageskämpfen unerfahrenen Leser dürften die detaillierten Berichte über Arbeit und politische Zusammensetzung der Betriebsräte und Vertrauensleutekörper, über die Rolle dieser betrieblichen Kader insbesondere in harten Auseinandersetzungen und über die Art und Weise, wie sich dort Klassenbewußtsein entwickelt, von besonderem Interesse sein. Es ist entscheidend, „ob die Aktionseinheit der linken Kräfte ... Kristallisationspunkt der Betriebsaktivitäten wird ..., ob diese Aktionseinheit stabil (Werk A) oder weniger stabil (Werk C) ist" (I, 167). Und so wird auch deutlich, „daß die Arbeiter und Angestellten unter ‚Mitbestimmung' zu Recht anderes verstehen als jene untersuchenden Forscher, die unbesehen den institutionellen Mitbestimmungsbegriff übernehmen" (I, 140).

Thomssen ist zuzustimmen, wenn er schreibt: „Aber selbst wenn nach bisherigen Erfahrungen (mit der Montanmitbestimmung, H. M.) nicht gegen geltende Maximen wirtschaftlichen Handelns verstoßen wurde, läßt diese negative Bestimmung die wesentlichere Frage offen, worin die im Interesse der Arbeiterschaft tatsächlich eingetretenen Veränderungen bestehen" (II, 33).

Um diese Frage zu beantworten, versucht er nachzuvollziehen, ob und wie sich das Mitbestimmungs-Gesetz von 1951 bewährt hat. „Gegenüber Aktionärsinteressen an hohen Dividenden scheinen unternehmensbezogene Interessen wie Stabilität und Kontinuität tendentiell mehr in den Vordergrund der Entscheidungsmaximen zu rücken" (II, 37). Der Österreicher *Klenner*, Generaldirektor der größten inländischen Bank, führender Gewerkschafts- und SPÖ-Funktionär, teilt mit Thomssen die Kritik an der Montanmitbestimmung, die in der Aussage gipfelt, „daß sich die Mitbestimmung lediglich in einer Umschichtung des herrschenden Apparates statt in unmittelbarer und lebendiger Demokratisierung einschließlich der Demokratisierung des Apparates selbst vollzieht" (III, 107).

Zweiter Kritikpunkt beider Autoren ist die Beschränkung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene. Als beispielhafte Alternative zu diesem Manko in der BRD beschreibt Klenner Entstehung und Praxis der überbetrieblichen Mitbestimmung in Österreich: „Mißtrauen zwischen den Organisationen" sei abgebaut, eine „Entideologisierung" der Politik erreicht, „Streik zur seltenen Ausnahme" geworden und schließlich habe „die Zusammenarbeit der großen Verbände in der paritätischen Kommission das Bewußtsein der Verantwortung und ein geändertes Selbstverständnis herbeigeführt" (III, 66 f.). An diesem „Erfolg" mißt Klenner die erreichten Positionen der Arbeiterklasse aller Länder in Ost und West. Mit Hilfe einer Mischung aus Karl Marx, Oswald Spengler und Erich Fromm bastelt der Autor eine Art philosophischer Grundlage für seinen Pragmatismus. Danach wirkt die „technische Entwicklung ... der von Marx erstrebten Rückverwandlung der Arbeit zu lustbetonter, schöpferischer Tätigkeit entgegen" (III, 73), und „der Staat kann infolge zunehmender Aufgabenfülle nicht absterben" (III, 74). — Wenn Klenners Darstellungen einen Vorzug haben, so den, daß sich unverblümt die rechtssozialdemokratische und sozialpartnerschaftliche Absicht zeigt, die Arbeiter zum Nutzen der Unternehmer zu integrieren (III, 113) und die wirtschaftliche Mitbestimmung in diesem Sinne als Präventivmaßnahme einzusetzen. — Thomssen ist dagegen kein Verfechter der „Freien Marktwirtschaft"; er leitet vielmehr aus der „prinzipiellen Lenkbarkeit der Wirtschaftsprozesse" die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Mitbestimmung als Gegenmacht ab. Das würde aber „notwendig die Kompetenzen des Staates erweitern" (II, 96), damit würde auch der „technische Apparat" zunehmen, und mit ihm würde „die Demokratisierung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse" (II, 97) in Widerspruch geraten. Bei dieser Gelegenheit stößt Thomssen auf den zweiten, scheinbar nicht lösbaren Widerspruch, den zwischen Produzenten- und Konsumenteninter-

essen (II, 97 und 86). Zum Ausgleich einer vermuteten „Tendenz zum technokratischen Etatismus" bietet er für die betriebliche Ebene einen „Bereich industrieller Autonomie" (II, 98 f.) an, in dem die gedachten Widersprüche zwischen Unten und Oben, Technokratie und Demokratie, derart gelöst werden sollen, daß „Bedürfnisse sich artikulieren können und als praktische Alternativen gegen die bestehenden restriktiven Arbeitsbedingungen auftreten" (II, 99). — Thomssens Denkstudien leiden allgemein unter selbstauferlegten Schwierigkeiten: langwierige und widersprüchliche Darlegung von oft überholten Untersuchungsergebnissen, umständliche Darstellung und Kritik des Dahrendorf-Modells einer „industriellen Demokratie", dessen Neuformulierung als „industrielle Autonomie" einigermaßen unbegründet bleibt; der große Aufwand für eine berechtigte Kritik an dem DGB-Konzept zur Mitbestimmung, das die Strömungen im DGB nicht repräsentiert (vgl. dazu I, 51 ff.). — Am Ende sei noch erwähnt, daß beide Autoren „die spontanen Streiks im September 1969, die gerade in einer mitbestimmten Industrie, der Stahlindustrie, ausgebrochen sind" (I, 53), völlig außer acht lassen. Bleibt zu vermuten, daß diese Streiks dem einen nicht ins Konzept paßten, dem anderen zu konkret waren. Hannelore May (Berlin/West)

Jacobi, Otto, Walter Müller-Jentsch u. Eberhard Schmidt (Hrsg.): Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch 1973. Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/M. 1973 (218 S., br., 4,80 DM).

Ziel dieser Aufsatzsammlung ist es, „die innergewerkschaftliche Diskussion über Aufgaben und Praxis der Gewerkschaften anzuregen" (7). Das Buch gliedert sich in vier Abschnitte: einen Teil zur aktuellen Gewerkschaftspolitik, einen Teil zu Bedingungen, Strategien und Ergebnissen gewerkschaftlicher Politik, zwei Aufsätze aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung und einen nützlichen, weil materialreichen dokumentarischen Anhang.

Jacobi („Wirtschaftliche Entwicklung und Tarifbewegung 1972/73") bringt eine zusammenfassende Darstellung der Lohn- und Preisentwicklung 1972/1973 und eine kritische Wertung der Haltung der Gewerkschaften zur Stabilitätspolitik am Beispiel der Metaller, Drucker, ÖTV und IG Chemie. Er tadelt die naive „Stabilitätskonformität" der Gewerkschaftsführung. Der Glaube an das Märchen der Lohn-Preis-Spirale, der dieser Politik offensichtlich zugrunde liegt, erkennt das Lohnproblem nicht als eine Frage der Macht (17). Kann man der Kritik, die sich mit der Kluft zwischen den Forderungen der Belegschaften und den tatsächlich ausgehandelten Ergebnissen beschäftigt, noch zustimmen, so muß man eine Verurteilung der Gewerkschaft, weil sie sich bei Urabstimmungen an die 75-%-Klausel hält (22), doch zurückweisen. Solche Kritik berücksichtigt nicht, daß diese Klausel aus Gründen der Absicherung vor potentiellen Streikbrechern (das sind maximal noch immerhin 25 %!) ent-

stand. Sie reflektiert auch nicht die Tatsache, daß alle Streik- und Koalitionsgesetze Kampferfolge darstellen, an denen man sich orientieren muß, gerade wenn die Kämpfe auf qualitativ höherer Ebene weitergeführt werden sollen. — Das spektakulärste Problem der letzten Jahre ist das der spontanen Streiks und die Reaktion der Gewerkschaften. Schmidt beschäftigt sich in einer Analyse der letzten zwei Jahre mit dieser Streikform, die Resultat von zu niedrigen Tarifabschlüssen ist. Anhand einiger Beispiele wird diese These verifiziert (Hoesch, Mannesmann, AKZO-Enka). — Von einem Autorenkollektiv wird die spalterische Rolle der heutigen „RGO"-Politik der „KPD" aufgezeigt. Insbesondere kritisieren die Autoren den historischen Eklektizismus dieser Gruppe bei der Aufarbeitung der Weimarer RGO und der Gewerkschaftspolitik der Kommunistischen Partei in dieser Zeit. — Die Rolle der Vertrauensleute, des Betriebsrats und der betrieblichen Gewerkschaftspolitik werden in zwei Artikeln bearbeitet. Das Problem wird exemplarisch anhand der Funktionsweise des Vertrauensleutekörpers in der IG Chemie analysiert; dabei werden aufschlußreiche Vergleiche zur IGM herangezogen. Jedoch kommt die Diskussion, inwieweit das Aufstellen von Gegenlisten eine Schwächung der Gewerkschaften bedeutet, in dem Artikel zu kurz.

Dem vieldiskutierten Thema Gewerkschaften als Ordnungsfaktor widmet sich Müller-Jentsch in seinem Artikel „IG Bau-Steine-Erden: Juniorpartner der Industrie". Unter sorgfältiger Berücksichtigung der besonderen ökonomischen und strukturellen Bedingungen schildert er die Entwicklung und Einwirkungsmechanismen reformistischer und opportunistischer Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung. Das Übernehmen von Integrationsfunktionen durch die IG BSE und die Wechselwirkungen auf die innergewerkschaftliche Demokratie ist einer historischen Analyse unterworfen. — Funke gibt eine präzise Darstellung der gesellschaftlichen und organisatorischen Notwendigkeiten einer Mediengewerkschaft. Er grenzt seine gewerkschaftliche Orientierung scharf von den Standesorganisationen (DJV) ab (114) und entwickelt konstruktive Vorstellungen zum Aufbau einer IG Medien. — Ksiker liefert eine fundierte Analyse zum Problem der Kapitalkonzentration. — Gerlachs Versuch, die ökonomischen und historischen Zusammenhänge der Krisen 66/67 und 73 zu erhellen, bleibt dagegen eher in einem oberflächlichen Zahlenvergleich stecken. — In seinem Aufsatz „Entwicklungen und Widersprüche in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung" versucht Müller-Jentsch eine Auseinandersetzung mit linksradikalen Kritiken. Unter Einbeziehung historischer Einschätzungen der Kampfbedingungen und des Stellenwertes der Gewerkschaftsbasis, aber bei gleichzeitig unzureichender Berücksichtigung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, ist ihm dieser Versuch jedoch nur zum Teil geglückt. Die Vorteile seiner Analyse liegen in der Erklärung der „kooperativen" Gewerkschaftspolitik aus der historischen Situation und den in ihr bestehenden gesetzlichen Einschränkungen gewerkschaftlichen Handelns, z. B. durch das Betriebsverfassungsgesetz (1952) und das duale System der Tarifverhandlungen (154). Der harten Auseinanderset-

zung mit den Nachteilen von regionalen und zentralen Tarifabschlüssen (159) stellt er eine Bestandsaufnahme der Schwierigkeiten, die sich für eine Gewerkschaft im kapitalistischen System ergeben, zur Seite. — Eine sehr interessante zahlenmäßige Aufschlüsselung des Phänomens Aussperrung im nationalen und internationalen Vergleich durch Korrelationsreihen von Streik und Aussperrung gibt Kalbitz. Der politische und ökonomische Stellenwert von Aussperrung (163—165) wird gut herausgearbeitet. Jedoch wird auch hier wieder, wie an einigen anderen Stellen des Buches, der Streik als Kampfmittel überbetont: Streik ist nicht nur die Frage seiner Organisation, sondern sein Erfolg ist auch abhängig vom adäquaten Bewußtsein und der Opferbereitschaft der Beteiligten. So ist die in fast allen Artikeln vorgetragene Kritik an der mangelnden Offensivkraft gewerkschaftlicher Lohnpolitik in der Regel richtig, die Konsequenz ist aber logisch nicht unbedingt ein Streik. Sehr aufschlußreich ist bei Kalbitz (169—172) die exemplarische Differenzierung der Streikbedingungen, unter denen die verschiedenen Gewerkschaften stehen. Der Versuch, den Anteil spontaner Streiks in den historischen Zusammenhang der Arbeiterbewegung einzuordnen und zu gewichten (175), läßt unberücksichtigt, daß nicht jeder spontane Streik aus einem Versagen der Gewerkschaften resultiert. — Schmidt erkennt in seinem Aufsatz über „Die Rolle der Betriebsräte in der Gewerkschaftsbewegung" offensichtlich nicht die Gefährlichkeit des Umschlagens von Kritik in organisierte Opposition innerhalb der Gewerkschaften, die Spaltung und Schwächung bedeutet. Das schließt nicht aus, daß man ihm in einzelnen Punkten voll zustimmen kann, etwa in dem Vorwurf der Unterwerfungspolitik der Gewerkschaften in der Weimarer Republik gegenüber den entstehenden Betriebsräten (180). Es besteht jedoch bei ihm die Tendenz, dem Betriebsrat einseitig die Rolle eines oppositionellen Kontrollinstruments gegenüber den Gewerkschaften zuzuschreiben (179). Das aber würde antigewerkschaftliche Einflüsse fördern. Schmidt gelingt es oft nicht, die richtige Konsequenz aus einer Einsicht zu ziehen: so könnte man der Kritik am Versuch der Gewerkschaftsführung, die Konflikte zwischen Betriebsrat und Vertrauensleuten durch Zentralisierung zu lösen, durchaus zustimmen, wenn sie nicht in eine bloße Gegenüberstellung von „Mitgliedschaft" und „Gewerkschaftsapparat" umschlagen (190) bzw. die Argumentation nicht eine Frontstellung zwischen Betriebsrat und Vertrauensleuten fördern würde (192 f.). — Osterland kritisiert — ähnlich wie Schmidt — die betriebsferne Tarifpolitik am Beispiel der Angestellten, jedoch ohne innergewerkschaftliche Opposition zu fordern. Er wendet sich gegen die Behauptung einer zunehmenden „Verschmelzung" von Arbeitern und Angestellten (195 ff.): Qualifikation, Einkommen, Arbeitsplatzsicherheit und Invalidität machen entscheidende Differenzen deutlich. — Das Problem der ungleichen Bezahlung von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen und die gewerkschaftlichen Aufgaben dazu greift Herlberger auf. Er gabt zunächst eine detaillierte, auch zahlenmäßig aufgeschlüsselte Darstellung der Situa-

tion der Frau im Beruf. Die Kritik an der Gewerkschaft wird durch die letzten Tarifvereinbarungen, bei denen die untersten Leichtlohngruppen gestrichen wurden, teilweise entschärft, behält aber ihre prinzipielle Richtigkeit (212).

Die beiden Aufsätze des dritten Buchteiles schildern Probleme aus Großbritannien und den Niederlanden. Coates verdeutlicht an mehreren Beispielen von „work-ins" die gute Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft, Belegschaft und Bevölkerung. Das Problem der Arbeiterkontrolle wird eingehend diskutiert. Die Taktik der „sozialen Rechnungsprüfung" gibt ebenfalls interessante Aufschlüsse über eine Form des Widerstandes, die alle gegebenen juristischen Möglichkeiten ausschöpft, bevor ein Streik organisiert wird. — Teuling bietet einen historischen Abriß der holländischen Gewerkschaftsgeschichte der Nachkriegszeit. Die Darstellung des AKZO-Enka-Streiks kann als interessantes Komplementärstück zur deutschen Beurteilung des Streiks (bei Schmidt) gelten, wenn auch hier mehr die nationalen Konsequenzen betont werden („neue Ära der niederländischen Gewerkschaften" [256]).

Der internationale Teil des Jahrbuches ist wertvoll, da Parallelen zur westdeutschen Gewerkschaftsfrage gezogen werden können. Jedoch werden die prinzipiellen historischen, ökonomischen und politischen Unterschiede zur BRD nicht immer hinreichend vermittelt. Der junge Gewerkschafter als Adressat des Buches könnte deshalb leicht zu verzerrten Folgerungen gelangen. Rüdiger Lison (Duisburg)

Ohm, Wolfgang: Mitwirkungsbefugnisse in der DDR — Mitbestimmung in der Bundesrepublik. Deutsche Industrieverlags-GmbH Köln, Berichte des Deutschen Industrieinstituts, Heft 13/1972 (57 S., br., 10,20 DM).

Der zunehmenden Bedeutung der Mitbestimmungsforderung in der Bundesrepublik entsprechend, wachsen auch die Bemühungen der Gegner dieser gewerkschaftlichen Forderung, Mitbestimmung entweder als verfassungswidrig und mit der Tarifautonomie unvereinbar darzustellen oder sie unter Hinweis auf die zahlreichen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und Betriebsvertretungen als überholte Frage beiseite zu schieben.

Der Autor der vorliegenden Schrift behandelt das Thema auf der Grundlage der zweiten Variante, wobei er einer summarischen Darstellung der Rechte der Lohnabhängigen und ihrer wirtschaftlichen Organisationen in der BRD die gesellschaftliche Organisation der Arbeit in der DDR gegenüberstellt. Dabei orientiert er sich vorwiegend an der Verfassung und dem Gesetzbuch der Arbeit (GBA). — Gesetze sind spezifischer Reflex ihnen zugrundeliegender, in letzter Instanz ökonomischer Verhältnisse. Ihre Darstellung und Interpretation gelingt daher nur in dem Maße, wie dieser Zusammenhang erfaßt wird. Der Autor beantwortet diese entscheidende Frage,

indem er einleitend einen „dem Wirtschaftsleben immanenten Gegensatz zwischen Kapitalinteresse — sei es nun in Form von privatem Eigentum oder in Form von ‚sozialistischem Eigentum' eingesetzt — und Arbeitnehmerinteresse" behauptet. Der sich unter kapitalistischen Produktionsbedingungen als Klassengegensatz manifestierende Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital erscheint daher für ihn unter sozialistischen Produktionsverhältnissen wieder als Gegensatz von „Plan-, Staats- und Parteiinteresse" (41) einerseits und Belegschaftsinteressen andererseits. — Auf der Grundlage dieser ermittelten ökonomischen Kongruenz der Systeme referiert der Autor anhand der Verfassung und des GBA die Stellung des FDGB zum sozialistischen Staat und zur SED und die gewerkschaftlichen Rechte und Aufgaben auf betrieblicher Ebene. Dabei interpretiert und beurteilt er die behandelten Bereiche allein unter dem Blickwinkel des eingangs scheinbar aus der Natur des Wirtschaftslebens entwickelten Widerspruchs. Veränderungen der betrieblichen Organisation und Leitung der Produktion, wie die Einführung des neuen ökonomischen Systems oder die Einrichtung von Produktionskomitees erklären sich ihm wesentlich aus ökonomischen Mißerfolgen (10) oder politischen Schwierigkeiten (40 f.). Wesentliche Bereiche sozialistischer Demokratie wie der Prozeß der Erarbeitung der Volkswirtschaftspläne, der sozialistische Wettbewerb oder die Neuerwerbungen werden dagegen von der Behandlung ausgenommen wegen ihrer angeblich geringen Bedeutung (3).

Folgt man dem Verfasser, so reichen die Mitwirkungsbefugnisse der betrieblichen Interessenvertretungen in der DDR auch nicht annähernd an die Rechte heran, die in der BRD den Mitbestimmungsorganen zustehen. Dem Autor bleibt der Blick verstellt für die Realität des gesellschaftlichen Systems der DDR, weil er Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schlicht auf den Sozialismus zu übertragen versucht — in der Absicht, die Forderung nach umfassender Mitbestimmung in der BRD zu diskreditieren.

Christian Seegert (Bremen)

Böhm, Franz, und Goetz Briefs (Hrsg.): Mitbestimmung — Ordnungselement oder politischer Kompromiß. Seewald Verlag, Stuttgart 1973, 2. Auflage (234 S., br.).

Das vorliegende Buch enthält „kritische Erwägungen zum Biedenkopf-Gutachten". Der Band wurde zum zweiten Mal aufgelegt, „nachdem die 1. Auflage schon seit längerer Zeit vergriffen ist und andererseits weiterhin eine lebhafte Nachfrage besteht" (4). So zahlreich die Autoren, so unterschiedlich ihr Alter und so umfassend ihr „wissenschaftlicher Kompetenzbereich" (Juristen, Betriebs- und Volkswirtschaftler, Christliche Sozialwissenschaftler) — so einheitlich ihr Standpunkt: Kampf der Realisierung des „Biedenkopf-Gut-

achtens". Wir erinnern uns: im Januar 1970 veröffentlichte die „Sachverständigenkommission zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung" — kurz: die nach ihrem Leiter, dem ehemaligen Manager im Henkel-Konzern und heutigen CDU-Generalsekretär, genannte „Biedenkopf-Kommission" — ihren Bericht, in dem sie u. a. für die Ablehnung der paritätischen Besetzung des Aufsichtsrates nach dem Montanmodell plädierte. Wenn trotz dieses Ergebnisses bürgerliche Wissenschaftler gegen das Gutachten Sturm laufen und Bücher publizieren, muß das seine Gründe haben. Im vorliegenden Sammelband lassen sich die Gründe auf einen Nenner bringen: Wehret den Anfängen!

Der Kampf gegen die Mitbestimmung wird auf drei Ebenen geführt. Erstens: Die Argumentation ist offen reaktionär. So, wenn befürchtet wird, noch mehr Mitbestimmungsrechte schlagen in eine neue „Qualität" (68, 81) um; so, wenn den Gewerkschaften — im Gegensatz zu den Unternehmen — ein kurzer Zeithorizont unterstellt wird, da diese doch nur an den Konsumfonds denken und nicht an das Gemeinwohl (74); so, wenn die Autoren die schwindende Möglichkeit ahnen, bei mehr Mitbestimmungsrechten noch zum Mittel der Aussperrung zu greifen (144); so, wenn sie die Schutzpflicht des Privateigentums hochhalten, weil sonst die „Würde der Person" und die „freie Entfaltung der Persönlichkeit" nicht gewährleistet seien. „Ein Blick über die Grenzen sagt alles" (42); so auch, wenn sie sich zu der Vorstellung bekennen, demokratische Wahlen und Abstimmungen könnten, „wenn sie das einzige Verfahren zur Lösung gesellschaftlicher Probleme werden, zur totalen Politisierung aller Lebensbereiche, zu Chaos und Unwirtschaftlichkeit und schließlich sogar zur Tyrannis führen" (10), man habe dies ja schließlich an den Hochschulen erlebt (25, 182).

Zweitens: Der Klassenantagonismus wird verschleiert. Dies zeigt sich nicht nur an Begriffen wie „Konsumgesellschaft" (25), „Investitionsgesellschaft" (25), „Vollsozialismus" (32) etc., sondern an folgenden Gedankengängen: „In der Wirtschaft sind allerdings freie Einzelplanung, Markt und Preissystem unter bestimmten Nebenbedingungen in der Lage, wesentlich mehr Freiheitsraum durch eine spontane, im Prinzip nicht herrschaftliche Ordnung zu gewähren, als dies demokratischen Mehrheitsentscheidungen möglich wäre. Denn Mehrheitsentscheidungen bedeuten Herrschaft gegenüber der Minorität, die sich fügen muß. Am Markt hingegen können auch Wünsche von Minderheiten zum Zuge kommen, da Uniformität jedenfalls nicht durch die marktwirtschaftliche Ordnung verlangt wird, solange die Minderheit den allerdings mitunter höheren Marktpreis für ihre abweichenden Wünsche zahlen will" (12 f.), oder: „Das Lohnarbeitsverhältnis nimmt mehr und mehr Züge des Mitarbeiterverhältnisses an" (25).

Drittens: Scheinbar wird Partei für die Arbeiterklasse ergriffen, allerdings mit systemstabilisierender, weil integrativer Konsequenz. So erscheint hier das Plädoyer für die Mitbestimmung am Arbeitsplatz (34, 38 f., 104) als Alternative zur sogenannten institutionellen

Mitbestimmung. Die als einzige akzeptierte Mitbestimmungsform „beruht auf dem Gedanken der gegenseitigen Herausforderung, nämlich der Herausforderung von oben durch die Führungskräfte und der Herausforderung von unten durch die Mitarbeiter mit Hilfe eines aktiven Informationsnetzes ... Nur in solcher ‚Kooperation' kann der Arbeitnehmer das Bewußtsein schöpferischer Mitarbeit gewinnen, die ihn zum Subjekt des Arbeitsprozesses macht. Nur so wird das geistige Grundbedürfnis des Menschen nach schöpferischem Einsatz befriedigt und der Kultursinn der Arbeit im industriellen Arbeitsprozeß wiederhergestellt." (34 f.); die institutionelle Mitbestimmung führe hingegen zu „geistiger Frustration des Arbeitnehmers". Gleichzeitig wird den Gewerkschaften der Vorschlag gemacht, sie sollten „ihre Funktion als außenstehende Wächter wahrnehmen, insofern ähnlich der Kirche im Mittelalter gegenüber der weltlichen Macht", denn ein „Cäsaropapismus der Unternehmensleitung darf in seinen möglichen Gefahren für die Freiheit des einzelnen Arbeitnehmers nicht unterschätzt werden." (21) Horst Löffler (Berlin/West)

Fäßler, Klaus: Betriebliche Mitbestimmung. Verhaltenswissenschaftliche Projektionsmodelle. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1970 (163 S., Ln., 22,80 DM).

Die Forderung des DGB nach erweiterter und qualifizierter Mitbestimmung hat in den letzten Jahren eine rege publizistische Tätigkeit der Unternehmerverbände und einer ihr verpflichteten „Wissenschaft" zur Folge gehabt. Sie, denen „Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften einen zentralen Angriff auf unsere wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ordnung" (Ex-BDA-Präsident Balke) darstellen, spielen dabei auf den verschiedensten Klaviaturen. Neben der plumpen Anti-Mitbestimmungspropaganda des Vereins „Sicherheit durch Fortschritt e. V." und Frontalangriffen gegen die Gewerkschaften stehen Alternativmodelle nach dem Muster des BDA-Präsidenten Friedrich, „unterhalb der Parität könne man über alles reden". Da dabei auf Delegations- und Partizipationsmodelle der neueren amerikanischen Betriebssoziologie zurückgegriffen wird, sieht sich auch die Betriebswirtschaftslehre in der BRD und West-Berlin gezwungen, ihre bisher sorgsam gehütete Abkapselung von der Soziologie, Psychologie oder Politologie aufzugeben.

Tastende Versuche in dieser Richtung unternimmt insbesondere eine Gruppe von Hochschullehrern an der Universität München. Neben Edmund Heinen oder dem heute in Mannheim lebenden Werner Kirsch spielt hier vor allem Klaus Fäßler eine Rolle. Wie wenig allerdings die Betriebswirtschaftslehre dabei über ihre rein apologetische Funktion hinauskommt und sich mit einem Bruchteil der in den USA erzeugten Ideologie begnügt, zeigen gerade diese Veröffentlichungen deutlich.

„Wohl kein Problem der öffentlichen Diskussion" berühre — so Heinen — „heute stärker die Sphäre der einzelnen Betriebswirtschaf-

ten als die Diskussion um eine erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer." (11) Die Forderung, „die Konzeption des ‚homo oeconomicus' durch ein realistischeres Modell des Menschen zu ersetzen" (12) und der Verzicht auf die Annahme, daß die „Organisationsteilnehmer" sich passiv zu den von der „Unternehmensleitung" gesetzten Daten verhielten, entspricht der notwendig gewordenen Untersuchung der Beeinflussungsmöglichkeiten dieser „Organisationsteilnehmer". Der Oberbegriff „Manipulation", den Kirsch als Quintessenz seiner „Entscheidungsprozesse" verwendet, beschreibt diese Zielrichtung sehr exakt. Daß diese Betriebswirtschaftslehre sich dabei in Vor- und Nachworten traditionell „wertfrei" gibt, eine „gewisse Ratlosigkeit" (11) bejammert und es ablehnt, „für die eine oder andere Gruppe Stellung zu beziehen", da dies „mit einer wertfreien Wissenschaftsauffassung unvereinbar" sei (148), gehört zum üblichen ideologischen Rauchschleier. Bereits ein Blick in das Literaturverzeichnis, in dem nahezu alle gewerkschaftlichen Veröffentlichungen zur Mitbestimmung (von solchen, die marxistisch orientiert sind, ganz zu schweigen!) fehlen, entlarvt diese angebliche „Wertfreiheit". Die entscheidende Frage des Buches ist — unausgesprochen — die von Erich Preiser: „Niemand wird behaupten können, daß eine Mitbestimmung der Belegschaft mit den Funktionen des marktwirtschaftlichen Prozesses unvereinbar sei ... Offenbar kommt alles nur darauf an, ob und wie weit sich eine Regelung treffen läßt, die die für die Führung des Unternehmens schnelle und selbständige Entschlußbildung auch (sic!) bei einer Mitwirkung der Belegschaftsvertreter gewährleistet." (Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung. Göttingen 1960, S. 62.)

Zur Beantwortung dieser Frage entwirft Fäßler ein differenziertes Gesellschaftsbild: „Die ‚aggressive' Gruppe bildet die Arbeitnehmerschaft, vertreten durch die Gewerkschaften als ihre politischen Interessenverbände. Politische Organe der Arbeitgeber sind die Arbeitgeberverbände. Beide Gruppen (‚pressure groups') versuchen auf den Gesetzgeber Einfluß zu gewinnen." (17) (Demnach werden „aggressive Arbeitnehmer" durch *Interessen*verbände vertreten, während „Arbeitgeber" vornehm ein „politisches Organ" bilden!) Bei der genauen Zuordnung gerät Fäßler allerdings in heillose Schwierigkeiten — bei ihm können „Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ... dem Betriebsrat ... als Arbeitgeber gegenüberstehen" (17) — wahrscheinlich Folge einer „Nivellierung sozialer Klassen und Gruppen" (ebda.). Das gibt unserem Autor Gelegenheit, erkannte Interessengegensätze in das Pluralismuskonzept einzuspannen: „Der Gegensatz von Kapital und Arbeit führte in der Vergangenheit zum offenen Klassenkampf. Heute tritt er in der Mitbestimmungsdiskussion als Interessenstreit zwischen Gruppen in Erscheinung." (17) Freilich sind diese Gruppen doch nicht ganz nivelliert: „Sogenannte Kerngruppen sind zur Zielbildung legitimiert, während Satellitengruppen Einfluß auf die Zielbildung in der Kerngruppe zu gewinnen suchen ... Das Privileg der Kerngruppen leitet sich aus der Wirtschafts- und Rechtsordnung ab. In der Bundesrepublik Deutschland

ist hierfür vor allem das Recht an Eigentum maßgebend." (110) Damit ist der „Anschluß" an die Gutenbergsche Betriebswirtschaftslehre wieder erreicht. Wie weit diese „Wissenschaft", die den Arbeiter bestenfalls als Objekt zu sehen in der Lage ist, allerdings der Realität des Klassenkampfes hinterherläuft, zeigt ein Satz wie der folgende, der unmittelbar nach den „Septemberstreiks" 1969 geschrieben wurde: „Die Möglichkeit der Androhung ‚wilder' ... Streiks stellt ein Machtmittel dar, das in der gegenwärtigen Situation weitgehend an Bedeutung verloren hat." (134) Durch derartige „wissenschaftliche Lücken" aber wird diese Betriebswirtschaftslehre für die Monopole zunehmend uninteressant; sie beziehen ihr „problemsolving" dann lieber gleich von Autoren wie Blauner, Likert, Katz/Kahn u. a.

Fäßlers „Leistung" besteht deshalb im wesentlichen in einer (mageren) Wiedergabe entsprechender amerikanischer Vorbilder. Nach einer Untersuchung verschiedener Unternehmensmodelle auf ihre Tauglichkeit für die „Mitbestimmungsdiskussion" „entdeckt" er das „politische System der Unternehmung", die „Typen des politischen Prozesses" und die „Veränderung der Machtstrukturen" durch „politische Prozesse". Die von Fäßler, insbesondere aber von Kirsch in seinem Buch („Entscheidungsprozesse", Band I—III) wiedergegebenen „Taktiken im politischen Prozeß" sind dabei nicht ohne Interesse für Gewerkschafter, denen daran gelegen sein muß, die Taktiken des Kapitals zu kennen. Freilich ist dieser (einzige) Nutzen des Buches begrenzt durch das der Betriebswirtschaftslehre in der BRD und West-Berlin eigene Nachhinken hinter der Entwicklung der bürgerlichen Wissenschaft um etwa ein Jahrzehnt.

Wolfgang Gukelberger (Berlin/West)

Wehrli, Max: Mitbeteiligung der Arbeitnehmer durch Belegschaftsaktien. Verlag Schultheiss & Co., Zürich 1969 (209 S., br., 30,— DM).

Bereits in der Einleitung dieser Dissertation an der Universität Zürich gibt Wehrli die Zielrichtung seiner Arbeit in wünschenswerter Klarheit wieder: „Während die Konzeption der Mitbestimmung von weiteren sozialen Bindungen des Produktionsmitteleigentums ausgeht, versucht die Mitbeteiligung einer freiheitsrechtlichen Eigentumsentwicklung den Weg zu weisen. Beide, Mitbeteiligung und Mitbestimmung, suchen die Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital zu mildern oder aufzuheben. Beide versuchen auf ihre Weise die Loslösung des Arbeiters aus seiner angeblichen (!) Unfreiheit zu erreichen, wobei die Mitbestimmung die soziale Frage durch eine Beschränkung der Bedeutung des Besitzes an den Produktionsmitteln lösen will, während die Mitbeteiligung die soziale Gerechtigkeit durch eine Aufwertung der Bedeutung des Eigentums anstrebt." (XXIX)

Im weiteren Verlauf finden sich dann nahezu alle alten Bekannten der Unternehmerpropaganda gegen die Mitbestimmung. Da wird bereits das Montanmitbestimmungsgesetz als zu weitgehend bezeichnet; konnten dadurch doch „die Gewerkschaften ihren Machtbereich bis in die Unternehmensleitung hinein erweitern" (17). Da bringt die „Betonung des gewerkschaftlichen Elements ... betriebsfremde Interessen zur Geltung" (17/18) und droht letztlich „eine neue Variante der Sozialisierung ..., die den Weg über den Syndikalismus einschlägt" (18). Auch für Wehrli droht der „beklemmende Marsch in den Kollektivismus", den bereits das „Deutsche Industrie-Institut" beschworen hat. Er sieht in der „Mitbeteiligung" eine „entscheidende ideologische Stärkung des Liberalismus gegenüber den kollektivistischen Tendenzen verschiedener Färbungen" (XXIX). Ohne hier der Gefahr zu unterliegen, die Forderungen des DGB bereits als ausreichend zu bezeichnen, sind gerade solche Bücher eine gelungene Antwort auf jenes „Mitbestimmung ist Integration"-Geschrei, das seit Jahren aus der ultralinken Ecke in großer Lautstärke ertönt.

Der Verfasser sieht in der „Mitbeteiligung" einen Weg, den „Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit (zu) überbrücken" (30), um „die soziale Frage an ihrer wichtigsten Stelle an(zu)packen" (31). Selbstverständlich sollen „die bestehenden Eigentumsverhältnisse ... anerkannt bleiben" (48). Daß es dazu einiger „Opfer" bedarf, erkennt auch die von Wehrli wiedergegebene Sekundärliteratur: „Ohne die Opferbereitschaft der Aktionäre ... ist eine Substanzbeteiligung der Arbeitnehmer nicht denkbar." (48) Daß dabei ein „Leistungsansporn durch eine Belegschaftsaktienbeteiligung" (60) von Seiten der neuen „Miteigentümer" nicht ausbleiben kann, ist für den Verfasser selbstverständlich — mehr noch, „die Belegschaftsaktionäre (werden) in der Regel mit der Verwaltung stimmen".

Wehrli untersucht dann ausführlich die Praxis der „Vermögensbildung", u. a. bei der BASF, der Preußag, der VEBA, Bayer, Eternit, Mannesmann, Rosenthal, Schultheiß und VW. Er zieht schließlich die Bilanz, daß „die bis heute durchgeführten Belegschaftsaktienausgaben ... ohne größere Wirkung geblieben" sind. Eine „wirkliche Konzeption der Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit finde(t) sich nur selten" (203).

„Der wesentlichste Hinderungsgrund eines breiten Erfolges der Belegschaftsaktie ... liegt ganz offensichtlich darin, daß ein großer Teil der arbeitnehmenden Bevölkerung nicht bereit ist, Ersparnisse in Form von Aktienbesitz zu bilden." (206) Der Großteil der Arbeiter und Angestellten hat den Schwindel mit der „Vermögenspolitik" also erkannt — ergo ist die Belegschaftsaktienbeteiligung für den Autor auch keine „taugliche Alternative" zur Mitbestimmungsregelung (208). „Eine überzeugende freiheitliche Konzeption steht weiter aus." (209) Der „Volkskapitalismus" hat — das muß Wehrli am Schluß seines Buches zugeben — die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln nicht verschwinden lassen können.

Wolfgang Gukelberger (Berlin/West)

Hörning, Karl H. (Hrsg.): Der „neue" Arbeiter. Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen. Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/M. 1971 (283 S., br., 4,80 DM).

Die Verschärfung der sozialen Widersprüche und die gewachsene Kampfkraft der westdeutschen Arbeiterklasse in den vergangenen Jahren nötigte vielen bürgerlichen Sozialwissenschaftlern das Eingeständnis ab, daß die Befriedung und Integration der Arbeiterbewegung wohl doch nicht im vollen Umfang geglückt ist. Dieser Umstand hat die fortschrittlichen Kräfte weitgehend davon entlastet, das Hauptschwergewicht in der politischen und wissenschaftlichen Argumentation auf den Nachweis der Existenz der Arbeiterklasse zu legen. Vielmehr komme es heute weit mehr auf die Bestimmung der Kriterien und Grundlagen, der Entwicklungstendenzen, Strukturveränderungen und historischen Aufgaben der Arbeiterklasse an, ferner auf das Erkennen des Kerns bzw. der aktivsten Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer objektiv möglichen Bündnisbeziehungen mit anderen antimonopolistischen Kräften.

Einzig unter diesem Blickwinkel kann der vorliegende Band gewisses Interesse beanspruchen. Sein Herausgeber hat unter der durchaus nicht originellen, schon in den fünfziger Jahren von den Soziologen Zweig, Goldthorpe und Lockwood erhobenen Fragestellung, ob der durch technischen Wandel und ökonomische Prosperität ausgelöste Differenzierungs- und Polarisierungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse möglicherweise zur Entwicklung einer „neuen" Klasse führen könnte, die sich an anderen ideologischen Leitbildern und sozialen Verhaltensmustern orientiert, eine Reihe kurzer Beiträge von Mallet, Goldthorpe, Touraine, Kern, Schumann, Hamilton u. a. zusammengetragen. Gemeinsames Kennzeichen all dieser Autoren ist ein mechanistischer, nicht von dem konkreten Prozeß der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit ausgehender Grundzug in ihren Veröffentlichungen, der sie deshalb auch kaum abhebt von der bürgerlichen Arbeitssoziologie. Am markantesten tritt dies wohl in dem theoretischen Ansatz Mallets zutage, dessen Einfluß — neben André Gorz — auf progressive sozialdemokratische Kreise nicht nur in Frankreich unbestreitbar ist. Die „neue" Arbeiterklasse — von Mallet zur „sozialistischen Avantgarde" (198) hochstilisiert — setzt sich seiner Meinung nach aus Automationsarbeitern, Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern in den sog. Wachstumsindustrien zusammen. Der revolutionäre Impetus dieser Gruppen erwächst für ihn automatisch aus dem Widerspruch von „hohem Verantwortungsbewußtsein und einem Sinn für Initiative" (Mallet), über welchen diese Berufsangehörigen verfügen müssen und den restriktiven Möglichkeiten, diese Fähigkeiten in Betrieben mit kapitalistischen Herrschaftsstrukturen zur Geltung bringen zu können. Nun besteht zwar kein Zweifel daran, daß dieser Widerspruch tatsächlich eine wichtige Quelle politisch-sozialer Lernprozesse bei hochqualifizierten Arbeitern und Technikern sein kann, doch ist für Mallets Konzeption ihr technologischer Determinismus typisch. Für ihn wird die Entwick-

lung des Klassenbewußtseins und -kampfes ausschließlich zu einer Resultante des Wirtschaftswachstums und des technologischen Fortschritts (199). Produktionskonflikte und nicht mehr der konkrete Gegensatz von Kapital und Arbeit bestimmen deshalb nach Mallet auch das politische Verhalten der „neuen" Arbeiterklasse. Auf welch schmaler Basis der Führungsanspruch dieser vermeintlichen Arbeiteravantgarde tatsächlich stehen würde, versuchen Horst Kern und Michael Schumann vom Göttinger SOFI nachzuweisen. Nach ihren Untersuchungen in mehreren strukturbestimmenden Industriezweigen würden selbst in den technisch fortgeschrittensten Produktionsbereichen zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallende Teilgruppen der Belegschaft Positionen einnehmen, die, wie etwa die Meßwartentätigkeit, ein relativ hohes Qualifikationsniveau verlangt, während die breite Masse der Arbeiter auch in diesen Bereichen lediglich repetitive Teilarbeiten verrichte und deshalb den laut Mallet bewußtseinsbildende Prozesse auslösenden Widerspruch kaum am eigenen Leibe erfahren könne (201). An Hand einer empirischen Studie von Jacques Leenhardt wird auch sichtbar, daß der Kampf der „neuen" Arbeiterklasse gegen hierarchische Betriebsstrukturen durchaus im Einklang mit den Prinzipien einer kapitalistischen Unternehmensführung stehen kann und nicht automatisch einen Sprengsatz zur Beseitigung der Profitgesellschaft darstellen muß. Im Mittelpunkt der Forderungen streikender, übrigens ausschließlich von der Gewerkschaft CFDT (Hauptprogrammpunkt: Arbeiterselbstverwaltung) angeleiteten Arbeiter, Techniker und Ingenieure in einem französischen Betrieb der elektronischen Industrie stand — so ermittelte Leenhardt — die Einrichtung von Arbeiterkomissionen, die in erster Linie die durch das Versagen des Managements verlorengegangene Rentabilität und damit Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens wiederherstellen und zu diesem Zweck eine „verantwortlich handelnde Betriebsgemeinschaft" aktivieren sollten (230).

Nun bleibt es sicher das Geheimnis nicht allein der französischen Neoreformisten und Syndikalisten, wie der Anspruch einer „sozialistischen Avantgarde", die das zentrale Problem der politischen Macht schlichtweg ausklammert, auch noch unter unablässig betonter Berufung auf Marx legitimiert werden soll. Spätestens hier wird auch deutlich, daß die Kritik an der Theorie der „neuen" Arbeiterklasse nicht von akademischen Motiven bestimmt wird, sondern daß diese Konzeption das Fundament für die Entwicklung politischer Strategien abgibt, die den Zugang zu marxistischen Positionen sehr erschwert.

Norbert Steinborn (Berlin/West)

Koppel, Helga: Klassenkämpfe in Italien heute. Marxistische Taschenbücher Reihe „Marxismus aktuell", Bd. 52. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1972 (106 S., br., 4,— DM).

Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um die gewerkschaftliche Einheit in Italien. Dokumente — Statistiken — Analysen. Hrsgg. v. Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/M. 1972 (398 S., br., 18,— DM).

In dem Maße, wie in der BRD das Interesse für die Arbeiterbewegung wächst und die internationale Kapitalverflechtung zunimmt, gewinnt auch die Vermittlung der Erfahrungen der Klassenkämpfe in andern kapitalistischen Ländern an Bedeutung. Diese Aufgabe stellt sich das Buch von Helga Koppel, das in Zusammenarbeit mit dem Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) entstanden ist und die Klassenauseinandersetzungen in Italien seit 1969 behandelt. Schwerpunkte der Untersuchung sind die Arbeitskämpfe in den Großbetrieben und der Kampf der italienischen Arbeiterbewegung um die gewerkschaftliche Einheit.

Der Band beginnt mit einem kurzen für das Verständnis dieser Ereignisse unerläßlichen Überblick der ökonomischen Entwicklung Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung seit dem antifaschistischen Widerstandskampf 1943. Die Darstellung der „Arbeitskämpfe und Probleme der italienischen Arbeiterbewegung 1969 bis 1971" ist klar aufgebaut. Zunächst umreißt Koppel die Ausgangsbedingungen der heftigen Streikbewegung Ende der sechziger Jahre: die wirtschaftliche Situation der Arbeiterklasse, die zu einem großen Teil aus einem Heer von Emigranten aus dem Süden des Landes besteht und sich, von Arbeitslosigkeit bedroht, mit niedrigen Löhnen und drückenden sozialen Bedingungen abfinden muß.

In den Großbetrieben stehen die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt der wachsenden Empörung der Arbeiter. Zugleich werden die organisatorischen Voraussetzungen der italienischen Arbeiterklasse dargestellt; besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den sich in diesem Zeitraum bildenden neuen innerbetrieblichen Organisationsformen. Aus diesen Bedingungen entwickelt Koppel folgerichtig die Hauptforderungen der Arbeitskämpfe, die nicht mehr nur auf höhere Löhne und auf Verkürzung der Arbeitszeit zielen, sondern gewerkschaftliche Rechte in den Betrieben umfassen.

Die Autorin schildert schließlich exemplarisch den Verlauf und die Erfolge der Klassenauseinandersetzungen des Jahres 1969. Dazu gehören neben den Arbeitskämpfen in den Betrieben ebenso die außerbetrieblichen Kämpfe für Strukturveränderungen des Wohnungsbaus, des Gesundheitswesens und der Ausbildung. Vor allem für diese Verbesserungen bedurfte es der Gewerkschaften und einer allgemeinen demokratischen Bewegung. Ein großer Erfolg für die

italienische Arbeiterbewegung ist die sich abzeichnende Kooperation der bisher meist gegeneinander konkurrierenden Gewerkschaften.

Wegen des übersichtlichen Aufbaus und der leicht verständlichen Ausdrucksweise empfiehlt sich dieses Bändchen sicherlich für einen breiten Leserkreis als lohnende Einführung in diesen Themenkomplex. Wer sich weitergehende und speziellere Informationen über diese Probleme verschaffen will, der sei auf die dieser Studie zugrunde liegenden „Arbeitsmaterialien des IMSF" verwiesen, die eine Fülle von Dokumenten, vor allem der italienischen Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften und der Italienischen Kommunistischen Partei, sowie Statistiken und Analysen enthalten.

Johannes Rohbeck (Berlin/West)

Schneider, Peter (Hrsg.): Die Klassenkämpfe in Italien. Kursbuch 26. Wagenbach Verlag, Berlin/West 1971 (187 S., br., 7,— DM).

Dreßen, Wolfgang (Hrsg.): Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung. Sozialistisches Jahrbuch 2. Rotbuch 23. Wagenbach Verlag, Berlin/West 1970 (240 S., br., 8,50 DM).

Rieland, Wolfgang (Hrsg.): Fiat-Streiks. Massenkampf und Organisationsfrage. Schriften zum Klassenkampf Nr. 16. Trikont Verlag, München 1970 (143 S., br., 7,50 DM).

Sofri, Adriano, u. Luciano Della Mea: Zur Strategie und Organisation von „Lotta continua". Internationale Marxistische Diskussion 18. Merve Verlag, Berlin/West 1971 (118 S., br., 5,— DM).

Seit den Höhepunkten der Klassenkämpfe in Italien der Jahre 1968/69 sind auf dem deutschen Büchermarkt eine Reihe von Publikationen erschienen, die hinsichtlich ihres Aufbaus, ihrer Quellengrundlage und ihrer Zielrichtung große Ähnlichkeit haben. Es handelt sich dabei um Aufsatzsammlungen, in denen anfangs italienische Autoren, die sich meist als Anhänger außerparlamentarischer Studentengruppen verstehen, Beobachtungen und Erfahrungen mitteilen, die sie während der Streikbewegung Ende der sechziger Jahre sammeln konnten. Diese Berichte werden oft durch Beiträge deutscher Autoren ergänzt, die in der Regel eine generellere Analyse und Beurteilung der zuvor geschilderten Ereignisse versuchen, sich dabei jedoch ausschließlich auf diese Quellen stützen. Es ist zu vermuten, daß sie zu gleichen Ergebnissen kommen wie die von ihnen zugrunde gelegten italienischen Vorlagen. Tatsächlich läßt sich dies am Beispiel der oben genannten Titel zeigen.

Das Trikont-Buch veröffentlicht neben ausführlichen Streikberichten eine Umfrage unter Fiatarbeitern sowie einen Interpretationsversuch der Antworten durch den Herausgeber. Im „Rotbuch" behandeln Aufsätze von Mandel, Korsch, Gorz u. a. allgemeine Probleme der

Arbeiterbewegung. Neben zwei Berichten über Streiks in Italien und Frankreich enthält der Band außerdem Beiträge zur Gründung italienischer Studentenparteien, die in verstreuten Bemerkungen des Herausgebers kommentiert werden. — Die Publikation des Merve-Verlags beschränkt sich von vornherein auf zwei Programme der von Studenten erst während der Arbeitskämpfe in Italien gegründeten Gruppe „Lotta continua". — Das „Kursbuch" schließlich beginnt mit kurzen Skizzen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Italiens, berichtet über die italienische Streikbewegung der letzten Jahre und über eine Häuserbesetzung einiger Studentengruppen. Gleichsam als Kernstück für den deutschen Leser folgt ein Aufsatz des Herausgebers Peter Schneider mit dem Titel „Die Massen, die Gewerkschaften und die politischen Avantgarden".

Anhand dieser Texte läßt sich ein Stück Rezeptionsgeschichte rekonstruieren. Schon ein erster Vergleich zeigt, daß die italienischen Intellektuellen, solange sie den Verlauf der wirklichen Ereignisse wiederzugeben versuchen, noch relativ differenzieren. Handelt es sich um programmatische Erklärungen oder um theoretisierende Auseinandersetzungen der einzelnen Studentengruppen untereinander, geht der Bezug zur Realität allerdings zunehmend verloren, auch wenn dabei die Funktion der Legitimation einer falschen Praxis erhalten bleibt. — Ganz anders verhält es sich in der deutschen Rezeption dieser Texte: Hier läßt sich darüber hinaus beobachten, wie einzelne Vorgänge aus dem Zusammenhang gerissen und vorschnell verallgemeinert werden, wie die Problematik verkürzt und die Argumentation zusehends verändert wird und eine neue Funktion erhält.

Luciana Castellina und Francesco Ciafaloni versuchen in ihren Analysen der Arbeitskämpfe bei FIAT („Bericht über Fiat", Rotbuch; „Die Gewerkschaften und der Kampf der Arbeiter in Turin", Kursbuch), der Problematik der Gewerkschaften und ihrer Schwierigkeiten angesichts der stürmischen Entwicklung der Streikbewegung vor allem in zweierlei Hinsicht gerecht zu werden. Zunächst skizzieren sie die historische Entwicklung der italienischen Gewerkschaften, wie die im antifaschistischen Widerstand gebildete Einheit bald verloren ging, wie darauf Jahre des Mißerfolgs, der Verfolgung und Unterdrückung folgten und wie sich die Gewerkschaften Anfang der sechziger Jahre langsam erholten und mühsam, die ersten Streiks organisierend, in den großen Betrieben wieder Fuß faßten. Daraus erklärt sich die relative Schwäche der Gewerkschaften und ihre aus der Erfahrung gewonnene Vorsicht zu Beginn der Arbeitskämpfe 1968/69. Aus der historischen Entwicklung folgt für die genannten Autoren, daß die Gewerkschaft die einzige in der Arbeiterklasse verankerte Macht ist, die in Kleinarbeit die Organisation geschaffen hat, die die folgenden großen spektakulären Streiks vorbereiten und führen konnte. So resümiert Castellina: „Schließlich ist diese Explosion auch Ergebnis der langen und geduldigen Arbeit, die die Gewerkschaft leistete, um das Netz der Organisation zu erneuern, den Klassenkampf in die Arbeiterbewegung wieder hineinzutragen und eine Perspektive zu entwickeln, für die es zu kämpfen lohnt" (Rot-

buch, 84). Angesichts der Tatsache, daß die Streikbewegung durch die Führung der Gewerkschaft Erfolge zu verzeichnen hatte, wie Lohnerhöhungen, Veränderung der Arbeitsbedingungen, Einführung und Sicherung der Arbeiterkontrolle in den Betrieben, und die Gewerkschaften während und nach der Streikbewegung zunehmend an Einfluß gewannen, was sich nicht zuletzt im Mitgliederzuwachs niederschlug, ist ebenso für Ciafaloni klar, daß allein die Gewerkschaft eine Perspektive hat und „fähig ist, die Arbeiter in naher Zukunft zu koordinieren" (Kursbuch, 70).

Die beiden Berichte differenzieren zwischen den tragenden Arbeiterschichten der Klassenkämpfe: auf der einen Seite die norditalienischen Arbeiter, meist qualifizierte Facharbeiter, die in der Regel Erfahrungen in der Arbeiterbewegung sammeln konnten; andererseits eine riesige Zahl von Immigranten aus dem Süden Italiens, die wenig qualifiziert und kaum gewerkschaftlich organisiert sind. Aus dieser Situation erklärt Castellina den Konflikt der Gewerkschaft: Die Streikphase 1968/69 wird nicht spontan von den neuen Arbeiterschichten ausgelöst (Rotbuch, 88), sondern von den Gewerkschaften vorwiegend mit den erfahrenen Arbeitern vorbereitet und initiiert. Die Ziele sind bereits sehr fortschrittlich: neben Lohnerhöhungen vor allem Veränderung der Arbeitsbedingungen und die Kontrolle der Produktion durch Arbeiterdelegierte. Ergreift die Streikbewegung in der zweiten Phase die aus dem Süden eingewanderten Hilfsarbeiter, die infolge ihrer materiellen Not und mangelnden Erfahrung einseitig auf reine Lohnerhöhung drängen, muß die Gewerkschaft sich entscheiden, entweder zwar berechtigten, aber nur durch weitergehende Maßnahmen realisierbaren Lohnforderungen nachzugeben oder auf ihren qualitativen Forderungen zu bestehen. Sie entscheidet sich zugunsten der zweiten Lösung, um „zu verhindern, daß die Frage der Arbeiterkontrolle in einer Flut von reinen Lohnforderungen untergeht" (Rotbuch, 90).

Bis zu diesem Punkt geben Castellina und Ciafaloni die Problematik der Gewerkschaften und unterschiedlichen Arbeiterschichten recht genau wieder; wenn sie im Folgenden jedoch die Funktion und den Einfluß der kleinen außerparlamentarischen Studentengruppen beschreiben und zu rechtfertigen versuchen, verfälschen sie die anfangs differenzierte Darstellung. Jetzt heißt es, diese Gruppen seien nicht nur „sehr aktiv", „von großer Bedeutung" und eine „vorantreibende Kraft" (Rotbuch) gewesen, sondern ihre Leistung habe vor allem darin bestanden, die Streiks zu „radikalisieren", „immer die Seite des Kampfes zu betonen" und am Ende gar die Führung zu übernehmen: „Als die Streiks dann beginnen, greifen die Studentengruppen ein und sorgen für eine schnelle Radikalisierung. Zum erstenmal übernehmen die Studenten eine wirkliche Führungsrolle" (Kursbuch, 58). In dieser maßlosen Übertreibung drückt sich die stille Hoffnung der Intellektuellen aus, sich mit ihren geistigen Produkten an die Spitze der Arbeiterbewegung zu stellen. Immerhin hat es in Italien wirklich erfreuliche Beispiele einer Kooperation zwischen Arbeitern und Studenten gegeben, die sich meist auf technische oder

spezielle Hilfestellungen beschränkte (etwa Analysen, Umfragen, medizinische Hilfe usw.). Politischen Einfluß hatten diese Studenten jedoch nicht, und von einer initiierenden Funktion oder Führungsrolle der Studenten kann schon einfach deshalb keine Rede sein, weil sich diese Gruppen wie z. B. Lotta continua erst im Verlauf der Streikbewegung bildeten und erst nach dem sog. „heißen Herbst" 1969 als Organisationen firmierten. Vittorio Rieser antwortet im Trikont-Buch „Fiat-Streiks" auf die Frage nach der Rolle der Studentenbewegung in den Arbeitskämpfen des Jahres 1969 selbstkritisch, daß das Engagement der Studenten zu spät erfolgt sei. „Als die Kämpfe bei Fiat bereits in Gang, sogar bereits in der explosiven Phase waren, fanden noch lange und aufreibende Diskussionen statt" (74). Und als die Studenten schließlich aus Trient, Padua und Venedig anreisten und vor den Turiner Werktoren in Scharen erschienen, „hatten die Arbeiter den Eindruck, sobald sie zu kämpfen beginnen, kämen von Turin und von überallher Leute, um zu sehen, was passiert. Ein Arbeiter sagte zum Beispiel: ‚Jetzt werden alle hier herrennen, um sich ihr Stückchen Revolution anzugucken'" (71).

Am Ende haben die Studentengruppen Mühe, ihre Existenz nachträglich historisch zu legitimieren. Und wenn sie versuchten, auf Arbeiter Einfluß auszuüben, dann beschränkten sie sich gerade auf jene Arbeiterschichten, die die weiterreichenden Ziele und Kampfformen der Gewerkschaften nicht verstanden. Die vermeintliche Radikalität der „linken Gruppen" besteht offensichtlich darin, die Schwäche der Gewerkschaft und die Unerfahrenheit bestimmter Arbeiter für sich zu nutzen und auf diese Weise, den Weg des geringsten Widerstandes gehend, der Gesamtbewegung zu schaden. In ihrer Radikalität bekämpfen sie die Gewerkschaften, die Arbeiterdelegierten und alle Errungenschaften der italienischen Arbeiterbewegung. Das Kursbuch bringt das Verhältnis von Gewerkschaften und linken Gruppen auf den Begriff: „Sicherlich", schreibt Ciafaloni, „die Delegierten folgen den Gewerkschaften und streiken für den Tarifvertrag, während die Arbeiter von Lotta continua und von Potere operaio für die Revolution streiken" (64). Diese Bewertung der eigenen Vergangenheit schlägt schließlich auf die Einschätzung der Gewerkschaften zurück. Was bei Castellina zuvor noch den Spontaneismus verhindert hat, „zeigt sich nun als der wesentlichste Fehler der Gewerkschaften" und als ihr „Schematismus" (92). Nachdem sich die Behauptung von der initiierenden Funktion der Studenten nicht mehr halten läßt, wird auch der Gewerkschaft ihr historisches Existenzrecht abgesprochen. Es stellt sich am Ende heraus, daß keine Organisation, auch die Gewerkschaft nicht, die Arbeitskämpfe ausgelöst und geführt habe (Kursbuch, 57, 69) und es sich vielmehr um eine „spontane Revolte der Masse der Arbeiter" (Rotbuch, 84) gehandelt habe. Damit fällt jede Organisation der Arbeiter, insbesondere die Gewerkschaft und die Delegierten, unter das Verdikt, „eine systemstabilisierende Funktion" (Kursbuch, 52) auszuüben.

In dem Maße, wie die Gewerkschaften im Verlauf der Klassenkämpfe an Boden gewinnen und die Situation der Studentengruppen

aussichtslos wird, entfernen sich die Analysen und Diskussionen immer mehr von der Realität. Nun werden in den Köpfen der studentischen Theoretiker Pläne für den Aufbau von Arbeiterorganisationen geschmiedet, was zu fruchtlosen Auseinandersetzungen und zur Spaltung der einzelnen Gruppen führt. Einig ist man sich in dem von der Enttäuschung, die „Führung der Massen" verpaßt zu haben, geschürten Haß auf die bestehenden erfolgreichen Organisationen. Ganz pauschal behauptet etwa Adriano Sofri im Rotbuch, daß „die Gewerkschaften jetzt bestrebt sind, den Kampf zu bremsen und zu unterdrücken" (117) und die Arbeiter „der repressiven Kontrolle durch konterrevolutionäre Parteien und Gewerkschaften" (122) ausgesetzt seien. In der Frage, wie die Studenten am besten ans Werk gehen, „externe Avantgarden" und schließlich „die Partei" aufzubauen, tragen Sofri und sein Gegenspieler Luperini im Rotbuch wahre Scheingefechte aus. Während Lotta continua der Meinung ist, die Partei entspringe spontan „aus den Massen" (116), so setzt Potere operaio mit „maoistischem Arbeitsstil" (130) den sofortigen Aufbau einer Kaderorganisation auf die Tagesordnung.

Am Ende des Kursbuches hat sich Massimo Serafini von der Manifesto-Gruppe, der der „segensreichen Zeit der Spontaneität" nachtrauert, als man seiner Meinung nach noch, ohne nach dem Sinn, der Perspektive und den Erfolgsaussichten zu fragen, zu kämpfen bereit gewesen sei (167), unter dem Titel „Die Einheit der revolutionären Linken herstellen" einen „Organisationsvorschlag" (183) ausgedacht, der Spontaneität und Parteiaufbau verbinden soll. Angesichts der „Krise und (der) opportunistischen Manöver der großen Arbeiterorganisationen" (164) bedürfe es nun des Aufbaus einer „wirklich revolutionären Massenpartei" (169), die in der Lage sein müsse, die KPI anzugreifen und die Gewerkschaften zu bekämpfen (182). In diesen Diskussionen manifestiert sich das aus der Klassenlage der Intelligenz herrührende Dilemma der italienischen Studentenbewegung. Einerseits haben die Studenten die Absicht, die Arbeiter zu organisieren, was natürlich nicht gelingen kann; andererseits wollen die Studentengruppen selbst keine Organisationen bilden, weil sie richtig erkennen, daß die Arbeiterklasse sich selber organisieren muß und in Italien bereits starke Gewerkschaften und Parteien besitzt. Da die Studentenbewegung jedoch die Führung nicht diesen Organisationen überlassen will, verschreibt sie sich lieber dem Spontaneismus, der ihr noch am ehesten revolutionäre Aufgaben zu verheißen scheint.

Was in Italien immerhin noch eine Funktion hat, nämlich die gescheiterten Studentengruppen mittels des Nachweises ihrer historischen Notwendigkeit und ihrer Zukunftsperspektive zu legitimieren, muß gänzlich zur Farce werden, wenn derartige Texte in der BRD verbreitet werden. Diese Aufgabe hat sich neben den Verlagen Wagenbach und Trikont insbesondere der Westberliner Merve Verlag zu eigen gemacht, der diese Texte in seiner Reihe „Internationale Marxistische Diskussion" zum Zweck der „nicht-revisionistischen Praxis" in großen Mengen druckt. Auf diese Weise produziert der

Merve Verlag permanent Mythen von politischen Gruppen in Italien, die zum Teil faktisch gar nicht mehr existieren. Was in Italien der *nachträglichen* Rechtfertigung dient, muß in Deutschland eine ganz andere Funktion erhalten, wo es darum geht, die „revolutionäre Linke" auf *zukünftige* Aufgaben einzustimmen. Die Rezeption der Klassenkämpfe in Italien durch die deutsche Studentenbewegung beginnt nicht mit der Wahrnehmung der wirklichen Ereignisse, sondern mit pseudophilosophischen Tautologien. So schreibt Wolfgang Dreßen im „Rotbuch": „Die revolutionäre Theorie und Praxis können nur als eine Funktion der Praxis, eine Funktion der Massenkämpfe entwickelt werden" (6). Aus diesen abstrakten Formeln konstruiert er die Alternative zwischen Spontaneität und „externen Avantgarden" (72). Wolfgang Rieland räsonniert im Bändchen „Fiat-Streiks" anhand einer Umfrage unter Arbeitern der Fiat-Werke mit dem bezeichnenden Titel „Die Fiat ist unsere Universität" ernstlich darüber, ob sich in den Antworten der Arbeiter „nur ein sich Fremd-Fühlen des entfremdeten Bewußtseins oder das Bewußtsein der Entfremdung" (51) niederschlage.

Peter Schneider versucht in seinen Kursbuch-Beiträgen diesen abstrakt-theoretischen Konstruktionen eine empirisch-praktische hinzuzufügen. Trotz seiner Polemik gegen Rieland und vor allem gegen bestehende Studentenparteien zeigt sich sehr bald, daß zwischen diesen Positionen grundlegende Gemeinsamkeiten bestehen, und daß hier größtenteils nur Scheingefechte ausgetragen werden. Anläßlich der im Trikont-Buch abgedruckten Umfrage schreibt Schneider ähnlich wie Rieland: „Viele Antworten der Fiatarbeiter holen die Formulierung des jungen Marx über die entfremdete Arbeit aus der Philosophie in der Fabrik" (137). Diese recht gewaltsame Übertragung zeigt, daß Schneiders Vorstellungen über die „Entfremdung" mit der Marxschen Theorie nur wenig zu tun haben. So behauptet er etwa, daß in den Arbeitsverhältnissen in Italien „der politische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit anschaulich geworden" (139) sei. Diese Auffassung, die das Kapitalverhältnis nicht als soziales Verhältnis, sondern als ein Oberflächenphänomen begreift und damit die Genese des Klassenbewußtseins aus der unmittelbar sinnlichen Wahrnehmung erklären will, muß unweigerlich die Bedeutung der Arbeiterorganisationen und der Organisierung überhaupt für die Entstehung von Klassenbewußtsein unterschlagen. Daher werden die elementaren „praktischen Bedürfnisse" der Arbeiter unmittelbar zum Träger politischen Bewußtseins gemacht. Weil Forderungen nach mehr Lohn oder nach erträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen, die unter kapitalistischen Verhältnissen nur teilweise erfüllbar sind, zweifellos auf irgendeine Weise das Kapital tangieren, und weil, wie im Kursbuch vorausgesetzt, das Kapitalverhältnis unmittelbar durchschaubar und angreifbar sein soll, folgt für Schneider zwangsläufig, daß konkrete Bedürfnisse selbst schon „politisch" (144) und revolutionär sind. Damit sind die Bedürfnisse einziger Bewertungsmaßstab für die Forderungen und Kampfformen der italienischen Klassenauseinandersetzungen.

Im Zusammenhang mit der Häuserbesetzung „linker Gruppen" in Mailand, die ein „Lehrstück für den nicht-reformistischen Kampf in den großen Städten" (108) darstellen soll, wird der Maßstab der konkreten Bedürfnisse sogleich angewandt: „Revolutionär ist der Kampf durch die unbedingte Konkretheit seines Ziels und die Konkretheit seines Kampfmittels" (111). Dabei werden die Bedürfnisse unter der Hand ganz abstrakt, wenn Schneider alle praktischen Bedürfnisse für revolutionär hält und sich mit dem „Kampfruf" von Lotta continua identifiziert: „Was sagen wir: Schluß jetzt! Was wollen wir: Alles!" (125), und wenn darüber hinaus ihre wirkliche Befriedigung nicht mehr das vorrangige Ziel zu sein scheint, wie die völlig mißlungene Häuserbesetzung in der Via Tibaldi zeigt. Für Schneider sind diese Ereignisse lediglich Teil eines Theaterstücks, in dessen wechselnden Szenen das Ende der Protagonisten, ihr Erfolg oder ihr Untergang, gleichgültig bleibt (109).

Weil Schneider der geschickteste Repräsentant dieser Auffassungen ist, bei dem sich gleichwohl alle Argumentationsmuster wiederfinden, soll uns sein Beitrag noch einen Moment beschäftigen. Sehen wir näher zu, wie er mit den oben genannten Prämissen den Verlauf der Streikbewegung interpretiert. Zunächst übernimmt Schneider die beiden Hauptthesen seiner italienischen Vorgänger, daß die Arbeitskämpfe in Italien im wesentlichen ohne oder gar gegen die Gewerkschaften spontan ausgebrochen seien und zweitens, daß die Studentengruppen auf die Entwicklung der Streikbewegung entscheidenden Einfluß ausgeübt hätten. Während die italienischen Autoren das Verhältnis von Gewerkschaften und linken Gruppen zu klären versuchten, liegt dieser Konflikt jetzt nur noch als problemloses Endergebnis vor.

1. In Schneiders Beitrag „Die Massen, die Gewerkschaften und die politischen Avantgarden" beginnen die italienischen Klassenkämpfe erst im Jahre 1968. Nachdem die historische Entwicklung einfach ignoriert wird, fällt die Schlußfolgerung ziemlich leicht, die Kämpfe seien der spontane Ausbruch der neuen Massenbedürfnisse (137/38), die sich erst einmal „von der alten gewerkschaftlichen Autorität lösen" (148) müßten, und notwendig der „Niederlage der Gewerkschaften" bedürften (150). Auch wenn schließlich der Erneuerungsprozeß der Gewerkschaft zu Recht als wichtiges Resultat erwähnt wird, so muß doch in dieser unhistorischen Betrachtungsweise unklar bleiben, in welchem Zeitraum und aus welchen Gründen sich die Gewerkschaften verändert haben; sicherlich nicht innerhalb zweier Jahre und aufgrund des Drucks der Studenten, wie es bei Schneider den Anschein hat. Mit pauschalen Behauptungen, die Gewerkschaft habe sich vorher nicht um Betriebe und Streiks gekümmert (147/48), was einfach nicht stimmt, oder sie habe ein „gestörtes Verhältnis ... zur proletarischen Gewalt" (148), ist die Erneuerung der Gewerkschaften, nicht zuletzt ihre Vereinigung, nicht als ihr eigener historischer Prozeß zu begreifen.

2. Nachdem nun einmal feststeht, daß die verspäteten und ratlosen Gewerkschaften (138) von außen gedrängt werden mußten,

können die studentischen „Arbeiteravantgarden" vorgestellt werden, die die „Explosion der Massenkämpfe von 68/69 ... entscheidend beeinflußt" haben sollen und mit denen die revolutionäre Geschichte Italiens angeblich beginnt (138). Wenn es auch sicherlich zutrifft, daß die Studenten in den Klassenauseinandersetzungen eine gewisse Funktion hatten, so bleibt doch unklar und widersprüchlich, welche Arbeiterschichten mit welchen Forderungen und Maßnahmen von ihnen unterstützt wurden. So behauptet Schneider, die Arbeiter hätten in einer bestimmten Phase die Kampfformen und Parolen von Lotta continua übernommen (138), oder er hält es für eine Gesetzmäßigkeit des Klassenkampfes, daß die Initiative von Potere operaio die von der traditionellen gewerkschaftlichen Strategie offengelassene Lücke, die veränderten Arbeitsbedingungen und die damit erforderlichen neuen Kampf- und Organisationsformen, ausgefüllt habe (148). Hier fragt sich, wie die Studentengruppen, die sich zu Beginn ihrer Aktivitäten auf den „Kampf gegen die historischen Formen der Arbeiterbewegung (KPI und Gewerkschaften)" und gegen die Arbeiterdelegierten festlegten (147) und in erster Linie nur reine Lohnerhöhungen unterstützten, in die italienische Arbeiterbewegung Kampfinhalte und Organisationsform getragen haben sollen, zu deren Realisierung es gerade der von den Studenten bekämpften gewerkschaftlichen Organisation und des seit Mitte der sechziger Jahre bestehenden Delegiertensystems bedurfte.

3. Mit Recht verweist Schneider auf den Zusammenhang von Forderungen und Streikformen mit der technologischen Transformation in den Großbetrieben. Aber wenn er daraus folgert, die technologische Entwicklung habe die neuen Bedürfnisse und ihre Protagonisten hervorgebracht und aus Lohnkämpfen unmittelbar politisches Bewußtsein entstehen lassen, so zeigt sich abermals seine mechanistische und spontaneistische Vorstellung über die Entstehung von Klassenbewußtsein. Er läßt dabei außer acht, daß die Rationalisierungsmaßnahmen Mitte der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre zunächst einmal die Kampfbedingungen verschlechtert haben und es langer organisatorischer Aufbauarbeit bedurfte, diese Schwierigkeiten zu überwinden. So gelang es zwar in den letzten Jahren, die aus dem Süden Italiens immigrierten Hilfsarbeiter in die Arbeitskämpfe aktiv einzubeziehen; beschränkt sich die Darstellung jedoch auf die bloße Feststellung, die Hilfsarbeiter als „Produkte dieser noch jungen technologischen Entwicklung" hätten sich als „Protagonisten dieser Kämpfe" (138) erwiesen, so wird das Ergebnis verkürzt, und niemand kann mehr erkennen, welche Mühe es gekostet hat, diesen vielleicht wichtigsten Erfolg der norditalienischen Klassenkämpfe zu erzielen.

Immer wieder teilt Schneider nur die halbe Wahrheit mit, deren verschiedene Seiten er vorschnell verallgemeinert. Einzelne Ereignisse dienen ihm gleich als „Modell" (148) einer „gesetzmäßige(n) Arbeitsteilung zwischen den entscheidenden Kräften des Kampfes ..., zwischen den neuen Arbeiteravantgarden, den Gruppen der neuen Linken und den Gewerkschaften" (144) oder sollen eine gesetzmäßige „Dynamik zwischen den Gruppen und der KPI" (145) bewei-

sen. Den Zweck dieser Inszenierung macht das Kursbuch von vornherein klar, wenn es mit der Frage beginnt: „Können wir aus den italienischen Klassenkämpfen lernen?" (1). Hatte schon Ciafaloni beweisen wollen, daß die Studenten im proletarischen Klassenkampf eine „Führungsrolle" übernehmen, so macht Schneider dieses Ziel eigens für das deutsche Publikum schmackhaft: „Die spontaneistischen Gruppen haben den emanzipatorischen Aspekt der Studentenbewegung nicht einfach liquidiert, sondern für den Arbeiterkampf produktiv gemacht. Die materielle Bedingung für die Führerrolle, die sie in der ersten Kampfphase spielen sollten, besteht darin, daß sie die revolutionären Momente des Studentenkampfes in den Arbeiterkampf zurückgetragen haben: die direkte Aktion, die Bejahung der proletarischen Gewalt, die autonome Führung des Kampfes. Die Klassenkämpfe in Italien liefern den Beweis dafür, daß die emanzipatorischen Bedürfnisse, die die Studentenbewegung artikulierte, nicht einfach auf ein Klassenprivileg reduzierbar sind" (146). Obwohl die italienische Studentenbewegung insgesamt ein politisch wichtiger Faktor war, konnten ihre Parolen und Aktivitäten für die Arbeiterbewegung kaum von unmittelbarem Nutzen sein und haben ihr infolge des kategorischen Angriffs auf alle Arbeiterorganisationen eher geschadet.

Gleich ob derartige Texte mit Darstellungen aus zweiter Hand plump argumentieren (wie Dreßen im „Rotbuch") oder sich wie bei Schneider analytisch geben, ihnen ist die politische Funktion gemeinsam, die tatsächliche oder erst in Angriff genommene Praxis einiger deutscher ultralinker Studentengruppen zu legitimieren, die sich zum Ziel setzen, die bestehenden Organisationen der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Johannes Rohbeck (Berlin/West)

Quaderni Rossi: Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion. Schriften zum Klassenkampf Nr. 24. Trikont-Verlag, München 1972 (149 S., br., 7,— DM).

Eine gewisse Sonderstellung unter den Produktionen des Trikont-Verlags über die Klassenkämpfe in Italien nimmt die Veröffentlichung einiger Auszüge der „Quaderni Rossi" ein. Um diese Zeitschrift, die von 1961 bis 1967 in Italien erschien, gruppierte sich im Anschluß an die seit längerer Zeit wieder aufflammenden Arbeitskämpfe Anfang der sechziger Jahre ein theoretischer Zirkel von Intellektuellen, die sich zur Aufgabe machten, Untersuchungen über die Bedingungen der Fabrikarbeit und über das Bewußtsein der Arbeiter durchzuführen. Die vorliegende Auswahl des Trikont-Verlags enthält Vorarbeiten zu dieser Analyse und ihre ersten Ergebnisse, die im Frühjahr 1963 in „Quaderni Rossi" Nr. 3 erschienen, und ferner einen systematischen Bericht des folgenden Jahres von D. de Palma, V.

Rieser und E. Salvadori über die Arbeiteruntersuchung bei Fiat 1960/61. Außerdem finden sich in dem Bändchen ein Aufsatz von L. Lanzardo über die Methode der Untersuchung und ein Beitrag Pino Ferraris über die Gründung der politischen Gruppierung „Potere operaio".

Bedenklich werden derartige Publikationen, wenn Methoden und Ergebnisse politischer Gruppen in Italien aus ihrem historischen Zusammenhang gerissen werden und unmittelbar zur Legitimation deutscher spontaneistischer „Studenten-Arbeitergruppen" dienen sollen, wie das Vorwort zu dieser Ausgabe deutlich zu machen bemüht ist.

Das historische Verdienst der Gruppe um die „Quaderni Rossi" besteht vor allem in der Erneuerung empirischer Untersuchungsmethoden, die der Soziologie in Italien wertvolle Impulse gab. Am Anfang der Überlegungen stand die Absicht, keine „wertneutrale" Umfrage durchzuführen, sondern in die Befragungen und Analysen die politisch-praktische Zielsetzung mit einzubeziehen. Nach Auffassung der „Quaderni Rossi" sollte die soziologische Untersuchung bereits Teil der politischen Praxis sein. Dies ergab spezifische Probleme etwa für die Abfassung des Fragenkatalogs, in dem der praktische Zweck der Befragung klar zum Ausdruck kommen sollte, dessen anfängliche Rigidität jedoch das Ergebnis verfälschte und die Gefahr vergrößerte, in die Antworten der Arbeiter Inhalte hineinzuinterpretieren, die allenfalls den hochgeschraubten politischen Erwartungen von Intellektuellen, jedoch nicht dem tatsächlichen Bewußtseinsstand der Arbeiter entsprachen. Um diese Mängel zu beheben, sollten die wiederholt revidierten Fragebogen den Arbeitern mehr Möglichkeiten bieten, ihre objektiven Lebensbedingungen mit ihren subjektiven Bewertungen zu verknüpfen. Derartige Schwierigkeiten, die man sich in der Reflexion sozialwissenschaftlicher Methoden vergegenwärtigte, versuchte die Gruppe mit der Einführung der sogenannten „Mit-Untersuchung" (115) zu lösen, einer Form der Untersuchung, in der die Befragten, die früheren „Objekte" der Forschung, selbst zu aktiven Teilnehmern, zu „Mit-Forschern" werden. Dieser Prozeß, der darin besteht, die Arbeiter zu Subjekten der Analyse ihrer eigenen Situation zu machen, entsprach vor allem den politischen Absichten der „Quaderni Rossi", die in der Untersuchungsarbeit zugleich den Ausgangspunkt ihrer politischen Agitation und Organisierung der Arbeiter sahen.

In der Diskussion um die „Mit-Untersuchung" wird allerdings auch die Widersprüchlichkeit dieser Konzeption deutlich. Einerseits dient die Umfrage dem Zweck, den derzeitigen Stand des Klassenbewußtseins der italienischen Arbeiter festzustellen, andererseits soll sie den Intellektuellen als Mittel dienen, die Arbeiterklasse von außen zu organisieren (16/46). In diesem Punkt offenbart sich bereits die mangelnde Einsicht in die Entstehungsbedingungen von Klassenbewußtsein, dessen Entwicklung die Gruppe untersuchen will. Dieses Mißverständnis hat seine tiefer liegenden Ursachen in der Wahl und Beschränktheit ihres Untersuchungsgegenstandes.

Die Umfrage der „Quaderni Rossi" unter den Arbeitern bei Fiat soll die (objektiven) Lebensbedingungen des einzelnen Arbeiters, insbesondere seine (konkrete) Tätigkeit in der industriellen Produktion und seine (subjektiven) am Arbeitsplatz gesammelten Erfahrungen erforschen. Die Untersuchung hat zum Ziel, aus diesen Daten das „politische Bewußtsein" (57) der Arbeiter zu analysieren. „Hier sieht man, wie diese Art des Vorgehens im Grunde die Konzeption unserer ganzen politischen Arbeit beinhaltet. Sie geht von der Überzeugung aus, daß sich die auf Betriebsebene entstehenden Antagonismen im Kampf potenzieren und in die übrigen Gesellschaftsbereiche hineingetragen werden: von der Kritik am Betrieb zur Kritik am System, das diese Betriebe ermöglicht." (66)

An keiner Stelle wird jedoch recht klar, was die Autoren unter dem von ihnen gesuchten „politischen Bewußtsein" verstehen, und vor allem, auf welche Weise das gesellschaftliche Sein gesellschaftliches Bewußtsein, speziell Klassenbewußtsein hervorbringen soll. Es fragt sich, wie aus den alltäglichen Erfahrungen am Arbeitsplatz, den Kämpfen um Lohngruppen und Akkordsystem, den Konflikten zwischen den Arbeitern und den Meistern, Vorgesetzten und Zeitnehmern unmittelbar „politisches Bewußtsein", das die Kenntnis des Klassenverhältnisses impliziert, entstehen soll, während doch gerade die konkreten Erfahrungen dieses Verhältnis mystifizieren und es im Gegenteil erst des Wissens um den Klassenantagonismus bedarf, um die täglichen Konflikte als Erscheinungen der unter das Kapital subsumierten Lohnarbeit erkennen zu können.

Gegen diese Konzeption ist einzuwenden, daß die Genese der mystifizierten Alltagserfahrungen nicht identisch ist mit der Entwicklung von Klassenbewußtsein. Während die objektiven Gedankenformen der bürgerlichen Gesellschaft, denen der Kapitalist wie der Arbeiter zunächst in gleicher Weise unterliegt, unmittelbar und spontan entstehen, bildet sich das Klassenbewußtsein der Arbeiter, das die Kenntnis des Widerspruchs zwischen Kapital und Lohnarbeit und die Einsicht in die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise einschließt, auf umgekehrtem Wege heraus. Diese Einsicht in den Klassenantagonismus, die den objektiven Schein der Realität durchbricht, kann nur das Resultat eines bewußten Prozesses sein, zu dem es der Organisierung der Arbeiter und des wissenschaftlichen Sozialismus bedarf. Die Autoren der „Quaderni Rossi", die „politisches Bewußtsein" aus den Konflikten der konkreten Produktionsbedingungen herleiten wollen, haben dagegen ein spontaneistisches Verständnis von der Entstehung des Klassenbewußtseins. Diese Mängel führen zu eklatanten Fehlinterpretationen; so halten die Autoren anfangs so gut wie jede Äußerung der Arbeiter, die Konflikterfahrungen wiedergeben oder Unzufriedenheit ausdrükken, für Indizien eines sich ihrer Meinung nach entwickelnden politischen Bewußtseins und der Bereitschaft, für den Sozialismus zu kämpfen (16).

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß die „Quaderni Rossi" die Grenzen ihres anfänglichen Untersuchungsansatzes teil-

weise selbst einsehen, ohne allerdings die grundsätzliche Problematik ihres Vorgehens zu erkennen. Ihre Kritik richtet sich im wesentlichen gegen einzelne Beschränkungen ihres Untersuchungsgegenstandes: gegen die Eingrenzung auf die industrielle Produktion und den einzelnen Betrieb, ohne seine ökonomischen und politischen Bedingungen zu berücksichtigen (137/38), und gegen die Einseitigkeit der Befragung des einzelnen Arbeiters angesichts der Tatsache, daß viele Widersprüche kollektiv erfahren werden (128/130). Schließlich räumt die Gruppe ein, daß sie infolge der Überbewertung der objektiven Bedingungen die Bedeutung der Organisierung der Arbeiter, insbesondere die Funktion der Gewerkschaften, unterschätzt habe (74).

Obgleich die „Quaderni Rossi" ihre Konzeption immer wieder kritisieren und am Ende etwa bemerken, daß sie einer solideren theoretischen Grundlage bedürfen, die sie in Marx' Kritik der politischen Ökonomie finden (126), ist schwerlich zu erkennen, welche grundsätzlichen Konsequenzen sie aus ihren partiellen Einsichten ziehen. Dies zeigt ihre politische Praxis im Hinblick auf ihr Verhältnis zu den bestehenden Arbeiterorganisationen.

Im Mittelpunkt der politischen Argumentation steht der Begriff der „Autonomie", der so viel heißt wie: den Gewerkschaften und Parteien gegenüber „offen" sein und „außerhalb" der bestehenden Organisationen arbeiten. Diese Ambivalenz führt zwangsläufig zu zweifelhaften Konsequenzen. Während die Gruppe zu Anfang mit der Metallgewerkschaft FIOM und mit der Sozialistischen Partei (PSI) zusammenarbeitete, wurde aus dem „außerhalb" sehr schnell ein „gegen", was schließlich zum Bruch mit der Gewerkschaft führte (146). Hinzu kam die Gründung der studentischen Arbeitergruppe „Potere operaio" (vgl. den Bericht von Pino Ferraris, S. 91 ff.), aus der später die spontaneistische Studentengruppe „Lotta continua" hervorring.

Die Autoren des für die deutsche Ausgabe des Trikont-Verlags verfaßten Vorwortes, die sich zu der Gruppe „Arbeitersache" in München bekennen, haben von der recht komplexen Problematik der „Quaderni Rossi" so gut wie nichts begriffen. Wo die italienische Soziologengruppe differenzierte und die Widersprüchlichkeit ihrer Konzeption noch im Auge hatte, steht im Trikontbuch die platte Alternative zwischen „revolutionärer Strategie" auf der einen und auf der anderen Seite „radikale(r) Kritik der kommunistischen Theorie und Praxis der letzten Jahrzehnte" (7). Alle als besondere Leistungen der „Quaderni Rossi" hervorgehobenen Punkte sind in Wirklichkeit deren anfängliche Irrtümer, die die Gruppe teilweise selbst im Laufe ihrer Untersuchungen eingesehen hat.

So behauptet das deutsche Vorwort, ihr Verdienst bestehe vor allem darin, die „steril gewordenen Schemata der Trennung von politischem und ökonomischem Kampf" (9) aufgehoben und aus den objektiven Produktionsbedingungen eine politische und organisatorische Perspektive entwickelt zu haben. Nach dieser Auffassung produziert die „mechanisierte Arbeit" die Bereitschaft, das kapitalistische System zu überwinden. „Das Verdienst der ‚Quaderni Rossi' ist es, die Entfremdungsproblematik für eine Revolutionsstrategie

fruchtbar gemacht und damit gleichzeitig eine theoretische wie praktische Revisionismuskritik geleistet zu haben." (10/11) Gerade der daß die ökonomischen und technologischen Bedingungen automatisch politisches Bewußtsein hervorbringen, ist von den Italienern bald verworfen worden.

Wenn das Trikontbuch schließlich die „Quaderni Rossi" zu kritisieren versucht, zielt seine Kritik eher nach rückwärts und fällt hinter den vor fast zehn Jahren erreichten Diskussionsstand zurück. Nahm sich die italienische Gruppe am Ende vor, Marx zu studieren, so bemängeln die deutschen Autoren das ihrer Meinung nach in der Untersuchungsmethode fehlende „Element des Kämpferischen und des Aktiven" (12). Damit wollen sie sich gegen „Theorien" abgrenzen, „die unter Berufung auf die Klassiker die Konfliktsituation als reines Phänomen gesellschaftlicher Grundgesetze abtun. Das gilt ... für die Marxologen, die ihre Aufgabe nur darin sehen, Erscheinungsformen wie Akkord, Betriebshierarchie, Rationalisierung usw. auf den Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital zurückzuführen und dann als begrenztes Kampfmoment fallen(zu)lassen." (11)

Der politische Zweck dieses Vorworts und damit seiner Veröffentlichung in der BRD wird klar, wenn die Autoren als legitime Fortsetzung der Konzeption der „Quaderni Rossi" die Praxis der spontaneistischen Sekten „Revolutionärer Kampf" in Frankfurt, die „Arbeitersache" in München und die Berliner Studentenorganisation „PL/PI" (Proletarische Linke/Parteiinitiative), die zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Bändchens nicht mehr existierte, ansehen. Dabei übernehmen sie schematisch aus fortgeschrittenen Ländern Programme, die noch, wie in Italien, eine reale Basis und Funktion hatten, und verschaffen sich, indem sie eine künstliche Tradition herstellen, eine zweifelhafte Legitimation ihrer Existenz.

Johannes Rohbeck (Berlin/West)

Meldolesi, Luca: Disoccupazione ed esercito industriale di riserva in Italia (Arbeitslosigkeit und industrielle Reservearmee in Italien). Libri del tempo Laterza, Bd. 128. Editori Laterza, Bari 1972 (204 S., br., 2500 Lire).

Meldolesi, der zeitweise eine Rolle unter den italienischen Maoisten spielte, lehrt Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen an der Universität Rom. In dem vorliegenden Buch unternimmt er den Versuch einer Quantifizierung und strukturellen Analyse der industriellen Reservearmee in Italien zwischen 1959 und 1968. Die offizielle Statistik suggeriert beständig eine „normale" Arbeitslosigkeit von weniger als 5 %. Dagegen erreichen Meldolesis Schätzungen der industriellen Reservearmee 30 % der Erwerbsfähigen als Mindestquote.

Zur industriellen Reservearmee zählt Meldolesi: die „offiziellen" (registrierten) Arbeitslosen, die „vorübergehend" emigrierten Arbeiter, die „prekär" Beschäftigten (Tagelöhner, Kleinbauern und -pächter, Bauarbeiter, Handwerker, Lehrlinge, Kleinhändler u. a., soweit sie kein festes Arbeitsverhältnis bzw. keinen festen Lohn haben) und die „Unbeschäftigten" (inoccupati), d. h. Erwerbsfähige, die „entmutigt" (scoraggiati) die Arbeitssuche aufgegeben haben: Hausfrauen, Alte und Jugendliche. Um zu diesem Begriff der industriellen Reservearmee zu gelangen, griff er ein ungelöstes Problem der amtlichen Statistik auf: das Sinken des Anteils der Erwerbstätigen an der Bevölkerung von 43,8 % (1959) auf 37,4 % (1968) und das gleichzeitige Sinken der Arbeitslosigkeit von 5,2 % auf 3,5 %. Nach der traditionellen Erklärung sinkt der Anteil der Erwerbstätigen bei steigenden Löhnen und mehr öffentlichen Sozialleistungen. Dem widerspricht jedoch, daß in Italiens ärmsten Regionen eben der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung am niedrigsten ist (Sardinien 30,3 % gegenüber Piemont 42,7 %). Meldolesi löst das Problem durch die Einführung der „Unbeschäftigten": diese begeben sich gerade bei steigender Nachfrage (steigenden Löhnen) wieder auf den Arbeitsmarkt. — In den entwickelten Regionen Norditaliens jedoch läßt sich tatsächlich ein Prozeß des Rückzuges aus der Erwerbstätigkeit bei der einheimischen Bevölkerung feststellen: durch verschiedene ökonomische Prozesse (z. B. der Niedergang der Textilindustrie) werden besonders Frauen „freigesetzt". Sie finden keine Beschäftigung mehr, werden „entmutigt" und geben die Arbeitssuche auf. Der hohe Bedarf an männlichen Arbeitskräften in den modernsten Zweigen der norditalienischen Industrie, der nur durch Immigration gedeckt werden kann, kompensiert nicht diese Freisetzungen. So kommt es trotz massierter Einwanderung zu einem Sinken des Anteils der Erwerbstätigen.

Die Quantifizierung der industriellen Reservearmee war Meldolesi nur annäherungsweise möglich, was sich aus dem Mangel an geeigneten statistischen Erhebungen ergibt. Dabei müssen die ungewöhnlich minuziöse und übersichtliche Arbeit, die sorgfältigen Berechnungen und die präzisen methodischen Ausführungen Meldolesis hervorgehoben werden. Für 1968 ergaben sich folgende Mindestwerte: 922 000 registrierte Arbeitslose und „vorübergehende" Emigranten; 1,099 Millionen in der Landwirtschaft, 2,089 Millionen in Industrie, Bauwesen und Handwerk sowie 1,045 Millionen im Tertiärsektor „prekär" Beschäftigte; 3,088 Millionen „Unbeschäftigte". Das ist eine relativ größere industrielle Reservearmee als die Irlands oder Spaniens. In Süditalien sind ihr allein 4 Millionen Menschen zuzuzählen, etwa 50 % der erwerbsfähigen Bevölkerung dieser Regionen.

Meldolesi weist noch für die behandelte Periode das zyklische Verhalten dieser industriellen Reservearmee nach und stellt angesichts der rapiden kapitalistischen Transformation der italienischen Landwirtschaft eine Tendenz zur Abnahme der „prekären" Beschäftigung zugunsten der „inoccupazione" fest.

Winfried Roth (Berlin/West)

Ferraris, Pino: Die 100 Tage von Reggio. Bericht über einen Aufstand in Süditalien. Rotbuch 35. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin/West 1972 (110 S., br., 4,50 DM).

Ferraris, zeitweise Mitarbeiter beim Vorstand des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, zählt zu den Exponenten der Ende 1972 gegründeten „Partei der Proletarischen Einheit". Vorher gehörte er zu jenem Flügel der „Italienischen Sozialistischen Partei der Proletarischen Einheit" (PSIUP), der sich Mitte 72 nicht wie die Parteimehrheit mit der IKP vereinigte. Ferraris versucht von dieser politischen Position aus eine Analyse der bürgerkriegsähnlichen reaktionären Unruhen in der süditalienischen Stadt Reggio Calabria 1970/71. Während diese in den italienischen Massenmedien hauptsächlich als lokalpatriotisch motivierte Ausschreitungen dargestellt wurden, bemüht sich Ferraris um eine differenzierte soziale und politische Analyse. Er illustriert anhand zahlreicher Daten die (trotz schöner Reformpläne) desolate Situation Süditaliens, wobei Reggio das in jeder Hinsicht rückständigste Gebiet darstellt. Reggio (160 000 Einwohner) ist eine Stadt fast gänzlich ohne Industrieproletariat, aber mit einem überproportionalen Anteil halbruinierter Mittelständler und einer aufgeblähten Bürokratie. Letztere wird von einer skandalösen Klüngelwirtschaft beherrscht, in die auch führende Politiker der christdemokratischen und sozialistischen „Linken" verwickelt sind. Es überrascht nicht, daß in Reggio die IKP eine periphere Rolle spielt. So gelingt es ihr im Sommer 70 auch nicht, eine spontane Protestbewegung der Bevölkerung (gegen die Vergabe des neuen Verwaltungssitzes der Region Kalabrien in eine andere Stadt) aufzugreifen und in eine fortschrittliche Bahn zu lenken. Statt dessen gleitet die Bewegung rasch in die Hände der lokalen Bourgeoisie, reaktionärer Agrarier und neofaschistischer Bauspekulanten. Die konfusen Emotionen werden umfunktioniert in einen Protest gegen die monopolistische, norditalienische, mit dem Staat verflochtene Fraktion des Kapitals, schließlich allgemein gegen die bürgerliche Demokratie. Die bürgerlichen Parteien, bei den Massen bald kompromittiert, werden fallengelassen, und die soziale Demagogie der Neofaschisten führt zugleich mit der brutalen Repression der Staatsgewalt zu einer Eskalation, die schließlich die 1969 angelaufene Terrorstrategie der italienischen Neofaschisten mit bestimmt. Dieser Zusammenhang ist bei Ferraris leider nur angedeutet.

Ferraris weist den oberflächlichen Charakter ultralinker Analysen dieses „Aufstandes" nach und zeigt am Beispiel der Gruppe um die „Quaderni Calabresi" die reaktionären Konsequenzen idealistischer Ansätze. Mehr Raum jedoch nimmt seine Polemik gegen die IKP ein. In der Tat mußte die IKP in Reggio ihre Taktik mehrfach korrigieren und sah sich generell veranlaßt, ihre Aktivität in den unterentwickelten Zonen Süditaliens zu verstärken. Ferraris leitet jedoch seine Kritik eher von dem angenommenen (und hier natürlich nicht weiter belegten) Opportunismus und Neoreformismus der IKP ab. Sein Vorwurf ungenügender Distanzierung von den Sozialisten als

„Pfründeninhabern" ist in mehreren Fällen berechtigt, verzichtet aber auf eine Differenzierung zwischen Führung der Sozialistischen Partei und ihrer Basis in der Arbeiterklasse. Ein Großteil seiner Kritik fällt in sich zusammen, wenn man die unbedeutende Rolle der PSIUP in Reggio betrachtet, die doch nach seiner Ansicht die „richtige" Politik vertrat. Daß Ferraris der IKP die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen die Faschisten anlastet, erscheint ebenfalls schwer verständlich. Zur Ergänzung: bei den Parlamentswahlen 1972 wurden in Reggio die Neofaschisten Mehrheitspartei, während nur die Kommunisten ihren Stimmenanteil halten konnten.

Das Buch ist durchweg flüssig, sogar spannend geschrieben, die Übersetzung gelungen; bedauerlich bleibt das Fehlen genauer Quellenangaben. Die unbekümmerten Verfasser der „Anmerkung des Verlages zur deutschen Ausgabe" übrigens haben das Buch offenbar nicht gelesen. Winfried Roth (Berlin/West)

Beyme, Klaus von: Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur. Machtelite und Opposition in Spanien. R. Piper & Co. Verlag, München 1971 (208 S., br., 19,80 DM).

Das politische System Spaniens soll „unter einer einheitlichen Fragestellung nach den sozialen Grundlagen der Erosion eines faschistischen Systems" behandelt werden (11). Auf den 200 Seiten, die dieser Ankündigung folgen, findet sich indessen nichts über „soziale Grundlagen". Der Verfasser ist vielmehr bemüht, unter Umgehung aller konkreten Untersuchungen, eine für Spanien passende Kategorie aus dem Arsenal der politischen Wissenschaft ausfindig zu machen. Es werden zur Diskussion gestellt: Faschismus, Entwicklungsdiktatur, autoritäre, totalitäre und funktionale Diktatur, Präsidialsystem und anders mehr, es ist die Rede von: Entwicklungsländerkonzeptionen, Halbentwicklungsländern, strukturellen Modernitätskriterien, historischen Tiefendimensionen, autoritärbürokratischen und proportionalistischen Konfliktschlichtungsmustern sowie von anderen Dingen, die einen Professor der politischen Wissenschaften auf zwei von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Reisen durch Spanien beschäftigen.

Für den Leser fällt nicht viel ab. Das erste Kapitel über die Falange erschöpft sich in einer Betrachtung der Ideologie dieser Bewegung und weitschweifigen Vergleichen mit der Ideologie des deutschen und des italienischen Faschismus, bei denen Nolte Pate gestanden hat. Die Bemerkung, daß für die Bewertung einer politischen Bewegung ökonomische und politische Merkmale wichtiger seien als das Selbstverständnis dieser Bewegung, hat keinerlei systematische Bedeutung. Denn sobald es nicht um ideologiekritische Vergleiche geht, sondern um die Frage, welche politischen Beziehungen zwischen Franco, Hitler und Mussolini zwischen 1933 und 1936 bestanden haben, wird von Beyme sehr wortkarg, und die deutsche und italienische Inter-

vention im Bürgerkrieg erwähnt er mit keinem Wort. — Das zweite Kapitel soll einen Überblick über die spanische Opposition geben. Am besten schneiden die Monarchisten und Anarchisten ab, während Sozialisten und Kommunisten nur durch ihre Fraktionskämpfe von Interesse sind. Der Verfasser kann seine Hoffnung, daß die internen Auseinandersetzungen unter den Kommunisten die Partei paralysieren, nicht verhehlen. „Die linke Opposition hat mit der Entwicklung des Systems nicht Schritt gehalten und ist durch die Auseinandersetzung um revolutionäre Patentlösungen in einen erbitterten Sektenkampf zerfallen." (113) Wenn die Linke durch Sektenkämpfe zur Untätigkeit verurteilt ist, wäre zu fragen, wer die zahlreichen Streiks der letzten Jahre in Spanien durchgeführt hat und wer in den politischen Prozessen verurteilt wurde? — Die Ausführungen im dritten Kapitel über Gruppenkonflikte im spanischen Regime bleiben an der Oberfläche. An keiner Stelle wird deutlich, warum es innerhalb der spanischen Bourgeoise zu unterschiedlichen Vorstellungen über den zukünftigen politischen Kurs gekommen ist und welche Interessen hinter den verschiedenen Konzeptionen stehen. — Das vierte Kapitel behandelt die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre. Es dürfte kein Zufall sein, daß es das kürzeste ist und am Schluß des Buches steht. Wie distanziert das Verhältnis der politischen Wissenschaft zur Realität ist, ergibt sich u. a. aus von Beymes Vergleich der sozialistischen Planwirtschaft mit den mißlungenen Ansätzen einer staatlichen Wirtschaftsplanung in Spanien und aus seiner Feststellung, daß die „Vorherrschaft kapitalistischer Wirtschaftsinteressen" im Falle Spaniens „wissenschaftlich noch nicht hinreichend" gesichert sei (165). — Die Schlußbetrachtungen drehen sich wieder um die Frage: Faschismus? Entwicklungsdiktatur? usw., ohne daß von Beyme sich zu klaren Auskünften durchringen könnte. Walter Fischer (Bonn)

Vilar, Sergio: Die spanische Opposition. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1971 (391 S., Ln., 20,— DM).

Die Arbeit ist das Ergebnis von etwa 100 Interviews mit Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten, Sozialdemokraten und christlichen Demokraten. Alle Interviews wurden, z. T. unter schwierigen Bedingungen, in Spanien geführt, die Exilorganisationen blieben unberücksichtigt.

Charakteristisch für das Buch ist, daß es „die Geschichte der Opposition in Form von Personenschilderungen" (16) gibt. Die Fragen des Verfassers beschränken sich auf die Person des Interviewten, auf *seinen* unmittelbaren Aktionsbereich, die politischen Verfolgungen *seiner* Person. Diese Anlage des Buches ist seine Hauptschwäche. Die politischen Organisationen, denen doch die überwiegende Mehrzahl der Befragten angehört, werden nur gestreift, so als wäre die Opposition gegen das Franco-Regime in erster Linie die persönliche Angelegenheit einzelner Individuen und nicht organisierter Widerstand. Soweit es sich um bürgerliche Liberale handelt, mag diese Methode

vielleicht noch vertretbar sein, denn diesen Oppositionskreisen fehlt eine organisierte Massenbasis; wenn Kommunisten und Sozialisten befragt werden, schränkt das Verfahren das Blickfeld unzulässig ein.

So bietet der Band auf jeder Seite Einblick in den tagtäglichen Kleinkrieg gegen das Regime mit seinen Risiken, Erfolgen und Rückschlägen, er ist eine begeisterte Würdigung des beharrlichen Widerstandes, der in den letzten Jahren sichtbar an Boden gewonnen hat. Es kommt auch zum Ausdruck, daß die Kommunistische Partei Spaniens die stärkste und erfolgreichste Organisation ist und in dem angestrebten Bündnis aller Widerstandsorganisationen einen entscheidenden Platz einnehmen wird. Einen systematischen Überblick über die spanische Opposition, wie ihn der Titel verspricht, über ihre Konzeptionen, ihre erreichte Stärke und ihre aktuellen Probleme gibt das Buch leider nicht. Walter Fischer (Bonn)

Stieg, Gerald, und Bernd Witte: Abriß einer Geschichte der deutschen Arbeiterliteratur. Literaturwissenschaft — Gesellschaftswissenschaft. Materialien und Untersuchungen zur Literatursoziologie. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1973 (201 S., br., 18,80 DM).

Bisher gab es in der Bundesrepublik neben pauschalisierender Inkompetenz (Martini, Pongs, Rothe) zwar qualifizierte Einzeluntersuchungen zum Thema Arbeiterliteratur, eine ausführlichere Gesamtdarstellung ihrer Geschichte hat bisher gefehlt. In der DDR gibt es verständlicherweise seit langem intensive Bemühungen; dem ‚Abriß' wäre am ehesten noch das ‚Lexikon sozialistischer deutscher Literatur' (Berlin/DDR,Weimar ²1967) vergleichbar. Sieg/Witte geben an, daß sie das Lexikon nicht einsehen konnten, da ihr Buch aus einem Seminar hervorgegangen sei, das sie 1970/71 an der Université Paris III gehalten haben. Der Reihentitel ‚Materialien und Untersuchungen zur Literatursoziologie' ist ein Indiz dafür, wo eine Darstellung der Arbeiterliteratur gegenwärtig noch immer verortet wird: in einem von der herkömmlichen Germanistik als Zulieferant verstandenen Bereich der Wissenschaft.

Eine Darstellung der Arbeiterliteratur trägt zumindest zwei Prüfsteine in sich. Einmal die Bestimmung des Gegenstandsbereichs: Die Autoren des ‚Abrisses' verstehen Arbeiterliteratur primär von ihrer Funktion her, nämlich als „Versuch der Organisation einer Klassenliteratur, mit der das Proletariat sich seiner selbst zu vergewissern und sich gegen die kulturelle Übermacht des Bürgertums durchzusetzen versucht" (12). Entsprechend wird diese Literatur als ‚operative' verstanden (8 u. ö.) — aber Operativität wird nicht definiert. Tretjakov, der den Begriff prägte, ist nicht einmal erwähnt. Arbeiterliteratur wird abgehoben von der „Literatur des ‚schönen Scheins'": „Wie letztere die Bildung der individuellen Persönlichkeit intendiert, so diese die Organisation einer Klasse" (13). Beides, die Bestimmung

der Operativität wie die Absetzung gegen die ‚schöne Literatur', legt nahe, daß wesentlich von dokumentarischer Literatur die Rede sein wird. Das ist aber nicht so; die allgemeine Tendenz zur Identifikation proletarischer Literatur mit Dokumentaristik wird abgewehrt. Der daraus erwachsende Nachteil, daß Reportagen, Sachberichte im Umkreis politischer Analyse, wie auch Betriebstagebücher, Brigadetagebücher etc. eher beiläufig erwähnt als eingehend analysiert werden, hätte sich aber vermeiden lassen. Vergessen wird auch über der Bemerkung, daß abgesehen von Marxens Bewunderung für das ‚Weberlied' die theoretische Beschäftigung mit Arbeiterliteratur erst sehr spät einsetzte, die Darstellung der frühen Arbeiterliteratur. Kein Hinweis z. B. auf Weitling (vgl. dagegen im ‚Lexikon' S. 542 ff.). Auch die Position der ‚Klassiker' ist verkürzt. Weder wird auf Wilhelm Wolffs Tatsachenbericht über die Weberaufstände eingegangen, den Engels eingehend würdigte, noch auf J. G. Eccarius, den Schneider, dessen Beschreibungen Marx sehr schätzte und anhand deren er zu der Ansicht kam: „Ehe das Proletariat seine Siege auf Barrikaden und in Schlachtlinien erficht, kündet es die Ankunft seiner Herrschaft durch eine Reihe intellektueller Siege an." (MEW 7, S. 416) Gerade hiervon könnte die Kritik an Mehrings These von der Unmöglichkeit proletarischer Kultur unterm Kapitalismus (dargestellt 17 ff.) aufgehen.

Der zweite Prüfstein ist die Beziehung der Arbeiterliteratur auf die Organisationen der Arbeiterbewegung. Stieg/Witte wollen diese Literatur verstanden wissen „als Antworten auf die historischen Situationen des Klassenkampfs" (12). Die Autoren arbeiten die unterschiedlichen Einstellungen der Sozialdemokratie und der KPD zur Funktion der Literatur im Klassenkampf heraus. Sie kommen zu dem Schluß, daß in der SPD bis 1918 die Kunst im Wesentlichen einem als privat und unpolitisch verstandenen Bereich zugeordnet blieb — entgegen den ursprünglichen tagespolitischen und alltagspraktischen Intentionen von Arbeiterlyrik und -dramatik (vgl. 68). Leider bleibt jedoch die Kontinuität dieser Einstellung der Sozialdemokratie in der Darstellung undeutlich. Es fehlt für die Weimarer Republik der prägnante Hinweis auf die parteioffizielle Erklärung der Literatur zur Privatsache (Umfrage ‚Kunst und Politik', in: Der Scheinwerfer, Jg. 5 (1931), H. 7, S. 14—16); und die bezeichnende Stellungnahme bzw. Nichtstellungnahme der SPD von 1971 steht verborgen im Kontext einer gelinden Kritik der ‚Gruppe 61' (140). So bezieht sich die Einschätzung „undialektische Scheinversöhnung von bürgerlicher Kultur und SPD-Politik" (68) nur auf die Phase vor 1918. Es wäre insbesondere nötig gewesen, zu zeigen, daß diese Position gerade nicht einem Verständnis von ‚pluralistischer Meinungsvielfalt' entsprang, sondern bürokratischer Disziplinierung als Unfähigkeit, die Interessen der Mitglieder umfassend zu organisieren. Das Beispiel der Literaturpolitik zeigt, wie die bürokratische Disziplinierung gerade durch das Ausblenden wichtiger Interessengebiete gewährleistet wurde.

Die Darstellung Stieg/Wittes von Barthel, Bröger und Lersch, die

zum Faschismus überliefen bzw. deren Werk von diesem bruchlos integriert werden konnte, macht noch einmal von einer anderen Seite her deutlich, wie die Entpolitisierung in der Entfernung von der Arbeiterbewegung und die Imitation bürgerlicher ‚Genialität' sich politisch ausmünzt (128 f., 135 f.). Diese Ausführungen sind besonders hervorzuheben, weil sie die Unwahrheit der Hervorbringungen von Barthel etc. nicht politisch dekretieren, sondern aus der Analyse bis in die Metaphorik hinein plausibel machen. Das geschieht nicht nur an den dem Faschismus dedizierten Produkten, sondern auch an den chauvinistischen Erruptionen ihrer Frühzeit (131 ff.). Derartige exemplarische Detailanalyse macht einen Hauptvorzug des Abrisses aus. — Was in der Interpretation allegorisierender Arbeiterdichtung unter den Sozialistengesetzen zu differenzierten Ergebnissen führt (26 ff.), wird jedoch falsch, wo es sich an gegenwärtiger Arbeiterliteratur erprobt. So folgert Stieg beispielsweise aus einem Gedicht über ein Grubenunglück („Wehe — wenn der Schacht / in grausamer Luftnot / das Gebirge zerhustet / und seine röchelnden Bronchien / mit furchtbarem Feuer / ausbrennt"): „Expressionistische Stadt- und Maschinendämonisierung [...] feiert da fröhliche Urständ" (151). Dem pauschalen Expressionismusverdacht entgeht, daß diese Metaphorik keineswegs eine „mythische Katastrophe" beschwören will, sondern sich konkreter Erfahrung verdankt, der Staublunge als Berufskrankheit.

Was hier eher noch zufällig scheint, ist jedoch symptomatisch für die gesamte Darstellung der Zeit nach 1945. Am deutlichsten an den Aussagen zur DDR-Literatur. In der Kritik von Neutschs Roman ‚Spur der Steine', der stellvertretend genommen wird für die gesamte Literatur des ‚Bitterfelder Wegs', kommt Stieg zu dem Ergebnis, daß es sich um ein „Musterbeispiel affirmativer sozialistischer Literatur" handele (178). Der Vorwurf der Affirmation wird absurd, wo nicht reflektiert wird, daß hier die Auseinandersetzung wegfällt, die die bisherige Geschichte der Arbeiterliteratur und die der BRD noch immer prägt: die Auseinandersetzung von Lohnarbeit und Kapital. Es tauchen vielmehr Probleme auf, die in den gewohnten Kategorien nicht mehr erfaßbar sind. Zu fragen wäre an diese Literatur, wieweit ‚die Arbeit selbst' zu Wort kommt (Benjamin). Hier fällt denn auch die Analyse aus, und Stieg wartet mit fertigen Urteilen auf, wie „Lehrbuchdialoge" etc. (178). Wenn resümiert wird: „Der Bitterfelder Weg solcher Produkte ist bestenfalls erst die Volksschule der Nationalliteratur" (176), sagt das viel über elitäres Bewußtsein, nichts über die so beurteilte Literatur. Schließlich lenkt das auf den Kern der Fehlinterpretationen und eine Misere von Geschichtsschreibung der Arbeiterliteratur in der BRD überhaupt. Wird nämlich die Arbeiterliteratur der Vergangenheit — mit den oben angeführten Einschränkungen — differenziert dargestellt und sich um politische Reflexion bemüht, so geht die Analyse der gegenwärtigen darin auf, daß die Gruppe 61 gegenüber den Werkkreisen als „realistischer" beurteilt wird, weil sie sich „den Produktionsverhältnissen angepaßt" hat (161).

Es sind zwei Desiderate nachzutragen. Das eine ist nicht der vorliegenden Darstellung anzulasten, muß aber bei der Lektüre beachtet werden. Problematisch scheint mir überhaupt die Darstellung der Arbeiterliteratur auf nationalliterarischer Ebene. Nötig wäre eine Analyse der internationalen Literatur der Arbeiterklasse, nicht als Aufgabe vergleichender Literaturwissenschaft, sondern als zwingende Folgerung aus dem Prinzip des proletarischen Internationalismus. Das andere betrifft ein — allerdings wichtiges — Detail des ‚Abrisses'. Das Buch ist für den Gebrauch an Schulen gedacht. Die im Anhang zur Rekapitulation formulierten Fragen sind jedoch nicht gerade Ausweis didaktischer Reflexion. Sie gehen z. T. weit über die Antworten hinaus, die in der Darstellung gegeben werden, ohne daß aber weiterführende Literatur angeboten würde (vgl. die Frage zur Kunst als Ware, 80). Oder sie fordern geradewegs zum Vorurteil auf. (Wer eigentlich hält denn die Literatur des Bitterfelder Wegs für die „Vollendung der Geschichte der Arbeiterbewegung"? 189) Es wäre empfehlenswert, in einer zweiten Auflage wenigstens die Fragen zu überarbeiten. Erhard H. Schütz (Essen)

Arbeiterdichtung. Analysen — Bekenntnisse — Dokumentationen. Hrsgg. von der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1973 (324 S., br., 26,— DM).

Wer den vorliegenden Sammelband in der Erwartung liest, eine einigermaßen stringente Untersuchung über historische Entwicklung, Zustand und Perspektive von Arbeiterliteratur zu erhalten, wird enttäuscht. Die österreichische „Clearingstelle für Arbeiterbildung und Arbeiterdichtung" hat vielmehr eine bunte Sammlung von Texten herausgegeben, in denen Wissenschaftler und Literaten unterschiedlicher politisch-wissenschaftlicher Standorte und aus verschiedenen Ländern versuchen, aus ihrer individuellen Sicht einen Beitrag zur Erforschung und Diskussion des Themas zu liefern. Der Band ist, wie der Untertitel andeutet, in drei Abschnitte gegliedert: Analysen; Bekenntnisse; Dokumentationen. Diese Abschnitte werden eingerahmt durch eine Einleitung und ein Schlußwort.

Daß ausgerechnet Einleitung und Schlußwort am offenkundigsten Elemente der herrschenden Ideologie reproduzieren und von Verbürgerlichung der Arbeiterklasse, Aufhebung der Klassengrenzen u. ä. reden, mag mehr oder weniger zufällig sein — für den Leser ist es um so ärgerlicher. So doziert in der Einleitung der in New York lehrende Literaturwissenschaftler Joseph Strelka über den Unterschied von „echter" und „unechter" Arbeiterdichtung; „echte" Arbeiterdichter treffen laut Strelka „ihre politischen wie ästhetischen Entscheidungen unabhängig und frei von innen heraus" (19), „unechte" Arbeiterdichtung dagegen wird „von totalitären staatlichen Mächten gelenkt und reglementiert" (19). Sozialistischer Realismus hat nach Strelkas Meinung mit Kunst überhaupt nichts gemein (18), um so

mehr aber Literaten wie der „immer wieder mißverstanden(e)" (23) Ernst Jünger, ideologischer Wegbereiter des Faschismus, den Strelka offenbar als ein Vorbild für Arbeiterliteratur begreift, weil er und andere sich für „das Menschliche schlechthin" (24) engagierten. Klassenbewußte Arbeiterautoren müssen sich dagegen von Strelka belehren lassen: „Die alten Klassengrenzen des 19. Jahrhunderts beginnen sich mehr und mehr aus der sozialen Wirklichkeit in das Bewußtsein provinzieller Spießer und dogmatisch orthodoxer Theoretiker zurückzuziehen" (18).

Derartige Behauptungen bestimmen zwar die Einleitung, zum Glück aber nicht den Grundtenor des ganzen Buches. Besonders der Abschnitt „Analysen" enthält einige Aufsätze, die zur Erforschung des Themas Arbeiterliteratur Nützliches beitragen. Die Autoren, überwiegend junge westdeutsche Literaturwissenschaftler (Wissenschaftler aus den sozialistischen Ländern, besonders der DDR, kommen hier gar nicht zu Wort), untersuchen an konkret-historischen Objekten Aspekte der Arbeiterliteratur, so z. B. Gerald Stieg in einem Vergleich von Arbeiterlyrik aus den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und aus der Weimarer Republik; Bernd Witte in einem Aufsatz über Arbeiterautobiographien; Renate Genth in der Analyse von literarischen Zeugnissen aus der frühen sozialdemokratischen Arbeiterinnenbewegung; Peter von Rüden in einigen Thesen zum Verhältnis von Arbeiterdichtung und Kulturbetrieb in Deutschland vor 1914. Die Fragestellungen, die in diesen Beiträgen aufgeworfen werden, zeigen, wohin eine materialistisch verstandene Erforschung der Arbeiterliteratur führen sollte: zur Untersuchung des Zusammenhangs von Arbeiterbewegung und Arbeiterliteratur, des Verhältnisses von herrschendem bürgerlichen Kulturbetrieb und Arbeiterliteratur, des Einflusses von bürgerlichen politisch-ideologischen Strömungen auf Arbeiterliteratur, der Dialektik von Formen und Inhalten u. a. m. Die Aufsätze dieses Sammelbandes gehen allerdings zum Teil etwas oberflächlich an die Themen heran; besonders deutlich wird dies bei Walter Köpping, der auf 15 Seiten rund 200 Jahre Bergmannsdichtung in einer Art von historischem Rundschlag abzuhandeln versucht.

Einen der wichtigsten Beiträge des Buches schrieb ohne Zweifel Florian Vaßen, der dafür plädiert, den Begriff „Arbeiterdichtung" fallenzulassen und durch Bezeichnungen zu ersetzen, die größere historische Konkretion garantieren. Vaßen gibt auch Antwort auf die umstrittene Frage, ob Arbeiterliteratur denn nun Literatur für Arbeiter, von Arbeitern oder über Arbeiter ist; entscheidend sei, wie er einleuchtend begründet, daß ein Schriftsteller „sich auf den Klassenstandpunkt des Proletariats stellt" (121/122).

Im zweiten Abschnitt des Sammelbandes („Bekenntnisse") werden die kurzen Antworten von 30 Arbeiterschriftstellern auf eine Umfrage der Clearingstelle wiedergegeben. Die Autoren, unter ihnen ganze zwei (!) Mitglieder des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller, allerdings zwölf Mitarbeiter des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt, äußern ihre Auffassungen von Arbeiterliteratur,

Arbeiterklasse und Intention der eigenen Texte. Die Aneinanderreihung der 30 Antworten ergibt einige interessante Aussagen, aber zugleich viele Allgemeinplätze, Wiederholungen und unaufgelöste Widersprüche. Ähnliches gilt für den dritten Abschnitt („Dokumentationen"), der eine Zusammenstellung von Begriffsbestimmungen der Arbeiterdichtung, Aufrufen und Programmen von Arbeitervereinigungen und Textauszügen über Probleme der Arbeiterliteratur enthält — Texte aus dem Zeitraum von 1892 bis 1972. Die unkommentierte Zusammenstellung stiftet auch hier mehr Verwirrung als Klarheit. So stehen Texte von Franz Mehring, Clara Zetkin und Johannes R. Becher beziehungslos neben solchen von Karl Bröger, Otto Wohlgemuth und Gero von Wilpert. Zudem werden die Auswahlprinzipien nicht ausgewiesen (warum fehlen z. B. Definitionen der Arbeiterliteratur aus der Diskussion im und um den BPRS?). — Dennoch bietet das Buch, vor allem im analytischen Teil, einige wichtige und lesenswerte Beiträge. Uwe Naumann (Hamburg)

Knilli, Friedrich, und Ursula Münchow (Hrsg.): Frühes deutsches Arbeitertheater 1847 bis 1918. Eine Dokumentation. Carl Hanser Verlag, München 1970 (504 S., br., 34,—DM).

Seit einigen Jahren bemühen sich jüngere Germanisten in der BRD, ihre Wissenschaft aus dem Ghetto bürgerlicher Kunstideologie zu befreien. Sie wenden sich der lange unterdrückten Kulturgeschichte der Arbeiterbewegung zu, bringen verschollene Traditionen ans Licht. Modelle proletarischer Erziehung, politische Lieder, rote Romane, proletarische Memoiren, revolutionäre Kunst, Arbeiterradio und Arbeitertheater werden zur Diskussion gestellt. Diese Rezeption hängt zusammen mit der Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung durch marxistische Studenten seit etwa 1969, als nach dem Ende der euphorischen Phase der Studentenbewegung Intellektuellen-Zirkel darangingen, sich angesichts einer aktuellen Krise der Arbeiterbewegung wenigstens proletarischer Traditionen zu versichern. Das spezielle Interesse am Arbeitertheater geht auch auf die Praxis der Straßentheater-Ensembles zurück, die 1968 an den Rändern der Studentenbewegung entstanden sind (vgl. dazu den von A. Hüfner herausgegebenen Band „Straßentheater", edition suhrkamp 424, 1970).

Das frühe deutsche Arbeitertheater wurde von Ursula Münchow bereits 1964/65 zweibändig in der DDR dokumentiert. Von dieser Arbeit lebt die 1970 bei Hanser erschienene Ausgabe über weite Strecken. Friedrich Knilli und Ursula Münchow haben eine repräsentative Auswahl vorgelegt, in der wichtige Texte des Arbeitertheaters zwar vielfach gekürzt, aber sorgfältig kommentiert erscheinen. Die Dokumentation beschränkt sich nicht auf dramatische Texte, sie bringt neben einaktigen Agitationsstücken (Wahlkampfschwänke, Festspiele, dramatische Gespräche, Allegorien, lebende Bilder) und

mehraktigen Sozialdramen auch Briefe, Rezensionen, Vereinsberichte, Artikel, Gesetzestexte, Programme und Erinnerungen von Funktionären. Die Dokumente sind chronologisch geordnet. Ihnen folgend, erhält der Leser nicht nur einen Eindruck von Geschichte und Theorie des frühen Arbeitertheaters, ihm werden zugleich Informationen zuteil über die einzelnen Phasen der Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei bis 1918. Das heißt — darauf weisen die Herausgeber in ihren einleitenden Aufsätzen hin —, daß die Historie des deutschen Arbeitertheaters in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts untrennbar verbunden ist mit der Entstehung und dem politischen Kampf der organisierten proletarischen Bewegung.

In einer Zeit, als den Arbeitern der Besuch eines Theaters weitgehend verwehrt war, begannen sie sich unter Verzicht auf alle kommerziellen, personellen und technischen Möglichkeiten des bürgerlichen Theaters eine eigene Bühne zu schaffen. Auftraggeber waren Arbeiterbildungsvereine und später Gremien der SPD. Das Arbeitertheater war also Laienspiel, Theaterarbeit wurde als Parteiarbeit begriffen. Den Autoren und Spielern ging es anfangs um wichtigeres als um Kunst. In seiner ersten Phase brachte das Arbeitertheater das Emanzipationsstreben des Proletariats zum Ausdruck, informierte über aktuelle politische Ereignisse und Programmpunkte der sozialistischen Bewegung, machte den Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital sichtbar, gestaltete Themen wie das der Frauenbefreiung oder des Streiks. Die seit den 60er Jahren bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes entwickelten Agitationsstücke bedienten sich fast ausschließlich satirisch-komödiantischer Mittel. Noch war das Arbeitertheater optimistisch, es orientierte sich an klassenkämpferischer Politik statt an zeitgenössischer bürgerlicher Dramatik, und nur in dieser Phase war es auch marxistisch zu nennen in dem Sinn, daß es den wissenschaftlichen Sozialismus, die Kritik der politischen Ökonomie, sinnfällig demonstrierte und popularisierte. Marx selbst hat die einfache theatralische Umsetzung seines „Kapitals" durch Jean Baptiste von Schweitzer („Der Schlingel", „Eine Gans") begrüßt.

Auch in den Jahren unter Bismarcks „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (1878—1890) wurde in illegalen Arbeitervereinen weiter Theater gespielt. In Fortbildungsvereinen entstanden nun *historische* Stücke, die den sozialistischen Gehalt der Texte gegenüber Polizeispitzeln tarnen sollten. So schrieb etwa Manfred Wittich für den Leipziger Fortbildungsverein das geschichtliche Spiel „Ulrich von Hutten". Daß sich auf diese Weise der große einzelne (im Sinn Schillers) in die Arbeiterliteratur einschlich, wurde als Gefahr zunächst nicht erkannt.

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes setzte der Prozeß der Anpassung des Arbeitertheaters an das bürgerliche Bildungstheater ein. Analog zur fortschreitenden Verbürgerlichung der SPD verwandelte sich das Arbeitertheater in eine kulturelle Institution, die sich bemühte, die bürgerliche Kunst zu imitieren. (Zur Kulturpolitik der

SPD zwischen 1890 und 1914 vgl. auch G. Fülberth: „Proletarische Partei und bürgerliche Literatur", Neuwied 1972.) Während das Arbeitertheater der 60er Jahre Kampfliteratur war, bestimmt von marxistischer Parteilichkeit, läßt sich am Beispiel der proletarischen Dramen der Jahrhundertwende die Entpolitisierung und Verinnerlichung des Klassenkonflikts nachweisen. Das ursprüngliche Ziel des Arbeitertheaters, die Solidarität der Massen zu mobilisieren, trat zurück; die Autoren schrieben keine Lehrstücke mehr, sondern Elendsdramen nach dem Vorbild der Naturalisten. So schilderte etwa Ernst Preczang in der Tragödie „Im Hinterhause" (1903) die Brutalität der Ausbeutungsverhältnisse, nicht aber deren Änderbarkeit; er weckte dadurch keine Kampfbereitschaft, vielmehr Mitleid und Resignation, im Gegensatz zu den Autoren der 60er Jahre, die keine Veranlassung sahen, das Elend, das allen bekannt war, erst noch zu schildern: sie wollten es beseitigen. Mit dem Aufstieg der Sozialdemokratie zur revisionistischen Massenpartei hatte das revolutionäre Laientheater ausgespielt. Die SPD-Führung der Jahrhundertwende unterstützte das Arbeitertheater nicht mehr, sie ließ es nur noch an Orten gelten, wo es kein Berufstheater gab. Überall machten sich Partei- und Gewerkschaftsorgane an die Gründung von Volksbühnen und schufen damit ein Berufstheater, dessen einziger Ehrgeiz bald darin bestand, es dem bürgerlichen Theater gleichzutun. Ein politisches Laientheater entstand erst wieder in der Weimarer Republik, als die KPD das Arbeitertheater zum Instrument ihrer Agitproptruppen machte.

Das vorliegende Buch demonstriert die absteigende Entwicklung des Arbeitertheaters von 1847 bis 1918. Anhand eines Überbauphänomens dokumentiert es die stufenweise Integration der SPD in den imperialistischen Staat. Da der wissenschaftliche Sozialismus in den Köpfen der Sozialdemokraten nicht fest verankert war, konnten sie, verwiesen einzig auf einen moralischen Antikapitalismus, den von oben verordneten Anpassungszwängen ernsthaft sich nicht widersetzen. Zugleich dokumentiert das Buch einen progressiven Begriff von Unterhaltung: die Möglichkeit der Einheit unterhaltsamer, aufklärender und agitierender Momente in *einem* Stück. Deutlich wird, daß es nicht damit getan ist, marxistische Theorie mit verteilten Rollen aufsagen zu lassen; man muß sich schon Gedanken über die richtige Vermittlung von Theorie machen. Die Autoren des frühen Arbeitertheaters haben dies teilweise hervorragend geleistet. Sie haben auch den Zuschauer aktiviert, indem sie Stücke entwarfen und Rezeptionsbedingungen schufen, die den Rollentausch zwischen Darsteller und Zuschauer ermöglichten.

In einer Zeit, als die kapitalistische Kulturindustrie gerade auftheater im wahren Sinn des Wortes: Theater für das Volk; Theater der Niederen, der Unterdrückten, die den Klassenkampf aufnehmen. hen Arbeiterbewegung entstandenen Agitationsstücke ist Volkskationsmittel, eine Art Gegenöffentlichkeit. Ein Teil der in der frükam, entwickelten sich die Arbeiter eigene, unabhängige Kommuni-

Michael Buselmeier (Heidelberg)

Bromme, Moritz Th. W.: Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters. Nachdruck der Ausgabe von 1905. Mit einem Nachwort hrsgg. von Bernd Neumann. Athenäum-Verlag, Frankfurt/M. 1971 (382 S., br., 24,— DM).

Dies ist wohl eine der ersten Arbeiterautobiografien und sicherlich die erste sozialdemokratische. Bromme hatte bis zum Zeitpunkt der Niederschrift — Frühinvalide im Alter von 33 Jahren — als ungelernter Arbeiter vor allem in Knopf- und Holzschuhfabriken gearbeitet. Später wurde er dann sozialdemokratischer Parteijournalist und -funktionär. 1919 schließlich Senator in Lübeck. (Dies als Ergänzung des Nachworts.) Franz Mehring nannte die Lebensbeschreibung Brommes eine „außerordentlich wertvolle Bereicherung der Literatur über die Lage der modernen Arbeiterklasse" (Gesammelte Werke, Bd. 11, Berlin 1961, S. 494). Modern — so erklärt uns der erste Herausgeber von 1905, Paul Göhre, im Vorwort — ist Tarnausdruck für ‚sozialdemokratisch'.

Man kann dieses Buch als Dokument sozialdemokratischen Bewußtseins und sozialdemokratischer Politik vom Ende der Sozialistengesetze bis zur Herausbildung des marxistischen Zentrums lesen und erfährt dann vieles über sozialdemokratischen Wahloptimismus (190 ff., 229 f.), über Sozialistenverfolgung durch die Klassenjustiz (67 ff., 267 f.) und durch Fabrikherren (z. B. 230). Man erfährt — nimmt man das Buch als Dokument — überhaupt sehr viel über die Lage der arbeitenden Klasse im kaiserlichen Deutschland, über Armut, Wohnungsnot, Hunger, Trunksucht, Preise und Löhne (ein Brot kostet 1,10 M, Brommes Wochenlohn von 9,— M muß zum Unterhalt einer achtköpfigen Familie dienen), über Lebensgewohnheiten außerhalb der eigentlichen Industriezentren — denn Bromme ist nur im oben genannten Sinne modern, ein moderner Fabrikarbeiter ist er nicht: vielmehr markiert seine Darstellung den Übergang vom Landplebs zum Industrieproletariat. Weitere Passagen schließlich lesen sich wie Illustrationen zu Engels Beobachtungen über das Sexualverhalten des englischen Proletariats (MEW 2, 355).

Der Herausgeber von 1905, ein rechter Sozialdemokrat par excellence, versucht nicht nur in der Titelgebung das Buch der Bourgeoisie schmackhaft zu machen, sein gesamtes Vorwort, das mit abgedruckt ist, wendet sich an sie. Bromme — von Göhre angeleitet und redigiert — adressiert sich an den „lieben Leser" aus der Bourgeoisie. Das ist konsequent, denn das Anliegen seines Buches ist explizit die Anerkennung der proletarischen „Gleichberechtigung mit den herrschenden Klassen" (361), statt das Proletariat als deren unversöhnlichen Widersacher darzustellen. Der damalige Preis des Buches tut ein übriges: 5,50 M. Göhre empfiehlt der Bourgeoisie das Buch als kulturgeschichtliches Dokument (X), empfiehlt seine Unmittelbarkeit. Auch Mehring unterliegt noch dieser Unmittelbarkeitsvorstellung („Je frischer und unmittelbarer, um so lehrreicher und wirksamer sind solche Autobiographien" [a.a.O.]) und warnt zugleich vor der „ästhetischen Verseichtbeutelung des modernen Proletarierloses" (a.a.O., S. 499).

Der Neuherausgeber Bernd Neumann setzt in gewisser Weise das Vertrauen auf die Unmittelbarkeit der Wirkung und des Dokumentencharakters fort. Das beginnt mit der Einschätzung der Brommeschen Schilderungen proletarischer Sexualität. Neumann geht zwar darauf ein, daß Bromme gerade hier penetrant moralisiert, ihn interessiert aber nicht so sehr der Grund für das Moralisieren als vielmehr das seiner Ansicht nach progressive und emanzipierte Sexualverhalten des Proletariats, dessen Unmittelbarkeit und Spontaneität (378).

Diese Begriffe spielen ebenfalls eine große Rolle bei der Charakterisierung der Brommeschen Darstellungsweise. Die Spontaneität kehrt positiv bewertet wieder als „zupackend-derber Realismus". Neumann stellt dann allerdings die „merkwürdige [. . .] Disharmonie" heraus zwischen den sachlichen, knappen und zuweilen drastischen Darstellungen, immer dann, wenn Bromme von sich und seiner Arbeit berichtet, und dem Stil „einer sich erhaben gebenden Trivialliteratur", wenn er von anderen schreibt oder verallgemeinernde Reflexionen zu den Zeitläuften anstellt.

Das ist aber nicht schon damit erklärt, daß sich „materielles Ergehen in literarisch-stilistische Eigenheiten direkt und sozusagen spontan umsetzt" (379). Hier wäre m. E. ebenso wie in der Frage der Sexualität stärker Gewicht zu legen auf die Uneigentlichkeit und Vermitteltheit des Brommeschen Bewußtseins, die sich sowohl im Inhalt wie auch in der Form niederschlagen. Es wäre dabei besonders an die Sozialdemokratie und ihren Bildungs- und Technikoptimismus zu denken, denen sich inhaltlich und stilistisch die Prägung vieler Passagen in Brommes Lebensschilderung verdanken.

Dieser problematische Optimismus der damaligen Sozialdemokratie ist sowohl auffindbar in der Moralisierung der Sexualität (paradigmatisch: 224 f.) wie in der Reproduktion bourgeoiser Bildungsideale in Inhalt (Beschwörung der ‚Genies' von Schiller bis Kleist; Operettenwut [99]; Entrüstung darüber, daß ein Arbeitskollege das Alter von Kohle nicht kennt [346] und anderes) und Form (— bis in die Metaphern: Gänse sind „wütende Martinsvögel" und Soldaten allemal „Marsjünger"). Mir scheint von daher Brommes Werk besonders interessant als Gegenstand einer Untersuchung darüber, wie und warum die Selbstbewußtwerdung des Proletariats — wiewohl für das Kapital nur Ware Arbeitskraft — so sehr unter Formen bürgerlicher Moral und Bildung vor sich geht. Besonders geeignet ist Brommes Werk deshalb, weil es alle Bereiche proletarischen Lebens der Zeit darstellend und reflektierend anreißt. Zu einer daran anzustellenden kritischen Reflexion des Lesers auf die Art und Weise sozialdemokratischer Adaption bürgerlicher Verhaltensformen und Bewußtseinsinhalte wäre mehr noch als von Neumann schon geschehen, Eingehen auf die praktische und theoretische Entwicklung der Sozialdemokratie in dieser Zeit und auf den ökonomischen und sozialen Hintergrund der Gründerjahre und der Jahrhundertwende wünschenswert gewesen.

Neumann hat wohl mehr an die Verwendbarkeit des Textes in der Germanistik gedacht. Sehr ausführlich hat er Brommes Schilderungen einer Lungenheilanstalt vorwiegend für Proletarier, genannt ‚Hustenburg', mit Thomas Manns ‚Zauberberg' verglichen. Das ergibt eine manifest sozial motivierte Kritik des letzteren. Zweifellos eignet sich dieser Vergleich mit Rücksicht auf Brommes stilistische Eigenarten sehr gut als Ausgangsbasis einer sozialkritischen Auseinandersetzung mit Literatur. Problematisch scheint mir indes, ob man das Verhältnis von Brommes ‚Hustenburg' und Manns ‚Zauberberg' als eines „wie die Basis zum Überbau" (381) nennen kann. Als Metaphorisierung gibt das nicht viel her, ernst genommen kann es nur zu leicht als ‚der Sache unangemessenes Oktroi' zur Stabilisierung von Vorurteilen gegenüber einer sozialgeschichtlichen Betrachtungsweise und damit zur Abwehr führen. Das aber schadete der Verbreitung eines weithin geradezu spannend nützlichen Buches. Der Preis tut dazu schon genug. Erhard H. Schütz (Gießen)

Kühne, Peter: Arbeiterklasse und Literatur. Mit einem Essay von Urs Jaeggi. Texte zur politischen Theorie und Praxis 6506. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1972 (266 S., br., 4,80 DM).

Kühnes Arbeit ist nicht angelegt als „inhaltsanalytischer Versuch" (10) über Arbeiterliteratur in der BRD, sondern „Gefragt wird: Wer schreibt zum Thema Arbeitswelt; welche Form wird gewählt; wie wird das Geschriebene aufgenommen?" (10) Kühne untersucht mit diesen Fragestellungen vor allem die Dortmunder Gruppe 61; der Werkkreis (dem Kühne selbst angehört) wird in einem Schlußkapitel als „Versuch einer Alternative" (189) behandelt. Die Untersuchung fußt zum einen auf der Auswertung aller erreichbaren schriftlichen Dokumente, die von Gruppenmitgliedern verfaßt wurden oder sich mit der Gruppe 61 bzw. einzelnen Mitgliedern beschäftigen; zum zweiten auf einer von Kühne selbst durchgeführten Befragung aller Mitglieder der Gruppe 61; zum dritten auf einer Reihe gezielter Recherchen Kühnes bei Autoren, Redaktionen, Verlagen, Industriebetrieben und Gewerkschaften.

In einem einleitenden Abschnitt versucht Kühne, Möglichkeit und Funktion einer Arbeiterliteratur in der BRD zu bestimmen. Ausgehend von vorhandenen Untersuchungen (Kern/Schumann, Herkommer, Negt u. a.; die Arbeit von Frank Deppe wird leider nur in einer Anmerkung erwähnt), charakterisiert der Autor das Bewußtsein der Arbeiter als zwar inkonsistent, aber durchweg von „Konfliktpotential" (48) durchsetzt. An dieses Bewußtsein anknüpfend, erhält Arbeiterliteratur, von Kühne verstanden als „Medium kritischer und emanzipatorischer ‚Selbstverständigung' der Lohnarbeiter" (48), ihren Stellenwert: „verdrängte und verschüttete Erwartungen, Spuren von Ausbruchswillen aus erzwungener Indifferenz, Gesellschafts-

bilder unter dem Gesichtspunkt der Veränderung, der Handlungsbereitschaft, gerade das könnte in ihr sich artikulieren" (48).

Die Uneinheitlichkeit des allgemeinen Arbeiterbewußtseins spiegelt sich in der literaturtheoretischen und -praktischen Inkonsistenz der Gruppe 61. Kühne typologisiert vier „Ansätze literarischer Kommunikation" (85) innerhalb der Gruppe, die sich hinsichtlich des zugrunde liegenden Gesellschaftsbildes, der intendierten Wirkung des Geschriebenen, der gemeinten Adressaten und der gewählten literarischen Form unterscheiden. Er gewinnt die Typologie aus einer Analyse von theoretisch-programmatischen Äußerungen von Gruppenmitgliedern. Obwohl also verschiedene Ansätze existieren, dominieren nach Kühne in den öffentlichen Verlautbarungen der Gruppe von Beginn an Auffassungen, die sich „in Kategorien des literarisch-gesellschaftlichen Status quo" (70) bewegen und daher als apologetisch zu bezeichnen sind. Dagegen ergibt die Befragung aller Gruppenmitglieder, daß die Mehrheit der Dortmunder Autoren die eigene Literatur durchaus als „Medium kritischer Selbstverständigung einer breiten industriegesellschaftlichen Öffentlichkeit" (105), also als im weitesten Sinne gesellschaftskritisch versteht.

Aus diesem Widerspruch zwischen der inhaltlichen Tendenz von gruppenoffiziellen Verlautbarungen einerseits und von Äußerungen der einzelnen Mitglieder andererseits folgert Kühne, daß in der Gruppe 61 „die Überfremdung einer Gruppenmajorität durch eine — möglicherweise — agilere und intellektuell überlegene Minorität" (106) stattgefunden habe, und zwar durch die fortschreitende Verselbständigung eines Kreises von Koordinatoren der Gruppenarbeit gegenüber dem Gruppenplenum. Parallel dazu verlaufen von der Gruppenkonstituierung 1961 bis zum Ende der Sechziger Jahre eine Reihe weiterer Entwicklungen: so der zunehmende Rückgang von gruppeninterner Diskussion und Werkstattarbeit — die Gruppe wird von vielen Autoren nur noch als eine Art Agentur publikationsreifer Texte verstanden; die Änderung der personellen und sozialen Struktur der Gruppe — bis 1969 verlassen sie 13 der 23 ursprünglichen Mitglieder, neue kommen hinzu, aber unter ihnen ist kein einziger Arbeiter; u. a. m.

Diese Entwicklungen führen zu dem Ergebnis, daß die Gruppe nicht mehr in erster Linie „als Instrument arbeiterspezifischer Emanzipation, als Gegeninstanz gegenüber etablierten Institutionen literarischer Sozialisation, sondern gerade umgekehrt als deren verlängerter Hebel und Instrument der sozialen Anpassung fungiert" (107).

Einige Gruppenmitglieder versuchten 1969, dieser Tendenz durch einen Reportagewettbewerb für Arbeiter und Angestellte der BRD zu begegnen. Aus den Einsendern konstituiert sich eine Arbeitsgemeinschaft, die sich der Gruppe 61 korporativ anschließen will, um deren Arbeit „auf Basisebene" (117) wiederzubeleben. Als die Gruppe 61 den Anschlußantrag mehrheitlich ablehnt, gründet die Arbeitsgemeinschaft 1970 den ‚Werkkreis Literatur der Arbeitswelt'. Der Werkkreis versucht, die von der Gruppe 61 begangenen Fehler zu vermeiden und entsprechenden Entwicklungen vorzubeugen: er ver-

steht sich als eine „breit angelegte demokratische Bewegung mit zweifellos sozialistischen Zielen" (192); er fördert die Kooperation von Arbeitern und Angestellten mit Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern, besteht aber „auf dem Vorrang der Arbeiter und Angestellten" (201); er versucht, den kollektiven Schreibprozeß zum Grundsatz der Werkstattarbeit zu machen; er arbeitet mit kollektiven, rotierenden Leitungsfunktionen.

Ein Problem, das sich der Gruppe 61 stellte und das auch für den Werkkreis noch weitgehend ungelöst ist, ist die Frage, wie, wo und mit welchen Adressaten die Texte veröffentlicht werden (können). Kühne zeigt an einigen Beispielen (von der Grün, Wallraff, Sowka), daß die Veröffentlichung kritischer Arbeiterliteratur von verschiedenen Seiten mit Präventionen und Sanktionen belegt wird. Vor allem Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, die Publikation kritischer Texte zu verhindern; unterstützt werden sie zum Teil von der Justiz, zum Teil aber auch von den Organisationsspitzen der Gewerkschaften (!). Kühne nennt als wichtigste Perspektive für die Publikationsstrategie des Werkkreises die direkte Basisöffentlichkeit einzelner Betriebe, die über Betriebszeitungen u. ä. zu erreichen ist.

Die Bedeutung von Kühnes Arbeit liegt in der politischen Relevanz des Themas, der Arbeiterliteratur in der BRD — einer Literatur, die bisher Gegenstand nur weniger wissenschaftlicher Arbeiten war —, und in der Fülle des empirischen Materials, das Kühne ausbreitet und aus dem er seine hier verkürzt zusammengefaßten Ergebnisse folgert. Das Buch bietet eine gute Grundlage für weitere Untersuchungen. Diese sollten allerdings inhaltsanalytische Fragen nicht wie Kühne grundsätzlich ausklammern, sondern die Analyse von Primärtexten der Arbeiterliteratur einbeziehen; erst dadurch würden auch Kühnes Aussagen über die literarische Form von Arbeiterliteratur, die er nur aus Sekundärtexten gewinnt, überprüfbar. Zu wünschen ist auch, daß die von Kühne festgestellten literarischen Zusammenhänge und Entwicklungen stärker aus gesamtgesellschaftlichen Prozessen, insbesondere aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in der BRD erklärt werden. Der das Buch einleitende Essay von Urs Jaeggi bietet dazu spärliche Ansätze, die es systematisch zu entwikkeln gilt.

Uwe Naumann (Hamburg)

Ihr aber tragt das Risiko. Reportagen aus der Arbeitswelt. Hrsgg. vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt. rororo Bd. 1447. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1971 (124 S., br., 2,80 DM). — zit. (a)

Lauter Arbeitgeber. Lohnabhängige sehen ihre Chefs. Hrsgg. vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt. Reihe Roter Schnitt, Bd. 134. Piper Verlag, München 1971 (180 S., br., 6,— DM). — zit. (b)

Der Werkkreis, 1970 als eine Vereinigung von Arbeitern, Angestellten, Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern entstan-

den, hat sich „die Darstellung der Situation abhängig Arbeitender" zur Aufgabe gemacht. „Auf diese Weise versucht der Werkkreis, die menschlichen und materiell-technischen Probleme der Arbeitswelt als gesellschaftliche bewußt zu machen. Er will dazu beitragen, die gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der Arbeitenden zu verändern." (aus dem Programm des Werkkreises, zitiert nach b 178)

In beiden Bänden sind (überwiegend kurze) Texte gesammelt, die zum größten Teil von Lohnabhängigen verfaßt wurden. „Ihr aber tragt das Risiko" enthält Texte, die durch einen Reportagewettbewerb des Werkkreises unter dem Thema „Wie ist mein Arbeitsplatz — wie könnte er sein?" zustandekamen. Diese Texte vermitteln mit einem hohen Grad von Authentizität Ausschnitte aus verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Produktion. Für „Lauter Arbeitgeber" wurden Ergebnisse der Werkkreis-Arbeit unter einem bestimmten Gesichtspunkt ausgewählt: „Die ökonomischen Unterschiede, der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, das ist das eigentliche Thema dieses Buches, wenn es heißt: Lohnabhängige sehen ihre Chefs ... Es werden Beispiele für diesen Widerspruch angeführt." (b 15)

Beide Bände bieten Material zur Beantwortung der Frage, welche Stärken und welche Schwächen die bisherige Werkkreis-Arbeit charakterisieren. Positiv ist zunächst das Grundsätzliche: die Entstehung einer Arbeiterliteratur — vor allem verstanden als Literatur, die die gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse artikuliert — in der BRD; der Aufbau einer Bewegung, in der Lohnabhängige und Intellektuelle mit unterschiedlichen politischen Positionen konstruktiv zusammenarbeiten; der Versuch, die seit Ende der Sechziger Jahre wiedererstarkende westdeutsche Arbeiterbewegung auch auf kulturellem Gebiet zu reaktivieren. Positiv sind auch manche Aspekte der konkreten Arbeit: die Anschaulichkeit und Authentizität, mit denen die Autoren den Arbeitsalltag beschreiben; die scharfe, teilweise bissige Kritik an den beschriebenen Zuständen, jenseits aller Ideologie von „Wohlstandsgesellschaft" und „Sozialer Marktwirtschaft"; das in den meisten vorliegenden Reportagen, Erzählungen und Gedichten enthaltene Streben nach Veränderung des Bestehenden, teilweise bewußt und mit klarer Perspektive formuliert, teilweise unausgesprochen, aber in der Schärfe der Kritik bereits angelegt, teilweise allerdings auch überdeckt von Tendenzen zur Resignation.

Im zuletzt Angesprochenen deutet sich zugleich eines der wesentlichen Probleme der Werkkreis-Bewegung an: der oben erwähnte Bündnischarakter, die Vereinigung unterschiedlicher politischer Positionen impliziert, daß der Werkkreis auch Mitarbeiter umfaßt, deren politische Zielvorstellungen recht verschwommen sind. In „Ihr aber tragt das Risiko" kommt ein Zeitnehmer zu Wort, der Probleme seiner Arbeit beschreibt und seine widersprüchliche Stellung zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit aufzeigt. Sein Text endet: „Wie man das abstellen kann? Vielleicht, indem für den Zeitnehmer ein neutraler Arbeitgeber (!) geschaffen wird? Ich denke dabei an den Refa-Verband, die Berufsgenossenschaft, die zuständige

Gewerkschaft oder den Arbeitgeberverband (!) ..." (a 35). Wenn dies hier als „Schwäche" der Werkkreis-Arbeit bezeichnet werden könnte, so nicht mit dem sektiererischen Anspruch, derartige Positionen doch besser im Sinne einer „reinen" politischen Linie aus dem Werkkreis zu eliminieren; allerdings gehört es zu den vordringlichen Aufgaben der Werkkreismitglieder, diese Positionen politisch weiterzuentwikkeln. Zudem sollten in den Veröffentlichungen des Werkkreises diese Positionen nicht überrepräsentiert sein, da der Anspruch der Veröffentlichungen, den Leser aufzuklären und zu agitieren, durch verschwommene Zielvorstellungen einzelner Texte beeinträchtigt wird. Den Herausgebern von „Lauter Arbeitgeber" scheint die hier angesprochene Problematik bewußt zu sein, wenn sie im Vorwort schreiben, die Aufnahme bestimmter Passagen in das Buch sei geschehen „im Interesse eines realistischen Bildes, das auch Schwächen zu dokumentieren hat" (b 19).

Ein anderes Problem der Werkkreis-Bewegung ist ihre soziale Zusammensetzung: die Mehrzahl der Mitarbeiter arbeitet in Klein- und Mittelbetrieben, „schreibende Lohnabhängige in Großunternehmen fehlen in den Werkstätten weitgehend" (b 18). Daß gerade die Arbeiterschaft der Großindustrie, von der marxistischen Theorie als „Kern der Arbeiterklasse" aufgefaßt, der in den Klassenkämpfen aufgrund seiner objektiven Situation Avantgardefunktion wahrnimmt, im Werkkreis unterrepräsentiert ist, sollte zu Anstrengungen veranlassen, verstärkt Mitarbeiter für den Werkkreis aus Großbetrieben zu gewinnen.

Eine weitere Schwäche der bisherigen Werkkreis-Arbeit liegt darin begründet, daß entsprechend dem politischen Anliegen des Werkkreises bislang die inhaltliche Aussage der Texte im Vordergrund der Diskussion stand, während formale Kriterien weniger beachtet wurden. So richtig dies als Prioritätensetzung war und ist, so falsch wäre es, die Weiterentwicklung künstlerischer Formen im Werkkreis zu vernachlässigen. Die banale Erkenntnis, daß eine ansprechende Aufbereitung von Texten ihre Verbreitung, Lesbarkeit und politische Wirksamkeit erhöht, sollte sich auch in der Praxis der Werkstättenarbeit niederschlagen. Die vorliegenden Texte sind, gemessen an stilistisch-formalen Maßstäben, von großer Uneinheitlichkeit: künstlerisch ausgefeilten Texten wie z. B. den Gedichten von Günter Hinz (a 81, b 25, b 26) stehen Reportagen gegenüber, für deren Autoren das Niederschreiben ihrer Erfahrungen offenbar eine Anstrengung bedeutet, für die das Schreiben selbst also bereits eine Form der Emanzipation darstellt. Die Werkstätten müßten dieses Gefälle langfristig überwinden können.

Diese Anmerkungen mindern allerdings nicht die Bedeutung der vorliegenden Bücher. Die beiden Anthologien dürften ihren aufklärerischen Zweck nicht zuletzt bei der Arbeit im Ausbildungsbereich erfüllen, sei es in Gewerkschaftsschulungen, im Deutsch- und Gemeinschaftskundeunterricht der Schulen oder auch als Untersuchungsobjekt von Universitätsseminaren. Schwieriger dürfte es sein, die angestrebte Verbreitung auch unter den Lohnabhängigen

zu erreichen, zumal Buchpublikationen erfahrungsgemäß die Lohnabhängigen weniger erreichen als Veröffentlichungen in Betriebs- und Gewerkschaftszeitungen und anderen basisnahen Medien. Um dies zu überwinden, bedarf es wohl noch erheblicher Anstrengungen nicht nur des Werkkreises, sondern auch anderer fortschrittlicher Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften.

Uwe Naumann (Hamburg)

Creutz, Helmut: Gehen oder kaputtgehen. Betriebstagebuch. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (159 S., br., 3,80 DM). — zit. (a)

Liebe Kollegin. Texte zur Emanzipation der Frau in der Bundesrepublik. Hrsgg. von Britta Noeske, Gabriele Röhrer und der Westberliner Werkstatt im Werkkreis. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (168 S., br., 3,80 DM). — zit. (b)

Stories für uns. Hrsgg. von einem Werkkreis-Kollektiv mit Jürgen Alberts, Peter Fischbach, Peter Sauernheimer. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (160 S., br., 3,80 DM). — zit. (c)

Zu den Hauptschwierigkeiten in der Arbeit des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt gehört die Frage, wie die im Werkkreis hergestellten Texte mit möglichst hoher Auflage verbreitet und an die politisch wichtigsten Adressaten, vor allem die Lohnabhängigen selbst, herangetragen werden können. Die Werkkreismitglieder haben sich mit dieser Frage auf mehreren Delegiertentagungen eingehend beschäftigt und sind mehrheitlich zu dem Resultat gekommen, daß sie zur besseren Verbreitung eine Zusammenarbeit auch mit Großkonzernen der westdeutschen Meinungsindustrie beginnen müssen. Konkretes Ergebnis dieses Beschlusses ist eine Reihe von Taschenbüchern, die seit Juni 1973 im Fischer Taschenbuch Verlag (Holtzbrinck-Konzern) erscheint. Ziel der Reihe ist es nach Aussage des Werkkreis-Lektorats, „mit ‚billigen' Büchern über Buchläden und Kioske diejenigen zu erreichen, die von den beschriebenen Zuständen betroffen sind: die Lohnabhängigen" (a 5). Die Voraussetzungen für eine weite Verbreitung sind gut: die Bände erscheinen in einer Startauflage von je 20 000 Exemplaren; der Verlag hat eine intensive Werbung in fortschrittlichen Publikationen durchgeführt; die Gewerkschaften unterstützen zunehmend die Arbeit des Werkkreises (so bestellte z. B. die IG Metall 5 000 Exemplare von „Gehen oder kaputtgehen"); die ersten Bände werden gut abgesetzt (die Erstauflage von „Gehen oder kaputtgehen" war nach 6 Monaten verkauft).

„Gehen oder kaputtgehen" ist der authentische Erfahrungsbericht eines Angestellten aus einem westdeutschen Kleinbetrieb. Creutz schildert in seinem Tagebuchroman anschaulich, wie der Inhaber ei-

nes Betriebs, ein skrupelloser Geschäftemacher, seinen Profit auf Kosten von Kunden, Zulieferern und vor allem der Arbeiter und Angestellten seines eigenen Betriebs vermehrt. Der Versuch einiger Betroffener, ihr Recht auf juristischem Weg zu bekommen, hat nur teilweise Erfolg, weil die persönlichen Beziehungen und finanziellen Mittel des Betriebsinhabers die angebliche Gleichheit vor dem Recht als rein formale erweisen. Eine politische Solidarisierung kommt nicht zustande. Die Auseinandersetzungen zehren derart an Nerven und Finanzen der Lohnabhängigen, daß die meisten vor die Alternative gestellt werden: Gehen oder kaputtgehen. Creutz selbst wählt den ersten Weg und kündigt.

„Liebe Kollegin" enthält eine Sammlung von Kurztexten, die sich mit der konkreten Lage der Frauen in der BRD und West-Berlin befassen. Die Texte sind in drei Unterthemen gegliedert: der erste Teil betrifft Probleme der Hausfrauen, der zweite enthält Texte über Angestellte, und der dritte beschäftigt sich mit der Situation von Arbeiterinnen. In allen Fällen kommen die Betroffenen selbst zu Wort. Sie versuchen, ihre eigenen Probleme darzustellen und deren Ursachen anzugeben. Dabei wird durchweg das Thema Frauenemanzipation nicht als rein geschlechtsspezifisches angesehen; vielmehr begreifen die meisten der schreibenden Frauen ihre Unterdrückung als eine doppelte: die Benachteiligung gegenüber den Männern einerseits, die gemeinsame Unterdrückung von abhängig arbeitenden Männern und Frauen andererseits.

„Stories für uns" schließlich ist eine Sammlung mit Geschichten von Arbeitern und Angestellten, die über die verschiedensten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erzählen. „Das geht vom Besuch im Zirkus, wo zwei Kollegen plötzlich merken, daß der Direktor ins Schleudern kommt, wenn unten in der Pyramide mal einer hustet, bis zu einem seltsamen Fest, wo gezeigt wird, wie lustig es in der Fabrik zugehen kann, wenn der Chef nicht da ist." (c 7) Was diesen Band vor anderen Werkkreis-Publikationen auszeichnet, ist vor allem die Erzählform der meisten Geschichten. Die Stories regen nicht nur zum Nachdenken, Diskutieren und Analysieren an, sie bieten gleichzeitig Lesespaß, sind teilweise spannend und humorvoll. Damit dürften die „Stories für uns" gerade auch für Lohnabhängige mehr Reiz haben als andere Werkkreis-Texte.

Positiv ist überhaupt die Breite, die die neue Werkkreis-Reihe sowohl thematisch als auch von der literarischen Form her aufweist. Thematisch: die Texte stellen nicht ausschließlich die Arbeitsplatzsituation dar, sondern beziehen auch den Freizeitbereich, die Situation von Hausfrauen und historische Themen (z. B. 1. Mai 1919, vgl. c 99 ff.) mit ein. Literarische Form: die Reihe enthält Gedichte, Erzählungen, Dokumente, Interviews, Tagebuchaufzeichnungen, Romane u. a. m. — die Chance, durch vielfältige Formen verschiedene Rezipienten anzusprechen, wächst damit. Alle Texte beziehen sich auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, sind insofern realistisch; alle ergreifen eindeutig Partei gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Abhängigkeiten, für die Interessen der arbeitenden Klasse, sind be-

wußt parteilich; alle sind nicht in elitär-gekünstelter Sprache abgefaßt, sondern bleiben für jedermann verständlich.

Kritisch allerdings muß angemerkt werden, daß es nur wenigen Autoren des Werkkreises bisher gelingt, die im Werkkreis-Programm festgehaltene politische Perspektive, die „demokratische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse", literarisch zu bewältigen und mit der Darstellung der bestehenden Gesellschaft zu verknüpfen. Der methodische Grundsatz, Probleme vom Standpunkt ihrer Lösung bzw. Überwindung zu sehen und darzustellen, hat sich in der Werkkreis-Arbeit bisher zu wenig durchgesetzt. Besonders deutlich zeigt sich dieser Mangel an „Gehen oder kaputtgehen": schon im Buchtitel werden die Alternativen der unterdrückten Arbeiter und Angestellten verkürzt; die Möglichkeit einer Solidarisierung gegen den Firmeninhaber gerät nicht ins Blickfeld, die Probleme werden individuell und damit nur scheinbar gelöst. In den beiden anderen Bänden gibt es aber einige wenige Texte, in denen Ansätze zur gesellschaftlichen Veränderung, zu gemeinsamen Aktionen der Lohnabhängigen beschrieben werden. An diesem Punkt weiterzuarbeiten, die Darstellung z. B. auch von Vorbildern, von aktiven Kämpfern der Arbeiterbewegung stärker zu entwickeln, bleibt eine wesentliche Forderung an die weitere Arbeit des Werkkreises. Der jüngste Wettbewerb des Werkkreises, „Kollegen, schreibt Streikberichte!", könnte in dieser Hinsicht ein Schritt nach vorn werden.

Uwe Naumann (Hamburg)

Klee, Ernst: Die im Dunkeln ... Sozialreportagen. Patmos-Verlag, Düsseldorf 1971 (123 S., br., 9,80 DM).

Klee will mit seinem Buch das der kollektiven gesellschaftlichen Verdrängung anheimgefallene Elend in der BRD (von zwei kurzen Schilderungen der Armut in Afrika abgesehen) wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit heben, will den Blick sensibilisieren für die Not um uns herum. Seine Reportagen schildern einzelne Menschenschicksale in verschiedenen Institutionen der Armen- und Sozialpflege (Bahnhofsmission, Obdachlosenbunker, Strafanstalt, Fürsorgeheim, Nervenheilanstalt, Altersheim), sparen aber auch nicht die Leiden der sozial nicht oder weniger Auffälligen aus (Alkohol- und Drogen-Abhängige, ledige Mütter, Zuhälter, Krüppel, Gastarbeiter).

Aber selbst wenn man am Ende das Buch betroffen aus den Händen legt, selbst wenn es — nach dem Wunsche des Autors — eine Axt war „für das gefrorene Meer in uns" (5), bleibt doch die Frage offen, ob der bloße Rückzug aufs allgemein Menschliche, aufs Mitleiden, schon einen Weg zum Beseitigen des Elends aufweist. Zwar ist das Gefühl des Mitleids wohl der stärkste Impuls zu eigenen aktiven Versuchen des Helfens, aber dieses Helfen versteht sich allzuleicht als rein menschliches, kreatürliches, das an die Fälle einzelner

Not gebunden bleibt. — Zwar tragen andererseits derartige Hilfsaktionen schon den Keim der Erkenntnis in sich, daß einzelne Not zugleich gesellschaftlich bedingte ist, daß die vorhandenen Institutionen sozialer Fürsorge aufgrund ihrer mangelhaften finanziellen Situation überwiegend Flickschusterei betreiben und daß daher das Problem der Armen- und Sozialpflege generell nur unzureichend angegangen wird, — aber leider weist K. auf diese Hintergründe nur sehr zaghaft hin. Er hätte denen, die er zu eigenen Versuchen des Helfens anregte, mehr Informationen über die Struktur des Systems der sozialen Hilfe in der BRD geben müssen, um ihnen von vornherein bewußt zu machen, daß ihr Kampf zugleich ein politischer sein muß, wenn er das Übel an der Wurzel packen will.

Gerd Ziob (Berlin/West)

Kritzer, Peter: Kurze Programmgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe die praxis, Materialien und Modelle für den Gymnasialunterricht. Ehrenwirth Verlag, München 1972 (119 S., br., 9,80 DM).

Der Titel trügt: keine Programmgeschichte wird in diesem schmalen Bändchen angeboten, sondern eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen um 1830 bis heute. Innerhalb des gegebenen Umfangs ist freilich nicht viel möglich; die Entwicklung der Arbeiterbewegung wird — notgedrungen — nur im ideologischen Bereich dargestellt. Unter der Prämisse, daß ein eilig geschriebener Überblick in diesem Umfang für Gymnasiallehrer sinnvoll sein kann, ist das Buch trotz einiger Mängel insgesamt als gelungen zu bezeichnen. Belege können dem interessierten Lehrer weitere Literatur eröffnen, Hauptströmungen und Hauptrichtungen werden kurz beschrieben.

Problematisch erscheint aber zweierlei: Kritzer stützt sich ausschließlich auf Sekundärliteratur (Grebing, Weber, Braunthal, Geschichte der Arbeiterbewegung aus der DDR), die er ausführlichst zitiert. Originalquellen hat er „nicht zuletzt aus Gründen der Arbeitsökonomie" (9) nicht benutzt. — Die unkommentierte Bibliographie mit über 50 Titeln am Ende des Buches ist für diesen Zweck unbrauchbar. Eine kürzere, aber kommentierte Bibliographie mit Angaben über Zeitschriften, die regelmäßig über diesen Problemkreis berichten, wäre für Lehrer ein Gewinn. Unklar bleibt, gerade unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Zugänglichkeit der zitierten Bücher, warum Abendroth's Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (mit den SPD-Parteiprogrammen im Anhang) weder in die Bibliographie aufgenommen noch benutzt wurde. Politisch ist dies nicht zu motivieren, da Kritzer ansonsten eklektisch zitiert, wie es ihm gerade paßt.

Hartfrid Krause (Darmstadt)

Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921—1923. Droste Verlag, Düsseldorf 1972 (Originalausgabe: Stillborn Revolution, Princeton University Press 1963) (547 S., Ln., 52,— DM).

Die nun in deutscher Übersetzung vorliegende Arbeit von W. T. Angress ist bisher die einzige umfassende und akribische Studie über die Frühzeit der KPD-Geschichte in der westlichen Forschung. Schon deshalb kommt ihr besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig werden an ihr allgemeine Züge westlicher Kommunismus-Forschung (und damit bürgerlicher Geschichtsschreibung überhaupt) exemplarisch sichtbar.

Angress beschreibt die Parteientwicklung der KPD von der Gründung bis zum Scheitern des Revolutionsversuchs im Oktober 1923 als eine Geschichte von Funktionärs- und Fraktionskämpfen, die mehr und mehr unter der Vormundschaft der allmächtigen Bolschewiki und mithin von ihnen gesteuert stattgefunden haben. Dies ist insofern bemerkenswert, als in der westlichen KPD-Forschung gerade die Frühphase des deutschen Kommunismus gern als die einzig „freie", „demokratische" und von der Komintern noch „unabhängige" Periode gesehen wird (bei Weber setzt die manifeste Beherrschung der KPD durch die Anweisungen Moskaus mit der „Stalinisierungsphase" ab 1924 ein, Günter Nollau gibt gar erst das Jahr 1930 als den Zeitpunkt des Sündenfalls an). Im übrigen erscheint die Geschichte der KPD in dieser Periode als Geschichte ihres „Versagens", das, der personalisierenden Geschichtsschreibung des Verfassers gemäß, aus der Hilflosigkeit und Unfähigkeit der KPD-Führer einerseits und der korrespondierenden Geschicklichkeit der die KI beherrschenden Bolschewiki andererseits resultiert. Diese Charakterisierung der Studie sei im folgenden an einigen zentralen Zusammenhängen näher präzisiert.

In seinem ersten, einführenden Kapitel über die „Partei und ihre Herkunft" findet Angress in den Eigenschaften der Mitbegründer und Führer der jungen kommunistischen Bewegung bereits angelegt, was ihm als Crux des deutschen Kommunismus überhaupt erscheint: die Ignorierung der „wahren Einstellung der Massen" (39). Bewußtseinsbildung und das Verhältnis der Masse zur Avantgarde sind zwar bekanntlich zentrale Probleme kommunistischer Politik, bei Angress sind sie jedoch reduziert auf das Glück vernünftiger oder das Unglück unvernünftiger Führer. Paul Levi zum Beispiel zählt zu den „Vernünftigen". Die Spaltung der Partei auf dem Heidelberger Parteitag 1919, auf dem der Kern der späteren KAPD, die Gruppe um Laufenberg und Wolffheim, in der Parlamentarismus- und in der Gewerkschaftsfrage der Mehrheit unterlag und austrat, wird als das alleinige Werk Levis gewürdigt: „Seine ... Entscheidung war die eines vernünftigen Menschen, der hoffte, etwas gesunden Menschenverstand in die deutsche revolutionäre Bewegung zu bringen. Aber Vernunft und Revolution vertragen sich selten miteinander" (68 f.).

Die Haltung der kommunistischen Führer zum Kapp-Putsch (13. 3. 1920) stellt Angress als Markstein des ersten großen Versagens der

kommunistischen Politik dar, denn: „Hier bot sich den Kommunisten eine einzigartige Gelegenheit, mit Leib und Seele einer Sache zu dienen, die endlich einmal eine echte Massenbewegung ausgelöst hatte ... Aber die KPD-Führung sah das in einem anderen Licht. Während Levi immer noch im Gefängnis saß, entschloß sich die Zentrale in Berlin zunächst, Kapp, Lüttwitz, die Brigade Ehrhard und den ganzen Rest einfach zu ignorieren" (71). Daß es sich aber nicht um ein bloßes Ignorieren der Ereignisse seitens der KPD-Führung handelte, sondern einer grundsätzlichen Einschätzung der bürgerlichen Demokratie entsprach, dem die Kommunisten die proletarische entgegenhielten, wird schon in jenem Zitat aus der Roten Fahne Nr. 30 vom 14. 3. 1920 deutlich, das der Autor selbst — ohne seinen Inhalt zu erfassen — als Beleg für die ignorante Haltung der KPD-Führung anführt („Die bürgerliche Demokratie ist nur noch ein wesenloser Schein, nur noch eine brüchige Maske der kapitalistischen Diktatur ..."). Die Fehleinschätzung des Bewußtseinsstandes der Massen durch die KPD-Zentrale erscheint so als typisches Versagen der KPD, für das der Autor, dem es an keiner Stelle gelingt, das Problem des Verhältnisses von Theorie und Praxis der KPD überhaupt adäquat zu stellen, denn auch keine sinnvolle Erklärung anzubieten hat. Deshalb kann er auch die dem Kapp-Putsch folgenden Diskussionen und Auseinandersetzungen um die politische Linie der Partei innerhalb der KPD, die den 4. Parteitag am 14. 4. 1920 bestimmten, nur als „Gezänk" begreifen, das ihm die Brüchigkeit des nach der Spaltung gerade mühsam errungenen Konsenses in der Partei belegt.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920, in denen die KPD gegenüber SPD und USPD einen verhältnismäßig geringen Stimmenanteil erreichte, geben Angress Anlaß, die KI wirksam in Szene zu setzen: „Sich selbst überlassen wäre die KPD wahrscheinlich auf unabsehbare Zeit in der Flaute stecken geblieben. Aber gerade als die Parteimoral einen erneuten Tiefpunkt erreicht hatte, traf eine äußere Macht, das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau, Vorkehrungen, sich aktiver in die Angelegenheiten des deutschen Kommunismus einzuschalten." (73) Dieser „äußeren" Macht gelang nun zweierlei: erstens die Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD zur Massenpartei (VKPD) im Dezember 1920, zweitens die zunehmende Unterwerfung der deutschen kommunistischen Politik unter die außenpolitischen Interessen Moskaus. Denn Angress zufolge war die Komintern „von ihrer Entstehung an dazu ausersehen, in erster Linie den Interessen des russischen Staates zu dienen" (76). Von wem sie nun dazu „ausersehen" war, wird vom Autor nicht verraten. Als Beleg für die These führt er jedoch an, daß der Sitz der KI in Moskau gewesen sei. (Man stelle sich die Einrichtung dieser Zentralinstitution in einer kapitalistischen Metropole vor, in der die Sicherheitsorgane nach Bedarf hätten zugreifen können). Als zweiter Beleg soll die Zusammensetzung des Exekutivkomitees gelten. Hermann Weber gesteht dagegen gerade für diesen Zeitraum noch zu, daß die einzelnen kommunistischen Parteien gleichberechtigt gewesen seien, und vermerkt, daß die

KI damals noch nicht als Instrument der KPR gelten konnte, obwohl das Exekutivkomitee nach den Beschlüssen des II. Weltkongresses aus fünf Vertretern der Sowjetunion und je einem Vertreter aus weiteren zehn Ländern bestanden hat (vgl. Einleitung zu den Dokumenten zur Kommunistischen Internationale, 1966).

Die Differenzen der westlichen Kommunismusforscher um den Zeitpunkt des Einsetzens der „Russifizierung der Komintern" (Weber) haben deshalb einen so trostlosen und mühseligen Charakter, weil sie allesamt die Struktur der Beziehungen von KPD und Komintern bzw. der Komintern und ihrer Sektionen auf ein einseitiges Bestimmungsverhältnis reduzieren. Generell kennzeichnend für die Unfähigkeit der Autoren, die Problematik der Aufhebung nationaler Unterschiede in einer internationalen proletarischen Organisation wie der KI analytisch anzugehen, ist die Substitution der Analyse durch eine Darstellungsweise, die zur Erklärung historischer Zusammenhänge vornehmlich eine „Wendepunkt"-Metaphorik bemüht. Ein „Wendepunkt" — übrigens ein in der bürgerlichen Geschichtsbetrachtung immer wieder auftauchender Terminus (vgl. Das Argument Nr. 33, 1965, S. 21 ff.) — annonciert dabei stets eine Intensivierung bolschewistischer Vorherrschaft. Als ein solcher „Wendepunkt" wird der III. Weltkongreß der KI (22. 6. — 12. 7. 1921) vorgestellt, auf dem die KPD-Führung „einen großen Teil ihrer früheren Unabhängigkeit abgetreten" habe, „was sich als unwiderruflich erweisen sollte" (230). Für diese Sichtweise werden mehrere Begründungen angekündigt, doch folgt nur das Argument, die Bolschewiki hätten schon stets die Absicht gehabt, sich der KI und ihrer Sektionen zu bemächtigen, hätten dies aber bis 1921 aus eigener Schwäche nicht gewagt. Im Sommer 1921 — Krieg und Bürgerkrieg waren überwunden — wollte Lenin dann die relativ günstige Lage nutzen. Die Uneinigkeit der nach der Märzaktion zerstrittenen Fraktionen der KPD setzten Lenin und Trotzki laut Angress in die Situation der lachenden Dritten: sie schlugen „aus der deutschen Katastrophe Kapital für die Bolschewiki" (231).

Zu einer solch unverständigen Darstellung der Geschichte zwischen dem II. und III. Weltkongreß bzw. des III. Weltkongresses der KI kann nur kommen, wer selbst die in den Kongreß-Protokollen immerhin zugänglichen Argumentationen ignoriert. Hier ist vor allem die von Trotzki und Varga ausgearbeitete Analyse der veränderten weltwirtschaftlichen und politischen Situation zu nennen, die Grundlage der auf dem III. Weltkongreß geführten Diskussion um die Einheitsfrontpolitik war. Hatte der I. und II. Weltkongreß aus Gründen unmittelbarer Revolutionserwartungen — besonders in Deutschland — auf eine nähere Beleuchtung der Weltwirtschaftslage verzichtet, so war nach den Niederlagen der Arbeiterbewegung eine gründliche Analyse der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaften notwendig. Trotzki trug vor, daß ein gradliniger Verlauf der Krisenentwicklung nicht mehr zu erwarten sei und daß daher auch von der Annahme der erreichten Stufe des unmittelbaren revolutionären Endkampfes nicht mehr ausge-

gangen werden könne. Allerdings erfordere die Herstellung stabilerer kapitalistischer Verhältnisse eine kontinuierliche Steigerung der Ausbeutungsquote. Auf diese „Offensive des Kapitals", die notwendig eine Verschärfung der sozialen Kämpfe der Arbeiter um die Reproduktionsbedingungen auslösen würde, müßten die kommunistischen Parteien durch verstärkten Kampf um die täglichen Lebensnotwendigkeiten des Proletariats reagieren. Dies war eine klare Absage an die offensivtheoretische Annahme, daß Massenaktionen zunächst durch Teilkämpfe im Sinne von Parteiaktionen ersetzt werden könnten, was eine Kritik der Märzaktion einschloß. Nur aus dem hier angedeuteten Zusammenhang heraus kann die Festlegung der Richtlinien der Einheitsfrontpolitik auf dem III. Weltkongreß der KI verstanden werden.

Angress indessen sieht in der Aufnahme der Einheitsfrontpolitik nur eine „Entscheidung der KI", die „den Höhepunkt einer größeren Richtungsänderung der bolschewistischen Strategie" kennzeichnet (258, Hervorhebung K. D.). Diese Richtungsänderung habe mit der Einführung der NEP begonnen und sei vom Streben der Bolschewiki bestimmt gewesen, wirtschaftliche und diplomatische Kontakte zu anderen Nationen herzustellen. „Wie alle vorhergehende Änderungen der Linie, ... lag auch dieser jüngsten Schwenkung Notwendigkeit und nicht Überzeugung zugrunde" (259). Abgesehen davon, daß es skuril wirkt, Kommunisten als sich selbst untreu werdende Idealisten zu kritisieren, weil sie sich historischen Notwendigkeiten anpassen, findet in solcher Deutung die schlichte Tatsache, daß die Einheitsfrontpolitik die politische Praxis der KPD bereits seit 1919 bestimmte und mithin nicht einer Prinzipienlosigkeit der Bolschewiki entsprang, gar nicht erst Erwähnung. Der Autor sieht in dieser Politik vielmehr die späte bolschewistische Einsicht, „daß eine Revolution in Deutschland nur dann gewagt werden konnte, wenn die Kommunisten über die Gefolgschaft einer Mehrheit der Arbeiter verfügten", und das Dilemma für die KPD habe nunmehr darin bestanden, die oktroyierte politische Wendung nicht in „ehrlicher Absicht" durchführen zu können, „weil sie damit eben ihre revolutionären Prinzipien kompromittiert hätte" (399). Der stereotype Vorwurf der Unaufrichtigkeit impliziert die kaum haltbare Ansicht, daß die Kommunisten bei größerer „Ehrlichkeit" auf die Mitarbeit der SPD und der Gewerkschaftsführung hätten rechnen können. Vor allem aber zeigt diese Beurteilung der Einheitsfrontpolitik, wie wenig es dem Autor gelingt, die Herausbildung der politischen Praxis einer kommunistischen Partei aus dem historischen Zusammenhang zu entwickeln, in dem sie sich bewegte und auf den sie reagieren mußte. Wer sich daher von diesem Buch — nunmehr zweifellos *das* Standardwerk bürgerlicher Forschung zum Thema — irgend Einsichten in den Zusammenhang zwischen objektiven Bedingungen und subjektiven Möglichkeiten kommunistischer Politik nach dem Ersten Weltkrieg erhofft, muß enttäuscht werden. Es handelt sich um eine vordergründige Verlaufsbeschreibung der Frühgeschichte von KPD und KI, die allerdings beachtliche Materialfülle verarbeitet.

Daß es dies allein nicht tut, wird hier wieder einmal belegt: aufgrund mangelnden Problembewußtseins und Unkenntnis kommunistischer Theorie kann weder die wirkliche Problematik der Beziehung zwischen KI und einer ihrer Sektionen aufscheinen, noch können Ursachen und Wirkungen von Fraktionsauseinandersetzungen einsehbar werden.

Hermann Weber meint im Vorwort der Arbeit, sie sei ein Beweis dafür, „daß bei allen individuellen Unterschieden der Bewertung die westliche KPD-Forschung über die historische Problematik unvoreingenommener" als die östliche berichten könne (9). Dieses Urteil impliziert nicht weniger als drei Irrtümer: einen über die „Unvoreingenommenheit" der westlichen Kommunismusforschung, einen über die „Voreingenommenheit" der östlichen und einen über die Vergleichbarkeit beider. Karin Dörschel (Berlin/West)

Kocka, Jürgen: Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847 bis 1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1969 (639 S., Ln., 80,— DM).

Das Erkenntnisinteresse des Verfassers ist darauf gerichtet, die betrieblichen Herrschafts- und Organisationsverhältnisse in kapitalistischen Unternehmen im Laufe des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts zu untersuchen sowie im Zusammenhang damit die soziale und rechtliche Sonderstellung der Angestellten in Privatbetrieben zu klären. Die Studie wird am Beispiel der Firma Siemens durchgeführt, aus deren Archiv umfangreiches Material (Geschäftsvorgänge, Briefwechsel, Erinnerungen, Statistiken etc.) ausgewertet wurde.

Als theoretischer Ausgangspunkt dient die Max Webersche Auffassung von Bürokratie, die an der staatlichen Verwaltung entwickelt und von Weber auch auf die Privatwirtschaft übertragen wurde. Kocka will die Weberschen Begriffe kritisch auf sein Untersuchungsgebiet anwenden (17 f.). Er analysiert im folgenden auf dem Hintergrund der Unternehmensentwicklung von Siemens die Genese der Angestellten als Gruppe in vier Zeitabschnitten (1847—1867, 1867 bis 1873, 1873—1896, 1897—1914). In den verschiedenen Entwicklungsstadien des kapitalistischen Systems in Deutschland und damit auch in der Firma Siemens werden die unterschiedlichen Funktionen und Strukturen der Angestellten, die auf sie angewandten Lenkungsmethoden in Abhängigkeit von den Verwertungsbedingungen des Kapitals und den Klassenkämpfen herausgearbeitet. Lohnte es sich für die Firma zunächst noch, ihre Privatbeamten durch weitgehende Arbeitsplatzsicherheit, Verdiensterhöhungen mit zunehmendem Alter, Pension und besondere Gratifikationen an sich zu binden, weil sie wegen ihrer Erfahrungen und des allgemein niedrigen Fachbildungsniveaus schwer zu ersetzen waren, so änderte sich diese Stellung mit zu-

nehmender Arbeitsteilung, Spezialisierung, wachsender Konkurrenz sowie vermehrtem Angebot an Fachkräften. Ihre Ersetzbarkeit z. B. wurde dadurch bedingt, daß die von ihnen auszuübenden Tätigkeiten leicht und auch ohne vorherige Ausbildung schnell erlernbar waren. Diese Entwicklung brachte es mit sich, daß nur ganz wenige weiterhin Privilegien, wie z. B. Tantiemen, genossen. Für die meisten Angestellten (kaufmännische als auch technische) bedeutete dies eine Annäherung an den Status der Arbeiter in bezug auf Fremdbestimmung der Arbeit und Leitungsmethoden. Der dennoch bleibende Statusunterschied zu den Arbeitern läßt sich in den meisten Fällen nach Kocka nicht durch die Funktionen dieser Beschäftigten im Arbeitsprozeß rechtfertigen. Die Firma Siemens verstand es, sie durch besondere Leistungsanreize enger an das Unternehmen zu binden, so daß sie der Arbeiterbewegung fernblieben. Die These des Autors besteht also darin, daß der in der industriellen Revolution funktional zu begreifende Sonderstatus der Angestellten später primär als Herrschaftsinstrument zur Integration benutzt wurde.

Aufschlußreich über die Wirkung integrativer Unternehmenspolitik von Siemens sind die Abschnitte über die flexiblen Reaktionen der Unternehmensleitung auf bedrohlich werdende Klassenkämpfe. Pensions-, Witwen- und Waisenkassen, Arbeiterausschüsse sowie die vom Unternehmen selbst vorangetriebene Bildung eines gelben Werkvereins (Gewerkschaft) waren z. T. sehr wirksame Maßnahmen, um Widersprüche nicht zum Aufbrechen kommen zu lassen.

Zum Verständnis der objektiven und subjektiven Lage eines wichtigen Teils der Beschäftigten im wilhelminischen Reich und in den folgenden Jahren trägt das Kapitel über die Entstehung der Angestelltenschaft bei, in dem Kocka die Studie auf die Entwicklung der Angestellten im gesamtgesellschaftlichen Rahmen ausweitet. Den Privilegien der Angestellten im Betrieb entsprach die Sonderstellung der Angestellten im Angestelltenversicherungsgesetz von 1911. Die Befürworter des Gesetzes vertraten dabei ausdrücklich die Absicht, die Angestellten schärfer von den Arbeitern und der Arbeiterbewegung zu trennen, sie mit einer Mittelstandsideologie zu befrieden und diese Gruppe in den bürgerlichen Staat vollends zu integrieren, wobei die Mehrzahl der Angestellten ohnehin schon den staatlichen Beamten als Identifikationsobjekt gewählt und daher mehr ein Beamten- als ein Arbeiterbewußtsein hatte.

Die grundlegenden Schwächen dieser Arbeit sind in ihrem theoretischen Ausgangspunkt, dem Weberschen Idealtypus der Bürokratie zu suchen. Zunächst sei kurz auf die Implikationen hingewiesen, die mit der Verwendung der Weberschen Idealtypen verbunden sind: der Idealtypus wird „durch einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte" (Weber, Max: Die ‚Objektivität' sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, Stuttgart 1956, S. 235) gewonnen. Die Bestimmung dieser Gesichtspunkte ist abhängig von der Wertidee, auf die der Forscher die Kulturerscheinungen bezieht. Der Idealtypus „ist nicht eine Darstellung des Wirklichen" (ebd., S. 234), er „ist eine Utopie" (ebd., S. 235). Mit anderen Worten: für die Bildung des Idealtypus

spielt das Erkenntnisinteresse des Forschers die entscheidende Rolle; er ist eine subjektive Konstruktion. Max Webers Erkenntnisinteresse führte zur Bildung eines Idealtypus von „Bürokratie" unter dem zentralen Gesichtspunkt der „Herrschaft". Die Merkmale, die Weber der Bürokratie zurechnet, beziehen sich nur auf die äußere Form einer Verwaltung. Von dieser Grundlage aus gilt für Weber der so bestimmte Idealtypus in gleichem Maße für die staatliche wie für die Verwaltung eines privaten Unternehmens. Denn der für ihn wesentliche Gesichtspunkt der Herrschaft verbaut ihm die Möglichkeit zu erkennen, daß die Bestimmungsgründe von Bürokratien davon abhängen, welchen Zielen sie dienen und in welche Organisationsstrukturen sie eingebettet sind.

Kocka benennt schon am Anfang seiner Studie diese inhaltlichen, jedoch nicht die methodologischen Mängel des Weberschen Bürokratiebegriffs. Dem Leser ist daher unverständlich, warum der Verfasser trotzdem bei dieser Theorie als Basis seiner Untersuchung bleibt. Sie bietet gerade keine geeignete Grundlage dafür, „Unterschiede zwischen staatlicher und industrieller Bürokratie" (18) herauszuarbeiten, da sie von deren Identität ausgeht. Noch viel weniger kann dann der nächste Schritt gelingen, mit ihr von unterschiedlich bestimmten Bürokratien auf „Unterschiede zwischen Staat und Industrieunternehmen vorzustoßen" (18). Zumindest Begriff und Funktion des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft bleiben dann ungeklärt.

Kocka selbst kann denn auch in vielen Passagen seiner Studie durch Erklärungen, die die inneren Zusammenhänge der bürgerlichen Gesellschaft zu berücksichtigen suchen, für den Erkenntnisprozeß Wesentlicheres herausarbeiten, als er es durch den Gebrauch Weberscher Begriffe vermag.

Mit dem Ergebnis seiner Analyse negiert er die von M. Weber postulierte Universalität des Idealtypus „Bürokratie". Die unterschiedliche Stellung der Beamten und Angestellten in ihren jeweiligen Organisationszusammenhängen (Staat, Unternehmung) knüpft Kocka allerdings an die Frage der „Herrschaftsausübung" als einzelne bzw. als Kollektiv oder „Leistungserbringung". Unseres Erachtens läßt sich aber dieses Problem nur hinreichend klären, wenn man die Angestellten auf ihre Stellung als dem Verwertungsprozeß des Kapitals unterworfene hin untersucht und die Beamten als dem Verwaltungsapparat des bürgerlichen Klassenstaates angehörende Personen analysiert. Die Unkündbarkeit der Beamten im Gegensatz zur Arbeitsplatzunsicherheit der Angestellten in Privatunternehmen hängt nicht von der herrschaftsausübenden, im Gegensatz zur leistungsbezogenen, Tätigkeit ab, sondern davon, daß die Beamten nicht dem profithungrigen Kapital unterworfen, sondern in der staatlichen Verwaltung zur Sicherung der Macht der herrschenden Klasse tätig sind. Eine Analyse unter diesen Aspekten hätte der Verfasser jedoch nur leisten können, wenn er explizit vom Marxschen Kategoriensystem mit seiner Auffassung vom Zusammenhang zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß und der Entwicklung der Ange-

stellten in diesem Spannungsfeld ausgegangen wäre. — In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Verwendung des Begriffes „Arbeitnehmer" auch ein Indiz dafür ist, daß der Autor selbst den Mystifikationen des Kapitalverhältnisses zum Teil zum Opfer gefallen ist. Weiß der Verfasser nicht, wer in dieser Gesellschaft „nimmt", und wer „gibt"? Auch wäre es besser gewesen, den Begriff „organisierter Kapitalismus" präziser zu klären und dies nicht in einer Fußnote beiläufig abzutun.

Im großen und ganzen bleibt diese Untersuchung, zu der eine umfangreiche Literatur herangezogen wurde, eine wertvolle und aufschlußreiche Studie über die Entwicklung und Herausbildung der Angestellten in Abhängigkeit von den Verwertungsbedingungen des Kapitals im Laufe des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie liefert damit einen Ausgangspunkt zur Analyse der für den Klassenkampf zunehmend wichtigeren Rolle der Angestellten in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Ilse Steinfeldt (Berlin/West)

Gruner, Erich: Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat. Francke Verlag, Bern 1968 (1136 S., Ln., 95,— sfr / 86,— DM).

Der Schweizer (Partei-)Historiker geht davon aus, daß die „Soziale Frage" gelöst sei. Genauer: Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts „vom Fabrikwesen ins Elend versetzten Industriearbeiter" (18) sind ihm in der Weise ein historisches Phänomen, daß man aus der unterstellten zeitlichen Distanz in „unbestechlicher und nüchterner Beurteilung" (49, vgl. 893) das Spektakel des „Klassenkampfzeitalters" (7) schildern könne. Und insoweit befindet er sich in voller Übereinstimmung mit seinen Zunftgenossen, den Vertretern einer partikularen Sozialgeschichte. Nur aus der schweizerischen Situation ist dagegen die vergleichsweise katheder-sozialistische Einfärbung (vgl. 183, 391, 397) zu erklären — freilich in patriotischer Absicht. Offenbar zum ersten Mal stellt er für seine Landsleute einige „Schattenseiten" (98) und „Inkonvenienzen" (155) dieses Gegenstandes heraus. Es wird nicht mehr verwundern, daß letztere als temporäre Auswüchse des „Anpassungsprozesses der agrarisch-gewerblichen an die maschinelle Lebensweise" (98) gewertet werden. Die theoretische Anstrengung erschöpft sich in der Anlehnung an das Webersche Theorem der schicksalhaften „Rationalisierung" und Bürokratisierung, deren eine Form der Industriekapitalismus sei.

Eine der Pointen der Arbeit liegt darin, daß sie erste Ansätze macht, die „Verspätung" (406) der Schweizer Arbeiterbewegung zu erklären. Die These, es habe vor den 1860er Jahren kein „klassenbewußtes Proletariat" wie etwa in England oder Frankreich gegeben (406), liegt nahe, sie bedarf freilich der konkreten Füllung. Noch weniger hilft eine so bornierte Kategorie wie die des „schwei-

zerischen Nationalcharakters" (468, vgl. 412, 451). Versucht man, einschlägige Indizien der Rückständigkeit zu rekonstruieren, fallen zunächst sehr durchschnittliche Werte auf. Das Industriewachstum ist dem Frankreichs vergleichbar, der Anteil der Industriearbeiter an der Bevölkerung ist dem von Preußen und Frankreich ähnlich (83). Entsprechendes gilt für die Lohnbewegungen.

Hier ist auf einen methodisch nützlichen Beitrag zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse einzugehen, denn Gruner begnügt sich nicht mit Nominal- und Reallohn-Indices. (Da die Arbeitslosenrate nicht zu klären ist (137), sind Hinweise zum „Globallohn" (Jean L'Homme), d. h. zum Reallohn, korrigiert durch die Beschäftigungsrate, nicht möglich.) Gruners Versuch, die realen Jahresausgaben und -kosten (141 ff.) zu ermitteln, belegt nicht nur einmal mehr die Notwendigkeit für die Arbeiterfamilien, in der Regel die Arbeitskraft von drei Familienmitgliedern zu verkaufen. Vor allem wird deutlich, daß die Verbesserung der Lebensqualität, wie sie aus den Reallohnkurven hervorzugehen scheint, eine statistische Täuschung ist. Zwischen 1830 und 1875 konnte das Niveau der realen Jahresausgaben nur um 22 % (145) gehoben werden — der Reallohnindex stieg immerhin um 75 %!

Anhaltspunkte für die Rückständigkeit der Arbeiterbewegung finden sich in folgenden Angaben: Zunächst ist der ganz außergewöhnlich hohe Anteil von Grundbesitzern an der Gesamtbevölkerung ein Indiz für rigide traditionale Einbindungen nicht-feudalen Charakters; in der Schweiz hatten 80 % der Familien Grundbesitz, in England nur 20 %, in Frankreich 30 % (94). Zwar ist die wichtigere Frage nach dem Wohnungs- bzw. Hausbesitz damit noch nicht geklärt, aber aus einzelnen Berichten ergibt sich, daß verschiedentlich 10 bis 25 % der Arbeiter ein eigenes Haus besaßen. Ein Teil dieser Hausbesitzer gehörte zum Typus der „Arbeiterbauern", dessen Verbreitung allerdings bis jetzt überschätzt worden sein mag (92). Im Gegensatz zu England waren die in der Schweiz in besonderem Maße traditionell gebundenen, partikularisierten und räumlich konzentrierten Heimarbeiter kein Hindernis, sondern eine Erleichterung für die sukzessive Einführung von Lohnarbeit und großer (vor allem Textil-) Maschinerie. Gruner bestätigt die These R. Brauns, der zwei Schübe der Industrialisierung beobachtete. In der zweiten Welle, seit Mitte des Jahrhunderts, rekrutierten sich die Fabrikarbeiter nicht mehr nur aus dem Heimarbeiterproletariat; die Masse der zunehmend verelendeten Handweber erbat ausdrücklich die Einrichtung von Fabriken (85).

Eine weitere schweizerische Besonderheit war das starke Kontingent von Ausländern unter den Gelernten und Handwerksgesellen. Wenn man mit Gruner zwischen 1830 und 1850 die ungefähren Zahlen von 175 000 bis 243 000 Industriearbeitern (Heim und Fabrik) annimmt (81, 86), so waren davon ca. 8 bis 10 % Ausländer (vgl. 87). Diese Gruppe verteilte sich weniger auf die „Flottanten" als auf die obere und mittlere Arbeiterschicht. Und so sehr die ausländischen — in hohem Maße deutschen — Arbeiter „Pioniere der schweizerischen Arbeiterbewegung" waren (282), so sehr hat diese Konstellation auch

dazu beigetragen, über Distanzerlebnisse in vielen Abstufungen (vgl. 894), bis zum exzessiven Fremdenhaß, eine einheitliche Bewegung der Arbeiter in der Schweiz zu verhindern.

Schwer abzuschätzen bleibt daneben der Einfluß des politischen Wandels seit den 1840er Jahren (Ausdehnung plebiszitärer und Wahlrechte, besonders 1869 und 1874), in dessen Verlauf nach Gruner „materielle Interessen der unteren Volksschichten" berücksichtigt (406) — also kanalisiert werden.

Kontingente Regionalismen sind weitere Variablen bei der verzögerten und disparaten Entstehung des Klassenbewußtseins in der Schweiz (eine wichtige Komponente in diesem Zusammenhang ist der früh gegründete — 1831 — Grütli-Verein, dessen klein- und bildungsbürgerliche Durchschnittsmitglieder durchaus „Klassen-unterbewußt" waren (502); zur Erklärung verwendet Gruner hier die schon erwähnten Muster: „schweizerischer Nationalcharakter" etc.!) Das Nachhinken der deutschsprachigen Kantone ist nicht unwesentlich darauf zurückzuführen, daß hier eine aktive radikaldemokratische Bewegung (702), besonders in Basel, die „sozialistischen" politischen Ziele weitgehend okkupiert hatte (vgl. 589).

Die schrittmachenden deutschen Arbeiter- und Gesellenvereine bildeten sich vornehmlich in der romanischen Schweiz. Gruner hat hier eine Reihe wichtiger Daten über Charakteristika der Organisation gesammelt. So war die „Behördenorganisation" Nebensache (358); im Vordergrund standen recht ausgetüftelte Regelungen für ausführliche Beratungen und die kollektive Willensbildung. Ein prägender Typ waren die Geheimgesellschaften (354).

Gruner lokalisiert drei „Gipfelpunkte" (283) der Entstehung eines Klassenbewußtseins (wobei er im Anschluß an Geiger „politisches Kampfbewußtsein" als Indikator nimmt, 901; nicht diskutiert wird das Problem, auf welche Weise sich dieses Bewußtsein kenntlich macht; ob z. B. Streiks, politische Agitation und Organisation unabdingbare Formen der Artikulation sind — et vice versa: was eigentlich Apathie ist). Diesen Phasen seien jeweils unterschiedliche Organisationsformen zuzuordnen. In der ersten Kulminationsphase (1833—36) entstanden die Anfänge des Vereinslebens im „Geselligen" (350), ausgelöst von einem — wie Gruner formuliert — „Hunger nach Gemeinschaft" (349) als Reflex der Situation der Ausländer. Danach sind für Intellektuelle wie Gesellen soziale Distanz und Statusfurcht primäre Motive für die Gruppenbildung gewesen.

Weitlings Auftreten in Genf 1841 beschleunigte bzw. besiegelte die Spaltung zwischen (nationalorientiertem) Jungdeutschland (292, 362) und Weitlingianern; letztere markieren den Anfang der eigentlichen Arbeiterbewegung mit übrigens entschieden antiintellektueller Stoßrichtung. „Anstoß" für die „ersten Töne des Klassenbewußtseins" sei „weniger ein wirtschaftlicher Antagonismus" gewesen (die ausländischen Gesellen waren nicht schlechter als die einheimischen gestellt), sondern die „polizeilichen Schikanen" (Wanderungsverbot, Wanderbücher; 375).

Die Revolutionsversuche von 1848 verstärkten die „klassenkämpferische Stimmung" (385), sozialrevolutionäre Intentionen wurden profilierter. In diesem Punkt kann Gruner überzeugend die Balser-These von der 1848 einsetzenden Verbürgerlichung widerlegen.

Die drakonischen Polizeimaßnahmen von 1848/49 und die Spaltung des Kommunistenbundes 1850 zerstörten die deutsche Arbeiterbewegung in der Schweiz „nicht gänzlich" (die Mehrzahl der Bundesgemeinden wandte sich allerdings Willich-Schapper und nicht Marx zu) — brachten jedoch insgesamt eine tradeunionistische Wendung. (Typisch etwa die zünftlerische Bewegung in der Uhrenindustrie Ende der 1850er Jahre; 516, 519.)

Zur „Wasserscheide" (979) für die Kristallisierung eines „förmlichen Klassenbewußtseins" (979), das sich jedoch auch nach 1864 „nur bruchstückhaft herausgebildet" habe, wurde die Erste Internationale. Vor allem hat die Internationale wesentlich dazu beigetragen, daß Streiks „einen bisher nicht vorhandenen organisatorischen Rahmen und mithin einen typischen Ablauf" bekamen (917); dieses Ergebnis wird übrigens von G. H. Hardach für die französische Eisenindustrie bestätigt (1969). „Tumultuarische Klassenkämpfe" nahmen zu. Die Auseinandersetzungen verschärften sich und erreichten Ende der 1870er Jahre einen gewissen Höhepunkt. Die Streiks wurden zu Katalysatoren, die überregionale Solidarität weckten, wie der Genfer Bauarbeiterstreik von 1868 (917). Bei der Behandlung der Gewerkschaften unternimmt Gruner den einzigen Versuch, Korrelationen mit der Konjunkturbewegung zu ermitteln: Gewerkschaften bzw. Streikkassen entstanden vor Abschwüngen (520), Streiks hatten jedoch größere Erfolgschancen in der Aufschwungphase der Konjunkturzyklen (930 f.). Zugleich widerlegt Gruner alle Verschwörungstheoreme; eine zentrale Steuerung der Streiks durch die Internationale bzw. den Generalrat fand nicht statt, wohl aber Beratung und — das war das Wichtigste — wirksame materielle Unterstützung (929, vgl. 547, 990).

Die umfangreichen, mit Details übersättigten Abschnitte über die Auseinandersetzungen (und die Spaltung, 1871) zwischen anarchistisch-produktionsgenossenschaftlichen Gruppen (Fédération Jurassienne, Bakunin, J. Guillaume) und der Londoner Zentrale (der Generalrat forcierte die parteipolitische Organisation), die Partien über die recht divergenten lokalen und regionalen Entwicklungen der Schweizer Arbeiterorganisationen und über die Entstehung der nationalen revisionistischen Schweizer Arbeiterbewegung zu Beginn der 1880er Jahre, und schließlich die 62 abschließenden Seiten über „Werke der Selbsthilfe" — diese Passagen konturieren das Bild von den relativ partikularen Arbeiterbewegungen, deren spezifische Erscheinungsformen nur aus ihren sehr komplexen Vorbedingungen zu erklären sind. Offen bleibt allerdings die Frage, welche Persistenz die restriktiven Ausgangsbedingungen hatten; in der Schweiz spricht einiges dafür, daß sie zwar nicht die ausreichende, aber die entscheidende Vorbedingung für die Konsolidierung der (früh-)revisionisti-

schen Bewegung gewesen sind. Die stimulierende Rolle der Internationale gibt dabei Anlaß, verstärkt auch exogene Bedingungen zu beachten; gerade in der Schweiz dürfte der Zerfall der Internationale der frührevisionistischen Bewegung entscheidenden Auftrieb gegeben haben.

Im Gegensatz zu Darstellungen, die bei den Anfangsphasen der Arbeiterbewegung reale Rückschläge und Verzweiflungen zugunsten der Kontinuität und Eindeutigkeit der proletarischen Klassenlinie mediatisieren — wie die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (Berlin/DDR 1966) —, erfaßt Gruner zwar den geschichtlichen Trend nicht, er liefert jedoch überreiches Material zur konkret-historischen Vermittlung, so daß das Ausschlachten lohnt.

Alf Lüdtke (Tübingen)

Verlag Association GmbH 2 Hamburg 13 Postfach 13 22 51 Telefon 040/41 74 84

Verlagsprospekt anfordern!

Fritz Brand

Die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland

Warum versagt die Linke in der BRD bisher gegenüber der Arbeiterbewegung? Dieser Text versucht, darauf eine Antwort zu finden insoweit, als er erst einmal von der Fragestellung ausgeht, wie und wo wird überhaupt gearbeitet. Wie ist die Arbeit organisiert und wer organisiert sie. Im Verlaufe dieser Fragen kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, daß gerade reformistische Gruppen an dieser Organisierung maßgebend beteiligt sind, während die 'Alternativansätze' von der DKP bis zur KPD sich an eine Arbeiterschicht wenden, die an der Partizipation der Organisierung der Arbeit maßgebend beteiligt ist: dem Facharbeiter, der heute überwiegend am Verschwinden ist.

Erscheint: Mai 74/ca. 100 S./ca. 6,-

JÜRGEN KLEIN

Hand in Hand gegen die Arbeiter

Dokumentarische Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland - von der Weimarer Republik bis 1946/47

Erscheint: Herbst 74/ca. 500 S./ca. 18,-

Auslieferung an Wiederverkäufer: SPARTAKUS D 2 Hamburg 13, Postfach 13 22 51, Telefon 040/41 74 84
PROLIT D 63 Gießen, Steinstraße 37, Telefon 0641/33 667
MAULWURF c/o Basis Verlag, D 1 Berlin 62, Crellestraße 22, Telefon 030/784 84 33
Auslieferung Belgien: AGITAT B 9000 Gent, Postbus 692
Auslieferung Schweiz: PINKUS CH 8025 Zürich, Postfach, Telefon 01/32 26 47
Einzelbestellungen an: SPARTAKUS-Buchversand, D 2 Hamburg 13, Postfach 13 22 51, Telefon 040/41 74 84

Neue Reihe:

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

Diese neue Reihe soll die Tradition der Sonderbände fortsetzen (Nr. 50, 60, 70, 75 und 80). Die Bände erscheinen in zwangloser Folge neben der Zeitschrift. Die Preise entsprechen denen von Zeitschriftenheften gleichen Umfangs. Die Argument-Sonderbände können gesondert abonniert werden.

AS 1/1 Argument-Reprint 1—17

Vierfachheft, erscheint im Juli 1974

AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens Argumente für eine soziale Medizin (V)

Editorial: Ch. Gaedt u. U. Schagen: Medizin auf dem Wege zur Vergesellschaftung?; W. Thiele: Zum Verhältnis von Ärzteschaft und Krankenkassen 1883 bis 1913; S. Parlow u. I. Winter: Der Kampf der ärztlichen Standesorganisationen gegen die Krankenkassen in der Weimarer Republik; M. Berger: Zur Verhinderung der Reform des Kassenarztrechtes nach 1945; H. See: Zur politischen Ökonomie der Gesetzlichen Krankenversicherung; D. Löber: Krankenhausfinanzierungsgesetz; H. Mausbach: Zum Deutschen Ärztetag; T. Hart: Entwicklung der ambulanten Versorgung in England; I. Simon: Berufssituation der Apotheker; H.-H. Abholz: Gesundheitszustand und soziale Lage; P. Riedesser: Militär und Medizin; Initiativkreis „Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt": Auswirkungen des faschistischen Putsches auf dem Gesundheitswesen in Chile; Besprechungen: Medizin und Arbeit, Ausbildung und Entwicklung, Psychiatrie und Umwelt, Psychoanalyse

Vierfachheft, erscheint im Juli

In Vorbereitung:

AS 1/2 Argument-Reprint 18—21

Mit einem Nachwort zur Geschichte der Zeitschrift
Vierfachheft, erscheint voraussichtlich Anfang 1975

AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin Der Bürger in Geschichte und Literatur

Th. Metscher: Faust und die Ökonomie; U. Stedler: Notiz über den Faustus; G. Voigt: Lichtenberg, Forster und die Revolution; M.:L. Könnecker: Der Struwwelpeter als Karikatur plebejischer Revolutionsdrohung; J. Moebus: Zur Figur des bürgerlichen Heros. Henry Morton Stanley und David Livingstone; H.-O. Riethus: Die Geschichte des Bürgers Macheath; A. Hauff: Karl Valentins Auflösung der Bürgerlichkeit; W. F. Haug: Das umwerfende Einverständnis des braven Soldaten Schwejk

Vierfachheft, erscheint voraussichtlich im Herbst 1974

AS 5 Hanns Eisler

Vierfachheft

AS 6 Soziale Medizin (VI)

Diskussion der Verhaltenstherapie und der Gruppendynamik; Antipsychiatrie und Psychiatrisierung der Randgruppen; Psychiatrische Datenbank; Klinisch-psychologische Berufsverbände; Medizinische Ausbildung; Gesundheitserziehung

Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß

Redaktion: Hajo Funke, Brigitte Geißler, Peter Thoma. 320 Seiten, kartoniert 19,– DM, ISBN 3 434 10061 X

Die Rationalisierung führte nicht zur erhofften Arbeitserleichterung, sondern zur Intensivierung der Arbeit. Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft richtet sich gegen zunehmende Belastung im Produktionsprozeß, die den Verschleiß ihrer Gesundheit verursacht, ihre Arbeitskraft frühzeitig zerrüttet, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten nach sich zieht. Eine Humanisierung der Arbeit, die dem weiteren Gesundheitsverschleiß Schranken setzt, kann nur gegen die betriebliche Wirklichkeit erkämpft werden.

Ulrich Mückenberger

Arbeitsrecht und Klassenkampf

Der große englische Dockarbeiterstreik 1972.
188 Seiten, kartoniert 12,– DM, ISBN 3 434 10062 8

Gegenstand der Studie ist der Dockarbeiterstreik von 1972, die erste massive Auseinandersetzung der englischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit dem streikfeindlichen Arbeitsgesetz der Konservativen von 1971, die an den Rand eines politischen Generalstreiks führte. An diesem Klassenkonflikt wird nachgezeichnet, wie der Versuch der Konservativen, die Lohnabhängigen mit rechtlichen Mitteln ihrer Kampfkraft zu berauben, an eben dieser Kampfkraft scheitert.

Uschi Eßbach-Kreuzer
Wolfgang Eßbach

Solidarität und soziale Revolution

Antiautoritäre Theorien zur politischen Moral und kollektiven Emanzipation. 112 Seiten, kartoniert 9,– DM, ISBN 3 434 00223 5

Die seit den sechziger Jahren verstärkt auftretenden vielfältigen Basisbewegungen in hochindustrialisierten Ländern wie: spontane Streiks, Fabrikbesetzungen, Wohnungskämpfe, Schüler- und Studentenrevolte haben deutlich werden lassen, in welchem Maß Solidarität zu einer politischen Kraft werden kann, die sich gegen die sublimen Formen der Ausbeutung und Herrschaft im Spätkapitalismus wendet.

EVA

Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt und Köln

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Im 16. Jahrgang 1974 (15 000 Erstauflage):

84 Zum Verhältnis von Logischem und Historischem
Streitfragen materialistischer Dialektik (II)

K. Holzkamp: Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff; H. Conert: Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus? (2. Teil); Besprechungsschwerpunkte: Wissenschaftstheorie; Sprach- und Literaturwissenschaft; Soziologie der Freizeit; Wilhelminische Kriegspolitik; Imperialismus der USA; Probleme der Entwicklungsländer

Heft 1/2, Doppelheft

85 Widerspiegelungs-Diskussion
Streitfragen materialistischer Dialektik (III)

Editorial: Widerspiegelungs-Diskussion – zweiter Teil; R. Zimmermann: Semantik, „Widerspiegelung" und marxistische Erkenntnistheorie; J. Meyer-Ingwersen: Mit Marx und Sprache gegen den Materialismus? Entgegnung auf Leist und Zimmermann; H. Claas: Brechts „Buch der Vertagungen"; Paul M. Sweezy: Utopischer Reformismus – Kritik an Galbraith' neuestem Buch; **Dokumentation:** W. F. Haug: Ein wichtiger neuer Lernschritt in der Planungsdebatte auf Kuba; F. Castro: Rede vor dem XIII. Gewerkschaftskongreß; Besprechungsschwerpunkte; Sprachphilosophie; Hegel- und Lenin-Rezeption; Erziehungswissenschaften: Psychologie der Arbeit; Ideologie der neuen Rechten; Geschichte der Weimarer Republik; Produktivkräfte

Heft 3/4, Doppelheft

In Vorbereitung:

86 Klassenkämpfe in der BRD
Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (IV)

K. Steinhaus: Streitkämpfe in der BRD von 1971 bis 1974; B. Pätzoldt: Rechtsgeschichte der Arbeiterimmigration in Deutschland; Diskussion: K. D. Lenzen: Literarische Produktion, Phantasie, ästhetische Erziehung; B. J. Warneken: Wie kann sich das Subjekt literarisch entfalten?

Heft 5/6, Doppelheft, erscheint im September 1974

Faschismustheorien (VII)

R. Opitz: Zur Entstehung des Faschismus; R. Rilling: Zur Kritik einiger theoretischer Leitkonzeptionen in der gegenwärtigen Faschismusdiskussion; F. Tomberg: Konservative Wegbereitung des Faschismus in der politischen Philosophie Carl Schmitts

Streitfragen materialistischer Dialektik (IV)

H. J. Sandkühler: Streitbarer Materialismus oder Streit um den Materialismus?; R. Rotermundt: Materialistische Erkenntnistheorie – was soll das? W. F. Haug: Gegen den bloß verbalen Materialismus

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Berlin/Bonn-Bad Godesberg

Beiträge zur Theoriediskussion

Herausgegeben von Georg Lührs

I

Internationale Bibliothek
Band 70
244 Seiten, brosch. DM 15,—

Inhalt

Heinz Kühn
Vorwort

Lothar F. Neumann
Prolegomena zu den sozialphilosophischen wissenschaftstheoretischen und sozialpsychologischen Grundlagen des freiheitlichen demokratischen Sozialismus

Heiner Flohr
Einige Überlegungen zur Freiheit der Sozialisten

Gesine Schwan
Marx' Konzeption der Freiheit — Theoretische Grundlage eines demokratischen Sozialismus?

Georg Lührs
Grundwerte des demokratischen Sozialismus

Alexander Schwan
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität — Über die geistigen Grundlagen des Godesberger Programms

Richard Löwenthal
Demokratie und Leistung — Zum Streit über Sinn, Ort und Grenzen einer „Demokratisierung" gesellschaftlicher Bereiche

Georg Beez
Zum Problem der Organisation demokratischer Entscheidungsprozesse zu Zielen und Perspektiven der Investitionslenkung

Jungsozialisten
Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie — Außerordentlicher Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover, 11.—12. Dezember 1971

Peter Glotz
Systemüberwindende Reformen? Strategische Überlegungen zur Technik von Machterwerb und Machterhalt in der Bundesrepublik

II

Internationale Bibliothek
Band 74
271 Seiten, brosch. DM 15,—

Inhalt

Heinz Kühn
Vorwort

Peter von Oertzen
Thesen zur Strategie und Taktik des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland

Hans-Jochen Vogel
Grundfragen des demokratischen Sozialismus

Erhard Eppler
Alternativen für eine humane Gesellschaft

Horst Ehmke
Demokratischer Sozialismus und demokratischer Staat

Johano Strasser
Allgemeine strategische Überlegungen zum Orientierungsrahmen

Erhard Eppler
Qualität des Lebens — Modewort oder Programm? — Eine Zwischenbilanz der politischen Diskussion

Reinhart Chr. Bartholomäi
Das Social Indicator Movement in den USA — eine kritische Würdigung

Hubert Voigtländer
Investitionslenkung versus Wettbewerb

Georg Lührs
Sozialdemokratische Strategie und wirtschaftliche Macht

Thilo Sarrazin
Historische Analyse und Zukunftsplanung

Roland Simon-Schaefer
Karl Marx — Dialektiker oder Positivist?

Manfred Tietzel
Systemerhaltung, Systemkonvergenz und Systemüberwindung: Gesellschaftspolitik zwischen Idealtypus und Prophezeiung

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg 1 · Kölner Straße 149

DAS ARGUMENT 86

Klassenkampf in der BRD

Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (IV)

Kurt Steinhaus
Streikkämpfe in der BRD von 1971 bis 1974. Fortsetzung von: Heinz Jung, Friedemann Schuster u. Kurt Steinhaus, Kampfaktionen der westdeutschen Arbeiterklasse, in: Das Argument 62, „Klassenbewußtsein und Klassenkampf. Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (II)", 3. Aufl. (18.–22.Tsd.) 1974

Björn Pätzoldt
Rechtsgeschichte der Arbeiterimmigration in Deutschland

Diskussion

Klaus Dieter Lenzen
Literarische Produktion, Phantasie, ästhetische Erziehung

Bernd Jürgen Warneken
Wie kann sich das Subjekt literarisch entfalten?
Zum Beitrag von K. D. Lenzen

Besprechungen
Schwerpunkte: Wissenschaftswissenschaft und Wissenschaftssoziologie; Bildende Kunst; Linguistik; Heinrich Heine; Psychologie; Gesundheitswesen im Kapitalismus; Geschichte der Industrialisierung; Frühgeschichte und Parteien der BRD; Jura; Politische Ökonomie im Kapitalismus und Sozialismus

16. Jahrgang September 1974 Heft 5/6 · Doppelheft